


University of Florida
1853

DAS STAATSARCHIV.

Fünfzigster Band.



Das Staatsarchiv.

Sammlung

der officiellen Actenstücke

zur

Geschichte der Gegenwart.

Begründet

von

Aegidi und **Klauhold.**

Herausgegeben

von

Hans Delbrück.

Fünfzigster Band.





Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1890.

Inhaltsverzeichniss.

Aufstand in Ostafrika.

Bündnisse und Verträge.

Internationale Aktenstücke, betreffend die Verwaltung und die Finanzen Aegyptens.

Kreta.

Englische Besitzergreifungen in Australien.

Englisch-portugiesische Verhandlungen über Ostafrika.

Aufstand in Ostafrika*).

Nr. 9665. **DEUTSCHES REICH.** — Kaiserl. Generalkons. in Zanzibar an den Reichskanzler. — Vertrags-Abschluss zwischen der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft und dem Sultan von Zanzibar wegen Küstenverwaltung. Anlage enth.: Uebersetzung des Vertrages. [41,1.]

(Auszug.) Zanzibar, den 5. Mai 1888.
Eingegangen in Berlin den 4. Juni 1888.

Nr. 9665. Deutsches Reich. 5. Mai 1888.

Euerer Durchlaucht beehre ich mich, in den Anlagen die beiden Ausfertigungen des am 28. April d. J. von Seiner Hoheit dem Sultan von Zanzibar einerseits und mir, als Bevollmächtigtem der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft, andererseits gezeichneten Vertrages, die eine in englischer, die andere in arabischer Sprache, ganz gehorsamst einzureichen und die folgenden Erläuterungen beizufügen. || Der Sultan zeigte von Anfang an ein Widerstreben dagegen, mit der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft als solcher zu kontrahiren. Zu wiederholten Malen hat er mir mündlich den Wunsch geäussert, mit der Reichsregierung den Vertrag zu schliessen. Um nun diese formellen Schwierigkeiten zu beseitigen und zugleich in Uebereinstimmung mit den mir ertheilten Weisungen zu bleiben, habe ich den Ausweg vorgeschlagen, in der Einleitung des Vertrages zu erwähnen, dass meine Bevollmächtigung durch die Gesellschaft von Euerer Durchlaucht genehmigt worden, und damit schliesslich die Bedenken Seiner Hoheit überwunden. Ebenso legte der Sultan Werth auf die Vertragsform, offenbar in der Absicht, dadurch die Verpflichtung der Gegenseite schärfer hervorzuheben, als es seiner Meinung nach durch die mehr einseitige Koncessionsertheilung geschehen sein würde. || Nach dem Wunsche der Gesellschaft ist Artikel 10, betreffend die finanzielle Betheiligung des Sultans an dem Reingewinn der Gesellschaft, in einer ihren Statuten entsprechenden Weise geändert. || Der Artikel 11 enthält die Meistbegünstigungsklausel. || In dem Artikel 14 ist die Zeitbestimmung für die Uebergabe der Verwaltung zum Ausdruck gebracht. Sie bietet den Vortheil, dass der Sultan

*) Die folgenden Aktenstücke sind entnommen den Reichstagsanlagen, 7. Legislat.-Epoche, IV. Session 1888/89 und den Correspondences respecting Germany and Zanzibar presented to both Houses of Parliament 1888—1889.

Nr. 9665. Deutsches Reich. 5. Mai 1888.

nach dem 15. August d. J. gebunden ist, während die Gesellschaft den Termin der Uebernahme nach dem 15. August frei wählen kann. || Der Artikel 15 ist von mir vorsichtshalber hinzugefügt worden, um die sprachliche Mangelhaftigkeit der arabischen Ausfertigung unschädlich zu machen. Nach Angabe des Dragomans Michalla ist nämlich der arabische Text des Präliminarvertrages, der als Vorbild für den gegenwärtigen Vertrag diente, ungenau und undeutlich in seinen Ausdrücken, und es wäre eigentlich erforderlich gewesen, einen neuen arabischen Text herzustellen. Dies hätte aber die Verhandlungen ungemein erschwert, weil schon jetzt, wo der alte arabische Text zu Grunde lag, mir fälschlicherweise der Vorwurf gemacht wurde, ich hätte Neuerungen auch in die ersten acht, unverändert gebliebenen Artikel eingefügt. Herr Michalla musste sich daher bescheiden, nur diejenigen Stellen in erklärendem und erläuterndem Sinne an der Hand des englischen Textes abzuändern, welche auch den arabischen Rathgebern des Sultans unverständlich waren, im Uebrigen aber den früheren Wortlaut belassen. Indem jetzt der englische Text bei abweichender Interpretation den Ausschlag geben soll, wird die aus den sprachlichen Mängeln der arabischen Ausfertigung drohende Gefahr beseitigt.

Michahelles.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

Anlage.

Seine Hoheit Seyyid Khalifa ben Said, Sultan von Zanzibar und die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft,

welche mit Genehmigung Seiner Durchlaucht des Fürsten von Bismarck, Kanzlers des deutschen Reiches, den deutschen Generalkonsul in Zanzibar Dr. juris Gustav Michahelles zu ihrem Bevollmächtigten ernannt hat,

haben den nachstehenden Vertrag geschlossen.

Artikel I.

Seine Hoheit der Sultan überträgt der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft alle Gewalt, welche Ihm auf dem Festlande (Mrima) und in Seinen Territorien und Dependenzen südlich vom Umbafluss zusteht, und Er überlässt und übergiebt derselben die gesammte Verwaltung dieser Gebiete. Die Verwaltung soll von der Gesellschaft im Namen Seiner Hoheit und unter Seiner Flagge sowie unter Wahrung Seiner Souveränetätsrechte geführt werden. Es versteht sich hierbei jedoch, dass die Gesellschaft für alle Angelegenheiten und für die gesammte Verwaltung der in diese Abtretung (concession) eingeschlossenen Gebiete Seiner Hoheit verantwortlich ist und dass Seiner Hoheit dem Sultan weder aus den damit verbundenen Ausgaben, noch aus Krieg und Diya (Blutgeld), noch aus hiermit in Zusammenhang stehenden Ansprüchen Verbindlichkeiten erwachsen sollen und dass Er zu einer Regelung dieser Angelegenheiten nicht herangezogen werden darf. Niemand ausser der Gesellschaft soll das Recht haben, öffentliche Ländereien auf dem Festlande oder sonstwo in den Gebieten, Besitzungen und Dependenzen Seiner Hohheit innerhalb der oben

genannten Grenzen zu kaufen, es sei denn, dass der Erwerb durch Vermittelung Seiner Hoheit geschieht. Der Sultan gewährt der Gesellschaft auch die Befugniss, von der Bevölkerung des Festlandes innerhalb der bezeichneten Gebietsgrenzen Steuern zu erheben. Seine Hoheit willigt ferner ein, alle Akte und Handlungen, welche erforderlich sind, um die Bestimmungen dieses Vertrages zur Ausführung zu bringen, vorzunehmen und der Gesellschaft mit Seiner ganzen Autorität und Macht zu helfen und beizustehen, damit die gewährten Rechte und Gewalten sichergestellt werden. Die vertragschliessenden Theile sind ferner darüber einig, dass der Inhalt der folgenden Artikel des Vertrages die Rechte, welche von Seiner Hoheit den Unterthanen oder Bürgern von Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, von den Vereinigten Staaten von Amerika oder anderen mit Seiner Hoheit in Vertragsverhältnissen stehenden Mächten bewilligt sind, in keiner Weise beeinträchtigen oder schmälern soll; ebensowenig sollen die Verpflichtungen berührt werden, welche Seiner Hoheit in Folge Seines Beitrittes zur Generalakte der Berliner Konferenz auferlegt sind oder auferlegt werden mögen.

Artikel II.

Seine Hoheit ermächtigt die Gesellschaft, vorbehaltlich der unten vorgesehenen Ausnahmen, in Seinem Namen und an Seiner Statt überall in den obenbezeichneten Gebietsgrenzen Beamte für die Verwaltung Seiner Besitzungen zu bestellen; die erforderliche Anzahl von Unterbeamten zu ernennen; Gesetze für die gedachten Gebiete zu erlassen; Gerichtshöfe einzurichten und überhaupt alle Maassnahmen zu treffen, welche zum Schutz der unter Ihrer Regierung stehenden Gebiete und Interessen nothwendig sind. Seine Hoheit ermächtigt die Gesellschaft ferner, Verträge mit Ihm unterstehenden oder anderen Häuptlingen der Eingeborenen zu schliessen, und sollen solche Verträge und Abmachungen in denjenigen Fällen, in welchen sie im Namen Seiner Hoheit abgeschlossen werden, von Ihm ratifizirt und bestätigt werden. Seine Hoheit willigt auch ein, abgesehen von Seinen Privatländereien und Schambas, alle die Grundgerechtsame, welche Ihm auf dem Festlande von Afrika innerhalb der oben bezeichneten Grenzen zustehen, der Gesellschaft abzutreten und ihr alle Forts und nicht im Gebrauch befindlichen öffentlichen Gebäude zu übergeben, sofern Er sie nicht für seinen Privatgebrauch zurückzubehalten wünscht. Ein Verzeichniss solcher Gebäude, Pflanzungen oder Besitzungen soll aufgestellt und von Seiner Hoheit und der Gesellschaft genehmigt werden. Ferner ermächtigt Er die Gesellschaft, alles noch nicht in Besitz genommene Land zu erwerben und Bestimmungen über die Okkupation von solchem Land zu treffen; lokale sowie andere Steuern, Abgaben und Zölle auszuschreiben und zu erheben und alle Maassnahmen zu treffen, welche zur Einrichtung und Unterhaltung der Verwaltung, der Streitkräfte, des Justizwesens, zur Anlage und Verbesserung der Wege oder Wasserstrassen oder anderen öffentlichen Arbeiten, sei es für Vertheidigungs- oder sonstige Zwecke, zur Zahlung von Schulden und von

Nr. 9665. Deutsches Reich. 5. Mai 1888.

Zinsen des aufgewendeten Kapitals nothwendig sind. Die Richter sollen von der Gesellschaft vorbehaltlich der Zustimmung des Sultans bestellt, alle „Kadis“ dagegen sollen von Seiner Hoheit ernannt werden. || In den von Ureinwohnern besiedelten Landstrichen ist die Rechtspflege Sache der Gesellschaft und ihrer Beamten. Die Gehälter der Gouverneure und aller anderen Beamten in den von der Gesellschaft in Besitz genommenen und verwalteten Territorien sollen von derselben bezahlt werden.

Artikel III.

Seine Hoheit gewährt der Gesellschaft das Recht, überall innerhalb der durch diesen Vertrag bezeichneten Gebietsgrenzen Handel zu treiben, Eigenthum zu haben, Gebäude zu errichten und mit Zustimmung der Eigenthümer Ländereien oder Häuser durch Kauf oder sonstiges Rechtsgeschäft zu erwerben.

Artikel IV.

Seine Hoheit ertheilt der Gesellschaft das besondere und ausschliessliche Recht und die Befugniss, Vorschriften für den Handel und Verkehr, die Schifffahrt auf Flüssen und Seeen, die Kontrole der Fischerei, den Bau von Wegen, Strassen und Eisenbahnen, Kanälen und Telegraphen zu erlassen und hierfür Zölle und Abgaben zu erheben. Insoweit Seine Hoheit nicht Verpflichtuugen gegen die anderen Mächte eingegangen ist, überträgt Er der Gesellschaft ferner die Befugniss, die Einfuhr von Waaren, Waffen, Munition, berauschenden Getränken jeglicher Art und allen anderen Gütern, welche nach ihrer Ansicht der öffentlichen Ordnung oder Sittlichkeit schädlich sind, zu beaufsichtigen oder zu verhindern. Es versteht sich indessen, dass bei Ausübung dieser Privilegien und Befugnisse die Verträge, welche zwischen Seiner Hoheit und anderen Mächten abgeschlossen sind, beobachtet werden sollen.

Artikel V.

Seine Hoheit ermächtigt die Gesellschaft, in Seinem Namen alle Häfen, welche an den Flussmündungen oder an anderen Stellen Seiner oben bezeichneten Besitzungen gelegen sind, in Besitz zu nehmen, und Er verleiht ihr das Recht, Zollhäuser zu errichten und von Schiffen, Gütern u. s. w., welche in den Häfen ankommen oder aus denselben abgehen, Abgaben zu erheben und alle zur Verfolgung des Schmuggels erforderlichen Maassregeln zu treffen; jedoch sollen auch hier in allen Fällen die Bestimmungen der oben genannten Verträge gewahrt bleiben.

Artikel VI.

Seine Hoheit verleiht der Gesellschaft das ausschliessliche Recht, in allen Theilen der Territorien Seiner Hoheit innerhalb der oben bezeichneten Gebietsgrenzen Blei, Kohlen, Eisen, Kupfer, Zinn, Gold, Silber, Edelsteine, sonstige Metalle und Mineralien, sowie Mineralöle aller Art aufzusuchen und zu ge-

winnen, hierauf bezügliche Verordnungen zu erlassen und die gedachten Bergwerksrechte zu verpachten oder zu überweisen; ebenso soll die Gesellschaft allein berechtigt sein, mit den gewonnenen Metallen u. s. w., frei von Steuern und Abgaben, Handel zu treiben. Nur an Seine Hoheit hat die Gesellschaft eine mässige Abgabe (royalty) für Mineralien zu entrichten; dieselbe soll 5 Prozent des ersten Preises der Artikel, von welchem die für Gewinnung des Minerals aufgewendeten Kosten in Abzug gebracht sind, nicht übersteigen und später zwischen dem Sultan und der Gesellschaft vereinbart werden. Auch wird der Gesellschaft das Recht eingeräumt, alle Waldbäume, sonstiges Holz sowie Materialien aller Art für die vorgenannten Arbeiten wie auch zum Handelsbetriebe zu benutzen. Das Bau- und Brennholz indessen, welches unter dem Namen „Burti" bekannt ist, darf auf dem Festlande auch von Anderen, wie bisher, geschlagen werden, falls sie hierfür die mit der Gesellschaft zu vereinbarenden Abgaben bezahlen; solche Abgaben sollen jedoch nicht für Holz gefordert werden, welches für den Gebrauch Seiner Hoheit gefällt wird.

Artikel VII.

Seine Hoheit gewährt der Gesellschaft das Recht, in Seinen oben erwähnten Territorien ein oder mehrere Bankinstitute mit dem ausschliesslichen Privileg der Notenausgabe einzurichten.

Artikel VIII.

Alle zuvor genannten Befugnisse und Privilegien sollen der Gesellschaft verliehen werden und zur Verfolgung ihrer Zwecke und Ziele zustehen für die Zeit von fünfzig (50) Jahren, welche von dem Tage der Unterzeichnung dieses Vertrages zu laufen beginnt. Mit dem Ablauf der bezeichneten Zeit fallen alle öffentlichen Werke, Gebäude u. s. w. an den Sultan, Seine Erben oder Nachfolger zu einem Schätzungswerthe zurück, welcher auf Verlangen von beiderseits bestellten Taxatoren festzusetzen ist.

Artikel IX.

Seine Hoheit gewährt der Gesellschaft die „Regie" oder Pacht der Zölle in sämmtlichen Häfen des oben bezeichneten Theils Seiner Territorien für eine gleiche Zeitperiode, wie die vorher erwähnten anderen Rechte (concessions), und zwar unter den folgenden Bedingungen:

Beim Beginn ihrer Verwaltung zahlt die Gesellschaft Seiner Hoheit einen Vorschuss von fünfzigtausend (50 000) Rupien in baar; dieser Betrag ist in gleichen Monatsraten binnen der ersten sechs Monate zurückzuerstatten. Im ersten Jahre liefert die Gesellschaft am Ende eines jeden Monats europäischer Zeitrechnung den ganzen Betrag der in den oben bezeichneten Territorien erhobenen Ein- und Ausfuhrzölle an Seine Hoheit ab. Abgezogen wird nur eine gewisse Summe für die Ausgaben, welche durch die Zollerhebung erwachsen. Diese Ausgaben dürfen die Summe von einhundert und siebenzigtausend

Nr. 9665. Deutsches Reich. 5. Mai 1888.

(170 000) Rupien in dem ersten Jahre nicht übersteigen, und wenn die Gesellschaft nicht in der Lage ist, durch ihre Bücher nachzuweisen, dass sie in Wirklichkeit die obenerwähnte Summe verausgabt hat, so hat sie an Seine Hoheit auch die Differenz zwischen ihren wirklichen Ausgaben und dem Betrage von 170 000 Rupien zu zahlen. Der einzige Nutzen, welchen die Gesellschaft im ersten Jahre haben soll, besteht in einer Kommissionsgebühr von fünf (5) Prozent der an Seine Hoheit gezahlten Nettoeinkünfte. || Auf Grund der im ersten Jahre gemachten Erfahrungen soll die Durchschnittssumme, welche von der Gesellschaft jährlich an Seine Hoheit zu zahlen ist, festgesetzt werden; die Gesellschaft soll jedoch das Recht haben, am Ende eines jeden dritten Jahres auf Grund der in den letzten drei Jahren erzielten Ergebnisse, welche durch ihre Bücher nachzuweisen sind, in neue Unterhandlungen mit Seiner Hoheit einzutreten um die Durchschnittssumme zu revidiren und neu festzusetzen. Seine Hoheit ist berechtigt, einen Beamten zu bestellen, welcher die Zolleinnahmen in den Häfen des hier in Betracht kommenden Gebietes zu kontroliren hat. || Ferner versteht es sich, dass seine Hoheit von keinem Zweige des Handels den Zoll zum zweiten Mal beanspruchen darf. Der Gesellschaft steht daher das Recht zu, über die Zollbeamten Seiner Hoheit in Zanzibar zu diesem Behuf eine Kontrole auszuüben und die Rückvergütung aller Zollbeträge zu verlangen, welche künftighin etwa von der Einfuhr nach den in diesem Vertrage (concession) bezeichneten Häfen oder von der Ausfuhr aus denselben direkt an Seine Hoheit bezahlt werden. Die Gesellschaft verspricht ferner, Seiner Hoheit fünfzig (50) Prozent von dem weiteren Reineinkommen zu zahlen, welches ihr aus den Zollabgaben der hier in Rede stehenden Häfen zufliessen wird; Seine Hoheit überträgt der Gesellschaft alle Rechte an den Territorialgewässern, welche innerhalb der oben bezeichneten Grenzen Seines Gebietes liegen oder zu denselben gehören; insbesondere soll sie die Befugniss haben, die Beförderung, die Durchfuhr, das Landen und Verschiffen von Waaren und Produkten innerhalb der genannten Gewässer durch Küstenwächter zu Lande und zu Wasser zu beaufsichtigen und zu kontroliren.

Artikel X.

In Anbetracht der Konzessionen, Befugnisse und Privilegien, welche der Gesellschaft im Vorstehenden eingeräumt sind, sichert dieselbe dem Sultan die Zahlung der Dividende von zwanzig (20) Antheilscheinen der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft zu je zehntausend (10 000) Mark, das heisst die Zahlung der Dividende eines Kapitalbetrages von ungefähr zehntausend (10 000) Pfund Sterling zu; diese Zusicherung soll Ihm den Anspruch auf den einem solchen Antheil an dem Gesellschaftsvermögen zukommenden Theil desjenigen Reingewinnes geben, welcher ausweislich der Bücher der Gesellschaft vorhanden ist, nachdem Zinsen in Höhe von acht (8) Prozent auf das eingezahlte Kapital der Antheilscheinbesitzer bezahlt worden sind.

Artikel XI.

Die Deusch-Ostafrikanische Gesellschaft soll alle Rechte, Privilegien, Abgabenfreiheiten und Vortheile geniessen, welche anderen Gesellschaften oder Personen eingeräumt sind oder künftighin eingeräumt werden, denen für einen anderen Theil des Herrschaftsgebietes Seiner Hoheit ähnliche Rechte wie die in diesem Vertrage gewährten übertragen sind oder übertragen werden mögen.

Artikel XII.

Die im Vorstehenden bezeichneten Rechte (concessions) erstrecken sich nicht auf die Besitzungen Seiner Hoheit auf den Inseln von Zanzibar und Pemba, noch auf Seine Territorien nördlich des Umbaflusses, und es versteht sich, dass alle öffentlichen, richterlichen oder Regierungsbefugnisse und Funktionen, welche der Gesellschaft in diesem Vertrage übertragen sind, von derselben nur im Namen und unter der Autorität des Sultans von Zanzibar ausgeübt werden sollen.

Artikel XIII.

Beide Theile sind darüber einig, dass die hier in Rede stehenden Rechtsübertragungen (concessions) und die denselben entsprechenden Verpflichtungen, sowie sie im Vorstehenden dargelegt sind, für beide Theile, ihre Erben und Rechtsnachfolger für den vereinbarten Zeitraum von fünfzig (50) Jahren bindend sein sollen.

Artikel XIV.

Seine Hoheit ist bereit, die im Vorstehenden bezeichneten Zölle, Ländereien und Gebäude der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft an einem von ihr zu wählenden Tage nach dem fünfzehnten (15.) August eintausend achthundert achtundachtzig (1888) zu übertragen.

Artikel XV.

Der gegenwärtige Vertrag ist in vier Abschriften ausgefertigt worden, von denen zwei in englischer und zwei in arabischer Sprache abgefasst sind. || Alle diese Abschriften haben denselben Sinn; sollten gleichwohl später Meinungsverschiedenheiten über die richtige Auslegung des englischen und arabischen Textes der einen oder der anderen der Vertragsbestimmungen entstehen, so soll die englische Abschrift als die maassgebende betrachtet werden. || Zur Beglaubigung dessen haben Seine Hoheit Seyyid Khalifa ben Said und Dr. G. Michahelles diesen Vertrag gezeichnet und demselben ihre Siegel angeheftet. || Geschehen in Zanzibar den achtundzwanzigsten Tag des April in dem Jahre unseres Herrn 1888 (eintausend achthundert achtundachtzig), entsprechend dem sechszehnten Schaban eintausend dreihundert und fünf der Hedschra.

(Folgen Unterschriften und Siegel.)

Nr. 9666. **DEUTSCHES REICH.** — Kaiserl. Generalkonsul in Zanzibar an den Reichskanzler. — Uebernahme der Verwaltung in Pangani. [41,2.]

Zanzibar, den 25. August 1888.
Eingegangen in Berlin den 21. September 1888.

Nr. 9666. Deutsches Reich. 25. Aug. 1888.

Am 15. d. M. gingen von dem Vertreter der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft in Pangani Berichte ein, nach denen der dortige Wali den Befehlen der Gesellschaft zu gehorchen nicht gewillt war und gegen die Flaggenhissung Widerspruch erhob. Der Wali von Pangani war mir von früher her als ein böswilliger chikanöser Charakter bekannt, gegen den schon zu Lebzeiten des Seyyid Bargasch von deutscher wie von englischer Seite wiederholt Beschwerden erhoben worden waren. Auf ein längeres Zusammenwirken mit diesem Manne war von vornherein nicht zu rechnen; ich wünschte aber dringend, bei der Uebernahme der Verwaltung durch die Gesellschaft Konflikte zu vermeiden, und erbat daher von Seiner Hoheit dem Sultan für den genannten Beamten einen Specialbefehl, durch welchen derselbe in striktester Form die Weisung erhielt, der Gesellschaft Gehorsam zu leisten und der Flaggenhissung nichts in den Weg zu stellen. Mit diesem Befehl ging am 16. d. M. S. M. Kreuzer „Möwe“ nach Pangani, und habe ich mich in dem Requisitionsschreiben damit einverstanden erklärt, dass der Wali auf den eventuellen Antrag des Gesellschaftsvertreters festgenommen und nach Zanzibar überführt werde, falls er trotz der Instruktionen Seiner Hoheit bei seiner widerspenstigen Haltung verharren sollte. Der Generalvertretung der Gesellschaft habe ich es gleichzeitig zur Pflicht gemacht, ihren Beamten in Pangani anzuempfehlen, in erster Linie eine gütliche Auseinandersetzung mit dem Wali anzustreben und nur im Nothfalle das Einschreiten der bewaffneten Macht zu verlangen. || S. M. Kreuzer „Möwe“ traf am 16. d. M. Nachmittags vor Pangani ein, und am 17. Morgens landete der erste Offizier, Herr Kapitänlieutenant Ferber, mit einer Abtheilung der Mannschaft. Nachdem der Wali den Befehl Seiner Hoheit gelesen hatte, versprach er, von jetzt an den Anordnungen der Gesellschaft folgen zu wollen und den Bezirkschef als seinen Vorgesetzten anzuerkennen. Es ging darauf um 11 Uhr Vormittags die Flaggenhissung in Gegenwart aller angesehenen Einwohner programmmässig von statten; die „Möwe“ lichtete am Nachmittage desselben Tages den Anker und kehrte nach Zanzibar zurück. || Kaum hatte das Kriegsschiff die Rhede von Pangani verlassen, so wurde der Wali wieder rebellisch, erklärte, er werde den Verfügungen des Bezirkschefs nicht nachkommen, und veranlasste auch die Soldaten, den Gehorsam zu verweigern. Die Lage war also wieder die gleiche wie vor der Landung der „Möwe“, als am 18. d. M. S. M. Schiff „Carola“, von Bagamoyo kommend, vor Pangani erschien. Auf Ansuchen des Bezirkschefs und in Hinblick auf die S. M. Schiff „Möwe“ ertheilten Instruktionen schickte der Kommandant der „Carola“, Herr Korvettenkapitän von Raven, am Vormittage des 19. August ein Landungskorps unter dem Kapitänlieutenant da Fonseca-Wollheim an Land, um den Wali aufzu-

heben, nachdem ein letzter Versuch zu gütlicher Verständigung an der Hartnäckigkeit der Gegenseite gescheitert war. Obwohl die Mannschaften der „Carola“ das Wali-Haus umzingelten, gelang es doch dem Wali, zu entwischen und aus Pangani zu entfliehen; seine Soldaten drohten erst mit erhobenen Gewehren, dem Vordringen der Deutschen Widerstand zu leisten; allein das ruhige und sichere Auftreten unserer Mannschaften verfehlte nicht, Eindruck zu machen: die Askaris liefen aus einander, um sich in dem Wali-Hause zu verbergen, und wurden dort ohne Kampf entwaffnet. Auf Antrag des Bezirkschefs und mit Rücksicht auf die in Pangani herrschende Aufregung liess Herr Kapitän von Raven in dem Hause der Gesellschaft eine Wache von 2 Unteroffizieren und 16 Mann zurück und ging am 20. d. M. direkt, ohne erst Tanga zu besuchen nach Zanzibar, um über die Vorgänge in Pangani Bericht zu erstatten. Am 23. d. M. schickte der älteste Offizier des Kreuzergeschwaders die „Möwe“ nach Pangani, um die dort verbliebene Wache der „Carola“ abzuholen und hierher zurückzubringen. Dies ist geschehen, und waren die Zustände in Pangani derartig, dass die kleine Besatzung ohne Bedenken entfernt werden konnte. In den ersten Tagen nach der Landung hatten viele Einwohner die Stadt verlassen; der Bezirkschef liess ihnen dann mittheilen, sie brauchten nichts zu fürchten und sollten ruhig zurückkommen, und nach und nach begannen sie wieder, in ihre Wohnungen heimzukehren und der gewohnten Beschäftigung nachzugehen. Der Eindruck der Landung und des prompten sicheren Eingreifens der Kaiserlichen Marine scheint ein nachhaltiger gewesen zu sein. || Dem früheren Wali ist es geglückt, nach Zanzibar zu entkommen. Von der Gesellschaft ist gegen ihn ein Ausweisungsbefehl aus dem unter ihrer Verwaltung stehenden Gebiet wegen Widerstandes gegen die Obrigkeit erlassen, und werde ich den Befehl Seiner Hoheit zur Uebermittelung an den Ausgewiesenen einreichen, auch zugleich anheimstellen, ob eine weitere Bestrafung wegen des offenen Ungehorsams gegen die Sultansbefehle einzutreten hat. Auf einer solchen zu bestehen, halte ich nicht für erforderlich, weil der Wali mit der Entfernung von dem Festlande für die Gesellschaft unschädlich geworden ist.

Nr. 9666. Deutsches Reich. 25. Aug 1888.

gez. Michahelles.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

Nr. 9667. **DEUTSCHES REICH.** Kaiserl. Generalkonsul in Zanzibar an den Reichskanzler. — Uebernahme der Verwaltung in Bagamoyo. [41,3.]

(Auszug.)

Zanzibar, den 26. August 1888.
Eingegangen in Berlin den 21. September 1888.

Bagamoyo ist der wichtigste Küstenplatz in der deutschen Interessensphäre, und um daher der dortigen Flaggenhissung als dem offiziellen Akte der Uebernahme der Verwaltung durch die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft

Nr. 9667. Deutsches Reich. 26. Aug. 1888.

Nr. 9667. Deutsches Reich. [illegible].Aug.1888.

mehr Nachdruck zu verleihen, fuhr Herr Vohsen, der hiesige Generalvertreter derselben, selbst in Begleitung eines Abgesandten Seiner Hoheit des Sultans am 15. d. M. hinüber. Am 16. hat die Ceremonie dortselbst unter Betheiligung der Bevölkerung und in Gegenwart des Herrn Kommandanten und der Offiziere S. M. Schiff „Carola" programmmässig und ohne Störung stattgefunden. Der Wali war bereit, im Dienste der Gesellschaft zu verbleiben, war überhaupt im Allgemeinen gutwillig und gehorsam und machte nur in dem Punkte Schwierigkeiten, dass er die Fahne des Sultans nicht von seinem Hause entfernen wollte. Herr Vohsen verbot dem Wali ausdrücklich die Beibehaltung der Fahne, weil der Sitz der Ortsobrigkeit nicht mehr in seinem Hause, sondern in demjenigen der Gesellschaft sei; aber er wollte davon absehen, einem im Uebrigen wohlgesinnten Beamten gleich am ersten Tage schroff entgegenzutreten, und brachte nach seiner Rückkehr am Abend des 16. die Sache bei mir zur Sprache mit der Bitte, durch den Sultan die Differenz beizulegen. Am 17. d. M. habe ich Seiner Hoheit in einer Audienz den befriedigenden Verlauf der Flaggenhissung in Bagamoyo mitgetheilt und ihn gebeten, mir einen Befehl an den dortigen Wali zur Herabnahme der Flagge auszufertigen, weil das Wehen der rothen Fahne an zwei verschiedenen Punkten der Stadt in der Bevölkerung zu Missverständnissen Anlass gebe. Seyyid Khalifa war damit einverstanden; es wurde verabredet, dass ich meinen Antrag schriftlich stellen sollte, worauf mir dann der Befehl zugleich zugehen würde. Meine bezügliche Note gelangte ohne Verzug in den Palast; sie blieb aber unbeantwortet, und am Morgen des 18. August wurde mir der mündliche Bescheid geschickt, Seine Hoheit könne den Befehl vorläufig nicht ertheilen, er wolle den Fall erst überlegen; kurz, es wurden Ausflüchte gemacht. || Konnte einerseits des moralischen Eindrucks wegen nicht länger geduldet werden, dass der erste eingeborene Beamte in offenem Ungehorsam gegen seine Vorgesetzten fortfuhr, die Flagge zu führen, so trafen andererseits durch den englischen Generalkonsul Nachrichten über die Zustände in Bagamoyo ein, die mir ein schleuniges Einschreiten zur Pflicht machten. Die dortigen indischen Händler brachten in einer Eingabe an den Obersten Euan Smith zur Anzeige, dass die Eingeborenen der Umgegend bewaffnet in die Stadt strömten und die Befürchtung begründet sei, sie würden die Häuser anzünden und die Läden plündern. Die Inder beantragten deswegen die schleunige Entsendung eines englischen Kriegsschiffes zum Schutze ihres Lebens und Eigenthums. Mir schien die Schilderung der drohenden Gefahr übertrieben, da von dem Bezirkschef keinerlei Berichte eingegangen waren; allein mein englischer Kollege sah die Lage sehr ernst an, er bat mich dringend um baldige Absendung eines Kriegsschiffes nach Bagamoyo, und in Folge dessen erhielt auf meine Requisition S. M. Schiff „Möwe" von dem ältesten Offizier des Geschwaders den Befehl zur Abfahrt. || Aus eigenem Antriebe erbot sich ferner Herr Kapitän Strauch, am 21. 8 Uhr Morgens mit S. M. Schiff „Leipzig" nachzufolgen, was ich dankbar acceptirte. Die Anwesenheit der Schiffe sollte zugleich dazu benutzt werden, um die Fahne von dem

Wali-Hause zu entfernen, da aus der Eingabe der Inder ersichtlich war, dass der Wali die Beunruhigung der Händler in seinem Interesse ausgenutzt hatte, um ihnen die Nothwendigkeit vor Augen zu führen, in seiner alten Stellung und im Besitze der alten Autoritätsabzeichen belassen zu werden. || Als nun am Morgen des 21. August die „Möwe" fort und die „Leipzig" unter Dampf und zur Abfahrt bereit war, lenkte der Sultan ein und erklärte seine Bereitwilligkeit, die Gesellschaft aktiv bei Beseitigung der Schwierigkeiten zu unterstützen und mir alle etwa gewünschten Befehle an den Wali von Bagamoyo auszufertigen. Bei Besprechung der Angelegenheit kam zu Tage, dass Seine Hoheit besonderen Werth auf das Verbleiben der Flagge an dem altgewohnten Platze legte, und um ihm entgegenzukommen, schlug ich vor, die Differenz dadurch zu ordnen, dass der Sultan dem Wali die sofortige Räumung seines Hauses und Uebergabe desselben an die Gesellschaft auferlege, worauf letztere dann ihren Amtssitz dort aufschlagen und neben der an ihrem Platze bleibenden Sultansflagge ihre eigene Fahne aufziehen könne. Seyyid Khalifa war mit dem Arrangement einverstanden, das, wie mir bekannt, durchaus den Wünschen der Gesellschaft entsprach; der bezügliche Befehl an den Wali wurde sofort ausgefertigt, und ich versprach, ihn mit der „Leipzig" nach Bagamoyo abzusenden. || Ferner gab Seyyid Khalifa das Versprechen, der Gesellschaft in Zanzibar Leute zur Formirung einer bewaffneten Macht zur Verfügung zu stellen, und in meiner Gegenwart wurde General Mathews angewiesen, die Gesellschaft hierbei zu unterstützen. || S. M. Schiff „Leipzig" traf schon am 22. August wieder in Zanzibar ein. Der Verlauf der Ereignisse in Bagamoyo war folgender gewesen: Der Kommandant von S. M. Schiff „Möwe" war am Morgen des 21. August mit einer Abtheilung der Mannschaft an Land gegangen, hatte die Stadt vollkommen ruhig gefunden und war darauf vor das Haus des Wali marschirt, auf welchem noch immer die rothe Fahne wehte. Aufgefordert, die Flagge zu entfernen, wollte der Wali sich erst sträuben; als ihm aber bedeutet wurde, er habe als Angestellter der Gesellschaft deren Anordnungen zu gehorchen, gab er weiteres Widerstreben auf und holte eigenhändig die Fahne herunter. Zur Entfernung des Flaggenmastes erbat er die Hülfe einiger Matrosen, die ihm gern gewährt wurde; mit den Leuten gemeinsam hat er auch die Fahnenstange herabgenommen und sodann die Fahne dem Kommandanten überreicht, welcher bei Entgegennahme derselben die Mannschaften präsentiren liess. Das Ganze ist ohne Gewaltanwendung und ohne jede Ruhestörung vor sich gegangen. || Am Nachmittage des 21. traf die „Leipzig" vor Bagamoyo ein; nach Empfang des Befehls Seiner Hoheit räumte der Wali das Haus, übergab es der Gesellschaft und wurde von ihr anderweitig in der Stadt eingemiethet. Die Gesellschaft verlegte ohne Verzug ihre Amtsräume in das frühere Wali-Haus, und es wurden auf demselben die beiden Flaggen, rechts an dem altgewohnten Platze die Sultansflagge, links etwas niedriger die Gesellschaftsflagge aufgezogen. || Nach Abfahrt der „Leipzig" blieb vorsichtshalber die „Möwe" noch zwei Tage vor Bagamoyo liegen und kehrte erst am 23. d. M.

Nr. 9667. Deutsches Reich. 26. Aug. 1888.

nach Zanzibar zurück. In Bagamoyo herrscht Ruhe und Ordnung, der Wali ist im Dienste der Gesellschaft geblieben, und glaubte Herr Vohsen bei seiner Abreise von dort garantiren zu können, dass Störungen nicht vorkommen würden. Es muss jetzt dem Takte des Bezirkschefs überlassen bleiben, ob er bei den geringen effektiven Machtmitteln, welche ihm zur Zeit zu Gebote stehen, sich eine Autorität in seinem Bezirke zu verschaffen versteht.

Dem Sultan waren inzwischen die ungeheuerlichsten Schilderungen von den Gewaltthaten der Deutschen in Bagamoyo vorgetragen worden; ich habe ihm darauf einen ausführlichen Bericht über die dortigen Vorgänge auf Grund der von den Herren Kommandanten der Kriegsschiffe gemachten Angaben eingereicht und ihm vorgehalten, wie leicht er bei etwas gutem Willen mir jedes Eingreifen der Marine hätte ersparen können.

(gez.) Michahelles.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

Nr. 9668. DEUTSCHES REICH. — Kaiserl. Generalkons. in Zanzibar an den Reichskanzler. — Uebernahme der Verwaltung im Süden der Küste. [41.4.]

(Auszug.)

Zanzibar, den 27. August 1888.
Eingegangen in Berlin den 21. September 1888.

Nr. 9668. Deutsches Reich. 27. Aug. 1888.

In den Häfen der südlichen Hälfte des unter Verwaltung der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft stehenden Küstengebietes hat mit Ausnahme von Kilwa Kiwindji die Flaggenhissung ohne Störung stattgefunden. In Dar-es-Salam hatte der dortige Bezirkschef, Herr Leue, bereits eine so angesehene und einflussreiche Stellung erworben, dass auch die Araber sich willig seiner Autorität beugen und er die Situation vollständig beherrscht. In Kilwa Kiwindji hat der Wali Bedenken gegen die Flaggenhissung erhoben; dieselbe ist in Folge dessen von dem dortigen Stationschef einstweilen unterlassen. || Bei weitem die schwierigste Aufgabe ist dem Herrn von Eberstein in Lindi zugefallen. Der Platz ist berüchtigt wegen seines Sklavenhandels; der Sultan selbst hat nur eine Scheinautorität dort ausgeübt, und die Stadt ist ganz in der Gewalt von acht reichen Sklavenhändlern. Bezeichnend für die Situation ist der Rath, welchen der dortige Wali dem Herrn von Eberstein bei seiner Ankunft gegeben, nämlich er solle es nur eben so machen, wie er selbst es thue, d. h. sich um nichts bekümmern; sonst wäre mit den Leuten nicht fertig zu werden. Trotz dieser schwierigen Umstände hat Herr von Eberstein die Flaggenhissung am 16. d. M. vorgenommen, erhebt dort bereits Zölle, und Herr Kapitän Hartog zollt seiner Umsicht und seinem Takte, mit dem er sich dort behauptet, volle Anerkennung. Eine baldige Verstärkung der Polizeimacht in Lindi ist dringend nöthig, weil der Bezirkschef täglich einem offenen Angriff durch die arabischen Sklavenhändler ausgesetzt ist. || Günstiger liegen die Verhältnisse in Mikindani;

der dortige Wali hat offen für die Deutschen Partei ergriffen und sucht dem Bezirkschef, Herrn Bülow, seine Stellung nach besten Kräften zu erleichtern. || Im Allgemeinen begrüssen in den südlichen Plätzen die Inder und Banianen die Verwaltung der Gesellschaft mit Sympathie, während das Araberthum sich ablehnend, zum Theil sogar feindlich verhält.

Nr. 9668. Deutsches Reich. 27. Aug. 1888.

gez. Michahelles.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

Nr. 9669. DEUTSCHES REICH. — Reichskanzler an den Generalkonsul in Zanzibar. — Hissen der Gesellschaftsflagge in den Küstenhäfen. [41,5.]

(Auszug.)

Friedrichsruh, den 6. Oktober 1888.

Nr. 9669. Deutsches Reich. 6. Okt. 1888.

Euerer Hochwohlgeboren Berichte vom Ende August d. J., betreffend die Uebernahme der Verwaltung in dem der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft verpachteten Küstengebiete des Sultanats von Zanzibar, sind mir zugegangen. || Was die darin erwähnten Vorgänge in Bagamoyo und Pangani betrifft, so bestärken mich die jetzt vorliegenden ausführlichen Mittheilungen in der Auffassung, dass das Hissen der Gesellschaftsflagge in den Küstenhäfen überhaupt weder geboten, noch rathsam war, und dass der darüber entstandene Streit hätte vermieden werden können, wenn die Gesellschaftsagenten mit der vorsichtigen Beschränkung auf das praktisch Nothwendige verfahren wären, welche die Vorbedingung des Gelingens gewagter Unternehmungen auf unbekanntem Gebiete bildet. || Nach Artikel 1 des Vertrages zwischen dem Sultan und der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft vom 28. April d. J. soll die Verwaltung des Küstengebietes im Namen und unter der Flagge des Sultans mit Wahrung der Souveränetätsrechte Seiner Hohheit geführt werden. Diesem maassgebenden Grundsatze hat das Auftreten der Gesellschaft in der Frage der Flaggenhissung nicht entsprochen. || Der Sultan blieb auch nach dem Vertrage der Landesherr in den Küstengebieten. Seine Autorität auszuüben und den Eingeborenen gegenüber für die Zwecke der deutschen Verwaltung nutzbar zu machen, war die Aufgabe der Gesellschaft, welche an sich und ohne den Sultan weder den auf Gemeinsamkeit der Abstammung und des Glaubens beruhenden Einfluss des Sultans über das mächtige arabische Element besass, noch über die in das Innere des Landes reichenden Machtmittel des Sultans verfügte, durch welche Letzterer bisher seinen Anordnungen Gehorsam zu verschaffen gewusst hatte. || Noch bedenklicher und in seinen Folgen gefährlicher war das Verfahren, welches gleichzeitig mit dem Hissen der neuen Flagge in Bagamoyo gegen die dort wehende Sultansflagge beobachtet wurde. Wenn auch wirkliche Gewaltthätigkeiten nicht vorgekommen sind, so hätte doch die

Nr. 9669. Deutsches Reich. 6. Okt. 1888.

Mitwirkung der Matrosen unseres Kriegsschiffes beim Herunternehmen der Flagge und des Flaggenstocks, wodurch die ersten unwahren Berichte an den Sultan über Verletzung der Flagge und seiner Hoheitsrechte veranlasst wurden, unterbleiben sollen. || Die Frage, ob der Wali mit seiner Weigerung, die bisherige Flagge auf dem Hause des Sultans einzuziehen, formell im Rechte war oder nicht, ist dabei nicht entscheidend. Der Rechtspunkt hätte seitens der Gesellschaft überhaupt nicht in den Vordergrund gestellt werden sollen, sondern Angesichts der schwachen Stellung der deutschen Verwaltung musste dieselbe unter Schonung aller nationalen Vorurtheile der Bevölkerung durch geschickte Behandlung des Sultans und seiner Walis gerade diese ihren Zwecken dienstbar zu machen suchen. Das Verfahren ist, wie mir scheint, mehr energisch als umsichtig gewesen, und die Energie ist in diesem Gebiete ausserhalb der Tragweite unserer Schiffsgeschütze nur mit unverhältnissmässigen Opfern durchzuführen.

gez. von Bismarck.

Seiner Hochwohlgeboren dem Kaiserlichen Generalkonsul
Herrn Dr. Michahelles,
Zanzibar.

Nr. 9670. DEUTSCHES REICH. — Kaiserl. Generalkons. an den Reichskanzler. — Aufstand in Pangani.

(Auszug.)

Zanzibar, den 18. September 1888.
Eingegangen in Berlin den 14. Oktober 1888.

Nr. 9670. Deutsches Reich. 18. Sept. 1888.

Unter dem 25. v. M.*) habe ich zu berichten die Ehre gehabt, dass bei der Entfernung der von S. M. Schiff „Carola“ zurückgelassenen Besatzung aus Pangani am 23. d. M. dort Ruhe herrschte und die Bevölkerung wieder anfing, ihren gewohnten Beschäftigungen nachzugehen. In den nächsten Tagen blieb das Einvernehmen zwischen den Angestellten der Gesellschaft und den Einwohnern ein gutes; es wurden Gerichtssitzungen unter Zuziehung von angesehenen Eingeborenen gehalten, und die Zollerhebung ging ohne Schwierigkeit von statten. Als dann ein Verbrechen in der Umgegend von Pangani verübt wurde und der Beschädigte sich klagend an den deutschen Bezirkschef wandte, war der Letztere ausser Stande, über das Weichbild der Stadt hinaus einzuschreiten, und er drang bei der Generalvertretung auf baldige Entsendung einer bewaffneten Polizeimacht zur Aufrechterhaltung der Sicherheit von Leben und Eigenthum. Von Zanzibar aus wurden 50 der sogenannten „Irregulären“, deren Anwerbung Seine Hoheit der Sultan der Gesellschaft gestattet hatte, hinübergesandt und trafen am 31. v. M. dort ein. General Mathews hatte die Gesellschaft gleich bei der Anmusterung der Soldaten darauf aufmerksam gemacht, dass die an militärische Disziplin nicht gewöhnten

*) Abgedruckt unter Nr. 9666.

Nr. 9670. Deutsches Reich. 18. Sept. 1888.

Leute sehr vorsichtig behandelt werden müssten, und darüber gewisse Verhaltungsmaassregeln gegeben. Die Leute nahmen eine oppositionelle Haltung ein, die bald zu offenem Ungehorsam ausartete, so dass Herr von Zelewski am 1. d. M. nach Zanzibar schrieb und die Zurückbeförderung der Irregulären beantragte, weil sie ihm mehr schadeten als nützten. Denn alle der Gesellschaft übelwollenden Elemente fanden in den unbotmässigen Soldaten einen willkommenen Anhalt zum Widerstande. || Am 3. September ereignete sich in Pangani ein Vorfall, der die Situation verschlimmerte. Dort war eine Dhau mit einer Ladung von circa 1000 Fässchen Pulver, für Karawanen bestimmt, eingelaufen, und wegen der unsicheren Zustände verbot der Bezirkschef das Landen der Ladung. Am nächsten Morgen sollte das Pulver nach Zanzibar zurückgehen, als in der Nacht vom 3. auf den 4. d. M. Bewaffnete auf die Dhau drangen und sich mit Gewalt des Pulvers bemächtigten. Dasselbe diente dazu, die Leute auszurüsten, welche vom 4. September ab in Massen aus dem Hinterlande bewaffnet in die Stadt strömten, bald den Panganileuten die Leitung der Bewegung entrissen, und denen gegenüber die wenigen deutschen Angestellten machtlos waren. Vom 5. September an blieben Herr von Zelewski und die übrigen Deutschen in ihrem Hause cernirt; es wurden zwar keine Gewaltthaten gegen ihre Personen begangen: allein ihre Diener wurden mehrfach bedroht; Lebensmittel wurden ihnen nicht verkauft, und Nachts legte man ein Vorhängeschloss vor ihre Hausthür. Während des Tages blieb eine Wache mit regelmässiger Ablösung vor dem Hause postirt. Die Gesellschaftsflagge wurde vom Stock heruntergenommen und zerrissen. || Unterdessen hatte Herr Vohsen in Folge der beunruhigenden Nachrichten über das pflichtwidrige Verhalten der Irregulären beschlossen, selbst nach Pangani zu gehen; er fuhr auf der „Barawa“ am 5. d. M. hinüber und langte Nachmittags vor der die Einfahrt des Flusses versperrenden Barre an. Als er in einem offenen Ruderboot bei Dunkelwerden an Land gehen wollte, wurde das Boot zuerst vom rechten Ufer aus angerufen und gewarnt, nicht weiter zu fahren, weil in Pangani Krieg sei. Trotzdem wurde die Fahrt fortgesetzt, bis plötzlich in geringer Entfernung von der Stadt 30 bis 40 Bewaffnete das Boot stellten und nach dem Namen der Schiffes, von dem es kam, fragten. Auf die Antwort, es sei die „Barawa“ des Seyyid Khalifa, wurde erwidert: „Wir kennen hier keinen Seyyid Khalifa“, und der Volkshaufe begann auf das Boot zu feuern. Von den Insassen wurde Niemand getroffen; eine Kugel schlug in die Bootswand. An Landen war unter diesen Umständen nicht zu denken, und Herr Vohsen kehrte unverrichteter Sache an Bord der „Barawa“ zurück. Am nächsten Morgen erschien als Abgesandter der aufrührerischen Bevölkerung der Comorenser Ali ben Betcha an Bord der „Barawa“ und forderte Herrn Vohsen auf, wenn er im Auftrage des Sultans käme, möge er nur in die Stadt kommen. Nach den Erfahrungen des vorhergehenden Abends wurde auf diese Aufforderung nicht weiter eingegangen; aber aus dem Verhör, welches mit dem Ali ben Betcha angestellt wurde, war zu entnehmen, dass Herrn von Zelewski

Nr. 9670. Deutsches Reich. 18. Sept. 1888.

und Genossen kein Leid widerfahren sei, sondern sie nur eingeschlossen gehalten wurden. || Herr Vohsen kehrte am 6. d. M. nach Zanzibar zurück und beantragte, ich möchte bei Seiner Hoheit dem Sultan die sofortige Entsendung von 100 Mann seiner regulären Soldaten zur Wiederherstellung der Ruhe in Pangani erwirken. Das Gesuch habe ich noch an demselben Abend bei Seiner Hoheit angebracht und erhielt auch das mündliche Versprechen, es sollten Tags darauf die Truppen auf der „Barawa" nach Pangani abgehen: er werde am nächsten Morgen dem General Mathews die nöthigen Befehle ertheilen. Ich lies noch in der Nacht den General benachrichtigen und ihn bitten, seine Vorbereitungen zeitig zu treffen, damit der Truppentransport mit der „Barawa" keine Verzögerung erleide. Um so überraschter war ich, als am Morgen des 7. September um 8 Uhr General Mathews mir die Nachricht brachte, Seine Hoheit könne auf die Entsendung der Regulären nicht eingehen, sondern wolle einen mit den Verhältnissen vertrauten Araber hinübersenden, um Ordnung zu stiften. Sogleich wies ich den General nachdrücklich darauf hin, dass ein ohne bewaffnete Macht erscheinender Abgesandter in Pangani keinen Erfolg haben könne. Der General versprach hierauf, seinem Herrn nochmals Vorstellungen zu machen. Bei der Ungewissheit der Entschliessung Seiner Hohheit wollte Herr Vohsen, der wegen des Schicksals seiner Angestellten in Pangani in begreiflicher Aufregung war, die Abfahrt der „Barawa" nicht länger verzögern und fuhr um 9 Uhr ab, obwohl noch im letzten Augenblick General Mathews mit dem Bescheide an Bord erschien, der Sultan habe den Befehl zur Einschiffung der regulären Truppen ertheilt. Darauf habe ich den General gebeten, er möge noch an demselben Tage selbst mit der nöthigen Anzahl Soldaten auf einem anderen Dampfer Seiner Hohheit nach Pangani abgehen, und Nachmittags um 4 Uhr verliess er auf der „Kilwa" mit 150 Regulären den hiesigen Hafen. || In Pangani war die Lage wenig verändert; es waren noch immer mehr Bewaffnete in die Stadt geströmt und der Strand zur Vertheidigung vorbereitet. An einigen Stellen waren Schanzen aufgeworfen, verschiedene besonders geeignete Häuser befestigt, kurz, Alles auf kriegerische Maassnahmen zugerüstet. Einem Boot des englischen Kriegsschiffs „Algerine", das den Indern die Möglichkeit, Leben und Eigenthum in Sicherheit zu bringen, gewähren sollte, war es am 7. d. M. ebenso ergangen, wie früher dem Boot der „Barawa": es war vom Lande beschossen worden, und ein farbiger Dolmetscher, der trotzdem landete, wurde mit gezückten Schwertern bedroht und zurückgetrieben. Am 8. September kam die „Kilwa" vor Pangani an; General Mathews landete am Nachmittage, und da er allseitig bekannt war, wurde er von den Aufständischen mit Jubel empfangen. Sein erster Gang war nach dem Hause der Ostafrikanischen Gesellschaft; er fand die dort cernirten Deutschen unverletzt vor und geleitete sie unter seiner Obhut an ein Boot, das sie sicher an Bord der „Barawa" brachte. Im Uebrigen warnte er Herrn Vohsen eindringlich vor jedem Versuch, an Land zu kommen: die Gährung in der Stadt sei eine sehr bedenkliche, und ein anderer Europäer ausser ihm könne ohne Lebensgefahr den Ort nicht betreten. Er liess zweifel-

Nr. 9670. Deutsches Reich. 18. Sept. 1888.

haft, wie weit es ihm gelingen würde, die Ruhe wiederherzustellen. || Am 8. d. M. trafen Herr von Zelewski und seine Genossen in Zanzibar ein, und am Abend langte auch das Kreuzergeschwader, von Tanga kommend, an. Dem Herrn Admiral habe ich die Lage in Pangani ausführlich dargelegt, und er stimmte meiner Ansicht bei, dass vorläufig abgewartet werden müsse, ob Mathews irgend welchen Erfolg habe, dass auch die Entsendung eines deutschen Kriegsschiffes momentan nicht angebracht wäre, weil dessen Erscheinen dem General seine Aufgabe nur erschweren dürfte. Am 11. September kehrte General Mathews nach Zanzibar zurück; es war ihm geglückt, die Ruhe wiederherzustellen: die regulären Truppen hielten die Ordnung in der Stadt aufrecht, und die Bevölkerung hatte die Waffen niedergelegt. Mit Mathews erschienen vier Abgesandte der Einwohnerschaft, um dem Sultan ihre Beschwerden vorzutragen. Nachdem Seine Hohheit sie angehört hatte, veranlasste er sie, zu mir zu kommen, und am 14. d. M. sind sie in Gegenwart des Generals Mathews und des Herrn Vohsen von mir vernommen worden. Der Sprecher, derselbe Ali ben Betcha, welcher vor Pangani an Bord der „Barawa" gekommen war, setzte weitläufig alle Punkte auseinander, welche die Bevölkerung gegen die Deutschen aufgebracht hatten, und brachte dabei die unsinnigsten Behauptungen vor; so sollte ihnen z. B. gesagt sein, alle Einwohner von Pangani müssten jetzt Deutsche werden und würden bei Bestrafungen zur Verbüssung der Strafe nach Deutschland geschickt. Viel Nützliches war aus den Reden der Leute weiter nicht zu entnehmen. Nachdem ich den Abgesandten die Ziele der Gesellschaft und deren Verhältniss zum Sultan auseinandergesetzt hatte, entliess ich sie, und es schloss sich daran eine Besprechung mit General Mathews über die nächsten Maassregeln zur Wiederherstellung geordneter Zustände in Pangani. Der General rieth dringend davon ab, in den nächsten Wochen Europäer dorthin zu entsenden; die Gesellschaft sollte sich vielmehr zunächst auf die Leitung des Zollwesens durch Parsi oder Inder beschränken und die Verwaltung und Gerichtsbarkeit einem einheimischen Wali übertragen. Sei es erst gelungen, die bewaffnete Landbevölkerung aus Pangani wieder zu entfernen, die Karawanenstrassen zu öffnen und eine allgemeine Beruhigung herbeizuführen, so werde in vielleicht 4 oder 6 Wochen ein europäischer Angestellter ohne Gefahr erst im Zollhause Einzug halten und dann schrittweise die übrigen Verwaltungszweige an sich ziehen können. || Ueber denselben Gegenstand fand darauf am 16. September eine Konferenz bei Seiner Hoheit dem Sultan statt, und machte Seyyid Khalifa selbst den Vorschlag, er wolle Mathews von neuem nach Pangani schicken, daselbst Gouverneure einsetzen und diesen provisorischen Zustand andauern lassen, bis die Verhältnisse die Rückkehr der Gesellschaftsangestellten gestatten würden. Das Zollhaus sollte unter direkter Leitung der Gesellschaft verbleiben, aber durch Inder und Parsi verwaltet werden. || Ich habe angenommen, dass der vorgeschlagene Weg den Intentionen Euerer Durchlaucht entsprechen würde, und nach Verständigung mit Herrn Vohsen Seine Hoheit gebeten, er möge den General Mathews bald-

Nr. 9670. Deutsches Reich. 18. Sept. 1888.

thunlichst nach Pangani zurückschicken, damit die Ordnung wiederhergestellt und die unruhigen Elemente aus dem Hinterlande in ihre Heimath zurückdirigirt würden. Ebenfalls habe ich mich mit der vorläufigen Einsetzung von Walis durch den Sultan einverstanden erklärt, dabei aber betont, dass der zu schaffende Zustand nur ein Uebergangsstadium sei, bis die Verhältnisse die Rückkehr der Gesellschaftsangestellten und die völlige Durchführung des Küstenvertrages gestatteten. Zur Erledigung der Zollgeschäfte würde die Gesellschaft einen Parsi nach Pangani schicken.

gez. Michahelles.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

Nr. 9671. DEUTSCHES REICH. — Kaiserl. Generalkons. in Zanzibar an den Reichskanzler. — Aufstand in Tanga. — Konflikt mit S. M. „Möwe". [41,7.]

Zanzibar, den 18. September 1888.
Eingegangen in Berlin den 14. Oktober 1888.

Nr. 9671. Deutsches Reich. 18. Sept. 1888.

Nachdem der Chef des Kreuzergeschwaders, Herr Kontreadmiral Deinhard, an Bord S. M. Schiff „Sophie" die übrigen Schiffe des Geschwaders in der Mandabucht am 1. September getroffen hatte, entsandte er S. M. Kreuzer „Möwe" nach Zanzibar zurück, um die inzwischen eingegangenen Postsachen in Empfang zu nehmen und ihm nach Pangani entgegenzubringen. Die „Möwe" verliess Zanzibar wieder am 4. September, war am folgenden Tage vor Pangani, und als sie den Herrn Admiral dort nicht antraf, ging sie ihm nordwärts nach Tanga entgegen. Am Nachmittag des 5. d. M. ankerte sie in dem Hafen von Tanga und schickte gegen Abend ein Boot an Land, um Erkundigungen einzuziehen, da von der Stadt niemand an Bord kam und nirgends die Fahne der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft zu sehen war. Bevor die Bemannung des Bootes landen konnte, wurden plötzlich vom Ufer auf sie Flintenschüsse abgefeuert, und das Boot musste unverrichteter Sache wieder an die „Möwe" zurückkehren. Der Vorfall war um so unerklärlicher, als die Bootsmannschaft gar nicht mit Gewehren versehen und also jede feindliche Absicht bei der Landung ausgeschlossen war; der Kommandant der „Möwe" Freiherr von Erhardt glaubte daher ein durch die hereinbrechende Dämmerung verursachtes Missverständniss annehmen zu sollen und beschloss, bis zum nächsten Morgen nichts zu unternehmen. Am 6. September wurden zwei mit bewaffneten Mannschaften besetzte Boote abgeschickt und zugleich das Schiff selbst zum Gefecht klar gemacht. Als die Boote auf bequeme Schussweite an den Strand herangekommen waren, wurden sie von dem dort versammelten Volkshaufen mit einem Hagel von Kugeln begrüsst, und als somit die feindselige Absicht der Bevölkerung klargestellt war, liess Freiherr von Erhardt einige Granaten auf die Angreifer werfen und die Revolverkanone feuern. Trotz der verheerenden

Nr. 9671. Deutsches Reich. 18. Sept. 1888.

Wirkung der Geschosse hielten die Tangaleute am Strande aus und setzten ihr Schiessen auf die nahenden Boote fort, glücklicherweise ohne Schaden anzurichten. Als die Boote am Ufer anlangten, stellte die „Möwe“ ihr Feuer ein; während des Aussteigens wurde ein Matrose verwundet und musste im Boot zurückbleiben. Das Landungskorps unter dem Befehl von Herrn Kapitänlieutenant Ferber griff darauf mit blanker Waffe an, und nach kurzem Kampfe flohen die Schwarzen durch die Stadt in die Umgegend hinaus, indem noch aus einzelnen gedeckten Stellungen ein Widerstand versucht wurde. Bei dem Vordringen gegen den weichenden Feind wurde ein zweiter Matrose der „Möwe“ durch einen Flintenschuss verwundet. Wie viele auf der Gegenseite geblieben sind, war nicht festzustellen. Da es nicht in der Absicht des Kommandanten liegen konnte, sich auf einen Buschkrieg einzulassen, so ging Herr Kapitänlieutenant Ferber wieder an den Strand zurück, nachdem der Feind zersprengt und der Ort selbst von den Angreifern gesäubert worden war. || Trotz der feindseligen Haltung der Einwohner war doch gegen die beiden Beamten der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft, Herrn von Frankenberg und Herrn Klentze, keine Gewaltthat verübt; Herr von Erhardt bot beiden Herren an, auf der „Möwe“ nach Zanzibar zurückzukehren, weil er nicht länger vor Tanga verweilen und an Ort und Stelle den Schutz derselben übernehmen konnte; allein sein Anerbieten wurde abgeschlagen: die Herren glaubten aus Pflichtgefühl ohne besonderen Befehl des Generalvertreters der Gesellschaft ihre Station nicht räumen zu dürfen.

Die „Möwe“ traf am Abend des 6. September im hiesigen Hafen ein; der Kommandant machte mir sogleich Meldung von dem Vorgefallenen, und da ich aus seiner Schilderung der Zustände in Tanga eine ernstliche Lebensgefahr für die Herren von Frankenberg und Klentze annehmen musste, so ersuchte ich ihn auf Antrag des Herrn Vohsen, am nächsten Morgen früh, mit einem Befehl der Gesellschaft an beide Beamte zur Räumung der Station versehen, nach Tanga zu fahren, um die Bedrohten zurückzubringen. Die „Möve“ schiffte am 7. d. M. erst ihre beiden Verwundeten aus, welche im deutschen Hospital Aufnahme fanden, und dampfte um 8 Uhr nach Tanga ab. Dort angekommen fand sie Herrn Admiral Deinhard auf S. M. Schiff „Leipzig“ nebst S. M. Schiff „Olga“ vor; ferner waren glücklicherweise beide Gesellschaftsbeamte am Leben und in der Zwischenzeit sogar nicht einmal belästigt worden. Nach ihrer Aussage war am Morgen desselben Tages der Wali wieder in der Stadt erschienen, um mit ihnen Frieden zu schliessen, und diese Nachricht veranlasste den Herrn Admiral, in der Nacht vom 7. auf den 8. d. M. den Versuch zu machen, durch ein Landungskorps den Wali als den vermuthlichen Hauptschuldigen an dem Angriff auf die „Möwe“ aufzuheben. Um 2 Uhr Nachts wurden Abtheilungen von der „Leipzig“, der „Olga“ und der „Möwe“ an das Ufer geschickt und von zwei Seiten der Weg auf das Walihaus eingeschlagen; nach Umzingelung des Gebäudes wurde es im Innern durchsucht; aber der Wali war nicht anwesend, und es wurden nur seine Briefschaften beschlagnahmt. Gegen 5 Uhr

Nr. 9671. Deutsches Reich. 18. Sept. 1888.

kehrte die nächtliche Expedition auf die Schiffe zurück; die „Möwe" verliess früh Morgens Tanga und war Nachmittags in Zanzibar, während S. M. Schiffe „Leipzig" und „Olga" etwas später folgten und unterwegs S. M. Schiff „Sophie" trafen und mit ihr Abends zwischen 6 und 7 Uhr im Hafen anlangten. Auf der „Leipzig" wurden Herr von Frankenberg und Herr Klentze nach Zanzibar zurückgebracht. || Seiner Hoheit dem Sultan habe ich über den Angriff auf das deutsche Kriegsschiff Bericht erstattet und unter Hervorhebung des Umstandes, dass in Tanga die Verwaltung in Folge der Widersetzlichkeit des Wali noch nicht von der Gesellschaft übernommen worden war, also noch auf seine direkte Verantwortlichkeit geführt wurde, die strenge Bestrafung der Schuldigen beantragt. Seyyid Khalifa war sehr bestürzt über den Vorfall und liess mir durch General Mathews mittheilen, Letzterer habe den Befehl erhalten, von Pangani aus nach Tanga zu gehen und die Untersuchung zu führen. Der Sultan hat ferner nochmals schriftlich sein Bedauern über das Geschehene ausgesprochen und die strenge Bestrafung des Wali von Tanga zugesagt. Dass ihm die Erfüllung des Versprechens momentan nicht möglich war, musste von Herrn Admiral Deinhard und mir anerkannt werden, und waren wir beide übereinstimmend der Ansicht, dem Sultan vorläufig eine gewisse Zeit zu lassen, bis er der in Usambara ausgebrochenen Bewegung Herr geworden wäre.

gez. Michahelles.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

Nr. 9672. DEUTSCHES REICH. — Kaiserl. Generalkons. in Zanzibar an den Reichskanzler. — Sklavenhandel in Lindi und Mikindani. [41,8.]

(Auszug.)

Zanzibar, den 23. September 1888.
Eingegangen in Berlin den 22. Oktober 1888.

Nr. 9672. Deutsches Reich. 23. Sept. 1888.

Die Bezirkschefs der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft in Lindi und Mikindani haben übereinstimmend berichtet*), dass von ihren Wohnsitzen ein schwunghafter Sklavenhandel auf Dhaus, welche unter französischer Flagge fahren, betrieben wird. Die Eigenthümer der Dhaus lassen ihre Fahrzeuge hier, in Madagaskar, auf Nossi Bé und theilweise auch in Obok registriren, erhalten dadurch das Recht, die französische Flagge zu führen, und sind damit gegen alle Kontrolmaassregeln geschützt, welche von den hier stationirten englischen Kriegsschiffen zur Unterdrückung des Sklavenhandels vorgenommen werden. Von Lindi allein sollen jährlich mehrere Tausend Sklaven auf diesem Wege nach Zanzibar, Maskat und Madagaskar verschifft werden. || Abgesehen von der in Artikel 9 der Kongo-Akte übernommenen Verpflichtung haben wir ein

---

*) Vergl. den Bericht des Bezirkschefs in Lindi, welcher von der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft mitgetheilt und als Anlage 1 hierunter abgedruckt ist.

speziclles Interesse an der Unterdrückung dieses Unwesens. Wegen der Exterritorialität der unter französischer Flagge segelnden Fahrzeuge steht die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft den Dhaus machtlos gegenüber.

No. 9672. Deutsches Reich. 23.Sept.1888.

Auf Antrag des Herrn Vohsen habe ich in der abschriftlich beigefügten Note vom 12. d. M. die Aufmerksamkeit des hiesigen französischen Konsuls Herrn Lacau auf diese Sklaventransporte unter französischer Flagge gelenkt und seine Unterstützung zur Beseitigung der Uebelstände erbeten. Herr Lacau war bereit, die Angelegenheit bei seiner Regierung zur Sprache zu bringen, sowie den Kommandanten der indischen Marinestation zu benachrichtigen; er wünschte noch nähere Einzelheiten, wie die Namen einiger Dhaus, den Hafen ihrer Registrirung etc. zu erfahren, um den französischen Behörden ein Einschreiten zu erleichtern. Sobald ich im Besitze der erforderlichen Informationen bin, werde ich sie ihm zur Verfügung stellen. || Euerer Durchlaucht Erwägung darf ich ehrerbietigst anheimstellen, ob es sich empfiehlt, die Angelegenheit in Paris in Anregung zu bringen.

gez. Michahelles.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

Anlage 1.

Lindi, den 16. August 1888.

Der arabische Theil der Bevölkerung in Lindi lebt vom Sklavenhandel. Alle Soldaten und die übrigen Sultansbeamten sind Helfershelfer und empfangen ihren Antheil am Raube. || Die hauptsächlichsten Sklavenhändler sind hier: || Mahamadi Ngunga, || Vachosa Hamed, || Abid bin Zef, || Halaal bin Zef, || Salim bin Abdallah, || Seliman, der Gefängnisswärter des Sultans, || Rashid de Pappa und || der Kadi Omani bin Jemali. || Letzterer empfängt besonders dafür grosse Prozente, dass er reinen Mund hält. || Englische Kriegsschiffe haben hier noch fast gar keine Sklaven-Dhaus aufgehoben, besuchen den Hafen auch nicht. Die Dhaus fahren fast alle unter französischer Flagge, die sie in Madagaskar von dem französischen Konsulat erhalten, indem sie ihre Schiffe dort vermessen lassen. || Ich bemerke gleichzeitig, dass es schwer ist, hier gegen den Sklavenhandel, an welchem auch die Eingeborenen an der Küste sehr interessirt sind, etwas zu unternehmen, ohne über genügende Machtmittel zu verfügen.

No. 9672. Deutsches Reich. 16. Aug.1888.

Der Bezirkschef: gez. Freiherr von Eberstein.

Anlage 2.

Zanzibar, den 12. September 1888.

Nach Berichten, welche der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft von ihren Beamten in Lindi und Mikindani zugegangen sind, wird von jenen Plätzen aus ein schwunghafter Sklavenhandel betrieben, und zwar sind es vornehmlich Dhaus unter französischer Flagge, welche diese verbotene Waare befördern. Die arabischen Dhauschiffer lassen ihre Fahrzeuge durch eine französische

No. 8672. Deutsches Reich. 12.Sept.1888.

No. 9672. Deutsches Reich. 12.Sept.1888.

Behörde auf Madagaska vermessen, erhalten dann das Recht, die französische Flagge zu führen, und sind dadurch vor allen Kontrolmaassregeln der englischen Kriegsschiffe geschützt, welche zur Unterdrückung des Sklavenhandels in den Küstengewässern des Sultanats Zanzibar kreuzen. || Euer Hochwohlgeboren werden mit mir darüber einverstanden sein, dass der bisher von den Dhauschiffern beobachtete Gebrauch zu einem Missbrauch der französischen Flagge führt und ein ernstes Hinterniss gegen die Unterdrückung des Sklavenhandels bildet, welche von allen europäischen Regierungen gemeinsam angestrebt wird. || Indem ich die Ehre habe, Eurer Hochwohlgeboren Aufmerksamkeit auf die dargelegten Verhältnisse zu lenken, und Ihre Unterstützung zur Beseitigung der Uebelstände erbitte, benutze ich auch diesen Anlass zur erneuten Versicherung meiner vorzüglichsten Hochachtung.

gez. Michahelles,
Kaiserlich deutscher Generalkonsul.

An
den Konsul der französischen Republik zu Zanzibar
Herrn Lacau Hochwohlgeboren.

Nr. 9673. DEUTSCHES REICH. — Kaiserl. Generalkons. in Zanzibar an den Reichskanzler. — Die Lage in Pangani. [41,9.]

Zanzibar, den 24. September 1888.
Eingegangen in Berlin den 22. Oktober 1888.

Nr. 9673. Deutsches Reich. 24.Sept.1888.

Gestern Abend ist plötzlich General Mathews mit den regulären Truppen aus Pangani zurückgekehrt und hat mir folgende Schilderung der dortigen Zustände entworfen. Am ersten Tage nach seiner Ankunft versammelte er alle angesehenen Einwohner sowie die Führer der hereingeströmten Landbevölkerung, verlas ihnen die Briefe des Sultans und setzte den von Seiner Hoheit bestimmten Araber als Wali ein. || Anfangs schien alles gut zu gehen; dann berief aber der eigentliche Leiter des Aufstandes, ein in der Nähe von Pangani ansässiger Araber Namens Buschiri, seinerseits eine Versammlung auf seinem Landgut, und von dem Tage an schlug die Stimmung gegen den General um. Die Araber begannen, ihm als Christen auszuweichen, sein Haus wurde Tag und Nacht von Bewaffneten umringt, und er wäre ermordet worden, wenn nicht seine Soldaten ihn mit ihrem eigenen Leben geschützt hätten. || Gegen den vom Sultan ernannten Wali hatten die Aufständischen nichts einzuwenden und waren bereit, ihn als Obrigkeit anzuerkennen, weil er Muhamedaner und einer der Ihrigen wäre; der allgemeine Hass richtete sich lediglich gegen alles Europäische und Christliche. Als dann die Aufrührer versuchten, die regulären Soldaten ihrem Führer abspenstig zu machen, sah General Mathews ein, dass sein Bleiben in Pangani nichts nützte, und da nach den Nachrichten aus Tanga, wo die Bewegung ebenfalls von Pangani aus geleitet wird, die gleiche Erfolglosigkeit seines dortigen Einschreitens vorauszusehen war, so kehrte er am

23. mit seinen Soldaten nach Zanzibar zurück. Der Wali ist in Pangani geblieben; Mathews wird ihm von hier aus hundert arabische Askaris hinüberschicken, und der Gouverneur will versuchen, mit ihnen allmälig geordnete Zustände herbeizuführen. Ob und in welcher Zeit ihm dies gelingen wird, ist nicht zu übersehen; jedenfalls muss es auch nach Angabe des Generals Mathews für ausgeschlossen gelten, in einigen Wochen die Rückkehr europäischer Angestellter nach Pangani und Tanga zu ermöglichen. || An der Befestigung der Stadt ist eifrig gearbeitet; an der schmalen Einfahrt in den Hafen sind Verschanzungen in der Weise angelegt, dass die Fahrrinne von drei Seiten mit Gewehrfeuer bestrichen werden kann, und Tag und Nacht werden die Werke von Bewaffneten besetzt gehalten.

Nr. 9673. Deutsches Reich. 24. Sept. 1888.

gez. Michahelles.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

Nr. 9674. **DEUTSCHES REICH.** — Generalkons. in Zanzibar an den Reichskanzler. — Lage in Bagamoyo; Einschreiten S. M. Schiff „Leipzig". [41,10.]

(Auszug.)

Zanzibar, den 24. September 1888.

Eingegangen in Berlin den 22. Oktober 1888.

Euerer Durchlaucht ist bereits gemeldet worden, dass Herr Admiral Deinhard auf S. M. Schiff „Leipzig" am 20. d. M. nach Bagamoyo gegangen war. Gestern Nachmittag traf eine Dampfbarkasse von Bagamoyo ein und überbrachte mir ein Schreiben des Geschwaderchefs vom 23. d. M. Danach ist am gestrigen Tage ein feindlicher Angriff auf die dortigen Vertreter der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft gemacht worden; die Deutschen haben sich in ihr Haus zurückgezogen und sind dort beschossen worden, worauf der Herr Admiral in Folge der Nothsignale ein Landungskorps an das Ufer schickte. Die Eingeschlossenen sind befreit, die Angreifer zurückgeschlagen worden, und das Gesellschaftshaus wird einstweilen militärisch besetzt gehalten. Bei dem Kampfe sind etwa hundert Farbige geblieben, während von den Deutschen Niemand verwundet worden ist. || Ueber die direkten Ursachen der Feindseligkeiten in Bagamoyo ist hier noch nichts bekannt; es wurden gerade in der letzten Woche dort grössere Karawanen erwartet, und wollte der Herr Admiral bei deren Ankunft in Bagamoyo sein, um eventuelle Unruhen bei dem Zusammenströmen grösserer Menschenmengen niederschlagen zu können.

Nr. 9674. Deutsches Reich. 24. Sept. 1888.

gez. Michahelles.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

Nr. 9675. DEUTSCHES REICH. — Generalkons. an den Reichskanzler. Lage im südlichen Küstentheil. [41,11.]

Zanzibar, den 24. September 1888.
Eingegangen in Berlin den 22. Oktober 1888.

Nr. 9675. Deutsches Reich. 24.Sept.1888.

Nach den letzten Berichten aus den südlichen Häfen der deutschen Interessensphäre, welche bis zum 18. und 19. d. M. reichen, war die Lage dort die folgende. Aus Mikindani schreibt der Bezirkschef der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft, Herr von Bülow, er könne nur wünschen, dass Alles in derselben Weise fortgehen möge, wie gegenwärtig. Der frühere Wali des Sultans ist im Dienste geblieben, ordnet sich willig dem Deutschen unter, und beide führen die Verwaltung in bester Harmonie. Von Seiten der Bevölkerung werden ihnen keine Schwierigkeiten bereitet. In Lindi hat der Bezirkschef Herr von Eberstein sich in den wenigen Wochen eine grosse persönliche Beliebtheit erworben; er arbeitet ohne einen einheimischen Wali, und es scheint ihm zu glücken, auch mit den Häuptlingen des noch wenig bekannten Hinterlandes gute Beziehungen herzustellen. Zwei Sultane haben ihm angeboten, Leute zu stellen, falls er angegriffen werden sollte. Als ein Beweis seiner Autorität kann auch gelten, dass er drei besonders widerwillige und unruhige Araber auf dem letzten hier eingegangenen Dampfer nach Zanzibar geschickt hat, ohne durch eine solche Maassregel Unruhen hervorzurufen. Er glaubt seine Stellung halten zu können und beschwert sich in erster Linie nur über das Benehmen der zu seiner Unterstützung von hier entsandten Irregulären, welche ebenso nichtsnutzig wie unbotmässig auftreten. Herr von Eberstein ist in der Lage, Schwarze als Soldaten anwerben zu können, und hat die Rückberufung der Irregulären beantragt. Da dieselbe Klage aus Kilwa eintraf, so ist heute die „Barawa“, ein dem Sultan von Zanzibar gehöriger Dampfer, in See gegangen, um die Leute je nach Wunsch des Bezirkschefs entweder alle oder zum Theil zurückzubringen. || In Kilwa liegen die Verhältnisse nicht so günstig wie in den beiden anderen Plätzen. Die Stadt ist von früher her übel berüchtigt; die Bevölkerung, die unter Seyyid Bargasch einen Aufstand versucht hatte, gilt als unruhig und besteht theilweise aus Sklavenhändlern niedrigster Gattung. || Mit dem Dampfer „Barawa“ ist ein angesehener und mit den Verhältnissen der Küstenplätze vertrauter Araber, Nasr ben Soliman, als Abgesandter Seiner Hoheit nach Kilwa, Lindi und Mikindani gegangen, um einerseits den Rückzug der Irregulären zu überwachen, andererseits aber durch persönliche Einwirkung auf die einflussreicheren Persönlichkeiten der Ortschaften die Bevölkerung über das Verhältniss der Gesellschaft zum Sultan aufzuklären und zur Beruhigung der Gemüther beizutragen. || Nasr ben Soliman hat eine vom Sultan erlassene Proklamation mitgenommen und wird sie öffentlich zur Verlesung bringen. In Kilwa speciell soll er mit den Dorfältesten der Umgegend in Verbindung treten und etwaigen Aufstandsgelüsten entgegenarbeiten. || Die „Barawa“ wird erst Dar-es-Salam anlaufen, um den dortigen Bezirkschef von den Unruhen in Bagamoyo zu unterrichten und ihm Gelegenheit zu geben, in

seinem Bezirk Vorsichtsmaassregeln zu treffen, und dann am 25. d. M. nach Kilwa weiterfahren. || In den drei südlichen Hafenplätzen geht die Zollerhebung unter deutscher Leitung ohne alle Schwierigkeit von statten, und die Bezirkschefs glauben, falls die Ruhe nicht gestört wird, erheblich grössere Einnahmen zu erzielen, als früher geschehen ist, da sie eine Reihe von Missbräuchen aufgedeckt und abgestellt haben.

Nr. 9675. Deutsches Reich. 24. Sept. 1888.

Michahelles.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

Nr. 9676. **DEUTSCHES REICH.** — Generalkonsul an den Reichskanzler. — Streit mit den Arabern in Kilwa. — Ermordung eines Gesellschaftsbeamten. [41,12.]

(Auszug.)

Zanzibar, den 25. September 1888.
Eingegangen in Berlin den 22. Oktober 1888.

Nr. 9676. Deutsches Reich. 25. Sept. 1888.

Da das Postschiff der Britisch India Kompagnie durch den englischen Generalkonsul um einen Tag zurückgehalten wird, so beehre ich mich, Euerer Durchlaucht über die letzten Vorgänge in Kilwa zu berichten, welche heute hier bekannt geworden sind. Nach einem Briefe, den eine arabische Dhau von Kilwa an einen hiesigen Araber befördert hat, ist am 22. d. M. zwischen dem einen der beiden Angestellten der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft und mehreren Arabern ein Streit ausgebrochen, der zu Thätlichkeiten und schliesslich der Ermordung des Deutschen führte. Darauf scheint die Bevölkerung einen Angriff auf das Stationshaus der Gesellschaft unternommen zu haben; die Insassen vertheidigten sich durch Gewehrfeuer, tödteten fünf oder sechs Angreifer, unterlagen aber endlich der Uebermacht. Ueber das Schicksal des zweiten Angestellten ist noch nichts Sicheres bekannt; nach einer, wohl leider wahrscheinlicheren Version wäre er ebenfalls getödtet, nach einer anderen nur verwundet worden. || Auf meine Requisition vom 20. d. M. hatte der Geschwaderchef S. M. Kreuzer „Möwe“ am 21. von Bagamoyo nach Kilwa geschickt. || Aus dem gleichzeitigen Ausbruch der Unruhen in Bagamoyo und Kilwa am 22. September ist zu vermuthen, dass ein gemeinsamer Plan beiden Aufständen zu Grunde lag, und es ist damit die Besorgniss begründet, es werde auch in Lindi und Mikindani zu Feindseligkeiten gegen die Bezirkschefs gekommen sein. Deswegen habe ich heute Morgen dem Herrn Admiral durch eine Botschaft nach Bagamoyo die Nachrichten aus Kilwa mitgetheilt und ihn gebeten, ein Schiff nach Lindi und Mikindani zur Unterstützung der dortigen Angestellten zu senden und denselben, falls sie ihre Stationen zu halten ausser Stande sind, eine Möglichkeit zu bieten, ihr Leben in Sicherheit zu bringen.

gez. Michahelles.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

Nr. 9677. DEUTSCHES REICH. — Generalkonsul in Zanzibar an den Reichskanzler. — Aufstand in Lindi und Mikindani. Die Ereignisse in Kilwa. [41,13.]

Zanzibar, den 3. Oktober 1888.
Eingegangen in Berlin den 29. Oktober 1888.

Nr. 9677. Deutsches Reich. 3. Okt. 1888.

Nachdem die Angestellten der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft aus Mikindani und Lindi hier eingetroffen sind, beehre ich mich, über die Vorgänge in den südlichen Häfen der deutschen Interessensphäre wie folgt zu berichten: Die dort entfesselte Bewegung ist keine örtliche, auf persönlichem Uebelwollen gegen die deutsche Verwaltung beruhende gewesen, sondern hat ihren Ausgangspunkt südlich vom Rovuma hinter den portugiesischen Provinzen und aus den Gegenden des Nyassa-Sees genommen. Die betheiligten Jao-Völkerschaften wohnen zum Theil nicht in der deutschen Interessensphäre, und wenn sie in Wanderung geriethen und nach der Küste strömten, so musste dies auf ganz anderen Ursachen beruhen. Schon seit mehreren Monaten war es in der Umgegend des Nyassa-Sees unruhig gewesen; dort ist ein grosser Komplex arabischer Sklavenhändler ansässig, und letztere hatten die englischen Missionsstationen am See angegriffen und theilweise belagert. Diese arabischen Elemente sind nun aller Wahrscheinlichkeit nach von Zanzibar aus inspirirt worden und haben den Andrang nach der Küste ins Werk gesetzt. || Während nun noch am 19. September in Mikindani Alles ruhig und friedlich war, strömten in den nächsten Tagen Tausende von Bewaffneten von dem Südufer des Rovuma kommend gegen die Stadt, und erklärte der Wali den Deutschen, mit denen er im besten Einvernehmen stand, er könne sie einem derartigen Andrange gegenüber nicht schützen. Auf den Rath des Wali bestiegen die beiden deutschen Angestellten eine Dhau, die zeitweise aus einem Dorfe in der Mikindani-Bucht beschossen wurde, und entwichen nach Norden, bis sie in Kilwa von S. M. Kreuzer „Möwe" aufgenommen wurden. Soweit hier bekannt, hat in Mikindani der Wali nach der Abfahrt der Deutschen wieder die Regierung in alter Weise übernommen; ob ihm aber gehorcht wird, ist zweifelhaft. || Als die Schaaren der Aufständischen gegen Lindi heranzogen, rückten ihnen die in der Stadt befindlichen arabischen Soldaten entgegen, angeblich, um sie zurückzuschlagen; in Wirklichkeit wurde nur zum Schein viel Pulver verschossen, und beide Parteien machten gemeinschaftliche Sache. Die Sultanstruppen kehrten darauf in die Stadt zurück mit der Nachricht, sie könnten gegen die Uebermacht des Feindes nichts ausrichten; sie hielten den Bezirkschef unter strenger Ueberwachung, um nicht zu sagen Gefangenschaft, und letzterer konnte aus ihren Gesprächen entnehmen, dass sie ihn in Ketten den herannahenden Aufständischen auszuliefern beabsichtigten. Durch die Unterstützung eines wohlgesinnten Arabers, der mit 200 bewaffneten Sklaven aus der Umgegend von Lindi zu ihm eilte, aber ihn gegen die Schaaren der Eindringlinge nicht zu halten vermochte, gelang es dem Bezirkschef, Herrn von Eberstein, mit seinem

Genossen in einem offenen Ruderboot zu entfliehen und in die See zu stechen. Vor der Abfahrt übertrug Herr von Eberstein jenem Araber in aller Form die Verwaltung des Ortes und ernannte ihn zu seinem Vertreter. Die Flüchtlinge retteten sich auf eine vorübersegelnde Dhau und gelangten unter mancherlei Fährlichkeiten endlich nach Kilwa an Bord von S. M. Kreuzer „Möwe“. Die „Möwe“ hatte, wie berichtet worden, auf diesseitige Requisition vom 20. v. M. von dem Herrn Admiral den Befehl erhalten, nach Kilwa zu gehen, und war dort am 22. eingetroffen. Durch seine Instruktion war dem Kommandanten Kapitänlieutenant Ferber untersagt, aufs Gerathewohl Boote an das Land zu schicken, damit nicht etwa eine Wiederholung der in Tanga vorgefallenen Ereignisse provozirt würde. Bei dem Einlaufen in den Hafen war die Stadt voll von bewaffneten Eingeborenen; der Strand war dicht besetzt, und es wurde in dem Ort selbst viel geschossen. Da das Stationshaus der Ostafrikanischen Gesellschaft nicht am Ufer, sondern mitten unter den übrigen Häusern gelegen war, so konnte es vom Hafen nicht beobachtet werden; es war nur zu erkennen, dass die Gesellschaftsflagge noch wehte. Der Kommandant wartete also ab, bis die Angestellten der Gesellschaft in irgend einer Weise mit ihm in Verbindung treten würden. Schon vor Eintreffen der „Möwe“ waren die Landbewohner von weit her herbeigeströmt, und ihre Anzahl wurde von dem Kapitän des englischen Kriegsschiffes „Pinguin“ auf 15 000 Mann geschätzt. Sie hatten vor Beginn der Feindseligkeiten den deutschen Angestellten eine Frist von 48 Stunden zum Verlassen der Stadt gesetzt; allein der Bezirkschef hatte aus Pflichtgefühl von vornherein das Verlassen der Station verweigert. Wie es heisst, sind darauf die Führer der Rebellen in eine Moschee gegangen und haben den Christen den Tod geschworen. Am Freitag dem 21. v. M. kam es zu einer Streitigkeit zwischen dem Bezirkschef und mehreren Arabern, worauf die Feindseligkeiten begannen und die Deutschen sich in ihr Haus zurückzogen. Dort wurden sie die nächsten Tage hindurch belagert und beschossen und haben vermuthlich keine Möglichkeit gefunden, mit der am 22. eingelaufenen „Möwe“ zu kommuniziren. Am Montag dem 24. wurde der Bezirkschef Krieger tödtlich getroffen; die Angreifer, welche in den letzten Tagen etwa 20 Mann verloren hatten, drangen in das Haus ein, und der zweite Angestellte der Gesellschaft, Herr Hessel, nahm sich durch eine Kugel selbst das Leben, als ihm jede Aussicht auf Rettung abgeschnitten war. || Als der Abgesandte des Sultans Nasr ben Soliman in Kilwa erschien und an Land gehen wollte, wurde er mit Schüssen empfangen, und er kehrte nach zweistündigem Aufenthalte wieder an Bord des Dampfers zurück, weil er bei der in der Stadt herrschenden Aufregung nichts hatte ausrichten können. Auf seine Ermahnungen und im Namen des Sultans abgegebenen Erklärungen war ihm erwidert worden, Seyyid Khalifa habe in Kilwa nichts mehr zu sagen; er habe das seinem Vater durch freiwillige Abtretung überlassene Land den Deutschen verkauft und werde deswegen nicht mehr als Herrscher anerkannt. Die Häuptlinge der eingeborenen Stämme des Hinterlandes, denen vordem die Küste

Nr. 9677. Deutsches Reich. 3. Okt. 1888.

gehört habe, wollten ihren früheren Besitz wieder an sich nehmen und keinen Europäer dort dulden. || Es wiederholte sich hier dasselbe was schon in Pangani vorgekommen war, dass nämlich die von arabischer Seite angezettelte Bewegung bald ihren Urhebern über den Kopf wuchs und einen zugleich gegen die Herrschaft der Zanzibar-Araber gerichteten Charakter annahm.

gez. Michahelles.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

Nr. 9678. DEUTSCHES REICH. — Generalkonsul an Reichskanzler. — Gutachten über das weitere Verfahren der Gesellschaft. [41,14.]

(Auszug.) Zanzibar, den 4. Oktober 1888.

Eingegangen in Berlin den 29. Oktober 1888.

Nr. 9678. Deutsches Reich. 4. Okt. 1888.

Der Versuch der Gesellschaft, durch ein Zusammenwirken mit dem Sultan und eine Anlehnung an die arabische Herrschaft sich in dem Küstengebiete festzusetzen, ist gescheitert, weil die Autorität Seyyid Khalifas nicht ausreicht, um das Widerstreben seiner eigenen, in ihren Interessen bedrohten Landsleute niederzuhalten. Während unter Seyyid Bargasch eine deutsche Verwaltung gerade von den Arabern freudig begrüsst worden wäre, weil sie ihnen Sicherheit für Leben und Eigenthum gebracht hätte, hat das arabische Element in der kurzen Regierungszeit Seyyid Khalifas rasch gespürt, dass es von dem jetzigen Sultan nichts zu fürchten hat und daher bei einem Wechsel der Verwaltung nur verlieren würde. Mit der Furcht vor dem Sultan ist der wichtigste Bundesgenosse der Gesellschaft weggefallen; sie darf nicht mehr auf die Unterstützung der Araber rechnen, sondern muss ohne und auf vielen Punkten gegen sie vorgehen. Dass der Sultan persönlich den besten Willen hegt, den Küstenvertrag zur Ausführung zu bringen, glaube ich auch heute noch; aber die Vorgänge in Pangani, wo die aufständische Bewegung ausschliesslich von den in der Umgegend ansässigen Arabern hervorgerufen ist, beweisen, wie wenig mit dem guten Willen erreicht wird. Durch den Umschwung in den Verhältnissen seit dem Tode des Seyyid Bargasch sind daher die Schwierigkeiten, die den Bestrebungen der Gesellschaft entgegenstehen, weit grössere geworden, als früher zu erwarten war, und die Gesellschaft ist meines Erachtens in ihrer heutigen Verfassung allein nicht mehr im Stande, sie zu überwinden. Ihre Vorbereitungen zur Beschaffung eigener Machtmittel erwiesen sich als ganz ungenügend: es waren nicht einmal genug Gewehre vorhanden, um die Polizeimannschaften der Bezirkschefs zu bewaffnen; der einzige Dampfer der Gesellschaft war zu klein und zu schwach für die hiesigen Anforderungen; kurz, es fehlte an dem Nothwendigsten. Lediglich für ihre Selbsterhaltung muss sie heute grössere Opfer bringen, als sie etatsmässig vorgesehen hatte; denn sie hat meines Erachtens die Begründung ihrer Herrschaft von zwei

Seiten in Angriff zu nehmen. Ausser der Behauptung der wichtigeren Küstenplätze muss sie von vornherein darauf bedacht sein, in den Schutzgebieten direkte Beziehungen der einheimischen Häuptlinge zu den Verwaltungschefs an der Küste herzustellen, damit nicht auf jede Aufwiegelung aus Zanzibar hin das Unternehmen durch Völkerschaften des Innern in Frage gestellt werde. Zu dem Zweck wäre eine grössere Expedition unter Leitung eines erfahrenen Afrikareisenden auszurüsten, welcher die Aufgabe erhielte, durch Unterhandlung sowohl, wie eventuell auch durch Gewalt in den Schutzgebieten und den übrigen Hinterländern innerhalb der deutschen Interessensphäre an den grossen Karawanenstrassen Ordnung zu schaffen, nach dem Vorbilde des Seyyid Bargasch etwaige Stationen als Stützpunkte anzulegen und durch Schliessung von Verträgen gewissen Häuptlingen eine Art von Statthalterschaft zu übertragen mit der Verpflichtung, die Sorge für Offenhaltung der Strassen zu übernehmen und die Chefs andererseits durch Gegenleistungen irgend welcher Art, wie Lieferung von Pulver, von den Verwaltungscentren der Küste abhängig zu machen. Wenn jetzt in Deutschland der Enthusiasmus für Afrika zur Zeichnung grosser Beträge für die Befreiung Emin Paschas treibt, so würde es doch viel näher liegen, die gespendeten Summen einem Unternehmen zu widmen, das direkt den allgemeinen deutschen Interessen dient und die praktischen Kolonisationsversuche fördert. Die Aufgabe wäre selbständig und vielseitig genug, um die Kräfte eines Forschers wie Wissmann zu beschäftigen, abgesehen davon, dass auf diesem Terrain mit viel geringeren Summen schon Bedeutendes geleistet werden kann, als bei einer Expedition zum Ersatze Emin Paschas. Würde das deutsche Publikum der Ostafrikanischen Gesellschaft in dieser Richtung zu Hülfe kommen, so könnte die letztere ihre Kräfte auf die Küste konzentriren und die gegenwärtig unterbrochenen Versuche, dort eine Organisation zu schaffen, wieder aufnehmen. || Ihr Aktionsprogramm müsste in grossen Zügen und unter Weglassung aller Detailfragen etwa das folgende sein: || Die ganze 450 Seemeilen lange Küste auf einmal in Angriff zu nehmen, übersteigt ihre Kräfte; sie muss für die nächste Zeit die südliche Hälfte von Kilwa bis Mikindani sich selbst überlassen, d. h. ungefähr die alten Zustände wiederherstellen und durch Inder oder Parsi die Zollgeschäfte wahrnehmen lassen. In diesen Gegenden ist vor dem Einzuge des Bezirkschefs kaum jemals ein Deutscher ansässig gewesen; weder deutsche Missionäre noch Reisende haben dort vorgearbeitet, und eigentliche deutsche Interessen sind in diesem Theile der Interessensphäre noch nicht begründet. Die Gesellschaft kann daher ruhig für einige Jahre ihre dortige Thätigkeit auf das Nothwendigste beschränken. Hingegen muss sie Dar-es-Salam zum Ausgangspunkt ihrer Operationen machen; dort hat ihre Herrschaft nach den bisherigen Erfahrungen am meisten Wurzel gefasst, und von dort aus hat sie schrittweise nach Norden das verlorene Terrain wiederzugewinnen. || Hat die Gesellschaft ihre Position in Dar-es-Salam gefestigt, so wird ihr der Bezirk von Bagamoyo keine hervorragenden Schwierigkeiten entgegenstellen, weil die dortigen Unruhen nicht durch einen Massen-

Nr. 9678. Deutsches Reich. 4. Okt. 1888.

andrang aus dem Schutzgebiet, sondern durch einzelne in ihren finanziellen Interessen geschädigte Dorfälteste am Kingani, verbunden mit Karawanenträgern und kleineren Rebellenhaufen aus Pangani, verursacht worden sind.

gez. Michahelles.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

Nr. 9679. DEUTSCHES REICH. — Generalkonsul an den Reichskanzler. — Fortdauer des Aufstandes in Lindi und Kilwa. [41,15.]

Zanzibar, den 21. Oktober 1888.
Eingegangen in Berlin den 20. November 1888.

Nr. 9679. Deutsches Reich. 21. Okt. 1888.

Der am 19. d. M. hier eingetroffene Dampfer der Britisch India Co. hat Nachrichten aus Lindi und Kilwa mitgebracht, nach denen die aufständische Bewegung dort noch in derselben Stärke anzudauern scheint. In beiden Plätzen sollen nach Schätzung des Kapitäns an 4000 Insurgenten versammelt gewesen sein, welche keinem Europäer gestatteten, an Land zu kommen. Den Indern wird nicht erlaubt, die Städte zu verlassen; sie dürfen die Produkte des Inlandes, wie Gummi, Kopal, Elfenbein, verschiffen, aber kein Getreide; die Ausfuhr aller Lebensmittel ist verboten. Es ist anzunehmen, dass in Mikindani die Verhältnisse die gleichen sind, da hier die Ursachen des Aufstandes dieselben waren, wie in Lindi und Kilwa. || Als Gerücht brachte der englische Kapitän die Nachricht mit, in Tunghi sei auf die dortige portugiesische Besatzung ebenfalls ein Angriff von den Eingeborenen gemacht und die Beamten verjagt worden. An einer Bestätigung der Nachricht fehlt es indessen.

gez. Michahelles.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

Nr. 9680. DEUTSCHES REICH. — Generalkonsul an den Reichskanzler. — Lage in Dar-es-Salam. [41,16.]

Zanzibar, den 22. Oktober 1888.
Auszug. Eingegangen in Berlin den 20. November 1888.

Nr. 9680. Deutsches Reich. 22. Okt. 1888.

Als S. M. Schiff „Leipzig" am 15. d. M. nach Bagamoyo und Dar-es-Salam gehen wollte, habe ich die Fahrt mitgemacht, um mich an Ort und Stelle über die dortigen Zustände zu unterrichten. In Dar-es-Salam war Alles ruhig, auch in den umliegenden Dörfern waren keine Feindseligkeiten vorgekommen, und wie mir der protestantische Missionar Greiner erzählte, hatten verschiedene Dorfälteste geäussert, sie wollten mit den Deutschen keinen Krieg anfangen: denn dabei würden sie todtgeschossen werden, wie es den Leuten in Bagamoyo ergangen sei. Dagegen stehen die meisten Dorfschulzen*) den Angestellten

*) Vergleiche Anmerkung **) zu Nr. 9684.

No. 9680. Deutsches Reich. 22. Okt. 1888.

der Gesellschaft ablehnend gegenüber; eine Reihe von Dörfern ist verlassen, die Einwohner treiben sich herum, ohne zu arbeiten, und Handel und Verkehr bleibt vorläufig noch gestört. Nachdem der frühere Wali von Dar-es-Salam, welcher dem Bezirkschef unaufhörlich Schwierigkeiten bereitete, auf mein Betreiben vom Sultan nach Zanzibar zurückberufen worden ist, sind über die dortigen Araber keine Klagen mehr laut geworden. Die Befürchtung, es werde der Aufruhr von Kilwa aus nordwärts verbreitet werden, hat sich nicht bewahrheitet; nördlich vom Rufidschi sind Ruhestörungen nicht vorgekommen. Allein es fehlt vorläufig noch das Vertrauen in die neuen Verhältnisse und in deren Fortdauer. || Seitens des Bezirkschefs werden noch alle nöthigen Vorsichtsmaassregeln beobachtet, um einem plötzlichen Angriff gewachsen zu sein; er glaubt indess selbst nicht an einen solchen, so lange ein deutsches Kriegsschiff im Hafen liegt. || In Bagamoyo fand ich die Stadt zum grösseren Theil verlassen; die meisten Inder waren fort, und die Suaheli hatten sich in den ausgedehnten Palmenpflanzungen der französischen Missionsstation provisorische Hütten gebaut, weil sie auf dem Grund und Boden der Mission sicher zu sein glaubten. Die Negerhütten um die Stadt herum waren theilweise durch Feuer zerstört, und kamen noch öfter nächtliche Brandstiftungen durch vereinzelte Insurgentenhaufen vor. Aus verschiedenen Anzeichen zu schliessen, ist der Aufstand um Bagamoyo in der Abnahme begriffen; die grösseren Dorfhäuptlinge, welche die Unruhen angezettelt haben, werden von den kleineren, nach Frieden verlangenden bekriegt, und der Hunger fängt an, sich fühlbar zu machen. || An verschiedenen Stellen leben die Insurgenten nur von gekochten Blättern. Aber dadurch, dass die Führer der Bewegung ihre Sklaven in kleinen Banden von 6 bis 8 Leuten zum Marodiren und Stehlen aussenden und von diesen bald hier eine Hütte angezündet, bald dort ein Landbewohner beraubt und erschlagen wird, kann die ganze Gegend nicht zur Ruhe kommen. || Vor Bagamoyo ist bis auf Weiteres S. M. Schiff „Sophie“ stationirt; eine Garnison ist nicht mehr am Lande, sondern konnte ohne Bedenken wieder eingezogen werden. Zur weiteren Beruhigung der Einwohnerschaft habe ich auf Wunsch des Bezirkschefs den früheren Wali Amer ben Soliman, der sich deutschfreundlich erwiesen hatte und nur aus Furcht vor seinen eigenen Soldaten während der dortigen Kämpfe entflohen war, durch Seine Hohheit den Sultan zur Rückkehr nach Bagamoyo veranlasst. Gleichfalls ist eine, von den Einwohnern vorgeschlagene Persönlichkeit zum Kadi ernannt worden, und ich habe von Seyyid Khalifa ein Schreiben an den angesehensten Häuptling in Saadani erwirkt, in welchem derselbe zum Frieden ermahnt und aufgefordert wird, sich mit den Angestellten der Gesellschaft in gutes Einvernehmen zu setzen, da es sonst ein schlechtes Ende mit ihm nehmen würde. || Als wirksamstes Beruhigungsmittel beginnt indess die zunehmende Hungersnoth zu wirken.

Michahelles.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

Nr. 9681. DEUTSCHES REICH. — Generalkonsul an den Reichskanzler. — Lage in Pangani. — Herrschaft Buschiris daselbst. [41,17.]

Zanzibar, den 22. Oktober 1888.
Eingegangen in Berlin den 20. November 1888.

Nr. 9681. Deutsches Reich. 22. Okt. 1888.

Nachdem dem Sultan von Zanzibar eine Frist von etwa vier Wochen zur Bewältigung des Aufstandes in Pangani bewilligt war, ist der dorthin entsandte Gouverneur Soliman ben Nasr eifrig bemüht gewesen, allmälig wieder Ordnung in die aufrührerische Stadt zu bringen. Anfänglich hatte er neben dem allmächtigen Insurgentenanführer Buschiri nur eine klägliche Rolle gespielt; nach und nach scheint er eine gewisse Sultanspartei organisirt zu haben, und es ist beispielsweise seinen geschickten und thatkräftigen Bemühungen zu danken, dass die Angestellten der Plantagengesellschaft ihre Pflanzung Lewa gemeinschaftlich mit dem auf einer Forschungsreise begriffenen Zoologen Dr. Stuhlmann haben verlassen nnd über Pangani die Rückreise nach Zanzibar haben antreten können. Weniger gut ist der Afrikareisende Dr. Meyer nebst seinem Begleiter Dr. Baumann davongekommen; auf einen Brief des Buschiri wurde deren Karawane in Masinde von dem dortigen Häuptling Simbodja angehalten, die Träger liefen davon, die ganze auf anderthalb Jahre berechnete Ausrüstung musste liegen bleiben, und die Reisenden waren zur Rückkehr an die Küste gezwungen. Ohne eine Ahnung von den Ereignissen in Pangani zu haben, marschirten sie dem genannten Platze zu, bis sie auf dem Landgut des Buschiri angekommen, von dessen Sklaven überfallen, mit Keulen und Stöcken geprügelt und in Ketten in ein dunkles Zimmer geschleppt wurden. Erst am dritten Tage erschien Buschiri selbst, gestattete ihnen wenigstens, im Hause frei umherzugehen und liess sie endlich gegen ein Lösegeld von 12 000 Rupien nach Pangani bringen, von wo sie auf einem Sultansdampfer hierher befördert sind. Beide sind völlig ausgeplündert worden und haben kaum die nothwendigsten Kleider, welche sie am Leibe trugen, behalten dürfen. Nach den Gesprächen, welche Dr. Meyer mit Buschiri geführt hat, will Letzterer von dem Sultan in Zanzibar nichts wissen; er stellt sich auf eine Stufe mit Tippo Tip und will eine unabhängige Herrschaft begründen. Herr Dr. Meyer hat den Eindruck erhalten, dass die Bewegung lediglich von ihm angezettelt ist und auf seiner Persönlichkeit beruht, nicht etwa von Zanzibar ausgeht; würde er unschädlich gemacht, so werde vermuthlich der Aufstand in sich zusammenfallen. Vorläufig beherrscht er noch die Situation in Pangani; sobald er von seinem Landgut in die Stadt kommt, jubelt ihm das Volk zu, die vornehmen Araber machen ihre Aufwartung, und der Wali nebst der Sultanspartei verschwindet neben ihm. Zur Unterstützung des Letzteren hatte der Sultan vor acht Tagen einen seiner Verwandten, den Seyyid Mohamed ben Hamed, mit 100 arabischen Soldaten nach Pangani geschickt, und ist derselbe gestern zurückgekehrt. Wie er mir berichtete, habe er die Ruhe wiederhergestellt und gingen die Bewohner wieder ihren gewohnten Beschäftigungen nach. Statt dessen ist thatsächlich

nach Dr. Meyer's Angaben die Stadt wie zuvor von dem Gesindel und den Sklaven der ganzen Umgegend angefüllt; jedes ein- oder auslaufende Boot wird beschossen und die Autorität des Sultans wird nur so weit anerkannt, wie es Buschiri beliebt. Je unfähiger sich der Sultan erweist, seine Herrschaft in Pangani wiederherzustellen, um so unwahrscheinlicher wird es mir, dass ohne eine blutige Züchtigung die Stadt zur Ruhe gebracht werden kann.

Nr. 9681. Deutsches Reich. 22. Okt. 1888.

Michahelles.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

Nr. 9682. DEUTSCHES REICH. — Reichskanzler an den Generalkonsul in Zanzibar. — Anfrage nach den Indern und Arabern im Sultanat. [41,18.]

(Telegramm.)

Friedrichsruh, den 31. Oktober 1888.

Euere Hochwohlgeboren bitte ich, über Nationalität und Konfession der Bevölkerung auf den Inseln und in den Häfen des Sultanats zu berichten und Mittheilungen über die Zahl der daselbst wohnenden Araber zu machen, welche Einfluss, Vermögen und Beziehungen zum Binnenlande haben. Bemühen Sie Sich, mit Indern, welche Einfluss besitzen, Bekanntschaft anzuknüpfen und Einvernehmen zwischen diesen und unseren Landsleuten herbeizuführen.

Nr. 9682. Deutsches Reich. 31. Okt. 1888.

gez. von Bismarck.

An

den Kaiserlichen Generalkonsul Herrn Michahelles || Hochwohlgeboren || Zanzibar.

Nr. 9683. DEUTSCHES REICH. — Generalkonsul an den Reichskanzler. — Antwort betreffend die Inder und Araber im Sultanat. [41,19.]

(Auszug.)

Zanzibar, den 3. November 1888.
Eingegangen in Berlin den 26. November 1888.

Auf den telegraphischen Erlass vom 31. v. M. beehre ich mich Euerer Durchlaucht Folgendes gehorsamst zu berichten: Das zahlreichste Element der buntgemischten Bevölkerung im Sultanat Zanzibar bilden die Suaheli, welche das Küstengebiet Ostafrikas zwischen dem Rovuma und dem Somalilande bewohnen und in viele einzelne Stämme zerfallen. Sie sind eigentlich eine Mischrasse, hervorgegangen aus der ursprünglichen Bevölkerung und durchsetzt mit Somalis, Gallas, Comorensern, Arabern und den Völkerschaften des inneren Afrika. Nominell bekennen sich die meisten Suaheli, besonders in den Städten, zum Islam; es genügt ihnen aber, einige arabische Gebetsformeln auswendig zo wissen; sie sind meistens indolent in religiöser Beziehung und ahmen den Arabern einige Aeusserlichkeiten nach, weil für sie der Araber einmal als der

Nr. 9683. Deutsches Reich. 3. Nov. 1888.

Nr. 9683. Deutsches Reich. 3. Nov. 1888.

vornehme Mann gilt. Der Respekt vor dem Araber ist noch heute unter ihnen ein grosser; letzterer ist viel angesehener als der Europäer, und wird seine geistige Ueberlegenheit ohne weiteres anerkannt. Wie viel Araber gegenwärtig im Sultanat ansässig sein mögen, wird sehr verschieden geschätzt; ich möchte die mir von einem wohlunterrichteten hiesigen Kaufmann gemachte Annahme als zutreffend annehmen, nach der auf der Insel Zanzibar etwa 2 bis 3000, im ganzen Sultanat etwa 10 000 Araber leben. Die meisten stammen aus Maskat und dem übrigen südlichen Arabien; alle sind Muhamedaner und gelegentlich eines religiösen Fanatismus fähig, obwohl sie im gewöhnlichen Leben tolerant und eher gleichgültig zu sein scheinen. Auf den Inseln des Sultanats ist der meiste Grundbesitz in ihrem Eigenthum; ebenfalls wird an manchen Küstengegenden wie bei Pangani und Bagamoyo von ihnen Landbau getrieben; daneben liegt der bedeutende Karawanenhandel wesentlich in ihren Händen, und sie betreiben die Küstenschifffahrt. Ihr Wohlstand fängt an zurückzugehen, seitdem das indische Element in diese Gegenden eingedrungen ist und durch Vorschüsse die arabischen Händler in Abhängigkeit gebracht hat. Immerhin giebt es noch vielleicht wenige reiche, aber viele wohlhabende Araber, sowohl auf den Inseln wie auf dem Kontinent: deren Anzahl entzieht sich indess jeder Schätzung. Ihre Handelsbeziehungen reichen bis über die Region der grossen Seen in das Flussgebiet des Kongo hinein, und in mehreren Gegenden haben sie bedeutende Ansiedelungen; so in Tabora, ferner an der östlichen Seite des Nyassa-Sees. Im Innern gelten die Araber noch allgemein als die herrschende Klasse. An der Küste gab es vor dem Emporkommen des Seyyid von Zanzibar eine Reihe kleiner arabischer Dynasten; so in Gasi, Kilwa, Sudi, und manche von ihnen haben die Herrschaft des hiesigen Sultans niemals anerkennen wollen. || Es finden sich gerade an den kleineren Küstenplätzen arabische Elemente genug, welche sich uns anschliessen würden, wenn sie sehen, dass unsererseits eine dauernde Festsetzung beabsichtigt wird, sie also wegen des Uebertritts nicht später der Rache des Seyyid anheimfallen. Denn wie der Neger den Araber, so erkennt der Araber den Europäer als ihm überlegen an. Diese Küstenaraber sind vielfach derartig mit der Negerbevölkerung verwachsen, dass sie nicht mehr als reine Araber angesehen werden können; sie sind an der Küste sowohl, wie weit bis in das Zentrum Afrikas hinein zerstreut vorzufinden. || Neben dem Araberthum und zum Theil auf Kosten desselben wächst mit jedem Jahre der Einfluss der Inder, die meist aus der Halbinsel Kachh stammend, theils Muhamedaner, theils Feueranbeter, theils Kuhverehrer sind. Durch Reichthum sind vornehmlich die Banianen und Kodjas ausgezeichnet; ihnen ist die arabische Kaufmannschaft verschuldet, und durch ihre geschäftliche Gewandtheit verstehen sie den grössten Theil des Gewinnes am ganzen Handel an der Ostküste an sich zu ziehen. Die Grosskapitalisten leben hier in Zanzibar oder in Indien; sie haben ihre Filialen an den Küstenplätzen, und überall ist im Handel und Verkehr die Mittelperson der geschmeidige und geschäftskundige Inder. Ihre Anzahl wird auf etwa 7 bis 8000 Köpfe geschätzt. Im all-

gemeinen hat sich das indische Element den deutschen Kolonisationsbestrebungen gegenüber freundlich gestellt, weil eben jede Verbesserung in Verwaltung und Justiz ihrem Vortheil entspricht; aber ihre Interessen sind auf ihre geschäftliche Thätigkeit beschränkt. || Ausser den Britisch-Indern ist speciell in der Stadt Zanzibar die Kolonie portugiesischer Inder, der sogenannten Goanesen, nicht unbedeutend; sie sind als Kleinhändler, Wäscher, Stewards, Köche recht nützlich, spielen indess keine Rolle.

Nr. 9683. Deutsches Reich. 3 Nov. 1888.

gez. Michahelles.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

Nr. 9684. DEUTSCHES REICH. — Generalkonsul an den Reichskanzler. — Besserung der Verhältnisse in Bagamoyo. — Beschiessung von Windi. [41,20.]

(Auszug).

Zanzibar, den 3. November 1888.
Eingegangen in Berlin den 26. November 1888.

Nr. 9684. Deutsches Reich. 3. Nov. 1888

Die Lage in Bagamoyo, über welche ich zuletzt in dem gehorsamsten Berichte vom 22. Obtober d. J.*) zu berichten die Ehre hatte, beginnt sich langsam zu bessern. Auf die Bitten des dortigen Bezirkschefs, Herrn von Gravenreuth, hat der Geschwaderchef gestattet, dass der Kommandant von S. M. Schiff „Sophie“ eine Besatzung von 20 Mann unter einem Officier in einem gesund gelegenen und solid gebauten Hause der Stadt einquartiert hat. Somit ist es dem Bezirkschef ermöglicht worden, seine eigenen Mannschaften zu Streifzügen in der Umgegend zu verwenden. Einige kleine Expeditionen sind von gutem Erfolge begleitet gewesen: es konnten aufständische Dorfschaften gezüchtigt werden, und der hartnäckigste Rebell, ein Dorfschulze**) Namens Selim ben Abdallah soll vorgezogen haben, das Terrain zu räumen und mehrere Tagereisen weit in das Innere zu gehen. In der Majorität der Bevölkerung herrscht eine heftige Erbitterung gegen die wenigen Unruhestifter, durch welche der Verkehr gestört und allgemeine Hungersnoth in der Umgegend hervorgerufen ist. Von den Indern, welche ihr Leben nach Zanzibar in Sicherheit gebracht, sind schon einige zurückgekehrt, nachdem sie bemerkt hatten, dass die wenigen

---

*) Abgedruckt unter Nr. 9680.

**) Unter dieser Bezeichnung sind angesehene Negerhäuptlinge zu verstehen, die früher unabhängig und dem Sultan von Zanzibar nur nominell unterworfen, ihre thatsächliche Macht behauptet hatten. Dieselben (mit arabischem Namen als Jumbe bezeichnet) haben gegen die deutsche Gesellschaft meistens eine feindselige Haltung angenommen, weil sie diejenigen Vortheile, namentlich pecuniärer Art, zu verlieren fürchteten, welche ihnen unter der früheren Verwaltung des Sultans theils zugesichert, theils stillschweigend gewährt wurden. In der Umgebung von Bagamoyo sollen sich 19 solcher Jumbe befinden. In Pangani ist der angesehenste Dorfhäuptling der in früheren Berichten erwähnte Araber Buschiri, welcher den Aufstand gegen die Gesellschaft organisirt und auch die Plünderung des deutschen Forschungsreisenden Dr. Meyer veranlasst hat.

No. 9684. Deutsches Reich. 3. Nov. 1888.

zurückgebliebenen Stammesgenossen dort bei dem Mangel an Konkurrenz brillante Geschäfte machten. Trotz aller ungünstigen Verhältnisse wird in der provisorischen Hüttenstadt, welche in den Palmenpflanzungen der französischen Mission entstanden ist, ein lebhafter Elfenbeinhandel getrieben. Um den Zufuhren von Pulver und Waffen aus Windi ein Ende zu machen und den Aufrührern diese Bezugsquelle abzuschneiden, ging der Herr Admiral auf S. M. Schiff „Sophie" am 31. v. M. nach Windi. Den Einwohnern wurde eine Frist gesetzt, um ihre Weiber und Kinder in Sicherheit zu bringen, worauf sie erwiderten, sie wollten sogleich mit den Deutschen Krieg machen; der Herr Admiral wartete trotzdem, bis die Frist abgelaufen war, und dann beschoss die „Sophie" die aus mehreren Dörfern bestehende Ortschaft. Die zahlreichen Explosionen ergaben das Vorhandensein ansehnlicher Pulverquantitäten in den Häusern; nach dem Bombardement wurde ein Landungskorps an Land geschickt und die Baulichkeiten, sowie Segel- und Ruderfahrzeuge zerstört. Ob Einwohner umgekommen sind, ist nicht bekannt geworden. Durch die ungünstigen Strandverhältnisse war es ausgeschlossen, einen vorgängigen Ueberfall auszuführen, um den Sultanssklaven Ismael oder andere an den Pulverzufuhren betheiligte Personen aufzuheben. || In Bagamoyo ist die Nachricht von dem Einschreiten der Kaiserlichen Marine mit Befriedigung aufgenommen; die Stadt bevölkert sich wieder, und ein Laden nach dem andern wird von neuem eröffnet. Die nördlich von der Stadt lagernden Insurgenten sind geflohen, und es sollte nur noch eine Bande im Süden übrig geblieben sein. Ein nächtlicher Streifzug des Bezirkschefs hat ergeben, dass auch diese verschwunden ist; Herr von Gravenreuth konnte bis Bueni marschiren, ohne auf Insurgenten zu stossen.

gez. Michahelles.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

Nr. 9685. DEUTSCHES REICH. — Botschafter in London an den Reichskanzler. — Vortrag Kard. Lavigeries über die Sklaverei in Afrika. [41,21.]

(Auszug.) London, den 1. August 1888.

No. 9685. Deutsches Reich. 1. Aug. 1888.

Kardinal Lavigerie, welcher aus Algier hier eingetroffen ist, um Massregeln gegen die Sklaverei in Afrika zu befürworten, hat gestern in Prince's Hall vor einer zahlreich besuchten Versammlung seinen ersten Vortrag gehalten. || Der Kardinal gab einen Abriss seiner 30jährigen Thätigkeit im Dienste der Sklavenbefreiung; während dieser Zeit seien 11 seiner Missionare im Innern Afrikas ermordet worden und mehr als 50 den Anstrengungen ihrer Thätigkeit erlegen. Trotzdem habe sich der Zustand in jenem Welttheile fortwährend verschlimmert, und selbst im hohen Tafellande Zentralafrikas, wo die Natur am besten für das Fortkommen der Bevölkerung gesorgt habe, sei

durch die Sklavenhändler Zerstörung angerichtet worden. Dieselben drängen aus Marokko, Tunis, Zanzibar und Aegypten zu bestimmten Zeiten und mit ansehnlicher Macht hervor und fänden keinen Widerstand seitens der demoralisirten Eingeborenen. || Kardinal Lavigerie empfahl eine internationale Konferenz und sprach sich dafür aus, dass der Sklavenhandel durch Gewalt und dadurch, dass man die Eingeborenen zum Widerstande ermuthige, niederzuhalten sei. || Lord Granville erinnerte bei demselben Anlasse an die Versuche, welche auf den Kongressen von Wien und Verona gemacht wurden, um dem Sklavenhandel ein Ende zu bereiten, und glaubte, dass sich auch heute noch die verschiedenen Nationen zu gemeinsamen Schritten verständigen könnten. || Diese letztere Ansicht wurde von der Versammlung in Form einer Resolution angenommen.

No. 9685. Deutsches Reich. 1. Aug. 1888.

gez. Hatzfeldt.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

Nr. 9686. DEUTSCHES REICH. — Kaiserl. Gesandter in Brüssel an den Reichskanzler. — Vortrag des Kard. Lavigerie über die Sklaverei gehalten in Brüssel. [41,22.]

(Auszug.) Brüssel, den 17. August 1888.

Vor einer überaus zahlreichen Versammlung hat Kardinal Lavigerie vorgestern hier in der Kathedrale Sainte Gudule die erste Missionspredigt abgehalten. Er hat namentlich auf die traurigen Zustände im Kongo-Staate, speciell am Tanganika-See, hingewiesen und schaudererregende Beispiele von dem ungestört betriebenen Sklavenhandel angeführt. || Er empfiehlt die Bildung einer Miliz aus Freiwilligen von 100 Mann, welche nicht als Abenteuerer, sondern aus Ueberzeugung den Kreuzzug zu unternehmen bereit seien und deren erste Aufgabe es sein solle, am Tanganika-See die Sklavenkarawanen anzuhalten. Wer hieran theilnehmen wolle, möge sich bei ihm melden. || Die Ausrüstung und Unterhaltung dieser Miliz werde etwa eine Million Franken erfordern; die Beitragslisten würden zur Einzeichnung aufgelegt werden. || Nach Schätzung des Kardinals verlieren jährlich in ganz Afrika 2 Millionen Menschen, also täglich circa 5 000, in Folge des Sklavenhandels das Leben. || Besonders anerkennend sprach sich der Kardinal über die sympathische Aufnahme aus, welche die gesammte Presse Englands, eines vorwiegend protestantischen Landes, seinen Bestrebungen gewährt habe.

No. 9686. Deutsches Reich. 17. Aug. 1888.

gez. Alvensleben.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

Nr. 9687. DEUTSCHES REICH. — Kaiserl. Gesandter in Brüssel an den Reichskanzler. — Schreiben des Kard. Lavigerie an den Reichskanzler. [41,23.]

(Auszug.) Brüssel, den 25. August 1888.

Nr. 9687. Deutsches Reich. 25. Aug. 1888.

Der Kardinal Lavigerie besuchte mich heute Morgen, um meine Vermittelung in Anspruch zu nehmen, das beifolgende Schreiben vom 24. d. M., worin er um die Mitwirkung Deutschlands an der Unterdrückung des Sklavenhandels in Afrika bittet, an Euere Durchlaucht gelangen zu lassen. Er drückte mir zugleich sein Bedauern aus, dass er nach den grossen Anstrengungen, denen er bei seinem hohen Alter auf seiner gegenwärtigen Reise ausgesetzt gewesen sei, es sich nicht mehr zumuthen dürfe, sich, wie es sonst sein Wunsch gewesen sein würde, nach Berlin zu begeben und Seiner Majestät dem Kaiser persönlich zu nahen. Kardinal Lavigerie ist eine hohe, stattliche Erscheinung; sein vornehmes und liebenswürdiges Wesen wirkt nicht minder einnehmend, als seine von einem klangvollen sympathischen Organ unterstützte Beredtsamkeit, aus welcher die tiefste Ueberzeugung für seine Sache spricht. || Als ein Zentrum des Sklavenhandels bezeichnet er das in der deutschen Interessensphäre am Tanganika-See gelegene Ujiji, auf welches er in erster Linie die Aufmerksamkeit der Kaiserlichen Regierung zu lenken wünscht. Er glaubt, dass ein Korps von 500 Mann genügen würde, um den Slavenhandel dort zu vernichten; gleichzeitig müsste das Verbot der Einfuhr zur See und des Karawanentransports von Schiesspulver und Kriegswaffen erlassen werden.

Der Kardinal giebt sich der Hoffnung hin, dass seine Mission auch deutscherseits eine günstige Aufnahme finden werde, wie ihr solche in England und Belgien zu Theil geworden sei. Beiläufig bemerkte er, dass er, im Falle Deutschland seine Mitwirkung gewähre, bereit sei, seinerseits die Unterstützung seiner Missionen allen Deutschen, die etwa als Erforscher oder Kolonisten nach Afrika kämen, zuzusichern.

gez. Alvensleben.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

Anlage.

(Uebersetzung.) Brüssel, den 24. August 1888.

Mein Fürst,

Nr. 9687. Deutsches Reich. 24. Aug. 1888.

Ich bitte Euere Durchlaucht, die Widmung von drei Exemplaren der Vorträge über die Sklaverei in Afrika anzunehmen, welche ich vor kurzem nach einander in Frankreich, England und Belgien gehalten habe. Ich hätte gewünscht, über diese schweren und schmerzlichen Fragen auch zu der Kaiserlichen Regierung und den Christen Deutschlands sprechen zu können, und ich habe das Vertrauen, dass sie so schrecklichem Elend gegenüber nicht unempfindlich geblieben wären. Aber der Zustand äusserster Ermüdung, in

welchem ich mich befinde, hindert mich gegenwärtig, diese neue Reise zu unternehmen. || Ich wage daher, mein Fürst, hier schriftlich dasjenige mitzutheilen, was ich Ihnen mündlich nicht zu sagen vermag. || Es ist in meiner Eigenschaft als Missionsbischof, der bereits seit zwanzig Jahren mit der Einrichtung von Missionen im Innern Afrikas befasst ist und der die geistliche Gerichtsbarkeit über den inneren Theil der östlichen Gebiete, welche an das deutsche Reich übergegangen sind, ausübt, dass ich die Ehre habe, im Interesse so vieler unglücklicher Geschöpfe, deren betagter Hirte ich bin, mich an Sie zu wenden. || Die Gegenden von Tabora und im Osten des Tanganika, wo meine Missionare und unter ihnen vier Deutsche sich befinden, sind in der That mit Bezug auf die Sklaverei nicht in glücklicherer Lage, als das übrige Afrika; sie sind damit sogar mehr behaftet als viele andere Gegenden. Wenn Euere Durchlaucht sich den Brief eines meiner Missionare über das gegenwärtige Aussehen des Sklavenmarktes in Ujiji vorlegen lassen wollen, so werden Sie Sich eine Vorstellung von diesen Gräueln bilden können. Dieser Brief befindet sich in einer Anmerkung auf Seite 14 und 15 der Ansprache, welche ich in London an die Versammlung unter dem Vorsitz Lord Granville's gerichtet, und er ist im Auszuge wiedergegeben auf Seite 10 und 11 des Vortrages, welchen ich jüngst in Brüssel gehalten habe. || Ujiji liegt in dem Gebiet, welches zur deutschen Zone gehört. || Ich muss hinzufügen, dass in allen Theilen von Ounyanyembe und auf den Wegen, welche vom Tanganika durch diese Gegenden nach dem Meere führen, sich täglich in schrecklicherem Umfange das wahrhaft teuflische Schauspiel der Sklavenkarawanen und der namenlosen Grausamkeiten bietet, zu welchen dieselben Anlass geben. Wenn die Regierung Seiner Majestät des Kaisers will, so kann sie diese Schändlichkeiten leicht beseitigen und so zuerst in der christlichen Welt das Beispiel der wirksamen Unterdrückung des Sklavenhandels zu Lande geben, welcher gegenwärtig in Afrika mehr Verwüstungen anrichtet, als dies ehemals durch den Sklavenhandel zur See geschah. Eine einfache Maassregel, welche ich in meinem Vortrag in Brüssel für den belgischen Kongo angegeben habe, nämlich die Entwaffnung der an der Spitze der sklavenräuberischen Banden stehenden Araber und muhamedanischen Mischlinge, deren Zahl im Herzen von Afrika nicht mehr als zwei- oder dreihundert beträgt und welche mit ihren räuberischen Negern die Sklavenjagden im Innern ausführen und Sklaven auf allen Märkten verkaufen, genügt im Verein mit dem Verbot, Kriegswaffen und Pulver von der Küste aus einzuführen und mit Karawanen zu transportiren, um diesen Zweck zu erreichen. Eine kleine deutsche Truppe von 500 Mann, falls sie allein manövrirt, oder einige fähige und entschlossene Officiere, falls ihnen, wie dies in Belgien für die Westküste des Tanganika geschehen soll, unter den Schwarzen ausgehobene Truppen beigegeben werden, sind ausreichend, um einen solchen Beschluss auszuführen. Ich habe das auf Seite 29, 30, 31 32 der Ansprache, welche ich in Sainte Gudule gehalten habe, dargelegt. Der unabhängige Staat des Kongo steht gesetzmässig mit dem Staat Belgien

Nr. 9687. Deutsches Reich. 24. Aug. 1888.

nicht im Zusammenhang, und der König kann daher keine regulären Truppen dorthin entsenden. Er muss also zu Freiwilligen seine Zuflucht nehmen. Aber das deutsche Reich vermag, was Belgien nicht vermag. Seine ostafrikanischen Gebiete sind gesetzmässig nicht von dem Reich geschieden, und es hängt hier somit Alles vom Kaiser und von der strengen Ausführung der Artikel VI und IX der grundlegenden Berliner Akte ab. Ich bitte Euere Durchlaucht, meine Bitte Seiner Majestät übermitteln zu wollen. Nichts vermag mehr auf Sie den Segen Gottes herabzurufen, als ein derartiger Akt der Barmherzigkeit und des Mitleids. Benedictio perituri, sagen unsere heiligen Bücher, super me veniebat. || Ich habe soeben in London das Grab des grossen Livingstone besucht, welcher alle diese Gräuel aus der Nähe angesehen hat. || Auf sein Grabmal in der Westminsterabtei hat das englische Volk die folgenden Worte, die letzten, welche er mit sterbender Hand aufgezeichnet hat, eingraben lassen: „Ich kann jetzt nur bitten, dass die reichsten Segnungen des Himmels allen denen zu Theil werden, welche, wer sie auch sein mögen, dazu beitragen, um die schreckliche Plage der Sklaverei aus dieser Welt verschwinden zu lassen.“ || Ich richte dieselbe Bitte an Gott, und ich flehe zu ihm, dass Seine Segnungen Euerer Durchlaucht zu Theil werden für dasjenige, was Sie für Völkerschaften, welche eines unermesslichen Erbarmens würdig sind, gethan haben werden.

In diesen Gefühlen habe ich die Ehre, mein Fürst, mich Euerer Durchlaucht sehr ergebenen und sehr gehorsamen Diener zu nennen. || gez. Ch. Kardinal Lavigerie, || Erzbischof von Karthago.

Nr. 9688. GROSSBRITANNIEN*). — Schutzbrief für die britische Ostafrikanische Gesellschaft. [52.]

Nr. 9688. Grossbritannien. 5. Sept. 1888.

Victoria, by the grace of God, of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Queen, Defender of the Faith. To all to whom these presents shall come, Greeting:

Whereas a humble Petition has been presented to us in our Council by — || William Mackinnon, of Loup and Balinakill, in the county of Argyll, Scotland; || The Right Honourable Lord Brassey, Knight Commander of our Most Honourable Order of the Bath, of Normanhurst Court, Sussex; || General Sir Donald Stewart, Baronet, Knight Grand Cross of our Most Honourable Order of the Bath, Knight Grand Commander of our Most Exalted Order of the Star of India, and a Companion of our Most Eminent Order of the Indian Empire, of Harrington Gardens, London; || Sir John Kirk, Knight Grand Cross of the Most Distinguished Order of St. Michael and St. George, of Wavertree, Sevenoaks, Kent; || William Burdett-Coutts, a member of the Commons House of Parliament, of Holly Lodge, Highgate, Middlesex; || Robert Palmer Harding,

*) Die nächstfolgenden englischen Aktenstücke sind dem Blaubuch Afrika Nr. 10 (1888): Further Correspondence respecting Germany and Zanzibar, entnommen.. Anm. d. Red.

of Wetherby Gardens, Kensington, Esquire; || George Sutherland Mackenzie, of 13, Austin Friars, London, Merchant.

And whereas the said Petition states amongst other things: —

That the petitioners and others are associated for the purpose of forming a Company or Association, to be incorporated, if to us should seem fit, for the objects in the said Petition set forth under the corporate name of the Imperial British East African Company. || That His Highness the Sayyid Barghash-bin-Saïd, Sultan of Zanzibar, and its East African dependencies, by his Grants or Concessions, dated the 24th May, 1887, granted and conceded to the petitioners, or some of them, under the name or description of the British East African Association, all his powers, and the rights and duties of administration, and other privileges specially named on the mainland of East Africa, in the territory of the Mrima, and also on the islands embraced in such territory, and in all his territories and dependencies on the coast of East Africa, from Wanga to Kipini, both inclusive, such powers, rights and duties to be exercised and performed in his name and under his flag, and subject to the provisions of the said Grants and Concessions.

That divers preliminary agreements have been made on behalf of the petitioners with Chiefs and tribes in regions which adjoin or are situate to the landward of the territories included in the said Grants or Concessions, and which are included in the sphere of British influence, agreed on behalf of ourselves and the Government of His Majesty the Emperor of Germany in 1886, by which powers of government and administration in such regions are granted or conceded to or for the benefit of the petitioners. || That the petitioners desire to carry into effect the said Grants, Concessions and Agreements, and such other Grants, Concessions, Agreements and Treaties as they may hereafter obtain within the districts already referred to as being within the sphere reserved for British influence and elsewhere as we may be pleased to allow, with the view of promoting trade, commerce and good government in the territories and regions which are or may be comprised in such Grants, Concessions, Agreements, or Treaties as aforesaid, and the petitioners believe that, if the said Grants, Concessions, Agreements, or Treaties can be carried into effect, the condition of the natives inhabiting the aforesaid territories and regions would be materially improved, and their civilization advanced, and an organization established, which would tend to the suppression of the Slave Trade in such territories, and the said territories and regions would be opened to the lawful trade and commerce of our subjects and of other nations. || That the possession by a British Company of the coast-line, as above defined, and which includes the port of Mombasa, would be advantageous to the commercial and other interests of our subjects in the Indian Ocean, who may otherwise become compelled to reside and trade under the government or protection of alien Powers. || That the success of the enterprise in which the petitioners are engaged would be greatly advanced if it should seem fit to us to grant

Nr. 9688. Gross-britannien. 5. Sept. 1888.

them our Royal Charter of Incorporation as a British Company under the said name or title, or such other name or title, and with such powers as to us may seem fit for the purpose of more effectually carrying out the objects aforesaid. || That the petitioners have already subscribed large sums of money for the purposes of the intended Company, and are prepared to subscribe or to procure such further amount as may hereafter be found requisite for the development of the said enterprise in the event of our being pleased to grant to them our Royal Charter of Incorporation as aforesaid. || Now, therefore, we, having taken the said Petition into our Royal consideration in our Council, and being satisfied, that the intentions of the petitioners are praiseworthy and deserve encouragement, and that the enterprise in the Petition described may be productive of the benefits set forth in the said Petition by our prerogative Royal, and of our especial grace, certain knowledge and mere notion have constituted, erected and incorporated, and by this our Charter for us and our heirs and Royal successors do constitute, erect and incorporate into one body politic and corporate by the name of the Imperial British East Africa Company the said William Mackinnon, the Right Honourable Lord Brassey, K.C.B., General Sir Donald Stewart, Bart., G.C.B., G.C.S.I., C.I.E., Sir John Kirk, G.C.M.G., William Burdett-Coutts, M.P., Robert Palmer Harding, George Sutherland Mackenzie, and such other persons and such bodies as from time to time become and are members of that body, with perpetual succession and a common seal, with power to break, alter, or renew the same at discretion, and with the further authorities, powers, and privileges conferred, and subject to the conditions imposed by this our Charter, and we do hereby accordingly will, ordain, grant and declare, as follows (that is to say): —

1. The said Imperial British East Africa Company (in this our Charter referred to as "the Company") is hereby authorized and empowered to hold and retain the full benefit of the several Grants, Concessions, Agreements and Treaties aforesaid, or any of them, and all rights, interests, authorities and povers necessary for the purposes of government, preservation of public order in, or protection of the said territories, or otherwise, of what nature or kind soever, under or by virtue thereof, or resulting therefrom, and ceded to or vested in the Company, in, over, or affecting the territories, lands and property comprised in those several Grants, Concessions, Agreements, or Treaties, or in, over, or affecting any territories, lands, or property in the neighbourhood of the same, and to hold, use and exercise the same lands, property, rights, interests, authorities and powers respectively for the purposes of the Company, and on the terms of this our Charter. || 2. The Company is hereby further authorized and empowered, subject to the approval of one of our Principal Secretaries of State (herein referred to as our Secretary of State) to acquire and take by any Grant, Concession, Agreement, or Treaty, other rights, interests, authorities, or powers of any kind or nature whatever in, over, or affecting the territories, lands, or property comprised in the several Grants,

Concessions, Agreements, or Treaties, as aforesaid, or any rights, interests, authorities, or powers of any kind or nature whatever in, over, or affecting other territories, lands, or property in Africa, and to hold, use, enjoy and exercise the same for the purposes of the Company and on the terms of this our Charter. || 3. Provided that none of the powers of this our Charter shall be exercised under or in relation to any Grant, Concession, Agreement, or Treaty, as aforesaid, until a copy of such Grant, Concession, Agreement, or Treaty, in such form and with such Maps or particulars as our Secretary of State approves and verified as he requires, has been transmitted to him, and he has signified his approval thereof, either absolutely or subject to any conditions or reservations. || 4. The Company shall be bound by and shall fulfil all and singular the stipulations on their part contained in any such Grant, Concession, Agreement, or Treaty, as aforesaid, subject to any subsequent Agreement affecting those stipulations approved by our Secretary of State. || 5. The Company shall always be and remain British in character and domicile, and shall have its principal office in Great Britain, and the Company's principal representative in East Africa and all the Directors shall always be natural-born British subjects, or persons who have been naturalized as British subjects by or under an Act of Parliament of our United Kingdom. || 6. The Company shall not have power to transfer wholly or in part the benefit of the Grants, Concessions, Agreements, or Treaties aforesaid, or any of them, except with the consent of our Secretary of State. || 7. In case at any time any difference arises between the Sultan of Zanzibar, or the Chiefs or tribes which are included in the sphere of British influence, as hereinbefore recited, and the Company, that difference shall on the part of the Company be submitted to the decision of our Secretary of State, if he is willing to undertake the decision thereof. || 8. If at any time our Secretary of State thinks fit to dissent from or object to any of the dealings of the Company with any foreign Power, and to make known to the Company any suggestion founded on that dissent or objection, the Company shall act in accordance therewith. || 9. If at any time our Secretary of State thinks fit to object to the exercise by the Company of any authority or power within any part of the territories comprised in the several Grants, Concessions, Agreements, or Treaties aforesaid, or otherwise acquired by the Company, on the ground of there being an adverse claim to that part, the Company shall defer to that objection until such time as any such claim has been withdrawn or finally dealt with and settled by our Secretary of State. || 10. The Company shall, to the best of its power, discourage and, so far as may be practicable and as may be consistent with existing Treaties between non-African Powers and Zanzibar, abolish by degrees any system of Slave Trade or domestic servitude in the Company's territories. || 11. The Company as such, or its officers as such, shall not in any way interfere with the religion of any class or tribe of the peoples of its territories, or of any of the inhabitants thereof, except so far as may be necessary

Nr. 9688. Gross-britannien. 5. Sept. 1888.

in the interests of humanity, and all forms of religious worship or religious Ordinances may be exercised within the said territories, and no hindrance shall be offered thereto except as aforesaid. || 12. In the administration of justice by the Company to the peoples of its territories, or to any of the inhabitants thereof, careful regard shall always be had to the customs and laws of the class or tribe or nation to which the parties respectively belong, especially with respect to the holding, possession, transfer and disposition of lands and goods, and testate or intestate succession thereto, and marriage, divorce and legitimacy, and other rights or property and personal rights. || 13. If at any time our Secretary of State thinks fit to dissent from or object to any part of the proceedings or system of the Company relative to the peoples of its territories, or to any of the inhabitants in respect of slavery or religion, or the administration of justice or other matter, he shall make known to the Company his dissent or objection, and the Company shall act in accordance with his directions duly signified. || 14. The Company shall freely afford all facilities requisite for our ships in the harbours of the Company without payment, except reasonable charges for work done or services rendered, or materials or things supplied. || 15. Except in the dominions of His Highness the Sultan of Zanzibar (within which it is required to use His Highness' flag), the Company may hoist and use on its buildings and elsewhere in its territories, and in its vessels, such distinctive flag indicating the British character of the Company as our Secretary of State and the Lords Commissioners of the Admiralty shall from time to time approve. || 16. Nothing in this our Charter shall be deemed to authorize the Company to set up or grant any monopoly of trade, provided that the establishment of or the grant of Concessions for banks, railways, tramways, docks, telegraphs, waterworks, or other similar undertakings, or any undertakings or system of patents or copyright approved by our Secretary of State, shall not be deemed monopolies for this purpose. || 17. Subject to the customs duties and taxes hereby authorized, and subject to such restrictions as may be imposed by the Company on importation of spirits, opium, arms and ammunition, and to restrictions on other things similar to those restrictions which may be applied in our United Kingdom, or in our Indian Empire, or as may be approved by our Secretary of State, there shall be no differential treatment of the subjects of any Power as to trade or settlement, or as to access to markets; provided that foreigners, as well as British subjects, shall be subject to administrative dispositions in the interest of commerce and of order. || 18. The Company shall in Zanzibar territory conform to all the restrictions and provisions with respect to export and import, or other duties or taxes, which are contained in any Treaty for the time being in force between Zanzibar and any other Power in relation to the Zanzibar territories of the Company. || 19. The Company shall not in Zanzibar territory levy on foreigners any other duty or taxes than such as are authorized in Zanzibar territory by such Treaties as last

mentioned, and shall not in their other territories, without the approval of our Secretary of State, levy on foreigners any duties or taxes other than duties and taxes similar to those authorized to be levied in Zanzibar territory by the Treaties in force between us and the Sultan of Zanzibar at the date of this our Charter; and if any such other taxes are levied with the approval of our Secretary of State, accounts of their nature, incidence, proceeds and application shall from time to time, if required, be furnished to our Secretary of State at such times, and in such form, and in such manner as he directs. || 20. For the more effectual prevention of the Slave Trade the Company may, notwithstanding anything hereinbefore contained, levy within the territories administered by the Company, other than their Zanzibar territory, a tax on caravans and porters or carriers carrying merchandize or other goods passing through the Company's territories, provided such tax shall not be imposed in contravention of any Treaties between Great Britain and Zanzibar. || 21. For regulating the hunting of elephants, and for their preservation for the purpose of providing means of military and other transport in our Indian Empire or elsewhere, the Company may, notwithstanding anything hereinbefore contained, impose and levy within any territories administered by them other than their Zanzibar territory a licence duty, and may grant licences to take or kill elephants, or to export elephants' tusks or ivory. || 22. The Company shall be subject to and shall perform and undertake all the obligations contained in or undertaken by ourselves under any Treaty, Agreement, or Arrangement between ourselves and any other State or Power, whether already made or hereafter to be made. || In all matters relating to the observance of this Article, or to the exercise within the Company's territories for the time being of any jurisdiction exercisable by us under the Foreign Jurisdiction Acts, the Company shall conform to and observe and carry out all such directions as may from time to time be given in that behalf by our Secretary of State, and the Company shall appoint all necessary officers to perform such duties, and shall provide such Courts and other requisites as may from time to time be necessary for the administration of justice.

Nr. 9688. Gross-britannien. 5. Sept. 1888.

23. The Company is hereby further specially authorized and empowered for the purposes of this our Charter —

(1.) To fix the capital of the Company and to increase the same from time to time, and for the purpose of raising such sums of money as it may find necessary for the proper working of the Company as the field of its operations extend, to issue shares, and to borrow moneys by debentures or other obligations. || (2.) To acquire and hold, or charter, or otherwise deal with steam-vessels and other vessels. || (3.) To create Banks and other Companies, and authorize persons and Companies, and establish undertakings or Associations for purposes consistent with the provisions of this our Charter. || (4.) To make and maintain therein roads, harbours, railways, telegraphs and other public and other works, and carry on therein mining and other indu-

Nr. 9688. Gross-britannien. 5. Sept. 1888.

stries. || (5.) To make therein Concessions of mining, forestal, or other rights. || (6.) To improve, develop, clear, plant and cultivate any territories and lands comprised in the several Grants aforesaid or otherwise acquired under this our Charter. || (7.) To settle any such territories and lands, as aforesaid, and to aid and promote immigration into the same. || (8.) To grant any lands therein for terms or in perpetuity absolutely, or by way of mortgage or otherwise. || (9.) To make loans or contributions of money or money's worth, for promoting any of the objects of the Company. || (10.) To acquire and hold personal property. || (11.) To carry on any lawful commerce, trade, or dealing whatsoever, in connection with the objects of the Company. || (12.) To establish and maintain agencies in our Colonies and possessions, and elsewhere. || (13.) To sue and be sued by the Company's name of incorporation, as well in our Courts in our United Kingdom, or in our Courts in our Colonies or possessions, or in our Courts in foreign countries, or elsewhere. || (14.) To take and hold without licence in mortmain or other authority than this our Charter messuages and hereditaments in England, and subject to any local law in any of our Colonies or possessions, and elsewhere, convenient from for carrying on the management of the affairs of the Company, and to dispose time to time of any such messuage and hereditaments when not required for that purpose. || (15.) To do all lawful things incidental or conducive to the exercise or enjoyment of the authorities and powers of the Company in this our Charter expressed or referred to, or any of them.

24. Within one year after the date of this our Charter there shall be executed by the members of the Company for the time being a deed of settlement, providing so far as necessary for —

(1.) The further definition of the objects and purposes of the Company. || (2.) The amount and division of the capital of the Company, and the calls to be made in respect thereof. || (3.) The division and distribution of profits. || (4.) The number, qualification, appointment, removal, rotation and powers of Directors of the Company, and the time when the firs appointment of Directors under such deed is to take effect. || (5.) The registration of members of the Company. || (6.) The preparation of annual accounts, to be submitted to the members at a general meeting. || (7.) The audit of those accounts by independent auditors. || (8.) The making of bye-laws. || (9.) The making and using of official seals of the Company. || (10.) The winding-up (in case of need) of the Company's affairs. || (11.) Any other matters usual or proper to be provided for in respect of a Chartered Company.

25. The deed of settlement shall, before the execution thereof, be submitted to and approved by the Lords of our Council, and a certificate of their approval thereof, signed by the Clerk of our Council, shall be indorsed on this our Charter, and on the deed of settlement, and such deed of settlement shall take effect from the date of such approval. || 26. The provisions of the deed of settlement may be from time to time varied or added to by a sup-

plementary deed, made and executed in such manner and subject to such conditions as the deed of Settlement prescribes. || 27. Such deed of settlement may provide for the creation of founders' shares, and for assigning to the holders of such shares a right to a proportion of the profits or revenues of the Company, to be defined by the Company's deed of settlement, to be approved, as aforesaid, without contribution to the capital of the Company. || 28. The members of the Company shall be individually liable for the debts, contracts, engagements and liabilities of the Company to the extent only of the amount for the time being unpaid on the shares held by them respectively. 29. Until such deed of settlement as aforesaid takes effect, the said William Mackinnon shall be the President; the said the Right Honourable Lord Brassey, K.C.B., shall be Vice-President; and the said General Sir Donald M. Stewart, Bart., G.C.B.; Sir Thomas Fowell Buxton, Bart.; Sir John Kirk, G.C.M.G.; General Sir Arnold Burrowes Kemball, R.A., K.C.S.I.; Lieutenant-General Sir Lewis Pelly, M.P., K.C.B., K.C.S.I.; Colonel Sir Francis de Winton, R.A., K.C.M.G., C.B.; W. Burdett-Coutts, M.P.; Alexander Low Bruce; Robert Palmer Harding; George Sutherland Mackenzie; and Robert Ryrie, shall be Directors of the Company, and may, on behalf of the Company, do all things necessary or proper to be done under this our Charter by or on behalf of the Company. || And we do further will, ordain and declare, that this our Charter shall be acknowledged by our Governors, and our naval and military officers, and our Consuls, and our other officers in our Colonies and possessions, and on the high seas, and elsewhere, and they shall severally give full force and effect to this our Charter, and shall recognize and be in all things aiding to the Company and its officers. || And we do further will, ordain and declare, that this our Charter shall be taken, construed and adjudged in the most fovourable and beneficial sense for and to the best advantage of the Company as coell in our Courts in our United Kingdom, and in our Courts in our Colonies or possessions, and in our Courts in foreign countries or elsewhere, notwithstandig that there may appear to be in this our Charter any non-recital, misrecital, uncertainty or imperfection. || And we do further will, ordain and declare, that this our Charter shall subsist and continue valid, notwithstanding any lawful change in the name of the Company or in the deed of settlement thereof, such change being made with the previous approval of our Secretary of State signified under his hand. || And we do lastly will, ordain and declare, that in case at any time it is made to appear to us in our Council that the Company have substantially failed to observe and conform to the provisions of this our Charter, or that the Company are not exercising their powers under the recited Grants, Concessions, Agreements and Treaties, so as to advance the interests which the petitioners have represented to us to be likely to be advanced by the grant of this our Charter, it shall be lawful for us, our heirs and successors, and we do hereby expressly reserve and take to ourselves, our heirs and successors, the right and power by writing under

Nr. 9688. Gross-britannien. 5. Sept. 1888.

the great seal of our United Kingdom to revoke this our Charter without prejudice to any power to repeal the same by law belonging to us or them, or to any of our Courts, Ministers, or officers, independently of this present declaration and reservation. || In witness whereof we have caused these our letters to be made patent. || Witness ourself at Westminster the 3rd day of September, in the 52nd year of our reign. || By warrant under the Queen's sign manual. Muir Mackenzie.

Nr. 9689. **GROSSBRITANNIEN.** — Marq. v. Salisbury an den Ges. in Brüssel. — Vorschlag an die belg. Regierung, eine Konferenz der europ. Mächte betreffs des Sklavenhandels zu berufen. [63.]

Foreign Office, September 17, 1888.

Nr. 9689. Gross-britannien. 17. Sept. 1888.

My Lord, — Her Majesty's Government have seen with much interest from your Lordship's recent despatches the nature of the reception given in Belgium to the proposals for suppressing the Slave Trade in Africa which have been recently put before Europe by Cardinal Lavigerie. || It is hardly necessary for me to say, that they heartily sympathize with his Eminence's objects, and are most anxious for their accomplishment. They are, however, of opinion, that suggestions dealing with so large a subject, and surrounded with so many difficulties, cannot properly be discussed till they are put forward in a more detailed shape, and in a form which would afford some practical basis for united action on the part of the Governments principally interested. || It is now nearly half a century since the Great Powers, in the preamble to the Treaty of 1841, expressed their desire to give full and complete effect to the principles recorded in 1815 and 1822 at the Congresses of Vienna and Verona, at which the Powers had announced their readiness to concur in everything that might secure and accelerate the complete and final abolition of the Slave Trade. The Treaty of 1841 engaged the Signatory Powers to prohibit all Trade in Slaves under their respective flags; to declare such Traffic piracy; and to grant, under certain conditions, the right of search of one another's merchant-vessels by the war-ships of the respective Powers. || At that time the institution of slavery was widely spread throughout the world and the horrors of the Transatlantic Slave Trade disgraced civilization. By the operation of the Treaty of 1841 and similar Treaties the Maritime Powers were enabled greatly to check this branch of the Slave Trade. It has now entirely ceased, through the abolition of slavery in all countries professing the Christian religion. || Unfortunately there are still non-Christian countries in which the continued existence of domestic slavery keeps up a constant demand for African slaves. The extensive inland frontiers of these territories in Africa, and the geographical situation of the ex-African markets, render it a work of extreme difficulty entirely to cut off their sup-

Nr. 9689. Gross-britannien. 17. Sept. 1888.

plies. The Rulers of Egypt and Zanzibar have each, according to their respective ability, taken steps to lessen the evil in Africa. England can point with satisfaction to the diminution of the export to the East as the result of her persistent efforts; but the Slave Trade can never be extinguished by cruizers alone. || The transmarine markets for slaves are well known. || In the Mediterranean, in spite of its exclusion from the waters where the right of search has been exercised, there is no reason to suppose that slaves have been shipped in cargoes for many years; but they are undoubtedly clandestinely conveyed as servants or passengers from Egypt, Tripoli and Morocco to the ports of Turkey. In the Red Sea and Gulf of Aden the Traffic is rife. The climatic drawbacks, the shortness of the passage from shore to shore, the facilities which the configuration of the coast-lines gives to smugglers and native craft, largely neutralize the efforts of our cruizers. || In the Hadramaut and Oman the Treaties concluded by Her Majesty's Government in 1873 have had a deterrent effect, and been attended with considerable success. || The Persian Gulf is no longer the safe market of olden times, and the supply of slaves from the ports of the Somali Coast and Zanzibar is no longer adequate to its demands. || In the territories of the Sultan of Zanzibar the action of Her Majesty's Government in 1873 struck a heavy blow at an export Trade then estimated at between 20,000 and 30,000 souls yearly, and the Traffic had at one time been reduced to little more than a precarious smuggling trade to the islands adjoining the mainland. But the increasing power and the wider range obtained in recent years by the Arab slave-hunters, whose ravages Cardinal Lavigerie so powerfully describes, have given a new impetus to the Traffic, which finds its way through the harbours of Zanzibar mainland to Madagascar and other islands. || From the Portuguese possessions in the Mozambique to the same islands there in always a certain exportation which is peculiarly hard to cope with: the numerous unexplored creeks on the coast give facilities for concealment, and the winds and currents so prevalent in the Mozambique Channel make it very difficult for boats or ships to keep up a constant watch. || South of the Mozambique and on the whole West Coast of Africa the export Slave Trade is happily a thing of the past. || The above sketch of the present state of the sea-going Slave Trade, and of the markets which it supplies, displays the difficulties now encountered in clearing the seas of this abominable Traffic. || Her Majesty's Government would cheerfully continue to bear the burthen of further measures to effect the common object. They feel, however, that the altered political conditions of the Africain seaboard calls for some united action on the part of the Powers now responsible for its control, with a view to the closing of all foreign markets for slaves, and the consequent discouragement of the internal slave-hunts. || The great work of His Majesty the King of the Belgians in the formation of the Congo State, and the keen interest taken by His Majesty in all questions affecting the welfare of the African races, encourage Her Majesty's Government to hope, that

Nr. 9689. Grossbritannien. 17. Sept. 1888.

Belgium may be inclined to take the initiative in inviting those Powers to a Conference at Brussels to consider the best means for securing the gradual suppression of the Slave Trade on the Continent of Africa, and the immediate closing of all the external markets which it still supplies. || The Powers would be Great Britain, Germany, France, Portugal, Italy, Turkey, Egypt and Spain and possibly Morocco and Zanzibar might also be invited. || I have to request, that you will take an opportunity of speaking to the Belgian Minister for Foreign Affairs in the above sense. || I am, &c. Salisbury.

Nr. 9690. GROSSBRITANNIEN. — Oberst Euan-Smith an Marquis v. Salisbury. — Ankunft Mr. Mackenzies; Concessionsurkunde des Sultans für die brit. ostafrikan. Gesellschaft. [132.]

(Extract.) Zanzibar, October 17, 1888.

Nr. 9690. Grossbritannien. 17. Oct. 1888.

I have the honour to report proceedings in connection with the arrival of Mr. George Mackenzie in Zanzibar as Managing Director of the Imperial British East Africa Company, and to detail the arrangements that have been agreed to between His Highness the Sultan and that gentleman regarding the inauguration of that Company. || Mr. Mackenzie, accompanied by six European gentlemen, whose names are given in the margin*), arrived in the steam-ship „Kistna" in Zanzibar on Saturday the 6th instant, and on Monday morning I presented him and his companions to His Highness the Sultan at a special ceremonial audience which His Highness had courteously granted for that purpose. There were very many influential Arabs present at this reception, and I took the opportunity, on behalf of Mr. Mackenzie, fully to explain what were the objects and intentions of the new Company, disclaiming at the same time any intention whatever of interfering with the rights and dignity of the Sultan or with the accustomed liberties of his subjects. || On Tuesday morning, the 9th instant, His Highness received Mr. Mackenzie, General Mathews and myself in private audience. On this occasion the Concession granted by His Highness to the British Company was formally signed, sealed and ratified, and copies in English and Arabic were exchanged between His Highness the Sultan and Mr. Mackenzie, who had previously deposited at this Agency the power of attorney appointing him plenipotentiary on behalf of the Company. The new Concession, of which I have the honour to inclose a copy in English and Arabic, for your Lordship's information, though considerably amplified as to the text, contains little that was not embodied in the Concession granted by Syud Barghash. The words and clauses that have been added were designed to meet legal technical requirements and to secure to the Company the entire

---

*) Lieutenant Swayne, Dr. McKinnon, Mr. J. R. N. Pigott, Mr. C. Crawford, Mr. G. H. Auturn and Mr. D MacLennan.

and comprehensive privileges that had already been granted to the German Company, or that might at any future time be granted to any other Company. I had, of course, previous to Mr. Mackenzie's arrival, on several occasions explained carefully to the Sultan the meaning and scope of the new proposed additions to the Concession. The usual promptitude with which, without any kind of pressure, His Highness' signature to the Concession was obtained is significant of His Highness' confidence in, and friendship for, the English. ‖ My signature, it will be observed, is attached to the Concession only as witness to the seals and signatures of the contracting parties.

Inclosure in No. 132.

Concession given by His Highness the Sayyid Khalifa, Sultan of Zanzibar, to the Imperial British East Africa Company.

Preamble. Whereas His Highness Sayyid Barghash-bin-Saïd, the late Sultan of Zanzibar, granted certain Concessions by a deed, document, or agreement, dated the 24th day of May, 1887, to an Association or Company, under the presidency of William Mackinnon, and which Association or Company, now known as the Imperial British East Africa Company, hereinafter referred to as the said Company, has been duly incorporated by a Charter granted by Her Majesty Victoria of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Queen, Empress of India. And wheréas the said Company, in consideration of the rights, powers and privileges and authorities made over by such Concession, entered into certain obligations towards His Highness, his heirs, successors and assigns, has formally apportioned or allotted to His Highness one founder's share in the said Company, whereby His Highness, his heirs, successors axd assigns, has become entitled to one-tenth of the net profit made by the Company, as shown by the books of the Company, after payment, or making provision for all the interests, working and other expenses and depreciations, of and incidental to the carrying out of the objects of the Company, and after allowing interest at the rate of 8 per cent. per annum on the capital called and paid up from time to time by the shareholders in the Company. And the right and title to such founder's share is evidenced by the certificates which have been issued by the Company to His Highness the Sultan Sayyid Khalifa as the successor of His Highness the Sultan Sayyid Barghash-bin-Saïd. And whereas the said Company has applied to His Highness to grand further facilities to the said Company for the more beneficial and effectual exercise of the rights, powers, privileges and authorities already granted by the Concession before mentioned, in order that the objects for which the Company has been established may be fully carried out, and that certain provisions in the said Concession may be more clearly defined, so that no dispute or discussion may at any time arise as to the true meaning thereof. ‖ Now, it is hereby witnessed, that, in consideration of the premises, His Highness Sayyid

Nr. 9690. Grossbritannien. 17. Oct. 1888.

Khalifa, Sultan of Zanzibar and its East African dependencies, hereby declares and agrees, that these presents and the following Articles shall be read with the Concession to the Company of the 24th May, 1887, as if the same were a part thereof: —

Art. I. His Highness the Sultan makes over to the Imperial British East Africa Company all the powers and authority to which he is entitled on the mainland in the Mrima and in all his territories and dependencies from Wanga to Kipini inclusive, also the islands embraced in such territory, the whole administration of which he concedes to and places in their hands, to be carried out in His Highness' name and under his flag and subject to His Highness' sovereign rights; but it is understood, that the Company will conduct all the affairs and administration of that part of His Highness' dominions included in this Concession, an that His Highness the Sultan shall not be liable for any expenses connected with the same, nor for any war or "diya" (blood-money), or for any claim arising therefrom, none of which His Highness shall be called upon to settle. No other but themselves shall have the right of purchasing or dealing with public lands on the mainland or anywhere in His Highness' territories, possessions, or dependencies within the limits above named, except through them, as is the case now with His Highness. He also grants to the Company, or to their representatives, the sole right and power of levying taxes upon the people of the mainland within the limits above named. His Highness further agrees to do all acts and deeds that may be necessary to give full effect to the terms of this Concession, to aid and support the Company, or their representatives, with all his authority and force, so as to secure to them the rights and powers hereby granted. It is further agreed upon by the Contracting Parties that nothing contained in the fôllowing Articles of Concession shall in any way infringe on or lessen the right accorded by His Highness to the subjects or citizens of Great Britain, the United States of America, France, Germany, or any other foreign Powers having Treaty relations with His Highness, or the obligations which are or may be imposed upon him by his adhesion to the Berlin General Act.

Art. II. His Highness authorizes the Company, or their representatives, to appoint in his name and on his behalf Commissioners, to administer any district in His Highness' possessions included in the limit of territories named above, except as hereinafter provided; to appoint such subordinate officers as may be required; to pass laws for the government of districts, to establish Courts of Justice, and generally to adopt such measures as may be necessary for the protection and government of the districts and interests under their rule. || His Highness further authorizes the Company, or their representatives, to make Treaties with subordinate and other native Chiefs, such Treaties and engagements to be ratified and confirmed by him in any cases in which they are made in the name of His Highness His Highness also agrees to cede to the Company or their representatives all the rights which he himself possesses over

the lands in the whole of his territory on the mainland of Africa within the limits of this Concession, only excepting the private lands or "shambas," and gives the Company all forts and public buildings, excepting such buildings as His Highness may wish to retain for his own private use, a schedule of such buildings, plantations or properties to be drawn up and agreed to between His Highness and the Company. Further, he authorizes and empowers them to acquire and regulate, and dispose of the occupation of all lands not yet occupied, to levy and collect local or other taxes, dues and tolls, and to do all these and such other acts as may be necessary for the maintenance and support of such local governments, forces, administration of justice, the making and improving of roads or water communication, or other public works, defensive or otherwise, and for the liquidation of debts and payment of interest upon capital expended. The Judges shall be appointed by the Company or their representatives, and the Sultan shall confirm all such appointments; but all "Kathis" shall be nominated by His Highness. || In aboriginal tracts the law shall be administered by the Company or their officials. || The stipends of the Governors and all other officials in the territories occupied and controlled by the Company or their representatives shall be paid by them.

Art. III. His Highness grants to the Company, or to their representatives, the right to trade to hold property, to erect buildings, and to acquire lands or buildings by purchase or negotiation anywhere within His Highness' territories included in the limits of this Concession, with the consent of the proprietors of any such lands and houses.

Art. IV. His Highness grants to the Company, or to their representatives, special and exclusive privileges and powers to regulate trade and commerce, also the navigation of rivers and lakes and control of fisheries, the making of roads, tramways, railways, canals and telegraphs, and to levy tolls and dues on the same, also the power to control or prevent the importation of any merchandize, arms, ammunition of all sorts, intoxicating liquors, or any other goods which, in the opinion of the Company, or their representatives, are detrimental to law, order and morality, and in whatsoever His Highness is not bound towards other Governments. But it is clearly understood, that all exercise of these privileges and powers shall be in conformity with existing Treaties between His Highness and foreign States.

Art. V. His Highness authorizes the Company, or their representatives, to occupy, in his name, all ports and forts at the mouth or mouths of any river or rivers, or elsewhere in his dominions included in the limits of this Concession, with the right to establish Custom-houses and to levy and collect dues on any vessels, goods, &c., arriving at, or departing from, such port or ports, and to take all necessary measures for the prevention of smuggling, subject in all cases to the Treaties above named.

Art. VI. His Highness grants to the Company, or to their representatives, the exclusive privilege to search for, and work, or to regulate, lease, or

Nr. 9690. Grossbritannien. 17. Oct. 1888.

assign, in any part of His Highness' territories within the limits of this Concession, any mines or deposits of lead, coal, iron, copper, tin, gold, silver, precious stones, or any metal or mineral, or mineral oils whatsoever; also the exclusive right to trade in the same, free from all taxes and dues, excepting such moderate royalty on minerals only, not exceeding 5 per cent. on the first value of the article, less the working expenses, as may be hereinafter agreed by the Company and their representatives to be paid to His Highness, also the right to use all forest trees and other woods, and materials of any kind whatsoever for the purpose of the works aforesaid, and also for trade. But the wood used for building and for burning, commonly known as "borti," may be cut on the mainland by others, as now, by payment of such dues to the Company or to their representatives as they may agree upon, but no such dues shall be required for wood cut for His Highness' use.

Art. VII. His Highness grants to the Company, or to their representatives, the right to establish a bank or banks anywhere in His Highness' territories above mentioned with the exclusive privilege of issuing notes.

Art. VIII. All the aforesaid powers and privileges to extend over, and be available for the purposes and objects of the Company or their representatives during the whole of the term of fifty years next, and dating from the time of this Concession being signed. || At the conclusion of the said term all the public works and buildings may revert to the Sultan, his direct heirs and successors nominated by him, if desired, at a valuation, to be fixed by arbitration chosen by both parties, subject to conditions of Article XIV.

Art. IX. His Highness grants to the Company, or to their representatives, the "régie," or lease of the Customs of all the ports throughout that part of His Highness' territories above defined, for an equal period of time to the other Concessions, upon the following terms, namely, the Company hereby guarantees to His Highness the whole amount of the customs duties which he now receives, both from the import and export trade of that part of His Highness' dominions included in this Concession. The definitive amount of the annual average shall be fixed after one year's experience. || During the first year the Imperial British East Africa Company shall have the right to claim all and every pecuniary or other advantages connected with the Administration of the Coast and Customs, which is guaranteed, under similar circumstances, to the German Company in their Concession. || For the first year also the Company guarantees to His Highness the amount of the Customs which he now receives, as shown by the books, to be paid by monthly instalments, post numerando, according to the Arab reckoning of the year. || After the first year's experience the annual average of the sum to be paid to His Highness by the Company shall be fixed. The Company, however, shall have the right at the end of every third year, according to the results of the previous three years, as shown by their books, to enter into fresh negotiations with His Highness in order to fix a revised average. || Further, it is under-

stood, that His Highness shall not claim the duty on any part of this trade twice over, and that the Company shall therefore be entitled to claim a drawback for the amount of any duties which may hereafter be paid direct to His Highness on any imports to, or exports from, the ports included in this Concession; and the Company further guarantees to pay to His Highness 50 per cent. of the additional net revenue which shall come to them from the customs duties of the ports included in this Concession after payment of all expenses, and His Highness grants to the Company all rights over the territorial waters in or appertaining to his dominions within the limits of these Concessions, particularly the right to supervise and control the conveyance, transit, landing and shipment of merchandize, and produce within the said waters by means of a coastguard service both on land and on water. Finally, in addition to all that is stated in the foregoing Article, the Imperial British East Africa Company shall have the right to claim and exercise every right, privilege, or power granted by His Highness the Sultan to the German East African Association in Article IX, or in any other Article of their Concession.

Art. X. In consideration of the foregoing Concessions, powers and privileges being granted by His Highness, the Company, or their representatives, allot to His Highness the dividend on the value of that part of the Company's capital which is corresponding to one founder's share of the Imperial British East Africa Company free of cost, which shall entitle him to one-tenth of the net profits, as shown by the books of the Company, after payment of all expenses, interests and depreciations, and after interest at the rate of 8 per cent. shall have been paid upon the shareholders' paid-up capital.

Art. XI. The Imperial British East Africa Company shall enjoy all the rights, privileges, immunities and advantages which are, or hereafter may be, enjoyed by or accorded to any other Company or particular person to whom His Highness may have given, or may give, Concessions in any other part of his dominions, similar to those granted by this Concession to the Imperial British East Africa Company, or of a different character.

Art. XII. These Concessions do not relate to His Highness' possessions in the Islands of Zanzibar or Pemba, nor to his territories south of Wanga or north of Kipini; and it is understood, that all puplic, judicial, or Government powers and functions herein conceded to the Company, or to their representatives, shall be exercised by them only in the name, and under the authority of the Sultan of Zanzibar.

Art. XIII. It is hereby agreed by both parties, that these Concessions, and the corresponding obligations set forth, shall be binding upon both parties, their heirs, successors and assigns, during the term of fifty years for which they have been agreed upon.

Art. XIV. All railways, tramways, caravanserais (rest-houses), roads, canals, telegraphs, water-works, gas-works, and other works of public utility; also mines constructed by the Company, or by parties authorized by them,

Nr. 9690. Gross-britannien. 17. Okt. 1888.

with all their lands, buildings and appurtenances, shall be the property of the contracting Company in perpetuity, or of any Company which may be formed by the said Company to make them, and they shall be free for ever from taxation of any kind, excepting only the royalties on minerals previously provided for in Article VI.

Art. XV. Pending such reasonable period after the date of the final ratification of this Agreement as may be required by the Imperial British East Africa Company to make their arrangements for administering the territories and revenues conceded to them herein, the officials and troops of His Highness the Sultan of Zanzibar shall continue in possession of such territories until the aforesaid Company intimate their readiness to take over the whole administration, including the collection of revenues. || The Company shall be responsible to the Sultan for the payment of the amount to which he may be entitled under the provision in Article IX of this Agreement, only from the date on which they may take over charge of the Administration as above specified. || It is further understood, that the time of transfer of the Customs, lands; and buildings aforesaid shall be fixed by special agreement but it is understood that such transfer shall be made before the 1st January, 1889, at latest.

Art. XVI. The present Agreement has been made out in four copies, two of which are written in the Arabic language. All these copies have the same issue and meaning. Should differences, however, hereafter arise as to the proper interpretation of the English and Arabic texts of one or other of the stipulations of this Concession, the English copy and meaning shall be considered decisive.

In faith whereof His Highness the Sayyid Khalifa-bin-Saïd, and George Sutherland Mackenzie, Director on behalf of the Imperial British East Africa Company, have signed this Concession and affixed their seals.

Done at Zanzibar, this 9th day of October, 1888.

Sultan of Zanzibar. || George Sutherland Mackenzie, Director,
Imperial British East Africa Company.

Witness to the above:

Lloyd William Mathews, In command of Zanzibar Troops.

I certify the above seals and signatures of His Highness the Sultan of Zanzibar and Mr. George Sutherland Mackenzie, Director of the Imperial British East Africa Company.

C. B. Euan-Smith, Colonel, Her Britannic Majesty's Agent and Consul-General.

Zanzibar, October 9, 1888.

Nr. 9691. **DEUTSCHLAND.** — Eingabe der Vertreter der Cölner Versammlung zur Unterdrückung des afrikanischen Sklavenhandels. [24.]

Cöln, den 27. Oktober 1888.

Nr. 9691. Deutschland. 27. Okt. 1888.

Euerer Durchlaucht || beehren wir uns im Auftrage einer heute hier im Gürzenich vereinigten grossen Versammlung von Männern verschiedener Bekenntnisse und politischer Richtungen hierbei ganz ergebenst die Beschlüsse zu überreichen, welche in dieser Versammlung zur Förderung der auf die Unterdrückung des afrikanischen Sklavenhandels und den Schutz unserer Kulturarbeit in Afrika gerichteten Bestrebungen gefasst worden sind.

gez. Jul. Bachem, Landtagsabgeordneter, Rechtsanwalt. || Dr. Berlage, Dompropst. || Dr. Aug. Schmits, Chefredakteur. || Fabri, Dr. theol. || Hamm, Oberstaatsanwalt. || Dr. Heuser, Domkapitular. || Eugen Langen, Geheimer Kommerzienrath. || Ar. vom Rath. || Dr. Cardauns, Chefredakteur. || Dr. Struckmann, Oberlandesgerichts-Präsident. || Dr. Timotheus Fabri.

Seiner Durchlaucht dem Kanzler des deutschen Reichs, || Herrn Fürsten von Bismarck, || Berlin.

Anlage.

Beschlüsse der Volksversammlung in Cöln vom 27. Oktober 1888.

1. Die Unterdrückung der afrikanischen Sklavenjagden mit ihren die Menschheit schändenden Gräueln ist gemeinsame Pflicht und Aufgabe aller christlichen Staaten und die nothwendige Vorbedingung der wirklichen Aufhebung des Sklavenhandels. || 2. Wie Artikel 6 der Kongo-Akte alle Mächte zur Mitwirkung an der Unterdrückung der Sklaverei und zur Besserung des Looses der Eingeborenen verbindet, so liegt insbesondere dem Kongo-Staat, England und Deutschland, die von den arabischen Sklavenhändlern unmittelbar angegriffen und in ihren Interessen und nationalen Aufgaben verletzt sind, die Pflicht ob, unter gemeinsamer Verständigung den unvermeidlichen Kampf nachdrücklich aufzunehmen und durchzuführen. || 3. Wir vertrauen, dass angesichts der in Ostafrika vor allem durch die arabischen Sklavenhändler hervorgerufenen aufständischen Bewegung die Ehre der deutschen Flagge und die deutschen Interessen von der Reichsregierung wirksam gewahrt werden. || 4. Darf ein solches Vorgehen auf die einmüthige Unterstützung des deutschen Volkes ohne Unterschied des religiösen Bekenntnisses und der politischen Parteiung rechnen, so wird, des sind wir gewiss, auch die thatkräftige Mitwirkung des Reichstages demselben nicht fehlen.

gez. Jul. Bachem, Landtagsabgeordneter, Rechtsanwalt. || Dr. Berlage, Dompropst. || Dr. Cardauns, Chefredakteur. || Fabri, Dr. theol. || Hamm, Oberstaatsanwalt. || Dr. Heuser, Domkapitular. || Eugen

Nr. 9691. Deutschland. 27. Okt. 1888.

Langen, Geheimer Kommerzienrath. || Ar. vom Rath. || Dr. Aug. Schmits, Chefredakteur. || Dr. Struckmann, Oberlandesgerichts-Präsident. || Dr. Timotheus Fabri.

Nr. 9692. DEUTSCHLAND. — Eingabe der Versammlung zu Freiburg i. B. zur Erledigung der Sklavenhandelsfrage. [25.]

Freiburg i. Breisgau, den 10. November 1888.

Durchlauchtigster Fürst! || Hochgebietender Herr Reichskanzler!

Nr. 9692. Deutschland. 10. Nov. 1888.

Euerer Durchlaucht beehre ich mich in der Anlage die Beschlüsse, welche die gestern hier abgehaltene öffentliche Versammlung im Hinblick auf die Lage Emin Paschas und der Sklavenfrage in Afrika gefasst hat, zur hochgeneigten Kenntnissnahme zu unterbreiten. || Genehmigen Euere Durchlaucht den Ausdruck der ungemessenen Verehrung, mit dem ich verharre als

Euerer Durchlaucht || in Ehrerbietung ergebener || gez. von Glümer, General der Infanterie zur Disposition als Vorsitzender.

Anlage.

Beschlüsse der am 9. November 1888 in der Festhalle zu Freiburg i. Breisgau abgehaltenen öffentlichen Versammlung.

1. Die Unterdrückung der afrikanischen Sklavenjagden mit ihren die Menschheit schändenden Gräueln ist gemeinsame Pflicht und Aufgabe aller christlichen Staaten und die nothwendige Vorbedingung der wirklichen Aufhebung des Sklavenhandels. || 2. Wie Artikel 6 und 9 der Kongo-Akte alle Mächte zur Mitwirkung an der Unterdrückung der Sklaverei und zur Besserung des Looses der Eingeborenen verbinden, so liegt insbesondere dem Kongo-Staat, Portugal, England und Deutschland, welche von den arabischen Sklavenhändlern unmittelbar angegriffen und in ihren Interessen und nationalen Aufgaben verletzt sind, die Pflicht ob, unter gemeinsamer Verständigung den unvermeidlichen Kampf nachdrücklich aufzunehmen und durchzuführen. || 3. Wir sprechen der Reichsregierung unsern Dank aus für die von ihr in diesem Sinne bereits ergriffenen Schritte und vertrauen, dass angesichts der in Ostafrika vor allem durch die arabischen Sklavenhändler hervorgerufenen aufständischen Bewegung die Ehre der deutschen Flagge und die deutschen Interessen wirksam gewahrt werden. || 4. Darf ein solches Vorgehen auf die einmüthige Unterstützung des deutschen Volkes ohne Unterschied des religiösen Bekenntnisses und der politischen Parteiung rechnen, so wird, des sind wir gewiss, auch die thatkräftige Mitwirkung des Reichstages demselben nicht fehlen. || 5. Ausser dem energischen Vorgehen der deutschen Reichsregierung halten wir alle auf Frei-

willigkeit beruhenden Hülfeleistungen für gut und nothwendig und empfehlen zu diesem Zweck in erster Linie die materielle Unterstützung der in Vorbereitung begriffenen deutschen Emin Pascha-Expedition.

Nr. 9692. Deutschland. 10. Nov. 1888.

Nr. 9693. DEUTSCHLAND. — Erlass an den Kaiserl. Geschäftsträger in London. — Memorandum, betreffend gemeinsame Aktion in Ostafrika.

(Auszug.) Berlin, den 5. Oktober 1888.

Nr. 9693. Deutschland. 5. Okt. 1888.

Euere Hochwohlgeboren ersuche ich im Auftrage des Herrn Reichskanzlers, der dortigen Regierung in Erwiderung auf das Memorandum der hiesigen Königlich grossbritannischen Botschaft vom 28. v. M.*) ein dem anliegenden Entwurf entsprechendes Memorandum zu überreichen, welches die Vorschläge Seiner Durchlaucht für eine gemeinsame deutsch-englische Aktion gegenüber den Unruhen in Ostafrika enthält.

gez. von Holstein.

An

den Kaiserlichen Geschäftsträger, Herrn Grafen von Leyden, || Hochwohlgeboren, || London.

Anlage.

Memorandum**).

Der bisherige Meinungsaustausch zwischen den Kabineten von Berlin und London über die gegenwärtigen Unruhen in Ostafrika und über die Stellung des Sultans von Zanzibar hat in erfreulicher Weise gezeigt, dass zwischen den beiden Regierungen ein vollständiges Einverständniss in den für ihre dortige Politik maassgebenden Gesichtspunkten herrscht. Mit besonderer Genugthuung hat der Reichskanzler aus dem von Sir Edward Malet am 29. v. M. überreichten Memorandum ersehen, dass Lord Salisbury die Gemeinsamkeit der deutschen und englischen Interessen in Zanzibar unumwunden anerkennt und die Ueberzeugung theilt, dass nur im Wege eines auf gegenseitiges Vertrauen gegründeten Zusammenwirkens der beiden Mächte die Aufgaben christlicher Civilisation in Ostafrika gelöst werden können. || Nach übereinstimmender Ansicht der Kaiserlichen und der Königlich grossbritannischen Regierung wird es in erster Linie darauf ankommen, gegenüber der aufständischen Bewegung auf dem Festlande die Autorität des Sultans von Zanzibar wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten. Die Unruhen, welche nach neueren Nachrichten ihren Ursprung in den Quellengebieten des Rovuma-Flusses und am Nyassa-See genommen und sich dann nach Norden ausgedehnt zu haben scheinen, sind wohl

---

*) Nicht abgedruckt.

**) Das Memorandum ist der Königlich grossbritannischen Regierung am 8. Oktober 1888 überreicht worden.

Nr. 9693. Deutschland. 5. Okt. 1888.

seit längerer Zeit vorbereitet und hauptsächlich durch die am Sklavenhandel interessirten Araber hervorgerufen worden. Zur gewaltsamen Unterdrückung des Aufstandes sind die eigenen Machtmittel des Sultans von Zanzibar nicht ausreichend; die Herrschaft desselben soll auf dem Festlande vollständig zusammengebrochen sein. || Es ist mithin in Erwägung zu ziehen, in welcher Weise die Autorität des Sultans gestützt und der Agitation des fanatischen und fremdenfeindlichen arabischen Elements entgegengetreten werden kann. || Dass für eine solche Aufgabe militärische Expeditionen ins Innere geeignet sein würden, erscheint der Kaiserlichen Regierung zweifelhaft. Abgesehen von der Ausdehnung und der Unwegsamkeit des Landes wird der ortskundige Gegner stets die Möglichkeit haben, dem Stoss einer überlegenen Truppe nach Bedürfniss auszuweichen, um nach Gelegenheit von Ort und Zeit den Kampf wieder aufzunehmen. Ständige Garnisonen europäischer Truppen würden sich im Innern, wenn überhaupt, nur mit den schwersten Opfern an Menschenleben und Geld halten lassen. || Unter diesen Umständen dürfte es sich empfehlen, die gemeinsame Unterstützung des Sultans durch Deutschland und England zunächst auf maritime Aktion zu beschränken und zu diesem Zweck vielleicht eine Blokade der festländischen Küste von Zanzibar zwischen Kipini und dem Rovuma-Fluss durch deutsche und englische Kriegsschiffe im Bunde mit dem Sultan von Zanzibar in Betracht zu ziehen. Aufgabe einer solchen Blokade würde sein, jeden Verkehr, insbesondere den der Sklavenschiffe und die Zufuhr von Waffen und Munition nach den aufständischen Küstengebieten, abzuschneiden. || Um den letzteren Zweck zu erreichen, müsste auch die portugiesische Regierung aufgefordert werden, die Munitionsausfuhr aus ihren angrenzenden ostafrikanischen Besitzungen zu verbieten, da sich die Insurgenten in den südlichen Häfen des Sultanats von Zanzibar sonst durch ihre Verbindungen mit den arabischen Händlern in Mozambique verproviantiren können. Was die Blokade betrifft, so würden von derselben hauptsächlich die arabischen Segelschiffe, welche den Verkehr zwischen den festländischen Küstenhäfen und mit Zanzibar vermitteln, betroffen werden. Die Notification der Blokade an alle bei dem dortigen Verkehr betheiligten Mächte würde im Namen beider alliirten Regierungen und des Sultans erfolgen können. || Der Kaiserlichen Regierung würde es erwünscht sein, über die vorstehenden Vorschläge die Ansicht der Königlich grossbritannischen Regierung kennen zu lernen. Für den Fall eines prinzipiellen Einverständnisses könnten dann die zur Ausführung des gemeinschaftlichen Aktionsprogrammes erforderlichen näheren Instruktionen vereinbart und an die deutschen und englischen Vertreter in Zanzibar übermittelt werden.

Nr. 9694. **DEUTSCHLAND.** — Erlass des Reichskanzlers an den Botschafter in London. — Darlegung der Gefahren der muhamed. Bewegung in Afrika. [27.]

Friedrichsruh, den 21. Oktober 1888.

Nr. 9694. Deutschland. 21. Okt. 1888.

Die von den Sklavenhändlern unterstützte Bewegung des muhamedanischen Araberthums, wie sie zuerst bei dem Mahdi-Aufstande im ägyptischen Sudan zum Ausdruck kam, hat seitdem an Ausdehnung gewonnen und auch an anderen Punkten des afrikanischen Kontinents zu einem Zusammenstoss mit europäischen Unternehmungen geführt. Der Ueberfall einer italienischen Expedition durch den Emir von Harar im Jahre 1886, die Bedrohung der Stationen an der Ostgrenze des Kongo-Staates durch die Araber, das Verhalten Tippo-Tip's gegenüber dem Zuge Stanley's und seiner Begleiter, die Angriffe auf die englischen Missionsstationen in Uganda und auf die Handelsniederlassungen am Nyassa-See, die Unruhen an den unter deutscher und englischer Verwaltung stehenden Küstengebieten des Sultanats von Zanzibar — alle diese Ereignisse machen den Eindruck, dass sie unter sich in einem Zusammenhange stehen, welcher Zeugniss giebt von einer langsam fortschreitenden, aber tief gehenden Bewegung innerhalb der muhamedanischen Bevölkerung, in der Richtung einer Reaktion gegen christliche und civilisatorische Bestrebungen, namentlich auf dem Gebiete des Sklavenhandels. Alle an der Förderung christlicher Gesittung betheiligten Nationen haben ein gleiches Interesse daran, den Gefahren einer solchen Bewegung entgegenzutreten. || Die steigende Bedeutung und Ausbreitung, welche während der letzten Jahre die muhamedanische Agitation in Afrika gewonnen hat, steht im Zusammenhange mit der steigenden Waffen- und Pulverausfuhr von Europa nach dem äquatorialen Afrika. || Die reichliche Ausrüstung mit Waffen und Munition erleichtert mehr und mehr die Raubzüge der Sklavenhändler und die Versuche der Araber, die europäischen Gegner des Sklavenhandels mit Gewalt von weiterem Vordringen abzuhalten und aus ihren bisherigen Positionen zu vertreiben. || Es scheint daher als gemeinsame Pflicht der an einer friedlichen Erschliessung Afrikas arbeitenden Nationen Europas, einerseits den Waffenhandel und andererseits die Sklavenausfuhr in jenen Gegenden mit grösserem Nachdruck zu hindern, als dies bisher geschehen ist. Ein solches Ziel scheint nur erreichbar durch eine Blokade der ganzen ostafrikanischen Küste, welche stark und streng genug ist, die Ausfuhr von Sklaven und die Einfuhr von Waffen und Munition wirksamer als bisher zu verhindern. Falls die Königlich grossbritannische Regierung einem derartigen Vorgehen zustimmt, sind wir bereit, mit allen anderen betheiligten Mächten behufs Erlangung ihres Einverständnisses in Verhandlung zu treten. Insbesondere würde ich es für angezeigt halten, die Zustimmung Frankreichs dahin zu gewinnen, dass die Dhaus arabischer Sklavenhändler sich für den Betrieb ihres Gewerbes der französischen Flagge nicht mehr bedienen dürfen. || Euere Excellenz ersuche ich ergebenst, zu diesem Zwecke nach Maassgabe der vorstehenden

Nr. 9694. Deutschland. 21. Okt. 1888.

Bemerkungen mit Lord Salisbury Rücksprache zu nehmen und dessen Antwort mitzutheilen.

gez. von Bismarck.

Seiner Excellenz dem Kaiserlichen Botschafter Herrn Grafen von Hatzfeldt, London.

Nr. 9695. DEUTSCHLAND. — Erlass des Reichskanzlers an den Botschafter in London. — Vorschläge über Vereinbarung mit England, Portugal, Frankreich und dem Kongostaat zur Aktion in Ostafrika. [28.]

Friedrichsruh, den 22. Oktober 1888.

Nr. 9695. Deutschland. 22. Okt. 1888.

Es ist zu wünschen, dass unsere Abmachung mit England über die Bekämpfung der Sklavenausfuhr und Waffeneinfuhr in Afrika die Gestalt eines internationalen Abkommens annehme. Ein solches würde einmal der fortschreitenden Ausdehnung der muhamedanischen und sklavenhändlerischen Bewegung durch den moralischen Eindruck des Einverständnisses der beiden dort bisher einwirkenden europäischen Mächte Schranken setzen, dann aber auch die Mitwirkung der übrigen europäischen betheiligten Staaten mit mehr Wahrscheinlichkeit herbeiführen. Ich möchte daher einen Notenaustausch zwischen uns und England vorschlagen mit der Tragweite, dass wir uns verpflichten, unter Voraussetzung der gleichen Betheiligung Englands zu demselben Zweck, die auf dem Kontinent von Afrika in den letzten Jahren entstandene antichristliche und anticivilisatorische Bewegung, welche besonders von arabischen Sklavenhändlern gefördert wird, zu bekämpfen, und als das wirksamste Mittel zu diesem Zweck die Verhinderung der Ausfuhr von Sklaven und der Einfuhr von Waffen und Munition anzuerkennen, indem nur der Besitz von Waffen und Munition überlegener Art die arabische und muhamedanische Minorität im Innern des Landes in den Stand setzt, die zur Gewinnung von Sklavenmaterial zur Ausfuhr nöthigen Sklavenjagden und Kriege zu unternehmen, und die Ueberlegenheit der eigenen Rasse im Innern Afrikas zu unterhalten. || Der Sklavenhandel und die Initiative, welche gerade England zur Verhinderung desselben ergriffen hat, sind die Ursache und der Anstoss gewesen, welche eine Einigung aller bei diesem Gewerbe interessirten Elemente herbeigeführt und es ermöglicht haben, den muhamedanischen Fanatismus im Interesse der mehr als tausendjährigen Gewohnheit des afrikanischen Sklavenhandels ins Leben und in den Kampf zu rufen. Die Wirkungen dieser Bewegung lassen sich im Grossen wie im Kleinen in der Stellung des Mahdi, in der Stellung von Tippo-Tip und in den sich mehrenden Ermordungen der Europäer im Innern Afrikas erkennen. Das Christenthum und die europäische Civilisation mit bewaffneter Hand auf das Innere Afrikas zu übertragen, hindern die Ausdehnung des Landes und sein Klima. Die Natur der eingeborenen Bevölkerung würde empfänglich für die europäischen Bestrebungen sein, wenn sie nicht durch die Waffengewalt,

die höhere Intelligenz und das Zusammenhalten der arabischen Muhamedaner unterdrückt würde. Wir können den letzteren nur beikommen, wenn wir die Quelle ihrer Ueberlegenheit, die bessere Bewaffnung und die Realisirung ihrer Gewinne, durch Unterdrückung der Waffeneinfuhr und der Sklavenausfuhr hindern. || Ich betrachte es deshalb als eine Aufgabe, von welcher sich keine der christlichen civilisirten Nationen zurückhalten sollte, die Zufuhr von Waffen und Munition nach dem Innern Afrikas und die Ausfuhr von Sklaven nach Möglichkeit zu unterdrücken. Diese Aufgabe stellt sich in erster Linie den beiden im Sultanat von Zanzibar vorzugsweise betheiligten Nationen von Deutschland und England; aber zu ihrer vollständigen Lösung wird es sich empfehlen, die demnächstige Mitwirkung der mit ihren Kolonien benachbarten portugiesischen Regierung und die Seiner Majestät des Königs von Belgien für den Kongostaat zu gewinnen. Ebenso wird es sich empfehlen, die französische Regierung in freundlicher Weise um ihre Mitwirkung zu ersuchen, damit sowohl die Waffeneinfuhr in das Kongogebiet, als namentlich der Missbrauch der französischen Flagge durch arabische Schiffe im Osten Afrikas verhütet werden. || Euere Excellenz wollen an Lord Salisbury das Ersuchen stellen, sein Einverständniss mit diesen Auffassungen durch eine Mittheilung an Sir Edward Malet zu bestätigen, um die englische Marine zur Herstellung der gemeinsamen Blokade der Zanzibarküste zu veranlassen, und in gleicher Art wie wir, wenn auch ohne identisches Vorgehen, die vorbenannten mitinteressirten Regierungen um Anordnung entsprechender Maassregeln zu bitten.

Nr. 9695. Deutschland. 22. Okt. 1888.

gez. von Bismarck.

Seiner Excellenz dem Kaiserlichen Botschafter,
Herrn Grafen von Hatzfeldt,
London.

Nr. 9696. DEUTSCHLAND. — Ausw. Amt an den Botschafter in Paris. — Sondirung der französischen Regierung in Bezug auf Ostafrika. [29.]

Berlin, den 23. Oktober 1888.

Euerer Excellenz übersende ich anbei Abschrift eines unter dem 21. d. M. an den Kaiserlichen Botschafter in London gerichteten Erlasses des Herrn Reichskanzlers*) zu Ihrer Information und mit dem Ersuchen, die französische Regierung nach Maassgabe der daselbst im vorletzten Absatz enthaltenen Ausführung in Bezug auf ihre Bereitwilligkeit, dem Sklavenhandel entgegenzutreten, zu sondiren. Euere Excellenz können dabei den Inhalt des abschriftlich beigefügten Berichts aus Zanzibar vom 23. v. M.**) verwerthen, nach

Nr. 9696. Deutschland. 23. Okt. 1888.

*) Abgedruckt unter Nr. 27.
**) Abgedruckt unter Nr. 8.

Nr. 9696. Deutschland. 22. Okt. 1888.

welchem unser Vertreter in Zanzibar sich zur Abstellung des Missbrauchs, welchen arabische Sklavenhändler mit der französischen Flagge treiben, bereits direkt an seinen französischen Kollegen gewandt hat. || In der Besprechung, welche Euere Excellenz mit Herrn Goblet über den vorliegenden Gegenstand haben werden, bitte ich hervorheben zu wollen, dass wir nach der Bewegung, welche neuerdings auch von französischen Geistlichen in der Sklavenhandelsfrage ausgegangen sei, auf das Entgegenkommen der französischen Regierung glaubten rechnen zu dürfen, um die aller Menschlichkeit hohnsprechenden grausamen Sklavenjagden in Ostafrika abzustellen. || Ich behalte mir vor, Euere Excellenz mit weiterer Instruktion zu versehen, sobald die Antwort des Grafen Hatzfeldt auf den abschriftlich beigeschlossenen Erlass eingegangen sein wird, und bitte Sie, baldmöglichst über die Aufnahme zu berichten, welche Ihre Anregung bei Herrn Goblet findet.

gez. Graf Bismarck.

Seiner Excellenz dem Kaiserlichen Botschafter Herrn Grafen zu Münster, Paris.

Nr. 9697. DEUTSCHLAND. — Erlass an die Botschafter in London und Paris. — Vorschlag in Bezug auf sklavenverdächtige Schiffe mit engl. u. französ. Flagge [30.]

Berlin, den 23. Oktober 1888.

Nr. 9697. Deutschland. 23. Okt. 1888.

Nach einer Meldung des Kaiserlichen Generalkonsuls in Zanzibar hat der Sultan Said Khalifa aus Anlass der in Ostafrika ausgebrochenen Unruhen ein Verbot erlassen, Waffen und Munition von Zanzibar nach der gegenüberliegenden, im Aufstand befindlichen Küste des Festlandes auszuführen. Da trotzdem heimliche Verschiffungen stattfanden, hat unser Vertreter auf Antrag des deutschen Geschwaderchefs bei dem englischen und französischen Konsul in Zanzibar die Erlaubniss erbeten, dass die vor den Häfen von Bagamoyo und Dar-es-Salam stationirten Kaiserlichen Kriegsschiffe verdächtige Fahrzeuge unter englischer und französischer Flagge anhalten und untersuchen dürfen, ob dieselben Kriegsmaterial an Bord führen. || Euere Excellenz ersuche ich ergebenst, den Antrag des Generalkonsuls Michahelles bei der dortigen Regierung mit dem Hinweise zu befürworten, dass die Waffenzufuhren in erster Linie für die Sklavenhändler bestimmt sind, und über die Entschliessung des dortigen Kabinets telegraphisch zu berichten.

Graf Bismarck.

Seiner Excellenz dem Kaiserlichen Botschafter Herrn Grafen von Hatzfeldt, London.

Seiner Excellenz dem Kaiserlichen Botschafter Herrn Grafen zu Münster, Paris.

Nr. 9698. **DEUTSCHLAND.** — Botschafter in London an den Reichskanzler. — Erledigung des Erlasses vom 23.X. [31.]

(Telegramm.) London, den 25. Oktober 1888.

Nr. 9698. Deutschland. 25. Okt. 1888.

Unter Bezugnahme auf den Erlass vom 23. d. M. melde ich gehorsamst, dass der Premierminister gegen die von uns gewünschte Ermächtigung, etwaige des Waffenhandels verdächtige Fahrzeuge unter englischer Flagge an der Zanzibarküste von unseren Schiffen anhalten und durchsuchen zu lassen, keine Bedenken hat.

gez. Hatzfeld.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

Nr. 9699. **DEUTSCHLAND.** — Botschafter in Paris. — Erledigung der beiden Erlasse vom 23.X. [32.]

(Telegramm). Paris, den 26. Oktober 1888.

Nr. 9699. Deutschland. 26. Okt. 1888.

Herr Goblet versicherte, dass die französische Regierung, ihren Traditionen getreu, gern bereit sei, dem Sklavenhandel an der ostafrikanischen Küste entgegenzutreten. || Sobald bekannt geworden, dass daselbst mit der französischen Flagge Missbrauch getrieben werde, sei — und zwar schon am 10. September d. J. — der Geschwaderchef in Madagaskar angewiesen worden, wo er könne, dagegen einzuschreiten. Was die in dem zweiten Erlasse vom 23. d. M. berührte Frage betrifft, so hat Herr Goblet eine baldige Antwort in Aussicht gestellt. Da es sich hier um eine schwierige völkerrechtliche Frage handele, so wünsche er sich zunächst über die Ansicht seiner Kollegen und namentlich des Marineministers in der Frage zu vergewissern.

Münster.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

Nr. 9700. **DEUTSCHLAND.** — Botschafter in London an den Marquis v. Salisbury. — Vorschlag der Blokade an der Küste von Ostafrika. [33.]

London, den 3. November 1888.

Nr. 9700. Deutschland. 3. Nov. 1888.

Der unterzeichnete Kaiserlich deutsche Botschafter hat die Ehre, im Auftrage seiner Regierung Seiner Excellenz dem Herrn Marquis von Salisbury, Minister der Auswärtigen Angelegenheiten Ihrer britischen Majestät, die folgende Mittheilung zu machen. || Angesichts der zunehmenden Ausdehnung der Feindseligkeiten, mit welchen die Sklavenhändler arabischer Nationalität der Unterdrückung des Negerhandels und dem legitimen Handel der christlichen Völker mit den Eingeborenen Afrikas entgegentreten, schlägt die Kaiserliche Regierung der Regierung Ihrer britischen Majestät vor, gemeinschaftlich und mit Zustimmung des Sultans von Zanzibar die zum Gebiete dieses Herrschers

Nr. 9700. Deutschland. 3. Nov. 1888. gehörigen Küsten von Ostafrika zu blokiren, um die Ausfuhr von Sklaven und die Einfuhr von Waffen und Kriegsmunition daselbst zu unterdrücken. || Ueber Einzelheiten betreffs Ausführung der Blokade werden der deutsche und der englische Admiral in Zanzibar zu verhandeln und eine Vereinbarung zu treffen haben. || Um die Blokade wirksam gegen den Sklavenhandel zu machen, wird es erforderlich sein, dass die Kriegsschiffe der beiden Nationen jedes verdächtige Fahrzeug, unter welcher Flagge es auch fahren mag, durchsuchen und gegebenenfalls aufbringen. Die Regierung Seiner Majestät des Kaisers ist bereit, in Gemeinschaft mit der Regierung Ihrer Majestät der Königin bei den anderen Mächten die nöthigen Schritte in diesem Sinne zu thun. || Da der Negerhandel, sowie die Rüstungen und die Feindseligkeiten der Sklavenhändler sich auf das angrenzende portugiesische Küstengebiet bei Zanzibar erstrecken, so wird es nützlich und wünschenswerth sein, die Mitwirkung und Zustimmung von Portugal zur Ausdehnung der Blokade auf den dieser Macht gehörigen Theil der Küste zu erlangen. || Indem der Unterzeichnete den Herrn Marquis von Salisbury bittet, ihn baldmöglichst zu benachrichtigen, ob die Regierung Ihrer britischen Majestät mit dem Vorschlag, welchen er ihr zu unterbreiten die Ehre hat, einverstanden ist, ergreift er mit Vergnügen diese Gelegenheit, um Seiner Excellenz die Versicherung seiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern.

Hatzfeldt.

Seiner Excellenz dem Herrn Marquis von Salisbury etc. etc.

Nr. 9701. GROSSBRITANNIEN. — Note des Marquis von Salisbury an den deutschen Botschafter in London. — Beitritt zur Blokade. [34.]

(Uebersetzung.)

Auswärtiges Amt (London), den 5. November 1888.

Herr Botschafter.

Nr. 9701. Gross-britannien. 5. Nov. 1888. Angesichts der zunehmenden Ausdehnung des Sklavenhandels an der Ostküste von Afrika und der Störungen und Hindernisse, welche derselbe dem legitimen Handel bereitet, tritt Ihrer Majestät Regierung dem Vorschlage der Kaiserlichen Regierung bei, mit Zustimmung des Sultans von Zanzibar an den Küsten der festländischen Besitzungen Seiner Hoheit eine Blokade gegen die Einfuhr von Kriegsmaterialien und die Ausfuhr von Sklaven herzustellen. || Das Programm für die Ausführung der Blokade ist von dem englischen und dem deutschen Admiral in Gemeinschaft festzustellen, und die Blokade soll fortdauern, bis eine der Mächte von der Absicht Anzeige macht, dieselbe aufzugeben. || Um die Blokade für die oben erwähnten Zwecke wirksam zu machen, ist es wesentlich, dass die Kriegsschiffe der beiden Mächte innerhalb des

Blokadebereichs das Recht haben, jedes verdächtige Schiff, unter welcher Flagge es auch fahren mag, zu durchsuchen und im Bedürfnissfalle anzuhalten. Die Regierung Ihrer Majestät wird im Verein mit der Kaiserlichen Regierung bei den anderen Mächten Schritte thun, um deren Zustimmung zu den für diesen Zweck erforderlichen Maassregeln herbeizuführen. || Da der Sklavenhandel und die Rüstungen der Händler, welche denselben betreiben, sich auf die angrenzenden portugiesischen Besitzungen erstrecken, so würde es nützlich und wünschenswerth sein, die Mitwirkung Portugals und die Zustimmung dieser Macht zur Ausdehnung der Blokade auf die portugiesische Küste zu erlangen.

Nr. 9701. Grossbritannien. 5. Nov. 1888.

Ich habe die Ehre, Herr Botschafter, zu sein mit der ausgezeichnetsten Hochachtung

Euerer Excellenz gehorsamster ergebener Diener

Salisbury.

Seiner Excellenz dem Grafen Hatzfeldt etc. etc. etc.

Nr. 9702. **DEUTSCHLAND.** — Reichskanzler an den Gesandten in Lissabon. — Aufforderung Portugals zur Theilnahme. [35.]

Friedrichsruh, den 8. November 1888.

Nr. 9702. Deutschland. 8. Nov. 1888.

Die gegenwärtigen Unruhen in Ostafrika, deren Ursprung in einer Reaktion des an dem Sklavenhandel betheiligten Araberthums gegen das Eindringen europäischer Elemente zu suchen ist, haben die Regierungen von Deutschland und England veranlasst, im Einverständniss mit dem Sultan von Zanzibar eine gemeinschaftliche Blokade der festländischen Küste des Sultanats anzuordnen. Diese Blokade verfolgt den Zweck, die Einfuhr von Waffen und Munition in das Innere Afrikas, sowie die Ausfuhr von Sklaven in wirksamer Weise zu verhindern und dadurch den Sklavenjägern und ihren Verbündeten die Mittel zur Fortsetzung ihres Gewerbes zu entziehen. || Näheres über die für die Entschliessungen der Kaiserlichen und der Königlich grossbritannischen Regierung maassgebenden Gesichtspunkte wollen Euere Hochwohlgeboren aus den abschriftlich beigefügten Noten entnehmen, welche zwischen dem Kaiserlichen Botschafter in London und Lord Salisbury in der Blokade-Angelegenheit*) gewechselt sind. || Nachdem die arabische Bewegung in Ostafrika schon früher die in unmittelbarer Nachbarschaft der Kolonie Mozambique gelegenen Distrikte ergriffen hatte, sind neueren Nachrichten zufolge auch auf portugiesischem Gebiete Unruhen ausgebrochen; auch wenn letztere, wie wir hoffen, keinen grösseren Umfang annehmen, würde immer die Gefahr vorliegen, dass die Sklavenhändler sich durch Vermittelung der Händler in den nahe gelegenen portugiesischen Häfen mit Kriegsmaterial versorgen, wie dies schon früher bei

*) Abgedruckt unter Nr. 9700 und 9701. Anm. d. Red.

Nr. 9702. Deutschland. 8. Nov. 1888.

dem Aufstand des Häuptlings Mirambo geschehen ist. || Unter diesen Umständen wünscht die Kaiserliche Regierung die Aufmerksamkeit des Lissaboner Kabinets auf diese Verhältnisse zu lenken und dasselbe zu einer Theilnahme an denjenigen zwischen Deutschland und England vereinbarten Maassregeln einzuladen, welche eine nachdrückliche Bekämpfung der auch gegen die Herrschaft Portugals in Ostafrika gerichteten kulturfeindlichen Araberbewegung erforderlich macht. || Es würde sich zu diesem Zwecke in erster Linie darum handeln, die südlich von den Besitzungen des Sultans von Zanzibar gelegene Küste der Kolonie von Mozambique gleichfalls in Blokadezustand zu erklären, insoweit Zufuhren von Kriegsmaterial und der Transport von Sklaven in Betracht kommen. Daneben dürfte es erforderlich sein, dass portugiesischerseits ein Verbot der Ausfuhr von Waffen und Munition aus dem Gebiet von Mozambique in die demselben benachbarten Territorien des ostafrikanischen Kontinents erlassen und mit Strenge durchgeführt wird. || Euere Hochwohlgeboren wollen in diesem Sinne Rücksprache mit Herrn de Barros Gomes nehmen und dabei hervorheben, dass es im gemeinsamen Interesse aller europäischen Nationen liegt, welche mit Ernst an dem Werk der Entwickelung der christlichen Kultur und Gesittung und der europäischen Kolonien in Afrika arbeiten, dem vordringenden Araberthum und den Gräueln der Sklavenjagden ein Ziel zu setzen. Angesichts der freundschaftlichen Beziehungen, welche Deutschland und Portugal und ihre Dynastien mit einander verbinden, und im Hinblick auf die geschichtlichen Traditionen Portugals in Begründung und Förderung europäischer Civilisation in Afrika, gebe ich mich der Hoffnung hin, dass Herr de Barros Gomes die Motive der Kaiserl. und der Königlich grossbritannischen Regierung in der vorliegenden Frage würdigen und zu der gewünschten Kooperation die Hand wird bieten wollen. || Indem ich noch bemerke, dass Ihr englischer Kollege beauftragt ist, diese Angelegenheit in analoger Weise bei der portugiesischen Regierung anzuregen, ersuche ich Sie ergebenst, diesen Erlass zur Kenntniss des dortigen Herrn Ministers der auswärtigen Angelegenheiten zu bringen und demselben Abschrift zu hinterlassen.

von Bismarck.

Seiner Hochwohlgeboren dem Kaiserlichen Gesandten
Herrn Freiherrn von Waecker-Gotter,
Lissabon.

Nr. 9703. PORTUGAL. — Portugiesischer Minister des Auswärtigen an den deutschen Gesandten. — Bereitwilligkeit Portugals. [36.]

Anlage.

(Uebersetzung.) Lissabon, den 16. November 1888.

Nr. 9703. Deutschland. 16. Nov. 1888.

Excellenz, || Die Regierung Seiner Allergetreuesten Majestät hat die wichtigen Gründe gebührend gewürdigt, welche die Kaiserliche und die Königlich gross-

britannische Regierung bewogen haben, sich über die Maassregeln zu verständigen, welche in diesem Augenblick am geeignetsten erscheinen, um in Ostafrika die Sklaverei zu bekämpfen und einen Damm gegen die wachsende Ausdehnung und das Ueberhandnehmen der dem europäischen Einfluss und der europäischen Civilisation feindlichen Elemente aufzurichten. || Eingeladen im Namen seiner alten Traditionen, sowie der Interessengemeinschaft, welche die verschiedenen Kulturmächte umfasst, und der eigenen Rücksichten auf die portugiesische Herrschaft in den Besitzungen der Ostküste, seine Anstrengungen mit denen der beiden Mächte zu vereinigen, kann Portugal nicht umhin, der Aufforderung nachzukommen, indem es eine Mitwirkung zusichert, welche ihm gestatten wird, mit noch mehr Wirkung das, was bisher seine traditionelle Politik bildete, durchzuführen, nämlich die Unterdrückung der Sklaverei und die Befestigung des guten Einverständnisses zwischen allen europäischen Mächten in Bezug auf diesen vorzugsweise christlichen und civilisatorischen Plan. || Indem also die Königliche Regierung ihrerseits im Prinzip die Herstellung einer Blokade billigt, welche, von der Küste der dem Sultanat von Zanzibar zugehörigen Territorien herabkommend, sich über einen Theil des Territoriums von Mozambique ansdehne, und indem sie ebenfalls und in gleicher Art mit der Annahme von Maassregeln übereinstimmt, welche den Zweck haben, die Waffen- und Munitionslieferung an die Eingeborenen zu verhindern, beeilt dieselbe sich, Euerer Excellenz zu erklären, dass sie mit Vergnügen in Verhandlungen eintreten wird, um die genauen Bedingungen festzustellen, unter denen sich die Mitwirkung, zu welcher sie eingeladen worden ist, zu vollziehen und die zwischen den interessirten Mächten angestrebte Uebereinkunft zum Abschluss zu kommen haben wird.

Nr. 9703. Deutschland. 16. Nov. 1888.

Ich benutze diese Gelegenheit etc.

de Barros Gomes.

An

den Kaiserlich deutschen Gesandten Herrn von Waecker-Gotter.

Nr. 9704. **DEUTSCHLAND.** — Erlass an den Geschäftsträger in Paris. — Aufforderung zur Unterstützung des Blokadeprojektes. [37.]

Berlin, den 10. November 1888.

Die gegenwärtigen Unruhen in Ostafrika, deren Ursprung in einer Reaktion des an dem Sklavenhandel betheiligten Araberthums gegen das Eindringen europäischer Elemente zu suchen ist, haben die Regierungen von Deutschland und England veranlasst, im Einverständniss mit dem Sultan von Zanzibar eine gemeinschaftliche Blokade der festländischen Küste des Sultanats anzuordnen. Diese Blokade verfolgt den Zweck, die Einfuhr von Waffen und Munition in das Innere Afrikas, sowie die Ausfuhr von Sklaven in wirksamer Weise zu

Nr. 9704. Deutschland. 10. Nov. 1888.

Nr. 9704. Deutschland. 10. Nov. 1888. verhindern und dadurch den Sklavenjägern und ihren Verbündeten die Mittel zur Fortsetzung ihres Gewerbes zu entziehen. || Wir behalten uns vor, die Blokade den betheiligten Regierungen zu notifiziren, sobald über den Beginn derselben die amtliche Anzeige seitens der mit der Ausführung betrauten Admiräle des deutschen und englischen Geschwaders auf der ostafrikanischen Station vorliegt. || Euere Hochwohlgeboren ersuche ich ergebenst, hiervon Herrn Goblet Mittheilung zu machen und hinzuzufügen, dass nach unserer Auffassung alle Nationen, welche mit Ernst an dem Werke der Entwickelung einer christlichen Kultur und Gesittung in der europäischen Kolonien in Afrika arbeiten, die gemeinsame Aufgabe haben, dem vordringenden Araberthum und den Gräueln der Sklavenjagden ein Ziel zu setzen. Wir geben uns daher der Hoffnung hin, dass Frankreich es seinen Interessen und civilisatorischen Aufgaben entsprechend finden würde, die Bestrebungen Englands und Deutschlands zur Unterdrückung des afrikanischen Sklavenhandels mit seinem Einfluss und mit seiner Macht zu unterstützen.

Graf von Bismarck.

An
den Kaiserlichen Geschäftsträger Herrn von Schoen,
Paris.

Nr. 9705. DEUTSCHLAND. — Erlass an den Botsch. in Rom. — Dank für die Betheiligung Italiens an der Blokade. [39.]

(Auszug.) Berlin, den 12. November 1888.

Nr. 9705. Deutschland. 12. Nov. 1888. Euerer Excellenz ist bekannt, dass ich während meines Aufenthaltes in Rom im vorigen Monat mit Herrn Crispi auch von unserer Absicht gesprochen habe, uns an die nach Ostafrika Handel treibenden Mächte zu wenden, um durch Verhinderung der Einfuhr von Kriegsmaterial dorthin den aufständischen Arabern die Mittel zur Fortsetzung ihrer Angriffe gegen europäische Niederlassungen und ihrer Sklavenjagden im Innern Afrikas abzuschneiden. Herr Crispi bezweifelte, dass Italien am Waffenhandel nach jenen Gegenden betheiligt sei, äusserte dagegen seine Bereitwilligkeit, italienische Schiffe an einer schärferen Ueberwachung der dortigen Küste behufs Verhinderung der Sklavenausfuhr theilnehmen zu lassen. || Ich hatte demnächst am 14. v. M. im Auftrage des Herrn Reichskanzlers Herrn Crispi unseren vorläufigen Dank für dieses Anerbieten ausgesprochen unter Vorbehalt weiterer Mittheilungen über die aus Anlass der Unruhen in Ostafrika von uns beabsichtigten Maassregeln. || Gleichzeitig war der Kaiserliche Botschafter in London angewiesen, Lord Salisbury von der italienischerseits beabsichtigten Kooperation in Kenntniss zu setzen. Inzwischen ist Graf Launay hier auf diese Angelegenheit zurückgekommen, indem er mir davon Mittheilung machte, dass das auf der ostafrikanischen Station befindliche Kriegsschiff „Dogali" zur Theilnahme an der

von Deutschland und England angeordneten Ueberwachung der ostafrikanischen Küsten bestimmt sei. || Nachdem neueren Mittheilungen aus London zufolge die erforderliche Verständigung zwischen England und Italien erfolgt ist, bitte ich Eure Excellenz, Herrn Crispi unsere Befriedigung hierüber auszusprechen und gleichzeitig unseren Dank für die Unterstützung Italiens in Ostafrika, auf welche wir grosses Gewicht legen, zu wiederholen. Es dürfte sich dabei empfehlen, dass Italien, um volle Bewegungsfreiheit zu haben, sich zunächst, wie es bereits seitens der Kaiserlichen und der Königlich grossbritannischen Regierung geschehen ist, ebenfalls der Zustimmung des Sultans von Zanzibar versichert, insoweit die Absicht vorliegt, Gebiete oder Enklaven Seiner Hoheit auf dem ostafrikanischen Festlande mitzublokiren. || Wir werden, dem Wunsche Italiens entsprechend, den Geschwaderchef auf der ostafrikanischen Station, Admiral Deinhard, anweisen, sich im Einvernehmen mit seinem englischen Kollegen mit dem höchstkommandirenden Officier der italienischen Schiffe behufs Verabredung über die gemeinschaftliche Blokade in Verbindung zu setzen. Wir nehmen dabei an, dass letzterem seitens der italienischen Regierung die gleiche Weisung zugeht.

Nr. 9705. Deutschland. 12. Nov. 1888.

Graf Bismarck.

Seiner Excellenz dem Kaiserlichen Botschafter,
Herrn Grafen zu Solms,
Rom.

Nr. 9706. DEUTSCHLAND. — Bericht des Geschäftsträgers in London. — Verordnung über Waffen- und Pulverhandel im Kongostaate. [40.]

(Auszug.) Brüssel, den 5. November 1888.

Die Regierung des Kongo-Staates beabsichtigt, wie mir der Generaladministrator für die auswärtigen Angelegenheiten, Herr van Eetvelde, mittheilt, in den nächsten Tagen eine Verordnung, betreffend den Waffen- und Pulverhandel, zu veröffentlichen. || Das Verbot, „armes à feu perfectionnées“ — Hinterlader und Gewehre mit gezogenen Läufen — am oberen Kongo einzuführen, besteht bereits seit längerer Zeit. Dieses Verbot soll nunmehr durch das neue Dekret, welches am 1. Januar 1889 in Kraft treten wird, auf das gesammte Gebiet des Kongo-Staates ausgedehnt werden. || Für den oberen Kongo und das Becken des Kassaï wird dagegen jeglicher Waffen- und Pulverhandel untersagt. || Die Regierung des Kongo-Staates verspricht sich von dieser Maassregel für den Fall die besten Erfolge, dass die übrigen an der Niederhaltung der Araber interessirten Staaten diesem Beispiel folgen.

Nr. 9706. Deutschland 5. Nov. 1888.

gez. P. Metternich.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

Nr. 9707. DEUTSCHLAND. — Erlass an den Gesandten in Brüssel. — Aufforderung an den Kongostaat zur Theilnahme an der Blokade. [41.]

(Auszug.) Berlin, den 20. November 1888.

Nr. 9707. Deutschland. 20. Nov. 1888.

Unter Bezugnahme auf den gesandtschaftlichen Bericht vom 5. d. M. ersuche ich Euere Excellenz, Herrn van Eetvelde mitzutheilen, dass der Herr Reichskanzler von dem beabsichtigten Erlass eines Verbotes, betreffend den Waffen- und Pulverhandel nach dem Kongo-Staate, mit Interesse Kenntniss genommen hat. || Euerer Excellenz ist aus früheren Mittheilungen bekannt, dass wir aus Anlass der Unruhen in Ostafrika, welche ihren Ursprung in der Reaktion des am Sklavenhandel betheiligten Araberthums gegen das Eindringen christlicher Elemente haben, mit der englischen Regierung wegen Ergreifung gemeinsamer Repressivmaassregeln in Verhandlungen getreten sind. Die Verhandlungen haben zu dem Ergebniss geführt, dass die Regierungen von Deutschland und England sich entschlossen haben, im Einverständniss mit dem Sultan von Zanzibar eine gemeinschaftliche Blokade der festländischen Küste des Sultanats anzuordnen. Mit dieser Blokade wird der Zweck verfolgt, die Einfuhr von Waffen und Munition in das Innere Afrikas, sowie die Ausfuhr von Sklaven in wirksamer Weise zu verhindern und dadurch den Sklavenjägern und ihren Verbündeten die Mittel zur Fortsetzung ihres Gewerbes zu entziehen. Näheres über die für die Entschliessungen der Kaiserlichen und der Königlich grossbritannischen Regierung maassgebenden Gesichtspunkte wollen Euere Excellenz aus den abschriftlich beigefügten Noten entnehmen*), welche zwischen dem Kaiserlichen Botschafter in London und Lord Salisbury in der Blokade-Angelegenheit gewechselt sind. || Wenn durch die bezeichneten Maassnahmen der Sklavenhandel und die Waffeneinfuhr an der Küste beseitigt werden, so lässt sich gleichwohl nicht verkennen, dass eine völlige Unterdrückung der kulturfeindlichen Bewegung der Araber nur dann zu erreichen ist, wenn die letzteren gleichzeitig verhindert werden, Sklaven aus dem Innern zu beziehen und sich von dort aus mit Kriegsmaterialien zu versehen. In dieser Beziehung würde den vereinigten Bestrebungen Deutschlands und Englands auch seitens der Regierung des Kongo-Staates wirksamer Beistand geleistet werden können. || Was zunächst die Zufuhr von Kriegsmaterialien betrifft, so hat der Waffenhandel vom Kongo-Staate nach den ostafrikanischen Küstengebieten hier eingegangenen Nachrichten zufolge einen sehr erheblichen Umfang gewonnen. Namentlich soll derselbe von einigen holländischen Faktoreien, welche im Kongo-Staate ihren Sitz haben, betrieben werden. Zur Verhinderung dieses Handels ist durch die Eingangs erwähnte Verordnung ein erfreulicher Schritt gethan, wenngleich zu befürchten ist, dass die in dem Verbote gemachte Unterscheidung zwischen dem oberen und unteren Kongo in der Praxis zu Schwierigkeiten Veranlassung geben wird. Neben der Ueberwachung des

---

*) Abgedruckt unter Nr. 9700 und 9701. Anm. d. Red.

Handelsbetriebes der holländischen Faktoreien würde es daher sehr erwünscht sein, den Handel mit Waffen und Munition im Kongo-Staate einstweilen und bis zur Herstellung der Ruhe an der Ostküste ganz zu untersagen. || Was den Sklavenhandel betrifft, so würde es mit Dank erkannt werden, wenn die Regierung des Kongo-Staates energische Maassregeln zur Unterdrückung desselben ergreifen und namentlich darauf ihre Aufmerksamkeit richten würde, die Ausführung von Sklaven durch das Gebiet der grossen Seen nach der ostafrikanischen Küste und durch das Bar-el-Ghasal nach dem Sudan mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu hindern. || Als nützlich würde es sich auch erweisen, wenn der Thätigkeit der arabischen Sendboten, welche den sogenannten heiligen Krieg predigen, im Kongo-Gebiete entgegengetreten würde. || Euere Excellenz ersuche ich ergebenst, das Vorstehende Herrn van Eetvelde mitzutheilen und dabei hervorzuheben, dass es im gemeinsamen Interesse aller Staaten liegt, welche an dem Werke der Entwickelung der christlichen Kultur und Gesittung in Afrika arbeiten, dem vordringenden Araberthum und den Gräueln der Sklavenjagden ein Ziel zu setzen. || Im Hinblick auf diese Gemeinsamkeit der Interessen und auf die hohen civilisatorischen Aufgaben, welche sich die Regierung des Kongo-Staates gestellt hat, gebe ich mich der Hoffnung hin, dass die letztere die im Vorstehenden bezeichnete Mitwirkung zur Bekämpfung der Sklavenjäger und ihrer Verbündeten nicht versagen wird. || Einem baldgefälligen Berichte in der Sache werde ich mit Interesse entgegensehen.

Nr. 9707. Deutschland. 20. Nov. 1888.

Graf Bismarck.

Seiner Excellenz dem Kaiserlichen Gesandten,

Herrn von Alvensleben,

Brüssel.

Nr. 9708. GROSSBRITANNIEN. — Marquis Salisbury an den Gesandten in Brüssel. — Inopportunität der Einberufung einer Konferenz. [143.]

My Lord, Foreign Office, November 24, 1888.

I have to request you to inform Prince de Chimay, that, in the opinion of Her Majesty's Government, the complications which have so suddenly arisen on the mainland coast of Zanzibar render the present moment inopportune for the convocation of a Conference with a view to the suppression of the Slave Trade. Her Majesty's Government trust, that this step, from which so much good may result, is only postponed.

Nr. 9708. Grossbritannien. 24. Nov. 1888

I am, &c.

Salisbury.

Nr. 9709. **KONGOSTAAT.** — Generalverwalter an den deutschen Gesandten in Brüssel. — Bereitwilligkeit des Kongostaates. [42.]

(Uebersetzung.) Brüssel, den 30. November 1888.

Herr Baron!

Nr. 9709. Kongostaat. 30.Nov.1888.

Ich habe die Ehre gehabt, dem Könige und Souverain über die vertrauliche Mittheilung Bericht zu erstatten, welche Euere Excellenz mir im Auftrage der Kaiserlichen Regierung gemacht haben und welche folgenden Inhalt hatte: || 1. Ausser der Ausübung einer strengeren Kontrole über die Handelsfaktoreien, welche im Verdacht stehen, Waffen zu verkaufen, wird gewünscht, dass der Waffenhandel in dem ganzen Gebiet des Unabhängigen Staates des Kongo, soweit es die Umstände erfordern, völlig untersagt werde. || 2. Der Unabhängige Staat des Kongo würde einen grossen Dienst leisten, wenn er energische Maassregeln zur Unterdrückung des Sklavenhandels ergreifen und namentlich die Ausführung von Sklaven durch das Gebiet der grossen Seen nach der Ostküste und durch das Bar-el-Ghasal nach dem Sudan mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln verhindern würde. || 3. Nützlich würde es sein, wenn die Regierung des Unabhängigen Staates des Kongo strenge gegen die arabischen Sendboten einschreiten wollte, welche etwa den Versuch machen, in ihrem Gebiete den heiligen Krieg zu predigen.

Was den ersten Punkt angeht, so laden Euere Excellenz unter Anerkennung dessen, was wir schon gethan haben, uns ein, noch weiter zu gehen. Der Kongostaat ist hierzu geneigt; aber jede Maassregel, welche bezweckt, den Waffenhandel am unteren Kongo zu verhindern, muss, um wirksam zu sein, gemeinschaftlich mit Frankreich und Portugal, die gleichfalls Uferstaaten des Kongo sind, getroffen werden. Meine Regierung will Verhandlungen mit diesen Mächten einleiten, um unsere humanitären Absichten in dieser Beziehung zur Ausführung zu bringen, und zur Sicherung des Erfolges dieser Verhandlungen würde es nützlich sein, wenn die Regierung Seiner Majestät des Kaisers dieselben durch ihre Diplomatie unterstützen wollte. || Einstweilen und für jetzt hat die Regierung des Unabhängigen Kongostaates, um die bereits getroffenen Maassregeln wirksamer zu gestalten, den Befehl gegeben, dass die Fahrzeuge, welche den oberen Kongo, den Oubandji, dessen Nebenflüsse und den Kassaï hinaufgehen, einer möglichst strengen Durchsuchung unterzogen werden, um die Sicherheit zu gewinnen, dass auf denselben weder Waffen noch Munition transportirt werden. || Der zweite Punkt wird ebensowenig von der Regierung des Kongostaates aus dem Auge gelassen werden. Es sind Maassregeln in der Ausführung begriffen, um die Okkupation der Punkte zu sichern, deren Besitz zur Erreichung des von der Kaiserlichen Regierung bezeichneten Zwecks unerlässlich erscheint. Bei dieser Gelegenheit muss ich darauf hinweisen, wie wichtig es für die Sache der Civilisation ist, dass der Kongostaat in den Truppenanwerbungen, welche er ausserhalb der Grenzen seines Gebietes vor-

zunehmen gezwungen ist, nicht gestört und gehindert wird. Ungeachtet der hierdurch entstehenden Kosten sind diese Truppenanwerbungen gegenwärtig noch nöthig, um dem Kongostaate die Erfüllung seiner Aufgaben zu ermöglichen. Die Bestrebungen der Regierung des Kongostaates sind darauf gerichtet, sich dieser beschwerlichen Truppenanwerbungen in fernen Gegenden zu entledigen und in nächster Zeit die öffentliche Macht, deren sie bedarf, in ihren eigenen Gebieten auszuheben; aber gegenwärtig ist sie noch genöthigt, den grösseren Theil derselben mit beträchtlichen Kosten in fernen Gegenden zu gewinnen. || Unter Hinweis auf diese Sachlage bittet der Unabhängige Staat des Kongo zu Gunsten seiner Bestrebungen um das Wohlwollen aller Regierungen, denen die Unterdrückung des Sklavenhandels am Herzen liegt, und insbesondere der deutschen Regierung, welche dem Kongostaate hinsichtlich einer Verständigung über diese Frage Eröffnungen von so hervorragender Wichtigkeit gemacht hat. || Der dritte Punkt endlich wird den Gegenstand von besonderen Maassnahmen bilden, welche darauf abzielen, jede feindliche Kundgebung gegen das Vorgehen oder den Einfluss der Europäer und insbesondere das Predigen eines Kreuzzuges gegen die Weissen zu verhindern. || Indem ich das Vorstehende auf Befehl des Königs und Souverains zur Kenntniss Euerer Excellenz bringe, bin ich beauftragt, der Hoffnung Ausdruck zu geben, dass die Entschliessungen, welche ich darzulegen die Ehre gehabt habe, den Erwartungen der deutschen Regierung hinsichtlich der Kooperation des Unabhängigen Staates des Kongo entsprechen.

Nr. 9709. Deutschland. 30. Nov. 1888.

Ich benutze diese Gelegenheit etc.

Der Generalverwalter || des Departements der auswärtigen Angelegenheiten || Edm. van Eetvelde.

Seiner Excellenz dem Herrn von Alvensleben, || Ausserordentlichem Gesandten und bevollmächtigtem Minister Seiner Majestät des Kaisers von Deutschland.

Nr. 9710. DEUTSCHLAND. — Schreiben d. Kaiserl. Admiralität. — Ankündigung der Blokade. [43.]

Berlin, den 30. November 1888.

Nr. 9710. Deutschland. 30. Nov. 1888.

Euerer Excellenz beehre ich mich ganz ergebenst mitzutheilen, dass der Kontre-Admiral Deinhard mit dem englischen Admiral Fremantle die festländische Küste des Sultanats von Zanzibar in Blokadezustand erklärt hat. Der Wortlaut der Blokadeerklärung ist folgender:

„Auf Befehl unserer Hohen Regierungen und im Namen Seiner Hoheit des Sultans von Zanzibar erklären wir, die kommandirenden Admirale des deutschen und englischen Geschwaders, hiermit die Blokade der ununterbrochenen Küstenlinie des Sultanats von Zanzibar mit Einschluss der Inseln Mafia, Lamu und anderer kleinerer, nahe der Küste liegenden Inseln zwischen

Nr. 9710. Deutschland. 30. Nov. 1888. 10 Grad 28 Minuten und 2 Grad 10 Minuten Süd-Breite. Die Blokade ist jedoch nur gegen die Einfuhr von Kriegsmaterial und Ausfuhr von Sklaven gerichtet. Die Blokade wird in Kraft treten am Mittag des 2. Dezember dieses Jahres. Deinhard. Fremantle."

In Vertretung.
Paschen.

An
den Königlichen Staatsminister und Staatssekretär des Auswärtigen Amts
Herrn Grafen von Bismarck Excellenz
hier.

Nr. 9711. DEUTSCHLAND. — Erlass an die Vertreter Deutschlands bei d. Mächten. — Notifikation der Blokade. [44.]

Berlin, den 4. Dezember 1888.

Nr. 9711. Deutschland. 4. Dez. 1888. Ew. etc. ersuche ich ergebenst, der dortigen Regierung in einer dem anliegenden Entwurfe entsprechenden Note die Verhängung der Blokade über die festländische Küste des Sultanats von Zanzibar mitzutheilen. Einem gefälligen Berichte über die Erledigung dieses Auftrages sehe ich ergebenst entgegen.

Graf Bismarck.

An die Kaiserlichen Botschafter in:
Constantinopel, Paris, St. Petersburg, Rom, Wien, Madrid,
und an die Kaiserlichen Gesandten in:
Brüssel, Kopenhagen, Washington, Haag, Lissabon, Stockholm.

Anlage.

Nachdem die diesseitigen, auf Grund von Verträgen mit dem Sultan hergestellten Niederlassungen auf dem Küstengebiet von Zanzibar durch bewaffnete Schaaren aufständischer Einwohner des Sultanats und der benachbarten Gebiete unter Führung dortiger Sklavenhändler angegriffen worden sind, hat die Regierung Seiner Majestät des Kaisers die Verhängung der Blokade über die betreffenden Küstenstriche für nothwendig erachtet, und nach Verständigung mit der Königlich grossbritannischen Regierung ist die Blokade durch die Befehlshaber des deutschen und des britischen Geschwaders in jenen Gewässern verkündet worden.

Der Unterzeichnete beehrt sich, dem etc. beifolgend den Wortlaut dieser im Reichsanzeiger vom 4. d. M. veröffentlichten Verkündigung mit dem Anheimstellen mitzutheilen, dieselbe zur Kenntniss der betreffenden Kreise bringen zu lassen.

Nr. 9712. **PORTUGAL.** — Dekret der Regierung betr. Eröffnung der Blokade. [151.]

(Uebersetzung.) Marine and Colonial Office, Colonial Department.

Nr. 9712. Portugal. 7. Dec. 1888.

In view of the special circumstances in which the wild regions of the interior of Afrika, as well as those situated close to the eastern coast and to the north of the Province of Mozambique, are placed; || In view of the great advantages which will accrue to the tranquillity and public safety in that province from the prompt termination of a state of anarchy and disorder which threaten to invade the territories appertaining thereto; || In view of the common interest by which the European nations are united in their endeavours to oppose and to put down the slave-dealers who are laying waste the interior of the African Continent by their fatal inroads, destroying whole villages and taking away thousands of lives; || In view, therefore, of the importance on the above grounds, that the introduction of arms and ammunition, which has for a long time been prohibited by a Decree of the Provincial Government in the district of Quilimane, should likewise be stopped at Inhambane and in all the other Custom-houses of the province situated to the north of the same district; || In view, moreover, of the expediency of enacting, conjointly with these several measures which restrict the trade in arms and ammunition, others having for their object to secure either directly or indirectly a greater efficiency for the Portuguese naval action which have for a long time been engaged in bringing about the complete suppression of the Slave Trade; || After having taken the advice of the Consultative Board for the Colonies and of the Council of Ministers, and availing myself of the powers conferred upon me in virtue of the 1st paragraph of the 15th Article of the Additional Act to the Constitutional Charter of the Monarchy of the 15th July, 1852;

I am hereby pleased to decree as follows: —

Article 1. The importation, exportation, re-exportation, and sale of arms and of any kind of war material, are temporarily prohibited in the districts of Cape Delgado, Mozambique, Angoche, Quilimane, Sofála and Inhambane. ||

Art. 2. Any arms or war material at present deposited in the Custom-houses in the above-mentioned districts may be exported or re-exported to any ports except to any Portuguese or foreign ports on the East Coast of Africa situated to the north of Lorenço Marques. || Art. 3. The whole of the ports, bays and roadsteads on the East Coast of Africa, as well as the adjacent islands, are declared in a state of blockade from 10° 28′ south latitude—the mouth of the Rovuma—to 12° 58′—the extreme southern point of the Bay of Pomba—as far as regards the importation of arms and war material and the exportation of slaves. || Art. 4. The provisions of this Decree shall come into force at once in the district of Mozambique, and in the other districts of the province as soon as official information shall have been received there from the seat of the Government-General of the provisions

Nr. 9712. Portugal. 7. Dec. 1888.

contained in this Decree. || Art. 5. Any legislation in opposition thereto is hereby revoked. || The Minister and Sekretary of State for Foreign Affairs and *ad interim* for Marine and Colonies shall accordingly carry this Decree into effect.

Given at the Palace, the 6th December, 1888.

The King.

Henrique de Barros Gomes.

Nr. 9713. DEUTSCHES REICH. — Generalkonsul in Zanzibar an den Reichskanzler. — Bestrafung des Wali von Tanga. [60,45.]

Zanzibar, den 16. November 1888.
Eingegangen in Berlin am 17. December 1888.

Nr. 9713. Deutsches Reich. 16.Nov.1888.

Euerer Durchlaucht habe ich zu berichten die Ehre gehabt, dass Seine Hoheit der Sultan nach dem Angriff der Bevölkerung von Tanga auf S. M. Kreuzer „Möwe" versprochen hatte, die Schuldigen und besonders den Wali von Tanga zur Rechenschaft zu ziehen und zu bestrafen. In voriger Woche war der genannte Wali in Zanzibar. Seine Hoheit fragte darauf bei mir an, ob er ihn nach seinem Wohnort zurückkehren lassen dürfe, um ihn später mit den übrigen Schuldigen zusammen zu bestrafen, oder ob er gleich gegen ihn einschreiten solle. Auf meinen Antrag ist der Uebelthäter verhaftet worden. Mit der Entfernung des Wali aus Tanga fehlt den dortigen Unruhstiftern das Haupt, und es wird leichter glücken, des Aufstandes Herr zu werden. Seine Hoheit schlug mir vor, eine besonders tüchtige und energische Persönlichkeit als Wali nach Tanga zu schicken, womit ich mich gern einverstanden erklärte; durch die Erkrankung des Sultans am Fieber ist der Vorschlag noch nicht zur Ausführung gekommen.

Michahelles.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

Nr. 9714. DEUTSCHES REICH. — Generalkonsul in Zanzibar an den Reichskanzler. — Die Lage im Küstengebiete. [60,46].

(Auszug.)

Zanzibar, den 19. November 1888.
Eingegangen in Berlin am 17. December 1888.

Nr. 9714. Deutsches Reich. 19.Nov. 1888.

Die Besserung, welche nach meinen letzten gehorsamsten Berichten in Dar-es-Salam und Bagamoyo eingetreten war, hat seitdem angehalten. Der Bezirkschef in dem erstgenannten Platze meldet, es wären eine Reihe von Indiern, welche früher ihre Geschäfte in Bagamoyo betrieben, der grösseren Sicherheit halber nach Dar-es-Salam gezogen und Handel und Verkehr seien bereits lebhafter geworden. Die Ruhe ist in dem ganzen Bezirke nicht gestört

worden. Letzteres darf auch von Bagamoyo gesagt werden, durch die Zerstörung von Windi ist der Aufstand in der Umgegend Bagamoyos gebrochen; die ersten Nachrichten über die zu verhängende Blokade haben sodann eine grosse Bestürzung hervorgerufen, und die Bevölkerung leidet gegenwärtig unter allzugrosser Furcht vor den Deutschen. Wie mir der französische Bischof Monseigneur de Courmont erzählte, der wegen Vorbereitung einer Expedition nach dem Kilimandjaro in voriger Woche Bagamoyo besucht hat, hängt zur Zeit die Beruhigung der Stadt davon ab, dass die eine oder andere Karawane, deren mehrere zum Abmarsch in das Innere fertig stehen, wagen würde, die Reise anzutreten; sobald deren Aufbruch in Usagara bekannt wird, sammeln sich die dort versprengten, auf dem Marsche nach der Küste begriffenen Karawanen zur Fortsetzung ihrer Reise und der regelmässige Gang in dem Verkehr zwischen Küste und Hinterland wird wieder hergestellt. Die Nachrichten aus dem Innern lauten günstig, die Unruhen sind auf den schmalen Küstenstrich um Bagamoyo beschränkt geblieben. || In Pangani beginnt es anscheinend ruhiger zu werden, nach Angaben des dortigen Wali, welcher auf kurze Zeit nach Zanzibar gekommen ist, strömen noch hin und wieder Banden der Landbewohner in die Stadt, aber die früheren starken Ansammlungen von Menschen haben aufgehört. Die eigentliche Stadtbevölkerung scheint der Unruhen müde zu werden, da sie durch die Stockung des Handels leidet; eine bedeutende Karawane hat schon unterwegs ihre Route geändert und ist anstatt nach Pangani bei Mombassa an die Küste gekommen. || Ueber die gegenwärtige Stellung des Buschiri ist schwierig Klarheit zu erhalten; er hat gegen einen Inder aus Geldgier Gewalt anwenden wollen und dadurch an Popularität verloren, sodass er die Stadt verlassen und sein Landgut aufgesucht hatte. Nach anderen Nachrichten ist er später nach Pangani zurückgekehrt, und hat geäussert, er werde von dort nach Süden aufbrechen und Sagdani und Bagamoyo insurgiren. Ueber seine Abreise liegen indess keine Nachrichten vor, am 18. Morgens war er noch in Pangani. In den südlichen Hafenplätzen dauert die Unordnung, soweit überhaupt zuverlässige Nachrichten hierher dringen, noch an. Einzelne Araber aus den kleineren Ortschaften sind hier eingetroffen und nach deren Ansicht würde die Ostafrikanische Gesellschaft in Kilwa, Lindi und Mikindani die Zollverwaltung wieder übernehmen können, wenn Indern oder sonstigen Nichteuropäern der Dienst übertragen wird. Es dürfte indess wohl richtiger sein, mit derartigen Versuchen noch einige Zeit zu warten, bis die dortige Bewegung bei dem Mangel an aller Organisation mehr in sich selbst zerfallen sein wird.

Michahelles.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

Nr. 9715. DEUTSCHES REICH. — Generalkonsul in Zanzibar an den Reichskanzler. — Autoritätsbereich der deutsch-ostafrikan. Gesellschaft. [60,47.]

(Auszug.)

Zanzibar, den 28. November 1888.
Eingegangen in Berlin am 24. December 1888.

Nr. 9715. Deutsches Reich. 28.Nov.1888.

Dar-es-Salam und Bagamoyo sind seit dem 15. August d. J. bis auf den heutigen Tag ohne Unterbrechung unter der Verwaltung der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft geblieben. Die Sultansflagge weht in beiden Städten und die dortigen Bezirkschefs üben die Regierungsthätigkeit im Namen Seiner Hoheit aus. Die kleineren Ortschaften zwischen Dar-es-Salam und Bagamoyo, wie Bueni, Kondutschi u. s. w. stehen unter einheimischer Obrigkeit, Walis oder Dorfältesten, welche ihre Instruktionen von den deutschen Bezirkschefs erhalten und sich zur Zeit willig in die neuen Verhältnisse fügen. Die Gesellschaft übt also an dieser Küstenstrecke zwischen den beiden obengenannten Städten eine thatsächliche Autorität aus. Bei der Unterstützung der Kaiserlichen Marine, welche in Dar-es-Salam durch Anwesenheit eines Schiffes im Hafen, in Bagamoyo ausserdem durch zeitweilige Garnisonirung eines Detachements von 20 bis 30 Mann am Lande gewährt worden ist, hat die Gesellschaft mit Negersoldaten ihre Position in beiden Plätzen behauptet. Nach Beginn der Blokade wird die Stationirung beider Schiffe aufhören müssen, der Admiral beabsichtigt aber seine Anordnungen so zu treffen, dass möglichst täglich ein Schiff sich vor Bagamoyo und Dar-es-Salam sehen lässt. S. M. Kreuzer „Möwe“ hat übrigens Dar-es-Salam schon mehrere Male auf ein oder zwei Tage verlassen, ohne dass dadurch eine Beunruhigung in der Bevölkerung hervorgerufen worden wäre, und bei der friedlichen Disposition der Bewohner Usaramos würde es mit den vorhandenen Mitteln nicht schwer halten, die Autorität der Gesellschaft südlich bis an den Rufidschi auszudehnen, so dass dann ein Küstenstrich vom Rufidschi bis an den Kingani unter ihrer thatsächlichen Herrschaft stände. Südlich vom Rufidschi halten die Landbewohner zu den Aufständischen in Kilwa.

Michahelles.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

Nr. 9716. DEUTSCHES REICH. — Generalkonsul in Zanzibar an den Reichskanzler. — Aussicht auf Verständigung mit der Bevölkerung von Pangani. [60,49.]

(Auszug.)

Zanzibar, den 3. December 1888.
Eingegangen in Berlin am 24. December 1888.

Nr. 9716. Deutsches Reich. 3. Dec. 1888.

Euerer Durchlaucht habe ich unter dem 19. v. M.*) zu berichten die Ehre gehabt, dass die Bevölkerung in Pangani der Unruhen müde zu werden anfängt.

*) Abgedruckt unter Nr. 9715. Anm. d. Red.

Die ersten Mittheilungen über den Wechsel in der Stimmung kamen mir durch den dortigen Wali Soliman ben Nasr zu, und sie wurden mir kürzlich von anderer Seite bestätigt mit dem Hinzufügen, ein geeigneter Unterhändler werde wohl eine Verständigung zwischen den Bewohnern und den Deutschen herbeiführen können. Ich liess darauf nochmals den Wali kommen, und da er inzwischen vom Sultan den Befehl erhalten hatte, auf seinen Posten zurückzukehren, so besprach ich mit ihm die Chancen einer friedlichen Vereinbarung; Soliman ben Nasr erklärte seine Bereitwilligkeit, mit den einflussreichen Bewohnern Panganis Besprechungen einzuleiten, deren Wünsche klarzustellen und mir dann Mittheilung darüber zu machen. Als Richtschnur für sein Verhalten habe ich ihm angegeben, dass der Küstenvertrag die Grundlage für jede Verständigung bilden müsse und er von vornherein etwaigen unmöglichen Forderungen, wie z. B. Ausschluss aller Europäer aus Pangani oder dergleichen, entgegenwirken möchte. || Bleiben die Anträge der Panganileute in vernünftigen Grenzen, so würde ich empfehlen, ihnen gern, besonders in Personenfragen, entgegenzukommen, um auf friedlichem Wege ein Einvernehmen herzustellen.

Nr. 9716. Deutsches Reich. 3. Dec. 1888.

Michahelles.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

Nr. 9717. **DEUTSCHES REICH.** — Generalbevollmächtigter der deutsch-ostafrikan. Gesellschaft an seine Direction. — Ursachen der abwartenden Haltung der Generalvertretung in Zanzibar. [60,50.]

(Auszug.) Zanzibar, den 13. November 1888.

Verschiedene Unterredungen, welche ich mit Soliman ben Nasr, dem interimistischen Wali des Sultans in Pangani, der sich zur Zeit hier befindet, sowie mit Abdul Kadar, einem einflussreichen Araber und Sklavenhändler von Lindi, und einem gewissen Abdurrhaman von Lindi hatte, lassen vermuthen, dass der Wunsch nach Frieden bei den Aufständischen oder besser gesagt bei den Urhebern des Aufstandes, den Arabern, sich immer mehr bemerkbar macht und dass man gern zu einem Arrangement käme; doch müsste ihrer Ansicht nach eine Initiative hierzu von uns ergriffen werden. || Der Sultan erscheint ihren Berichten gemäss bereit, sich an unseren Bemühungen zu betheiligen. Man glaubt arabischerseits annehmen zu dürfen, die Gesellschaft würde sich mit der Verwaltung der Zölle durch Inder an der Küste zufrieden geben, sich mit einer Oberaufsicht durch monatliche Inspektionen begnügen und die ganze Verwaltung in der Zollstation Zanzibar zentralisiren. Würde die Gesellschaft auf einen derartigen Vorschlag eingehen und, wie der Sultan und meine Gewährsmänner meinen, vorläufigen Verzicht auf die übrigen durch

Nr. 9717. Deutsches Reich. 13. Nov. 1888.

Nr. 9717. Deutsches Reich. 13. Nov. 1888.

den Vertrag ihr übertragenen Rechte leisten, so stände der Retablirung des Friedens nichts mehr im Wege und die Gesellschaft würde als Verwalterin der Zollgefälle von den Bewohnern der Küste anerkannt werden. Ich halte es für meine Pflicht, diese Ansichten zur Kenntniss der Gesellschaft zu bringen, da sie von neuem zeigen, wie sehr die Araber sich bewusst sind, den ganzen Aufstand in Händen zu haben, und wie es einzig von ihnen abhängt, denselben beizulegen. Sie wollen freie Hand behalten für ihren Sklavenhandel und die Ausbeutung der Schwarzen, wollen den Handel in ihren und der Inder Händen monopolisirt erhalten, und sobald diese Desiderata erreicht sind, tritt das freundschaftliche Verhältniss zur deutschen Gesellschaft wieder ein und erzeigt sich all' der sogenannte religiöse Fanatismus als das, was er von Anfang an war, eine Finte, um die wahren Ursachen des Aufstandes zu verdecken, als ein Vorwand, die Negervölker zum Aufstand gegen die Gesellschaft zu veranlassen. || Unter allen Umständen ist es nöthig, dass, ehe irgend etwas von der Generalvertretung unternommen wird, um eine Einigung mit dem Sultan und der Küstenbevölkerung zu erzielen, sie genau von den Ansichten und Wünschen der Direktion in Berlin unterrichtet wird, dass ein klares Programm vorliegt; dann, nur dann, ist es möglich, in Verhandlungen sich einzulassen, wenn zielbewusst gearbeitet werden kann. Vorschläge zu machen oder auf Vorschläge des Sultans oder der Aufständischen vor dem Eintreffen definitiver Nachrichten über die Auffassung der Situation und Prüfung meiner Anträge in Berlin einzugehen, wäre verfrüht, und würden künftige Verhandlungen nothwendigerweise durch solche verfrühte Abmachungen ungünstig beeinflusst werden. || So ist für die Generalvertretung die vorläufige Beibehaltung des *status quo* geboten und muss sich ihre Thätigkeit auf die Zollverwaltung und die Administration der beiden Plätze Dar-es-Salam und Bagamoyo auf Grundlage des Vertrages bis auf Weiteres beschränken. Aufständische Chefs und einflussreiche Persönlichkeiten zur Erlangung zweifelhafter Vortheile für ihre eventuelle Unterstützung durch Bestechung zu gewinnen oder missliebige Personen aus dem Wege räumen zu lassen, kann und wird ihre Politik nicht sein, zumal nicht bei ihrer, der Generalvertretung, Auffassung von der Verantwortlichkeit des Sultans für die Vorfälle, seine Theilnahme am Aufstande selbst, sowie bei dessen Abneigung, seinen Vertragsverpflichtungen nachzukommen. Ferner ist es, ohne eine klare Einsicht in die Politik zu haben, welche das Reich durch den Generalkonsul hier verfolgen lässt, für die Gesellschaftsvertretung überhaupt unmöglich, irgend etwas vorzunehmen. Sie müsste sich dazu verstehen, sich dem Generalkonsul ohne irgend welche Garantien des Reichs als blindes, willfähriges Werkzeug in die Hände zu liefern und mit sich geschehen zu lassen, was seinem Sinne ansteht. Sie müsste es zugeben, sich eventuell einfach bei Seite geschoben zu sehen, falls er sich verspekulirt oder es der Regierung nicht mehr behagt. Das kann sie nicht. Sie kann nur dann ihre Thätigkeit wieder aufnehmen, nachdem eine Einigung zwischen der Regierung und der Gesellschaft über die Weiterentwickelung der deutschen

Kolonialpolitik, deren Trägerin sie bis heute war, erzielt und festes und klares Programm niedergelegt ist.

Nr. 9717. Deutsches Reich. 13. Nov. 1888.

Hochachtungsvollst
Der Generalbevollmächtigte
Ernst Vohsen.

An
die Direktion der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft || in Berlin.

Nr. 9718. **DEUTSCHES REICH.** — Staatssekretär d. Aeuss. an den Gesandten in Lissabon. — Einverständniss mit den portugies. Maassnahmen gegen den Sklavenhandel. — [60,51.]

Berlin, den 27. November 1888.

Nr. 9718. Deutsches Reich. 27. Nov. 1888.

Euere Hochwohlgeboren habe ich bereits beauftragt, der Königlichen Regierung unseren Dank auszusprechen für die Bereitwilligkeit, mit welcher sie unserem Antrage entsprochen hat, sich an den Maassregeln zur Unterdrückung des Sklavenhandels und zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung in Ostafrika zu betheiligen. || Die in der Note des Herrn de Barros Gomes vom 16. d. M.*) ausgesprochene Absicht Portugals, eine Blokade über die südlich vom Sultanat von Zanzibar gelegenen Küstendistrikte der Kolonie Mozambique zu erklären und durch eigene Schiffe auszuüben, entspricht der Auffassung der Kaiserlichen Regierung. Desgleichen haben wir gern Akt davon genommen, dass Portugal bereit ist, durch geeignete Maassregeln die Waffen- und Munitionslieferung an die Eingeborenen Afrikas von der Provinz Mozambique aus zu verhindern. Wir würden es für nützlich halten, wenn diese letzteren Maassregeln sofort in Kraft gesetzt würden, um weitere Zufuhren von Kriegsmaterial an die arabische Bevölkerung zu verhindern. Was die Blokade der Küste des Sultanats von Zanzibar betrifft, so behalten wir uns vor, die Königlich Portugiesische Regierung von dem Datum des Beginns und von der territorialen Ausdehnung in Kenntniss zu setzen, in der Erwartung, dass gleichzeitig auch für die benachbarte portugiesische Küste die Blokadeerklärung erfolgt. || Wir haben die Königlich Grossbritannische Regierung sofort nach Eingang der Note des Herrn de Barros Gomes vom 16. d. M. von unserer Uebereinstimmung mit der portugiesischen Auffassung in Kenntniss gesetzt und nehmen an, dass auch das Londoner Kabinet eine zustimmende Erklärung in Lissabon abgeben wird.

Graf Bismarck.

Seiner Hochwohlgeboren dem Kaiserlichen Gesandten || Herrn Freiherrn von Waecker-Gotter, || Lissabon.

*) Abgedruckt unter Nr. 9703. Anm. d. Red.

6*

Nr. 9719. **PORTUGAL.** — Königliches Dekret. — Erklärung des Blokadezustandes über den nördl. Theil des portug. Besitzes in Ostafrika. [60,52.]

(Uebersetzung.)

Artikel 1.

Nr. 9719. Portugal. 6. Dec. 1888.

Die Einfuhr, Ausfuhr, Wiederausfuhr und der Verkauf von Waffen und jeder Art von Kriegsmunition wird provisorisch in den Distrikten von Cabo Delgado, Mozambique, Angoche, Quilimane, Sofala und Inhambane verboten.

Artikel 2.

Die Waffen und Kriegsmunitionen, welche sich in den Zollämtern der genannten Distrikte in Depot befinden, dürfen nach anderen Plätzen ausgeführt oder wiederausgeführt werden, ausgenommen nach den portugiesischen oder fremdländischen Häfen, welche an der Ostküste Afrikas nördlich von Lourenço Marques gelegen sind.

Artikel 3.

Seitens der portugiesischen Seestreitkräfte der betreffenden Division werden, was die Einfuhr von Waffen und Kriegsmunition sowie die Ausfuhr von Sklaven betrifft, in Blokadezustand erklärt alle Häfen, Buchten und Ankerplätze der Ostküste von Afrika, sowie die anliegenden Inseln vom 10. Grad 28 Minuten südlicher Breite, der Mündung des Rovuma, an bis zum 12. Grad 58 Minuten, der äussersten Südspitze der Pembabucht.

Artikel 4.

Die Bestimmungen dieser Verordnung treten in Kraft im Distrikt von Mozambique sofort und in den übrigen Distrikten der Provinz, sobald deren Inhalt von dem Sitze des General-Gouvernements aus so schnell als möglich zur officiellen Kenntniss gebracht sein wird.

Artikel 5.

Entgegenstehende gesetzliche Bestimmungen sind aufgehoben.

Der Minister und der Staatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten, welcher auch mit der Leitung des Departements der Marine und der überseeischen Besitzungen beauftragt ist, hat sich hiernach zu richten und die Ausführung anzuordnen.

Gegeben im Palast, den 6. December 1888.

Der König.
Henrique de Bårros Gomes.

Nr. 9720. DEUTSCHES REICH. — Staatssekretär d. Aeuss. — Aufzeichnung über eine Unterredung mit dem königlich italienischen Botschafter in Berlin. [60,53.]

Berlin, den 7. December 1888.

Nr. 9720. Deutsches Reich. 7. Dec. 1888.

Graf Launay theilte hier heute mündlich mit, dass nach einem Telegramm seiner Regierung der Kommandant des italienischen Kriegsschiffes in Zanzibar am 5. d. M. im Namen des Sultans und im vollkommenen Einverständniss mit dem deutschen und englischen Admiral die Erklärung einer Blokade über die festländische Küste des Sultanats von Zanzibar erlassen hat. Herr Crispi wird diese Erklärung im italienischen Staatsanzeiger veröffentlichen lassen.

Graf Bismarck.

Nr. 9721. DEUTSCHES REICH. — Staatssekretär d. Aeuss. an den Gesandten in Brüssel. — Danksagung an den Kongostaat für Unterstützung der Unterdrückung des Sklavenhandels. [60,54.]

Berlin, den 7. December 1888.

Nr. 9721. Deutsches Reich. 7. Dec. 1888.

Euere Excellenz ersuche ich ergebenst, in Erwiderung auf das gefällige Schreiben vom 1. d. M.*) Herrn van Eetvelde unseren Dank auszudrücken für die Bereitwilligkeit, mit welcher die Regierung des Kongostaates unseren Wünschen wegen Betheiligung an den internationalen Maassregeln zur Unterdrückung des Sklavenhandels und Verhinderung der Zufuhr an Kriegsmaterial nach Ost- und Centralafrika entsprochen hat. Wir verkennen nicht, dass das Verbot der Einfuhr von Pulver und Waffen auf der Wasserstrasse des Kongo nur dann volle Wirksamkeit erzielen kann, wenn dasselbe auch auf die Besitzungen Frankreichs und Portugals am unteren Kongo ausgedehnt wird. Ich habe deshalb, entsprechend der Anregung in der Note des Herrn van Eetvelde vom 30. v. M., die kaiserlichen Vertreter in Paris und Lissabon angewiesen, die Aufmerksamkeit der dortigen Regierungen auf diese Frage zu lenken und die in Aussicht gestellten Anträge der Regierung des Kongostaates zu unterstützen. || Euere Excellenz wollen Sich in diesem Sinne Herrn van Eetvelde gegenüber aussprechen.

Graf Bismarck.

Seiner Excellenz dem kaiserlichen Gesandten
Herrn von Alvensleben.
Brüssel.

---

*) Thatsächlich vom 30. Nov.; abgedruckt unter Nr. 9709. Anm. d. Red.

Nr. 9722. **DEUTSCHES REICH.** — Staatssekretär d. Aeuss. an den Botschafter in Paris und den Gesandten in Lissabon. — Auftrag zur Unterstützung der Anregung des Kongostaates, betreffend das Verbot des Waffenhandels. [60,55.]

Berlin, den 7. December 1888.

Nr. 9722. Deutsches Reich. 7. Dec. 1888.

Aus Anlass der Unruhen in Ostafrika hatten wir auch die Regierung des Kongostaates zur Mitwirkung an den Maassregeln behufs Unterdrückung des Sklavenhandels und der Zufuhr von Kriegsmaterial aufgefordert. Die uns in Folge dessen zugegangene Antwort des Herrn van Eetvelde vom 30. v. M. füge ich zu Euer etc. gefälliger Kenntnissnahme in Abschrift ergebenst bei. Wie sich aus derselben ergiebt, ist die Kongoregierung bereit, unserem Ersuchen zu entsprechen und sowohl gegen die Sklavenjagden als gegen die Zufuhren von Waffen und Pulver an die arabische Bevölkerung Centralafrikas geeignete Vorkehrungen zu treffen. In letzterer Beziehung hält dieselbe jedoch den Erlass ähnlicher Bestimmungen seitens Frankreichs und Portugals für die am Kongo gelegenen Besitzungen dieser Staaten für erforderlich, um den gewollten Zweck zu erreichen, und wünscht, dass die Schritte, welche sie in dieser Hinsicht in Paris und Lissabon zu thun beabsichtigt, von uns unterstützt werden. || Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass ein einseitig vom Kongostaat erlassenes Verbot bezüglich der Einfuhr von Pulver und Waffen unwirksam bleiben und die Folge haben würde, den Handel in die angrenzenden Besitzungen Frankreichs und Portugals hinüberzulenken. || Euere etc. ersuche ich daher ergebenst, diese Angelegenheit unter Anknüpfung an die vom Kongostaat getroffenen Maassregeln bei der dortigen Regierung zur Sprache zu bringen und dabei auf die Leichtigkeit hinzuweisen, welche die Wasserstrasse des Kongo gewährt, um die innerafrikanischen Gebiete und die in denselben ansässigen afrikanischen Sklavenhändler mit Kriegsmaterial zu versorgen.

Graf Bismarck.

1. Seiner Excellenz dem kaiserlichen Botschafter || Herrn Grafen zu Münster, || Paris.
2. Seiner Hochwohlgeboren dem Kaiserlichen Gesandten || Herrn Freiherrn von Waecker-Gotter, || Lissabon.

Nr. 9723. **DEUTSCHES REICH.** — Botschafter in Paris an den Min. d. Aeuss. — Günstige Antwort der franz. Regierung auf die Anregung des Kongostaates. [60,56.]

Paris, den 12. December 1888.

Nr. 9723. Deutsches Reich. 12. Dec. 1888.

In Gemässheit des mir ertheilten Auftrags habe ich heute bei Herrn Goblet die von der Regierung des Kongostaates theils bereits getroffenen, theils

beschlossenen Maassregeln zur Verhinderung der Zufuhr von Waffen und Munition an die arabische Bevölkerung Centralafrikas zur Sprache gebracht und auf das Interesse hingewiesen, welches darin liege, dass Frankreich in seinen Kongobesitzungen ähnliche Vorkehrungen treffe. || Herr Goblet sagte mir, er habe die Anregung der Kongoregierung vor drei Tagen erhalten und derselben vorläufig eine günstige Antwort in Aussicht gestellt.

Nr. 9723. Deutsches Reich. 12. Dec. 1888.

Münster.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

Nr. 9724. **DEUTSCHES REICH.** — Staatssekretär d. Aeuss. an den Botschafter in Wien. — Dank an die k. k. Regierung für ihre Anordnungen, betreffend Ostafrika [60,57.]

Berlin, den 7. December 1888.

Euere Durchlaucht ersuche ich ergebenst, dem Grafen Kálnoky unseren Dank auszusprechen für die Anordnungen, welche auf Veranlassung des dortigen Ministeriums des Aeussern wegen der Verschiffung von Waffen nach ostafrikanischen Plätzen und wegen schärferer Ueberwachung bei heimlichen Sklaventransporten erlassen sind. Wir erkennen in dieser spontanen Entschliessung der kaiserlichen Regierung eine werthvolle Unterstützung der Blokademassregeln, welche wir in Gemeinschaft mit England an der ostafrikanischen Küste ergriffen haben, um den kulturfeindlichen Bestrebungen der Skavenhändler entgegenzutreten.

Nr. 9724. Deutsches Reich. 7. Dec. 1888.

Graf Bismarck.

Seiner Durchlaucht dem kaiserlichen Botschafter Prinzen Reuss, || Wien.

Nr. 9725. **ITALIEN.** — Mittheilung des italienischen „Staatsanzeigers". — Theilnahme Italiens an der Blokade in Ostafrika. [60,58.]

(Uebersetzung.) Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

Es wird bekannt gemacht, dass dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten am 5. des laufenden Monats ein Telegramm des Königlichen Konsuls Cecchi, Seiner Majestät ausserordentlichen Abgesandten in Zanzibar, zugegangen ist, in welchem angezeigt wird, dass der Kommandant des königlichen Schiffes „Dogali" die zwischen dem Kap Delgado und Witu belegene Ostküste des Sultanats von Zanzibar von 2° 10′ bis 10° 28′ südlicher Breite, einschliesslich der Inseln Mafia und Lamu sowie der kleineren an der Küste liegenden Inseln, in Blokadezustand erklärt hat. || Die Wirkungen der Blokade sind auf das Verbot des Sklavenhandels und des Handels mit Waffen und Kriegsmunition beschränkt. || Die von dem deutschen und englischen Geschwader bereits erklärte Blokade ist von denselben am Mittag des 2. December

Nr. 9725. Italien. 19. Dec. 1888.

Nr. 9725. Italien. 19. Dec. 1888.

in Kraft gesetzt; seitens des königlichen Schiffes „Dogali“ ist die Inkraftsetzung der Blokade erfolgt, unmittelbar nachdem die Erklärung derselben seitens des Kommandanten erlassen war.

Rom, den 19. December 1888.

Nr. 9726. DEUTSCHES REICH. — Gesandter im Haag an den Reichskanzler. — Maassnahmen Hollands gegen die Waffenausfuhr nach Afrika. [60,59.]

(Auszug.) Haag, den 7. Januar 1889.

Nr. 9726. Deutsches Reich. 7. Jan. 1889.

Euerer Durchlaucht beehre ich mich gehorsamst zu melden, dass der hiesige Ministerrath, angesichts der von der kaiserlichen Regierung ausgesprochenen bezüglichen Wünsche, beschlossen hat, die zur Verhinderung der Ausfuhr von Waffen und Munition aus niederländischen Häfen nach der ostafrikanischen Küste und dem Kongo erforderlichen Maassnahmen anzuordnen. || Zu diesem Zweck ist der Entwurf eines königlichen Dekrets vorbereitet und in Begleitung eines ausführlichen Motivenberichts dem König zur Genehmigung und Unterzeichnung nach Schloss Loo übersandt worden.

Saurma.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

Nr. 9727. DEUTSCHES REICH. — Botschafter in London an den Reichskanzler. — Vertreibung der christlichen Missionare in Uganda. [76,61.]

London, den 12. Januar 1889.

Nr. 9727. Deutsches Reich. 12. Jan. 1889.

Gestern über Zanzibar hier eingelaufene Nachrichten melden die Vertreibung der christlichen Missionare aus dem von Stanley eingehend beschriebenen Königreiche Uganda am Nordende des Viktoria-Nyanza-Sees. Die Missionare, welche zwar mit dem Leben davongekommen sind, gehören theilweise der englischen *Church Mission* an, theils sind sie Franzosen; alle haben sich nach Usambiro am Südende des vorgenannten Sees zurückgezogen, nachdem die zahlreichen für Stanley und Emin-Pascha bei ihnen eingelaufenen Briefe von den Rebellen vernichtet worden waren. Die in Msalala auf Stanleys Wunsch für ihn aufgespeicherten Vorräthe scheinen intakt zu sein. || In den zahlreichen Kommentaren der hiesigen Blätter wird die Bewegung einstimmig als von den arabischen Sklavenhändlern ausgehend betrachtet, welche König Kiwewa, der den Christen einflussreiche Stellungen verliehen habe, in ihre Gewalt bekommen hätten. Als Beweis für das Umsichgreifen der islamitischen Bewegung in Zentralafrika wird das angebliche Faktum angeführt, dass sich im Lager Osman Digma's Eingeborene aus Sierra Leone vorgefunden hätten. Ausserdem sei zu befürchten, dass direkte Nachrichten von den vielbesprochenen beiden For-

schern auf ihrem Wege nach der Ostküste schon seit längerer Zeit in Uganda aufgehalten worden seien. || Ein französischer Priester, Père Lonedel, hatte in einem in der „Times" vom 9. November v. J. veröffentlichten Briefe die Ueberzeugung ausgesprochen, dass in Uganda, das er eben verlassen hatte, ein weitgehender Eroberungsplan arabischerseits vorbereitet werde und dass die Vertreibung der Missionare einer der ersten Schritte hierzu sein werde. Die Feindschaft des grausamen und kinderlosen Vorgängers von Kiwewa, des Königs Mwanga, gegen das Christenthum habe zahlreiche arabische Händler nach Uganda gelockt, welche die Anstifter der gegenwärtigen Bewegung geworden zu sein scheinen. Dieselben haben ein Schreiben gesandt, in welchem sie in höhnischer Sprache die Vernichtung aller Missionsstationen verheissen und als Grund hierfür die englische Propaganda gegen die Sklaverei angeben. || Von den anderen englischen Missionen in Centralafrika lauten die Nachrichten bis zum Weihnachtstage befriedigend.

Nr. 9727. Deutsches Reich. 12. Jan. 1889.

Hatzfeldt.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

Nr. 9728. DEUTSCHES REICH. — Bezirkschef in Dar-es-Salam an die Generalvertretung der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft. [76,62.]

Dar-es-Salam, den 28. December 1888.
Eingegangen in Berlin am 20. Januar 1889.

Der Generalvertretung der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft in Zanzibar beehre ich mich mitzutheilen, dass, wahrscheinlich in Folge der Blokade hier, Unruhen in grösserem Maassstabe ausgebrochen sind. Räuberische Aufständische, welche in der Nacht vom 23. zum 24. December in Dar-es-Salam eingedrungen waren, wurden von unseren arabischen Askaris unter Führung des Herrn Borenstein, der die Wache hatte, bei einem Einbruche in ein Inderhaus überrascht und verjagt. Die geraubten Waaren sowie einige Speere und eine Streitaxt wurden den Aufständischen abgenommen; indess erhielt einer unserer arabischen Soldaten einen nicht unerheblichen Axthieb auf den Kopf. Am heiligen Abend wiederholte sich das Scharmützel. Es war mir schon Nachmittags mitgetheilt, dass die Aufständischen etwas im Schilde führten und dass sie in der Nacht sich im Dorfe Bagamoyo bei Dar-es-Salam zum Angriffe sammeln würden. Gegen 9 Uhr sandte ich eine Patrouille zur Feststellung der Thatsachen hin, welche auch bald mit den Aufständischen in ein Gefecht gerieth. Nach einem kurzen Handgemenge flohen die Aufständischen, etwa fünfzig Mann stark, unter Zurücklassung einiger Gewehre und Pulverhörner. Ob auf Seiten der Aufständischen Verluste stattgefunden haben, ist nicht bekannt. Auf unserer Seite erhielt ein Askari einen Speerstich ins Bein. Auf die Meldung der Patrouille schossen wir einige Granaten hinter den ab-

Nr. 9728. Deutsches Reich. 28. Dec. 1888.

Nr. 9728. Deutsches Reich. 28. Dec. 1888.

ziehenden Aufständischen her, welche bewirkten, dass die Flüchtigen nach allen Seiten auseinanderstoben. Einer unserer Leute, der bei dem Gefecht versprengt und gefangen mit fortgeführt wurde, erhielt hierdurch Gelegenheit, zu entschlüpfen. Er kam mit auf dem Rücken gefesselten Armen wieder hier an. Vorläufig beschränken sich die Aufständischen darauf, alle Leute, die ihnen in die Hände fallen, fortzuführen und als Sklaven in Konduchi zu verkaufen. Täglicher Meldungen zufolge sollen sie jedoch im Begriffe sein, die Station Dar-es-Salam mit Waffengewalt anzugreifen. Wie mir soeben von dem Araber Abdallah, Onkel von Tippu-Tip, welchen ich als Richter in Umbuamadji eingesetzt habe, brieflich mitgetheilt ist, stehen an der Spitze der Aufständischen der ausgewiesene Akyda Salamini von Dar-es-Salam sowie die ehemaligen Liwaly von Kisigu und Kikunja, sowie mehrere Sklavenhändler aus Kilwa. Die beiden Liwaly sollen geäussert haben, sie seien gezwungen, die Sache zu irgend einem Ende zu führen, da sie seit Monaten ohne Unterhalt seien. Wenngleich sich auch jetzt der Sultan Kauamba von Mikindu, die wichtigste Persönlichkeit in der Umgegend, geweigert hat, sich an dem Unternehmen gegen Dar-es-Salam zu betheiligen, so erscheint die Sache doch nicht unbedenklich, da sich eine Menge Gesindel aus Kilwa, Konduchi und anderen Küstenstädten hier in der Nähe herumtreibt. Auf mein Gesuch um Unterstützung hat Herr Admiral Deinhard eingewilligt, dass S. M. S. „Möwe“ von Zeit zu Zeit hier einige Tage verbleibe. Und demzufolge ist heute Morgen das Kriegsschiff in den Hafen eingelaufen. Wenngleich eine wirkliche Gefahr mir nicht vorzuliegen scheint, so ist doch nicht zu verkennen, dass diese fortdauernden Unruhen auf den Handel, wie auf das Gedeihen der Stadt Dar-es-Salam lähmend einwirken. Sowohl Inder wie Araber, sofern letztere nicht zu den Askaris gehören, befinden sich permanent auf der Flucht, und der Gerüchte und Hiobsposten ist kein Ende.

A. Leue.

Nr. 9729. DEUTSCHES REICH. — Bericht des kaiserl. Kommissars für Ostafrika (Wissmann) an den Reichskanzler. — Ankunft in Zanzibar. [44,1*.]

Zanzibar, den 3. April 1889.
Eingegangen in Berlin den 24. April 1889.

Nr. 9729. Deutsches Reich. 3. April 1889.

Euerer Durchlaucht erlaube ich mir gehorsamst zu melden, dass ich am 31. vorigen Monats hier eingetroffen bin. || Seine Hoheit der Sultan empfing mich mit Fahnenparade und Salutfeuer und versprach im Laufe der Unterhaltung, sofort alle mit ihm noch in Verbindung stehenden Autoritäten auf dem Festlande anzuweisen, meinen Anordnungen zu gehorchen. Mit Herrn Ad-

*) Die folgenden Aktenstücke gehören der V. Session der 7. Legislaturperiode des Reichstages an. Berichte rein kriegsgeschichtlichen Inhalts sind nicht aufgenommen worden. A. d. Red.

miral Deinhard und dem mir in jeder Beziehung entgegenkommenden Vertreter der Ostafrikanischen Gesellschaft, Herrn von St. Paul, gehe ich heute an Bord des Flaggschiffes nach der Küste, um die Orte „Dar-es-Salam", „Bagamoyo", „Pangani" und „Tanga" zu besuchen, den Befehl an der Küste zu übernehmen und mit der Marine und der Ostafrikanischen Gesellschaft alle nöthigen Maassnahmen zu vereinbaren. || Den beim englischen Generalkonsul officiell versammelten Repräsentanten der britischen Unterthanen auf der Insel und an der Küste habe ich mitgetheilt, dass sie in dem mir unterstellten Gebiete stets auf meinen Schutz rechnen könnten, während ich von ihnen erwarte, dass sie mir in jeder Beziehung zur baldmöglichsten Wiederherstellung geordneter Verhältnisse sowie des Karawanenhandels behülflich sein würden. Die englischen Behörden haben sich erboten, alle, britische Unterthanen betreffenden Streitfragen mit mir persönlich zu erledigen; ebenso hat mir der englische Admiral Entgegenkommen gezeigt. || Hier ist ein Haus für meinen hiesigen Vertreter und als Absteigequartier für die von der Küste hierher kommenden Europäer meiner Schutztruppe und ein Hospital eingerichtet. || In Dar-es-Salam und Bagamoyo wird an den Befestigungen gebaut. || Das Belagerungscorps vor Dar-es-Salam hat sich zerstreut, ermüdet durch stets erfolglose Angriffe.

Nr. 9729. Deutsches Reich. 3. April 1889.

Wissmann.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

Nr. 9730. **DEUTSCHES REICH.** — Bericht Wissmann's an den Reichskanzler. — Verhältnisse an der Küste. Anhang: Vereinbarung mit dem Generalvertreter der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft. [44,2.]

Bagamoyo, den 1. Mai 1889.
Eingegangen in Berlin den 22. Mai 1889.

Auf der Euerer Durchlaucht bereits gehorsamst gemeldeten Recognoscirungsfahrt mit Herrn Admiral Deinhard fand ich in Bagamoyo die Befestigungsarbeit schon weit vorgeschritten. In Dar-es-Salam war erst mit gleicher Arbeit begonnen; jedoch ist der Ort durch die Nähe des Ankerplatzes S. M. S. „Carola" gesichert. || In Pangani war noch an dem Morgen meines Besuches auf die Dampfpinasse geschossen worden. Grosse Menschenmassen hatten sich vor dem Orte versammelt, scheinbar einen Angriff erwartend; die in der Einfahrt angebrachten Befestigungen waren besetzt. Auffallend war es, trotz dieser Verhältnisse die Dhaus ruhig ein- und auspassiren zu sehen. In Tanga, dem bei weitem unbedeutendsten Punkt, zeigten sich ebenfalls Bewaffnete, die aufmerksam den Bewegungen des Schiffes folgten. Saadani, jetzt von vielen

Nr. 9730. Deutsches Reich. 1. Mai 1889.

Nr. 9730. Deutsches Reich. 1. Mai 1889.

Aufständischen besetzt, ist mit einer guten Palissaden-Enceinte befestigt. || Herr Admiral Deinhard hatte bis zu meiner Ankunft mit Buschiri einen Waffenstillstand geschlossen, und Buschiri hatte Bedingungen gestellt, unter denen er Frieden schliessen wollte. || Ich nahm, da ich noch nicht schlagfertig war, den Waffenstillstand an, liess jedoch Buschiri zugleich sagen, dass ich mit ihm nur als Rebellen verkehren würde und seine Friedensbedingungen zurückweise. Diese Bedingungen waren derartig, dass man sie nur mit dem Namen „lächerlich“ belegen kann. Abgesehen davon, werde ich mich gegen weitere Vorschläge von Buschiri schroff stellen, da ich mir von einem erfolgreichen Schlage gegen denselben mehr verspreche, als von einem noch so günstigen Frieden. Buschiri hat denn auch bald den Waffenstillstand gebrochen, indem er einen meiner Leute im Vorterrain abgefangen hat und mir denselben mit abgehauenen Händen nach Salaams zurückgesandt hat. || Die Bestrafung zweier Leute mit dem Tode durch Hängen, die speciell in dieser Angelegenheit Verräther waren und der Spionage überführt sind, habe ich auf Bitten der englischen Behörde in Zanzibar aufgeschoben, bis zur erfolgten Auslieferung der in Buschiris Gewalt befindlichen Missionare von Mamboia. || Die Missionare in der Hand von Buschiri sind für mich geradezu Daumschrauben. || Ich habe den französischen Missionaren mitgetheilt, dass sie sich in den Schutz meiner Befestigung oder nach Zanzibar begeben möchten und dass ich, falls sie das nicht thäten, jede Verantwortlichkeit ablehne. Sollte jedoch Buschiri, der die französische Mission immer noch als neutral anerkennt, auch gegen diese Feindseligkeiten beginnen, so werde ich den Missionaren den Befehl geben, die Küste zu verlassen. || Den englischen Missionaren in Mpwapwa und weiter im Innern steht der von der Bewegung vollständig unberührte Weg durch das Massailand südlich vom Kilima-Ndscharo und nach Witu offen, und ich habe den Rath ertheilt, diesen Weg, der auch von den beiden Angestellten der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft genommen ist, zu wählen. — Am 28. v. M. überfiel Buschiri ein $2^1/_2$ km südlich von Bagamoyo gelegenes Dorf Kaule, dessen Schech und Aelteste (Belutschen) ich als verdächtig in Gewahrsam hatte. Die Bewohner des Dorfes hatten Zeit, sich durch Flucht zu retten, und haben sich unter dem Schutz des Forts in Bagamoyo niedergelassen. An 1000 Waniamwesi, deren Aelteste mich noch von meinem Besuche bei Mirambo 1882 kannten, bewohnen ebenfalls Bagamoyo und haben sich in allen Gefechten mit der Station gegen Buschiri, der es auf ihr Elfenbein abgesehen hatte, geschlagen und schon etwa 50 Mann verloren. Diese Leute werden mir bei dem bevorstehenden Angriff auf Buschiri's Lager eine höchst erwünschte Hülfe, da ich ihnen vollständig vertrauen kann. Ich liess mit allen irgend aufzutreibenden Handwerkern die Befestigung von Dar-es-Salam beschleunigen, und dieselbe wird, wie auch die in Bagamoyo, einen befriedigenden Zustand erreicht haben, bevor Eure Durchlaucht diese Meldung erhalten. || Die Vertheilung von Kriegsmaterial und Proviant war auf den Stationen beendet, als am 29. v. M. die Somali mit 4 Kompagnien in Bagamoyo eintrafen und am

Nr. 9730. Deutsches Reich. 1. Mai 1889.

selbigen Tage bewaffnet und untergebracht wurden. Viele gut erhaltene Häuser und leichte Ausbesserung der zerstörten erleichterten die Unterbringung der Truppen in Bagamoyo. || 60 Mann habe ich sofort zur Kompletirung der Besatzung nach Dar-es-Salam gesandt, da der Herr Admiral Deinhard die „Carola“ aus Gesundheitsrücksichten von dem Hafen dicht bei der Station auf die äussere Rhede verlegt hat. || Auf die 100 Sulu vom Süden werde ich nicht rechnen können; meine Streitkräfte werden aber nach Eintreffen der „Martha“, die ich stündlich erwarte, ausreichend sein, und zwar:

6 Kompagnien Sudanesen à 100 Mann = ...	600	Mann
weniger in Dar-es-Salam befindliche	50	„
bleiben	550	Mann
50 Somalis weniger 10 in Dar-es-Salam = . . .	40	„
zusammen	590	Mann
Askaris in der Station Bagamoyo.	60	„
Somalis von der Emin Pascha-Expedition . . . . . (von 100 Mann sind fast stets 20 krank), die mir Herr Dr. Peters einen Monat unterstellt hat.	80	„

In Summa 730 Mann schwarze Truppen mit dem Mausergewehr bewaffnet und etwa 200 irreguläre Waniamwesi mit Vorderladern bewaffnet, geführt von etwa 20 Deutschen, und ausserdem ein geschlossener Trupp von 40 Deutschen. Ob die Verhältnisse eine Unterstützung von der Marine, eventuell von Booten mit Bewaffneten auf dem Kingani-Fluss erlauben — darüber bin ich noch mit dem Herrn Admiral Deinhard in Verhandlung. || Buschiri liegt auf 6 km in 3 Lagern im Halbkreise um Bagamoyo und hat den jetzt sehr angeschwollenen Kingani mit der ersten Fähre etwa 8 km hinter sich. Das Hauptlager, in der Mitte, unter ihm persönlich ist das stärkste, und von etwa 500 Mann besetzt; unter diesen sind 200, vor kurzem aus Mombassa zu ihm gestossene Araber. Es liegt auf flacher Erhöhung und ist mit Erdwall und Palmenpalissaden (die das Mausergeschoss durchschlägt) befestigt. Eine unter allen Umständen zu passirende überschwemmte Niederung umgiebt den befestigten Hügel. Eine günstige Position für meine kleinen transportablen Geschütze ist vorhanden. 4 bis 5 Tage nach Eintreffen der „Martha“ denke ich schlagfertig zu sein und hoffe, dass bis dahin der noch in Buschiris Macht befindliche englische Missionar frei sein wird. || Der Vertreter der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft zeigt sich in jeder Weise entgegenkommend. Anbei übersende ich die Abschrift des Protokolls der ersten Abmachungen mit ihm.

Wissmann.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

Nr. 9730. Deutsches Reich. 1. Mai 1889.

Anlage.

Auszug aus dem zwischen dem Kaiserlichen Kommissar für Ost-Afrika, Hauptmann Wissmann, und dem Generalvertreter der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft, von St. Paul Illaire, aufgenommenen Protokoll, d. d. Bagamoyo, den 28. April 1889.

I.

Vom heutigen Tage geht auf den Reichskommissar über: || 1) das Oberkommando über die militärischen Machtmittel der Stationen sowie über alle militärischen Maassnahmen und Operationen. || 2) Die Leitung und Anordnung der zur Vertheidigung der Stationsgebäude und Ortschaften erforderlichen Bauten und sonstigen Einrichtungen. || 3) Die Oberleitung der Civilverwaltung — abgesehen von der Zollverwaltung.

II.

STATION BAGAMOYO.

1. Gebäude.

a) Das Stationshaus und die dazu gehörigen Baulichkeiten werden dem Herrn Reichskommissar für seine Zwecke seitens der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft zur Verfügung gestellt. || b) Die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft reservirt sich für ihre Zwecke die erforderlichen Räumlichkeiten für Wohnung und Diensträume der auf der Station verbleibenden Beamten . . . . || c) Das Stationshaus und die dazu gehörigen Baulichkeiten bleiben im Besitz der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft, welche die baulichen Arbeiten nach Rücksprache mit dem Herrn Reichskommissar auf ihre Kosten fertigstellen lässt.

2. Inventar.

Das gesammte Stationsinventar, welches im Besitz der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft bleibt, wird dem Herrn Reichskommissar bis auf Weiteres zur Benutzung übergeben . . . . || Reparaturen sowie Neuanschaffungen von etwa erforderlichem weiterem Inventar fallen dem Herrn Reichskommissar zur Last; die Gesellschaft behält sich das Recht vor, dasselbe bei Rückgabe der Station zu einem dann zu vereinbarenden Preise zu übernehmen. || Die Boote der Gesellschaft stehen jederzeit dem Herrn Reichskommissar zur Verfügung.

3. Beamte.

a) Handelt vom Uebertritt dreier Beamten der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft in die Dienste des Reichskommissars. || b) Auf der Station verbleiben von europäischen Beamten der Gesellschaft: || (folgen 3 Namen), || von farbigen Beamten: || 1) die beim Bau beschäftigten Handwerker und Aufseher, || 2) der Komorenser Ali, welcher den Betrieb der Faktorei führt, || 3) eine Bootsbesatzung und je ein Diener für jeden der auf der Station verbleibenden

Beamten der Gesellschaft. || c) Die europäischen und farbigen Angestellten der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft, welche auf der Station verbleiben, unterstehen in militärischer und polizeilicher Beziehung den Befehlen des Herrn Reichskommissars, beziehungsweise des ihn vertretenden Stationschefs; im übrigen erhalten sie alle Ordres von der Generalvertretung der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft. — Die Beamten stehen zu allen militärischen Unternehmungen im Verwaltungsbezirk dem Herrn Reichskommissar zur Verfügung; doch sollen dieselben nach Eintreffen der Truppen des Letzteren möglichst wachfrei bleiben. Requisitionen wegen zeitweiliger oder dauernder Versetzung oder Abberufung dieser Beamten wird der Herr Reichskommissar schriftlich an die Generalvertretung der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft richten, welche das Erforderliche veranlassen wird. In besonders dringenden Fällen steht dem Herrn Reichskommissar das Recht zu, die Beamten ohne vorherige Mittheilung an die Generalvertretung von der Station fort nach Zanzibar zu schicken. || Im Bedarfsfalle kann das Beamtenpersonal der Gesellschaft auf der Station von der Generalvertretung nach Rücksprache mit dem Herrn Reichskommissar vermehrt werden. || d) Die farbigen Soldaten der Station treten unter den Befehl des Herrn Reichskommissars und beziehen vom 1. Mai ab ihre sämmtlichen Kompetenzen durch denselben.

III.

STATION DAR-ES-SALAM.

1. Gebäude.

a) Das alte Stationsgebäude mit Hof, welches im Besitz der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft bleibt, wird dem Herrn Reichskommissar für seine Zwecke zur Verfügung gestellt. || b) Die Gesellschaft reservirt sich in demselben ein Zimmer in der ersten Etage, welches dem Zollbeamten der Gesellschaft als Bureau und Wohnung etc. dient. || c) Alle an der neuen Station (welche durch Hineinziehung des Walihauses in die Befestigung gebildet ist) erforderlichen Bauten und Arbeiten lässt die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft nach der erforderlichen Besprechung mit dem Herrn Reichskommissar machen. || d) und e) betreffen Rückgabe und Miethzins.

2. Inventar.

Vom Inventar gilt das für Bagamoyo Gesagte auch für Dar-es-Salam.

3. Beamte.

a) Handelt vom Uebertritt eines Gesellschaftsbeamten in die Dienste des Reichskommissars. || b) Auf der Station verbleibt von Gesellschaftsbeamten nur ein Gesellschaftsvertreter, zugleich Zollbeamter. || c) Die Gesellschaft verzichtet auf die Dienste der wenigen arabischen Askaris und Wanyamwesi-Rekruten und stellt es dem Herrn Reichskommissar anheim, dieselben zu übernehmen

Nr. 9730. Deutsches Reich. 1. Mai 1889.

oder zu entlassen. || d) Betreffs der Bootsleute und Hausdiener gilt das für Bagamoyo Gesagte.

4. Messe.

Die Messverhältnisse sind in gleicher Weise wie in Bagamoyo zu regeln.

5. Faktorei.

Die Einrichtung einer Faktorei in Dar-es-Salam seitens der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft bleibt weiteren Abmachungen vorbehalten.

Bagamoyo, den 28. April 1889.

Wissmann. von St. Paul.

Nr. 9731. DEUTSCHES REICH. — Bericht Wissmann's an den Reichskanzler. — Einnahme von Saadani*). [44,4.]

(Auszug.)

Bagamoyo, den 15. Juni 1889.
Eingegangen in Berlin den 23. Juli 1889.

Nr. 9731. Deutsches Reich. 15. Juni 1889.

Euerer Durchlaucht beehre ich mich ganz gehorsamst Nachstehendes zu berichten: || Ende Mai begab ich mich nach Zanzibar, um daselbst mit dem Herrn Generalkonsul betreffs der von den Einwohnern von Pangani erbetenen Friedensverhandlungen in Verbindung zu treten. Bei der allen Orientalen in derartigen Dingen eigenen Langsamkeit hatten sich dieselben jedoch hingezogen, so dass ich vorläufig zu keinem Resultat kommen konnte. || Während meiner Anwesenheit in Zanzibar wurde ich am 1. Juni — dem Hauptfesttage der Araber — mit Stabsarzt Dr. Schmelzkopf und dem kaufmännischen Beirath Wolf von Seiner Hoheit dem Sultan Said Chalifa in Audienz empfangen.

Wissmann.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

Nr. 9732. DEUTSCHES REICH. — Bericht Wissmann's an den Reichskanzler. — Verhandlungen wegen friedlicher Uebergabe von Pangani. [44,5.]

Zanzibar, den 23. Juni 1889.
Eingegangen in Berlin den 23. Juli 1889.

Nr. 9732. Deutsches Reich. 23. Juni 1889.

Euerer Durchlaucht melde ich gehorsamst Nachstehendes: || Am 14. Juni in Zanzibar angekommen, erhielt ich durch S. M. K. „Pfeil“ die Nachricht, dass in Pangani und Tanga die Kriegspartei die Oberhand erhalten habe, dass man sich fleissig befestige und den Angriff erwarte. || Mit grosser Gewandtheit hatte man von Saadani aus Gerüchte zu verbreiten gewusst, dass ich über 100 Deutsche im Gefecht dort verloren habe, was wohl das Wieder-

*) Der kriegsgeschichtliche Theil des Berichtes ist übergangen. A. d. Red.

Nr. 9732. Deutsches Reich. 23. Juni 1889.

erlangen des Selbstvertrauens bewirkt hat. || Ich ging zum Sultan, klärte denselben über die Fälschung der Gerüchte und über das wirkliche Faktum auf und bewog ihn, einen Warnungsbrief an die Pangani-Leute und eine Aufforderung an die Jumbes von Bagamoyo, mit mir in Verhandlungen zu treten, zu verfassen. || Bevor dieser Brief noch Pangani erreicht haben konnte, kam der Wali von Pangani, Seliman bin Nasr, mit den 40 Sultans-Soldaten hier an. Die Verhandlungen mit ihm ergaben, dass die Pangani-Leute niemals die von mir gestellten Bedingungen eingehen würden. Besonders der Bedingung, eine Besatzung unter einem weissen Offizier nach Pangani zu legen, würde man sich nicht fügen. || Da die Vorbereitungen zum Angriff auf Pangani noch etwa 14 Tage dauern, so beschloss ich im Einverständniss mit dem Sultan, den jungen tüchtigen Wali Seliman bin Nasr nochmals nach Pangani zu senden und eine Deputation hierher zu holen. Führen die Verhandlungen dann zu keinem friedlichen Erfolg, so trugen sie doch dazu bei, die Parteien in Pangani noch mehr zu spalten und während der Zeit unsere Vorbereitungen zu treffen. In Pangani werden wir voraussichtlich gegen 3000 Gewehre gegen uns haben, worunter 250 Comoren (gute Soldaten) und 100 Beludschen und Araber; auch sind die dortigen Eingeborenen kriegerischer als die weiter südlich wohnenden. || Der Kommandant der Truppe des Sultans, General Mathews, hat auf meine Bitte bereitwilligst an einen westlich von Pangani wohnenden mächtigen Häuptling, Simbodja, geschrieben, ihn vor der Theilnahme an der Vertheidigung Panganis gewarnt und ihm angerathen, baldmöglichst mit mir in Verbindung zu treten. || Von Bagamoyo ist Nachricht eingelaufen, dass bei einer dreitägigen Expedition nach dem Inlande nichts von Rebellen gefunden wurde, dass die Eingeborenen nicht flohen, vielmehr zum Verkauf nach Bagamoyo kommen. || Täglich ertheile ich Indern, einzelnen Arabern und Goanesen Erlaubniss, sich wieder in Bagamoyo anzusiedeln. || In dem zerstörten Saadani ist der Sohn Tippu Tipps, Zefu bin Mohamed, mit Elfenbein angekommen und habe ich ihm Erlaubniss ertheilt, nach Zanzibar zu kommen. || In Dar-es-Salam hat der letzte noch übrige Häuptling der Umgegend, Buamaiji, Friedensverhandlungen eröffnet; auch hier siedeln sich Inder an zum Handel. || Ich gehe heute von Zanzibar nach Bagamoyo, zwecks Vorbereitung zum Vorgehen auf Pangani; denn selbst wenn die Verhandlungen zu einem friedlichen Resultat führen würden, müssten wir vollständig schlagfertig erscheinen.

Wissmann.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

Nr. 9733. **DEUTSCHES REICH.** — Bericht des stellvertretenden kais. Kommissars in Ostafrika an den Reichskanzler. — Erfolglosigkeit der Verhandlungen wegen Uebergabe von Pangani. [44,6.]

Zanzibar, den 27. Juni 1889.
Eingegangen in Berlin den 23. Juli 1889.

Nr. 9733. Deutsches Reich. 27. Juni 1889.

In Vertretung des in Vorbereitung auf den Angriff von Pangani abwesenden Herrn Reichskommissars melde ich Euerer Durchlaucht ganz gehorsamst Nachstehendes über den Schluss der Verhandlungen von Pangani: || Der Dampfer „Cutch“, welcher den Wali von Pangani an Bord hatte, traf am 22. d. M. Mittags auf der Rhede dortselbst ein. Derselbe führte auf speziellen Wunsch Seiner Hoheit die Sultansflagge, ebenso das Boot, welches den Wali an Land bringen sollte. || Trotz dieser Vorsichtsmaassregeln wurden alle Landungsversuche des Wali und seiner Leute überall und selbst aus weiter Entfernung durch heftiges und gutgezieltes Feuer aus Hinterladern verhindert. Briefe, welche derselbe durch Fischerboote an Land schickte, blieben ohne Erfolg. Der „Cutch“ kehrte daher den nächsten Tag nach Bagamoyo zurück. Es ist somit auch zu fürchten, dass die Briefe an den Sultan Simbodja von Massindji nicht an ihr Ziel gelangt sind. || Eine Weiterführung der Verhandlungen ist unter besagten Umständen unmöglich, und drängt auch der Herr Admiral zum Angriff. Ich habe Herrn Hauptmann Wissmann umgehend Mittheilung gemacht, und dürfte wohl gegen den 1. Juli Alles gefechtsklar sein. || Verschiedene mir bekannte Araber erklärten, dass sie sehr gut den Widerstand als nutzlos erkennten, gegenwärtig aber die Schwarzen und die besitzlose Menge, von einzelnen Uebelgesinnten geleitet, den Krieg wollen. Einer bat mich sogar, unsere Expedition mitmachen zu dürfen, in der Hoffnung, dadurch sein Steinhaus und Eigenthum zu schützen. Ich versprach ihm dies nicht nur auf das bereitwilligste, sondern ermunterte ihn auch, diese Ansicht bei seinen übrigen Stammesgenossen zu verbreiten. || Was die Zerstörung des Handels in Pangani anlangt, so dürfte diese Gefahr meiner Ansicht nach nicht zu bedeutend sein, nachdem nunmehr die Araber und Besitzenden auf unserer Seite sind, und wird dieser Schaden ausgeglichen durch den weit grösseren Eindruck, den eine gewaltsame Rückeroberung des bislang von den Eingeborenen als unangreifbar gehaltenen Pangani überall hervorbringen wird.

Karl Freiherr von Gravenreuth.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

Nr. 9734. **DEUTSCHES REICH.** — Bericht Wissmann's an den Reichskanzler. — Sklavenfrage. [44,12]*).

Zanzibar, den 29. August 1889.
Eingegangen in Berlin den 25. September 1889.

Nr. 9734. Deutsches Reich. 29. Aug. 1889.

Mit der Sklavenfrage muss ich, abgesehen von der Ausfuhr, die ich mit grösster Strenge ahnde, vorsichtig umgehen, um nicht einen grossen Theil der sich jetzt Unterwerfenden durch zu harte Bedingungen abermals ins feindliche Lager zu drängen. Das Faktum kann jedoch konstatirt werden und dürfte wohl für die sich besonders für die Sklavenfrage in Afrika interessirende Partei von Interesse sein, dass heute in dem Theil der Ostküste, der von mir unterworfen ist, niemand es mehr wagen würde, Sklaven zu exportiren. Es sind bereits sechs Menschenräuber mit dem Tode durch den Strang oder durch Erschiessen bestraft worden. Vom Export bedrohte Sklaven begeben sich überall in den Schutz der Stationen. Die schwarze Bevölkerung weiss, dass, wenn sie des Menschenraubes überführte Araber nicht ausliefert, sie selbst als Mitwissende zur Rechenschaft gezogen wird. Ganz besonders wird aber durch die Jumbes der Ortschaften, die ich verantwortlich mache, ein Export verhindert werden. Es ist also nach dieser Seite hin das irgendwie Thunliche mit Erfolg geschehen, und ist jedenfalls diese Art des Vorgehens gegen die Sklaverei im Allgemeinen ausserordentlich viel wirksamer und nebenbei auch billiger als eine Blokade durch Kriegsschiffe.

Nr. 9735. **DEUTSCHES REICH.** — Bericht des stellvertretenden kais. Kommissars für Ostafrika an den Reichskanzler. — Die Verhältnisse an der Küste im Allgemeinen. [78,22.]

Zanzibar, den 16. October 1889.
Eingegangen in Berlin den 4. November 1889.

Nr. 9735. Deutsches Reich. 16. Oct. 1889.

Euerer Durchlaucht berichte ich über die Ereignisse des letzten Monats ganz gehorsamst wie folgt: || Nach Abgang der Post blieb ich noch einige Zeit in Zanzibar und bemühte mich, die einflussreicheren Araber und Inder, die noch grossentheils in Zanzibar unthätig sitzen, zur Rückkehr oder zur Wiederaufnahme der Arbeit auf dem Festlande zu bewegen, und hatte auch einigermaassen Erfolg. Sehr wünschenswerth würde es sein, dass die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft anfinge, auch einiges für die Hebung des Handels zu thun, um so mehr, als sie es schon ungeschickt anfangen müsste, um unter den jetzigen Umständen nicht einen Gewinn zu erzielen. Ich gestatte mir ganz gehorsamst, einige diesbezügliche Punkte anzuführen: || Es handelt sich darum, die ankommenden Karawanen bald mit Lebensmitteln und mit Tauschwaaren zu versehen und es ihnen zu ermöglichen, ihre Waaren, und namentlich ihr Vieh, loszuschlagen. So lange dies nicht geschieht, sind die Leute

*) Der militärisch-technische Theil der Depesche ist gestrichen.

Nr. 9735. Deutsches Reich. 16. Oct. 1889.

misstrauisch und ängstlich und ist mit ihnen nichts anzufangen. Die Inder halten nun die Leute hin und beuten dieselben aus. Auf Befehl von Herrn Hauptmann Wissmann liess ich in Bagamoyo 1200 Stück Vieh aufkaufen, und werden wir selbst einigen pecuniären Gewinn haben. Allein es ist dies doch nicht eigentlich Sache des Reichskommissariats, nimmt uns zu viel Zeit und Arbeit weg und kann nicht genügend durchgeführt werden. Ferner würde es sich empfehlen, dass die Gesellschaft mit den im Innern stehenden Karawanen in Verbindung tritt. Ich habe auch hierin einiges gethan. || Da sich auch das Befinden des Sultans gebessert hat und er zugänglicher geworden ist, übersandte ich ihm, in Erledigung des mir ertheilten Auftrages, im Namen des Herrn Hauptmanns Wissmann ein werthvolles Pferd, das er zu kaufen gewünscht hatte. Zugleich erbat ich die Rückkehr des früheren Wali von Bagamoyo, Scheich Amer, der sich unter mir seinerzeit sehr bewährt hatte und zur Zeit im Dienst des Sultans stand. || Es wurde dies sowohl in Zanzibar als in Bagamoyo mit hoher Befriedigung aufgenommen und war nöthig geworden, da ich einerseits selbst nur wenig in Bagamoyo sein kann, andererseits die vorhandenen Kräfte nicht mehr ausreichen bei dem frisch pulsirenden Leben, das nun glücklicherweise hier herrscht. || Von Zanzibar begab ich mich nach Dar-es-Salam, nachdem ich die Nachricht erhalten, dass im Norden alles ruhig sei. || Hier haben sich auch schon Leute in grösserer Anzahl angesiedelt. || Ich traf Anordnungen zur Herstellung eines luftigen und guten Barackenlagers zur Aufnahme des zurückkehrenden Expeditionskorps. || Während der kurzen Zeit meiner Anwesenheit trafen viele Flüchtlinge aus Usaramo ein, selbst Verwundete, und erhielt ich Gewissheit, dass Buschiri mit Mafitis zwar schlecht bewaffnet, aber in grosser Anzahl dicht bei Bagamoyo stehe, überall raube und morde. Ich besetzte nun schleunigst mit den für Saadani bestimmten Truppen unter Freiherrn von Bülow den Ort Bueni. Das Fort wurde von Herrn von Bülow mit grossem Geschick sofort nothdürftig in Stand gesetzt und nun nach und nach vollendet. In Bagamoyo angekommen, erfuhr ich, dass Buschiri bei Dunda stehe und vor allem über die Dörfer herfalle, die sich zu uns geschlagen hatten. Alles flüchtete nach Bagamoyo, und liess ich Lebensmittel vertheilen, um doch wenigstens etwas zu thun. Ich zweifle gar nicht daran, dass es mir möglich gewesen wäre, Buschiri sofort von Dunda zu vertreiben, doch ohne einen wesentlichen und vor allem einen dauernden Erfolg zu erzielen. Meine Hoffnung setze ich nunmehr auf die Erbitterung der Einwohner. || Ich liess sofort Herrn Hauptmann Wissmann und die Marine von der Sachlage und von meinen Plänen unterrichten und so viel als möglich Verstärkung von Norden holen. || Dann werde ich in drei Kolonnen nach dem Innern bis auf fünf Tagereisen etwa vorstossen und hoffe dann auf das Eingreifen des Expeditionskorps, von dem ich bisher keine Nachrichten habe. || Die erste Kolonne, Führer Hauptmann Richelmann, soll auf der grossen Karawanenstrasse vorgehen, die zweite unter Lieutenant von Bülow von Bueni gegen Machimula, beide hinhaltend und langsam. Ich selbst, mit der Haupt-

kolonne, will versuchen, von Dar-es-Salam aus nach Pangiri über den Kingani hinweg durch Gewaltmärsche den Gegner zu umfassen und seine Banden zu zerstreuen. || Ihn so lange zu verfolgen, bis ich Fühlung mit Hauptmann Wissmann habe, kann ich nicht wagen, da ich zu geringe Streitkräfte habe, Saadani nicht sicher und der Norden ohne genügende Besatzung ist. || In Bagamoyo selbst wollten die Inder im ersten Schreck wieder alle nach Zanzibar flüchten; ich liess dieselben jedoch nicht abziehen, und haben sie sich auch wieder beruhigt. Gefahr, auch nur im geringsten, besteht für Bagamoyo nicht. || Ich gestatte mir, Euerer Durchlaucht den Bericht ausser der üblichen Zeit zu unterbreiten, da die Möglichkeit nicht ausgeschlossen ist, dass ich nicht mehr rechtzeitig zur Post in Zanzibar bin.

Nr. 9735. Deutsches Reich. 16. Oct. 1889.

Freiherr von Gravenreuth.

Sr. Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

Nr. 9736. **DEUTSCHES REICH.** — Bericht Wissmann's an den Reichskanzler. — Expedition nach Mpwapwa. Nachrichten von Emin Pascha und Stanley. [78,23.]

Mpwapwa, den 13. October 1889.
Eingegangen in Berlin den 17. November 1889.

Nr. 9736. Deutsches Reich. 13. Oct. 1889.

Euerer Durchlaucht melde ich in Verfolg meines Berichtes aus Simbabwene vom 23. September d. J. ganz gehorsamst, dass Kingo, Häuptling von Simbabwene und Mrogro, das in ihn gesetzte Vertrauen in jeder Weise gerechtfertigt hat. Unter seiner Mitwirkung gelang es mir, wie ich bereits Euerer Durchlaucht durch Freiherrn von Gravenreuth berichten liess, die vereinigten Rebellen zu schlagen und zu zersprengen. Es hat sich dadurch Kingo als offener Feind Buschiri's bewährt. Zur Befestigung seines grossen Dorfes habe ich ihm die nöthigen Anleitungen gegeben und sende ihm eine der eroberten Vorderladekanonen. || Ich zog nun, nachdem ich auch die französischen Missionare durch Kingo für gesichert hielt, die grosse Strasse weiter auf Mukondokwa, das ich am 5. d. M. erreichte. Die Eingeborenen bis dorthin, Kingo's Unterthanen, benahmen sich gut und erhielten von mir Schutzbriefe. || In Mukondokwa hatte Buschiri, bevor er die Station in Mpwapwa angriff, bei drei bedeutenderen, dort wohnenden Arabern längere Zeit gelegen. Diese waren nach Süden geflohen. Ich erfuhr ihren Aufenthaltsort und beabsichtigte, sie aufzuheben, wurde jedoch von den soeben aus Farrhani, dicht bei Mukondokwa, zurückgekehrten französischen Missionaren veranlasst, davon abzusehen, da dieselben versicherten, dass diese Araber nur durch die Verhältnisse gezwungen Buschiri aufgenommen hätten — während ihrer Abwesenheit hätten dieselben sogar ihre Mission vor Plünderung bewahrt. Die Missionare glaubten für diesen Fall sicher zu sein, während, wenn ich die Araber angegriffen hätte, ich entweder eine Besatzung in Mukondokwa hätte lassen, oder aber

Nr. 9736. Deutsches Reich. 13. Oct. 1889.

die Missionsstation aufheben müssen. || Einige ärmere Araber und Belutschen, die es mit Buschiri gehalten, hatten sich einer auf dem nördlichen Wege zur Küste gehenden Karawane angeschlossen und werden entweder in Saadani fechten oder nach Zanzibar flüchten. Beide Fälle sind für die Klärung der Karawanenstrasse günstig. || Auch hier brachten die Eingeborenen Geschenke und erhielten Schutzbriefe, nachdem ihnen für den Fall, dass sie die Missionare nicht schützen würden, mit Krieg gedroht war. || Einem Briefe der englischen Missionare in Mpwapwa an Lieutenant Giese (vertriebenen Chef der Station der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft in Mpwapwa) entnahm ich, dass Buschiri vor zwei Monaten Mpwapwa abermals heimgesucht, die dortige englische Mission niedergebrannt und die Missionare zu fangen versucht hatte, was ihm nicht gelungen war, da sich dieselben nach einem Ugogodorf Kisokwe, welches sie schützte, geflüchtet hatten. Auch die Herausgabe des Geschützes und der 4 Mausergewehre, die Lieutenant Giese einem Häuptling Chipangilo übergeben hatte, war Buschiri von Chipangilo verweigert worden. Ich marschirte daher so schnell als möglich auf Mpwapwa, wo ich am 12. d. M. eintraf. Ich fand daselbst die Missionare selbst zwar unversehrt, aber fast ihres gesammten Besitzes beraubt. Die Missionsbauten wie die Station der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft sind vollständig zertrümmert; desgleichen sind alle Gartenanlagen demolirt. Die mir bezeichneten Gräber von dem in Diensten der Gesellschaft ermordeten dänischen Matrosen Nielsen und einem schwarzen Soldaten liess ich durch Kreuze mit eingeschnitzten Namen kennzeichnen. Als Sühne für den Tod Nielsens liess ich an der Stelle seiner Ermordung drei Araber und Belutschen wegen Spionage und Betheiligung an der Ermordung der Pugumissionare aufhängen. || Chipangilo, der sich als mein Begleiter bei einem 1883 von mir in Mpwapwa unternommenen Jagdausflug zu erkennen gab, empfing mich am ersten Tage mit Geschenken und versprach, Geschütz und Gewehre zu überbringen. Da andere ihm feindliche Wagogohäuptlinge ihn bei mir wegen Freundschaft mit Buschiri anklagten, entfloh er, liess jedoch alles uns gehörige Material ausliefern und wird sich voraussichtlich in diesen Tagen wieder einstellen. || Am 11. October trafen in Mpwapwa vier Soldaten von Stanley und einer von Emin Pascha ein. Dieselben hatten am 10. September d. J. Stanley in Usukuma am Isangaflusse, etwa 3 Grad 30 Minuten, verlassen, waren einschliesslich 9 Ruhetage über Nindo, westlich von Turu (Wilsons und Fischers Weg) über Uweriweri und das nördliche Ugogo (Hirindi) in 33 Tagen in Mpwapwa angekommen. Sie sagten aus, dass Emin Pascha mit Casati, 100 Sudanesensoldaten, viel Volk und viel Elfenbein, Stanley mit 6 Europäern, deren Namen ich aus dem Munde der Neger als Nelson, Jephson, Stairs, Dr. Parke, Bonny und William zu erkennen glaube, und 240 Zanzibariten gleich nach ihnen aufgebrochen seien und daher, nach meiner Berechnung, ungefähr am 20. November in Mpwapwa eintreffen werden. Emin Pascha soll mit Stanley zusammen noch mehrfach gegen von Norden vordringende Mahdisten gefochten, sie zurückgeschlagen

und dabei die grosse Fahne des Mahdi erobert haben. Der grösste Theil der Soldaten Emins habe darauf bestanden, dass ihr Weg in die Heimath und nicht nach Süden führe, und habe Emin die Stationen unter das Kommando zweier ägyptischer Offiziere gestellt. Von der Bewegung der Senussi wussten die Leute nichts, ebensowenig von Khartum und Abessinien. || Mpwapwa ist der bedeutendste Knotenpunkt für Karawanenstrassen in ganz Afrika; — zwei Strassen von Bagamoyo, eine von Saadani, von Dar-es-Salam und vom Rufidgi nach dem Innern zum Ukerewe, zum Tanganika und zum Lualaba treffen hier zusammen. Die südlich von Mpwapwa wohnenden Stämme der Wahehe, die bis eine Tagereise weit südlich vorgedrungen sind, der Mahenge und Mafiti sind unpassirbar, ebenso wie die schon drei Stunden nördlich von Mpwapwa wohnenden Massai, welche sich nur zu Europäern freundlich stellen, deren Land jedoch den grössten Theil des Jahres hindurch wegen Wassermangels ebenfalls unpassirbar ist. Auch Stanley, der offenbar die Absicht hatte, nach Mombassa zu gehen, ist in diesen Weg gezwungen worden. Die in Mpwapwa, in Kisokwe und in Mamboia, zwei Tagemärsche von Mpwapwa entfernt, befindlichen englischen Missionare, die zwar mit den Eingeborenen auf gutem Fusse stehen, den Uebergriffen Buschiri's gegenüber aber wehrlos sind, bedürfen des Schutzes, bis sich das Schicksal Buschiri's entscheidet. Im Fall des Wegfallens eines solchen Schutzes müssten die Missionare aufgefordert werden, ihre Stationen einzuziehen. || Was die Nachbarstämme betrifft, werden die Massai nie etwas Feindliches gegen die Station unternehmen, während die Wahehe, ein räuberisches Gesindel mit nur wenig Gewehren, bei denen sich vielleicht noch Buschiri aufhält, im Zaum zu halten sind. || Als Rückweg zur Küste habe ich die nördliche Route, die auch über Mamboia führt, gewählt. || Ich gedenke, Anfang November in Bagamoyo zu sein.

Nr. 9736. Deutsches Reich. 13. Oct. 1889.

Wissmann.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

Nr. 9737. DEUTSCHES REICH. — Bericht Wissmann's an den Reichskanzler. — Anlage einer befestigten Station in Mpwapwa. Rückmarsch und Ankunft in Bagamoyo. [78,25.]

Zanzibar, den 1. November 1889.
Eingegangen in Berlin den 24. November 1889.

Euerer Durchlaucht melde ich in Verfolg meines Berichtes vom 13. v. M., dass ich in Mpwapwa ein Steinfort mit zwei Bastionen an einer Stelle gebaut habe, von der aus die an die Wasserplätze gebundenen Karawanenlagerplätze sowie sämmtliche im Thal von Mpwapwa gelegenen Dörfer der Eingeborenen beherrscht werden. Das von der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft früher errichtete Fort wurde wegen seiner schlechten militärischen Lage nicht aus-

Nr. 9737. Deutsches Reich. 1. Nov. 1889.

Nr. 9737. Deutsches Reich. 1. Nov. 1889.

gebaut. Ich besetzte das Fort mit einem Offizier, zwei Unteroffizieren, 100 Mann und einem Schnellfeuergeschütz und versorgte die Station auf vier Monate mit Lebensmitteln, Rindvieh und Getreide aus Strafzahlungen des Häuptlings Chipangilo, der, an eine Verzeihung meinerseits nicht glaubend, flüchtig wurde und von mir im Einverständniss mit den Eingeborenen durch einen anderen ergebenen Häuptling ersetzt wurde. Die Station ist bei einem gut geregelten Wachtdienst allen Eventualitäten gewachsen und hat sich, auf die günstig liegenden Verhältnisse mit den Eingeborenen rechnend, besonders als Kontrole der Araberkarawanen zu betrachten, die Karawanen gegen Ueberfälle der räuberischen Wahehe, die eingeborenen Wagago an der Strasse gegen Einfälle der viehraubenden Massai zu schützen. Ich werde an der Küste sämmtliche Karawanen auf einen Passirschein des Chefs von Mpwapwa revidiren; ebenso haben die ins Innere gehenden Karawanen Erlaubniss der Küstenchefs in Mpwapwa vorzuzeigen. Bis zur Ankunft von Emin Pascha und Stanley habe ich noch einen Offizier mit einem kleinen Trupp in Mpwapwa gelassen, der den Befehl hat, die Expedition nach Bagamoyo zu geleiten. Ich habe Emin und Stanley einige Lasten Konserven, Wein etc. entgegengesandt. || Am 15. October trat unsere Waniamwesi-Karawane den Weitermarsch von Mpwapwa nach ihrer Heimath an, mit etwa 600 Gewehren und viel Pulver versehen. Geschenke an Pandascharo und die wirkliche Ergebenheit und Freundschaft, die sich im Laufe des Jahres zu uns herangebildet hat, werden ein erwünschtes Gegengewicht gegen die Araber in Tabora hervorrufen. || Am 20. October marschirte ich nach der Küste ab und nahm einen englischen Missionar mit Frau und Kind mit, die alle drei, trotz der grossen Märsche, vollständig wohl die Küste erreichten. Zur Marschroute wählte ich zunächst die grösste, mittlere Strasse, um dann nach Saadani abbiegen zu können. Wie ich Euerer Durchlaucht bereits telegraphisch gemeldet habe, war überall der Empfang seitens der Eingeborenen ein über Erwarten guter; an grösseren Plätzen wurden uns so viel Lebensmittel als Geschenke herbeigeschleppt, dass die Mannschaft kaum im Stande war, diese unterzubringen. Auch seitwärts der Strasse wohnende Häuptlinge besuchten mich, um ihr Unbetheiligtsein an einer Bewegung gegen uns zu dokumentiren und einen Schutzbrief zu erhalten. Der lebhafte Wunsch nach Ruhe und geordneten Verhältnissen trat überall zu Tage. Von den meisten bedeutenderen Häuptlingen begleiteten mich Leute bis zur Küste, die ich dann mit einem Geschenk von Pulver heimsandte. Ich werde an alle mit Schutzbriefen versehene, kontrolirbare Häuptlinge von nun ab dem Verbrauch entsprechende Quantitäten Pulver verkaufen lassen; die Leute müssen sich hier und da gegen raubende Massai und Wahehe (beziehungsweise Mafiti) vertheidigen können, da ich noch nicht im Stande bin, zu überall schnell bereiter Hülfe Stationen anzulegen. Auch ist gegen Uebergriffe von Seiten arabischer Karawanen eine Stärkung der uns ergebenen Eingeborenen erwünscht. Ich habe sogar stärkeren Häuptlingen erlaubt, Honga, d. i. Durchgangszoll, von arabischen Karawanen zu erheben, was ich unbeschadet

einer nachhaltigen Einwirkung auf den Handel thun kann, da ein anderer gangbarer Weg zur Küste derzeit nicht existirt. ‖ Da die spärlich bevölkerte Saadanistrasse durch Fliehen der Waseguhha dem Mangel an Lebensmitteln ausgesetzt gewesen wäre und da Gerüchte von einem Vordringen der Mafiti zur Küste einliefen, so ging ich, um der Expeditionstruppe eine kurze Rast zu gönnen, nicht auf Saadani, sondern in Eilmärschen auf Bagamoyo, wo ich am 30. October Abends eintraf. Ich hatte den Rückmarsch mit einer Karawane von 600 Mann in 11 Tagen ausgeführt, eine Leistung, die berechtigt, auch in dieser Beziehung mit dem Truppenmaterial zufrieden zu sein — Handelskarawanen marschiren auf dieser Strecke 25 bis 30 Tage. Von den 25 Europäern der Expedition liess ich vier gesund in Mpwapwa und kam mit den übrigen 21 in vorzüglichem Gesundheitszustand an der Küste an. Ich hebe dies besonders hervor, um auf den Gegensatz meiner Expedition zu fast allen von Europäern ausgeführten Reisen im Osten hinzuweisen. Der bedingende Umstand ist das „wie man reist", und liefert der Zug nach Mpwapwa einen unumstösslichen Beweis, dass bei richtiger Organisation, Verpflegung und Ausrüstung nicht unerhebliche Strapazen im hiesigen Klima vom Europäer wohl zu überstehen sind. Als interessant erwähne ich noch den Umstand, dass ein Pferd, zwei Maulthiere und etwa zwanzig arabische Esel sich bei der zum Theil kümmerlichen Ernährung in der trockenen Zeit in ausgezeichnetem Zustande befanden. Die Tsetsefliege kommt in diesem Strich Ostafrikas nicht vor; Rindvieh gedeiht überall gut, und fanden wir Heerden von vielen tausend Stück bei den Massai. Wenn man im grossen Ganzen das durchzogene Gebiet als eine den grössten Theil des Jahres über trockene Waldsavanne bezeichnen muss, so ist doch unbestreitbar, dass überall, wo Wasser ist, alle tropischen Kulturpflanzen mehr oder weniger gut gedeihen. ‖ In Bagamoyo eingetroffen, erhielt ich die mich keineswegs überraschende Nachricht von dem Einfall der Mafiti. Mafiti ist eine Sammelbezeichnung für alle vom Süden bis 6° nördlicher Breite verdrängten, den Sulu verwandten Stämme, und waren die hier Erschienenen hauptsächlich Wahehe und Mahenge sowie Kutu-Leute.

Nr. 9737. Deutsches Reich. 1. Nov. 1889.

Wissmann.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

Nr. 9738. **DEUTSCHES REICH.** — Bericht Wissmann's an den Reichskanzler. — Gefechte bei Saadani und Pangani. Vorgehen gegen Useguhha. [118,30.]

Zanzibar, den 11. November 1889.
Eingegangen in Berlin den 22. December 1889.

Nr. 9738. Deutsches Reich. 11. Nov. 1889.

Euerer Durchlaucht berichte ich ganz gehorsamst über die bereits telegraphisch gemeldeten Gefechte bei Pangani und Saadani*), dass erstere gegen

*) Die Telegramme sind hier nicht abgedruckt.

Nr. 9738. Deutsches Reich. 11. Nov. 1889.

die nicht nach Pangani zurückgekehrten Küstenleute stattgefunden haben. Die englische Mission in Mangila, in deren Nähe sich seit längerer Zeit schon Zusammenziehungen grösserer Massen in Scene setzten, machte uns von der feindlichen Bewegung erst Mittheilung, als dieselbe schon ziemlich bedeutende Dimensionen angenommen hatte. || Die Rebellen, die circa 1000 Mann zählen sollen, hatten eine befestigte Stellung mit einem Vorposten von 200 Mann besetzt. Der Chef von Pangani, Dr. Schmidt, griff dieselben sofort mit 100 Mann an und überraschte den Feind durch einen Bayonnettangriff, ohne einen Schuss die Boma durchbrechend, derart, dass 30 von den flüchtig durch die kleinen Pforten ins Freie Drängenden auf dem Platze blieben, während diesseits nur Verwundungen stattfanden. — Unter den Todten befindet sich der Hauptführer der Bewegung bei Pangani. Die theilweise mit Silber verzierten, sehr schönen Waffen lassen darauf schliessen, dass auch wohlhabendere Araber sich dabei betheiligt hatten. || Es ist durch dieses Gefecht zweifellos erreicht, dass im Innern wohnende grosse Häuptlinge in ihrer bisher bewahrten Neutralität verharren. || Das Vorgehen gegen Bana-Heri von Useguhha, dessen Beginn ich auf den 10. November festgesetzt hatte, begann schon am 5. d. M. auf eine Bitte um Hülfe von der in Süd-Useguhha gelegenen französischen Missionsstation Mandera. Ich beschloss, gegen Bana-Heri in strenger Weise vorzugehen. Nachdem mich derselbe seit Monaten mit Friedensverhandlungen, nicht erfüllten Versprechungen und Lügen hingehalten hatte, bot er dem, mit den Wahehe anrückenden Buschiri die Hand zum Bündniss, setzte ganz Useguhha in Bewegung, legte überall Befestigungen an, drohte mir befreundeten Häuptlingen und suchte besonders mit dem grossen Häuptling, westlich von Pangani, Simbodja, gemeinsame Sache zu machen. Er legte meine bisherige Geduld als Schwäche aus und würde nach der wiederholten Besiegung Buschiri's der Haupthort der Bewegung gegen uns werden. || Ich stellte das Expeditionskorps von vier Kompagnien unter den Befehl des Chefs von Zelewski und vertheilte Munition und Waffen an eine grosse Karawane aus Usekuma unter dem als kriegerisch bekannten Häuptling Terekesa, der ebenso, wie er vor einem Jahre bereit war, über die Deutschen herzufallen, sich jetzt sofort zum Losschlagen gegen die Waseguhha zur Verfügung stellte. Bei dieser Gelegenheit erwähne ich, dass ich von Terekesa 1700 Stück Rindvieh zu dem durchschnittlichen Preise von $7\frac{1}{2}$ Rupies = 11 Mark gekauft und an die Stationen vertheilt habe. Es hat sich sehr schnell mit den Wasekuma ein ähnlich gutes Verhältniss wie mit den Waniamwesi, die ich nach Mpwapwa gebracht habe, gebildet. Usekuma ist nächst Uniamwesi das grösste und wichtigste Land im deutschen Schutzgebiet und dehnt sich vom Victoria-Nyanza bis fast zur grossen Karawanenstrasse zum Tanganika aus. || Ich befahl von Zelewski, sofort nach Mandera zu marschiren, zwei Tagereisen von der Küste aus nach Norden vorzudringen, sämmtliche befestigten Dörfer anzugreifen und, wo er Widerstand fände, dieselben nachhaltig zu zerstören, die circa 600 Wasekuma, die alle in kleinen Trupps an schwarz-weiss-rothen Flaggen kenntlich waren,

zwischen sich und der Küste vorgehen zu lassen und in seiner linken Flanke den Stamm der Wadoë und Wakuara, die ebenfalls an 200 Gewehre stellten, vorzuschicken. Alle Irregulären waren instruirt, falls sie eine Stellung nicht selbst zu nehmen im Stande seien, von Zelewski sofort Meldung zu machen, und so zog das Expeditionskorps im Zickzack, ein befestigtes Dorf nach dem anderen nehmend, von den Irregulären eingerahmt, von denselben stets mit Nachrichten versehen und sie zur Verfolgung benutzend, durch Useguhha und traf nach meinem Befehl am 9. d. M. in Saadani ein, wo ich am Tage vorher mit einer Kompagnie, unterstützt von dem Landungskorps der kaiserlichen Marine, gelandet war. In Saadani erhielten wir Feuer von einer 5 Mann starken Patrouille, die sich sofort auf Ndumi zurückzog. Die Bewohner der in der Nähe der Küste gelegenen Dörfer fühlten sich nun von zwei Seiten bedroht und flüchteten nach Norden zu. Nachts sandte wahrscheinlich ein flüchtig vorbeiziehender Trupp eine Salve ins Lager, ohne Erfolg. Am 9. d. M. Nachmittags traf von Zelewski mit der Meldung ein, dass er bis Mandera, der Südgrenze Useguhhas, Alles friedlich gefunden habe; von da ab habe er 5, zum Theil stark befestigte Dörfer genommen mit dem Verluste von 2 Todten und 4 schwer Verwundeten; der Feind habe grosse Verluste gehabt und flüchte nach Norden. Die Nachrichten, dass Saadani sich nach unserem ersten, im Juni stattgefundenen Einfall wieder bevölkert habe, erwiesen sich als falsch. Ich beschloss, den Küstentheil zwischen Pangani und Bagamoyo von Mkwadja aus zu überwachen, da sich der Handel seit der Zerstörung Saadani's dorthin gezogen hat und die Verhältnisse daselbst auch zu einer dauernden Besetzung besser geeignet sind. In Folge dessen befahl ich, dass Chef Freiherr von Gravenreuth mit der Kompagnie, mit der ich in Saadani gelandet war, und den Wasekuma langsam auf Mkwadja zu marschire und dass von Zelewski nach einem Ruhetage mit dem Expeditionskorps, welches von 48 Stunden 32 marschirt und gefochten hatte, dorthin folge. Nach Erledigung der Geschäfte, welche sich in Bagamoyo und Zanzibar aufgehäuft haben, werde ich am 13. d. M. ebenfalls nach Mkwadja gehen, um die dortigen Befestigungsarbeiten und die weitere Operation nach Pangani hin zu leiten. Nach meiner Ankunft an der Küste, noch vor dem Beginn der Operationen gegen Useguhha, habe ich sämmtliche Stationen revidirt und deren Zustand auch in gesundheitlicher Beziehung gut befunden.

Wissmann.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

Nr. 9739. DEUTSCHES REICH. — Bericht Wissmann's an den Reichskanzler. — Einnahme von Mkwadja. Bestrafung von Kipumbwe. Entsendung des Freiherrn von Gravenreuth nach Bagamoyo. [118,31.]

Zanzibar, den 20. November 1889.
Eingegangen in Berlin den 23. December 1889.

Nr. 9739. Deutsches Reich. 20. Nov. 1889.

Euerer Durchlaucht berichte ich ganz gehorsamst in Erläuterung meines Telegramms über den Weitergang der Operationen in Useguhha*), dass am 11. d. M. Mkwadja, wo einige Araber Widerstand leisteten, nach einem kurzen Feuergefecht genommen wurde. || Es wurde sofort mit den Befestigungsarbeiten begonnen, und da dieselben bis zum 13. d. M. provisorisch genügend weit gediehen waren, marschirte das Expeditionskorps am 14. nach Norden weiter. Zur Besatzung liess ich 2 Offiziere, 3 Unteroffiziere, 60 Mann mit 2 Geschützen in Mkwadja und ging ebenfalls am 14. mit einem kleinen Landungskorps, begleitet von S. M. Kreuzer „Sperber“, von dessen Kommandanten ich beim Aufbau der Station in zuvorkommendster Weise unterstützt war, nach Norden. || Das Expeditionskorps hatte den Auftrag, ein grosses, stark befestigtes Dorf, Makaroro, wo sich seit vielen Jahren entlaufene Sklaven ein Asyl gebildet, gegen Angriffe der Araber gehalten, ja sogar eine Anerkennung ihrer Existenzberechtigung vom Sultan Said Bargasch ertrotzt hatten, zu besuchen und eventuell zu unterwerfen und dann nach der Küste auf Kipumbwe herunterzuziehen. In Kipumbwe war vor kurzem ein von mir anerkannter Akida ermordet und eine in Pangani beladene Dhau, die auch Geld und Briefe des Kommissariats an Bord hatte, ausgeplündert worden. Auf meine Bitte leitete S. M. Kreuzer „Sperber“ durch Beschiessen des dicht an der Küste liegenden Dorfes die Landung ein. Das Landungskorps des „Sperber“ und ich mit dem meinigen führten die Landung unter dem Feuer des Dampfers „München“ aus, welcher in Folge seines geringen Tiefgangs bis auf 150 m an das Dorf heranfahren konnte, und fanden das sich weit ins Innere ausdehnende Dorf, welches stellenweise mit Mauern und Bastionen stark befestigt war, verlassen. || Bald darauf erschien das Expeditionskorps, dessen Führer von Zelewski die angebotene Unterwerfung der Makaroro-Leute, nach Erfüllung der Bedingungen des Schleifens der Boma, Herbeibringung von Lebensmitteln und Stellung von acht Geisseln, angenommen hatte. || Am 15. marschirte das Expeditionskorps nach Pangani. || Auf das Gerücht der Unterwerfung Useguhhas waren daselbst von allen Seiten Häuptlinge eingetroffen, um ihre Unterwerfung anzuzeigen und Schutzbriefe zu erhalten; speziell war hierbei ganz Bodei und der Theil Useguhhas, der nicht durchzogen war, vertreten, während aus Usambara, speciell von Simbodja, noch keine Botschaft eingetroffen war. || In Zanzibar am 17. eingetroffen, erhielt ich Nachricht, dass kleinere Räuberbanden von versprengten Rebellen mehrfach Ueberfälle auf der Strasse Bagamoyo-Mpwapwa

*) Nicht abgedruckt.

ausgeführt hatten. Es erscheint nothwendig, diesem Unwesen so schnell als möglich ein Ende zu machen. Da die grosse Wasukuma-Karawane Terckesas in den nächsten Tagen heimkehrt, der amerikanische Korrespondent Vizetelly mit einer Unterstützungskarawane Stanley entgegenzugehen von mir Erlaubniss bekommen hat, andere Karawanen mit Waaren für englische und französische Missionen im Innern sowie Karawanen von Indern, die Elfenbein aus Tabora holen sollen, bereitstehen, so sende ich Chef Freiherrn von Gravenreuth mit einer Truppe von 100 Mann zur Eskortirung dieser sämmtlichen Karawanen und Ueberbringung der mir vom Emin-Pascha-Komitée gewährten Unterstützung für Emin Pascha ins Innere. Herr von Gravenreuth hat den Befehl, mit seiner Truppe und besonders den leichtfüssigen Wasukuma die Räuberbanden zu verfolgen, Nachrichten über den Verbleib von Buschiri und Bana-Heri einzuholen, nach Abgabe der Unterstützungen an Stanley und Emin Pascha dieselben zur Küste zu geleiten und auf dem Rückwege abermals auf Räuberbanden zu fahnden. || Nachdem ich jetzt auch eine Ueberwachung des wichtigen Küstenortes Tangata, zwischen Tanga und Pangani, eingerichtet, habe ich, um die Kontrole über Einfuhr von Waffen und Munition sowie über die Ausfuhr von Sklaven wirksam handhaben zu können, eine Proklamation erlassen, wodurch der Verkehr der arabischen Dhaus auf bestimmte Häfen beschränkt wird. || Es liegen die von mir besetzten Küstenpunkte derart, dass eine Schädigung des Handels durch diese Maassnahmen durchaus nicht zu befürchten ist. Fahrzeuge, deren Anlaufen an einem anderen Punkte nothwendig wird, können von jedem meiner Stationschefs Erlaubnissscheine erhalten. Die Kontrole der die Küste anlaufenden Fahrzeuge ist nun der Marine und meinen Schiffen ausserordentlich erleichtert und die Ueberwachung der Sklavenausfuhr und Munitionseinfuhr die denkbar schärfste.

Nr. 9739. Deutsches Reich. 20. Nov. 1889.

Wissmann.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

Nr. 9740. **DEUTSCHES REICH.** — Bericht Wissmann's an den Reichskanzler. — Friedensverhandlungen Simbodja's und anderer Häuptlinge. [118,32.]

Zanzibar, den 28. November 1889.
Eingegangen in Berlin den 23. December 1889.

Euerer Durchlaucht melde ich über den weiteren Verlauf der Vorgänge in Verfolg meines gehorsamsten Berichtes vom 20. d. M., dass Simbodja, der grösste Häuptling an der Panganistrasse, nachdem er jeden Verkehr mit Buschiri energisch zurückgewiesen hatte, seinen Sohn nach Pangani gesandt hat mit der Nachricht, dass es in seiner Absicht läge, sich mit uns auf friedlichem Wege auseinanderzusetzen. || Das ganze nördliche Useguhha hat sich von Bana-Heri losgesagt; die grössten Häuptlinge von dort waren selbst nach Pangani gekommen. Bana-Heri soll mit einem geringen Anhang sich in Süd-Useguhha

Nr. 9740. Deutsches Reich. 28. Nov. 1889.

Nr. 9740. Deutsches Reich. 28. Nov. 1889.

aufhalten und nicht gewagt haben, sich mit Buschiri zu verständigen. Dieser befindet sich ebenfalls in Useguhha und beabsichtigte, da Bana-Heri nichts von ihm wissen wollte, zu Simbodja zu gehen. Wie schon erwähnt, hat dieser abgelehnt und haben auch die Häuptlinge von Nord-Useguhha ihm den Durchzug verweigert. Chef Dr. Schmidt von Pangani hat sofort auf diese Nachricht hin die befreundeten Häuptlinge und speciell die Leute aus Makaroro aufgefordert, Buschiri, der nur über 40 Mann verfügen soll, auf keinen Fall den Durchzug durch ihre Gebiete zu gestatten, ihn zu umstellen und dann in Pangani Mittheilung zu machen, damit das dort liegende Expeditionskorps den Rebellenführer fangen kann. Dr. Schmidt hat Vorbereitungen getroffen, damit Buschiri nicht auf das Anrücken unserer Truppe abermals entwischt. Da es nebenbei die Absicht Buschiri's zu sein scheint, hinter Pangani und Tanga vorbei in das englische Schutzgebiet zu entweichen, bei welchem Marsch er die Länder befreundeter Häuptlinge passiren muss, so hat dies Vorgehen wohl Aussicht auf Erfolg. Auch die rebellischen früheren Jumbes von Bagamoyo zersplittern sich; ein Theil derselben hat in Pangani seine Unterwerfung angeboten; der noch rebellische Theil, der von Ukutu aus die schon im vorigen Bericht erwähnten räuberischen Ueberfälle gegen kleine Karawanen ausgeführt und die englische Post aufgehoben hat, wird, wie ich schon gehorsamst zu melden die Ehre hatte, von dem mit der Wasukuma-Karawane marschirenden Freiherrn von Gravenreuth bekämpft werden. || Selbst die Mafiti und Wahehe haben durch die französischen Missionen mir ihr Bedauern mittheilen lassen, dass sie sich von Buschiri zum Krieg gegen uns hätten verleiten lassen — sie bitten um Schutzbriefe, um selbst kommen zu dürfen und ihre Unterwerfung anzumelden. || Es ist nach alledem im nördlichen Theil unseres Gebiets eine ernstere Feindseligkeit unwahrscheinlich; doch ist natürlich nicht dafür zu bürgen, dass die aus Furcht vor uns sich für vogelfrei betrachtenden Rebellen mit Raubgesindel hier oder da nicht einen Ueberfall auf kleinere Karawanen ausführen. Solche Vorkommnisse werden erst allmählich, wenn die Eingeborenen selbst dagegen vorgehen, unmöglich werden.

Wissmann.

Seiner Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck.

Nr. 9741. DEUTSCHES REICH. — Lieutenant Schmidt an den Reichskommissar Wissmann. — Eintreffen Emin Pascha's und Stanley's. [118,34, Anlage.]

(Auszug.) Mpwapwa, den 10. November 1889.

Eingegangen in Berlin (durch Wissmann) den 23. December 1889.

Nr. 9741. Deutsches Reich. 10. Nov. 1889.

Die Ankunft Emin Pascha's und Stanley's ist heute früh erfolgt. Die Karawane besteht aus Stanley mit Lieutenant Stairs, Mr. Jephson, Kapitän Nelson, Dr. Parke, Mr. Bonny und dem deutschen Diener Stanley's, Hofmann; aus Emin mit mehreren ägyptischen Offizieren, einigen Türken und einem

Griechen Marks, ferner aus Casati und endlich zwei Missionaren des Cardinals Lavigerie, von denen der eine Franzose, der andere, Namens Schinze, Rheinländer ist. || Emin hat sich über Euer Hochwohlgeboren Briefe unaussprechlich gefreut. Stanley war sehr liebenswürdig und äusserte sich erfreut über die Fortschritte, welche wir hier gemacht haben. Die Waniamwesi-Karawane, welche der Expedition begegnet ist, hat Allen durch ihre militärische Begrüssung und die deutschen Brocken, mit denen sie meldete, dass die Araber in Bagamoyo „kaput“ seien, viel Vergnügen gemacht. Ueber die Einrichtung der hiesigen Station und die Auswahl des Platzes für dieselbe sind Alle des Lobes voll. || Emin und Stanley waren heute zum Mittag bei mir; nachher besuchten mich Emin und Schinze. Wir hatten verabredet, einen deutschen Abend zu machen, und sind schon recht vertraut mit einander geworden. Die Engländer kommen morgen. Dr. Parke war schon nach Tisch bei mir. || Emin hat alle seine Stationen aufgegeben, da ihm aus Aegypten der strikte Befehl zur Rückkehr gegeben war. Seine Leute, welche noch 297 Personen zählen, bestehen, abgesehen von einigem Dienstpersonal, fast nur aus Weibern und Kindern. Die Soldaten haben sich geweigert, ihm zu folgen, und schon aus diesem Grunde ist es unmöglich gewesen, wie Stanley wohl gewünscht hätte, die Karawane durch die englische Interessensphäre auf Mombassa marschiren zu lassen. Aus Mangel an Trägern hat Emin auch seine Elfenbeinvorräthe zurücklassen müssen. Dieselben sind theilweise zuverlässigen Häuptlingen zur Aufbewahrung übergeben, theilweise sind sie in den Fluss versenkt. || Emin ist von lebhaftem Interesse für die deutschen Unternehmungen erfüllt. Er wird Euerer Hochwohlgeboren sehr dankbar sein, wenn Sie ihm gestatten, die in unseren Händen befindlichen Küstenplätze zu besichtigen. Ich glaube, dass er in manchen Beziehungen, namentlich was Truppenanwerbungen angeht, gute Rathschläge wird geben können. || Stanley ist von Emin als Führer der Expedition anerkannt. Der Mutan-Nzige, welchen er, wenn ich nicht irre, Albert Edward Lake getauft hat, ist von der Expedition nur berührt worden. Dagegen hat Stanley zwischen hier und jenem See Wichtiges erforscht und namentlich einen bisher nicht bekannten See entdeckt. Zu Usukuma (Nera) hat die Expedition Kämpfe zu bestehen gehabt und dabei eine Rinderheerde erbeutet. || Stanley freut sich sehr, Euere Hochwohlgeboren zu sehen, und sagte sogleich bei seinen ersten Worten, er habe unter den Eingeborenen westwärts von Mpwapwa schon viel vom Akili sin Aschera (Ihr Name bei den Eingeborenen) gehört. Ihr Anerbieten wegen Benutzung der Dampfer wurde dankbar begrüsst. Was den Weitermarsch nach der Küste betrifft, so habe ich Stanley zu der Simbabweni-Route gerathen; er ist aber vorläufig mehr für den Weg über Mamboia eingenommen; die Entscheidung soll bis morgen erfolgen.

Schmidt.

An || den kaiserlichen Kommissar für Ostafrika, Herrn Wissmann, Hochwohlgeboren.

Nr. 9742. DEUTSCHES REICH. — Emin Pascha an den Reichskommissar Wissmann. [118,34. Anlage 2.)

Mpwapwa, den 11. November 1889.

Hochverehrter Herr!

Nr. 9742. Deutsches Reich. 11. Nov. 1889.

Wohl nicht leicht hätte es eine freudigere Ueberraschung für mich geben können, als bei meinem Wiedereintritt in civilisirte Länder gerade von Ihnen, dem berühmten Forscher, zuerst begrüsst zu werden. Ich nehme dies als ein glückliches Omen für meine weiteren Pläne und würde mich jedenfalls freuen, wenn ich das grossartige Unternehmen, an dessen Spitze Sie stehen, durch meine Erfahrungen wenigstens einigermaassen fördern könnte. Den Inhalt Ihrer freundlichen Briefe sowie Ihre Empfehlungen an Herrn Stanley habe ich diesem sofort mitgetheilt, und er hat mich ersucht, Ihnen mit seinem Danke die Versicherung zu geben, dass er sich darauf freue, eine frühere Bekanntschaft mit Ihnen zu erneuern. Ich meinerseits brauche Ihnen kaum zu sagen, dass ich mit Ungeduld den Augenblick erwarte, Ihnen meinen besten Dank für Ihre Liebenswürdigkeit und für die mir in dieser Station gewordene herzliche Aufnahme zu sagen. || Wir sind gestern hier angelangt und dürften morgen oder übermorgen wieder abmarschiren, so dass, wenn nicht unvorhergesehene Umstände uns verzögern, wir ungefähr den 5. oder 6. December an der Küste eintreffen wollten. Ueber unsere Reise berichte ich Ihnen dann persönlich. || Zu meinem Leidwesen habe ich hier Herrn von Medem schwer krank angetroffen, hoffe jedoch, dass nun unter entsprechender Behandlung er sich bessern dürfte. Die kleine Station ist prächtig und Herr Lieutenant Schmidt der liebenswürdigste und beste Wirth. Können Sie wohl den Eindruck sich vorstellen, den es auf mich machte, mich seit 15 Jahren zum ersten Male unter deutscher Flagge zu finden? || Hoffentlich haben Sie gute Nachrichten von Dr. Peters; es sollte mir leid thun, sollte ihm auf der Suche nach mir Leides zustossen. || Der Kourier soll sofort abgehen, und ich verspare mir demnach alles Weitere auf unsere persönliche Begegnung. Nochmals also tausend Dank für alle Ihre Güte, die Bitte, mich Ihren Officieren zu empfehlen, und die Hoffnung, Sie bald zu sehen.

Ihr aufrichtig ergebener

Emin.

An || den kaiserlichen Kommissar für Ostafrika, Herrn Wissmann, || Hochwohlgeboren.

Bündnisse und Verträge.

Nr. 9743. DEUTSCHLAND und GRIECHENLAND. — Handels- und Schifffahrtsvertrag*). 9. Juli/27. Juni 1884.

(Uebersetzung.)

Nr. 9743. Deutschland und Griechenland. 9. Juli 1884.

Seine Majestät der deutsche Kaiser, König von Preussen, einerseits und Seine Majestät der König der Hellenen andererseits, von dem Wunsche geleitet, die Handels- und Schifffahrtsbeziehungen zwischen beiden Ländern zu erleichtern und zu vermehren, haben beschlossen, zu diesem Behufe einen Vertrag abzuschliessen, und zu Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der deutsche Kaiser, König von Preussen:

Allerhöchstihren ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Seiner Majestät dem König der Hellenen, Herrn Freiherrn Franz Egon von den Brincken,

Seine Majestät der König der Hellenen:

Allerhöchstihren Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Herrn Alexander A. Contostavlos,

welche, nach gegenseitiger Mittheilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, den folgenden Handels- und Schifffahrtsvertrag abgeschlossen haben:

Artikel 1.

Zwischen den hohen vertragschliessenden Theilen soll volle und gänzliche Freiheit des Handels und der Schifffahrt bestehen.

Die Angehörigen eines jeden der hohen vertragsschliessenden Theile sollen in dem Gebiete des anderen Theiles in Bezug auf Handel, Schifffahrt und Gewerbebetrieb dieselben Rechte, Privilegien und Begünstigungen aller Art geniessen, welche den Inländern oder den Angehörigen der meistbegünstigten Nation zustehen oder zustehen werden, und keinen anderen oder lästigeren, allgemeinen oder örtlichen Abgaben, Auflagen, Beschränkungen oder Verpflichtungen irgend welcher Art unterliegen, als denjenigen, welchen die Inländer und die Angehörigen der meistbegünstigten Nation unterworfen sind oder unterworfen sein werden.

*) Abgedruckt aus den Reichstagsakten. 6. Legislaturperiode, 1. Session 1884, Nr. 80.

Nr. 9743. Deutschland und Griechenland. 9. Juli 1884.

Die vorstehenden Bestimmungen finden keine Anwendung auf Apotheker, Handelsmakler, Hausirer und andere Personen, welche ein ausschliesslich im Umherwandern ausgeübtes Gewerbe betreiben; diese Gewerbetreibenden sollen ebenso behandelt werden als die Angehörigen der meistbegünstigten Nation, welche dasselbe Gewerbe betreiben.

Artikel 2.

Die Angehörigen eines jeden der hohen vertragschliessenden Theile sollen in dem Gebiete des anderen Theiles gleich den Inländern berechtigt sein, jede Art von beweglichem oder unbeweglichem Vermögen zu besitzen, durch Kaufvertrag, Tausch, Schenkung, letzten Willen oder auf andere Weise solches Vermögen zu erwerben und darüber zu verfügen, sowie Erbschaften kraft Gesetzes zu erwerben.

Auch sollen sie in keinem der gedachten Fälle anderen oder höheren Abgaben und Auflagen unterliegen, als die Inländer.

Artikel 3.

Die Deutschen in Griechenland und die Griechen in Deutschland sollen volle Freiheit haben, wie die Inländer ihre Geschäfte entweder in Person oder durch einen Agenten ihrer eigenen Wahl zu regeln, ohne verpflichtet zu sein, hierfür Einzelnen oder bevorrechtigten Körperschaften eine Vergütung oder Schadloshaltung zu zahlen, welche nicht auch von den Inländern selbst zu zahlen wäre.

Sie sollen freien Zutritt zu den Gerichten haben zur Verfolgung und Vertheidigung ihrer Rechte; sie sollen in dieser Hinsicht dieselben Rechte und Befreiungen wie die Inländer geniessen und wie diese befugt sein, sich in jeder Rechtssache der durch die Landesgesetze zugelassenen Anwälte, Bevollmächtigten oder Agenten zu bedienen.

Artikel 4.

Aktiengesellschaften und sonstige kommerzielle, industrielle oder finanzielle Gesellschaften, welche in dem Gebiete des einen der hohen vertragschliessenden Theile nach Maassgabe der dort geltenden Gesetze errichtet sind, sollen in dem Gebiete des anderen Theiles alle Rechte auszuüben befugt sein, welche den gleichartigen Gesellschaften der meistbegünstigten Nation zustehen.

Artikel 5.

Die Angehörigen jedes der beiden hohen vertragschliessenden Theile werden auf dem Gebiete des anderen von jedem Militärdienste, sowohl in der regulären Armee und in der Marine als in der Miliz und Nationalgarde, befreit sein. Ebenso werden sie von jedem zwangsweisen Amtsdienste gerichtlicher, administrativer oder munizipaler Art, von allen militärischen Requisitionen und Leistungen sowie von Zwangsanleihen und sonstigen Lasten, welche zu Kriegszwecken oder in Folge anderer aussergewöhnlicher Umstände auf-

gelegt werden, befreit sein, ausgenommen jedoch diejenigen Lasten, welche mit dem Besitz eines Grundstücks oder einer Pachtung verknüpft sind, und die militärischen Leistungen oder Requisitionen, zu welchen die Inländer und die Angehörigen der meistbegünstigten Nation herangezogen werden können.

Sie dürfen weder persönlich, noch in Bezug auf ihre beweglichen und unbeweglichen Güter zu anderen Verpflichtungen, Beschränkungen, Taxen oder Abgaben angehalten werden, als jenen, welchen die Inländer unterworfen sein werden.

Artikel 6.

Wenn Geschäftsleute des einen vertragschliessenden Theiles im Gebiete des anderen entweder selbst reisen oder ihre Kommis, Agenten oder sonstigen Vertreter reisen lassen zu dem Zwecke, um Einkäufe zu machen oder Bestellungen zu sammeln, sei es mit oder ohne Muster, sowie im allgemeinen Interesse ihrer Handels- und Industriegeschäfte, so dürfen diese Geschäftsleute oder ihre erwähnten Vertreter aus diesem Anlasse keiner weiteren Steuer oder Abgabe unterworfen werden, vorausgesetzt, dass ihre Eigenschaft als Handlungsreisende durch eine von den zuständigen Behörden ihres Landes ertheilte Legitimation dargethan wird.

Für zollpflichtige Gegenstände, welche als Muster von Kaufleuten, Gewerbetreibenden und Handelsreisenden eingebracht werden, wird beiderseits Befreiung von Eingangs- und Ausgangsabgaben zugestanden, unter der Voraussetzung, dass diese Gegenstände binnen der durch die Landesgesetze bestimmten Frist unverkauft wieder ausgeführt werden, und vorbehaltlich der Erfüllung der für die Wiederausfuhr oder für die Zurücklieferung in die Niederlage nothwendigen Zollförmlichkeiten.

Die Wiederausfuhr der Muster muss in beiden Ländern unmittelbar am ersten Einfuhrort durch Niederlegung des Betrages der bezüglichen Zollgebühren oder durch Sicherheitsstellung gewährleistet werden.

Die in das eine Land durch Handlungsreisende des anderen Landes eingeführten Muster dürfen nach erfolgter vorschriftsmässiger Abfertigung durch die Zollbehörde des ersten Einfuhrortes für die Dauer der im Gesetz bestimmten Frist nach anderen Orten desselben Landes auf dem Seewege befördert werden, ohne einer Wiederholung der Einfuhrförmlichkeiten unterworfen zu sein, und auf Grund einer der zuständigen Zollbehörde abgegebenen Transporterklärung.

Artikel 7.

Die hohen vertragschliessenden Theile werden, sobald in Griechenland der Schutz der Modelle, Muster, Fabrik- oder Handelszeichen sowie der Bezeichnung oder Etikettirung der Waaren oder ihrer Verpackung nach Maassgabe der in dieser Beziehung allgemein angenommenen Grundsätze durch Gesetz geregelt sein wird, durch ein Abkommen oder durch Austausch von Erklärungen die Förmlichkeiten festsetzen, von deren Erfüllung der Genuss der

bezüglichen, von dem einen und anderen Theile seinen Angehörigen eingeräumten Rechte abhängig sein wird.

Artikel 8.

Kein Einfuhr-, Ausfuhr- oder Durchfuhrverbot darf von einem der hohen vertragschliessenden Theile dem anderen gegenüber erlassen werden, welches nicht entweder gleichzeitig auf alle, oder doch unter gleichen Voraussetzungen auch auf andere Nationen Anwendung findet.

Artikel 9.

Die in dem beiliegenden Tarif A bezeichneten Gegenstände griechischer Herkunft oder Fabrikation werden bei ihrer Einfuhr in Deutschland zu den durch diesen Tarif festgestellten Zöllen und nach den dort gegebenen Bestimmungen zugelassen.

Die in dem beiliegenden Tarif B bezeichneten Gegenstände deutscher Herkunft oder Fabrikation werden bei ihrer Einfuhr in Griechenland zu den durch diesen Tarif festgestellten Zöllen und nach den dort gegebenen Bestimmungen zugelassen.

Die in den dem gegenwärtigen Vertrage beigefügten Tarifen aufgeführten oder nicht aufgeführten Eingangszölle sollen unabhängig von den Akzise-, Verbrauchs-, Oktroi- oder anderen Abgaben ähnlicher Art erhoben werden, hinsichtlich welcher Abgaben die Erzeugnisse jedes der vertragschliessenden Staaten bei ihrer Einfuhr in den anderen Staat die Behandlung erfahren sollen, welche die einheimischen Erzeugnisse erfahren oder in Zukunft erfahren werden.

Artikel 10.

Hinsichtlich der Ein- und Ausfuhr der im gegenwärtigen Vertrage und den beigefügten Tarifen genannten oder nicht genannten Waaren, ihrer Durchfuhr oder zollamtlichen Niederlage, der zu zahlenden Zölle, welcher Art sie seien, und der Zollförmlichkeiten jeder Art verpflichtet sich jeder der hohen vertragschliessenden Theile, den anderen unverzüglich und ohne weiteres an jeder Begünstigung, jedem Vorrecht oder jeder Herabsetzung in den Eingangs- und Ausgangsabgaben sowie jeder anderen Befreiung oder Konzession theilnehmen zu lassen, welche er einer dritten Macht eingeräumt hat oder einräumen wird.

Artikel 11.

Als deutsche oder griechische Schiffe sollen alle diejenigen angesehen werden, welche nach den Gesetzen des deutschen Reiches als deutsche oder nach den griechischen Gesetzen als griechische Schiffe anzuerkennen sind.

Artikel 12.

Die Schiffe jedes der beiden Länder sollen in den Häfen des anderen in allem, was die Einfuhr und Ausfuhr der Waaren, ihre Durchfuhr oder zollamtliche Niederlegung betrifft, den einheimischen Schiffen gleichgestellt sein.

Diese Waaren sollen der Bezahlung keiner anderen oder höheren Zölle unterliegen, als wenn sie durch einheimische Schiffe ein-, aus-, durchgeführt oder auf Niederlage gebracht wären. Sie sollen auch zu denselben Privilegien, Abgaben-Ermässigungen, Vergünstigungen und Zollrückerstattungen berechtigt sein, welche den auf Schiffen des Landes verladenen Waaren eingeräumt werden.

Artikel 13.

Die Schiffe eines der hohen vertragschliessenden Theile, welche mit Ballast oder beladen in die Häfen des anderen Theiles einlaufen oder dieselben verlassen, werden daselbst in jeder Hinsicht, welcher auch immer der Ort ihres Auslaufens oder ihrer Bestimmung sein möge, auf demselben Fusse wie die einheimischen Schiffe behandelt werden. Sowohl bei ihrem Einlaufen und bei ihrem Auslaufen, wie während ihres Aufenthaltes werden sie keine anderen oder höheren Leuchtthurm-, Tonnen-, Lootsen-, Hafen-, Remorquirungs-, Quarantäne- oder sonstigen Gebühren, welche auf dem Schiffskörper, unter welcher Bezeichnung es sei, lasten und im Namen und zu Gunsten des Staates, öffentlicher Beamten, von Gemeinden oder von irgend welchen Korporationen erhoben werden, zu entrichten haben, als diejenigen, zu welchen die einheimischen Schiffe daselbst verpflichtet sind oder sein werden.

In Bezug auf die Aufstellung, die Beladung und die Löschung der Schiffe in den Häfen, Rheden, Buchten und Bassins sowie überhaupt in Ansehung aller Förmlichkeiten und sonstiger Bestimmungen, denen die Handelsfahrzeuge, ihre Mannschaften und ihre Ladung unterworfen werden können, ist man übereingekommen, dass den inländischen Schiffen kein Vorrecht und keine Begünstigung zugestanden werden soll, welche nicht gleichmässig den Schiffen des anderen Theiles zukommen, indem es der Wille der hohen vertragschliessenden Theile ist, dass auch in dieser Hinsicht ihre Schiffe auf dem Fusse einer vollständigen Gleichheit behandelt werden sollen.

Artikel 14.

Was die Küstenschifffahrt betrifft, so soll jeder der hohen vertragschliessenden Theile für seine Schiffe alle Begünstigungen und Vorrechte, welche der andere Theil in dieser Hinsicht irgend einer dritten Macht eingeräumt hat oder einräumen wird, unter der Bedingung in Anspruch nehmen können, dass er auch die Schiffe des anderen Theiles an denselben Begünstigungen und Vorrechten theilnehmen lässt.

Es sollen die Schiffe eines jeden der hohen vertragschliessenden Theile, welche in einen der Häfen des anderen Theiles einlaufen, um daselbst ihre Ladung zu vervollständigen oder einen Theil derselben zu löschen, wenn sie sich den Gesetzen und Verordnungen des Landes fügen, den nach einem anderen Hafen desselben oder eines anderen Landes bestimmten Theil ihrer Ladung an Bord behalten und ihn wieder ausführen können, ohne gehalten zu sein, für diesen letzteren Theil ihrer Ladung irgend eine Abgabe zu bezahlen,

Nr. 9743. Deutschland und Griechenland. 9. Juli 1884.

ausser den Aufsichtsabgaben, welche übrigens nur nach dem für die inländische Schifffahrt bestimmten Satze erhoben werden dürfen.

Artikel 15.

Der gegenwärtige Handelsvertrag erstreckt sich auf die mit einem der hohen vertragschliessenden Theile gegenwärtig oder künftig zollgeeinten Länder oder Gebiete.

Artikel 16.

Gegenwärtiger Vertrag wird ratifizirt und die Ratifikationen werden sobald als möglich ausgewechselt.

Derselbe wird zehn Tage nach Austausch der Ratifikationen in Wirksamkeit treten und während der hierauf folgenden zehn Jahre in Geltung bleiben.

Falls keiner der hohen vertragschliessenden Theile zwölf Monate vor Ablauf der bezeichneten Periode seine Absicht, die Wirkungen des Vertrages aufhören zu machen, kundgegeben haben wird, wird derselbe bis zum Ablaufe eines Jahres, vom Tage, wo einer oder der andere der vertragschliessenden Theile ihn gekündigt haben wird, in Kraft bleiben.

Mit dem Beginn der Wirksamkeit dieses Vertrages treten die früher zwischen einzelnen Staaten Deutschlands und Griechenland abgeschlossenen Handels- und Schifffahrtsverträge ausser Kraft.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet und ihre Siegel beigedrückt.

So geschehen zu Athen in doppelter Ausfertigung den 9. Juli/27. Juni 1884.

Brincken.
Contostavlos.

(Es folgt der specielle Tarif.)

Nr. 9744. GROSSBRITANNIEN und GRIECHENLAND. — Handels- und Schifffahrtsvertrag. 10. November 1886*).

Nr. 9744. Grossbritannien und Griechenland. 10. Nov. 1886.

Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Empress of India, and His Majesty the King of the Hellenes, being desirous to extend and facilitate the relations of commerce between their respective subjects and dominions, have determined to conclude a new Treaty with this object, and they have appointed their respective Plenipotentiaries, that is to say:

Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Empress of India, Sir Horace Rumbold, a Baronet of Great Britain, Knight Commander of the Most Distinguished Order of Saint Michael and Saint George, and Her Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary to

*) Aus den Akten des englischen Parlaments 1889. Commercial N. 18.

His Majesty the King of the Hellenes; || and His Majesty the King of the Hellenes, M. Stephen Dragoumi, Minister for Foreign Affairs; || who, after having communicated to each other their respective full powers, found in good and due form, have agreed upon the following Articles: —

Article I.

There shall be between the dominions and possessions of the two High Contracting Parties reciprocal freedom of commerce and navigation. The subjects of each of the two Parties shall have liberty freely to come, with their ships and cargoes, to all places, ports and rivers in the dominions and possessions of the other to which native subjects generally are or may be permitted to come, and shall enjoy respectively the same rights, privileges, liberties, favours, immunities and exemptions in matters of commerce and navigation which are or may be enjoyed by native subjects, without having to pay any tax or impost greater than those paid by the same, and they shall be subject to the laws and regulations in force.

Article II.

No other or higher duties shall be imposed on the importation into the dominions and possessions of Her Britannic Majesty of any article the produce or manufacture of the dominions and possessions of His Majesty the King of the Hellenes, from whatever place arriving, and no other or higher duties shall be imposed on the importation into the dominions and possessions of His Majesty the King of the Hellenes of any article the produce or manufacture of Her Britannic Majesty's dominions and possessions, from whatever place arriving, than on articles produced or manufactured in any other foreign country; nor shall any prohibition be maintained or imposed on the importation of any article the produce or manufacture of the dominions and possessions of either of the Contracting Parties into the dominions and possessions of the other, from whatever place arriving, which shall not equally extend to the importation of the like articles being the produce or manufacture of any other country. This last provision is not applicable to the sanitary and other prohibitions occasioned by the necessity of protecting the safety of persons or of cattle, or of plants useful to agriculture.

Article III.

No other or higher duties or charges shall be imposed in the dominions and possessions of either of the Contracting Parties on the exportation of any article to the dominions and possessions of the other than such as are or may be payable on the exportation of the like article to any other foreign country; nor shall any prohibition be imposed on the exportation of any article from the dominions and possessions of either of the two Contracting Parties to the dominions and possessions of the other which shall not equally extend to the exportation of the like article to any other country.

Nr. 9744. Grossbritannien und Griechenland. 10 Nov. 1886.

Article IV.

The subjects of each of the Contracting Parties shall enjoy, in the dominions and possessions of the other, exemption from all transit duties, and a perfect equality of treatment with native subjects in all that relates to warehousing, bounties, facilities and drawbacks.

Article V.

All articles which are or may be legally imported into the ports of the dominions and possessions of Her Britannic Majesty in British vessels may likewise be imported into those ports in Hellenic vessels, without being liable to any other or higher duties or charges of whatever denomination than if such articles were imported in British vessels; and reciprocally all articles which are or may be legally imported into the ports of the dominions and possessions of His Majesty the King of the Hellenes in Hellenic vessels may likewise be imported into those ports in British vessels without being liable to any other or higher duties or charges of whatever denomination than if such articles were imported in Hellenic vessels. Such reciprocal equality of treatment shall take effect without distinction, whether such articles come directly from the place of origin or from any other place. || In the same manner, there shall be perfect equality of treatment in regard to exportation, so that the same export duties shall be paid, and the same bounties and drawbacks allowed, in the dominions and possessions of either of the Contracting Parties on the exportation of any article which is or may be legally exported therefrom, whether such exportation shall take place in Hellenic or in British vessels, and whatever may be the place of destination, whether a port of either of the Contracting Parties, or of any third Power.

Article VI.

No duties of tonnage, harbour, pilotage, lighthouse, quarantine, or other similar or corresponding duties of whatever nature, or under whatever denomination, levied in the name or for the profit of Government, public functionaries, private individuals, corporations, or establishments of any kind, shall be imposed in the ports of the dominions and possessions of either country upon the vessels of the other country which shall not equally and under the same conditions be imposed in the like cases on national vessels in general. Such equality of treatment shall apply reciprocally to the respective vessels, from whatever port or place they may arrive, and whatever may be their place of destination.

Article VII.

In all that regards the coasting trade, the stationing loading and unloading of vessels in the ports, basins, docks, roadsteads, harbours, or rivers of the dominions and possessions of the two countries, no privilege shall be granted to national vessels which shall not be equally granted to vessels of

the other country; the intention of the Contracting Parties being, that in these respects also the respective vessels shall be treated on the footing of perfect equality.

Article VIII.

Any ship of war or merchant-vessel of either of the Contracting Parties which may be compelled by stress of weather, or by accident, to take shelter in a port of the other, shall be at liberty to refit therein, to procure all necessary stores, and to put to sea again, without paying any dues other than such as would be payable in a similar case by a national vessel. In case, however, the master of a merchant-vessel should be under the necessity of disposing of a part of his merchandize in order to defray his expenses, he shall be bound to conform to the regulations and tariffs of the place to which he may have come. || If any ship of war or merchant-vessel of one of the Contracting Parties should run aground or be wrecked upon the coast of the other, such ship or vessel, and all parts thereof, and all furniture and appurtenances belonging thereunto, and all goods and merchandize saved therefrom, including any which may have been cast into the sea, or the proceeds thereof if sold, as well as all papers found on board such stranded or wrecked ship or vessel, shall be given up to the owners or their agents when claimed by them. If there are no such owners or agents on the spot, then the same shall be delivered to the British or Hellenic Consul-General, Consul, Vice-Consul, or Consular Agent in whose district the wreck or stranding may have taken place, upon being claimed by him within the period fixed by the laws of the country; and such Consuls, owners, or agents shall pay only the expenses incurred in the preservation of the property, together with the salvage or other expenses which would have been payable in the like case of a wreck of a national vessel. || The goods and merchandize saved from the wreck shall be exempt from all duties of Customs, unless cleared for consumption, in which case they shall pay the same rate of duty as if they had been imported in a national vessel. || In the case either of a vessel being driven in by stress of weather, run aground, or wrecked, the respective Consuls-General, Consuls, Vice-Consuls and Consular Agents shall, if the owner or master or other agent of the owner is not present, or is present and requires it, be authorized to interpose in order to afford the necessary assistance to their fellow-countrymen.

Article IX.

All vessels which, according to British law, are to be deemed British vessels, and all vessels which, according to Hellenic law, are to be deemed Hellenic vessels, shall, for the purposes of this Treaty, be deemed British and Hellenic vessels respectively.

Article X.

The Contracting Parties agree, that, in all matters relating to commerce and navigation, any privilege, favour, or immunity whatever which either Con-

Nr. 9744. Gross-britannien und Griechen-land. 10. Nov. 1886.

tracting Party has actually granted or may hereafter grant to the subjects or citizens of any other State shall be extended immediately and unconditionally to the subjects or citizens of the other Contracting Party; it being their intention, that the trade and navigation of each country shall be placed, in all respects, by the other on the footing of the most favoured nation.

Article XI.

It shall be free to each of the Contracting Parties to appoint Consuls-General, Consuls, Vice-Consuls and Consular Agents to reside in the towns and ports of the dominions and possessions of the other. Such Consuls-General, Consuls, Vice-Consuls and Consular Agents, however, shall not enter upon their functions until after they shall have been approved and admitted in the usual form by the Government to which they are sent. They shall enjoy all the faculties, privileges, exemptions and immunities of every kind which are or shall be granted to Consuls of the most favoured nation.

Article XII.

The subjects of each of the Contracting Parties who shall conform themselves to the laws of the country — || 1. Shall have full liberty, with their families, to enter, travel, or reside in any part of the dominions and possessions of the other Contracting Party. || 2. They shall be permitted to hire or possess the houses, manufactories, warehouses, shops and premises which may be necessary for them. || 3. They may carry on their commerce either in person or by any agents whom they may think fit to employ. || 4. They shall not be subject in respect of their persons or property, or in respect of passports, nor in respect of their commerce or industry, to any taxes, whether general or local, or to imposts or obligations of any kind whatever other or greater than those which are or may be imposed upon native subjects.

Article XIII.

The subjects of each of the Contracting Parties in the dominions and possessions of the other shall be exempted from all compulsory military service whatever, whether in the army, navy, or national guard or militia. They shall be equally exempted from all judicial and municipal functions whatever other than those imposed by the laws relating to juries, as well as from all contributions, whether pecuniary or in kind, imposed as a compensation for personal service, and finally from every species of exaction or military requisition, as well as from forced loans and other charges which may be imposed for purposes of war, or as a result of other extraordinary circumstances. The duties and charges connected with the ownership or leasing of lands and other real property are, however, excepted, as well as all exactions or military requisitions to which all subjects of the country may be liable as owners or lessees of real property.

Article XIV.

The subjects of each of the Contracting Parties in the dominions and possessions of the other shall be at full liberty to exercise civil rights, and therefore to acquire, possess and dispose of every description of property, movable and immovable. They may acquire and transmit the same to others, whether by purchase, sale, donation, exchange, marriage, testament, succession *ab intestato*, and in any other manner, under the same conditions as national subjects. Their heirs may succeed to and take possession of it, either in person or by procurators, in the same manner and in the same legal forms as subjects of the country; and in the case of subjects of either of the Contracting Parties dying intestate, their property shall be administered to by their respective Consuls or Vice-Consuls as far as is consistent with the laws of both countries. || In none of these respects shall they pay upon the value of such property any other or higher impost, duty, or charge than is payable by subjects of the country. In every case the subjects of the Contracting Parties shall be permitted to export their property, or the proceeds thereof if sold, on the same conditions as subjects of the country.

Article XV.

The dwellings, manufactories, warehouses and shops of the subjects of each of the contracting Parties in the dominions and possessions of the other, and all premises appertaining thereto destined for purposes of residence or commerce, shall be respected. || It shall not be allowable to proceed to make a search of, or a domiciliary visit to such dwellings and premises, or to examine or inspect books, papers, or accounts, except under the conditions and with the forms prescribed by the laws for subjects of the country. || The subjects of each of the two Contracting Parties in the dominions and possessions of the other shall have free access to the Courts of Justice for the prosecution and defence of their rights, without other conditions, restrictions, or taxes beyond those imposed on native subjects, and shall, like them, be at liberty to employ, in all causes, their advocates, attorneys, or agents from among the persons admitted to the exercise of those professions according to the laws of the country.

Article XVI.

The Consuls-General, Consuls, Vice-Consuls and Consular Agents of each of the Contracting Parties, residing in the dominions and possessions of the other, shall receive from the local authorities such assistance as can by law be given to them for the recovery of deserters from the vessels of their respective countries.

Article XVII.

The stipulations of the present Treaty shall be applicable, as far as the laws permit, to all the Colonies and foreign possessions of Her Britannic Majesty, excepting to those hereinafter named, that is to say, except to —

Nr. 9744. Grossbritannien und Griechenland. 10. Nov. 1886.

India. The Dominion of Canada. Newfoundland. The Cape. Natal. New South Wales. Victoria. Queensland. Tasmania. South Australia. Western Australia. New Zealand.

Provided always, that the stipulations of the present Treaty shall be made applicable to any of the above-named Colonies or foreign possessions on whose behalf notice to that effect shall have been given by Her Britannic Majesty's Representative at the Court of Greece to the Hellenic Minister for Foreign Affairs, within one year from the date of the exchange of the ratifications of the present Treaty.

Article XVIII.

The present Treaty shall apply to any countries or territories which may hereafter unite in a Customs Union with one or other of the High Contracting Parties.

Article XIX.

The present Treaty shall come into force on the exchange of the ratifications, and shall remain in force for ten years, and thereafter until the expiration of a year from the day, in which one or other of the Contracting Parties shall have repudiated it. || Each of the Contracting Parties reserves, however, the right of causing it to terminate upon twelve months' notice being given previously. || It is understood, that the Treaty of Commerce and Navigation concluded between Great Britain and Greece on the 4th October, 1837, is abrogated by the present Treaty.

Article XX.

The present Treaty shall be ratified by the two Contracting Parties, and the ratifications thereof shall be exchanged at Athens as soon as possible.

In faith whereof the Plenipotentiaries of the Contracting Parties have signed the present Treaty in duplicate, in the English and Greek languages, and thereto affixed their respective seals.

Done in Athens, this 10th day of November, in the year 1886.

Horace Rumbold.
S. Dragoumi.

Protocol.

At the moment of proceeding this day to the signature of the Treaty of Commerce and Navigation between Great Britain and Greece, the Plenipotentiaries of the two High Contracting Parties have declared as follow: —

Any controversies which may arise respecting the interpretation or the execution of the present Treaty, or the consequences of any violation thereof, shall be submitted, when the means of settling them directly by amicable agree-

ment are exhausted, to the decision of Commissions of Arbitration, and that the result of such arbitration shall be binding upon both Governments.

Nr. 9744. Gross-britannien und Griechenland. 10. Nov. 1886.

The members of such Commissions shall be selected by the two Governments by common consent, failing which each of the Parties shall nominate an Arbitrator, or an equal number of Arbitrators, and the Arbitrators thus appointed shall select an Umpire.

The procedure of the arbitration shall in each case be determined by the Contracting Parties, failing which the Commission of Arbitration shall be itself entitled to determine it beforehand.

The undersigned Plenipotentiaries have agreed, that this Protocol shall be submitted to the two High Contracting Parties at the same time as the Treaty, and that, when the Treaty is ratified, the agreements contained in the Protocol shall also equally be considered as approved, without the necessity of a further formal ratification.

In faith whereof the two Plenipotentiaries have signed the present Protocol, and thereto affixed their respective seals.

Done at Athens, this 10th day of November, in the year 1886.

Horace Rumbold.
S. Dragoumi.

List of British Colonies which have acceded to the above Treaty under Article XVII.

1. Victoria, March 15, 1888. 2. Queensland, March 15, 1888. 3. Tasmania, March 15, 1888. 3. Western Australia, March 15, 1888. 4. Natal, March 15, 1888. 6. Newfoundland, April 12, 1888. 7. South Australia, April 12, 1888. New Zealand, April 12, 1888.

The following have not acceded to the Treaty.

1. India. 2. Cape of Good Hope. 3. Canada. New South Wales.

Nr. 9745. DEUTSCHLAND und RUMÄNIEN. — Nachtragsconvention zur Handelsconvention vom 14. November 1877. 1. März 1887*).

(Uebersetzung.)

Nr. 9745. Deutschland und Rumänien. 1. März 1887.

Seine Majestät der deutsche Kaiser, König von Preussen, und Seine Majestät der König von Rumänien, von dem Wunsche geleitet, auf Grund des Vorbehaltes im Artikel XXV, Absatz 3 der Handelskonvention vom 14. No-

*) Abgedruckt aus den Reichstagsakten. 7. Legislaturperiode. 1. Session 1887. Nr. 86.

Nr. 9745. Deutschland und Rumänien. 1. März 1887.

vember 1877, einzelne Abänderungen der letzteren herbeizuführen, welche im Interesse der Ausdehnung und Erleichterung der Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern als zweckmässig befunden worden sind, haben zu diesem Behuf zu ihren Bevollmächtigten ernannt, nämlich

Seine Majestät der deutsche Kaiser, König von Preussen:

Allerhöchstihren ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am königlich rumänischen Hofe, Wirklichen Geheimen Legationsrath Clemens August Busch,

und

Seine Majestät der König von Rumänien:

Allerhöchstihren Minister, Staatssekretär im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten Michael Pherekyde,

welche, nach Mittheilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, Folgendes vereinbart haben:

Artikel 1.

In Erweiterung der im Artikel V der Handelskonvention vom 14. November 1877 festgesetzten Bestimmungen, betreffend die Ausnahmen von der Verpflichtung, den gegenseitigen Verkehr zwischen beiden Ländern durch keinerlei Einfuhr-, Ausfuhr- oder Durchfuhrverbot zu hemmen, wird an Stelle des Absatzes

a) bei Tabak in allen seinen Formen, Salz und Schiesspulver

gesetzt:

a) für Staatsmonopole.

Artikel 2.

An Stelle der im Artikel VIII der Handelskonvention vom 14. November 1877 bezeichneten, derselben beigefügten Tarife A und B treten die der gegenwärtigen Konvention beigefügten Tarife A und B.

Artikel 3.

Wenn und insoweit Rumänien während der Geltungsdauer der Handelskonvention vom 14. November 1877 über den 10. Juli 1891 hinaus mit einer dritten Nation einen Vertrag oder ein Handelsabkommen irgend welcher Art abschliessen oder erneuern sollte, soll die erwähnte Handelskonvention mit den in der gegenwärtigen Konvention festgesetzten Modifikationen von selbst und für die gleiche Dauer verlängert gelten.

Artikel 4.

Die gegenwärtige Konvention soll ratifizirt und die Ratifikations-Urkunden sollen sobald als möglich in Bukarest ausgetauscht werden.

Dieselbe soll drei Wochen nach Austausch der Ratifikations-Urkunden in Kraft treten und so lange in Geltung bleiben, als die Handelskonvention vom 14. November 1877 sich in Kraft befinden wird.

Nr. 9745. Deutschland und Rumänien. 1. März 1887.

Zur Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten die gegenwärtige Konvention unterzeichnet und ihre Siegel beigedrückt.

So geschehen zu Bukarest in doppelter Ausfertigung den 1. März 1887.

Busch.
M. Pherekyde.

(Es folgt der specielle Tarif.)

Nr. 9746. DEUTSCHLAND, BELGIEN, SPANIEN, FRANKREICH, GROSSBRITANNIEN, HAITI, ITALIEN, LIBERIA, SCHWEIZ, TUNIS. — Uebereinkunft, betreffend die Bildung eines internationalen Verbandes zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst*). 9. September 1886.

(Uebersetzung.)

Nr. 9746. Vertrags-Staaten. 9. Sept. 1886.

Seine Majestät der deutsche Kaiser, König von Preussen, Seine Majestät der König der Belgier, im Namen Seiner katholischen Majestät des Königs von Spanien Ihre Majestät die Königin-Regentin von Spanien, der Präsident der französischen Republik, Ihre Majestät die Königin des Vereinigten Königreichs von Grossbritannien und Irland, Kaiserin von Indien, der Präsident der Republik Haïti, Seine Majestät der König von Italien, der Präsident der Republik Liberia, der Bundesrath der schweizerischen Eidgenossenschaft, Seine Hoheit der Bey von Tunis, gleichmässig von dem Wunsche beseelt, in wirksamer und möglichst gleichmässiger Weise das Urheberrecht an Werken der Literatur und Kunst zu schützen, haben den Abschluss einer Uebereinkunft zu diesem Zweck beschlossen und zu ihren Bevollmächtigten ernannt, nämlich

Seine Majestät der deutsche Kaiser, König von Preussen:
den Herrn Otto von Bülow,
Wirklichen Geheimen Legationsrath und Kammerherrn Seiner Majestät, Allerhöchstihren ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei der schweizerischen Eidgenossenschaft;

Seine Majestät der König der Belgier:
den Herrn Moritz Delfosse,
Allerhöchstihren ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei der schweizerischen Eidgenossenschaft;

im Namen Seiner katholischen Majestät des Königs von Spanien Ihre Majestät die Königin-Regentin von Spanien:
den Herrn Grafen de la Almina, Senator, ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei der schweizerischen Eidgenossenschaft; || den Herrn Don José Villa-Amil y Castro, Chef der Abtheilung

---

*) Abgedruckt aus den Reichstagsakten. 7. Legislaturperiode. 1. Session 1887. Nr. 100.

Nr. 9746. Vertrags-Staaten. 9. Sept. 1886.

für geistiges Eigenthum im Ministerium des öffentlichen Unterrichts, Doktor des Civil- und kanonischen Rechts, Mitglied der Fachkörperschaft der Archivisten, Bibliothekare und Archäologen, sowie der Akademien der Geschichte und der schönen Künste von St. Ferdinand und der Akademie der Wissenschaften zu Lissabon;

der Präsident der französischen Republik:

den Herrn Franz Victor Emanuel Arago, Senator, Botschafter der französischen Republik bei der schweizerischen Eidgenossenschaft;

Ihre Majestät die Königin des Vereinigten Königreichs von Grossbritannien und Irland, Kaiserin von Indien:

Sir Francis Ottiwell Adams, Kommandeur des sehr ausgezeichneten Ordens von St. Michael und St. Georg, Mitglied des sehr ehrenwerthen Bath-Ordens, Allerhöchstihren ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister zu Bern, und || den Herrn John Henry Gibbs Bergne, Mitglied des sehr ausgezeichneten Ordens von St. Michael und St. Georg, Director im auswärtigen Amt zu London;

der Präsident der Republik Haïti:

den Herrn Ludwig Joseph Janvier, Doktor der Medicin der Fakultät zu Paris, Laureat der medizinischen Fakultät zu Paris, Inhaber eines Diploms der Schule der politischen Wissenschaften zu Paris (administrative Abtheilung), Inhaber eines Diploms der Schule der politischen Wissenschaften zu Paris (diplomatische Abtheilung), Inhaber der dritten Klasse der dekorativen Medaille von Haïti;

Seine Majestät der König von Italien:

den Herrn Karl Emanuel Beccaria, Marquis von Incisa, Ritter des St. Mauritius- und Lazarus-Ordens und des Ordens der italienischen Krone, Allerhöchstihren Geschäftsträger bei der schweizerischen Eidgenossenschaft;

der Präsident der Republik Liberia:

den Herrn Wilhelm Koentzer, Kaiserlichen Rath, Generalkonsul, Mitglied der Wiener Handelskammer;

der Bundesrath der schweizerischen Eidgenossenschaft:

den Herrn Numa Droz, Vice-Präsidenten des Bundesraths, Chef des Handels- und Landwirthschafts-Departements, || den Herrn Ludwig Ruchonnet, Bundesrath, Chef des Justiz- und Polizei-Departements, || den Herrn A. von Orelli, Professor der Rechte an der Universität Zürich;

Seine Hoheit der Bey von Tunis:

den Herrn Ludwig Renault, Professor in der juristischen Fakultät zu Paris und an der freien Schule der politischen Wissenschaften, Ritter des Ordens der Ehrenlegion und des Ordens der italienischen Krone;

welche, nach gegenseitiger Mittheilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, folgende Artikel vereinbart haben:

Artikel 1.

Die vertragschliessenden Länder bilden einen Verband zum Schutze des Urheberrechts an Werken der Literatur und Kunst.

Artikel 2.

Die einem der Verbandsländer angehörigen Urheber oder ihre Rechtsnachfolger geniessen in den übrigen Ländern für ihre Werke, und zwar sowohl für die in einem der Verbandsländer veröffentlichten, als für die überhaupt nicht veröffentlichten, diejenigen Rechte, welche die betreffenden Gesetze den inländischen Urhebern gegenwärtig einräumen oder in Zukunft einräumen werden. || Der Genuss dieser Rechte ist von der Erfüllung der Bedingungen und Förmlichkeiten abhängig, welche durch die Gesetzgebung des Ursprungslandes des Werkes vorgeschrieben sind; derselbe kann in den übrigen Ländern die Dauer des in dem Ursprungslande gewährten Schutzes nicht übersteigen. || Als Ursprungsland des Werkes wird dasjenige angesehen, in welchem die erste Veröffentlichung erfolgt ist, oder, wenn diese Veröffentlichung gleichzeitig in mehreren Verbandsländern stattgefunden hat, dasjenige unter ihnen, dessen Gesetzgebung die kürzeste Schutzfrist gewährt. || In Ansehung der nicht veröffentlichten Werke gilt das Heimathland des Urhebers als Ursprungsland des Werkes.

Artikel 3.

Die Bestimmungen der gegenwärtigen Uebereinkunft finden in gleicher Weise auf die Verleger von solchen Werken der Literatur und Kunst Anwendung, welche in einem Verbandslande veröffentlicht sind, und deren Urheber einem Nichtverbandslande angehört.

Artikel 4.

Der Ausdruck „Werke der Literatur und Kunst" umfasst Bücher, Broschüren und alle anderen Schriftwerke; dramatische und dramatisch-musikalische Werke, musikalische Kompositionen mit oder ohne Text; Werke der zeichnenden Kunst, der Malerei, der Bildhauerei; Stiche, Lithographien, Illustrationen, geographische Karten; geographische, topographische, architektonische oder sonstige wissenschaftliche Pläne, Skizzen und Darstellungen plastischer Art; überhaupt jedes Erzeugniss aus dem Bereiche der Literatur, Wissenschaft oder Kunst, welches im Wege des Drucks oder sonstiger Vervielfältigung veröffentlicht werden kann.

Artikel 5.

Den einem Verbandslande angehörigen Urhebern oder ihren Rechtsnachfolgern steht in den übrigen Ländern, bis zum Ablauf von zehn Jahren, von der Veröffentlichung des Originalwerkes in einem der Verbandsländer an ge-

Nr. 9746. Vertrags-Staaten. 9. Sept. 1886.

rechnet, das ausschliessliche Recht zu, ihre Werke zu übersetzen oder die Uebersetzung derselben zu gestatten. || Bei den in Lieferungen veröffentlichten Werken beginnt die Frist von zehn Jahren erst mit dem Erscheinen der letzten Lieferung des Originalwerkes. || Bei Werken, welche aus mehreren, in Zwischenräumen erscheinenden Bänden bestehen, sowie bei fortlaufenden Berichten oder Heften, welche von literarischen oder wissenschaftlichen Gesellschaften oder von Privatpersonen veröffentlicht werden, wird jeder Band, jeder Bericht oder jedes Heft bezüglich der zehnjährigen Schutzfrist als ein besonderes Werk angesehen. || In den in diesem Artikel vorgesehenen Fällen gilt für die Berechnung der Schutzfristen als Tag der Veröffentlichung der 31. December des Jahres, in welchem das Werk erschienen ist.

Artikel 6.

Rechtmässige Uebersetzungen werden wie Originalwerke geschützt. Sie geniessen demzufolge rücksichtlich ihrer unbefugten Vervielfältigung in den Verbandsländern den in den Artikeln 2 und 3 festgesetzten Schutz. || Wenn es sich indessen um ein Werk handelt, betreffs dessen das Recht zur Uebersetzung allgemein freisteht, so steht dem Uebersetzer kein Einspruch gegen die Uebersetzung des Werkes durch andere Schriftsteller zu.

Artikel 7.

Artikel, welche in einem Verbandslande in Zeitungen oder periodischen Zeitschriften veröffentlicht sind, können im Original oder in Uebersetzung in den übrigen Verbandsländern abgedruckt werden, falls nicht die Urheber oder Herausgeber den Abdruck ausdrücklich untersagt haben. Bei Zeitschriften genügt es, wenn das Verbot allgemein an der Spitze einer jeden Nummer der Zeitschrift ausgesprochen ist. || Dies Verbot soll jedoch bei Artikeln politischen Inhalts oder bei dem Abdruck von Tagesneuigkeiten und „vermischten Nachrichten“ keine Anwendung finden.

Artikel 8.

Bezüglich der Befugniss, Auszüge oder Stücke aus Werken der Literatur und Kunst in Veröffentlichungen, welche für den Unterricht bestimmt oder wissenschaftlicher Natur sind, oder in Chrestomathien aufzunehmen, sollen die Gesetzgebungen der einzelnen Verbandsländer und die zwischen ihnen bestehenden oder in Zukunft abzuschliessenden besonderen Abkommen maassgebend sein.

Artikel 9.

Die Bestimmungen des Artikels 2 finden auf die öffentliche Aufführung dramatischer oder dramatisch-musikalischer Werke Anwendung, gleichviel, ob diese Werke veröffentlicht sind oder nicht. || Die Urheber von dramatischen oder dramatisch-musikalischen Werken, sowie ihre Rechtsnachfolger werden gegenseitig, während der Dauer ihres ausschliesslichen Uebersetzungsrechts,

gegen die öffentliche, von ihnen nicht gestattete Aufführung einer Uebersetzung ihrer Werke geschützt. || Die Bestimmungen des Artikels 2 finden gleichfalls Anwendung auf die öffentliche Aufführung von nicht veröffentlichten und solchen veröffentlichten musikalischen Werken, bei denen der Urheber auf dem Titelblatt oder an der Spitze des Werkes ausdrücklich die öffentliche Aufführung untersagt hat.

Artikel 10.

Zu der unerlaubten Wiedergabe, auf welche die gegenwärtige Uebereinkunft Anwendung findet, gehört insbesondere auch diejenige nicht genehmigte indirekte Aneignung eines Werkes der Literatur oder Kunst, welche mit verschiedenen Namen, wie „Adaptationen, musikalische Arrangements“ u. s. w., bezeichnet zu werden pflegt, sofern dieselbe lediglich die Wiedergabe eines solchen Werkes in derselben oder einer anderen Form, mit unwesentlichen Aenderungen, Zusätzen oder Abkürzungen darstellt, ohne im Uebrigen die Eigenschaft eines neuen Originalwerkes zu besitzen. || Es besteht darüber Einverständniss, dass die Gerichte der verschiedenen Verbandsländer gegebenen Falls diesen Artikel nach Maassgabe der besonderen Bestimmungen ihrer Landesgesetze anzuwenden haben.

Artikel 11.

Damit die Urheber der durch die gegenwärtige Uebereinkunft geschützten Werke bis zum Beweise des Gegentheils als solche angesehen und demgemäss vor den Gerichten der einzelnen Verbandsländer zur Verfolgung von unerlaubter Wiedergabe zugelassen werden, genügt es, wenn ihr Name in der üblichen Weise auf dem Werke angegeben ist || Bei anonymen oder pseudonymen Werken ist der Verleger, dessen Name auf dem Werke steht, zur Wahrnehmung der dem Urheber zustehenden Rechte befugt. Derselbe gilt ohne weiteren Beweis als Rechtsnachfolger des anonymen oder pseudonymen Urhebers. || Im Uebrigen können die Gerichte eintretenden Falls die Beibringung einer von der zuständigen Behörde ausgestellten Bescheinigung fordern, durch welche die Erfüllung der im Sinne des Artikels 2 von der Gesetzgebung des Ursprungslandes vorgeschriebenen Förmlichkeiten dargethan wird.

Artikel 12.

Jedes nachgedruckte oder nachgebildete Werk kann bei der Einfuhr in diejenigen Verbandsländer, in welchen das Originalwerk auf gesetzlichen Schutz Anspruch hat, beschlagnahmt werden. || Die Beschlagnahme findet statt nach den Vorschriften der inneren Gesetzgebung des betreffenden Landes.

Artikel 13.

Die Bestimmungen der gegenwärtigen Uebereinkunft beeinträchtigen in keiner Beziehung das der Regierung eines jeden Verbandslandes zustehende

Recht, durch Maassregeln der Gesetzgebung oder inneren Verwaltung die Verbreitung, die Darstellung oder das Feilbieten eines jeden Werkes oder Erzeugnisses zu gestatten, zu überwachen und zu untersagen, in Betreff dessen die zuständige Behörde dieses Recht auszuüben haben würde.

Artikel 14.

Die gegenwärtige Uebereinkunft findet, vorbehaltlich der gemeinsam zu vereinbarenden Einschränkungen und Bedingungen, auf alle Werke Anwendung, welche in ihrem Ursprungslande zur Zeit des Inkrafttretens der Uebereinkunft noch nicht Gemeingut geworden sind.

Artikel 15.

Die Regierungen der Verbandsländer behalten sich das Recht vor, einzeln mit einander besondere Abkommen zu treffen, insoweit als diese Abkommen den Urhebern oder ihren Rechtsnachfolgern weitergehende Rechte, als ihnen solche durch den Verband gewährt werden, einräumen oder sonst Bestimmungen enthalten, welche der gegenwärtigen Uebereinkunft nicht zuwiderlaufen.

Artikel 16.

Es wird ein internationales Amt unter dem Namen „Bureau des internationalen Verbandes zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst“ errichtet. || Dieses Bureau, dessen Kosten von den Regierungen aller Verbandsländer getragen werden, wird unter den hohen Schutz der oberen Verwaltungsbehörde der schweizerischen Eidgenossenschaft gestellt und versieht seinen Dienst unter deren Aufsicht. Seine Befugnisse werden gemeinsam von den Verbandsländern festgestellt.

Artikel 17.

Die gegenwärtige Uebereinkunft kann Revisionen unterzogen werden, behufs Einführung von Verbesserungen, welche geeignet sind, das System des Verbandes zu vervollkommnen. || Derartige, sowie solche Fragen, welche in anderen Beziehungen die Entwickelung des Verbandes berühren, sollen auf Konferenzen erörtert werden, welche der Reihe nach in den einzelnen Verbandsländern durch Delegirte derselben abzuhalten sind. || Indessen bedarf eine jede Aenderung der gegenwärtigen Uebereinkunft zu ihrer Gültigkeit für den Verband der einhelligen Zustimmung der Verbandsländer.

Artikel 18.

Denjenigen Ländern, welche sich an der gegenwärtigen Uebereinkunft nicht betheiligt haben und welche für ihr Gebiet den gesetzlichen Schutz der den Gegenstand dieser Uebereinkunft bildenden Rechte gewährleisten, soll auf ihren Wunsch der Beitritt gestattet sein. || Dieser Beitritt soll schriftlich der Regierung der schweizerischen Eidgenossenschaft und von dieser allen übrigen

Regierungen bekannt gegeben werden. || Derselbe bewirkt von Rechts wegen die Unterwerfung unter alle verpflichtenden Bestimmungen und die Theilnahme an allen Vortheilen der gegenwärtigen Uebereinkunft.

Artikel 19.

Die der gegenwärtigen Uebereinkunft beitretenden Länder haben jederzeit auch das Recht, derselben für ihre Kolonien oder auswärtigen Besitzungen beizutreten. || Zu diesem Behufe können sie entweder eine allgemeine Erklärung abgeben, nach welcher alle ihre Kolonien oder Besitzungen in den Beitritt einbegriffen sind, oder diejenigen besonders benennen, welche darin einbegriffen, oder sich darauf beschränken, diejenigen zu bezeichnen, welche davon ausgeschlossen sein sollen.

Artikel 20.

Die gegenwärtige Uebereinkunft soll drei Monate nach Auswechselung der Ratifikations-Urkunden in Kraft treten und ohne zeitliche Beschränkung in Kraft bleiben bis zum Ablaufe eines Jahres von dem Tage an gerechnet, an welchem die Kündigung derselben erfolgt sein wird. || Diese Kündigung soll an die mit der Entgegennahme der Beitrittserklärungen beauftragte Regierung gerichtet werden. Sie übt ihre Wirkung nur in Ansehung des aufkündigenden Landes aus, während die Uebereinkunft für die übrigen Verbandsländer verbindlich bleibt.

Artikel 21.

Die gegenwärtige Uebereinkunft soll ratifizirt und die Ratifikations-Urkunden sollen spätestens innerhalb eines Jahres zu Bern ausgetauscht werden. || Zu Urkund dessen haben die betreffenden Bevollmächtigten dieselbe vollzogen und ihr Insiegel beigedrückt. || So geschehen zu Bern am neunten September des Jahres eintausendachthundertsechsundachtzig.

Zusatzartikel.

Die zur Vollziehung der Uebereinkunft, betreffend Bildung eines Verbandes zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst, versammelten Bevollmächtigten sind über den nachstehenden Zusatzartikel übereingekommen, welcher gleichzeitig mit der Uebereinkunft, auf welche er sich bezieht, ratifizirt werden soll:

Die unter dem heutigen Datum abgeschlossene Uebereinkunft berührt in keiner Weise die weitere Geltung der zwischen den vertragschliessenden Ländern gegenwärtig bestehenden Abkommen, insoweit als diese Abkommen den Urhebern oder ihren Rechtsnachfolgern weitergehende Rechte, als ihnen solche durch den Verband gewährt werden, einräumen oder sonst Bestimmungen enthalten, welche dieser Uebereinkunft nicht zuwiderlaufen. || Zu Urkund dessen

Nr. 9746. Vertrags-Staaten. 9. Sept. 1886. haben die betreffenden Bevollmächtigten den gegenwärtigen Zusatzartikel vollzogen. || So geschehen zu Bern am neunten September des Jahres eintausendachthundertundsechsundachtzig.

Schlussprotokoll.

Im Begriff, zur Vollziehung der unter dem heutigen Datum abgeschlossenen Uebereinkunft zu schreiten, haben die unterzeichneten Bevollmächtigten das Nachstehende verlautbart und verabredet:

1. In Bezug auf Artikel 4 ist man übereingekommen, dass diejenigen Verbandsländer, welche den photographischen Erzeugnissen den Charakter von Werken der Kunst nicht versagen, die Verpflichtung übernehmen, denselben die Vortheile der in der Uebereinkunft vom heutigen Tage enthaltenen Bestimmungen von deren Inkrafttreten an zu Theil werden zu lassen. Uebrigens sind diese Länder, abgesehen von bestehenden oder noch abzuschliessenden internationalen Abkommen, nur gehalten, die Urheber der bezeichneten Erzeugnisse in dem Maasse zu schützen, in welchem dies nach ihrer Gesetzgebung angängig ist. || Die mit Genehmigung des Berechtigten angefertigte Photographie eines geschützten Kunstwerkes geniesst in allen Verbandsländern den gesetzlichen Schutz im Sinne der gedachten Uebereinkunft so lange, als das Recht zur Nachbildung des Originalwerkes dauert, und in den Grenzen der zwischen den Berechtigten abgeschlossenen Privatverträge.

2. In Bezug auf Artikel 9 ist man übereingekommen, dass diejenigen Verbandsländer, deren Gesetzgebung unter den dramatisch-musikalischen Werken auch die choreographischen Werke begreift, den letzteren ausdrücklich die Vortheile der in der Uebereinkunft vom heutigen Tage enthaltenen Bestimmungen zu Theil werden lassen. || Uebrigens sollen die bei Anwendung der vorstehenden Bestimmung sich etwa ergebenden Zweifel der Entscheidung der betreffenden Gerichte vorbehalten bleiben.

3. Es besteht Einverständniss darüber, dass die Fabrikation und der Verkauf von Instrumenten, welche zur mechanischen Wiedergabe von Musikstücken dienen, die aus geschützten Werken entnommen sind, nicht als den Thatbestand der musikalischen Nachbildung darstellend angesehen werden sollen.

4. Die im Artikel 14 der Uebereinkunft vorgesehene gemeinsame Vereinbarung wird, wie folgt, getroffen: || Die Anwendung der Uebereinkunft auf die zur Zeit ihres Inkrafttretens noch nicht Gemeingut gewordenen Werke soll in Gemässheit der Abmachungen erfolgen, welche über diesen Punkt in den bestehenden oder zu dem Zweck abzuschliessenden besonderen Abkommen enthalten sind: In Ermangelung derartiger Abmachungen zwischen Verbandsländern werden die betreffenden Länder, ein jedes für sich, durch ihre innere Gesetzgebung über die Art und Weise der Anwendung des im Artikel 14 enthaltenen Grundsatzes Bestimmung treffen.

5. Die Organisation des im Artikel 16 der Uebereinkunft vorgesehenen internationalen Bureaus soll durch ein Reglement festgestellt werden, dessen Ausarbeitung der Regierung der schweizerischen Eidgenossenschaft übertragen wird. || Die Geschäftssprache des internationalen Bureaus ist die französische. Das internationale Bureau sammelt Nachrichten aller Art, welche sich auf den Schutz des Urheberrechts an Werken der Literatur und Kunst beziehen; es ordnet dieselben und veröffentlicht sie. Es stellt Untersuchungen an, welche von gemeinsamem Nutzen und von Interesse für den Verband sind, und giebt auf Grund der Dokumente, welche ihm die verschiedenen Regierungen zur Verfügung stellen werden, eine periodische Zeitschrift in französischer Sprache über die den Gegenstand des Verbandes betreffenden Fragen heraus. Die Regierungen der Verbandsländer behalten sich vor, nach erfolgter allseitiger Zustimmung das Bureau zur Veröffentlichung einer Ausgabe in einer oder mehreren anderen Sprachen zu ermächtigen, für den Fall, dass sich hierfür ein Bedürfniss durch die Erfahrung herausstellen sollte. || Das internationale Bureau hat sich jederzeit zur Verfügung der Verbandsmitglieder bereit zu halten, um denselben über Fragen, betreffend den Schutz von Werken der Literatur und Kunst, die besonderen Auskünfte zu ertheilen, deren sie etwa bedürfen. Die Regierung des Landes, in welchem eine Konferenz tagen soll, bereitet unter Mitwirkung des internationalen Bureaus die Arbeiten dieser Konferenz vor. || Der Director des internationalen Bureaus wohnt den Konferenzsitzungen bei und nimmt an den Verhandlungen ohne beschliessende Stimme Theil. Er erstattet über seine Geschäftsführung einen Jahresbericht, welcher allen Verbandsmitgliedern mitgetheilt wird. || Die Kosten des Bureaus des internationalen Verbandes werden gemeinschaftlich von den vertragschliessenden Ländern getragen. Bis zu neuer Beschlussfassung dürfen sie die Summe von 60000 Franken jährlich nicht übersteigen. Die Summe kann nöthigenfalls erhöht werden durch einfachen Beschluss einer der im Artikel 17 vorgesehenen Konferenzen. || Behufs Festsetzung des Beitrages eines jeden Landes zu dieser Gesammtkostensumme werden die vertragschliessenden und die etwa später dem Verbande beitretenden Länder in sechs Klassen getheilt, von denen eine jede in dem Verhältniss einer gewissen Anzahl von Einheiten beiträgt, nämlich:

die 1. Klasse . . . 25 Einheiten,
die 2. „ . . . 20 „
die 3. „ . . . 15 „
die 4. „ . . . 10 „
die 5. „ . . . 5 „
die 6. „ . . . 3 „

Diese Koeffizienten werden mit der Zahl der Länder einer jeden Klasse multiplizirt, und die Summe der so gewonnenen Ziffern giebt die Zahl der Einheiten, durch welche der Gesammtkostenbetrag zu dividiren ist. Der Quotient ergiebt den Betrag der Kosteneinheit. || Jedes Land erklärt bei seinem Beitritt, in welche der oben genannten Klassen es einzutreten wünscht. || Die

Nr. 9746. Vertrags-Staaten. 9. Sept. 1886.

schweizerische Regierung stellt das Budget des Bureaus auf, überwacht dessen Ausgaben, leistet die nöthigen Vorschüsse und stellt die Jahresrechnung auf, welche allen übrigen Regierungen mitgetheilt wird.

6. Die nächste Konferenz soll in Paris stattfinden nach Ablauf von vier bis sechs Jahren seit Inkrafttreten der Uebereinkunft. || Die französische Regierung wird innerhalb dieser Grenze nach vorgängigem Benehmen mit dem internationalen Bureau den Zeitpunkt bestimmen.

7. Behufs der im Artikel 21 vorgesehenen Auswechselung der Ratifikations-Urkunden soll ein jeder vertragschliessende Theil nur ein Instrument übergeben, welches zusammen mit denjenigen der anderen Länder in den Archiven der Regierung der schweizerischen Eidgenossenschaft niedergelegt werden soll. Jeder Theil wird dagegen ein Exemplar des von den betheiligten Bevollmächtigten unterzeichneten Protokolls über die Auswechselung der Ratifikationen erhalten. || Das gegenwärtige Schlussprotokoll, welches gleichzeitig mit der am heutigen Tage abgeschlossenen Uebereinkunft ratifizirt werden wird, soll als ein integrirender Bestandtheil dieser Uebereinkunft gelten und dieselbe Kraft, Gültigkeit und Dauer haben. || Zu Urkund dessen haben die betreffenden Bevollmächtigten dasselbe mit ihrer Unterschrift versehen. || So geschehen zu Bern am neunten September des Jahres eintausendachthundertundsechsundachtzig.

Vollziehungs-Protokoll.

Die unterzeichneten Bevollmächtigten, welche sich heute zu dem Zweck versammelt haben, um zur Vollziehung der Uebereinkunft, betreffend Bildung eines Verbandes zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst, zu schreiten, haben folgende Erklärungen ausgetauscht:

1. Bezüglich des im Artikel 19 der Uebereinkunft vorgesehenen Beitritts der Kolonien oder auswärtigen Besitzungen: || Die Bevollmächtigten Seiner katholischen Majestät des Königs von Spanien behalten ihrer Regierung das Recht vor, ihren Entschluss bei der Auswechselung der Ratifikations-Urkunden bekannt zu geben.

Der Bevollmächtigte der französischen Republik erklärt, dass der Beitritt seines Landes den aller Kolonien Frankreichs in sich schliesst.

Die Bevollmächtigten Ihrer britischen Majestät erklären, dass der Beitritt Grossbritanniens zu der Uebereinkunft zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst das Vereinigte Königreich von Grossbritannien und Irland sowie alle Kolonien und auswärtigen Besitzungen Ihrer britischen Majestät umfasst.

Indessen behalten sie der Regierung Ihrer britischen Majestät das Recht vor, in der durch Artikel 20 der Uebereinkunft vorgesehenen Weise jederzeit die Kündigung getrennt für eine oder mehrere der folgenden Kolonien oder Besitzungen, nämlich: Indien, das Dominium Kanada, Neufundland, Kapland,

Natal, Neu-Süd-Wales, Viktoria, Queensland, Tasmanien, Süd-Australien, West-Australien und Neu-Seeland, erklären zu dürfen.

Nr. 9746. Vertrags-Staaten. 9. Sept. 1886.

2. Bezüglich der Klassifikation der Verbandsländer in Betreff ihrer Beitragspflicht zu den Kosten des internationalen Bureaus (Ziffer 5 des Schlussprotokolls):

Die Bevollmächtigten erklären, dass ihre betreffenden Länder in folgende Klassen eingereiht werden sollen, nämlich:

Deutschland . .	in die	1. Klasse,
Belgien	„ „	3. „
Spanien	„ „	2. „
Frankreich	„ „	1. „
Grossbritannien .	„ „	1. „
Haïti	„ „	5. „
Italien	„ „	1. „
Schweiz	„ „	3. „
Tunis	„ „	6. „

Der Bevollmächtigte der Republik Liberia erklärt, dass die Vollmachten, welche er von seiner Regierung empfangen habe, ihn zur Unterzeichnung der Uebereinkunft ermächtigen, dass er aber keine Instruktionen über die Klasse, in welche sein Staat betreffs der Beitragspflicht zu den Kosten des internationalen Bureaus einzutreten wünscht, erhalten habe. Demzufolge behält er über diese Frage die Entscheidung seiner Regierung vor, welche dieselbe bei der Auswechselung der Ratifikations-Urkunden bekanntgeben wird.

Zu Urkund dessen haben die betreffenden Bevollmächtigten das gegenwärtige Protokoll unterzeichnet.

So geschehen zu Bern am neunten September des Jahres eintausend achthundertundsechsundachtzig.

Für Deutschland: Otto v. Bülow. Für Belgien: Maurice Delfosse. Für Spanien: Almina. Villa-Amil.

Für Frankreich: Emmanuel Arago. Für Grossbritannien: F. O. Adams. J. H. G. Bergne. Für Haïti: Louis Joseph Janvier.

Für Italien: E. di Beccaria. Für Liberia: Koentzer. Für die Schweiz: Droz. L. Ruchonnet. A. d'Orelli.

Für Tunis: L. Renault.

Nr. 9747. GROSSBRITANNIEN und ITALIEN. — Ergänzungsartikel*) zu der Postkonvention vom 4. März 1872. 29. Juli und 4. August 1889.

Nr. 9747. Gross-britannien und Italien. 4. Aug. 1889.

The Postmaster-General of the United Kingdom of Great Britain and Ireland and the Minister of Posts and Telegraphs of the Kingdom of Italy,

*) Abgedruckt aus den Akten des englischen Parlaments.

Nr. 9747. Gross-britannien und Italien. 4. Aug. 1889.

being empowered by Article II of the Convention of the 4th March 1872, relative to the exchange of Money Orders between the two countries, to modify when necessary the Detailed Regulations for the execution of the said Convention, have agreed upon the following additional Articles.

Article I.

The last sentence of Article III. of the above-named Regulations shall be cancelled and the following sentence shall be substituted for it. || "The commission shall belong to the issuing office; but the British Post Office shall pay to the Post Office of Italy one half of one per cent. on the amount of money orders issued in the United Kingdom and payable in Italy, and the Italian Office shall make a like payment to the British Office for money orders issued in Italy and payable in the United Kingdom." || The words "one half of one per cent." shall also be substituted for the words "one per cent." under the head of commission in the Account Forms B. and C. annexed to the above-named detailed regulations.

Article II.

The foregoing Article I. shall take effect from the 1st day of August 1889.

Done in duplicate and signed in London on the 29th day of July 1889, and at Rome on the 4th day of August 1889.

Postmaster-General of the United Kingdom of Great Britain and Ireland.

Henry Cecil Raikes.

(Die italienische Ausfertigung ist unterzeichnet C. Compans.)

Nr. 9748. GROSSBRITANNIEN und NORWEGEN. — Vertrag über postalische Angelegenheiten*). 12. und 17. October 1889.

Nr. 9748. Gross-britannien und Norwegen. 17. Oct. 1889.

Article I.

Exchange of Money Orders.

Between the United Kingdom of Great Britain and Ireland and the Kingdom of Norway there shall be a regular exchange of money orders.

Article II.

Offices of Exchange.

1. The money order service between the two countries shall be performed exclusively by means of Offices of Exchange. || 2. The Office of Exchange on the part of the United Kingdom shall be that of London, and on the part of the Kingdom of Norway that of Christiania.

*) Abgedruckt aus den Akten des englischen Parlaments.

Article III.

Maximum amount of Orders.

The maximum amount for which a money order may be drawn in the United Kingdom upon Norway shall be 10*l.* sterling; and the maximum amount for which a money order may be drawn in Norway on the United Kingdom shall be one hundred and eighty-one (181) kroner twenty (20) öre.

Article IV.

Payment in Gold Coin.

Payment in either country shall be made in gold coin, or its equivalent in the currency of such country.

Article V.

Commission.

1. The British and Norwegian Post Offices shall each have power to fix from time to time the rates of commission to be charged on all money orders they may respectively issue. || 2. The commission so charged shall belong to the country of issue; but the British Post Office shall pay to the Norwegian Post Office one half of one per cent. on the amount of money orders issued in the United Kingdom and advised to Norway, and the Norwegian Post Office shall make a like payment on the amount of money orders issued in Norway and advised to the United Kingdom. || 3. Such payments shall be calculated on the totals of the Lists (A.) exchanged every month by the two countries.

Article VI.

Rate of Exchange.

1. The conversion of the money of the two countries shall be in accordance with the average rate of exchange, which, it is agreed, shall be taken at 18 kroner 12 öre to the pound sterling. || 2. The two offices are, however, authorised to fix, by common agreement, another rate of conversion, should the course of exchange between the two countries render such a step necessary. || 3. No account shall be taken of any fraction of a penny, or of 4 öre.

Article VII.

Particulars required for a Money Order.

No money order shall be issued unless the remitter furnish, in full, the surname, and at least the initial of one Christian name both of the remitter and of the payee, or the name of the firm or company who are the remitters or the payees, together with the exact address of the person or firm to whom the money is to be paid, and the address of the remitter.

Article VIII.

Duplicate Orders.

1. In the event of a money order miscarrying or being lost, a duplicate shall be granted by the Chief Office of the country of payment on written

Nr. 9748. Gross-britannien und Norwegen. 17. Oct. 1889.

application being made by the payee, and such Chief Office shall be authorised to demand a new commission, except when the order shall have been lost in transmission through the post. || 2. On receipt of a similar application from the remitter, instructions shall be given to stop payment of the money order.

Article IX.

Alterations in names of payees.

Corrections of errors in the names of payees shall be effected by the Chief Office of the country of issue at the request of the remitter. || Such office shall be authorised to charge an additional commission, when the error has been caused by erroneous information having been given by the remitter.

Article X.

Repayment of Orders.

Repayment of an order shall not, in any case, be made until it has been ascertained from the Chief Office of the country where such order is payable, that the order has not been paid.

Article XI.

Unpaid Money Orders.

Money orders shall remain payable in each country for twelve calendar months after the month of issue. || The amounts of all orders not paid before the expiration of that period shall revert to and be at the disposal of the administration of the country of origin.

Article XII.

Daily Lists, Supplementary Lists and Blank Lists.

1. The two Offices of Exchange shall communicate to each other, daily, the sums received in each of the two countries for payment in the other. They shall use for this purpose the form of List A annexed. || 2. The amounts of money orders issued in the United Kingdom for payment in Norway during the months of June and December in each year, and not reaching the Office of Exchange at London until the earlier days of the following months (July and January), shall be entered and communicated to the Office of Exchange at Christiania on lists supplementary to the ordinary list, dated the last day of the month of actual issue; and a like practice shall be followed by the Office of Exchange at Christiania in regard to orders issued in Norway for payment in the United Kingdom. But no supplementary list shall be despatched after the 16th of July and the 16th of January. || 3. A blank list shall be transmitted, when there are no orders to be advised.

Article XIII.

International Numbers and the Numbering of Lists.

Every money order entered upon the lists shall bear a number to be called the "International Number", commencing each month with No. 1. Each list also shall bear a serial number commencing each year with No. 1.

Article XIV.

Acknowledgment of Lists. Duplicates of Lists.

1. The receipt of each list shall be acknowledged, on either side, by means of the first subsequent list forwarded in the opposite direction, and the lists which shall fail to be received shall be immediately applied for by the Office of Exchange to which they should have been sent. || 2. The despatching Office of Exchange shall in such case transmit without delay to the receiving Office of Exchange a duplicate list duly certified as such.

Article XV.

Verification of Lists.

1. The lists shall be carefully verified by the Office of Exchange, to which they are sent, and, when they contain manifest errors, shall be corrected. || 2. The corrections shall be communicated to the despatching Office of Exchange in the acknowledgment of the receipt of the list in which the corrections are made. || 3. When the list shall disclose other irregularities, the receiving Office of Exchange shall require an explanation from the despatching Office of Exchange, which shall give such explanation with as little delay as possible. || 4. In the meantime, the issue of internal money orders relating to the entries on the lists found to be irregular may be suspended.

Article XVI.

Internal Money Orders to be prepared.

As soon as the lists shall have reached the receiving Office of Exchange, that Office shall prepare internal money orders in favour of the payees for the amounts specified in the lists, and shall forward them to the payees, or to the paying offices, in conformity with the arrangements existing in each country for regulating the payment of money orders.

Article XVII.

Detailed Statements.

At the end of every month each Office of Exchange shall prepare:

1. A detailed statement (pattern B) showing the total of each list received from the other Office of Exchange and dated in that month. || 2. A statement (pattern C) showing the particulars of all orders which it has been authorised to repay to the remitters during the month. || 3. A list (pattern D) furnishing the details of all orders which (during the month) have ceased to be payable under the provisions of Art. XI. || These detailed statements shall be sent to the other Office of Exchange, which shall verify them and acknowledge its acceptance of them, communicating to the despatching Office of Exchange any alterations which it may have been found necessary to make therein.

Article XVIII.

General Account.

The detailed statements B, C and D mentioned in Article XVII., shall be incorporated every month by the Norwegian Post Office in a general account intended to show the result of the exchange of money orders between the United Kingdom and Norway. || This general account, which shall be in conformity with Form E. annexed, shall be transmitted, in duplicate, by the Norwegian Post Office to the British Post Office, which shall return one copy of the account duly accepted.

Article XIX.

Payment of Balance.

1. When the Norwegian Office has to pay to the British Office the balance of the general account, it shall pay such balance at the same time that it sends the general account; and a similar course shall be followed by the British Office, should the balance be in favour of Norway, when it returns the duplicate of the general account accepted. || 2. The payment shall be made at London, when it is to the credit of the United Kingdom, and at Christiania, when it is to the credit of Norway; and always in the money of the country to which payment is made. || 3. Should, on any occasion, one of the post offices be creditor of the other for paid Money Orders amounting to a total exceeding 20000 kroner or £ 1100, the creditor office shall have the right to require a payment on account, which may amount to three-fourths of the sum of the debt. In such case the payment shall be made immediately.

Article XX.

Additional rules.

1. The Postal Administration in each country shall be authorised to adopt any additional rules (if not repugnant to the foregoing) for the greater security against fraud, or for the better working of the system generally. || 2. All such additional rules, however, must be communicated to the Postal Administration of the other country.

Article XXI.

Power to increase Commission or to suspend issue of Orders.

Should it appear, at any time, that money orders are used by mercantile men or other persons in the United Kingdom, or in Norway, for the transmission of large sums of money, the British or Norwegian Office, as the case may be, shall have power to increase the commission, and even to suspend the issue of money orders.

Article XXII.

Commencement and termination of Convention.

This Convention shall come into operation on the 1st day of November 1889, and shall be terminable on a notice by either party of six calendar

months. || Done in duplicate and signed in Christiania on the 12th day of October 1889 and in London on the 17th day of October 1889.

Henry Cecil Raikes.

(Die norwegische Ausfertigung ist unterzeichnet: Johan Thorne.)

Nr. 9748. Grossbritannien und Norwegen. 17. Oct. 1889.

Nr. 9749. DEUTSCHLAND, ARGENTINA, OESTERREICH-UNGARN, BELGIEN, BRASILIEN, COSTA-RICA, DÄNEMARK, S. DOMINGO, SPANIEN, VEREINIGTE STAATEN, COLUMBIA, FRANKREICH, GROSSBRITANNIEN, GUATEMALA, GRIECHENLAND, ITALIEN, TÜRKEI, NIEDERLANDE, PERSIEN, PORTUGAL, RUMÄNIEN, RUSSLAND, SALVADOR, SERBIEN, SCHWEDEN und NORWEGEN, URUGUAY. — Konvention zum Schutze der unterseeischen Kabel. — 14. März 1884.

(Uebersetzung)*).

Nr. 9749. Vertrags-Staaten. 14. März 1884.

Seine Majestät der deutsche Kaiser, König von Preussen, Seine Excellenz der Präsident der Argentinischen Konföderation, Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich, König von Böhmen etc. und Apostolischer König von Ungarn, Seine Majestät der König der Belgier, Seine Majestät der Kaiser von Brasilien, Seine Excellenz der Präsident der Republik Costa-Rica, Seine Majestät der König von Dänemark, Seine Excellenz der Präsident der Republik S. Domingo, Seine Majestät der König von Spanien, Seine Excellenz der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Seine Excellenz der Präsident der Vereinigten Staaten von Columbien, Seine Excellenz der Präsident der Französischen Republik, Ihre Majestät die Königin des Vereinigten Königreichs von Grossbritannien und Irland, Kaiserin von Indien, Seine Excellenz der Präsident der Republik Guatemala, Seine Majestät der König der Hellenen, Seine Majestät der König von Italien, Seine Majestät der Kaiser der Ottomanen, Seine Majestät der König der Niederlande, Grossherzog von Luxemburg, Seine Majestät der Schah von Persien, Seine Majestät der König von Portugal und Algarbien, Seine Majestät der König von Rumänien, Seine Majestät der Kaiser aller Reussen, Seine Excellenz der Präsident der Republik Salvador, Seine Majestät der König von Serbien, Seine Majestät der König von Schweden und Norwegen und Seine Excellenz der Präsident des Orientalischen Freistaates Uruguay,

in dem Wunsche, die Aufrechterhaltung der telegraphischen Verbindungen, welche mittelst der unterseeischen Kabel stattfinden, zu sichern, haben beschlossen, eine Uebereinkunft zu diesem Zweck abzuschliessen, und zu Ihren Bevollmächtigten ernannt, nämlich

---

*) Aus den Reichstagsakten. 7. Legislaturperiode. 1. Session 1887. Nr. 121.

Nr. 9749. Vertrags-Staaten. 14. März 1884.

Seine Majestät der deutsche Kaiser, König von Preussen:
Seine Durchlaucht den Fürsten Chlodwig Karl Viktor von Hohenlohe-Schillingsfürst, Fürsten von Ratibor und Corvey, Königlich bayerischen Kron-Oberst-Kämmerer, Allerhöchstseinen ausserordentlichen und bevollmächtigten Botschafter bei der Regierung der Französischen Republik, u. s. w.;
Seine Excellenz der Präsident der Argentinischen Konföderation:
Herrn Balcarce, ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister der Konföderation in Paris, u. s. w.;
Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich, König von Böhmen etc. und Apostolischer König von Ungarn:
Seine Excellenz den Herrn Grafen Ladislaus Hoyos, Wirklichen Geheimen Rath, Allerhöchstseinen ausserordentlichen und bevollmächtigten Botschafter bei der Regierung der Französischen Republik, u. s. w.;
Seine Majestät der König der Belgier:
den Herrn Baron Beyens, Allerhöchstseinen ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Paris, u. s. w.;
Herrn Leopold Orban, ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister, Generaldirektor der Politik im belgischen Auswärtigen Amt, u. s. w;
Seine Majestät der Kaiser von Brasilien:
Herrn d'Araujo, Baron d'Itajuba, brasilianischen Geschäftsträger in Paris, u. s. w.;
Seine Excellenz der Präsident der Republik Costa-Rica:
Herrn Léon Somzée, Sekretär der Gesandtschaft von Costa-Rica in Paris, u. s. w.;
Seine Majestät der König von Dänemark:
den Herrn Grafen von Moltke-Hvitfeld, Allerhöchstseinen ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Paris, u. s. w.;
Seine Excellenz der Präsident der Republik S. Domingo:
den Herrn Baron de Almeda, ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister der Republik S. Domingo in Paris, u. s. w.;
Seine Majestät der König von Spanien:
Seine Excellenz Herrn Manuel Silvela de la Vielleuse, unabsetzbaren Senator, Mitglied der spanischen Akademie, Allerhöchseinen ausserordentlichen und bevollmächtigten Botschafter bei der Regierung der Französischen Republik, u. s. w.;
Seine Excellenz der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika:
Herrn L. S. Morton, ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister der Vereinigten Staaten von Amerika in Paris, u. s. w., und
Herrn Vignaud, Sekretär der amerikanischen Gesandtschaft in Paris, u. s. w.
Seine Excellenz der Präsident der Vereinigten Staaten von Columbien:
Herrn Dr. Jose G. Triana, Generalkonsul der Vereinigten Staaten von Columbien in Paris, u. s. w.;

Nr. 9749. Vertrags-Staaten. 14. März 1884.

Seine Excellenz der Präsident der Französischen Republik:
Herrn Jules Ferry, Deputirten, Präsidenten des Ministeriums, Minister der auswärtigen Angelegenheiten, u. s. w., und
Herrn Adolf Cochery, Deputirten, Minister der Posten und der Telegraphen, u. s. w.;

Ihre Majestät die Königin des Vereinigten Königreichs von Grossbritannien und Irland, Kaiserin von Indien:
Seine Excellenz den sehr ehrenwerten Richard Bickerton Pernell, Vicomte Lyons, Pair des Vereinigten Königreichs von Grossbritannien und Irland, Mitglied des geheimen Rathes Ihrer Britischen Majestät, Allerhöchstihren ausserordentlichen und bevollmächtigten Botschafter bei der Regierung der Französischen Republik, u. s. w.;

Seine Excellenz der Präsident der Republik Guatemala:
Herrn Crisanto Medina, ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister der Republik Guatemala in Paris, u. s. w.;

Seine Majestät der König der Hellenen:
den Herrn Fürsten Maurocordato, Allerhöchstseinen ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Paris, u. s. w.;

Seine Majestät der König von Italien:
Seine Excellenz den Herrn General Grafen Menabrea, Marquis von Valdora, Allerhöchstseinen ausserordentlichen und bevollmächtigten Botschafter bei der Regierung der Französischen Republik, u. s. w.;

Seine Majestät der Kaiser der Ottomanen:
Seine Excellenz Essad Pascha, Allerhöchstseinen ausserordentlichen und bevollmächtigten Botschafter bei der Regierung der Französischen Republik, u. s. w.;

Seine Majestät der König der Niederlande, Grossherzog von Luxemburg:
den Herrn Baron de Zuylen de Nijevelt, Allerhöchstseinen ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Paris, u. s. w.;

Seine Majestät der Schah von Persien:
den Herrn General Nazare Aga, Allerhöchstseinen ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Paris, u. s. w.;

Seine Majestät der König von Portugal und Algarbien:
Herrn d'Azevedo, portugiesischen Geschäftsträger in Paris, u. s. w.;

Seine Majestät der König von Rumänien:
Herrn Alexander Odobesco, einstweiligen rumänischen Geschäftsträger in Paris, u. s. w.;

Seine Majestät der Kaiser aller Reussen:
Seine Excellenz den Herrn Generaladjutanten Fürsten Nicolaus Orloff, Allerhöchstseinen ausserordentlichen und bevollmächtigten Botschafter bei der Regierung der Französischen Republik, u. s. w.;

Nr. 9749. Vertrags-Staaten. 14. März 1884.

Seine Excellenz der Präsident der Republik Salvador:
Herrn Torres Caicedo, ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister der Republik Salvador in Paris, u. s. w.;
Seine Majestät der König von Serbien:
Herrn Marinovitch, Allerhöchstseinen ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Paris, u. s. w.;
Seine Majestät der König von Schweden und Norwegen:
Herrn Sibbern, Allerhöchstseinen ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Paris, u. s. w.;
Seine Excellenz der Präsident des Orientalischen Freistaates Uruguay:
den Herrn Oberst Diaz, ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister des Orientalischen Freistaates Uruguay in Paris, u. s. w.
welche, nach gegenseitigem Austausche ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, über folgende Artikel übereingekommen sind:

Artikel 1.

Der gegenwärtige Vertrag findet, ausserhalb der Küstengewässer, auf alle unterseeischen Kabel Anwendung, welche rechtmässig gelegt sind und auf den Staatsgebieten, Kolonien oder Besitzungen eines oder mehrerer der Hohen vertragschliessenden Theile landen.

Artikel 2.

Das Zerreissen oder Beschädigen eines unterseeischen Kabels, sofern es vorsätzlich oder durch schuldbare Fahrlässigkeit geschieht oder zur Folge haben kann, dass die telegraphischen Verbindungen ganz oder theilweise unterbrochen oder gestört werden, ist strafbar, unbeschadet der Civilklage auf Entschädigung. || Diese Vorschrift bezieht sich nicht auf diejenigen Fälle des Zerreissens oder der Beschädigung, in welchen die Thäter nur den berechtigten Zweck verfolgt haben, ihr Leben oder die Sicherheit ihrer Fahrzeuge zu schützen, nachdem sie alle Vorkehrungen zur Vermeidung des Zerreissens oder der Beschädigung des Kabels getroffen hatten.

Artikel 3.

Die Hohen vertragschliessenden Theile verpflichten sich, in denjenigen Fällen, in welchen sie die Ermächtigung zur Landung eines unterseeischen Kabels ertheilen, soweit als angänglich, diejenigen Bedingungen aufzuerlegen, welche sowohl hinsichtlich der Lage, als auch hinsichtlich der Dimensionen des Kabels für die Sicherheit geeignet erscheinen.

Artikel 4.

Der Eigenthümer eines Kabels, welcher durch das Legen oder Ausbessern desselben das Zerreissen oder die Beschädigung eines anderen Kabels verursacht, hat die Wiederherstellungskosten, welche in Folge dieses Zerreissens

oder dieser Beschädigung nothwendig werden, zu tragen — unbeschadet, geeigneten Falles, der Anwendung des Artikels 2 dieses Vertrages.

Artikel 5.

Die mit dem Legen oder mit der Wiederherstellung der unterseeischen Kabel beschäftigten Fahrzeuge müssen die bereits bestehenden oder unter den Hohen vertragschliessenden Theilen noch zu vereinbarenden Vorschriften über die zur Verhütung des Zusammenstossens von Schiffen auf See zu führenden Signale beobachten. || Wenn ein mit dem Legen oder mit der Wiederherstellung eines Kabels beschäftigtes Fahrzeug die besagten Signale trägt, so müssen die anderen Fahrzeuge, welche diese Signale bemerken oder zu bemerken im Stande sind, sich mindestens eine Seemeile von diesem Fahrzeuge zurückziehen oder entfernt halten, um dasselbe in seinen Arbeiten nicht zu behindern. || Die Geräthe oder Netze der Fischer müssen in derselben Entfernung gehalten werden. || Den Fischerbooten, welche ein Kabelschiff mit den besagten Signalen bemerken oder zu bemerken im Stande sind, soll jedoch, um sich der so gegebenen Aufforderung zu fügen, eine Frist von längstens vierundzwanzig Stunden zustehen, während welcher ihren Bewegungen keinerlei Hinderniss bereitet werden darf. || Die Arbeiten des Kabelschiffes müssen in thunlichst kurzer Frist vollendet werden.

Artikel 6.

Die Fahrzeuge, welche die zur Kenntlichmachung der Lage der Kabel bestimmten Bojen sehen oder zu sehen im Stande sind, müssen, wenn es sich um die Legung, um eine eingetretene Betriebsstörung oder um den Bruch der Kabel handelt, sich mindestens eine Viertel-Seemeile von diesen Bojen entfernt halten. || Die Geräthe oder Netze der Fischer müssen in derselben Entfernung gehalten werden.

Artikel 7.

Die Eigenthümer von Schiffen oder Fahrzeugen, welche zu beweisen vermögen, dass sie, um einem unterseeischen Kabel keinen Schaden zuzufügen, einen Anker, ein Netz oder ein sonstiges Fischereigeräth geopfert haben, sollen von dem Eigenthümer des Kabels schadlos gehalten werden. || Um Anspruch auf eine solche Schadloshaltung zu erlangen, muss, soweit möglich, sogleich nach dem Vorfall, um denselben festzustellen, ein auf die Aussagen der Mannschaft des Fahrzeuges gestütztes Protokoll aufgenommen werden, und der Kapitän des Schiffes muss binnen vierundzwanzig Stunden nach seiner Ankunft in dem ersten Hafen, nach welchem er zurückkehrt, oder in welchem er Zuflucht sucht, vor den zuständigen Behörden seine Erklärung abgeben. Die letzteren benachrichtigen hiervon die Konsularbehörden der Nation des Eigenthümers des Kabels.

Artikel 8.

Zur Entscheidung über die Zuwiderhandlungen wider den gegenwärtigen Vertrag sind die Gerichte desjenigen Landes zuständig, welchem das Fahrzeug

angehört, an dessen Bord die Zuwiderhandlung begangen worden ist. || In denjenigen Fällen, in welchen die im vorhergehenden Absatze enthaltene Vorschrift nicht sollte zur Ausführung kommen können, werden die Zuwiderhandlungen wider den gegenwärtigen Vertrag in jedem der vertragschliessenden Staaten hinsichtlich seiner Staatsangehörigen nach den allgemeinen Regeln der Strafzuständigkeit, sowie sich dieselben aus den besonderen Gesetzen dieser Staaten oder aus den internationalen Verträgen ergeben, bestraft werden.

Artikel 9.

Die Verfolgung der in den Artikeln 2, 5 und 6 dieses Vertrages vorgesehenen Zuwiderhandlungen wird durch den Staat oder in seinem Namen stattfinden.

Artikel 10.

Die Zuwiderhandlungen wider den gegenwärtigen Vertrag können durch alle Beweismittel festgestellt werden, welche nach der Gesetzgebung desjenigen Landes, in welchem das mit der Angelegenheit befasste Gericht seinen Sitz hat, zulässig sind. || Wenn die Kommandanten der Kriegsschiffe oder der hierzu besonders bestellten Schiffe eines der Hohen vertragschliessenden Theile Grund zu der Annahme haben, dass eine Verletzung der durch diesen Vertrag getroffenen Anordnungen durch ein anderes Fahrzeug, als ein Kriegsschiff, stattgefunden hat, so können sie von dem Kapitän oder von dem Schiffsführer die Vorlegung der urkundlichen Ausweise über die Nationalität des besagten Fahrzeuges verlangen. Ueber diese Vorlegung wird unmittelbar nachher auf den vorbezeichneten Schriftstücken ein kurzer Vermerk gemacht werden. || Im Weiteren können durch die besagten Kommandanten, welches auch die Staatsangehörigkeit des angeschuldigten Schiffes sein möge, Protokolle aufgenommen werden. Diese Protokolle werden nach den Formen und in der Sprache aufgenommen werden, welche in dem Lande, dem der aufnehmende Kommandant angehört, gebräuchlich sind; sie können in dem Lande, in welchem sie angerufen werden, in Gemässheit der Gesetzgebung dieses Landes als Beweismittel dienen. Die Angeschuldigten und die Zeugen haben das Recht, dem Protokolle in ihrer eigenen Sprache alle Erklärungen hinzuzufügen oder hinzufügen zu lassen, welche sie für dienlich erachten; diese Erklärungen sind ordnungsmässig zu unterschreiben.

Artikel 11.

Das gerichtliche Verfahren und die Entscheidung wegen der Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieses Vertrages sollen stets so kurz und bündig sein, als es die geltenden Gesetze und Vorschriften gestatten.

Artikel 12.

Die Hohen vertragschliessenden Theile verpflichten sich, diejenigen Maassnahmen zu treffen oder ihren gesetzgebenden Körperschaften vorzuschlagen, welche erforderlich sind, um die Ausführung dieses Vertrages zu sichern und nament-

lich um diejenigen, welche den Bestimmungen der Artikel 2, 5 und 6 zuwiderhandeln sollten, mit Freiheits- oder mit Geldstrafe, oder mit diesen beiden Strafen zugleich, bestrafen zu lassen.

Artikel 13.

Die Hohen vertragschliessenden Theile werden sich die Gesetze mittheilen, welche in ihren Staaten in Bezug auf den Gegenstand dieses Vertrages bereits erlassen worden sind oder demnächst erlassen werden möchten.

Artikel 14.

Diejenigen Staaten, welche an dem gegenwärtigen Vertrage nicht theilgenommen haben, können demselben auf ihren Antrag beitreten. Dieser Beitritt ist auf diplomatischem Wege der Regierung der Französischen Republik mitzutheilen, welche die übrigen vertragschliessenden Regierungen davon in Kenntniss setzen wird.

Artikel 15.

Es ist selbstverständlich, dass die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages die Freiheit des Handelns der kriegführenden Mächte in keiner Weise beschränken.

Artikel 16.

Ueber den Zeitpunkt, mit welchem der vorstehende Vertrag zur Ausführung kommt, werden die Hohen vertragschliessenden Theile sich besonders verständigen. || Derselbe bleibt von diesem Zeitpunkte an fünf Jahre in Kraft, und falls keiner der Hohen vertragschliessenden Theile zwölf Monate vor dem Ablauf dieses fünfjährigen Zeitraums die Absicht zu erkennen giebt, davon zurückzutreten, gilt er als auf ein Jahr verlängert und so fort von Jahr zu Jahr.

Falls eine der Mächte den Vertrag kündigen sollte, würde diese Kündigung nur für sie selbst von Wirkung sein.

Artikel 17.

Der gegenwärtige Vertrag wird ratifizirt werden, der Austausch der Ratifikations-Urkunden wird sobald als thunlich, und zwar längstens in der Frist von einem Jahre, in Paris bewirkt werden. || Zu Urkund dessen haben die betreffenden Bevollmächtigten denselben unterzeichnet und besiegelt.

So geschehen in sechsundzwanzig Ausfertigungen in Paris, den 14. März 1884.

Hohenlohe. Balcarce. Ladislas Comte Hoyos. Beyens. Léopold Orban. Br. d'Itajuba. Somzée. Moltke-Hvitfeld. Emanuel de Almeda. Manuel Silvela. L. S. Morton. Henry Vignaud. Jose G. Triana. Jules Ferry. Cochery. Lyons. Crisanto Medina. Maurocordato. Menabrea. Essad. Br. de Zuylen de Nijevelt. Nazare Aga. F. d'Azevedo. Odobesco. Prince Orloff. J. M. Torres Caicedo. J. Marinovitch. G. Sibbern. Juan J. Diaz.

Nr. 9749. Vertrags-Staaten. 14. März 1884.

Zusatzartikel.

Die Festsetzungen des unterm heutigen Tage geschlossenen Vertrages zum Schutze der unterseeischen Telegraphenkabel werden, gemäss Artikel 1, auf die Kolonien und Besitzungen Ihrer Britischen Majestät Anwendung finden mit Ausnahme der nachstehend aufgeführten, nämlich:

Canada, Neufundland, Cap, Natal, Neu-Süd-Wales, Victoria, Queensland, Tasmanien, Süd-Australien, West-Australien, Neu-Seeland.

Die Festsetzungen des besagten Vertrages werden jedoch auf eine der vorbezeichneten Kolonien oder Besitzungen Anwendung finden, wenn in ihrem Namen seitens des Vertreters Ihrer Britischen Majestät zu Paris eine entsprechende Mittheilung an den französischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten gerichtet worden ist. || Jede der oben aufgeführten Kolonien oder Besitzungen, welche dem gegenwärtigen Vertrage beigetreten sein möchte, behält die Befugniss, in derselben Weise wie die vertragschliessenden Mächte zurückzutreten. In dem Falle, wenn eine der in Rede stehenden Kolonien oder Besitzungen den Wunsch hegen sollte, von dem Vertrage zurückzutreten, würde seitens des Vertreters Ihrer Britischen Majestät zu Paris eine entsprechende Mittheilung an den französischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten gerichtet werden.

So geschehen in sechsundzwanzig Ausfertigungen in Paris, den 14. März 1884.

(Es folgen die obigen Unterschriften.)

Nr. 9750. VERTRAGSSTAATEN. — Deklaration zu Artikel 2 u. 4 der Konvention. 1. December 1886 und 23. März 1887.

(Uebersetzung.)

Nr. 9750. Vertrags-Staaten. 23. März 1887.

Die unterzeichneten Bevollmächtigten der an der Uebereinkunft zum Schutz der unterseeischen Telegraphenkabel vom 14. März 1884 betheiligten Regierungen haben es für zweckmässig erkannt, den Sinn der Bestimmungen in den Artikeln 2 und 4 der gedachten Uebereinkunft näher festzustellen, und demzufolge einstimmig nachstehende Deklaration beschlossen:

Da sich Zweifel über den Sinn des Wortes „vorsätzlich“ im Artikel 2 der Uebereinkunft vom 14. März 1884 ergeben haben, so ist man darüber einverstanden, dass die in dem erwähnten Artikel enthaltene Strafbestimmung nicht auf diejenigen Fälle des Zerreissens oder der Beschädigung Anwendung findet, welche zufälliger oder nothwendiger Weise bei der Wiederherstellung eines Kabels verursacht sind, vorausgesetzt, dass alle Vorkehrungen zur Vermeidung des Zerreissens oder der Beschädigung getroffen waren. || Ebenso wird anerkannt, dass Artikel 4 der Uebereinkunft keinen anderen Zweck gehabt hat und keine andere Bedeutung haben soll, als die zuständigen Gerichte eines jeden Landes zu verpflichten, in Gemässheit ihrer Gesetze und unter Berücksichtigung der Thatumstände die Frage zu entscheiden, ob der Eigenthümer

eines Kabels, welcher durch das Legen oder Wiederherstellen desselben das Zerreissen oder die Beschädigung eines anderen Kabels verursacht, hierfür civilrechtlich haftbar ist, und im Bejahungsfalle, welches die Folgen dieser Haftbarkeit sind.

So geschehen zu Paris den 1. Dezember 1886 und, für Deutschland, den 23. März 1887.

Münster. — Paz. — Goluchowski. — Beyens. — d'Arinos. — Fernandez. Moltke-Hvitfeldt. — Emanuel de Almeda. — J. L. Albareda. — Mac-Lane. — Freycinet. — Lyons. — Crisanto Medina. — Delyanni. — L. F. Menabrea. — Hara. — Essad. — de Stuers. — Comte de Valbom. — Alecsandri. — Kotzebue. — Pector. — Marinovitch. — Lewenhaupt. — Juan J. Diaz.

Nr. 9751. DEUTSCHES REICH. — Denkschrift, betreffend die Deklaration, dem deutschen Reichstage durch den Reichskanzler vorgelegt.

Der am 14. März 1884 zu Paris unterzeichnete, in der Anlage nebst deutscher Uebersetzung abgedruckte internationale Vertrag zum Schutze der unterseeischen Telegraphenkabel, welchem auch Deutschland beigetreten ist (vergl. Stenographische Berichte des Reichstags, IV. Session 1884 Bd. 2 S. 1165), ist von sämmtlichen betheiligten Staaten, mit Ausnahme Persiens und der Vereinigten Staaten von Columbien, ratifizirt worden. Japan, welches an den Vertragsverhandlungen nicht Theil genommen hatte, hat nachträglich gemäss Artikel 14 des Vertrages seinen Beitritt erklärt. || Inzwischen hat der Vertrag in einzelnen seiner Bestimmungen zu Bedenken und Zweifeln Anlass gegeben. Hinsichtlich des Artikels 2, welcher folgendermaassen lautet:

> „La rupture ou la détérioration d'un câble sous-marin, faite volontairement ou par négligence coupable, et qui pourrait avoir pour résultat d'interrompre ou d'entraver en tout ou en partie les communications télégraphiques, est punissable, sans préjudice de l'action civile en dommages-intérêts.
>
> Cette disposition ne s'applique pas aux ruptures ou détériorations dont les auteurs n'auraient eu que le but légitime de protéger leur vie ou la sécurité de leurs bâtiments, après avoir pris toutes les précautions nécessaires pour éviter ces ruptures ou détériorations“,

ist geltend gemacht worden, dass einerseits der Wortlaut des Artikels, von den beiden im Absatz 2 genannten Ausnahmefällen abgesehen, jede vorsätzliche oder fahrlässige Beschädigung eines Kabels für strafbar erkläre, dass aber andererseits in der Bestrafung desjenigen, welcher bei Wiederherstellung eines Kabels vorsätzlich ein fremdes Kabel beschädigt, eine nicht zu rechtfertigende

Nr. 9751. Deutsches Reich.

Härte dann liege, wenn die Wiederherstellung ohne eine solche Beschädigung überhaupt nicht ausführbar war.

Gegen den Artikel 4 des Vertrages, welcher bestimmt:

„Le propriétaire d'un câble qui, par la pose ou la réparation de ce câble, cause la rupture ou la détérioration d'un autre câble doit supporter les frais de réparation que cette rupture ou cette détérioration aura rendus nécessaires, sans préjudice, s'il y a lieu, de l'application de l'article 2 de la présente Convention"

ist eingewendet worden, dass derselbe hinsichtlich der von ihm vorgesehenen Ersatzpflicht nicht unterscheide, ob die betreffende Kabelbeschädigung eine schuldhafte sei oder nicht, damit aber den Kabelgesellschaften namentlich für die Fälle, in welchen es sich um die Wiederherstellung eines in grosser Tiefe liegenden Kabels handle, eine unerträgliche Last auferlege. || Zur Lösung der Schwierigkeiten, welche hieraus der gleichmässigen Durchführung des Vertrags zu erwachsen drohten, haben auf Veranlassung der französischen Regierung Verhandlungen stattgefunden, aus welchen die vorstehende Deklaration hervorgegangen ist; dieselbe entscheidet die erwähnten Zweifel und giebt vom Standpunkt der deutschen Interessen zu Bedenken keinen Anlass. || Die Strafvorschrift des Artikel 2 Absatz 1 soll hiernach auf Beschädigungen, welche bei Wiederherstellung eines Kabels einem fremden Kabel zugefügt wurden, dann keine Anwendung finden, wenn alle Vorsichtsmaassregeln getroffen waren, um eine solche Beschädigung zu vermeiden, und die Tragweite der im Artikel 4 vorgesehenen Ersatzpflicht wird dahin bestimmt, dass die Gerichte jedes Staates darüber zu entscheiden haben, ob nach den für sie maassgebenden Gesetzen eine civilrechtliche Verantwortlichkeit begründet sei und in welchem Umfang dieselbe zum Ersatz des verursachten Schadens verpflichte.

Nr. 9752. **GROSSBRITANNIEN** und **SPANIEN**. — Deklaration, betreffend Veränderungen des Vertrages vom 4. Juni 1878 über Auslieferung flüchtiger Verbrecher. — 19. Febr. 1889*).

Nr. 9752. Grossbritannien und Spanien. 19. Febr. 1889.

The Government of Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Empress of India, and the Government of His Majesty the King of Spain, being desirous to provide for the more effectual repression of crimes and offences in their respective territories, have authorized in due form the Undersigned to agree as follows: —

Article I.

The English and Spanish texts of paragraph 5, Article II, of the Extradition Treaty of the 4th June, 1878, are cancelled, and the following text is

*) Blaubuch 1889. Spain Nr. 1.

substituted therefor: — || "Unlawful carnal knowledge, or any attempt to have unlawful carnal knowledge, of a girl under sixteen years of age. Indecent assault."

Nr. 9752. Grossbritannien und Spanien. 19. Febr. 1889.

Article II.

The Spanish text of paragraph 5, Article VI, of the aforesaid Treaty is amended by the substitution of the words "no menor" for the words, "que no podrá exceder," so that the Spanish text shall run, "A la terminacion de un plazo no menor de quince dias desde que se ordenó la prision y sujecion á juicio del preso," &c.

Article III.

The present Declaration shall come into force ten days after its publication in the manner prescribed by law in the respective countries.

In witness whereof the Undersigned have signed the same, and have affixed thereto the seal of their arms.

Done at Madrid in duplicate the 19th of February, in the year of our Lord 1889.

Francis Clare Ford.

(Die spanische Ausfertigung ist unterzeichnet:

El Marq^{s}. de la Veja de Armijo.)

Nr. 9753. GROSSBRITANNIEN, DEUTSCHLAND, BELGIEN, DÄNEMARK, FRANKREICH, NIEDERLANDE. — Konvention, betreffs Veränderung des Nordseefischereivertrages vom 6. Mai 1882. 1. Febr. 1889*).

Les Gouvernements signataires de la Convention conclue à la Haye le 6 Mai, 1882, pour régler la police de la pêche dans la Mer du Nord, en dehors des eaux territoriales, ayant jugé utile de modifier la teneur du paragraphe 5 de l'Article VIII, sont convenus de ce qui suit: —

Nr. 9753. Vertrags-Staaten. 1. Febr. 1889.

Article I.

Le paragraphe 5 de l'Article VIII de la Convention du 6 Mai, 1882, est remplacé par la disposition suivante:

"Les mêmes lettres et numéros sont également peints à l'huile de chaque côté de la grande voile du bateau, immédiatement au-dessus de la dernière bande de ris et de manière à être très visibles; ils sont peints, sur les voiles blanches *en noir*, sur les voiles noires *en blanc*, et sur les voiles de nuance intermédiaire *en blanc* ou *en noir*, selon que l'autorité supérieure compétente le jugera le plus efficace."

---

*) Blaubuch 1890. Commercial Nr. 4.

Nr. 9753. Vertrags-Staaten. 1. Febr. 1889.

Article II.

La date de l'entrée en vigueur de la présente Déclaration sera fixée lors du dépôt des ratifications, qui aura lieu à La Haye aussitôt que faire se pourra, et de la même manière dont s'est effectué le dépôt des ratifications de la Convention du 6 Mai, 1882.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs ont signé la présente Déclaration et y ont apposé leurs cachets.

Fait à La Haye, le 1er Février, 1889, en six exemplaires.

L'Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire de Sa Majesté la Reine de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Horace Rumbold.

L'Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire de Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, au nom de l'Empire d'Allemagne, Baron Saurma.

L'Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire de Sa Majesté le Roi des Belges, Baron d'Anethan.

Le Consul-Général du Danemark, C. M. Viruly.

L'Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire de la République Française, Louis Legrand.

Le Ministre des Affaires Étrangères de Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, Hartsen.

Nr. 9754. **GROSSBRITANNIEN, DEUTSCHLAND, BELGIEN, DÄNEMARK, FRANKREICH, NIEDERLANDE.** — Prüfung der Ratifikationen des vorstehenden Vertrages. 21. Dec. 1889.

Nr. 9754. Vertrags-staaten. 21. Dec. 1889.

Les Soussignés se sont réunis aujourd'hui au Ministère des Affaires Étrangères à La Haye pour procéder à l'examen et au dépôt des Actes de Ratification de la Déclaration signée à La Haye le 1er Février, 1889, pour modifier la teneur du paragraphe 5 de l'Article VIII de la Convention du 6 Mai, 1882, tendant à régler la police de la pêche dans la Mer du Nord, en dehors des eaux territoriales. || Les Actes de Ratification ont été produits et ayant, après examen, été trouvé exacts et concordants, ces documents ont été remis au Ministre des Affaires Étrangères de Sa Majesté le Roi des Pays-Bas, afin de demeurer déposés dans les archives du Département des Affaires Étrangères à La Haye, ce dépôt devant tenir lieu d'échange des dits Actes. || En outre, les Soussignés, à ce dûment autorisés par leurs Gouvernements, sont convenus que la Déclaration précitée entrera en vigueur deux mois après la date du présent Protocole.

En foi de quoi les Soussignés l'ont signé et y ont apposé le cachet de leurs armes.

Fait à la Haye, le 21 Décembre, 1889, en six exemplaires, dont un sera délivré à chacun des Gouvernements signataires de la Déclaration susmentionnée.

(Es folgen die obigen Unterschriften.)

Nr. 9755. FRANKREICH und GROSSBRITANNIEN. — Deklaration, betreffend die Behandlung gescheiterter Schiffe. — 23. October 1889*).

Nr. 9755. Frankreich und Gross-britannien. 23. Oct. 1889.

Le Gouvernement de Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Impératrice des Indes, et le Gouvernement de la République Française, désirant régler par un nouvel accord les questions relatives à la liquidation des sauvetages sur les côtes des deux États, sont convenus de remplacer la Déclaration échangée à Londres le 16 Juin, 1879, par les dispositions suivantes: —

Article I.

Lorsqu'un navire quelconque appartenant aux sujets de l'un des deux États Contractants fera naufrage ou échouera sur le littoral de l'autre, les autorités locales compétentes devront, dans le plus bref délai possible, porter le fait à la connaissance du Consul-Général, Consul, Vice-Consul, ou Agent Consulaire le plus rapproché du lieu de l'accident.

Article II.

Toutes les opérations relatives au sauvetage des navires Anglais qui naufrageraient ou échoueraient sur les côtes de France seront dirigées par les Consuls-Généraux, Consuls, Vice-Consuls, ou Agents Consulaires de la Grande-Bretagne, et réciproquement, les Consuls-Généraux, Consuls, Vice-Consuls et Agents Consulaires Français dirigeront les opérations relatives au sauvetage des navires de leur nation naufragés ou échoués sur les côtes de la Grande-Bretagne.

Article III.

Quand les propriétaires du navire ou de la cargaison, ou leurs représentants dûment autorisés, seront présents et le réclameront, les Consuls-Généraux, Consuls, Vice-Consuls, et Agents Consulaires devront leur remettre la conduite des opérations de sauvetage en exigeant le dépôt des papiers de bord, ainsi que le remboursement des frais déjà faits et une garantie suffisante pour les dépenses engagées avant la remise et non encore liquidées.

Article IV.

L'intervention des autorités locales n'aura lieu dans les deux pays que pour assister l'autorité Consulaire, maintenir l'ordre, garantir les intérêts des sauveteurs s'ils sont étrangers aux équipages naufragés, et assurer l'exécution des dispositions à observer pour l'entrée et la sortie des marchandises sauvées. || En l'absence, et jusqu'à l'arrivée des Consuls-Généraux, Consuls, Vice-Consuls, ou Agents Consulaires, les autorités locales devront, d'ailleurs, prendre toutes les mesures nécessaires pour la protection des individus et la conservation des

*) Blaubuch 1890. Commercial Nr. 5.

Nr. 9755. Frankreich und Gross-britannien. 23. Oct. 1889.

objets qui auront été sauvés du naufrage. || Cette intervention ne donnera lieu à aucun frais, sauf ceux que les opérations de sauvetage et la garde des objets sauvés auront rendus nécessaires, ainsi que ceux auxquels seraient soumis en pareille circonstance les navires nationaux, les frais seront soldés, suivant le cas, soit par les Agents du service Consulaire, soit par les propriétaires ou leurs mandataires. || Dans le cas, où l'éloignement, la maladie, ou toute autre cause empêcheraient les Agents du service Consulaire de pourvoir aux opérations et à la gestion du sauvetage, les autorités locales qui resteraient chargées de ces opérations et de cette gestion seront tenues de remettre à ces Agents les papiers de bord et le produit net du navire et de la cargaison.

Article V.

Les marchandises et les objets sauvés ne seront assujettis à aucun droit de douane, à moins qu'ils ne soient destinés à la consommation intérieure, auquel cas ils acquitteront les mêmes droits qu'ils auraient eu à payer s'ils avaient été importés par des navires nationaux.

Article VI.

Les stipulations de la présente Déclaration seront applicables à toutes les Colonies et possessions de Sa Majesté Britannique, à l'exception de celles ci-après dénommées, savoir: — L'Inde. Le Canada. Terre-Neuve. Le Cap. Natal. La Nouvelle-Galles du Sud. Victoria. Queensland. La Tasmanie. L'Australie du Sud. L'Australie Occidentale. La Nouvelle-Zélande.

Toutefois, les stipulations de la présente Convention deviendront applicables à l'une des possessions ci-dessus indiquées si, en leur nom, une notification à cet effet a été adressée par le Représentant de Sa Majesté Britannique à Paris au Gouvernement de la République Française un an après la date de la présente Déclaration. || Les stipulations de la présente Déclaration seront applicables à toutes les Colonies et pessessions de la France.

Article VII.

La présente Déclaration sera mise à exécution trois mois après la date de sa signature et demeurera en vigueur jusqu'à l'expiration d'une année à partir du jour où l'une des deux Parties Contractantes aura notifié son intention d'en faire cesser les effets.

En foi de quoi les Plénipotentiaires Soussignés, son Excellence le Comte de Lytton, Ambassadeur de Sa Majesté la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Impératrice des Indes, et son Excellence M. Eugène Spuller, Ministre des Affaires Étrangères, ont revêtu de leurs signatures la présente Déclaration, et y ont apposé leurs cachets.

Fait à Paris, le vingt-trois Octobre, 1889.

E. Spuller.

(Die englische Ausfertigung ist unterzeichnet: Lytton.)

Nr. 9756. **DEUTSCHES REICH.** — Uebereinkunft zwischen der deutschen Botschaft und der römischen Stadtverwaltung in Sachen des alten protestantischen Kirchhofs. — 31. December 1888*). (Einschluss in B. 12.)

(Uebersetzung.)

The Municipality of Rome having found itself compelled, in consequence of the establishment of the new quarter of Testaccio, to occupy the site of the Old Protestant Cemetery, opposite the Pyramid of Caius Cestius, which is under the control of the Imperial German Embassy, the following Convention has been concluded between the said Embassy, acting in behalf of all the foreign Missions interested, and the Municipality of Rome: —

Nr. 9756. Deutsches Reich. 31. Dec. 1888.

Article I.

The Imperial German Embassy cedes to the Municipality of Rome the site of the Old Protestant Cemetery, described in the Map as plot No. 628 in the XIIth Region ("Rione XII, Ripa") and marked A, C, C, D in the plan appended to the present Convention.

Article II.

In exchange for the above-mentioned plot of ground, the Municipality cedes the ground belonging to it, which is bounded by the present Protestant Cemetery, by the city walls of Rome, by the zone of 20 metres in width occupied by the new Government collecting sewer of the left bank, up to a distance of 5 metres from the said zone, and, lastly, by a line continuing the present front of the said cemetery, as shown on the plan referred to above.

Article III.

The Municipality of Rome, on acquiring the ownership of the ground ceded to it, shall be entitled to apply it to any purpose, excepting only as regards the plot of ground, situated within the said area, which is marked E, F, G, H upon the Plan, in which plot the tombs and monuments of the English poet Keats, and of his friend Severn, shall be preserved, and the plot of ground shall be surrounded by an iron railing.

Article IV.

The Municipality binds itself to cause the remains of the persons buried within the area ceded to it (excepting those mentioned in the preceding Article) to be exhumed, and removed, together with their respective monuments, to the new ground, and to inter them there in a suitable manner. The Municipality further binds itself to put in order the new site which it gives in exchange, and to unite to it the present cemetery. For this purpose, the Municipality shall cause the wall marked I L, which now separates the two plots of ground, to be demolished, and shall surround the new ground with

*) Aus den Akten des englischen Parlaments, 1889.

Nr. 9756. Deutsches Reich. 31. Dec. 1888.

a wall upon the lines I, M, N, of the same width and height as the wall of the present cemetery.

Article V.

The cost of putting the new ground in order, as well as of the removal and suitable re-erection therein of the tombs and monuments at present in the old cemetery, shall be borne by the Municipality of Rome.

Article VI.

The Municipality concedes to the German Embassy the right to superintend the works, for the special purpose of preventing any offence to religious feeling from resulting therefrom.

Article VII.

Should any human remains be discovered in course of time, and subsequently to the removal of the graves and monuments to the new cemetery, within the area ceded to the Municipality, the Communal Administration undertakes to give notice thereof at once to the Inspector of the Protestant Cemetery, so that he may take the necessary steps with regard to the matter.

Article VIII.

The present Convention shall come into force on the day, when the parties exchange their ratifications, such exchange to be effected simply by letter.

Article IX.

All expenses relating to present Convention shall be borne by the Municipal administration.

For the Municipal Administration:
The Syndic, Guiccioli.
Der Kaiserliche Botschafter,
Gf. Solms.

Rome, December 31, 1888.

Internationale Aktenstücke, betreffend die Verwaltung und die Finanzen Aegyptens*).

Nr. 9757. TÜRKEI. — Firman des Sultans, betreffend die Aufnahme einer ägyptischen Anleihe. (Einschluss in B. 4,3.)

Nr. 9757. Türkei. Juli 1885.

(Uebersetzung.)

Décret à l'adresse de Tewfik Pacha, Khédive de l'Égypte, ayant rang du Grand Vizir et revêtu de la décoration en brillants du Grand Cordon de l'Osmanie et du "Medjidié" que Dieu le glorifie et le soutienne de sa puissance.

A la suite d'une décision de mes Ministres, réunis en Council Spécial, à savoir, que permission fut accordée à votre Altesse pour contracter un emprunt de 9000000 *l.* dans le but de régler la Dette connue de l'Égypte, mon Iradé Impérial fut émané à cet effet. Mon Gouvernement a signé la Convention passée entre lui et l'Angleterre, l'Allemagne, l'Autriche, l'Italie, la France et la Russie sous les réserves suivantes, à savoir: —

1. Qu'il maintient ses réserves concernant la Circulaire du Ministre des Affaires Étrangères de l'Angleterre en date du 3 Janvier, 1883. || 2. Qu'il sera inséré dans l'Acte Conventionnel de la Commission Internationale, réunie à Paris pour le réglement du Canal de Suez, que mon Gouvernement aura le plein droit de prendre les mesures nécessaires pour la défense de l'Égypte, soit contre un État belligérent soit en Égypte même en cas de troubles intérieurs. || 3. Que par rapport au service du nouvel emprunt ainsi que de la Dette Privilégiée et de la Dette Unifiée de l'Égypte, ayant été stipulé qu'il aura la priorité de réglement sur tout autre, cette stipulation ne saurait en aucune façon retarder le payement du tribut. || 4. Que la mention, dans la Déclaration, des Tribunaux Mixtes, n'impliquera pas la prolongation indéfinie du fonctionnement de ces Tribunaux. || 5. Que pour le cas, où la Commission d'Enquête, prévue dans l'Article 12 du Décret Khédivial, viendrait à être instituée, mon Gouvernement réserve sa liberté d'appréciation. || 6. Que la désignation éventuelle par les Consuls des membres des Commissions Exécutives

*) Aus den Blaubüchern 1886, Nr. 1 und 4; vgl. Staatsarchiv XLVI, 117.

Nr. 9757. Türkei. Juli 1885.

et des Conseils d'Enquête, ne pourrait être envisagée comme une immixtion étrangère. || 7. Qu'un fonctionnaire Ottoman nommé par la Sublime Porte siégera au sein de la Commission de la Caisse de la Dette Égyptienne en qualité de Représentant de la Puissance Souveraine pour être tenu au courant de l'état des finances de l'Égypte.

Mon présent Firman Impérial fut émané de mon Divan autorisant la conclusion du susdit emprunt.

Le Scheval, 1302 (Juillet, 1885).

Nr. 9758. GROSSBRITANNIEN und TÜRKEI. — Vertrag, betreffend die ägyptischen Angelegenheiten (Einschluss in B. 4, 65). 24. October 1885. — Austausch der Ratifikationen 24. November.

Nr. 9758. Gross-britannien und Türkei. 24. Oct. 1885.

Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Empress of India, and His Majesty the Emperor of the Ottomans, having agreed to send Commissioners Extraordinary to Egypt with a view to the settlement of Egyptian affairs, have resolved to conclude a Convention, and have named as their Plenipotentiaries for this purpose:

Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Empress of India, the Right Honourable Sir Henry Drummond Wolff, a member of Her Britannic Majesty's Privy Council, Knight Grand Cross of the Most Distinguished Order of Saint Michael and Saint George, Knight Commander of the Most Honourable Order of the Bath, Member of Parliament, and her Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary to His Imperial Majesty the Sultan on a Special Mission having particular reference to the affairs of Egypt;

And His Imperial Majesty the Emperor of the Ottomans, Méhemmed Saïd Pasha, his Minister for Foreign Affairs, decorated with the Grand Cordon of the Osmanié in brilliants and the Grand Cordon of the Medjidié;

Who, after having exchanged their full powers, found to be in good and due form, have agreed upon the following Articles, adopted upon the basis and within the limits of the Imperial Firmans now in force: —

Article I.

Her Britannic Majesty and His Imperial Majesty the Sultan will respectively send a High Commissioner to Egypt.

Article II.

The Ottoman High Commissioner will consult with His Highness the Khedive, or with the functionary who shall be designated for that purpose by His

Highness, upon the best means for tranquillizing the Soudan by pacific measures. || The Ottoman High Commissioner and His Highness the Khedive will keep the English High Commissioner currently informed of the negotiations, and as the measures to be decided upon form part of the general settlement of Egyptian affairs, they shall be adopted and placed in execution in agreement with the English High Commissioner.

Nr. 9758. Grossbritannien und Türkei. 24. Oct. 1885.

Article III.

The two High Commissioners will reorganize, in concert with His Highness the Khedive, the Egyptian army.

Article IV.

The two High Commissioners, in concert with His Higness the Khedive, will examine all the branches of the Egyptian Administration, and may introduce into them the modifications which they may consider necessary, within the limits of the Imperial Firmans.

Article V.

The international engagements contracted by His Highness the Khedive will be approved by the Ottoman Government in so far as they shall not be contrary to the privileges granted by the Imperial Firmans.

Article VI.

So soon as the two High Commissioners shall have established, that the security of the frontiers and the good working and stability of the Egyptian Government are assured, they shall present a Report to their respective Governments, who will consult as to the conclusion of a Convention regulating the withdrawal of the British troops from Egypt in a convenient period.

Article VII.

The present Convention shall be ratified and the ratifications shall be exchanged at Constantinople within the space of fifteen days, or sooner if possible. || In faith of which the two Plenipotentiaries have affixed their signatures to it and the seal of their arms.

Done at Constantinople, the twenty-fourth day of the month of October, of the year eighteen hundred and eighty-five.

H. Drummond Wolff.
Saïd.

Nr. 9759. BELGIEN, DÄNEMARK, SPANIEN, GRIECHENLAND, NIEDERLANDE, PORTUGAL, SCHWEDEN, NORWEGEN. — Anerkennung des Dekrets des Khedive vom 27. Juli 1885 (B. 4, 153). 19. Januar 1886.

Nr. 9759. Vertrags-Staaten. 19. Jan. 1886.

Considérant que Sa Majesté Impériale le Sultan a autorisé le Gouvernement d'Égypte à émettre, dans les conditions énoncées au Décret de Son Altesse le Khédive, en date du 27 Juillet, 1885, un emprunt pouvant s'élever jusqu'à 9,000,000 l. effectives et destiné à pourvoir au réglement de la situation financière de l'Égypte;

Considérant que ce Décret apporte certaines modifications à la Loi de Liquidation;

Considérant que les Gouvernements d'Allemagne, d'Autriche-Hongrie, de France, de la Grande-Bretagne, d'Italie et de Russie ont consenti à ce que ce Décret soit reconnu par les Tribunaux de la Réforme comme une loi obligatoire, et l'ont porté collectivement à la connaissance des autres Puissances qui ont pris part à l'établissement de ces Tribunaux, en les invitant à y adhérer;

Les Gouvernements de Belgique, du Danemark, d'Espagne, de Grèce, des Pays-Bas, de Portugal, et de Suède et de Norvège déclarent accepter ce Décret, et consentent à ce qu'il soit reconnu par les Tribunaux de la Réforme comme une loi obligatoire.

Les Soussignés, Plénipotentiaires de Belgique, du Danemark, d'Espagne, de Grèce, des Pays-Bays, de Portugal et de Suède et de Norvège munis des pouvoirs nécessaires déclarent par les présentes que leurs Gouvernements respectifs prennent l'engagement relaté ci-dessus.

En foi de quoi les Soussignés ont signé la présente Déclaration, et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait à Londres, le 19 Janvier, 1886.

Solvyns. C. de Bylandt.
Fable. M. D'Antas.
Casa Laiglesia. Edw. Piper.
J. Gennadius.

Nr. 9760. AEGYPTEN. — Decret des Khedive, betreffend die Sitzungscommissionen u. die Revisionsräthe. (B. 4,227). 11. April 1886.

Nr. 9760. Aegypten. 11. April 1886.

Nous, Khédive d'Égypte,

Les Puissances ayant accepté l'application à leurs nationaux, comme aux sujets locaux, de notre Décret en date du 13 Mars, 1884 (15 Gamad-Awel, 1301), concernant l'impôt sur la propriété bâtie, avec la modification énoncée en l'Article 1[er] du présent Décret;

Sur la proposition de notre Ministre des Finances et l'avis conforme de notre Conseil des Ministres;

Nr. 9760. Aegypten. 11. April 1886.

Notre Conseil Législatif entendu;

Décrétons:

Article 1er. Les membres étrangers des Commissions d'Évaluation et des Conseils de Révision, institués par les Articles 4 et 5 du Décret sus-énoncé, seront désignés par le Consul dans le cas où les élections resteraient sans résultat, ainsi que dans le cas où les Délégués élus ne se présenteraient pas. Si les Délégués du Consul ne se présentent pas, la Commission d'Évaluation ou le Conseil de Révision procédera valablement en leur absence.

Art. 2. Dans le cas où les élections pour les membres indigènes des Commissions d'Évaluation et des Conseils de Révision susmentionnés resteraient sans résultat, ainsi que dans le cas où les Délégués élus ne se présenteraient pas, leur désignation sera faite par le Gouverneur ou par le Moudir.

Si les Délégués désignés par le Gouverneur ou le Moudir ne se présentent pas, la Commission ou le Conseil de Révision procédera valablement en leur absence.

Art. 3. Nos Ministres de l'Intérieur, des Finances, des Travaux Publics et de la Justice sont chargés, chacun en ce qui le concerne, de l'exécution du présent Décret.

Fait au Palais d'Abdine, le 11 Avril, 1886 (7 Redjeb, 1303).

Méhémet Tewfik.

Par le Khédive:
Le Président du Conseil des Ministres,
Ministre de la Justice, N. Nubar.
Le Ministre de l'Intérieur, Abdel-Kader.
Le Ministre des Finances, Moustapha Fehmy.
Le Ministre des Travaux Publics, A. Rouchdy.

Nr. 9761. NIEDERLANDE und AEGYPTEN. — Zoll- und Handelsvertrag vom 17. April 1886 (Einschluss in B. 4, 232).

Nr. 9761. Niederlande u. Aegypten. 17. April 1886.

Les Soussignés, son Excellence Nubar Pacha, Président du Conseil des Ministres, Ministre des Affaires Étrangères et de la Justice du Gouvernement de Son Altesse le Khédive d'Égypte, et M. le Jonkheer Pierre-Joseph-François-Marie Van der Does de Willebois, Agent Politique et Consul-Général de Sa Majesté le Roi des Pays-Bas en Égypte, dûment autorisés par leurs Gouvernements respectifs, sont convenus de ce qui suit: —

Le Gouvernement de Sa Majesté le Roi des Pays-Bas consent à ce que les Règlements de la Douane Égyptienne, appliqués, en vertu de la Convention Commerciale et Douanière conclue, le 3 Mars, 1884, entre le Gouvernement

Nr. 9761. Niederlande u. Aegypten. 17. April 1886.

Hellénique et le Gouvernement Égyptien, aux sujets, aux bâtiments, à la navigation et au commerce Helléniques, soient également appliqués aux sujets, aux bâtiments, à la navigation et au commerce Néerlandais.

Tous droits, privilèges et immunités que le Gouvernement Égyptien accorde aujourd'hui ou pourrait accorder à l'avenir aux sujets, aux bâtiments, à la navigation et au commerce de toute autre Puissance étrangère, seront également accordés aux sujets, aux bâtiments, à la navigation, et au commerce Néerlandais, qui en auront, de droit, l'exercice et la jouissance.

En foi de quoi les Soussignés ont signé le présent acte et y ont apposé leurs sceaux.

Fait au Caire, le 17 Avril, 1886.

N. Nubar.
Van der Does de Willebois.

Bündnisse und Verträge.

Nr. 9762. DEUTSCHES REICH. — Militärconvention zwischen Preussen und Braunschweig. — 18./9. März 1886 *).

Nr. 9762. Deutsches Reich. 18. März 1886.

In Ausführung der Bestimmungen des Abschnitts XI der Reichsverfassung haben Seine Majestät der König von Preussen einerseits und Seine königliche Hoheit der Regent des Herzogthums Braunschweig andererseits behufs Feststellung der näheren Modalitäten zu ihren Bevollmächtigten ernannt und zwar:

Seine Majestät der König von Preussen:

den Generallieutenant und Director des allgemeinen Kriegs-Departements im Kriegsministerium von Hänisch,

den Oberstlieutenant und Abtheilungs-Chef im Kriegsministerium von Gossler,

Seine königliche Hoheit der Regent des Herzogthums Braunschweig:

den Wirklichen Geheimerath und Staatsminister Grafen Görtz-Wrisberg,

welche, nachdem sie ihre Vollmachten ausgetauscht und in guter und gehöriger Form befunden, folgende Konvention abgeschlossen haben.

Artikel 1.

Braunschweig verzichtet auf die Stellung eines selbständigen Militär-Kontingents. Die gegenwärtig dasselbe bildenden Truppentheile bleiben als solche erhalten, werden aber unmittelbare Bestandtheile des königlich preussischen Heeres dergestalt, dass Seine Majestät der König von Preussen die Ausübung der Militär-Hoheitsrechte übernimmt. In allen dienstlichen Beziehungen unterstehen diese Truppen fortan lediglich den betreffenden preussischen Kommandobehörden.

Artikel 2.

Die nach Artikel 1 in das königlich preussische Heer einzureihenden Truppentheile führen die Bezeichnung:

---

*) Aus den Reichstagsakten. 6. Legislaturperiode, II. Session, Nr. 287.

Nr. 9762. Deutsches Reich. 18. März 1886.

Braunschweigisches Infanterie-Regiment Nr. 92,
Braunschweigisches Husaren-Regiment Nr. 17,
5. (Braunschweigische) Batterie 1. Hannoverschen Feld-Artillerie-Regiments Nr. 10.

Die Regimenter behalten die bisher geführten Fahnen, beziehungsweise die bisherige Standarte. || Die Officiere etc. tragen Schärpe und Portepee etc. in den Landesfarben und behalten ihre bisherige Bewaffnung. Ausgenommen hiervon sind jedoch die Officiere etc. der Batterie, für welche die bezüglichen preussischen Normen unverändert zur Anwendung kommen. || Zur Annahme und Anlegung Herzoglich Braunschweigischer Dekorationen seitens der Officiere etc. der vorgenannten Truppentheile bedarf es der vorgängigen Erlaubniss Seiner Majestät des Königs von Preussen nicht; jedoch wird Allerhöchstdemselben von einer jeden derartigen Dekorirung durch den Hohen Landesregenten alsbald Mittheilung gemacht werden. || Die in den vorgenannten, beziehungsweise anderen königlich preussischen Truppentheilen ihrer Dienstpflicht genügenden braunschweigischen Staatsangehörigen tragen neben der preussischen Kokarde die Landeskokarde.

Artikel 3.

Die der gegenwärtigen braunschweigischen Militärformation angehörenden Officiere, Portepeefähnriche, Aerzte im Officierrang und Beamten werden, insofern sie es wünschen und soweit sie preussischerseits geeignet befunden werden, unter Belassung ihres Ranges und Dienstalters in die königlich preussische Armee übernommen, jedoch mit der Maassgabe, dass sie hierdurch nicht besser zu stehen kommen dürfen, als wenn sie von Anfang an in der preussischen Armee gedient hätten. || Officiere etc. der gegenwärtigen braunschweigischen Militärformation, welche nicht geneigt sind, in die königlich preussische Armee überzutreten oder preussischerseits nicht übernommen werden, erhalten, wenn sie nicht mehr dienstpflichtig sind, den Abschied und zwar im Falle der Pensionsberechtigung mit Pension. Die noch dienstpflichtigen Officiere etc. dieser Kategorie, von denen diejenigen des Friedensstandes zunächst in den Beurlaubtenstand überzutreten haben, werden von dem Landwehr-Bezirkskommando 1. Braunschweig listlich geführt und durch Vermittelung desselben auf Verfügung des königlich preussischen General-Kommandos 10. Armeekorps nach Maassgabe der bezüglichen gesetzlichen Bestimmungen zum Dienst herangezogen. Die militärischen Gesuche etc. solcher Officiere etc. gehen durch das bezeichnete Landwehr-Bezirkskommando, dessen Kommandeur ihr nächster militärischer Vorgesetzter ist, auf dem Instanzenwege an das gleichfalls bereits bezeichnete General-Kommando und werden von letzterem gegebenen Falles dem hohen Landesregenten zur Entscheidung unterbreitet.

Artikel 4.

Aenderungen in der bestehenden Eintheilung des Herzogthums in Landwehr- und Aushebungs-Bezirke sind nur unter Mitwirkung der herzoglichen

Regierung zulässig. Die innerhalb des Herzogthums domizilirenden Officiere, Aerzte und Mannschaften des Beurlaubtenstandes finden für die königlich preussische Armee ihre bestimmungsmässige Verwendung.

Artikel 5.

Die zum aktiven Dienst herangezogenen braunschweigischen Staatsangehörigen leisten dem Hohen Landesregenten den Fahneneid unter verfassungsmässiger Einschaltung der Gehorsamsverpflichtung gegen Seine Majestät den Kaiser. || Die Officiere, Portepeefähnriche, Aerzte im Officierrange und Beamten leisten den Fahnen-, beziehungsweise Beamteneid Seiner Majestät dem König von Preussen und verpflichten sich zugleich mittelst Handgelöbnisses, das Wohl und Beste des Landesregenten zu fördern, Schaden und Nachtheil von ihm, seinem Hause und dem Lande abzuwenden. || Die in die königlich preussische Armee übertretenden Officiere etc., welche Seiner Majestät dem Kaiser eidlich Gehorsam gelobt haben, werden so angesehen, als ob sie den vorerwähnten Fahnen-, beziehungsweise Beamteneid geleistet und das Handgelöbniss abgegeben hätten.

Artikel 6.

Der Hohe Landesregent und dessen Familie erhalten von den im Herzogthum garnisonirenden Truppen die dem Landesherrn und dessen Angehörigen zukommenden Ehrenbezeugungen. || Der hohe Landesregent steht zu den Truppen in dem Verhältniss eines kommandirenden Generals, übt auch als solcher neben den bezüglichen Ehrenrechten die entsprechende Disciplinarstrafgewalt aus. Höchstdemselben steht die freie Verfügung über die im Herzogthum dislocirten Truppen zu polizeilichen Zwecken und zu solchen des inneren Dienstes zu, und haben in dieser Beziehung die Truppenkommandeure Höchstdessen Befehlen ohne weiteres Folge zu geben. || Im Uebrigen steht die Handhabung der Disciplin den Truppenbefehlshabern zu. Die Militärgerichtsbarkeit wird von den Militärgerichten nach Maassgabe der Militärstrafgesetze ausgeübt, und erfolgt nach deren Vorschriften die Bestätigung der militärgerichtlichen Erkenntnisse von den militärischen Instanzen. || Das Begnadigungsrecht übt Seine Majestät der König von Preussen aus; etwaige Wünsche des Hohen Landesregenten hinsichtlich braunschweigischer Unterthanen in dieser Beziehung werden möglichste Berücksichtigung finden.

Artikel 7.

Seine Majestät der König von Preussen werden den Wünschen des Hohen Landesregenten bezüglich der als Adjutanten zu ihm zu kommandirenden Officiere bereitwilligst Folge geben, soweit dem dienstliche Rücksichten nicht entgegenstehen. Die Besoldung dieser Officiere erfolgt aus Reichsmitteln. Die Bestimmung der Uniform der Adjutanten ist dem Belieben des Hohen Landesregenten überlassen.

Nr. 9762. Deutsches Reich. 18. März 1886.

Artikel 8.

Die von den Garnisonen benutzten Lokalitäten (Kasernen, Wachen, Schilderhäuser etc.) behalten äusserlich in Wappen und Farbe die bisherigen Hoheitszeichen. || In Betreff der Truppenverwendung zu polizeilichen Zwecken sowie der Fälle und Formen, in welchen das Militär gegen Civilpersonen einschreiten und von seinen Waffen Gebrauch machen darf, finden die bezüglichen preussischen Bestimmungen Anwendung.

Artikel 9.

Die bürgerlichen Rechtsverhältnisse der dem Herzogthum nicht angehörenden Personen, welche bei den im Herzogthum garnisonirenden Truppen dienen, sammt deren Familien, werden durch diese Konvention nicht berührt. || Officiere etc. der im Artikel 2 bezeichneten Truppentheile, gleichviel, ob sie dem Friedens- oder dem Beurlaubtenstande angehören, erhalten auf Grund des ihnen verliehenen Patents, beziehungsweise der ihnen ertheilten Bestallung neben ihrer bisherigen Staatsangehörigkeit die preussische Staatsangehörigkeit. || Den Officieren etc., welche Mitglieder der herzoglich braunschweigischen Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungs-Anstalt sind, bleibt das Recht der Mitgliedschaft gewahrt, insofern sie nicht ihr Ausscheiden aus derselben selbst wünschen. Neue Wittwen-Pensionsversicherungen dürfen nur bei der königlich preussischen Militär-Wittwenkasse nach deren Statuten erfolgen, und sind hierzu diejenigen verheiratheten Officiere etc. verpflichtet, welche nicht Mitglieder der herzoglich braunschweigischen Beamten-Wittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt verbleiben.

Artikel 10.

Die Verwaltung und Unterhaltung der unter 2 bezeichneten Truppentheile erfolgt seitens Preussens auf Grund und innerhalb des Reichs-Militäretats. || Nach diesem Etat regeln sich auch die finanziellen Leistungen Braunschweigs für das Landheer. || Jedoch verbleiben die braunschweigischerseits überwiesenen Garnison-Einrichtungen, soweit hierüber nicht schon durch Reichsgesetz Bestimmung getroffen ist, auch für die Dauer dieser Konvention unter den seitherigen Bedingungen im Besitze der Garnison und können derselben ohne entsprechende Ersatzleistung nicht entzogen werden.

Artikel 11.

Die vorstehende Konvention tritt mit dem 1. April 1886 in Kraft und gilt so lange, als sie nicht von Seiner Majestät dem Könige von Preussen oder von dem Hohen Landesregenten gekündigt wird. Eine solche Kündigung muss mindestens zwei Jahre vor der beabsichtigten Auflösung der Konvention und darf nicht vor dem 31. März 1896 erfolgen.

Artikel 12.

Nr. 9762. Deutsches Reich. 18. März 1886.

Die Konvention soll alsbald der betheiligten Allerhöchsten und Höchsten Regierung zur Genehmigung vorgelegt und die Auswechselung der Ratifikationen in kürzester Frist in Berlin bewirkt werden.

Berlin, den 18. März 1886. Braunschweig, den 9. März 1886.
von Hänisch. Graf Görtz-Wrisberg.
von Gossler.

Nr. 9763. DEUTSCHLAND und SÜDAFRIKANISCHE REPUBLIK. — Freundschafts- und Handelsvertrag. 22. Januar 1885*).

Nr. 9763. Deutschland und Südafrikan. Republik. 22. Jan. 1885.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen, im Namen des Deutschen Reichs einerseits und Seine Excellenz der Staatspräsident der Südafrikanischen Republik andererseits, von dem Wunsche geleitet, die Beziehungen zwischen beiden Ländern zu fördern und zu befestigen, haben beschlossen, einen Freundschafts- und Handelsvertrag abzuschliessen, und zu Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preussen:
Allerhöchstihren ausserordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am Königlich Niederländischen Hofe, Legationsrath und Major à la suite der Armee, Grafen Herbert von Bismarck-Schönhausen und
Allerhöchstihren Geheimen Legationsrath Otto Hellwig;

Seine Excellenz der Staatspräsident der Südafrikanischen Republik:
den Jonkheer Gerart Beelaerts van Blokland,

welche, nach gegenseitiger Mittheilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten, den folgenden Vertrag abgeschlossen haben:

Artikel 1.

Zwischen dem Deutschen Reich und der Südafrikanischen Republik soll fortdauernd Friede und Freundschaft und zwischen den Angehörigen der beiden Länder Freiheit des Handels bestehen. || Die Angehörigen eines jeden der vertragschliessenden Theile sollen in dem Gebiete des anderen hinsichtlich der Ausübung ihrer Religion sowie in Bezug auf Handel und Gewerbebetrieb dieselben Rechte, Privilegien und Begünstigungen aller Art geniessen, welche den Inländern zustehen oder zustehen werden, und keinen anderen oder lästigeren allgemeinen oder örtlichen Abgaben, Auflagen, Beschränkungen oder Verpflichtungen irgend welcher Art unterliegen, als denjenigen, welchen die Angehörigen der meistbegünstigten Nation unterworfen sind oder unterworfen sein werden.

Artikel 2.

Die Angehörigen eines jeden der vertragschliessenden Theile sollen in dem Gebiete des anderen gleich den Inländern berechtigt sein ihren Wohn-

---

*) Reichstagsakten, 6. Legislaturperiode, 1. Session, Nr. 389.

Nr. 9763. Deutschland und Südafrikan. Republik. 22. Jan. 1885.

sitz zu nehmen, zu reisen, Gross- und Kleinhandel zu treiben, jede Art von beweglichem oder unbeweglichem Vermögen zu besitzen, durch Kaufvertrag, Tausch, Schenkung, letzten Willen oder auf andere Weise solches Vermögen zu erwerben und darüber zu verfügen sowie Erbschaften kraft Gesetzes zu erwerben. Auch sollen sie in keinem dieser Fälle anderen oder höheren Abgaben und Auflagen unterliegen, als die Inländer.

Artikel 3.

Die Deutschen in der Südafrikanischen Republik und die Angehörigen der Südafrikanischen Republik in Deutschland sollen volle Freiheit haben, wie die Inländer ihre Geschäfte entweder in Person oder durch einen Agenten ihrer eigenen Wahl zu regeln, ohne verpflichtet zu sein, hierfür bevorrechtigten Einzelnen oder Körperschaften eine Vergütung oder Schadloshaltung zu zahlen, welche nicht auch von den Inländern selbst zu zahlen wäre. || Sie sollen freien Zutritt zu den Gerichten haben und hinsichtlich der Verfolgung und Vertheidigung ihrer Rechte alle Befreiungen und Vorrechte der Inländer geniessen.

Artikel 4.

Aktiengesellschaften und sonstige kommerzielle, industrielle oder finanzielle Gesellschaften, welche in dem Gebiete des einen der vertragschliessenden Theile nach Maassgabe der dort geltenden Gesetze errichtet sind, sollen in dem Gebiete des anderen Theils alle Rechte auszuüben befugt sein, welche den gleichartigen Gesellschaften der meistbegünstigten Nationen zustehen.

Artikel 5.

Die Angehörigen jedes der beiden vertragschliessenden Theile werden auf dem Gebiete des anderen hinsichtlich des Militärdienstes, sowohl in der regulären Armee als in der Miliz und Nationalgarde, sowie hinsichtlich jedes Amtsdienstes gerichtlicher, administrativer oder munizipaler Art, hinsichtlich aller militärischen Requisitionen und Leistungen sowie in Bezug auf Zwangsanleihen und sonstige Lasten, welche zu Kriegszwecken oder in Folge anderer aussergewöhnlicher Umstände aufgelegt werden, dieselben Rechte geniessen, wie die Angehörigen der meistbegünstigten Nation.

Sie dürfen weder persönlich noch in Bezug auf ihre beweglichen und unbeweglichen Güter zu anderen Verpflichtungen, Beschränkungen, Taxen oder Abgaben angehalten werden, als denjenigen, welchen die Inländer unterworfen sein werden.

Artikel 6.

Die vertragschliessenden Theile werden, sobald in der Südafrikanischen Republik der Schutz der Modelle, Muster, Fabrik- oder Handelszeichen sowie der Bezeichnung oder Etikettirung der Waaren oder ihrer Verpackung nach Maassgabe der in dieser Beziehung allgemein angenommenen Grundsätze durch Gesetz geregelt sein wird, durch ein Abkommen oder durch Austausch von

Erklärungen die Förmlichkeiten festsetzen, von deren Erfüllung der Genuss der bezüglichen, von dem einen und anderen Theil seinen Angehörigen eingeräumten Rechte abhängig sein wird.

Artikel 7.

Kein Einfuhr-, Ausfuhr- oder Durchfuhrverbot darf von einem der vertragschliessenden Theile dem anderen gegenüber erlassen werden, welches nicht entweder gleichzeitig auf alle, oder doch unter gleichen Voraussetzungen auch auf andere Nationen Anwendung findet. || Hinsichtlich der Ein- und Ausfuhr der Waaren, ihrer Durchfuhr oder zollamtlichen Niederlage, der zu zahlenden Zölle, welcher Art sie seien, und der Zollförmlichkeiten jeder Art verpflichtet sich jeder der vertragschliessenden Theile, den anderen unverzüglich und ohne weiteres an jeder Begünstigung, jedem Vorrecht oder jeder Herabsetzung in den Eingangs- und Ausgangsabgaben sowie jeder anderen Befreiung oder Konzession theilnehmen zu lassen, welche er einer dritten Macht eingeräumt hat oder einräumen wird. || Begünstigungen, welche einer der beiden vertragschliessenden Theile unmittelbar angrenzenden Staaten oder Kolonien zur Erleichterung des Grenzverkehrs gewährt hat oder gewähren sollte, können von dem anderen Theile nicht in Anspruch genommen werden, so lange diese Begünstigungen auch allen übrigen, nicht angrenzenden Staaten und Kolonien vorenthalten werden. Zu den letzteren Staaten ist auch der nicht angrenzende Schutzstaat einer Kolonie, welcher Begünstigungen der bezeichneten Art gewährt werden, zu rechnen.

Artikel 8.

Jeder der vertragschliessenden Theile kann in den Handelsplätzen des Gebietes des anderen Theils Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln oder Konsularagenten bestellen. || Die Bestellung von Konsularagenten kann durch die Generalkonsuln, Konsuln und Vizekonsuln erfolgen, sofern diese nach der Gesetzgebung des Staates, welcher sie ernannt hat, dazu befugt sind. || Beide Theile behalten sich das Recht vor, die Zulassung von Konsularbeamten für einzelne Orte auszuschliessen. Dabei wird jedoch vorausgesetzt, dass dieser Vorbehalt gleichmässig allen Mächten gegenüber Anwendung findet. || Die Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln und Konsularagenten können aus Angehörigen beider Länder oder dritter Staaten gewählt werden. Sie treten ihre Thätigkeit an, sobald sie von der Regierung des Landes, in welchem ihnen ihr Amtssitz angewiesen ist, in den dort üblichen Formen zugelassen und anerkannt worden sind. || Das Exequatur soll ihnen kostenfrei ertheilt werden. Beide Theile behalten sich das Recht vor, das Exequatur, unter Mittheilung der Beweggründe, wieder zurückzuziehen. || Von jeder Aenderung der Amtsbezirke der Konsuln wird die Regierung des Staates, in welchem sie ihren Amtssitz haben, in Kenntniss gesetzt werden.

Nr. 9763. Deutschland und Südafrikan. Republik. 22. Jan. 1885.

Artikel 9.

Die Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln und ihre Kanzler oder Sekretäre sowie die Konsularagenten, welche Angehörige des Staates sind, der sie ernannt hat, sollen von der Militäreinquartirung und den Militärlasten überhaupt, von den direkten, Personal-, Mobiliar- und Luxussteuern befreit sein, mögen solche vom Staat oder von den Gemeinden auferlegt sein, es sei denn, dass sie Grundbesitz haben, Handel oder irgend ein Gewerbe betreiben, in welchen Fällen sie denselben Taxen, Lasten und Steuern unterworfen sein sollen, welche die sonstigen Einwohner des Landes als Grundeigenthümer, Kaufleute oder Gewerbetreibende zu entrichten haben. || Sie dürfen weder verhaftet noch gefänglich eingezogen werden, ausgenommen für Handlungen, welche die Strafgesetzgebung des Staates, in welchem sie ihren Amtssitz haben, als Verbrechen bezeichnet und bestraft.

Artikel 10.

Die Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln und ihre Kanzler oder Sekretäre sowie die Konsularagenten sind verbunden, vor Gericht Zeugniss abzulegen, wenn die Landesgerichte solches für erforderlich halten. Doch soll die Gerichtsbehörde in diesem Falle sie mittelst amtlichen Schreibens ersuchen, vor ihr zu erscheinen. || Für den Fall der Behinderung der gedachten Beamten soll, wenn dieselben Angehörige des Staates sind, welcher sie ernannt hat, die Gerichtsbehörde sich, um sie mündlich zu vernehmen, in ihre Wohnung begeben oder sie um schriftliche Abgabe ihres Zeugnisses ersuchen. Im letzteren Falle haben die Beamten dem Verlangen der Behörde ohne Verzug zu entsprechen und derselben ihre Aussage mit ihrer Unterschrift und ihrem amtlichen Siegel versehen zuzustellen.

Artikel 11.

Die Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln und Konsularagenten können an dem Konsulatsgebäude das Wappen des Staates, welcher sie ernannt hat, mit der Umschrift: „Generalkonsulat, Konsulat, Vicekonsulat oder Konsularagentur von ....“ anbringen und ihre Landesflagge auf dem Konsulatsgebäude aufziehen.

Es versteht sich von selbst, dass diese äusseren Anzeichen niemals so aufgefasst werden dürfen, als begründeten sie ein Asylrecht.

Artikel 12.

Die Konsulatsarchive sind jederzeit unverletzlich, und die Landesbehörden dürfen unter keinem Vorwande und in keinem Falle die zu den Archiven gehörigen Dienstpapiere einsehen oder mit Beschlag belegen. Die Dienstpapiere müssen stets von den das etwaige kaufmännische Geschäft oder Gewerbe des Konsularbeamten betreffenden Büchern und Papieren vollständig gesondert sein. Die Amtsräume und Wohnungen der Berufskonsuln, welche Angehörige des Staates sind, der sie ernannt hat, sollen jederzeit unverletzlich sein. Die

Landesbehörden sollen, soweit es sich nicht um Verfolgung von Verbrechen handelt, ohne Zustimmung des Konsuls keine Amtshandlung dort vornehmen. || Die daselbst niedergelegten Papiere und Bücher dürfen in keinem Falle durchsucht oder mit Beschlag belegt werden.

Nr. 9763. Deutschland und Südafrikan. Republik. 22. Jan. 1885.

Artikel 13.

In Fällen der Behinderung, Abwesenheit oder des Todes von Generalkonsuln, Konsuln oder Vizekonsuln sollen die Kanzler und Sekretäre, insoweit sie als solche der Regierung des Staates, in welchem sie ihren Amtssitz haben, namhaft gemacht worden sind, von Rechts wegen befugt sein, einstweilen die konsularischen Amtsbefugnisse auszuüben, und sie sollen während dieser Zeit die Freiheiten und Privilegien geniessen, welche nach diesem Vertrage damit verbunden sind.

Artikel 14.

Die Generalkonsuln, Konsuln und Vizekonsuln oder Konsularagenten können in Ausübung der ihnen zuertheilten Amtsbefugnisse sich an die Behörden ihres Amtsbezirks wenden, um gegen jede Verletzung der zwischen beiden Theilen bestehenden Verträge oder Vereinbarungen und gegen jede den Angehörigen des Staates, welcher sie ernannt hat, zur Beschwerde gereichende Beeinträchtigung Einspruch zu erheben. Wenn ihre Vorstellungen von diesen Behörden nicht berücksichtigt werden, so können sie, in Ermangelung eines diplomatischen Vertreters des genannten Staates, sich an die Zentralregierung des Landes wenden, in welchem sie ihren Amtssitz haben.

Artikel 15.

Die Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln und ihre Kanzler sowie die Konsularagenten haben das Recht, sowohl in ihrer Kanzlei als auch in der Wohnung der Betheiligten diejenigen Erklärungen aufzunehmen, welche die Reisenden, Handeltreibenden und alle sonstigen Angehörigen des Staates, der sie ernannt hat, abzugeben haben. Sie können ausserdem, soweit sie nach den Gesetzen dieses Staates dazu ermächtigt sind, alle letztwilligen Verfügungen von Angehörigen dieses Staates aufnehmen und beurkunden. || In gleicher Weise können sie alle anderen Rechtshandlungen aufnehmen und beurkunden, bei welchen diese Angehörigen, sei es allein, sei es gemeinschaftlich mit Angehörigen oder sonstigen Einwohnern des Landes, in welchem sie ihren Amtssitz haben, betheiligt sind. || Zur Aufnahme und Beurkundung von Rechtshandlungen, bei welchen ausschliesslich Angehörige des Staates, in welchem die Konsularbeamten ihren Amtssitz haben, oder eines dritten Staates betheiligt sind, sind diese Beamten nach Maassgabe der Gesetze des Staates, welcher sie ernannt hat, dann befugt, wenn die Rechtshandlungen bewegliche oder unbewegliche Gegenstände, welche sich in diesem Staate befinden, oder Angelegenheiten, welche daselbst zur Erledigung kommen sollen, ausschliesslich betreffen. Die Konsularbeamten können auch jede Art von Verhandlungen und

Nr. 9763. Deutschland und Südafrikan. Republik. . Jan. 1885.

Schriftstücken, welche von Behörden oder Beamten des Staates, welcher sie ernannt hat, ausgegangen sind, übersetzen und beglaubigen. || Alle vorerwähnten Urkunden sowie die Abschriften, Auszüge oder Uebersetzungen solcher Urkunden sollen, wenn sie durch die gedachten Konsularbeamten vorschriftsmässig beglaubigt und mit dem Amtssiegel der Konsularbehörde versehen sind, in jedem der beiden Staaten dieselbe Kraft und Geltung haben, als wenn sie vor einem Notar oder anderen öffentlichen oder gerichtlichen, in dem einen oder dem anderen der beiden Staaten zuständigen Beamten aufgenommen wären, mit der Maassgabe, dass sie dem Stempel, der Registrirung oder jeder anderen in dem Staate, in welchem sie zur Ausführung gelangen sollen, bestehenden Taxe oder Auflage unterworfen sind. Wenn gegen die Genauigkeit oder die Echtheit der Abschriften, Auszüge oder Uebersetzungen Zweifel erhoben werden, so soll die Konsularbehörde der zuständigen Landesbehörde auf Verlangen die Urschrift behufs Vergleichung zur Verfügung stellen.

Artikel 16.

Die Generalkonsuln, Konsuln und Vizekonsuln des deutschen Reiches in der südafrikanischen Republik haben, soweit sie von ihrer Regierung dazu ermächtigt sind, das Recht, daselbst bürgerlich gültige Eheschliessungen von Angehörigen des deutschen Reichs nach Maassgabe der Gesetze des letzteren vorzunehmen sowie die Geburten, Heirathen und Sterbefälle solcher Angehörigen zu beurkunden.

Artikel 17.

Verstirbt ein Deutscher in der südafrikanischen Republik oder ein Angehöriger der südafrikanischen Republik in Deutschland an einem Orte, an welchem ein Generalkonsul, Konsul, Vicekonsul oder Konsularagent des Staates, welchem der Verstorbene angehörte, seinen Amtssitz hat, oder in der Nähe eines solchen Ortes, so hat die zuständige Ortsbehörde der Konsularbehörde hiervon unverzüglich Nachricht zu geben. || In gleicher Weise hat die Konsularbehörde, wenn sie zuerst von dem Todesfall Kenntniss erhält, die Ortsbehörde mit Nachricht zu versehen. || Die Konsularbehörde hat das Recht, von Amts wegen oder auf Antrag der Betheiligten alle Nachlassgegenstände unter Siegel zu legen, nachdem sie von dieser Amtshandlung die zuständige Ortsbehörde benachrichtigt hat, welche derselben beiwohnen und ebenfalls ihre Siegel anlegen kann. || Die beiderseits angelegten Siegel dürfen ohne Mitwirkung der Ortsbehörde nicht abgenommen werden. || Sollte jedoch die letztere auf eine von der Konsularbehörde an sie ergangene Einladung, der Abnahme der beiderseits angelegten Siegel beizuwohnen, innerhalb achtundvierzig Stunden, vom Empfange der Einladung an gerechnet, sich nicht eingefunden haben, so kann die Konsularbehörde allein zu der gedachten Amtshandlung schreiten. || Die Konsularbehörde hat nach Abnahme der Siegel ein Verzeichniss aller Nachlassgegenstände aufzunehmen und zwar in Gegenwart der Ortsbehörde, wenn diese in Folge der vorerwähnten Einladung jener Amtshandlung beigewohnt

hatte. || Die Ortsbehörde soll den in ihrer Gegenwart aufgenommenen Protokollen ihre Unterschrift beifügen, ohne dass sie für ihre amtliche Mitwirkung bei diesen Amtshandlungen Gebühren irgend welcher Art beanspruchen kann.

Artikel 18.

Die zuständigen Landesbehörden sollen die in dem Lande gebräuchlichen oder durch die Gesetze desselben vorgeschriebenen Bekanntmachungen bezüglich der Eröffnung des Nachlasses und des Aufrufs der Erben oder Gläubiger erlassen und diese Bekanntmachungen der Konsularbehörde mittheilen, unbeschadet der Bekanntmachungen, welche in gleicher Weise von dieser etwa erlassen werden.

Artikel 19.

Die Konsularbehörde kann alle beweglichen Nachlassgegenstände, welche dem Verderben ausgesetzt sind, und alle diejenigen, deren Aufbewahrung dem Nachlass erhebliche Kosten verursachen würde, unter Beobachtung der durch die Gesetze und Gebräuche des Landes ihres Amtssitzes vorgeschriebenen Formen öffentlich versteigern lassen.

Artikel 20.

Die Konsularbehörde hat die verzeichneten Nachlassgegenstände, den Betrag der eingezogenen Forderungen und erhaltenen Einkünfte sowie den Erlös aus dem etwa stattgehabten Verkauf von Nachlassgegenständen bis zum Ablauf einer Frist von sechs Monaten, von dem Tage der letzten Bekanntmachung, welche die Ortsbehörde hinsichtlich der Eröffnung des Nachlasses erlassen hat, an gerechnet, oder, falls von der Ortsbehörde keine Bekanntmachung erlassen worden ist, bis zum Ablauf einer Frist von acht Monaten, von dem Todestage an gerechnet, zu verwahren. || Die Konsularbehörde soll jedoch die Befugniss haben, die Kosten der letzten Krankheit und der Beerdigung des Verstorbenen, den Lohn der Dienstboten, Miethzins, Gerichts- und Konsulatskosten und Kosten ähnlicher Art sowie etwaige Ausgaben für den Unterhalt der Familie des Verstorbenen aus dem Erlös des Nachlasses sofort vorweg zu entnehmen.

Artikel 21.

Vorbehaltlich der Bestimmungen des vorhergehenden Artikels soll die Konsularbehörde das Recht haben, hinsichtlich des beweglichen oder unbeweglichen Nachlasses des Verstorbenen alle Sicherungsmaassregeln zu treffen, welche sie im Interesse der Erben für zweckmässig erachtet. Der Konsularbeamte kann den Nachlass entweder persönlich oder durch von ihm erwählte und in seinem Namen handelnde Vertreter verwalten, und er soll das Recht haben, alle dem Verstorbenen zugehörigen Werthgegenstände, die sich in öffentlichen Kassen oder bei Privatpersonen in Verwahrung befinden sollten, an Stelle der Erben in Empfang zu nehmen.

Nr. 9763. Deutschland und Südafrikan. Republik. 22. Jan. 1885.

Artikel 22.

Wenn während der im Artikel 20 erwähnten Frist über etwaige Ansprüche von Landesangehörigen oder Angehörigen eines dritten Staates gegen den Nachlass Streit entstehen sollte, so steht die Entscheidung über diese Ansprüche, sofern sie nicht auf einem Erbanspruche oder Vermächtnisse beruhen, ausschliesslich den Landesgerichten zu. Falls der Bestand des Nachlasses zur unverkürzten Bezahlung der Schulden nicht ausreicht, sollen die Gläubiger, sofern die Gesetze des Landes dies gestatten, bei der zuständigen Ortsbehörde die Eröffnung des Konkurses beantragen können. Nach erfolgter Konkurseröffnung sollen alle Nachlassgegenstände der zuständigen Ortsbehörde oder den Verwaltern der Konkursmasse überliefert werden, wobei die Konsularbehörde mit der Wahrnehmung der Interessen der Angehörigen des Staates, welcher sie bestellt hat, und insbesondere der Vertretung derjenigen dieser Angehörigen, welche abwesend, minderjährig oder sonst zur eigenen Vertretung unfähig sind, betraut bleibt.

Artikel 23.

Mit Ablauf der im Artikel 20 festgesetzten Frist soll, wenn keine Forderung gegen den Nachlass vorliegt, die Konsularbehörde, nachdem alle dem Nachlasse zur Last fallenden Kosten und Rechnungen nach Maassgabe der Landesgesetze berichtigt worden sind, endgültig in den Besitz des Nachlasses gelangen, welchen sie liquidiren und den Berechtigten überweisen soll, ohne dass sie anderweit als ihrer eigenen Regierung Rechnung abzulegen hat.

Artikel 24.

In allen Fragen, zu denen die Eröffnung, die Verwaltung und die Liquidirung der Nachlässe von Angehörigen eines der beiden Staaten in dem anderen Staate Anlass geben können, vertreten die betreffenden Generalkonsuln Konsuln, Vizekonsuln und Konsularagenten die Erben von Rechts wegen und sind amtlich als die Bevollmächtigten derselben anzuerkennen, ohne dass sie verpflichtet wären, ihren Auftrag durch eine besondere Urkunde nachzuweisen. Sie sollen demgemäss in Person oder durch Vertreter, welche sie aus den landesgesetzlich dazu befugten Personen erwählt haben, vor den zuständigen Behörden auftreten können, um in jeder sich auf den Nachlass beziehenden Angelegenheit die Interessen der Erben wahrzunehmen, indem sie deren Rechte geltend machen oder sich auf die gegen dieselben erhobenen Ansprüche einlassen. || Sie sind jedoch verpflichtet, zur Kenntniss der Testamentsvollstrecker, wenn solche vorhanden sind, oder der gegenwärtigen oder vorschriftsmässig vertretenen Erben jeden Anspruch zu bringen, welcher bei ihnen gegen die Nachlassmasse erhoben sein sollte, damit die Vollstrecker oder die Erben ihre etwaigen Einreden dagegen erheben können. || Sie sollen gleichfalls die Vormundschaft oder Pflegschaft über die Angehörigen des Staates, der sie ernannt hat, für alles auf die Nachlassregelung Bezügliche in Gemässheit der

Gesetze dieses Staates einleiten können. || Es versteht sich von selbst, dass, da die Generalkonsuln, Konsuln, Vicekonsuln und Konsularagenten als Bevollmächtigte der Erben betrachtet werden, niemals gegen diese Beamten persönlich ein den Nachlass betreffender Anspruch geltend gemacht werden kann.

Artikel 25.

Das Erbrecht sowie die Theilung des Nachlasses des Verstorbenen richten sich nach den Gesetzen eines Landes. || Alle Ansprüche, welche sich auf Erbrecht und Nachlasstheilung beziehen, sollen durch die Gerichte oder sonst zuständige Behörden desselben Landes und in Gemässheit der Gesetze dieses Landes entschieden werden.

Artikel 26.

Wenn ein Deutscher in der südafrikanischen Republik oder ein Angehöriger der südafrikanischen Republik in Deutschland an einem Orte verstirbt, an welchem oder in dessen Nähe eine Konsularbehörde seines Staates nicht vorhanden ist, so hat die zuständige Ortsbehörde nach Maassgabe der Landesgesetze zur Anlegung der Siegel und zur Verzeichnung des Nachlasses zu schreiten. Beglaubigte Abschriften der darüber aufgenommenen Verhandlungen sind nebst der Todesurkunde und den die Staatsangehörigkeit des Verstorbenen darthuenden Schriftstücken binnen kürzester Frist der nächsten Konsularbehörde zu übersenden. || Die zuständige Ortsbehörde soll zur Sicherung des Nachlasses alle durch die Landesgesetze vorgeschriebenen Maassregeln treffen und den Bestand des Nachlasses in möglichst kurzer Frist nach Ablauf der im Artikel 20 bestimmten Frist der gedachten Konsularbehörde übermitteln. || Es versteht sich von selbst, dass von dem Augenblicke an, wo der zuständige Konsularbeamte erschienen sein oder einen Vertreter an Ort und Stelle geschickt haben sollte, die Ortsbehörde, welche etwa eingeschritten ist, sich nach den in den vorstehenden Artikeln enthaltenen Vorschriften zu richten haben wird.

Artikel 27.

Erscheint ein Angehöriger eines der beiden Staaten an einem im Gebiete des anderen Staates eröffneten Nachlasse betheiligt, so soll, auch wenn der Erblasser Angehöriger des letzteren oder eines dritten Staates war, die Ortsbehörde die nächste Konsularbehörde von der Eröffnung des Nachlasses unverzüglich in Kenntniss setzen.

Artikel 28.

Die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages sollen in gleicher Weise auf den Nachlass eines Angehörigen eines der beiden Staaten Anwendung finden, der, ausserhalb des Gebiets des anderen Staates verstorben, dort bewegliches oder unbewegliches Vermögen hinterlassen hat.

Nr. 9763.
Deutschland
und
Südafrikan.
Republik.
22. Jan. 1885.

Artikel 29.

Die Generalkonsuln, Konsuln, Vicekonsuln oder Konsularagenten sind ausschliesslich beauftragt mit der Inventarisirung und den anderen zur Erhaltung und Liquidirung erforderlichen Amtshandlungen bei dem Nachlass jedes Reisenden, welcher in dem Staate des Amtssitzes des gedachten Beamten gestorben ist und bei seinem Ableben dem anderen Staate angehörte.

Artikel 30.

Die Generalkonsuln, Konsuln, Vicekonsuln und ihre Kanzler oder Sekretäre sowie die Konsularagenten sollen in beiden Staaten aller Befreiungen, Vorrechte und Befugnisse theilhaftig sein, welche den Beamten gleichen Grades der meistbegünstigten Nation zustehen.

Artikel 31.

Ueber die gegenseitige Auslieferung der Verbrecher und Erledigung von Requisitionen in Strafsachen wird zwischen den vertragschliessenden Theilen eine besondere Vereinbarung getroffen werden. Bis zum Inkrafttreten dieser Vereinbarung sollen dem deutschen Reiche in der südafrikanischen Republik dieselben Rechte und Begünstigungen, welche seitens dieser Republik einem anderen Staate in diesen Beziehungen eingeräumt sind oder in Zukunft eingeräumt werden, insoweit zustehen, als seitens des deutschen Reiches bei Stellung des Antrages für gleichartige Fälle die Gegenseitigkeit an die südafrikanische Republik zugesichert wird.

Artikel 32.

Der gegenwärtige Vertrag, dessen auf den Handel bezügliche Bestimmungen sich auf die mit einem der vertragschliessenden Theile gegenwärtig oder künftig zollgeeinten Länder oder Gebiete erstrecken, soll ratificirt und die Ratifikationen sollen in Berlin so bald als möglich ausgewechselt werden. || Derselbe soll einen Monat nach der Auswechselung der Ratifikationen in Kraft treten und 10 Jahre, vom Tage des Inkrafttretens an gerechnet, in Wirksamkeit bleiben. || Wenn ein Jahr vor Ablauf dieses Zeitraumes keiner der vertragschliessenden Theile dem anderen durch eine amtliche Erklärung seine Absicht kundgiebt, die Wirksamkeit des Vertrages aufhören zu lassen, so soll derselbe noch ein Jahr von dem Tage ab in Geltung bleiben, an welchem der eine oder der andere der vertragschliessenden Theile denselben gekündigt haben wird. || Die vertragschliessenden Theile behalten sich die Befugnisse vor, nach gemeinsamer Verständigung in diesen Vertrag jederlei Abänderungen aufzunehmen, welche mit dem Geiste und den Grundlagen desselben nicht im Widerspruch stehen und deren Nützlichkeit durch die Erfahrung dargethan sein sollte.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet und ihre Siegel beigedrückt.

So geschehen in Berlin, den 22. Januar 1885.

Graf Bismarck-Schönhausen.
Hellwig.

(Die holländisch geschriebene Ausfertigung ist unterzeichnet:
Beelaerts van Blokland.)

Nr. 9763. Deutschland und Südafrikan. Republik. 22. Jan. 1885.

Bei der am heutigen Tage erfolgten Unterzeichnung des Freundschafts- und Handelsvertrages zwischen dem deutschen Reich und der südafrikanischen Republik haben die Bevollmächtigten der beiden vertragschliessenden Theile hinsichtlich des Artikels 32 des Vertrages es als ihre übereinstimmende Auffassung erklärt, dass im Hinblick auf Artikel 4 der zwischen Grossbritannien und der südafrikanischen Republik am 27. Februar 1884 zu London geschlossenen Konvention der Vertrag erst dann ratificirt werden wird, nachdem die Regierung der südafrikanischen Republik mitgetheilt haben wird, dass der Vertragsabschluss in Gemässheit der Bestimmungen des erwähnten Artikels 4 die ausdrückliche oder stillschweigende Billigung der britischen Regierung gefunden hat.

So geschehen zu Berlin, den 22. Januar 1885.

Graf Bismarck-Schönhausen.
Hellwig.

(Die holländisch geschriebene Ausfertigung ist unterzeichnet:
Beelaerts van Blokland.)

Nr. 9764. DEUTSCHLAND und SÜDAFRIKANISCHE REPUBLIK. — Denkschrift des deutschen Reichskanzlers zu vorstehendem Vertrage.

Nr. 9764. Deutschland und Südafrikan. Republik. 22 Jan. 1885.

Nachdem die südafrikanische Republik durch die mit Grossbritannien am 27. Februar 1884 zu London vereinbarte Konvention ihre Unabhängigkeit sichergestellt hatte, ist von der im vergangenen Jahre unter Führung des Staatspräsidenten der Republik nach Europa entsandten Deputation der Regierung des Transvaallandes der Wunsch zu erkennen gegeben worden, dass deutscherseits in Verhandlungen über den Abschluss eines Freundschafts- und Handelsvertrages mit der Republik eingetreten werde. Diesem Wunsche ist diesseits, nach der am 8. August 1884 durch den Volksraad der südafrikanischen Republik vollzogenen Ratifikation der Londoner Konvention, um so bereitwilliger entsprochen worden, als eine vertragsmässige Regelung der Handelsbeziehungen zwischen den beiden befreundeten Ländern auch im deutschen Interesse erwünscht erscheint. Das Ergebniss der hiernach geführten Verhandlungen ist in dem vorstehenden, zu Berlin am 22. Januar d. J. von den beiderseitigen Bevollmächtigten unterzeichneten Vertrage zusammengefasst.

Nr. 9764. Deutschland und Südafrikan. Republik. 22. Jan. 1885.

Der Vertrag enthält in den Artikeln 1 bis 5 die Bestimmungen über die den Angehörigen des einen der beiden Staaten auf dem Gebiete des anderen in Beziehung auf Handel, Gewerbebetrieb, bürgerliches Recht und richterliches Verfahren, militärische Leistungen, zwangsweise Amtsdienste, Zwangsanleihen etc. zustehenden Rechte. Diese Bestimmungen entsprechen im Wesentlichen den bezüglichen Anordnungen der in den letzten Jahren deutscherseits abgeschlossenen Handelsverträge und der Handelsverträge der südafrikanischen Republik mit Portugal vom 11. December 1875 und mit Belgien vom 3. Februar 1876.

Artikel 6 behält den späteren Abschluss eines Abkommens über den Schutz der Modelle, Muster, Fabrik- und Handelszeichen etc. in gleicher Weise vor, wie dies im Artikel XVI der Handelskonvention des Reiches mit Rumänien vom 14. November 1877, im Artikel XI des Handelsvertrages mit Serbien vom 6. Januar 1883 und in Artikel 7 des Handelsvertrages mit Griechenland vom 9. Juli 1884 geschehen ist.

Artikel 7 gewährleistet die gegenseitige Meistbegünstigung in Hinsicht auf Ein-, Aus- und Durchfuhr, Zollabfertigungsverfahren, Niederlagen und Betrag der Zölle, insoweit es sich nicht um Begünstigungen handelt, welche angrenzenden Staaten oder Kolonien zur Erleichterung des Grenzverkehrs gewährt werden.

Artikel 8 bis 30 bestimmen die Vorrechte und die Befugnisse der Konsuln, insbesondere auch hinsichtlich der Behandlung der Verlassenschaften, in gleicher Art wie die Konsularverträge des Reiches mit Griechenland vom 26. November 1881 und mit Serbien vom 6. Januar 1883.

Mit dem Artikel XXV Absatz 3 des letzteren Konsularvertrages stimmt der Artikel 31 des gegenwärtigen Vertrages überein, welcher unter Vorbehalt des Abschlusses eines Auslieferungsvertrages die Verpflichtung der südafrikanischen Republik zur Auslieferung von Verbrechern und Erledigung von Requisitionen in Strafsachen feststellt.

Zum Artikel 32, welcher die Dauer und das Inkrafttreten des Vertrages regelt, ist im Hinblick auf Artikel IV der vorerwähnten Londoner Konvention vom 27. Februar 1884, welcher in Uebersetzung lautet:

„Die südafrikanische Republik wird keinerlei Vertrag oder Vereinbarung mit irgend einem Staat oder Volk, ausgenommen den Orange-Freistaat, noch mit irgend einem eingeborenen Stamm östlich oder westlich der Republik abschliessen, bevor dies durch Ihre Majestät die Königin gebilligt sein wird. Diese Billigung soll als erfolgt erachtet werden, wenn Ihrer Majestät Regierung nicht innerhalb sechs Monate nach dem Empfang einer Abschrift des betreffenden Vertrages (welche ihr unmittelbar nach dessen Vollziehung übermittelt werden soll) zu erkennen gegeben haben wird, dass der Abschluss des Vertrages im Widerstreit mit den Interessen Grossbritanniens oder einer der Besitzungen Ihrer Majestät in Südafrika ist“,

am Tage der Unterzeichnung des gegenwärtigen Vertrages durch ein besonderes, hier beigefügtes Protokoll es als übereinstimmende Auffassung der beiden vertragschliessenden Theile erklärt worden, dass der Vertrag erst ratificirt werden wird, nachdem der Vertragsabschluss in Gemässheit der vorstehenden Bestimmungen die ausdrückliche oder stillschweigende Billigung der britischen Regierung gefunden hat.

Nr. 9764. Deutschland und Südafrikan. Republik. 22. Jan. 1885.

Nr. 9765. DEUTSCHLAND und SIAM. — Uebereinkunft, betreffend den Handel mit geistigen Getränken. 12. März 1884*).

Nachdem Seine Majestät der deutsche Kaiser, König von Preussen, im Namen des deutschen Reiches einerseits und Seine Majestät der König von Siam andererseits eine bessere Regelung des Handels mit geistigen Getränken in Siam für nützlich erkannt und zu dem Ende die zwischen Deutschland und Siam bestehenden Vertragsverpflichtungen durch eine zusätzliche Uebereinkunft abzuändern beschlossen haben, sind von den Unterzeichneten, die hierzu gehörig bevollmächtigt waren, die folgenden Artikel vereinbart worden.

Nr. 9765. Deutschland und Siam. 12. März 1884.

Artikel I.

Deutsche sind befugt, geistige Getränke (Branntwein, Bier und Wein) aus jedem Lande und unter jeder Flagge in das Königreich Siam einzuführen. || Branntwein, dessen Alkoholgehalt nicht höher ist, als der Alkoholgehalt desjenigen Branntweins, dessen Fabrikation in Siam von der siamesischen Regierung erlaubt ist, kann von Deutschen gegen Entrichtung eines Einfuhrzolls eingeführt und verkauft werden, dessen Höhe der Abgabe entspricht, welche auf Grund der siamesischen Accisegesetze von dem in Siam fabrizirten Branntwein desselben Alkoholgehalts zur Erhebung gelangt. Branntwein, dessen Alkoholgehalt denjenigen des in Siam fabrizirten Branntweins übersteigt, kann gegen Entrichtung eines Einfuhrzolls eingeführt und verkauft werden, dessen Betrag zu dem höheren, als dem von der siamesischen Regierung festgesetzten Stärkegrad im Verhältniss steht. || Der Tarif, auf Grund dessen von dem Tage des Inkrafttretens dieser Uebereinkunft an sowohl die Accisegebühren von dem in Siam fabrizirten Branntwein, als der Einfuhrzoll von eingeführtem Branntwein zu erheben sein werden, soll einen Theil der Bestimmungen (Regulative) bilden, welche zum Zweck der Ausführung dieser Uebereinkunft erlassen werden sollen und über welche, insoweit es sich um die Erhebung des Einfuhrzolles handelt, sich die beiden Regierungen verständigen werden, bevor diese Uebereinkunft in Kraft tritt. Eine die Höhe des Eingangszolls berührende Abänderung dieses Tarifs soll auf Deutsche nicht ohne die Zustimmung der deutschen Regierung und nicht vor Ablauf von sechs Monaten von

---

*) Reichstagsakten, 5. Legislaturperiode, 4. Session, Nr. 170.

Nr. 9765. Deutschland und Siam. 12. März 1884.

dem Tage ab Anwendung finden, an welchem die siamesische Regierung die Absicht der Aenderung dem Vertreter des deutschen Reichs in Bangkok mitgetheilt haben wird. || Bier und Wein können bei der Einfuhr durch Deutsche in das Königreich Siam gleichfalls einem höheren als dem, nach den bestehenden Vertragsbestimmungen zulässigen Eingangszoll unterworfen werden; dieser Zoll darf jedoch in keinem Fall zehn Prozent vom Werth übersteigen. || Die in vorstehender Weise von eingeführtem Branntwein, Bier und Wein erhobenen Zölle sollen an die Stelle des nach den bestehenden Verträgen zu erhebenden Einfuhrzolles von drei Prozent vom Werthe treten und nicht als Zuschlag zu demselben erhoben werden. Weitere Zölle, Steuern oder Auflagen irgend welcher Art dürfen auf eingeführten Branntwein, Bier oder Wein nicht gelegt werden.

Artikel II.

Die Untersuchung von geistigen Getränken (Branntwein, Bier oder Wein), welche von Deutschen in das Königreich Siam eingeführt werden, soll durch europäische, von den siamesischen Behörden zu ernennende Beamte und eine gleiche Anzahl seitens des deutschen Konsuls zu ernennender Sachverständigen vorgenommen werden. Im Falle von Meinungsverschiedenheit werden die beiden Theile eine dritte Person zum Schiedsrichter wählen. || Das Untersuchungsverfahren soll durch die vorbezeichneten Beamten und Sachverständigen in Gemässheit der im Artikel I dieser Uebereinkunft erwähnten Ausführungsbestimmungen (Regulative) vereinbart werden. || Untersuchungen dürfen an Bord von Schiffen nicht bewerkstelligt werden.

Artikel III.

Die siamesische Regierung ist befugt, die Einfuhr geistiger Getränke (Branntwein, Bier oder Wein) jeder Art seitens Deutscher zu verhindern, wenn solche Artikel auf Grund einer nach den Bestimmungen des Artikels II stattgehabten Untersuchung als gesundheitsschädlich anzusehen sind. In solchen Fällen soll die siamesische Regierung die Importeure, Konsignatäre oder Empfänger solcher Artikel auffordern, dieselben innerhalb einer Frist von drei Monaten, von dem Tage der Besichtigung an gerechnet, wieder auszuführen. Wenn dies nicht geschieht, so ist die siamesische Regierung befugt, diese Artikel mit Beschlag zu belegen und zu vernichten, jedoch mit der Maassgabe, dass die genannte Regierung in allen diesen Fällen verpflichtet ist, jede etwa schon auf solche Artikel bezahlte Abgabe zurückzuerstatten. || Die siamesische Regierung verpflichtet sich, alle nothwendigen Maassnahmen zu treffen, um den Verkauf geistiger Getränke (Branntwein, Bier oder Wein), welche in Siam fabrizirt sind und gesundheitsschädlich sein können, zu untersagen und zu verhüten.

Artikel IV.

Deutsche, welche in Siam geistige Getränke (Branntwein, Bier oder Wein) im Detail verkaufen wollen, müssen sich zu dem Ende mit einer besonderen

Erlaubniss (Lizenz) versehen, welche von der siamesischen Regierung ertheilt und nicht ohne triftigen Grund versagt werden wird. Dem deutschen Konsul soll auf dessen schriftliches Ansuchen eine Darstellung der Thatumstände, auf welche die Versagung der von einem Deutschen nachgesuchten Erlaubniss gegründet worden ist, unverzüglich mitgetheilt werden. || Die Grundsätze für die Gewährung und die Versagung der Erlaubniss zum Detailverkauf von geistigen Getränken (Branntwein, Bier oder Wein) sollen in den im Artikel I erwähnten Ausführungsbestimmungen (Regulativen) genau aufgeführt werden und können, wenn sich Anlass dazu bietet, mit beiderseitiger Zustimmung abgeändert werden. Die Ausführungsbestimmungen (Regulative) sollen auch den Sinn des Wortes „Detailverkauf“ für die Zwecke dieser Uebereinkunft genau erläutern. || Es wird ausdrücklich vereinbart, dass siamesische oder andere Detailverkäufer, welche aus dem Auslande eingeführte geistige Getränke (Branntwein, Bier oder Wein) verkaufen, keinen anderen oder sonstigen Abgaben oder Bedingungen irgend welcher Art unterworfen werden sollen, als diejenigen unterworfen sind, welche in Siam fabrizirte geistige Getränke (Branntwein, Bier oder Wein) verkaufen. || Die siamesische Regierung verpflichtet sich, den Detailverkauf geistiger Getränke (Branntwein, Bier oder Wein) fremden Ursprungs, wenn dieselben nicht als gesundheitsschädlich befunden worden sind, auf keine Weise zu hindern.

Artikel V.

Deutsche sollen zu jeder Zeit bezüglich der Einfuhr und des Verkaufs geistiger Getränke (Branntwein, Bier oder Wein) in Siam so wie in Betreff der von der siamesischen Regierung zu ertheilenden Erlaubniss zum Detailverkauf dieser Artikel dieselben Rechte und Vorrechte, wie die siamesischen Unterthanen, oder nach ihrer Wahl, wie die Unterthanen oder Angehörigen der meistbegünstigten Nation geniessen. Es wird ausdrücklich vereinbart, dass Deutsche den Bestimmungen dieser Uebereinkunft nicht weiter, als die Unterthanen oder Angehörigen einer anderen Nation, einschliesslich die siamesischen Unterthanen, unterliegen sollen.

Artikel VI.

Vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels V soll die gegenwärtige Uebereinkunft so bald als möglich, nachdem die zur Ausführung derselben zu erlassenden Bestimmungen (Regulative) bekannt gemacht sein werden, in Kraft treten und bis zum Ablauf von sechs Monaten nach der von einem der beiden Theile erfolgten Kündigung in Kraft bleiben. || Die bestehenden Vertragsverpflichtungen zwischen Deutschland und Siam sollen so lange bis die gegenwärtige Uebereinkunft in Kraft tritt und auch von dem Tage an insoweit in voller Geltung bleiben, als dieselben nicht durch diese Uebereinkunft ausdrücklich abgeändert werden. || Sollte die gegenwärtige Uebereinkunft ausser Kraft treten, so werden die Vertragsverpflichtungen zwischen Deutschland und Siam in allen Beziehungen wieder aufleben und in Kraft bleiben, so wie sie vor Unterzeichnung dieser Uebereinkunft bestanden haben.

Nr. 9765. Deutschland und Siam. 12. März 1884.

Artikel VII.

In dieser Uebereinkunft soll das Wort „Deutsche" alle Personen begreifen, welchen nach deutschen Gesetzen der Schutz des deutschen Konsuls gewährt werden darf, und die Worte „deutscher Konsul" sollen alle Konsularbeamte des deutschen Reiches in Siam begreifen.

Artikel VIII.

Die gegenwärtige Uebereinkunft soll ratifizirt und die Ratifikationen sollen so bald als möglich ausgetauscht werden. || Diese Uebereinkunft ist in deutscher und englischer Sprache mit der Maassgabe ausgefertigt worden, dass, im Fall einer nicht übereinstimmenden Auslegung eines der vorstehenden Artikel, der englische Text entscheidend sein soll.

In doppelt ausgefertigten Originalen unterzeichnet und gesiegelt zu Berlin, den 12. März 1884, entsprechend dem ersten Tage im abnehmenden Viertel des Monats Phagunamas im Jahre der Geiss in der fünften Dekade 1245 der siamesischen astronomischen Zeitrechnung.

Graf v. Hatzfeldt.

(Die englisch geschriebene Ausfertigung ist unterzeichnet: Prisdang.)

Nr. 9766. GROSSBRITANNIEN und COLUMBIA. — Vertrag, betreffend die gegenseitige Auslieferung flüchtiger Verbrecher. 27. Oktober 1888 *).

Nr. 9766. Grossbritannien und Columbia. 27. Okt. 1888.

Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, and his Excellency the President of the Republic of Colombia, having judged it expedient, with a view to the better administration of justice, and to the prevention of crime within the two countries and their jurisdictions, that persons charged with or convicted of the crimes or offences hereinafter enumerated, and being fugitives from justice, should, under certain circumstances, be reciprocally delivered up, have named as their Plenipotentiaries to conclude a Treaty, that is to say:

Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, William John Dickson, Esq., Her Minister Resident to the Republic of Colombia; and

His Excellency the President of the Republic of Colombia, Vicente Restrepo, Minister for Foreign Affairs of the said Republic;

Who, after having communicated to each other their respective full powers, found in good and due form, have agreed upon and concluded the following Articles: —

Article I.

The High Contracting Parties engage to deliver up to each other, under the circumstances and conditions stated in the present Treaty, those persons

*) Aus den Akten des englischen Parlaments. Columbia No. 1 (1890).

who, being accused or convicted of any of the crimes or offences enumerated in Article II, committed in the territory of the one Party, shall be found within the territory of the other Party.

Article II.

Extradition shall be reciprocally granted for the following crimes or offences: —

1. Murder (including assassination, parricide, infanticide, poisoning), or attempt or conspiracy to murder. 2. Manslaughter. 3. Administering drugs or using instruments with intent to procure the miscarriage of women. 4. Rape. 5. Unlawful carnal knowledge, or any attempt to have unlawful carnal knowledge, of a girl under 16 years of age, if the evidence produced justifies committal for those crimes according to the laws of both the Contracting Parties. 6. Indecent assault. 7. Kidnapping and false imprisonment, child-stealing. 8. Abduction. 9. Bigamy. 10. Maliciously wounding or inflicting grievous bodily harm. 11. Assault occasioning actual bodily harm. 12. Threats, by letter or otherwise, with intent to extort money or other things of value. 13. Perjury or subornation of perjury. 14. Arson. 15. Burglary or house-breaking, robbery with violence, larceny, or embezzlement. 16. Fraud by a bailee, banker, agent, factor, trustee, director, member, or public officer of any Company, made criminal by any law for the time being in force. 17. Obtaining money, valuable security, or goods by false pretences; receiving any money, valuable security, or other property, knowing the same to have been stolen or unlawfully obtained. 18.—(*a*) Counterfeiting or altering money, or bringing into circulation counterfeited or altered money. (*b*) Forgery, or counterfeiting or altering, or uttering what is forged, counterfeited, or altered. (*c*) Knowingly making, without lawful authority, any instrument, tool, or engine adapted and intended for the counterfeiting of coin, or forgery of any paper money of the respective countries. 19. Crimes against Bankruptcy Law. 20. Any malicious act done with intent to endanger the safety of any person travelling or being upon a railway. 21. Malicious injury to property, if such offence be indictable. 22. Crime committed at sea: — (*a*) Piracy by the law of nations. (*b*) Sinking or destroying a vessel at sea, or attempting or conspiring to do so. (*c*) Revolt, or conspiracy to revolt, by two or more persons on board a ship on the high seas against the authority of the master. (*d*) Assault on board a ship on the high seas with intent to destroy life or to do grievous bodily harm. 23. Dealing in slaves in such manner as to constitute a criminal offence against the laws of both States. The extradition is also to be granted for participation in any of the aforesaid crimes, provided such participation be punishable by the laws of both Contracting Parties. Extradition may also be granted at the discretion of the State applied to in respect of any other crime for which, according to the laws of both the Contracting Parties for the time being in force, the grant can be made.

Nr. 9766. Grossbritannien und Columbia. 27. Oct. 1888.

Article III.

Either Government may, in its absolute discretion, refuse to deliver up its own subjects to the other Government.

Article IV.

The extradition shall not take place if the person claimed on the part of Her Majesty's Government, or the person claimed on the part of the Government of Colombia, has already been tried and discharged, or punished, or is still under trial in the territory of Colombia or in the United Kingdom respectively, for the crime for which his extradition is demanded. || If the person claimed on the part of Her Majesty's Government, or on the part of the Government of Colombia, should be under examination for any other crime in the territory of Colombia or in the United Kingdom respectively, his extradition shall be deferred until the conclusion of the trial and the full execution of any punishment awarded to him.

Article V.

The extradition shall not take place if, subsequently to the commission of the crime, or the institution of the penal prosecution or the conviction thereon, exemption from prosecution or punishment has been acquired by lapse of time, according to the laws of the State applied to.

Article VI.

A fugitive criminal shall not be surrendered if the offence in respect of which his surrender is demanded is one of a political character, or if he prove, that the requisition for his surrender has, in fact, been made with a view to try or punish him for an offence of a political character.

Article VII.

A person surrendered can in no case be kept in prison, or be brought to trial, in the State to which the surrender has been made, for any other crime, or on account of any other matters, than those for which the extradition shall have taken place, until he has been restored, or has had an opportunity of returning, to the State by which he has been surrendered. || This stipulation does not apply to crimes committed after the extradition.

Article VIII.

The requisition for extradition shall be made through the Diplomatic Agents of the High Contracting Parties respectively. || The requisition for the extradition of an accused person must be accompanied by a warrant of arrest issued by the competent authority of the State requiring the extradition, and by such evidence as, according to the laws of the place where the accused is found, would justify his arrest if the crime had been committed there. || If the requisition relates to a person already convicted, it must be accompanied

by the sentence of condemnation passed against the convicted person by the competent Court of the State that makes the requisition for extradition. || A sentence passed *in contumaciam* is not to be deemed a conviction, but a person so sentenced may be dealt with as an accused person.

Article IX.

If the requisition for extradition be in accordance with the foregoing stipulations, the competent authorities of the State applied to shall proceed to the arrest of the fugitive.

Article X.

A fugitive criminal may be apprehended under a warrant issued by any Police Magistrate, Justice of the Peace, or other competent authority in either country, on such information or complaint and such evidence, or after such proceedings as would, in the opinion of the authority issuing the warrant, justify the issue of a warrant if the crime had been committed, or the person convicted, in that part of the dominions of the two Contracting Parties in which the Magistrate, Justice of the Peace, or other competent authority exercises jurisdiction; provided, however, that in the United Kingdom the accused shall, in such case, be sent as speedily as possible before a Police Magistrate in London. He shall, in accordance with this Article, be discharged, as well in Colombia as in the United Kingdom, if within the term of thirty days a requisition for extradition shall not have been made by the Diplomatic Agent of his country, in accordance with the stipulations of this Treaty. || The same rule shall apply to the cases of persons accused or convicted of any of the crimes or offences specified in this Treaty, and committed on the high seas on board any vessel of either country which may come into a port of the other.

Article XI.

The extradition shall take place only if the evidence be found sufficient, according to the laws of the State applied to, either to justify the committal of the prisoner for trial, in case the crime had been committed in the territory of the same State, or to prove, that the prisoner is the identical person convicted by the Courts of the State which makes the requisition, and that the crime of which he has been convicted is one in respect of which extradition could, at the time of such conviction, have been granted by the State applied to; and no criminal shall be surrendered until after the expiration of fifteen days from the date of his committal to prison to await the warrant for his surrender.

Article XII.

In the examinations which they have to make in accordance with the foregoing stipulations, the authorities of the Staate applied to shall admit as valid evidence the sworn depositions or statements of witnesses taken in the other State, or copies thereof, and likewise the warrants and sentences

Nr. 9766. Gross-britannien und Columbia. 27. Oct. 1888.

issued therein, and certificates of, or judicial documents stating, the fact of a conviction, provided the same are authenticated as follows:—

1. A warrant must purport to be signed by a Judge, Magistrate, or officer of the other State.

2. Depositions or affirmations, or the copies thereof, must purport to be certified, under the hand of a Judge, Magistrate, or officer of the other State, to be the original depositions or affirmations, or to be true copies thereof, as the case may require.

3. A certificate of, or judicial document stating, the fact of a conviction must purport to be certified by a Judge, Magistrate, or officer of the other State.

4. In every case, such warrant, deposition, affirmation, copy, certificate, or judicial document must be authenticated either by the oath of some witness, or by being sealed with the official seal of the Minister of Justice, or some other Minister of the other State; but any other mode of authentication for the time being permitted by law where the examination is taken may be substituted for the foregoing.

Article XIII.

If the individual claimed by one of the two High Contracting Parties in pursuance of the present Treaty should be also claimed by one or several other Powers, on account of other crimes or offences committed upon their respective territories, his extradition shall be granted to that State whose demand is earliest in date.

Article XIV.

If sufficient evidence for the extradition be not produced within two months from the date of the apprehension of the fugitive, or within such further time as the State applied to, or the proper Tribunal thereof, shall direct, the fugitive shall be set at liberty.

Article XV.

All articles seized which were in the possession of the person to be surrendered at the time of his apprehension shall, if the competent authority of the State applied to for the extradition has ordered the delivery of such articles, be given up when the extradition takes place; and the said delivery shall extend not merely to the stolen articles, but to everything that may serve as a proof of the crime.

Article XVI.

All expenses connected with extradition shall be borne by the demanding State.

Article XVII.

The stipulations of the present Treaty shall be applicable to the Colonies and foreign possessions of Her Britannic Majesty, so far as the laws for the time being in force in such Colonies and foreign possessions respectively will

allow. || The requisition for the surrender of a fugitive criminal who has taken refuge in any of such Colonies or foreign possessions shall be made to the Governor or chief authority of such Colony or possession by the chief Consular officer of the Republic of Colombia in such Colony or possession. || Such requisition may be disposed of, subject always, as nearly as may be, and so far as the law of such Colony or foreign possession will allow, to the provisions of this Treaty, by the said Governor or chief authority, who, however, shall be at liberty either to grant the surrender or to refer the matter to his Government. || Her Britannic Majesty shall, however, be at liberty to make special arrangements in the British Colonies and foreign possessions for the surrender of Colombian criminals who may take refuge within such Colonies and foreign possessions, on the basis, as nearly as may be, and so far as the law of such Colony or foreign possession will allow, of the provisions of the present Treaty. || Requisitions for the surrender of a fugitive criminal emanating from any Colony or foreign possession of Her Britannic Majesty shall be governed by the rules laid down in the preceding Articles of the present Treaty.

Nr. 9766. Grossbritannien und Columbia. 27. Oct. 1888.

Article XVIII.

The present Treaty shall come into force ten days after its publication, in conformity with the forms prescribed by the laws of the High Contracting Parties. It may be terminated by either of the High Contracting Parties by a notice not exceeding one year and not less than six months. || The Treaty, after receiving the approval of the Congress of Colombia, shall be ratified, and the ratifications shall be exchanged at Bogotá as soon as possible. || In witness whereof the respective Plenipotentiaries have signed the same, and have affixed thereto their respective seals.

Done at Bogotá, this twenty-seventh day of October, in the year of our Lord One thousand eight hundred and eighty-eight.

W. J. Dickson.
Vicente Restrepo.

Nr. 9767. GROSSBRITANNIEN und FRANKREICH. — Konvention, betreffend den Postverkehr zwischen Frankreich und Malta. 1. Juli 1889.

Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland and the President of the French Republic, wishing to facilitate commercial relations between France and the Island of Malta by means of the exchange of uninsured postal parcels on the basis of the Paris Conventions of the 3rd November, 1880, and the 18th June, 1886, have determined upon signing a Convention to that effect, and have named as their Plenipotentiaries for this purpose, namely:

Nr. 9767. Grossbritannien und Frankreich. 1. Juli 1889.

Nr. 9767. Grossbritannien und Frankreich. 1. Juli 1889.

Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, the Right Honourable Robert Arthur Talbot Gascoyne Cecil, Marquis of Salisbury, Earl of Salisbury, Viscount Cranborne, Baron Cecil, Peer of the United Kingdom, Knight of the Most Noble Order of the Garter, Member of Her Majesty's Most Honourable Privy Council, Her Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs, &c.;

And the President of the French Republic, M. William Henri Waddington, Ambassador of the French Republic to Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Empress of India, Senator, Member of the Institute, &c.;

Who, after having communicated to each other their full powers, found in good and due form, have agreed upon the following provisions: —

Article I.

1. Uninsured parcels may be forwarded under the denomination of "postall parcels", viz.: || From France and Algeria for the Island of Malta up to the weight of 3 kilogrammes. || From the Island of Malta for France and Algeria up to the weight of 7 lbs. avoirdupois. || 2. The Postal Administrations of the two countries may hereafter, if their respective Regulations permit, agree upon the rates and conditions applicable to parcels of 3 to 5 kilogrammes in weight.

Article II.

The Postal Administration of France will provide the sea conveyance between the two countries by means of a subsidied line of mail-packets.

Article III.

For each parcel forwarded from France or Algeria addressed to the Island of Malta, the Postal Administration of France pays to that of the Island of Malta, viz.: — || A land rate of 75 centimes. || For each parcel forwarded from the Island of Malta addressed to France or Algeria, the Postal Administration of Malta pays to that of France, viz.: — || 1. A land rate of 50 centimes. || 2. A sea rate of 50 centimes.

Article IV.

The prepayment of postal parcels is compulsory.

Article V.

1. The conveyance between Continental France on the one hand, and Algeria and Corsica on the other, gives rise to a surcharge of 25 centimes per parcel as a sea rate to be levied from the sender. || Parcels originating in, or addressed to, places in the interior of Corsica and Algeria give rise, in addition, to a surcharge of $2^1/_2$ d. (25 centimes) per parcel, which is also to be paid by the sender. || These surcharges, when collected, are credited by

the Administration of the Island of Malta to the French Administration. || 2. The French Government reserves to itself the right to levy a surcharge of 25 centimes in the case of postal parcels exchanged between Continental France and the Island of Malta.

Article VI.

The country of destination may receive from the addressee a delivery rate, including the costs of Customs formalities not to exceed 25 centimes for each parcel.

Article VII.

The parcels to which the present Convention applies cannot be subjected to any postal charge other than those contemplated by the foregoing Articles III, V and VI and by Article VIII following.

Article VIII.

The redirection of postal parcels from one country to the other, in consequence of the removal of the addressees, as well as the return of undelivered postal parcels, gives rise to a supplementary charge of the taxes fixed by Articles III, V and VI, against the addressees or the senders, as the case may be, without prejudice to the reimbursement of the customs or other duties paid.

Article IX.

It is forbidden to send by post parcels containing letters or notes having the character of correspondence, or articles the admission of which is not authorized by the Customs or other Laws or Regulations.

Article X.

1. Except in cases beyond control, when a postal parcel has been lost or damaged, the sender and, in default or at the request of the sender, the addressee, is entitled to an indemnity corresponding with the actual amount of the loss or damage; provided always, that this indemnity may not exceed 15 fr. || 2. The obligation of paying the indemnity rests with the Administration to which the dispatching office is subordinate. To that Administration is reserved a remedy against the corresponding Administration when the loss or damage occurred on the territory or in the service of this latter Administration. || 3. Until the contrary be proved, the responsibility rests with the Administration which, having received the parcel without making any observation, cannot prove the delivery to the addressee, or if such be the case, the retransmission of the parcel. || 4. The payment of the indemnity by the dispatching office ought to take place as soon as possible and, at the latest, within a year of the date of the application. The responsible office is bound to refund to the dispatching office without delay, the amount of the indemnity paid by the latter. || 5. It is understood, that the application for an indemnity is only entertained if made within a year of the posting of the parcel;

Nr. 9767. Gross-britannien und Frankreich. 1. Juli 1889.

after this term the applicant has no right to any indemnity. || 6. If the loss or the damage occurred in course of conveyance between the exchanging offices of the two countries, without its being possible to establish in which of the two Services it took place, the two Administrations concerned bear each a half of the loss. || 7. The Administrations cease to be responsible for postal parcels of which the owners have accepted delivery.

Article XI.

The internal legislation of each of the contracting countries remains applicable as regards everything not provided for by the stipulations contained in the present Convention.

Article XII.

The Postal Administrations of the two contracting countries indicate the offices or localities which they admit to the international exchange of postal parcels; they regulate the mode of transmission of these parcels, and fix all other measures of detail and order necessary for insuring the performance of the present Convention.

Article XIII.

The Postal Administrations of France and of the Island of Malta shall fix, by common consent, in accordance with the procedure laid down by the Paris Convention of the 3rd November, 1880, and, if necessary, by the Additional Act of Lisbon of the 21st March, 1885, the conditions under which there may be exchanged between their respective offices of exchange postal parcels originating in or addressed to foreign countries and sent in transit through one or the other country.

Article XIV.

As soon as the internal Regulations of the Island of Malta admit of it, the system of certificates of delivery in force between countries participating in the Paris Convention of the 3rd November, 1880, shall be extended, by mutual consent, by the Administrations of the two Contracting Parties, to the parcels addressed from one of the two States to the other.

Article XV.

The French Government reserves to itself the right to have the clauses of this Convention executed by means of the railway and navigation enterprises. It may at the same time limit the service to parcels originating in or addressed to places served by those undertakings. || The French Postal Administration will come to an understanding with the railway and navigating enterprises in order to insure the complete execution by these latter of this Convention in all its clauses, and for the organization of the service of exchange. || It will also act as the intermediary for all communications between those enterprises and the Postal Administration of the Island of Malta.

Nr. 9767. Gross-britannien und Frankreich. 1. Juli 1889.

Article XVI.

1. The present Convention, after having been promulgated according to the special laws of each of the two States, shall come into operation on a date to be agreed upon by the Postal Administrations of the two countries. || 2. It shall remain in force until one of the two Contracting Parties shall have given notice to the other, one year in advance, of its intention to terminate it.

Article XVII.

The present Convention shall be ratified, and the ratifications shall be exchanged as soon as possible. || In witness whereof the respective Plenipotentiaries have signed the present Convention and have affixed thereto their seals.

Signed in London, the 1st day of July, in the year of Our Lord 1889.

Salisbury.
Waddington.

Nr. 9768. GROSSBRITANNIEN, BELGIEN, FRANKREICH. — Uebereinkunft, betreffend den Depeschenverkehr. 4. December 1889.*)

Nr. 9768. Gross-britannien, Belgien, Frankreich. 4. Dec. 1889.

The Government of the French Republic, the Government of His Majesty the King of the Belgians and the Government of Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, being desirous of facilitating the exchange of telegrams between the United Kingdom of Great Britain and Ireland, and France and Belgium, and availing themselves of the powers accorded to them by Article XVII of the International Telegraph Convention of St. Petersburgh of the 10th (22nd) July, 1875, have agreed to the following provisions: —

Article I.

In case of interruption of the direct lines connecting two of the Contracting States, the transit rates for ordinary telegrams shall be as follows: — || Telegrams exchanged between Great Britain and France, passing over the telegraph system of Belgium, shall be subjected to a land transit rate of 2 centimes a word to be placed to the credit of the latter country. || Telegrams between Great Britain and Belgium, sent via France, will be subject to a land transit charge of 2·75 centimes a word, to be placed to the credit of the latter country. || For telegrams exchanged between France and Belgium, via England, there shall be attributed to Great Britain a land transit rate of 2·75 centimes a word. || In the different cases enumerated above, the rate for the submarine transit by the Anglo-French or Anglo-Belgian cables shall be 4 centimes a word, to be equally divided between the Administrations who own the cables.

*) Aus den Acten des englischen Parlaments 1890, Commercial No. 2.

Nr. 9768. Grossbritannien, Belgien, Frankreich. 4. Dec. 1889.

Article II.

The several Administrations shall regulate by mutual agreement the manner of accounting for the aforesaid correspondence.

Article III.

Telegrams which, at the request of the sender, shall be diverted from the direct route, shall be subject to the rates and dispositions of the International Telegraph Convention of St. Petersburgh and of the Service Regulations for the time being in force.

Article IV.

This Agreement shall take effect from the 1st April, 1889, and shall remain in force for one year, reckoned from the day on which it shall have been denounced by one of the Contracting Parties. || In witness whereof the Undersigned, duly authorized to this effect, have drawn up the present Agreement and have affixed thereto the seal of their arms.

Done in triplicate at London, the 4th of December, 1889.

Salisbury.
Solvyns.
Waddington.

Nr. 9769. DEUTSCHLAND, OESTERREICH-UNGARN, BELGIEN, AEGYPTEN, FRANKREICH, ITALIEN, LIBERIA, LUXEMBURG, PORTUGAL, PORTUGIESISCHE COLONIEN, RUMÄNIEN, SCHWEIZ. — Uebereinkommen, betreffend den Postauftragsdienst. — 21. März 1885*).

(Uebersetzung.)

Nr. 9769. Vertrags-Staaten. 21. März 1885.

Die unterzeichneten Bevollmächtigten der Regierungen der vorstehend genannten Länder haben im gemeinsamen Einverständniss und unter Vorbehalt der Ratification folgendes Uebereinkommen abgeschlossen:

Artikel 1.

Der Austausch der im Wege des Postauftrages einzuziehenden Werthpapiere zwischen denjenigen der vertragschliessenden Länder, welche verabreden, für die gegenseitigen Beziehungen sich mit diesem Dienstzweige zu befassen, unterliegt den Bestimmungen des gegenwärtigen Uebereinkommens.

Artikel 2.

1. Zur Einziehung sind zugelassen Quittungen, Rechnungen, Anweisungen, Wechsel und überhaupt alle Handels- und sonstigen Werthpapiere, welche ohne Kosten zahlbar sind und für jede einzelne Sendung den Betrag von 1000 Franken Metallgeld oder eine entsprechende Summe in der Währung eines jeden

*) Aus den Acten des deutschen Reichstages.

Landes nicht übersteigen. Die Postverwaltungen von zwei mit einander im Verkehr stehenden Ländern können im gemeinsamen Einverständniss einen höheren Meistbetrag zulassen. || 2. Die Postverwaltungen der vertragschliessenden Länder können es auch übernehmen, Handelspapiere protestiren zu lassen, und im gemeinsamen Einverständniss die erforderlichen Bestimmungen über diesen Dienst treffen.

Artikel 3.

Der Betrag der zur Einziehung zu bringenden Werthpapiere muss in der Währung des mit der Einziehung beauftragten Landes angegeben sein.

Artikel 4.

1. Die Uebersendung der zur Einziehung zu bringenden Werthpapiere erfolgt mittels Einschreibebriefes, den der Absender unmittelbar an die Postanstalt zu richten hat, welche die Einziehung bewirken soll. || 2. Eine und dieselbe Sendung darf mehrere Werthpapiere enthalten, welche von einer und derselben Postanstalt bei mehreren Zahlungspflichtigen zu Gunsten eines und desselben Absenders einzuziehen sind.

Artikel 5.

1. Die Taxe für eine dem vorhergehenden Artikel 4 entsprechende Sendung ist diejenige für einen Einschreibebrief von dem Gewicht dieser Sendung. Diese Taxe verbleibt ungetheilt der Postverwaltung des Aufgabelandes. || 2. Ein Einlieferungsschein wird dem Betheiligten bei Aufgabe der Sendung unentgeltlich ausgehändigt.

Artikel 6.

Theilzahlungen sind nicht gestattet. Jedes Werthpapier muss zum vollen Betrage und auf ein Mal eingelöst werden, anderenfalls gilt dasselbe als verweigert.

Artikel 7.

1. Die mit der Einziehung beauftragte Postverwaltung erhebt von dem Betrage eines jeden eingelösten Werthpapiers eine Gebühr von 10 Centimen oder den entsprechenden Betrag in der Währung des Bestimmungslandes. || 2. Der Ertrag dieser Einziehungsgebühr bildet keinen Gegenstand der Abrechnung zwischen den betheiligten Verwaltungen.

Artikel 8.

Insoweit in den jetzt bestehenden Beziehungen die Erhebung einer höheren als der im vorhergehenden Artikel festgesetzten Einziehungsgebühr erfolgt, können die betheiligten Verwaltungen die zur Zeit bestehende Gebühr vorläufig beibehalten, vorausgesetzt, dass im Verkehr zwischen diesen Ländern die im Artikel 5 vorgesehene, bei der Einlieferung zu entrichtende Taxe auf eine feste Gebühr von 25 Centimen beschränkt wird.

Nr. 9769. Vertrags-Staaten. 21. März 1885.

Artikel 9.

1. Der eingezogene Betrag wird, nach Abzug || a) der im Artikel 7, bezw. Artikel 8, festgesetzten Einziehungsgebühr, || b) der gewöhnlichen Postanweisungsgebühr, und || c) eintretenden Falles der für die Werthpapiere aufgewendeten Stempelgebühren, || dem Auftraggeber von der Postanstalt, welche die Einziehung bewirkt hat, durch Postanweisung übermittelt. Diese Postanweisung wird dem Auftraggeber kostenfrei übersandt. || 2. Diejenigen Werthpapiere, deren Betrag nicht hat eingezogen werden können, werden portofrei und ohne Anrechnung irgend welcher Gebühren an die Aufgabe-Postanstalt zurückgesandt. Die mit der Einziehung beauftragte Postverwaltung ist zu keinerlei Verwahrungs-Maassregel, oder Feststellung der Nichteinlösung in irgend einer Form verpflichtet.

Artikel 10.

1. Die Festsetzungen des Uebereinkommens, betreffend den Austausch von Postanweisungen, finden auch auf die Postanweisungen, mittels deren nach Maassgabe des Artikels 9 die Abführung der durch die Post eingezogenen Werthpapierbeträge erfolgt, Anwendung, soweit nicht in dem gegenwärtigen Uebereinkommen etwas Anderes bestimmt ist. || 2. Diese Postanweisungen sind bis zu dem im ersten Paragraphen des Artikels 2 festgesetzten Meistbetrage zulässig.

Artikel 11.

1. Im Falle des Verlustes eines Einschreibebriefes, welcher zur Einziehung zu bringende Werthpapiere enthält, wird dem Auftraggeber, den Fall höherer Gewalt ausgenommen, eine Entschädigung von 50 Franken unter den im Hauptvertrage festgesetzten Bedingungen gezahlt. Der im letzten Absatz des Artikels 6b dieses Vertrages gemachte Vorbehalt findet jedoch auf Postauftragssendungen keine Anwendung. || 2. Im Falle des Verlustes eingezogener Geldbeträge ist diejenige Verwaltung, deren Betrieb der Verlust zur Last zu legen ist, zur Erstattung der verloren gegangenen Summen zum vollen Betrage verpflichtet.

Artikel 12.

Die Verwaltungen übernehmen keinerlei Verantwortlichkeit für Verzögerungen in der Beförderung der Einschreibebriefe mit zur Einziehung zu bringenden Werthpapieren, dieser Werthpapiere selbst oder der Postanweisungen zur Uebermittelung der eingezogenen Geldbeträge.

Artikel 13.

Die Festsetzungen des gegenwärtigen Uebereinkommens beschränken nicht die Befugniss der vertragschliessenden Theile, besondere Abkommen unter sich bestehen zu lassen oder zu schliessen, sowie engere Vereine aufrechtzuerhalten oder zu bilden, zur weiteren Erleichterung des internationalen Postauftragsdienstes.

Artikel 14.

Auch berührt das gegenwärtige Uebereinkommen in keiner Weise die innere Gesetzgebung der vertragschliessenden Länder in allem, was durch dieses Uebereinkommen nicht vorgesehen ist.

Artikel 15.

1. Soweit nicht das gegenwärtige Uebereinkommen ausdrückliche Bestimmung trifft, soll jede Verwaltung befugt sein, die bezüglichen Bestimmungen ihres inneren Verkehrs in Anwendung zu bringen. || 2. Es wird jedoch ausdrücklich untersagt, sei es im Aufgabelande oder im Bestimmungslande, irgend welche anderen Taxen oder Gebühren zu erheben, als diejenigen, welche durch das gegenwärtige Uebereinkommen vorgesehen sind.

Artikel 16.

Jede Verwaltung kann unter aussergewöhnlichen Verhältnissen, welche geeignet sind, eine derartige Maassnahme zu rechtfertigen, den Postauftragsdienst vorübergehend ganz oder theilweise einstellen, unter der Bedingung, dass sie die betheiligte Verwaltung oder die betheiligten Verwaltungen davon unverzüglich, nöthigen Falles auf telegraphischem Wege, in Kenntniss setzt.

Artikel 17.

1. Die Postverwaltungen der vertragschliessenden Länder lassen an dem Auftragsdienst alle mit dem internationalen Postanweisungsdienst beauftragten Postanstalten theilnehmen. || 2. Sie werden im gemeinsamen Einverständniss die Form der Einlieferung und der Uebersendung der zur Einziehung zu bringenden Werthpapiere sowie alle weiteren Dienstvorschriften festsetzen, welche erforderlich sind, um die Ausführung des gegenwärtigen Uebereinkommens zu sichern.

Artikel 18.

Denjenigen Vereinsstaaten, welche an dem gegenwärtigen Uebereinkommen nicht theilgenommen haben, ist der Beitritt auf ihren Antrag, und zwar in der durch den Hauptvertrag für den Eintritt in den Weltpostverein vorgeschriebenen Form, gestattet.

Artikel 19.

1. Innerhalb der Zeit, welche zwischen den im Hauptvertrage vorgesehenen Versammlungen liegt, ist jede Postverwaltung eines der vertragschliessenden Länder berechtigt, den übrigen dem Uebereinkommen beigetretenen Verwaltungen durch Vermittelung des internationalen Bureaus Vorschläge in Betreff des Postauftragsdienstes zu unterbreiten. Um indess vollstreckbar zu werden, müssen diese Vorschläge erhalten:

1) Einstimmigkeit, wenn es sich um Abänderung der Artikel 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 18, 19 und 20 des gegenwärtigen Uebereinkommens handelt; || 2) zwei Drittel der Stimmen, wenn es sich

Nr. 9769. Vertrags-Staaten. 21. März 1885.

um Abänderung des Artikels 17 handelt; || 3) einfache Stimmenmehrheit, wenn es sich um Auslegung der Bestimmungen des gegenwärtigen Uebereinkommens handelt.

2. Die gültigen Beschlüsse werden in den beiden ersten Fällen durch eine diplomatische Erklärung, im dritten Falle durch eine Benachrichtigung im Verwaltungswege in der im Hauptvertrage bezeichneten Form bestätigt.

Artikel 20.

1. Das gegenwärtige Uebereinkommen wird am 1. April 1886 in Kraft treten. || 2. Es soll gleiche Dauer haben wie der Hauptvertrag, unbeschadet des jedem Lande vorbehaltenen Rechts, von dem Uebereinkommen zurückzutreten, wenn seine Regierung diese Absicht ein Jahr im voraus der Regierung der schweizerischen Eidgenossenschaft angezeigt hat. Während dieses letzten Jahres bleibt das Uebereinkommen voll und ganz in Kraft, unbeschadet der Abwickelung und Saldirung der Abrechnungen nach Ablauf des gedachten Zeitraumes. || 3. Mit dem Tage der Ausführung des gegenwärtigen Uebereinkommens treten alle früher zwischen den verschiedenen Regierungen oder Verwaltungen der vertragschliessenden Theile vereinbarten Bestimmungen insoweit ausser Kraft, als sie mit den Festsetzungen des gegenwärtigen Uebereinkommens nicht im Einklang stehen, unbeschadet indess der im Artikel 13 vorbehaltenen Rechte. || 4. Das gegenwärtige Uebereinkommen soll sobald als möglich ratificirt werden. Die Auswechselung der Ratifikations-Urkunden soll zu Lissabon stattfinden.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der oben genannten Länder das gegenwärtige Uebereinkommen unterzeichnet zu Lissabon, den einundzwanzigsten März eintausend achthundert und fünfundachtzig.

Für Deutschland:
Sachse. Fritsch.
Für Oesterreich:
Dewez. Varges.
Für Ungarn:
Gervay.
Für Belgien:
F. Gife.
Für Aegypten:
W. F. Halton.
Für Frankreich:
Laboulaye.
A. Besnier.
Für Italien:
J. B. Tantesio.

Für Luxemburg:
Ch. Rischard.
Für Portugal:
Guilhermino Augusto de Barros
Ernesto Madeira Pinto.
Für die portugiesischen Kolonien:
Guilhermino Augusto de Barros.
Für Rumänien:
Jon Ghika.
Für die Schweiz:
Ed. Höhn.
Für die Republik Liberia:
Comte Senmarti.

Nr. 9770. **GROSSBRITANNIEN** und **ITALIEN.** — Vertrag, betreffend die Unterdrückung des afrikanischen Sklavenhandels. 14. September 1889*).

Nr. 9770. Grossbritannien und Italien. 14. Sept. 1889.

Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland and His Majesty the King of Italy, being mutually animated by a sincere desire to co-operate for the extinction of the Traffic in African Slaves, have resolved to conclude a Treaty for the purpose of attaining this object, and with this view have named as their Plenipotentiaries, that is to say:

Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, the Right Honourable Robert Arthur Talbot Gascoyne Cecil, Marquis of Salisbury, Earl of Salisbury, Viscount Cranborne, Baron Cecil, Peer of the United Kingdom, Knight of the Most Noble Order of the Garter, Member of Her Majesty's Most Honourable Privy Council, Her Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs, &c.;

And His Majesty the King of Italy, Monsieur Thomas Catalani, Knight Commander of Saints Maurice and Lazare, Chargé d'Affaires of His Majesty in London;

Who, having communicated to each other their respective full powers, found in good and due form, have agreed upon and concluded the following Articles: —

Article I.

Her Majesty the Queen of the United Kingdom of Great Britain and Ireland and His Majesty the King of Italy engage to prohibit all Trade in Slaves, either by their respective subjects or under their respective flags, or by means of capital belonging to their respective subjects, and to declare such Traffic piracy. Their Majesties further declare, that any vessel, which may attempt to carry on the Slave Trade, shall, by that fact alone, lose all right to the protection of their flag.

Article II.

In order more completely to accomplish the object of the present Treaty, the High Contracting Parties agree, that their ships of war may search every merchant-vessel belonging to the nationality of either of the High Contracting Parties which shall, on reasonable grounds, be suspected of being engaged in the Traffic in Slaves, or of having been fitted out for that purpose, or of having been engaged in the Traffic during the voyage in which she shall have been met with by the said cruizers, and that such cruizers may detain, and send or carry away such vessels, in order that they may be brought to trial.

The said mutual right of search shall not be exercised within the Mediterranean Sea. Moreover, the space within which the exercise of the said right shall be confined, shall be bounded, on the north, by the 32nd parallel of north latitude; on the west, by the eastern coast of America, from the point

*) Aus den Acten des englischen Parlaments 1890. Italy No. 1.

Nr. 9770. Grossbritannien und Italien. 14. Sept. 1889.

where the 32nd parallel of north latitude strikes that coast, down to the 45th parallel of south latitude; on the south, by the 45th parallel of south latitude, from the point where that parallel strikes the eastern coast of America to the 80th degree of longitude east from the meridian of Greenwich; and on the east, by the same degree of longitude, from the point where it is intersected by the 45th parallel of south latitude up to the coast of India.

Article III.

In no case shall the mutual right of search be exercised upon the ships of war or public vessels of the High Contracting Parties, but their cruizers shall mutually afford to each other assistance in all cases where it may be useful, that they should act in concert.

Article IV.

Whenever a merchant-vessel, belonging to the nationality of one of the High Contracting Parties, shall have been detained by a cruizer of the other, conformably to the provisions of the present Treaty, such merchant-vessel, as well as the master, the crew, the cargo and the slaves who may be on board, shall be brought into such place as the High Contracting Parties have respectively designated for that purpose in this Article, and they shall be delivered over to the authorities appointed with that view by the Government which exercises jurisdiction at such place, in order that proceedings may be had with respect to them before the competent Tribunals. || All British vessels which shall be detained on the western coast of Afrika by the cruizers of Italy shall be carried and delivered up to the British Jurisdiction at Sierra Leone; or shall be handed over to a British cruizer, if one should be available in the neighbourhood of the capture. || All British vessels which shall be detained on the eastern coast of Africa, the Red Sea, and coast of Arabia by the cruizers of Italy shall be carried and delivered up to the British Jurisdiction at Suakin, Aden, or Zanzibar, as may be most convenient; or shall be handed over to a British cruizer, if one should be available in the neighbourhood of the capture. || All Italian vessels which shall be detained by the cruizers of Great Britain on the eastern or western coast of Africa, in the Red Sea, and on the coast of Arabia, shall be sent to the nearest or most accessible Italian Colony, Possession, or Protectorate where a Slave Trade Tribunal exists; or shall be handed over to an Italian cruizer, if one should be available in the neighbourhood of the capture.

Article V.

Every merchant-vessel belonging to the nationality of either of the High Contracting Parties which shall be searched and detained in virtue of the provisions of the present Treaty shall, unless proof be given to the contrary, be deemed to have been engaged in the Slave Trade, or to have been fitted out for that Traffic, if there are found on board any slave or slaves other than domestic slaves in attendance on or in the discharge of the legitimate

business of their masters, or slaves *bona fide* employed in the navigation of the vessel; or if there are found slaveshackles, bolts, or handcuffs; special floorings of mud or sand laid down as a sitting-place for slaves; a larger quantity of water in casks or in tanks than is requisite for the consumption of the crew of such merchant-vessel; a boiler or other cooking-apparatus of unusual size, and larger, or capable of being made larger, than requisite for the use of the crew of such merchant-vessel; or more than one boiler or other cooking-apparatus, of the ordinary size; a quantity of mats or matting, greater than is necessary for the use of such merchant-vessel, unless such mats or matting be entered on the manifest as forming part of the cargo. || If it is established, that a slave or slaves, other than those specially excepted in this Article, or that one or more of the articles above specified are on board, or have been on board, during the voyage in which the vessel was captured, that fact shall be considered as *prima facie* evidence, that the vessel was employed in the Traffic.

Article VI.

Proceedings shall be immediately taken against the vessel detained, as above stated, her master, her crew and her cargo, before the competent Tribunals of the country to which she belongs; and they shall be tried and adjudged according to the established forms and laws in force in that country; and if it results from the proceedings, that the said vessel was employed in the Slave Trade, or fitted out for that Traffic, the vessel, her fittings and her cargo of merchandize shall be confiscated; and the master, the crew and their accomplices shall be dealt with conformably to the laws by which they shall have been tried. || In case of confiscation, the proceeds of the sale of the aforesaid vessel shall, within the space of six months, reckoning from the date of the sale, be placed at the disposal of the Government of the country to which the ship which made the capture belongs, in order to be employed in conformity with the laws of that country.

Article VII.

If a slave or slaves, other than those specially excepted by, or any one of the articles specified in, Article V of the present Treaty, is found on board a merchant-vessel, or if such slave or article is proved to have been on board of her during the voyage in which se was captured, no compensation for losses, damages, or expenses, consequent upon the detention of such vessel, shall in any case be granted, either to the master, or to the owner, or to any other person interested in the equipment or in the lading, even though a sentence of condemnation should not have been pronounced against the vessel, as a consequence of her detention.

Article VIII.

When, by the sentence of the competent Tribunal, it shall have been ascertained, that a merchant-vessel detained in virtue of the present Treaty,

Nr. 9770. Gross-britannien und Italien. 14. Sept. 1889.

was not engaged in the Slave Trade, and was not fitted out for that Traffic, the shall be restored to the lawful owner or owners. If the competent Tribunal should decide, that the seizure, detention, or prosecution was without reasonable ground, the Government of the cruizer making the capture will be liable to pay to the Government of the nation to which the captured vessel belonged a compensation appropriate to the circumstances of the case.

Article IX.

The High Contracting Parties engage reciprocally to communicate to each other, when asked to do so, and without expense, copies of the proceedings instituted, and of the judgments given, relative to vessels searched or detained in execution of the provisions of this Treaty.

Article X.

The High Contracting Parties agree to insure the immediate freedom of all the slaves who shall be found on board vessels detained and condemned in virtue of the stipulations of the present Treaty.

Article XI.

The present Treaty shall be ratified, and the ratifications shall be exchanged as soon as possible.

In witness whereof the respective Plenipotentiaries have signed the present Treaty, and have affixed thereto the seals of their arms.

Done at London, the 14th day of September, in the year of Our Lord 1889.

Salisbury.
T. Catalani.

Nr. 9771. **FRANKREICH** und **TUNIS.** — Konvention zur Regelung der gegenseitigen Beziehungen beider Länder*). 8. Juni 1883.

Nr. 9771. Frankreich und Tunis. 8. Juni 1883.

S. A. le bey de Tunis, prenant en considération la nécessité d'améliorer la situation intérieure de la Tunisie, dans les conditions prévues par le traité du 12 mai 1881, et le Gouvernement de la République, ayant à coeur de répondre à ce désir et de consolider ainsi les relations d'amitié heureusement existantes entre les deux pays, sont convenus de conclure une convention spéciale à cet effet: en conséquence, le Président de la République française a nommé pour son plénipotentiaire, M. Pierre-Paul Cambon, son ministre résident à Tunis, officier de la Légion d'honneur, décoré de l'Haïd et grand'croix de Nichan Iftikar, etc., etc., lequel, après avoir communiqué ses pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, a arrêté, avec S. A. le bey

*) Abgedruckt im „Journal officiel“, 11. April 1884.

de Tunis, les dispositions suivantes: || Art. 1er. — Afin de faciliter au Gouvernement français l'accomplissement de son protectorat, S. A. le bey de Tunis s'engage à procéder aux réformes administratives, judiciaires et financières que le Gouvernement français jugera utiles. || Art. 2. — Le Gouvernement français garantira à l'époque et sous les conditions qui lui paraîtront les meilleures, un emprunt à émettre par S. A. le bey, pour la conversion ou le remboursement de la dette consolidée s'élevant à la somme de 120 millions de francs, et de la dette flottante jusqu'à concurrence d'un maximum de 17550000 fr. || S. A. le bey s'interdit de contracter, à l'avenir, aucun emprunt pour le compte de la Régence sans l'autorisation du Gouvernement français. || Art. 3. Sur les revenus de la Régence, S. A. le bey prélèvera: 1° les sommes nécessaires pour assurer le service de l'emprunt garanti par la France; 2° la somme de deux millions de piastres (1200000 fr.), montant de sa liste civile, le surplus des revenus devant être affecté aux dépenses d'administration de la Régence et au remboursement des charges du protectorat. || Art. 4. — Le présent arrangement confirme et complète, en tant que de besoin, le traité du 12 mai 1881 (1). Il ne modifiera pas les dispositions précédemment intervenues pour le règlement des contributions de guerre. || Art. 5. — La présente convention sera soumise à la ratification du Gouvernement de la République française et l'instrument de ladite ratification sera remis à S. A. le bey de Tunis dans le plus bref délai possible. || En foi de quoi les soussignés ont dressé le présent acte et l'ont revêtu de leurs cachets.

Nr. 9771. Frankreich und Tunis. 8. Juni 1883.

Fait à la Marsa, le 8 juin 1883.

Paul Cambon.
Ali, bey de Tunis.

Nr. 9772. FRANKREICH und ITALIEN. — Protokoll, betreffend die Konsulargerichtsbarkeit in Tunis*). 25. Jan. 1884.

La négociation pour le règlement des différentes questions se rattachant à la réforme projetée du régime juridictionnel en Tunisie ayant abouti à une entente complète, le présent protocole a été dressé en vue de résumer et de mieux fixer, à l'égard de chacune de ces questions, la teneur et la portée des arrangements que les cabinets de Paris et de Rome ont réciproquement pris en cette matière par des notes et autres pièces échangées, auxquelles au besoin ils se réfèrent. Les points suivants vont donc former, entre les deux gouvernements, la base de leurs rapports mutuels en ce qui concerne l'exercice de la juridiction à Tunis: || I. — Le gouvernement du roi consent, avec réserve, bien entendu, de l'approbation parlementaire, à suspendre en Tunisie l'exercice de la juridiction des tribunaux consulaires italiens. La juridiction

Nr. 9772. Frankreich und Italien. 25. Jan. 1884.

*) Abgedruckt hier nach den „Archives diplomatiques". Paris, Januar 1885.

Nr. 8772. Frankreich und Italien. 25. Jan. 1884.

exercée par ces tribunaux sera transférée aux tribunaux récemment institués en Tunisie, dont S. A le Bey a, par un décret du 5 mai 1883, étendu la compétence aux nationaux des Etats qui consentiraient à faire cesser de fonctionner leurs propres tribunaux consulaires dans la Régence. || II. — Sauf cette dérogation au régime actuel, il est expressément convenu que toutes les autres immunités, avantages et garanties assurés par les capitulations, les usages et traités restent en vigueur. || Le maintien de ces immunités et garanties est intégral envers les personnes et résidences consulaires; il doit, envers les particuliers, n'être assujetti qu'aux restrictions absolument nécessaires pour l'exécution en Tunisie des sentences que les nouveaux tribunaux rendront d'après la loi. Il n'est pas dérogé, quant à leur exécution en Italie, aux règles en vigueur pour l'exécution des étrangers. || III. — Le consentement du gouvernement italien à la réforme projetée est subordonné à la condition que tous les autres gouvernements donneront également leur adhésion. || Toute concession, facilité ou faveur, qui serait en cette matière accordée à une autre puissance quelconque, devra de plein droit être étendue à l'Italie. || Le nouveau régime juridictionnel ne pourra être ultérieurement modifié qu'avec l'approbation explicite du gouvernement du Roi. || IV. — Les nouveaux tribunaux prendront pour règle l'application de la loi italienne: || 1° Pour les rapports juridiques qui se sont formés sous l'empire en Tunisie, de la loi italienne dans l'intérêts des nationaux italiens; || 2° Pour les matières énoncées dans l'article 22 du traité italo-tunisien du 8 septembre 1868, à savoir: statut personnel et rapports de famille, successions, donations, et en général toutes les matières réservées par le droit international privé à la législation nationale de chaque étranger. || V. — Les protégés italiens en Tunisie sont, en matière de juridiction, complètement assimilés aux nationaux italiens. || VI. — La juridiction du tribunal consulaire italien devant intégralement passer au nouveau magistrat, il est convenu que ce dernier aura compétence aussi dans les matières de contentieux administratif en conformité de la loi italienne du 20 novembre 1865. Cette compétence n'ira pas jusqu'à remettre en question les arrangements financiers garantis par la France, l'Italie et l'Angleterre, ou bien les actes antérieurs du gouvernement tunisien; il appartient cependant aux nouveaux magistrats de se prononcer aussi sur toute controverse d'interprétation ou d'exécution de ses arrangements et de ses actes. || VII. — Il n'y aura, en Tunisie, envers les nationaux italiens d'autre juridiction que celle qui va être exercée à leur égard par les nouveaux tribunaux. Les auteurs d'attentats contre l'armée d'occupation cesseront d'être déférés aux conseils de guerre, et seront soumis à la juridiction des magistrats de droit commun dans les mêmes conditions qu'en France même. || VIII. — Dans les causes pénales contre un étranger, les trois assesseurs étrangers seront choisis dans la liste de ses nationaux; dans le cas, où ceux-ci ne seraient pas en nombre suffisant, le choix se fera dans la liste d'une autre nationalité désignée par le prévenu lui-même. || Le droit de récusation appartiendra également au prévenu comme

au ministère public. || Le prévenu, s'il le veut, peut toujours préférer des assesseurs français. || IX. — Si la peine capitale était prononcée par le nouveau tribunal, en Tunisie, contre un sujet italien, l'attention du président de la République sera appelée d'une manière toute spéciale, en vue de l'instance en grâce pour la commutation de cette peine, sur l'état actuel de la législation, en Italie, à l'égard de la peine de mort. || X. — Le droit de plaider devant le nouveau tribunal est reconnu à tous ceux qui font ou qui, ayant les qualités voulues, pourraient faire partie d'un barreau en Italie. || Les avocats exerçant près du tribunal consulaire italien sont également admis, devant les nouveaux tribunaux, à l'exercice des fonctions de défenseur ou avoué, d'après l'article 10, § 2, de la loi française du 27 mars 1883. || Pour les nationaux italiens qui aspiraient plus tard à l'exercice de ces fonctions, la condition des deux ans de stage, établie par l'arrêté ministériel français du 26 novembre 1841, pourra être remplie par le stage auprès d'un avocat ou procureur en Italie. || XI. Les emplois subalternes au greffe des nouveaux tribunaux seront accessibles aux sujets italiens. || La situation des employés actuellement attachés au greffe du tribunal italien sera prise par la nouvelle administration judiciaire en bienveillante considération. || XII. — Les procès en appel devant la Cour de Gênes suivront devant ce magistrat, et éventuellement devant les Cours supérieures, leur cours régulier jusqu'à ce que la procédure soit intégralement épuisée. || Les procès qui se trouveront, au moment de l'inauguration du nouveau régime, en cours devant les tribunaux consulaires italiens en Tunisie, continueront également à leur être soumis jusqu'à épuisement de la procédure, sauf le cas où, une transaction immédiate n'étant pas réalisable, les parties préféreraient une décision par arbitres, ou bien une autre méthode de procédure, agrée par les parties, qui pourrait dans l'intervalle être convenue entre les deux gouvernements. || Les affaires pendantes en voie diplomatique continueront à être l'objet de négociations diplomatiques, avec réserve cependant, en faveur du gouvernement italien, de réclamer l'adoption de toute autre méthode qui serait à ce sujet accordée à un autre gouvernement quelconque.

Nr. 9772. Frankreich und Italien. 25. Jan. 1884.

Fait à Rome, en double expédition, le 25 janvier 1884.

P. S. Mancini, Ministre des affaires étrangères d'Italie.

Albert Decrais, Ambassadeur de la République française.

Nr. 9773. **RUSSLAND** und **BULGARIEN**. — Konvention zur Regelung der Kosten der russischen Okkupation. 28./16. Juli 1883*).

Le Gouvernement de Sa Majesté l'Empereur de Russie et le Gouvernement de Son Altesse le Prince de Bulgarie, désireux de régulariser le mode de paiement à la Russie des frais de l'Occupation de la Principauté par les

Nr. 9773. Russland und Bulgarien. 28. Juli 1883.

*) Abgedruckt hier nach den „Archives diplomatiques". Paris, Juni 1884.

Nr. 9773. Russland und Bulgarien. 28. Juli 1883.

troupes impériales russes, conformément aux décisions du Traité de Berlin, ont nommé pour leurs plénipotentiaires, à savoir: || Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies: || Son Ministre des Affaires étrangères et secrétaire d'État, Nicolas Giers; et Son Altesse le Prince de Bulgarie: le gérant du Ministère des Affaires étrangères de la Principauté de Bulgarie, Kyriak A. F. Zankof, lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants: || Art. 1er. Le Gouvernement princier bulgare reconnaît devoir au Gouvernement impérial russe, pour frais pendant l'occupation des troupes impériales russes, conformément aux décisions du Traité de Berlin, la somme de dix millions, six cent dix-huit mille, deux cent cinquante roubles-papier et quarante-trois kopecks. || Art. 2. Le Gouvernement princier s'engage à payer cette dette comme suit: || Le 1/13 septembre, quatre cent mille roubles. || Dans l'intervalle de douze ans, de 1884 à 1895, annuellement, à raison de huit cent mille roubles qui seront payés en deux termes: le 1/13 janvier et le 1/13 juillet de chaque année, soit à chacun de ces deux termes, à raison de quatre cent mille roubles. || Le 1/13 janvier 1896, quatre cent mille roubles, et le 1/13 juillet de la même année, le restant, soit deux cent dix-huit mille deux cent cinquante roubles et quarante-trois kopecks. || Art. 3. Les paiements mentionnés à l'article 2 se feront par le Gouvernement princier à la Banque nationale, à Sofia, au nom et à l'ordre du Gouvernement impérial, en *lews* (francs), au cours du jour de la date du paiement. || Art. 4. Le Gouvernement impérial renonce à demander le paiement de tout intérêt quelconque sur la somme de la dette en question, soit pour le temps écoulé depuis le commencement de l'Occupation jusqu'à la date de la signature du présent arrangement, soit depuis la date de cette signature jusqu'à l'acquittement intégral de la dette. || Art. 5. Le présent arrangement sera ratifié, et les ratifications seront échangées à Saint-Pétersbourg dans un délai de six semaines, ou plus tôt, si faire se peut. || En foi de quoi les plénipotentiaires des deux parties ont signé la présente, faite en double, et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait à Saint-Pétersbourg, le 16 juillet (v. s.), année mil huit cent quatre-vingt-trois.

Giers. K. A. F. Zankof.

Nr. 9774. FRANKREICH und OESTERREICH-UNGARN. — Handelsvertrag vom 18. Februar 1884*).

Nr. 9774. Frankreich und Oesterreich-Ungarn. 18. Febr. 1884.

Le Gouvernement de la République française et le Gouvernement de S. M. l'Empereur d'Autriche, roi de Bohême et roi apostolique de Hongrie, se réservant de reprendre, aussitôt que possible, les négociations en vue de la

*) Abgedruckt im „Journal officiel", 9. März 1884.

conclusion d'un traité complet et définitif de commerce, et désirant ne pas laisser les relations commerciales entre la France et l'Autriche-Hongrie en dehors de toute garantie conventionnelle à partir du 1er mars prochain, date à laquelle doit expirer la convention du 7 novembre 1881, prorogée par l'arrangement du 28 avril 1883, || ont résolu de conclure à cet effet une convention spéciale, et ont nommé pour leurs plénipotentiaires, savoir, etc. . . . Art. 1er. Les hautes Parties contractantes se garantissent réciproquement le traitement de la nation la plus favorisée, tant pour l'importation, l'exportation, le transit et, en général, tout ce qui concerne les opérations commerciales, que pour l'exercice du commerce ou des industries et pour le payement des taxes qui s'y rapportent. || Art. 2. — Les Français en Autriche-Hongrie et les Autrichiens et Hongrois en France jouiront réciproquement des mêmes droits que les nationaux pour la protection des marques de fabrique et de commerce, ainsi que des dessins et modèles industriels. || Art. 3. — A dater de la mise en vigueur de la présente convention, le droit applicable aux vins mousseux de provenance française, à l'entrée sur le territoire de l'Autriche-Hongrie, sera réduit de 50 à 40 florins par 100 kilogrammes. || Art. 4. — En ce qui concerne le régime sanitaire du bétail, les moutons, viandes, peaux et débris frais d'animaux continueront d'entrer, sous réserve de l'exécution des règlements de police sanitaire; toutefois, en présence d'une maladie contagieuse que l'autorité sanitaire serait impuissante à circonscrire, l'introduction des animaux menacés par l'épizootie pourrait être momentanément interdite. L'interdiction cesserait dès que tout danger de propagation de la maladie aurait disparu. || Art. 5. — Chacune des hautes Parties contractantes aura la faculté de dénoncer, à toute époque, la présente convention, qui entrera en vigueur le 1er mars 1884, et prendra fin six mois après le jour de sa dénonciation. || Art. 6. — La présente convention sera ratifiée; les ratifications en seront échangées à Paris, dès que les formalités prescrites par les lois constitutionnelles des États contractants auront été accomplies, et au plus tard le 28 février 1884 (1). || En foi de quoi, les plénipotentiaires respectifs ont signé la présente convention et y ont apposé leurs cachets.

Fait à Paris, en double expédition, le 18 février 1884.

Jules Ferry.
Ch. Hérisson.

Ladislas comte Hoyos.
Comte de Kuefstein.

Article additionnel.

Le traité de navigation, la convention consulaire, la convention relative au règlement des successions et la convention destinée à garantir la propriété des œuvres d'esprit et d'art, signées, le 11 décembre 1866, entre la France et l'Autriche-Hongrie (2), continueront de rester en vigueur jusqu'à la conclu-

Nr. 9774. Frankreich und Oesterreich-Ungarn. 18. Febr. 1884.

sion de nouveaux arrangements sur les mêmes matières. Chacun desdits traité et conventions pourra, d'ailleurs, être dénoncé séparément un an à l'avance.

Fait à Paris, le 18 février 1884.

Jules Ferry.
Ch. Hérisson.

Ladislas comte Hoyos.
Comte de Kuefstein.

Nr. 9775. GROSSBRITANNIEN und FRANKREICH. — Uebereinkunft, betreffend die Abgrenzung ihrer Besitzungen an der Westküste Afrika's. 10. August 1889*).

Nr. 9775. Grossbritannien und Frankreich. 10. Aug. 1889.

Les Soussignés, délégués par le Gouvernement de Sa Majesté la Reine de la Grande-Bretagne et d'Irlande et par le Gouvernement de la République Française, à l'effet de préparer un accord général destiné à régler l'ensemble des questions pendantes entre l'Angleterre et la France au sujet de leurs possessions respectives sur la Côte Occidentale d'Afrique, sont convenus des dispositions suivantes: —

Article I.

En Sénégambie, la ligne-frontière entre les possessions Anglaises et Françaises sera établie dans les conditions suivantes: —

1. Au nord de la Gambie (rive droite) le tracé partira de Jinnak Creek pour suivre le parallèle qui, passant en ce point de la côte (environ 13° 36' nord), coupe la Gambie dans le grand coude qu'elle fait vers le nord, en face d'une petite île située à l'entrée de Sarmi Creek, dans le pays de Niamena. A partir de ce point, la ligne-frontière suivra la rive droite jusqu'à Yarbatenda, à une distance de 10 kilom. du fleuve. || 2. Au sud (rive gauche) le tracé partira de l'embouchure de la Rivière San Pedro, suivra la rive gauche jusqu'au 13° 10' de latitude nord. La frontière sera établie ensuite par le parallèle qui, partant de ce point, va jusqu'à Sandeng (fin de Vintang Creek, Carte Anglaise). Le tracé remontera alors dans la direction de la Gambie, en suivant le méridien qui passe par Sandeng jusqu'à une distance de 10 kilom. du fleuve. || La frontière suivra ensuite la rive gauche de fleuve, à une même distance de 10 kilom. jusqu'à et y compris Yarbatenda.

Article II.

Au nord de Sierra-Leone, conformément aux indications du Traité de 1882, la ligne de démarcation, après avoir séparé le bassin de la Mellacorée de celui de la Grande Scarcie, passera entre le Bennah et le Tambakka, laissant le Talla à l'Angleterre, le Tamisso à la France, s'approchera du 10° degré de latitude nord, en comprenant le pays des Houbbous dans la zone

*) Abgedruckt nach den Akten des englischen Parlaments: Afrika Nr. 3 (1890).

Française et le Soulimaniah avec Falabah dans la zone Anglaise. Le tracé s'arrêtera à l'intersection du 13° degré de longitude ouest de Paris (10° 40′ de Greenwich, Carte Française), et du 10° degré de latitude.

Nr. 9775. Gross-britannien und Frankreich. 10. Aug. 1889.

Article III.

§ 1. Sur la Côte d'Or, la frontière Anglaise partira du bord de la mer, à Newton, à 1,000 mètres à l'ouest de la maison occupée en 1884 par MM. les Commissaires Anglais. Elle se dirigera ensuite, en droite ligne, vers la lagune Tendo. La ligne suivra ensuite la rive gauche de cette lagune et de celle d'Ahy, puis la rive gauche de la Rivière Tanoé ou Tendo jusqu'à Nougoua. A partir de Nougoua le tracé de la frontière sera établi en tenant compte des Traités respectifs conclus par les deux Gouvernements avec les indigènes. Ce tracé sera prolongé jusqu'au 9e degré de latitude nord. || Le Gouvernement Français prendra l'engagement de laisser l'action politique de l'Angleterre s'exercer librement à l'est de la ligne-frontière, particulièrement en ce qui concerne le Royaume des Achantis; le Gouvernement Anglais prendra l'engagement de laisser l'action politique de la France s'exercer librement à l'ouest de la ligne-frontière. || La frontière Française partira également du bord de la mer, à Newton, à 1,000 mètres à l'ouest de la maison occupée en 1884 par MM. les Commissaires Anglais. Après avoir rejoint, en ligne droite, la lagune Tendo, elle suivra la rive droite de cette lagune et de celle d'Ahy ainsi que de la Rivière Tanoé ou Tendo, pour aboutir à Nougoua, point où les deux frontières se confondront. || § 2. Dans le cas, où le Gouvernement du Gold Coast jugera utile d'établir un poste de Douane à l'embouchure de la Rivière Tendo, le Gouvernement Français ne fera pas d'objection à ce que les autorités Anglaises exigent des embarcations Françaises des certificats de destination pour les marchandises remontant le Tendo, certificats spécifiant que les droits d'entrée dans la Colonie Française ont été intégralement payés par elles. || La navigation sur les lagunes Tendo, Ahy et la Rivière Tendo sera libre et ouverte aux embarcations et aux habitants des deux Protectorats. || Dans le cas, où le Gouvernement Français jugera utile d'établir un poste de Douane pour contrôler les embarcations Anglaises venant du côté d'Apollonie dans les conditions exigées des embarcations Françaises à l'embouchure du Tendo, le Gouvernement Anglais ne fera pas d'objection. || § 3. L'acquiescement du Gouvernement Anglais aux lignes de démarcation ci-dessus mentionnées, demeure subordonné à l'adoption, par le Gouvernement Français, d'un projet de Tarif Douanier à établir à Assinie, dans lequel les droits sur les alcools ne seraient pas inférieurs à 40 fr. l'hectolitre pour les alcools et liqueurs de traite titrant moins de 25 degrés; à 60 fr. l'hectolitre pour les alcools de 25 degrés à 49 degrés, et de 100 fr. l'hectolitre pour les alcools à 50 degrés et au-dessus. || Les droits sur le tabac en feuille et fabriqué ne seraient pas

Nr. 9775. Grossbritannien und Frankreich. 10. Aug. 1889.

inférieurs à 80 centimes le kilog. || Les tissus seraient soumis à un droit de 15 pour cent *ad valorem.*

Article IV.

§ 1. Sur la Côte des Esclaves la ligne de démarcation entre les sphères d'influence des deux Puissances se confondra avec le méridien qui coupe le territoire de Porto-Novo à la Crique d'Ajarra, en laissant le Pokrah, ou Pokéa, à la Colonie Anglaise de Lagos. Elle suivra le méridien précité pour s'arrêter, au nord, au 9e degré de latitude nord. Au sud, elle ira aboutir à la plage après avoir traversé le territoire d'Appah, dont la capitale restera à l'Angleterre. || La navigation de l'Ajarra, et celle de la Rivière d'Addo, seront libres et ouvertes aux habitants et aux embarcations des deux Protectorats. || § 2. Des garanties seront stipulées en vuē d'assurer aux commerçants Français toutes libertés pour leurs échanges avec les pays qui ne seraient pas compris dans la sphère d'influence de la France, et notamment avec les Egbas. || Réciproquement, des garanties seront stipulées en vue d'assurer aux commerçants Anglais toute liberté pour leurs échanges avec les pays qui ne seraient pas compris dans la sphère d'influence de l'Angleterre. || § 3. Des garanties seront également stipulées en faveur des habitants de Kétenu et de la partie Française du territoire d'Appah. Ces habitants seront libres d'émigrer, s'ils le désirent, et ceux qui resteront seront protégés par les autorités Françaises contre toute atteinte de la part du Roi de Porto-Novo ou de ses gens à leurs personnes, leur situation et leurs biens. Les mêmes garanties seront stipulées en faveur des habitants du territoire de Pokrah. || § 4. Il est convenu en outre que: (1) l'action politique du Gouvernement Anglais s'exercera librement à l'est de la ligne-frontière, et que (2) l'action politique du Gouvernement Français s'exercera librement à l'ouest de la ligne-frontière. || § 5. Comme conséquence de l'entente qui vient d'être ainsi définie, et pour éviter les conflits auxquels les rapports journaliers des populations du pays de Porto-Novo avec les habitants de Pokrah pourraient donner lieu si un poste de Douane devait être établi par l'une ou l'autre des Parties Contractantes à la Crique d'Ajarra, les Délégués Français et Anglais s'accordent à recommander à leurs Gouvernements respectifs la neutralisation, au point de vue Douanier, de la partie du territoire de Pokrah comprise entre la Crique Ajarra et l'Addo, et attendant qu'un accord Douanier définitif puisse intervenir entre les établissements Français de Porto-Novo et la Colonie de Lagos.

Article V.

Les deux Gouvernements se réservent de nommer des Commissions Spéciales de Délimitation pour tracer sur les lieux, là où ils le jugeront utile, la ligne de démarcation entre les possessions Anglaises et Françaises, en conformité avec les dispositions générales qui précèdent.

En foi de quoi les Délégués soussignés ont dressé le présent Arrangement sous réserve de l'approbation de leurs Gouvernements respectifs et y ont apposé leur signature. || Fait à Paris, en double expédition, le 10 Août, 1889.

Edwin H. Egerton.
Augustus W. L. Hemming.
A. Nisard.
Jean Bayol.

Annexe 1.

La ligne de démarcation prévue par l'Article 2 de l'Arrangement sera déterminée sur les lieux par des Délégués Français et Anglais nommés à cet effet. Il est convenu que ces Délégués, tenant compte des conclusions de la Commission chargée de préparer l'entente dont il s'agit, rechercheront, d'un commun accord, les moyens d'assurer à la France une voie de communication entre la Mellacorée et le Soudan Français au sud du Fouta-Djallon, sans préjudice à la possession par l'Angleterre de la route entre Kambia et Falabah, qui se confondra, en principe, avec l'itinéraire suivi par Blyden en 1872 vers ce dernier point.

Annexe 2. || *Gambie.*

§ 1. L'expression "Jinnak Creek" comme point de départ de la ligne-frontière du nord de la Gambie, doit signifier le point de la terre ferme où débouche dans la mer la "Jinnak", ainsi que l'indique la Carte Anglaise qui porte le No. 684. || § 2. L'expression "le tracé partira de Jinnak Creek pour suivre le parallèle qui, passant en ce point de la côte (environ 13° 36′ nord), coupe la Gambie dans la grande courbe, &c.," doit signifier que le tracé de la frontière suivra le parallèle du milieu du chenal de l'embouchure du Jinnak (ainsi qu'elle est interprétée dans le § 1) jusqu'à ce qu'il arrive à un point éloigné de 10 kilom. de la Gambie, comme il est dit ci-dessous, § 3. || § 3. "A partir de ce point, la ligne-frontière suivra la rive droite jusqu'à Yarbatenda, à une distance de 10 kilom. du fleuve", doit signifier que, du point où le parallèle de la Crique Jinnak (comme il est dit ci-dessus) arrive à une distance de 10 kilom. de la Gambie, la ligne-frontière devra être tracée de telle sorte qu'elle se trouve toujours à une égale distance de 10 kilom. des points les plus rapprochés du bord de la rivière.

Au sud de la Gambie.

§ 4. "Le tracé partira de l'embouchure de la Rivière San Pedro, suivra la rive gauche jusqu'à 13° 10′ de latitude nord." Dans le cas, où il sera constaté que ni la Rivière San Pedro ni aucune de ses branches ne rencontrent le parallèle 13° 10′ de latitude nord, la frontière suivra ce parallèle à partir du bord de la mer. || § 5. L'expression "jusqu'à Sandeng" doit être considérée comme comprenant Sandeng dans le territoire Britannique et dans le cas, où

Nr. 9775. Gross-britannien und Frankreich. 10. Aug. 1889.

ce parallèle (le 13° 10′ latitude nord) ne rencontrerait pas la Crique Vintang, la ligne-frontière s'arrêterait au méridien qui passe à 1 kilom. dans l'est de Sandeng; ou si le parallèle 13° 10′ nord rencontrait la Crique Vintang au-dessous de Sandeng, l'expression serait considérée comme signifiant que la frontière doit suivre la rive gauche de la crique, depuis le point où le parallèle 13° 10′ nord la rencontre jusqu'au méridien passant à 1 kilom. dans l'est de Sandeng. || § 6. "Y compris Yarbatenda" doit signifier que la ligne-limite sera tracée autour et au delà de Yarbatenda avec un rayon de 10 kilom. à partir du centre de la ville; et dans le cas, où un cercle ainsi tracé couperait la bouche de la rivière à l'est de Yarbatenda, la ligne-frontière, du point où le cercle coupe la rivière, suivrait la rive la plus rapprochée jusqu'à la rencontre d'une nouvelle intersection de la rivière. || § 7. La Carte Anglaise "I. D. Map, No. 684," a servi à rédiger cette partie des frontières.

Sierra-Leone.

§ 1. "Conformément aux indications du Traité de 1882, la ligne de démarcation, après avoir séparé le bassin de la Mellacorée de celui de la Grande Scarcie," doit signifier: en conformité avec l'Article I de la Convention de 1882, qui dit: "la dite ligne de démarcation sera tracée de façon à assurer à la France le contrôle complet de la Rivière Mellacorée, et à la Grande-Bretagne le contrôle complet des Rivières Scarcies. Le Point Mahela et le comptoir de ce nom, ainsi que la communication par les eaux adjacentes, appartiendront à la nation à laquelle, d'après la dite enquête, la possession en aura été reconnue nécessaire pour le contrôle de la Rivière Mellacorée ou des Rivières Scarcies, suivant le cas. S'il est constaté que la communication par eau à Mahela s'ouvre aussi bien sur la Rivière Mellacorée que sur la Rivière Scarcie, la dite ligne de démarcation partira sur la côte du milieu du cours d'eau qui se jette dans la mer à Mahela, et sera continuée de manière à attribuer à la France la communication avec la Rivière Mellacorée, et à la Grande-Bretagne la communication avec la Rivière Scarcie." || § 2. L'expression "la ligne de démarcation . . . . . passera entre le Bennah et le Tambakka" sera comprise littéralement en tant qu'elle s'accordera avec la Convention citée plus haut, afin d'assurer le contrôle complet de la Rivière Scarcie à la Grande-Bretagne, et celui de la Mellacorée à la France. || Au cas, où il se trouverait que le Bennah ou Banna s'étend dans le bassin de la Rivière Grande Scarcie, cette Convention serait modifiée de manière que la rive droite de la Grande Scarcie forme elle-même la limite sur cette partie de son cours. || § 3. La Carte consultée est la Carte des établissements Français du Sénégal, par M. Monteil, 1886.

Assinie.

§ 1. En ce qui regarde la ligne-frontière entre la mer et la lagune Tendo, l'expression "en droite ligne" doit signifier droit au nord vrai. || La

"Map showing the Towns and Villages visited by the Assinee Boundary Commissioners in December 1883 and January 1884" a servi à décrire cette partie des limites jusqu'à Nougoua.

Nr. 9775. Gross-britannien und Frankreich. 10. Aug. 1889.

Porto-Novo.

§ 1. "Le méridien qui coupe le territoire de Porto-Novo à la Crique d'Ajarra" doit signifier — ‖ 1. (Au nord de la lagune de Porto-Novo) le milieu du cours de la Rivière Ajarra ou Ajera, jusqu'au point où cette rivière cesse de séparer le Royaume de Porto-Novo de celui de Pokrah, et de là, le méridien de ce point, au nord, jusqu'au 9° parallèle de latitude nord. ‖ 2. (Au sud de la lagune de Porto-Novo) le méridien du milieu de la Rivière Ajarra à son embouchure dans la lagune de Porto-Novo. ‖ 3. La ligne-frontière a été décrite dans cette Convention d'après le "Sketch Survey of the Inland Water Communications in the Colony of Lagos, by Harbour-Master Speeding, 1886."

Kreta*).

Nr. 9776. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Rom an den Premierminister. — Beunruhigung der italienischen Regierung durch die Zustände Kreta's. [B. 13.] 8. März 1888. (Eingegangen in London am 12. März.)

Nr. 9776. Gross-britannien. 8 März 1888.

My Lord, || I have the honour to report, that the Italian Government attach importance to reports received here of serious disturbances between Christians and Mussulmans in Candia. || The reports state, that the Turkish Government is weak and unable to cope with the disturbances, and that the Christian population is applying to Greece for assistance. || I have, &c.

J. G. Kennedy.

Nr. 9777. GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Athen an den Premierminister. — Beunruhigung der griechischen Regierung durch die Zustände Kreta's. [B. 14.] 27. März 1888. (Eingegangen in London am 2. April.)

Nr. 9777. Gross-britannien. 27. März 1888.

My Lord, || M. Tricoupi called at the Legation to-day, and, among other subjects, touched upon Cretan affairs. The last accounts received from the island, he said, were not very good. More murders, both of Christians and of Mussulmans, had taken place, and the bitterness of feeling was very great. He hoped however, that the Governor-General would now show energy and decision, and if he did so a return to a more satisfactory state of things might soon be reckoned upon. || I observed, that I had noticed complaints of a want of vigour on the part of the Governor-General. M. Tricoupi replied, that such had no doubt been the case. Anthopoulos Pasha had shown weakness towards the Mussulman element because he was afraid of incurring displeasure in high quarters. But now pressure had been brought to bear on the Turkish Government by some of the Powers, and, as a result of this, strict

*) Die Aktenstücke sind dem englischen Blaubuch, Turkey 1889, Nr. 2, entnommen. Die Konsulatsberichte, welche die inneren Zustände Kreta's schildern, sind nicht abgedruckt, sondern nur Korrespondenzen, welche auf die internationale Lage Bezug haben.

injunctions had been sent to the Governor-General to use vigorous measures in the repression of crime and disorder. For some time past already much greater firmness on the part of the authorities had been observable. It was much better to put backbone into the present Vali than to seek to replace him, for that was a very difficult matter. || I have, &c.

Nr. 9777. Gross-britannien. 27. März 1888.

Horace Rumbold.

Nr. 9778. GROSSBRITANNIEN. — Premierminister an den Botschafter in Konstantinopel (Telegramm). Anfrage wegen der Haltung der Pforte gegenüber Kreta [B. 16.] 8. April 1888.

The state of affairs in Crete, as reported in Mr. Biliott's despatch of the 26th ultimo, seems to be rather critical. Report whether any measures are being taken by the Porte.

Nr. 9778. Gross-britannien. 8. April 1888.

Nr. 9779. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den Premierminister (Telegramm). Bericht über Maassnahmen der Pforte in Betreff Kreta's. [B. 20.] 10. April 1888.

My Lord, || In accordance with the instructions contained in your Lordship's telegram of the 8th instant, I took occasion to call the attention of the Grand Vizier to the unsatisfactory state of affairs at present prevailing in the Island of Crete. || His Highness assured me, in reply to my observations, that the Porte intended to send a body of Albanian soldiers to act as gendarmerie in the island, and that it was hoped, that on their arrival the Governor and Commander would be able to take vigorous measures for the maintenance of order and the punishment of crime. || It does not appear, that there is any immediate danger of disturbances provided matters are not complicated by the action of foreign agitators. || I sent your Lordship and Mr. Biliotti the substance of this despatch this day by telegraph. || I have, &c.

Nr. 9779. Gross-britannien. 10. April 1888.

W. A. White.

Nr. 9780. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den Premierminister. Bericht über Unterredungen mit dem russischen Botschafter und dem griechischen Gesandten. [B. 24.] 14. April 1888. (Eingegangen in London am 21. April 1888.)

My Lord, || In my despatch of the 10th instant I had the honour to report to your Lordship the substance of my conversation with the Grand Vizier

Nr. 9780. Gross-britannien. 14. April 1888.

Nr. 9780. Grossbritannien. 14. April 1888.

concerning the state of things in Crete, communicated also by telegraph. || I have received since Reports from Mr. Consul Biliotti, and discussed that subject with M. de Nélidoff since his Excellency's return from Athens, and with my Hellenic colleague, who is the senior Minister accredited to the Sultan, and my impression from these various sources tends to confirm the view reported by me to your Lordship. || The present difficulty in the island is mainly due to the excitement produced by the insecurity of life and the weakness displayed by the local civil authorities. || There is, as yet, no political complication. || The Sublime Porte is unwilling to replace the present Governor by a Mussulman, and has no choice amongst Christian officials of sufficient rank. || I have, &c.

W. A. White.

Nr. 9781. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Konstantinopel an den Premierminister. Neue Beunruhigung wegen der Zustände auf Kreta. Bericht über eine darauf bezügliche Unterredung mit dem Grossvezier. [B. 53.] 5. Januar 1889. (Eingegangen in London am 10. Januar.)

(Auszug.)

Nr. 9781. Grossbritannien. 5. Jan. 1889.

From the despatches and telegrams addressed to your Lordship by Her Majesty's Consul in Crete, copies of which have been likewise received by me, your Lordship will have observed, that there is some cause of uneasiness as to the future tranquillity of that island, and that Mr. Consul Biliotti is apprehensive, that, unless a certain course recommended by him is adopted by the Porte, inclusive of the retention of the present Vali in office, and of the appointment of Essad Bey (whom he highly praises) as Counsellor to the Governor-General, serious consequences may follow. || This is a delicate subject, and it is difficult for a foreign Ambassador to become general adviser to the Porte as regards internal matters or appointments. || As, however, the affairs of Crete appear to me to deserve serious and special attention on my part, I took occasion the other day on seeing the Grand Vizier to speak in the sense suggested by Mr. Biliotti, whereupon his Highness assured me that there was not the slightest idea of removing the present Vali, Sartinski Pasha, and that the Porte had no reason to entertain the apprehensions as to the future security of Crete which I told his Highness existed in some quarters. || I likewise instructed Sir A. Sandison to communicate confidentially to the Grand Vizier some portions of Mr. Biliotti's Reports, when his Highness sent me word that he agreed entirely with the views expressed therein, but that there was no cause for alarm or intention to change the Vali. || P.S. — I have the honour to report, that I have just learned that Essad Bey has been appointed Government Counsellor.

Nr. 9782. **KRETA.** — Fünf Deputirte der Generalversammlung erlassen eine Deklaration, worin sie die Vereinigung Kreta's mit Griechenland fordern. [Einschluss in B. 61.] 6. Mai 1889.

(Uebersetzung.)

Nr. 9782. Kreta. 6. Mai 1889.

We, the Undersigned, Deputies to the General Assembly of the Cretans, as such, and in execution of a patriotic duty, declare what follows. || Whereas the condition of our island has reached the last degree of unhappiness and wretchedness, because public order and security have entirely disappeared; justice is distributed in the partiality according to factions, and with ignorance; public credit has ceased to exist; finances are in a pitiful and unremediable condition; the public service is corrupt and vitiated; the gendarmerie is used as a means to bribe individuals in order to satisfy personal or party interests, and generally to seduce the population; the executive authority has ended by becoming nothing but an unbridled means and object of ardent partizanship; the real will of the all-potent population has each time been distorted in many respects by the different authorities of the island owing to unheard-of licentious electoral interventions on their part; the adaptation generally of the laws is but a jest and a mockery; the public instruction has altogether deviated from its sacred object; the public works have been entirely abandoned; the privileges of the island have been despised and trodden under foot in every way: || Whereas the causes of this state of things are, first, the entirely rotten basis on which was founded the form of Government instituted for this island, and which is a parody and a buffoonery of a Government; and, second, the unskilful, ill-advised and in every respect the ruinous manner in which it has been carried out at all times: Whereas all the efforts of all Cretans to ameliorate the forementioned condition of the island remain without result and prove fruitless, only the complete national restoration, "that is the union of Crete to Greece" of the Christian population of Crete, can save them from a total wreck: || Under these circumstances, considering that our co-operation in the present Session would throw upon us a most serious responsibility, we shall abstain from taking part in the work of the General Assembly, being convinced, that it will result in nothing else but in rendering worse the pretent pitiable state of things.

A. Criaris.
J. Malandakis, *alias* Anastasakis.
N. Touridis.
A. Cacouris.
J. Mighakis.

Nr. 9783. GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Athen an den Premierminister. — Bericht über ein Gespräch mit dem griechischen Minister des Auswärtigen hinsichtlich Kreta's. [B. 62.] 3. Juni 1889. (Eingegangen in London am 10. Juni.)

Nr. 9783. Gross-britannien. 3. Juni 1889.

My Lord, || With reference to the recent occurrences in Crete and the manifesto of the five Deputies in favour of annexation to Greece, M. Dragoumis told me to-day, that the information received from the Greek Consul at Canea went to show, that the island is at this moment completely quiet, and that there is no danger of any outbreak or inconvenient manifestations. || I asked his Excellency whether any communication had passed between the Greek Government and the Porte in regard to this last demonstration, and he replied, that there had been no occasion for any. The Porte had in previous instances always thanked the Greek Government for the quieting advice given by their Consul to those who advocate unseasonably the cause of annexation. The language, which the Consul had steadily been instructed to hold, and which this Government would continue to prescribe until circumstances greatly changed, was entirely agreeable to the Porte, and it would seem, that the majority of the Cretans, however unanimous in their aspirations for union with Greece, understood perfectly, that the time had not yet come for action, and would remain discreetly quiet until the opportune moment. || I have, &c.

Edmund Monson.

Nr. 9784. GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Athen an den Premierminister. — Telegraphischer Bericht über ein Gespräch mit dem griechischen Minister des Auswärtigen hinsichtlich Kreta's. [B. 67.] 12. Juni 1889. (Auszug.)

Nr. 9784. Gross-britannien. 12. Juni 1889.

I saw M. Dragoumis this afternoon, his reception day, and at once asked him what news he had from Crete. || His Excellency replied, that he was glad to say that, from the telegrams received from the Greek Consul-General at Canea, it appeared, that the imminent danger of a general insurrection in the island, which was certainly to be feared a few days ago, no longer existed. M. Griparis had succeeded in persuading the Christian leaders on both sides to co-operate in breaking up the armed meetings; and had most effectually carried out the orders of the Greek Government to do all in his power to make them understand, that they must expect no countenance from Greece if they allowed an outbreak to take place. || His Excellency said, further, that the danger had been augmented a few days ago by the fact, M. Griparis had been informed by some of the local leaders, that ———, who is a person to whom all Cretans look up with great respect, and in whom they have

implicit confidence, had written to his friends in the island, that M. Tricoupi was of opinion that the hour had come when a blow should be struck for the deliverance of the Christians from Turkish rule. As this was quite in opposition to all the intelligence he had received from his Government, M. Griparis was for the moment puzzled, and had to telegraph home for fresh instructions. He had at once been assured, that M. Tricoupi and his colleagues had never for one moment varied in their opinion, and that ——— had never written the letters attributed to him. M. Griparis had consequently at once resumed his energetic action, and, as far as could be seen, would be able to prevent any further mischief. || I said, that Mr. Biliotti, in his communications to your Lordship, had given his Greek colleague credit for most praiseworthy tact and management; and I then asked M. Dragoumis what he thought of the reported dispatch of Turkish troops from Syria to reinforce the garrison of the island. || He answered, that he considered this step of the Porte to be quite justifiable, and to be expected. He trusted it would contribute to the maintenance of tranquillity. I might, at any rate, rely upon this, that the Greek Government would steadily continue their present policy of exerting through every possible channel all their influence to prevent a serious outbreak. It would be absurd to shut one's eyes to the elements of danger which have accumulated in Crete; and it would be folly to say, that a few sparks might not set the heap of combustibles in a blaze; but Greece would continue to throw cold water upon this heap; and his (M. Dragoumis') sanguine expectation is, that there is no immediate risk of a conflagration.

Nr. 9784. Grossbritannien. 12. Juni 1889.

Nr. 9785. **GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Athen an den Premierminister. — Bericht über ein Gespräch mit dem griechischen Ministerpräsidenten. [B. 68.] 6. Juni 1889. (Eingegangen in London am 13. Juni.)

(Auszug.)

M. Tricoupi said, that he was very anxious about the condition of affairs in Crete. He did not attach much importance to the recent manifesto of the five Deputies. They had simply given utterance to sentiments held by a vast majority of the Cretans, who are, however, generally discreet enough not to babble prematurely. But the island was suffering from such maladministration as to be almost in a state of anarchy. The Greek Government, through their Consul at Canea, were doing their utmost to persuade the impatient spirits to be quiet, and it was certain, that the Consul had succeeded, by the employment of trustworthy emissaries, in tranquillizing to a very great extent the factious assemblages of armed men, whose ill-advised proceedings might easily produce an outbreak. He feared, however, that the true state of things was ignored or not understood in Constantinople, and he must say that the Turkish authorities were not doing their best to preserve order.

Nr. 9785. Grossbritannien. 6. Juni 1889.

Nr. 9786. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Konstantinopel an den Premierminister. Beurtheilung der Lage in Kreta und Anfrage wegen der Haltung der Grossmächte. [B. 70.] 18. Mai 1889. (Eingegangen in London am 28. Juni 1889.)

(Auszug.)

Nr. 9786. Grossbritannien. 18. Mai 1889.

The Reports which Mr. Consul A. Biliotti has had the honour of addressing to your Lordship from the Island of Crete are so exhaustive and copious, that a very few general remarks on my part will be, I daresay, considered sufficient. || The present crisis in that island will be soon over, it is hoped; it was one which at no time, I believe, presented any real danger; it was never encouraged — (quite the contrary) — by M. Tricoupi, or any of the party now ruling the Hellenic Kingdom. || This crisis acquired exaggerated importance through a variety of local Cretan intrigues, and was used for a variety of purposes elsewhere and in the press; but it would be wrong to let it go by without drawing a lesson from the insight gained into local Cretan affairs, a lesson, unfortunately, more instructive than really useful, as no one feels able, or disposed, to turn it to any practical advantage. || In former disturbances in Crete, the Christian and Mussulman populations were seen fighting, the former for independence, reforms, or annexation to Greece, whilst the latter were desirous of preserving Ottoman supremacy. || Nothing of the kind has been observed on this occasion, where the two rival political factions were struggling for office and its spoils, and these parties were formed irrespective of creed, and the minority, or "outs," were employing the annexation scheme as a threat, with a view to upset the Governor, Sartinsky Pasha, and to bring about a change of Administration. || If at a time when the Hellenic Government is holding aloof, and even preaching conciliation, when there does not appear to be any real grievance to complain of, and when the Turk is not accused, even by his enemies, of any act of oppression or of any violation, but, on the contrary, of too great leniency, the condition of the island is described as drifting to anarchy, what may we expect under less favourable circumstances, and where is a remedy to be found? || Can the Powers, or any of them, recommend to the Porte to curtail the liberties so flagrantly abused and to establish a stronger and less popular Government? || The inhabitants of that island — or, at least, its politicians — belonging to two dominant creeds, are evidently an ungovernable class of persons; but it may suit some foreign Power to encourage them to persevere in their folly, as a protracted state of anarchy would, perhaps, constitute a favourable pretext some day for a foreign occupation. || I have sent a copy of this despatch to Sir Edward Monson.

Nr. 9787. GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Athen an den Premierminister. — Telegraphischer Bericht über ein Gespräch mit dem griechischen Ministerpräsidenten in Betreff Kreta's. [B. 86.] 8. Juli 1889.

(Auszug.)

Nr. 9787. Gross-britannien. 8. Juli 1889.

In the course of an interview which I had with M. Tricoupi this morning, I asked him his opinion of the progress made by the Imperial Commissioner in his negotiations with the Cretans. || His Excellency replied briefly, that, as far as he knew them, the measures offered by the Porte through Mahmoud Djelalledin were quite inadequate to remedy the evils from which the island is suffering. The 20,000 *l.* would be utterly insufficient and the concession of the principle of a Provincial Bank illusory. || In his opinion, absolute autonomy is the only remedial measure which would be of any real efficacy, and this, he thought, the Sultan should be urged to grant. || M. Tricoupi laid particular stress upon the principle, that complete freedom in the management of their taxation and finances, without any question of a tribute, should be a chief element of this autonomy. || Later in the day I saw Baron Kosjek, the Austrian Minister, who told me that M. Tricoupi had recently held similar language to him. || The news from the island published in the Athenian press is discouraging, and prognosticates a continuance of the crisis.

Nr. 9788. KRETA. — Komitee der kretischen Generalversammlung. Aufruf an die Bewohner Kreta's. Ermahnung zur Ruhe unter Hinweis auf drohende fremde, speciell englische Intervention. [Einschluss in B. 93.] Canea, 23. Juni/5. Juli 1889.

(Uebersetzung.)

Compatriots!

Nr. 9788. Kreta. 5. Juli 1889.

In its Memorandum of the 5th (17th) June last to the Extraordinary Imperial Commissioner, Mahmoud Pasha, the General Assembly has characterized the financial question by clearly showing, that the finances of the island can only be revived by its being granted the whole of the Customs revenue; its being recognized the right, consequent on the Halepa Pact, of appropriating the income from stamps, and its being reimbursed about 4,500,000 piastres which are due to the native bank of public utility; the General Assembly has also submitted the urgent necessity of the establishment of an Agricultural Bank. || His Excellency the Imperial Commissioner, by his Proclamation of yesterday, makes it known, that in conformity with an Imperial Order 20,000 liras are to be provided by the Public Treasury of State for the immediate relief of present requirements, and that the bank is to be established. || We observe, that the resolutions of the Sublime Porte have for their

Nr. 9788. Kreta. 5. Juli 1889.

object to temporarily help our finances, for no restoration can be expected without the complete solution of the financial question. || We can assure the people, that two points of the financial question have been taken into serious consideration in the competent quarter, and that with the continuance of this goodwill and the recognition of the rights of the island we may hope that they will be solved within a short period. || These points are the stamps and the renunciation by the Sublime Porte to claim the surplus of the revenues of the island, which is an imaginary claim for the Turkish Government, but is of high importance for the organization of the finances of the island, as from it depend the economy and increase of income which our politicians consider to introduce in our country. || The establishment of the bank will be a serious relief to the agricultural class, and will put an end to usury, which is the scourge of the commercial and agricultural classes. But the people should not forget, that we shall arrive at this fortunate result only when capitalists are convinced that we care for order and tranquillity in the island, and that we do not intend to trouble it, except in an opportune moment and for a serious motive, that is, for a national object. || With the present animosity between factions, and with the spasmodic disturbances of the public order, no one will make up his mind to invest capital in Crete. || Without departing from the appreciation given by the people to the expected advantages on our issuing from our present temporary condition, we consider our bounden duty to advise the people to make every effort for maintaining order and tranquillity, for, more than ever, the interests of Hellenism, as well as of Crete, impose it upon us. || The official declarations of the Prime Minister of England in the House of Lords, threatening that, under the present circumstances, he will even prevent our national revival, and that we may provoke a foreign intervention, should we trouble the peace, command us absolute tranquillity, until we come out of the adverse circumstances weighing on our unfortunate country. || Prudence and patriotism alone can rescue us from the present difficulties and against the impending danger; we should set aside party animosity and divisions and raise the flag of reconciliation and harmony in order to recruit therefrom strength, and to await the sacred moment for the accomplishment of our national wishes. || The Cretans have always given proof in difficult circumstances of the highest patriotism, and we are confident that the voice of the country will find an echo in the patriotism which imposes upon us to-day the maintenance of order and tranquillity.

The Committee of the General Assembly.

Nr. 9789. GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Athen an den Premierminister. — Telegraphischer Bericht über die Wirkung einer Nachricht der „Times", dass England, Deutschland und Oesterreich eine Blokade Kretas für griechische Schiffe beabsichtigten. [B. 95.] 17. Juli 1889.

(Auszug.)

Nr. 9789. Gross-britannien. 17. Juli 1889.

The telegram from the "Times" correspondent at Vienna published in London yesterday morning, stating that England, Germany and Austria are contemplating the institution of a blockade of Crete against the dispatch of arms and money from Greece, has naturally caused much sensation here. || I thought it my duty to telegraph at once to Mr. Consul Biliotti to inquire whether he was aware of any grounds for this accusation against Greece.

He replied without delay in the negative. || I called this morning on M. Tricoupi, and told him of my question, and of the answer which I had received. || His Excellency remarked, that he was quite mystified by the manner in which these rumours were being started and propagated.

Nr. 9790. GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Athen an den Premierminister. — Telegraphischer Bericht über ein Gespräch mit dem griechischen Ministerpräsidenten und dem österreichischen Gesandten. [B. 101.] 22. Juli 1889.

(Auszug.)

Nr. 9790. Gross-britannien. 22. Juli 1889.

I called this morning on M. Dragoumis to ask him what news he had from Crete, but found his Excellency so unwell, that I did not like to engage him in any serious conversation. I therefore went on to the Finance Department, where I found the Prime Minister. || In answer to my remarks, that, according to the latest telegrams from Her Majesty's Consul at Canea, things looked better for the preservation of tranquillity, M. Tricoupi asked me whether I did not think that, at the point which matters had now reached, the establishment of an understanding between the Christian factions would not mean their union for immediate aggression against the Mussulmans? Viewed in that light, his Excellency continued, he did not see, that we were entitled to regard the situation as anything but aggravated. || M. Tricoupi then went minutely through the occurrences of the two or three days preceding the sudden departure of Mahmoud Pasha, which he recounted to me substantially in the shape in which they have been reported to your Lordship by Mr. Biliotti. He regretted the sudden recall of the Special Commissioner, whose chances of success in his mission seemed to be almost assured during the last twentyfour hours of his stay, and as to the reasons of whose unexpected withdrawal he had received no information from Constantinople. || M. Tricoupi

Nr. 9790. Grossbritannien. 22. Juli 1889.

proceeded to say, that he did not at all understand what was passing at that capital. There seemed to be no doubt that the Porte intended dispatching somo 4,500 more troops to the island; but the Turkish Government must very well know, that a force of 10,000 or 11,000 men would be quite inadequate to deal with a general rising of the Cretan Christians; and that a *corps d'armée* of 40,000 or 50,000 soldiers would have to go through an elaborate campaign of a couple of years to suppress a general revolt in the island. || The action of the Porte in sending troops in driblets such as these was inexplicable except upon the hypothesis that the intention on their part was to augment the irritation, and bring it to a head. || For himself, said M. Tricoupi, he could not understand why there should be any hesitation at Constantinople to concede the demands which Mahmoud Pasha seemed at the last moment ready to agree to, and the granting of which would probably suffice to pacify the malcontents. An understanding, that the revenues of the island should be placed at the disposal of the General Assembly to be devoted purely to local administrative purposes, with the proviso that any surplus should be handed over to the Porte in lieu of a fixed tribute, ought to satisfy everyone. There could, of course, never be any surplus, but then no one would ever anticipate one. || All this, however, had apparently fallen through, and the Porte seemed to be thinking only of unrealisable military measures, which would provoke a general insurrection and a civil war between Christians and Mussulmans. || I asked M. Tricoupi whether there were not now in Athens some few of the insurgent Chiefs of old days, and he answered that there were, and that they were with hardly any exception occupied with their own private affairs. A certain Hadji Mihali, however, a man of considerable influence, formed one of these exceptions. || On leaving M. Tricoupi, I called on the Austro-Hungarian Minister, Baron Kosjek, and gave him the substance of my conversation with his Excellency. Baron Kosjek said, that M. Tricoupi had yesterday told him that he considered the situation most serious.

Nr. 9791. **GROSSBRITANNIEN.** — Gesandtschaftssekretär in Athen an den Premierminister. — Telegraphischer Bericht über ein Gespräch mit dem griechischen Ministerpräsidenten in Betreff Kreta's. [Einschluss in B.111.] 27. Juli 1889.

Nr. 9791. Grossbritannien. 27. Juli 1889.

I saw M. Tricoupi this morning at the Ministry of Finance. He told me had just received communications from the Greek Consul at Canea detailing the extreme gravity of the situation and the "almost superhuman efforts", to use his own expression, which were being made by M. Gryparis to induce the insurrectionary leaders to remain quiet; efforts which the Greek Government are also making in Athens with the Cretan agents who are here. "But",

said M. Tricoupi, "we can only use persuasion"; and his Excellency seemed to have but little hope of that persuasion in availing much longer in the present extremely critical position. || This led him on to speak with some warmth of the apparent apathy of the Great Powers at Constantinople. It must be obvious to any one who understood this situation, that the sending of small driblets of troops to Crete could be of no possible use, and would only act as an irritant, while the recall of the Imperial Commissioner at a moment when it seemed as if he were about to concede the demands of the Cretans was inexplicable to him. || He said, that he felt convinced that, if the Great Powers — if Her Majesty's Government alone — would exert strong pressure upon the Porte to obtain for the Cretans the concession of what he could not but call their reasonable demands, the situation might still be saved and the imminent insurrection averted. He believed the Cretans would still accept those concessions which were proposed to the Imperial Commissioner, and that order might then be restored; but he added, "this is just possible to-day, it may not be to-morrow." || His own words were, "Your Government is in a position to do this if they would." || He did not imagine, that these concessions offered a definitive solution of the Cretan question. Greece, of course, had her own views as to what the ultimate solution of the Cretan question must be; but at the present moment Greece was merely loyally endeavouring to avert a great and imminent disaster. || I asked M. Tricoupi whether he wished me to lay before you his hope, that some such step might still be taken at Constantinople, with a view to its communication to Lord Salisbury, and his Excellency asked me to do so, urging that it was the eleventh hour, but that he believed, that concessions of such a nature might still avert the catastrophe.

Nr. 9791. Grossbritannien. 27. Juli 1889.

Rennell Rodd.

Nr. 9792. GROSSBRITANNIEN. — Premierminister an den Botschafter in Konstantinopel. Telegraphische Mittheilung des Inhaltes des vorhergehenden Berichtes [B. 114.] 28. Juli 1889.

Sir, || I transmit to you herewith a copy of a telegram from Her Majesty's Minister at Athens, reporting the language held by M. Tricoupi with regard to the state of affairs in Crete; and I have to request, that your Excellency will inform the Porte, that M. Tricoupi is pressing on the attention of Her Majesty's Government the great danger of the present crisis in the island, and his belief, that unless the concessions recently proposed to the Imperial Commissioner be granted by the Porte open insurrection is likely to break out within a few days. || Her Majesty's Government believe, that the Greek Government are acting in good faith, and are using their best efforts to restrain the Cretan leaders. || There should clearly be as little delay as

Nr. 9792. Grossbritannien. 28. Juli 1889.

Nr. 9792. Grossbritannien. 28. Juli 1889.

possible in carrying out any measures on which the Porte may decide with a view to putting an end to the excitement now prevailing. || I am &c.

Salisbury.

Nr. 9793. GROSSBRITANNIEN. — Unterstaatssekretär im Departement des Aeusseren an den Konsul in Kreta. — Telegraphische Mittheilung von der Entsendung englischer Kriegsschiffe. 28. Juli 1889.

Nr. 9793. Grossbritannien. 28. Juli 1889.

Sir, || I am directed by the Marquis of Salisbury to inform you, that, in consequence of the news received from you as to the excitement prevailing in Crete and the danger of disturbances in the island, two vessels of war have been directed to proceed to Canea for the protection of British life and property. || I am, &c.

P. Currie.

Nr. 9794. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den Premierminister. — Telegraphisches Gesuch, die Gründe einer Entsendung von Kriegsschiffen nach Kreta den Bewohnern, dem Sultan und den befreundeten Mächten klar darzulegen. [B. 116]. 29. Juli 1889.

Nr. 9794. Grossbritannien. 29. Juli 1889.

My Lord, || The telegrams addressed to me by Mr. Consul Biliotti on the subject of the situation in Crete are of a somewhat alarming nature, and agree with those addressed by the Italian Consul to his Embassy, whilst the information received by M. de Nélidoff is even more disquieting. || It appears, that the Porte, trusting to the arrival of reinforcements to restore confidence in Crete, does not feel uneasy on the subject, though, judging from Mr. Consul Biliotti's telegram of to-day, there is much disquietude in the island. I have just been informed by the Russian Ambassador, that his Excellency intends to send his "stationnaire" to Syra, where it will await instructions from St. Petersburgh. || I am not aware, that any other foreign Power has sent a gun-boat to Crete, nor that any British ships of war are at present in the vicinity of the island, and it is impossible to form any opinion in Constantinople as to the necessity of any such being sent. || In case your Lordship should deem it desirable to take any such step, I would venture to suggest, that our motives for such action should be clearly explained, not only to the inhabitants of the island, but also to the Sultan and to the friendly Powers. || I have, &c.

W. A. White.

Nr. 9795. GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Athen an den Premierminister. — Telegraphischer Bericht über den von dem griechischen Ministerpräsidenten geäusserten Wunsch um Entsendung von Kriegsschiffen der Grossmächte nach Kreta. [B. 117]. 29. Juli 1889.

(Auszug.)

Nr. 9795. Grossbritannien. 29. Juli 1889.

In view of the very serious nature of Mr. Consul Biliotti's last telegrams, and his requisitions for ships of war, I asked M. Tricoupi this morning his opinion as to the necessity, on the grounds of humanity, of dispatching such ships to Crete. || His Excellency replied, that the prospect of general massacre and bloodshed is becoming so threatening, that he thought, that the Great Powers should arrange among themselves, without loss of time, that each should send several ships to Cretan waters. He thought also, that these ships should certainly not be of the smallest class. Their very presence might prevent much loss of life, and they would afford an asylum to those in absolute danger.

Nr. 9796. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Konstantinopel an den Premierminister. — Telegraphischer Bericht über die durch den Grossvezier mitgetheilten Maassregeln der Pforte in Betreff Kreta's. [B. 123.] 29. Juli 1889. (Eingegangen in London am 30. Juli.)

Nr. 9796. Grossbritannien. 30. Juli 1889.

My Lord, || I have the honour to acknowledge the receipt of your Lordship's telegram of yesterday's date with reference to the present state of affairs in Crete. || In accordance with the instructions thus conveyed to me, I at once sent Sir Alfred Sandison to the Sublime Porte to make the necessary communication, and have now the honour to report, that the Grand Vizier replied to it, by stating that the following decisions had been adopted in view of the situation in Crete. Orders have been sent to Sartinski Pasha to leave the island to-night and come to Constantinople, and, further, in order that the Sultan may be in possession of information to enable him to decide what further measures may be necessary: four or six Notables, representing both parties, Mussulman as well as Christian, are also under orders to come here. || The Vali of Janina, Riaz Pasha, is to be sent to Crete provisionally; but I have been unable to ascertain whether his Excellency is to fulfil the functions of Special Commissioner or Acting Governor. A number of fresh troops have also been told off to reinforce still further the garrison in the island. || I have thought it desirable to communicate the above decisions, taken by the Sublime Porte, to Her Majesty's Consul in Crete. || The Turkish Ambassadors at St. Petersburgh and Rome have received instructions to come to Constantinople, and it is probable, that it is with the intention of sending

Nr. 9796. Grossbritannien. 30. Juli 1889.

him to Crete, where he formerly occupied the post of Governor-General, that the latter has been summoned to the capital. || I have put Sir E. Monson in possession of the above information. || I have, &c.

W. A. White.

Nr. 9797. GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Athen an den Premierminister. Telegraphischer Bericht über ein Gespräch mit dem griechischen Ministerpräsidenten, welcher erklärt, die kretische Proklamation vom 26. Juli nur aus den Zeitungen zu kennen. [B. 127.] 31. Juli 1889.

(Auszug.)

Nr. 9797. Grossbritannien. 31. Juli 1889.

The Athenian journals having published what purports to be an appeal from the Cretans to the Greeks, of which a translation by Mr. Rodd is herewith inclosed, I asked M. Tricoupi this morning what he thought of or knew about it. || His Excellency replied, that he had only glanced at this document as it appeared in the newspapers, that it had not been in any way, formal or otherwise, communicated to the Greek Government, that he attached no importance to it, that he did not know its origin, and was, in fact, by no means sure that it had not been concocted here. || With regard to the actual situation in Crete, M. Tricoupi said, that he thought this summoning of representative Deputies to Constantinople a waste of time, that the mission of Mahmoud Pasha had thrown quite sufficient light upon what was wanted by the Cretans; that, if the Porte would make these concessions, which were being finally discussed when Mahmoud was recalled, there would be an almost instantaneous cessation of agitation.

Nr. 9798. KRETA. — Kretische Generalversammlung an die griechische Nation. Aufruf zur Unterstützung im Befreiungskampfe. [Einschluss in B. 127.] 26./14. Juli 1889.

(Uebersetzung.)

To the Greek Nation!

Nr. 9798. Kreta. 26. Juli 1889.

Crete has, for centuries past, obeying the sacred call of independence, time after time been shaken to her foundations fighting for her national regeneration; but her numberless struggles have had the evil fortune to remain fruitless and without result, and ever she has been doomed to fall back into her former hated condition. Nevertheless, though so grievously wronged, she has never lost courage, but has shaped a national programme, and this programme she has undertaken to carry through, before God, before humanity and before the Greek nation.

Every favourable opportunity that presents itself to Crete is looked upon as sent by Providence, and she considers it a violation of her oath to neglect it. Nr. 9798. Kreta. 26. Juli 1889.

Ten years have passed since the bitterly wronged people of Crete were placed under a new self-governing organization, which, superficially looked at, wears the appearance of a beneficent Constitution. In practice, however, it has proved a wretched and disastrous system, because to the former misrule and maladministration have been superadded internal divisions, ruin and exhaustion in the country.

The Cretan nation, now passing through such a hopeless phase of Governmental maladministration and internal convulsion, has boldly determined to-day to uproot this terrible evil, pursuing their national programme and continuing their noble struggles on behalf of their fatherland.

The venture is once more great and daring; but the sacredness of the aim and the voice of justice are strong to give it speed.

With this programme before us, and relying on the brotherly sympathy, the generosity and the patriotism of the Hellenic nation, we appeal to these their noble sentiments, conjuring them to raise their voice in our behalf, and to stretch out a helping hand to us in our miserable and most critical state.

Brother Greeks, we stand upon the threshold of a most grave struggle for our fatherland, and we call for your moral and material support. We make this appeal conjuring you by the name of God and of our country. Crete has ever done her sacred duty to her mother Greece, now it lies with the mother Greece to do her duty to Crete in the hour of danger.

At our Lady's of Cydonia, the 14th July, 1889.

(Es folgen die Unterschriften des Präsidenten und der Mitglieder der Generalversammlung.)

Nr. 9799. **GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Athen an den Premierminister. — Telegraphischer Bericht über ein Gespräch mit dem griechischen Ministerpräsidenten, welcher die Nothwendigkeit einer Flottendemonstration der Grossmächte und die Schwierigkeiten, welche Griechenland aus der Sorge für kretische Flüchtlinge erwachsen, betont. [B. 136.] 5. August 1889.

(Auszug.)

I called on M. Tricoupi this morning, and having stated, that the latest telegrams from Mr. Biliotti contained very serious news, the nature of which I communicated to him, I asked him what information he had himself received. Nr. 9799. Gross-britannien. 5. Aug. 1889.

He said that M. Gryparis had telegraphed in the same sense as his English colleague, but in much more detail; and that the Greek Government had therefore this morning taken the whole situation into their most serious considera-

Nr. 9799. Gross-britannien. 5. Aug. 1889.

tion, and had come to an important conclusion, the nature of which M. Dragoumis was at that moment engaged in telegraphing to the Representatives of Greece abroad. ‖ The substance of this communication is as follows:— ‖ The Greek Government have since the beginning of the present troubles in Crete acted with the greatest loyalty and forbearance, and they have done this believing that Turkey was seriously minded to make reasonable concessions and take fitting measures to restore tranquillity and order. That, knowing the slowness with which the Porte always acts, the Greek Government had made allowance for hesitation and for the inherent difficulties of action on her part, always in the hope that equal measure would be dealt to both parties, and insubordination and crimes against life and property impartially repressed. But that the latest news left no doubt, that the Turkish local authorities were arming the Mussulman mob in a wholesale manner, and were not only not restraining them from acts of violence against the Christians, but supplying them with the means of committing those acts more efficaciously. That the Christians were, in consequence, leaving the island in large numbers, and were arriving in quantities at the Piraeus and in Syra and in other islands, destitute and in a deplorable condition. That all these refugees have lost their property, and that in many cases the women complain of personal outrage. That there is every prospect, that this exodus of the islanders will daily assume more formidable proportions, and will inflict on Greece an insupportable burden for their succour and maintenance; their presence in this country causing an excitement and irritation which the Government will be unable to control. That already the public mind is prejudiced against the Government, whom it accuses of apathy and indifference to the sufferings of the Cretan Christians, and that the position of the Administration is rapidly becoming untenable. That, consequently, the latter have this morning decided to make by telegraph, through their Representatives abroad, an urgent appeal to the Great Powers to send at once sufficient ships and forces to Crete to restore order and insure the safety of lives and property. That if immediate steps of this kind be taken, there is yet hope, that no greater catastrophe may occur, but that, failing action of this nature, it will be impossible for the Greek Government to forego taking energetic measures themselves, and that the whole Greek fleet is now being put in readiness to proceed to Crete with sufficient troops on board to be landed for the above-mentioned purposes. ‖ M. Tricoupi expatiated upon the numbers and miseries of the refugees, who are arriving at the rate of nearly 1,000 a-day in Greece and in the islands, in a thoroughly destitute condition. The Government had this morning signed a Decree authorizing the grant of 100,000 drachmai for the relief of these unfortunates, and had made arrangements for lodging them in the villages round Athens and the Piraeus. They had also named a Committee, to be presided over by the Metropolitan, who would undertake the distribution of relief. But the present influx was clearly only the commencement of an immigration on a very exten-

ded scale; and the Government could not look with complacency on the prospect of the incursion of 50,000 or 60,000 destitute Cretans, who would of necessity have to be lodged in great proportion in Athens itself, and whose presence in the city during the hot summer months might cause very serious danger in a sanitary point of view. Moreover, as had been proved by former experience, these wretched people can never be restored in their entirety to the country they have deserted, but many of them, and especially the women, form a vagabond population, for whom it is impossible to devise any satisfactory eventual provision. M. Tricoupi reverted several times to the utter impossibility for the Government to allow this state of things to continue. || M. Tricoupi's manner and language were quiet and determined. I said to him, that what he had told me was of such serious import that I would lose no time in telegraphing to your Lordship, and he replied that he was most anxious that I should, and that he implored Her Majesty's Government to urge the Powers to act with unanimity, promptitude and energy.

Nr. 9799. Grossbritannien. 5. Aug. 1889.

Nr. 9800. **GROSSBRITANNIEN.** — Premierminister an den Gesandten in Athen. — Telegraphischer Auftrag, dem griechischen Ministerpräsidenten die Entsendung zweier englischen Schiffe mitzutheilen. [B. 138.] 5. August 1889.

Nr. 9800. Grossbritannien. 5. Aug. 1889.

Sir, || I have received your telegram*) of the 2nd instant stating, that M. Tricoupi is anxious that Her Majesty's Government should send ships of war to Crete, where their presence would have a good effect. I have to request, that you will inform his Excellency that two British vessels of war have already been dispatched to Cretan waters for the protection of British life and property. || I am, &c.

Salisbury.

Nr. 9801. **GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Athen an den Premierminister. — Telegraphische Beurtheilung des griechischen Rundschreibens in Betreff Kreta's. [B. 140.] 5. August 1889.

Nr. 9801. Grossbritannien. 5. Aug. 1889.

My Lord, || I called on M. Dragoumis this afternoon in order to learn, if possible, the exact terms of his telegram to the Greek Representatives at foreign Courts, alluded to in my immediately preceding despatch of this day. || M. Dragoumis obligingly read to me the French text of the telegram. || It recapitulates the grievances and complaints of the Greek Government against

*) Nicht abgedruckt. Anm. d. Red.

Nr. 9801. Grossbritannien. 5. Aug. 1889.

the action of the Turkish authorities in Crete, and states the onerous results for Greece, in the sense in which I have already reported them to your Lordship. || I, however, noted with satisfaction, that the reference to the direct intervention of Greece in the event of the Great Powers declining to act was couched in very temperate language, and without the use of any threatening terms. || Full details have been sent to King George at Copenhagen. || M. Dragoumis said, that he regarded the situation as most critical for the peace of Europe. || I have, &c.

Edmund Monson.

Nr. 9802. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschaftssekretär in Wien an den Premierminister. — Telegraphischer Bericht über das Urtheil des österreichischen Ministers des Auswärtigen in Betreff des griechischen Rundschreibens. [B. 142.] 6. August 1889.

Nr. 9802. Grossbritannien. 6. Aug. 1889.

The Greek Minister communicated the Circular respecting Crete to Count Kálnoky to-day. || His Excellency considers the Greek proposal an unpractical one, but is ready to adopt any course that the Powers most directly interested may desire. || He is somewhat uneasy at the tone of M. Tricoupi's communication, and fears that any untoward event in Crete might react unfavourably in other quarters.

Nr. 9803. **GRIECHENLAND.** — Telegraphisches Rundschreiben des Ministers des Auswärtigen an die Vertreter im Auslande. — Eröffnung der Nothwendigkeit, in Kreta zu Gunsten der Christen zu interveniren, falls es die Grossmächte nicht thun. [B. 143.] 6. August 1889. (Dem englischen Premierminister mitgetheilt durch den griechischen Gesandten am 7. August.)

Nr. 9803. Griechenland. 6. Aug. 1889.

Les efforts du Gouvernement Hellènique dans les affaires de Crète, en faveur des intérêts de la paix, qui sont aussi ceux de la Grèce, sont manifestes. Il a agi dans l'attente que ces mêmes intérêts dicteraient une action convergente à la Turquie et à l'Europe. Attribuant à de l'apathie la lenteur du Gouvernement Impérial, il espérait sous peu une action efficace. || Au contraire, la population Grecque de Crète, privée de munitions, pour avoir voulu se conformer à la politique pacifique dictée par ceux qui dirigent la cause de l'Hellénisme, se voit exposée, sans défense, dans les villes, aux attaques des hordes sans aveu, fortes de la protection de l'armée Turque. || Nous nous refusions à croire à cette protection; il est maintenant avéré que les autorités militaires Ottomanes fournissent des armes et des munitions à la populace

Turque, livrant ainsi à sa merci les habitants Grecs sans défense. || Ces mêmes autorités, sous les yeux desquelles les massacres dans les villes ont passé à l'ordre du jour, refusent le plus souvent le départ des familles en danger. Néanmoins, un grand nombre de réfugiés cherchent asile dans les ports de la Grèce, sacrifiant tout pour sauver la vie et l'honneur. Leur état lamentable excite la commisération publique et exige des populations et du Gouvernement Royal des sacrifices exorbitants, qui sont encore le moindre inconvénient de la situation. || Cet état de choses nous impose d'aviser nous-mêmes aux moyens de défense de nos frères de Crête. Et nous aurions déjà eu recours à ces mesures si nous ne conservions encore un dernier espoir. Si nous nous sommes fait illusion sur les intentions de la Porte, le désir du concert Européen de travailler au maintien de la paix ne pourrait être mis en doute. || C'est à lui que nous nous adressons pour signaler la position qui nous est faite, et pour réclamer qu'il prévienne la nécessité d'une action directe de notre part, en prenant lui-même en main la cause de la paix et de l'humanité, et en faisant rétablir l'ordre dans l'île par ses propres forces armées. || Les atrocités qui s'y commettent, les souffrances des populations, la situation de jour en jour plus critique, ne permettent pas le moindre retard dans la décision que les Puissances, nous n'en doutons point, s'empresseront de prendre dans le sens indiqué. || Veuillez faire part de ce qui précède au Gouvernement auprès duquel vous êtes accrédité.

Nr. 9803. Griechenland. 6. Aug. 1889.

Nr. 9804. **GROSSBRITANNIEN.** — Premierminister an den Gesandten in Athen. — Telegraphische Mittheilung der dem griechischen Gesandten auf das Rundschreiben hin ertheilten Antwort. [B. 144.] 7. August 1889.

Sir, || The Greek Minister called at the Foreign Office to-day and left the Circular telegram from his Government respecting Crete of which a copy is herewith inclosed*). || This communication is to the same effect as that made to you on the 5th instant by M. Tricoupi. || I informed M. Gennadius, that Her Majesty's Government would, in conjunction with their allies, give it their careful consideration, that they were fully sensible of the serious character of the events that were taking place in the island, but that I felt bound to warn him that Her Majesty's Government were unable to admit, that these events furnished any valid ground for material intervention on the part of Greece. || I am, &c.

Nr. 9804. Grossbritannien. 7. Aug. 1889.

Salisbury.

*) Nr. 9803.

Nr. 9805. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschaftssekretär in Rom an den Premierminister. — Telegraphischer Bericht über die vom italienischen Ministerpräsidenten geäusserte Beurtheilung des griechischen Rundschreibens. [Bd. 148.] 8. August 1889.

Nr. 9805. Gross-britannien. 8. Aug. 1889.

My Lord, || I inquired of Signor Crispi, at his weekly reception held to-day, whether he had yet received a Circular from the Greek Government on the subject of the Cretan troubles. || His Excellency replied in the negative, but stated he was aware of its contents, and had communicated by telegraph with the Courts of Berlin and Vienna, as well as that of St. James', in order that entire harmony might exist in any action to be taken by the European Powers in Eastern affairs. || For his own part, he saw no reason for warlike preparations on the part of Greece. Against whom was she arming? She was not threatened by attack from any quarter, and he considered her present attitude very injudicious; the more so, as up to the present time M. Tricoupi's conduct had met with universal approbation. || I have, &c.

Henry Nevill Dering.

Nr. 9806. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschaftssekretär in Wien an den Ministerpräsidenten. — Bericht über die Beurteilung des griechischen Rundschreibens durch den österreichischen Minister des Auswärtigen. [B. 150.] 6. August 1889.

Nr. 9806. Gross-britannien. 6. Aug. 1889.

My Lord, || When I called on Count Kálnoky this morning, his Excellency had just received the Greek Minister, who had communicated to him M. Tricoupi's Circular upon the Cretan question, suggesting an armed joint intervention of the Powers to put an end to the alarming state of affairs in Crete. || M. Dragoumis had not been in a position to explain further M. Tricoupi's views on this subject, which appeared to have taken Count Kàlnoky by surprise, as he had been much impressed by the moderate attitude which the Greek Government had hitherto assumed in the question. || Count Kàlnoky said that the proposal appeared to him a most unpractical one; he was inclined, however, to await the views of other Powers more directly interested than Austria-Hungary as to the course to be adopted, there being, he believed, no Austrian subjects on the island. || To my inquiry whether there was any Austrian vessel in Cretan waters, his Excellency replied that they had a vessel ready at Trieste to proceed thither at the shortest notice. || His Excellency appeared somewhat uneasy at the tone of M. Tricoupi's communication. || I took occasion to refer to the conviction expressed by M. Tricoupi (as reported in Sir E. Monson's telegram of the 27th July), that strong pressure exercised on the Porte to grant the concessions proposed to the Commissioners might avert

the consequence of open revolution. || Count Kálnoky appeared to think this proposal too vague to have any practical effect. || I have, &c.

E. C. H. Phipps.

Nr. 9806. Grossbritannien. 6. Aug. 1889.

Nr. 9807. **RUSSLAND.** — Officiöser Artikel des "Journal de St. Pétersbourg". Zurückweisung der Russland insinuirten Ermuthigung der kretischen Unruhestifter. [Einschluss in B. 151.] 26. Juli/6. August 1889.

Nr. 9807. Russland. 6. Aug. 1889.

De nombreux télégrammes nous entretiennent depuis quelques jours des troubles survenus dans l'Ile de Crète et des mesures que le Gouvernement Turc a jugé utile de prendre pour en prévenir l'extension. Quant aux causes de cette explosion, elles semblent être, autant qu'on en peut juger jusqu'à présent, d'ordre purement local et administratif. Cela n'empêche pas la "Politische Correspondenz" et la "Kölnische Zeitung" d'y signaler la main de la Russie. Il importerait à cette Puissance d'empêcher que Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, en se rendant à Athènes, pour le mariage de son auguste soeur avec le Prince Royal de Grèce, ne réalise le projet qu'on lui attribue d'aller aussi à Constantinople; car il pourrait résulter de cette visite l'accession de la Sublime Porte à la triple alliance. Pour prévenir cette combinaison, on "chercherait à éveiller les craintes de la Porte et du Palais relativement aux difficultés que pourrait faire surgir la réception de Guillaume II à Constantinople. Quelques personnes vont même jusqu'à rattacher ces efforts de la diplomatie Russe aux encouragements que le Consul de Russie en Crète donnerait au mouvement Crétois. On espérerait en effet à Saint-Pétersbourg que, si les troubles de Crète prenaient de l'extension, l'Empereur Guillaume II se verrait forcé de renoncer à son voyage en Grèce."

On a réellement besoin de relire à plusieurs reprises d'aussi audacieuses assertions pour croire que des journaux sérieux ont osé les imprimer. Tout d'abord on se permet de parler sans la moindre preuve à l'appui "des encouragements que le Consul de Russie en Crète donnerait au mouvement Crétois." Or, rien de pareil ne s'est produit. Les autorités locales ont rendu justice à l'attitude très correcte du Représentant Russe à la Canée. Pour ce qui est du bruit qui prétendait que la Crète allait être cédée à la Grèce et que l'Allemagne s'y emploierait à l'occasion du mariage du Prince Royale des Hellènes, si ce bruit a pu contribuer à encourager les insurgés, nos confrères voudront bien convenir qu'il n'est pas parti de Saint-Pétersbourg.

Les visées machiavéliques attribuées à la Russie en cette circonstance par les deux feuilles de Vienne et de Cologne sont donc purement fantaisistes. La Russie a de trop vives et de trop sincères sympathies pour le peuple Hellénique pour que sa politique puisse chercher à lui susciter des difficultés et des embarras du genre de ceux qui naîtraient d'une prolongation de l'agitation en

Nr. 9807. Russland. 6. Aug. 1889.

Crète. Au surplus, elle a prouvé depuis des années, par toute sa politique, combien elle est désireuse de contribuer au maintien de la tranquillité en Orient. Nous n'insisterons donc pas davantage sur ce qu'a d'absurde l'assertion de nos confrères d'Autriche et d'Allemagne.

Nr. 9808. GROSSBRITANNIEN. — Premierminister an den Botschafter in Konstantinopel. — Auftrag, der Pforte die Hoffnung auf schleunige Abstellung der Missbräuche in Kreta auszusprechen. [B. 153.] 9. Aug. 1889.

Nr. 9808. Grossbritannien. 9. Aug. 1889.

Sir, || I transmit to your Excellency herewith a copy of a Circular telegram respecting Crete which was communicated to me on the 7th instant by the Greek Minister at this Court*). || I have to request, that you will inform the Porte that while Her Majesty's Government have expressed to Greece their strong disapprobation of the threatened military intervention on her part the state of affairs in Crete is causing them much anxiety, and they therefore earnestly hope, that the Porte will lose no time in restoring order and removing any grievances of which either the Mussulman or Christian inhabitants of the island may have a right to complain. || Her Majesty's Consul in Crete has recently reported, that the Turkish authorities had supplied rifles and ammunition to 400 Mussulmans who had been recruited as gendarmes. To place arms in the hands of undisciplined peasants of either creed appears to Her Majesty's Government very unwise in view of the prevailing excitement. Order should be restored by regular troops. || I am, &c.

Salisbury.

Nr. 9809. GROSSBRITANNIEN. — Premierminister an die Botschafter in Paris, Rom, Wien, Berlin. — Telegraphische Mittheilung der der griechischen Regierung und der Pforte gemachten Eröffnungen. [B. 154.] 9. Aug. 1889.

Nr. 9809. Grossbritannien. 9. Aug. 1889.

I informed the Greek Minister when he communicated the Circular of his Government, that Her Majesty's Government would, in conjunction with their allies, give it their careful consideration, that they were fully sensible of the serious character of the events that were taking place in Crete, but that I felt bound to warn him, that Her Majesty's Government were unable to admit that these events furnished any valid ground for material intervention on the part of Greece. || Her Majesty's Ambassador at Constantinople has been instructed to inform the Porte, that we earnestly hope that the Porte will lose no time in restoring order and removing any grievances of which either the Mussulman or Christian inhabitants of the island may have a right

*) Nr. 9803.

to complain, that to place arms in the hands of undisciplined peasants of either creed is very unwise, and that order should be restored by regular troops.

Nr. 9809. Gross-britannien. 9. Aug. 1889.

Nr. 9810. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschaftssekretär in Berlin an den Premierminister. — Telegraphischer Bericht über die Haltung Deutschlands gegenüber den Absichten Griechenlands. [B. 156]. 10. August 1889.

(Auszug.)

The Minister for Foreign Affairs has counselled the Porte through the Turkish Ambassador at Berlin to restore order immediately by means of Turkish forces alone. || He stated, that the German Government give no countenance to the pretensions of Greece.

Nr. 9810. Gross-britannien. 10. Aug. 1889.

Nr. 9811. **GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Athen an den Premierminister. — Telegraphischer Bericht über ein Gespräch mit dem griechischen Minister des Auswärtigen, welcher Griechenland die Freiheit der Aktion vorbehält. [B. 157.] 10. August 1889.

(Auszug.)

M. Dragoumis was so good as to read to me to-day the telegrams sent to him by the Greek Representatives at Paris, Rome and St. Petersburgh, reporting tho reception given by the Ministers of Foreign Affairs at those capitals to the Circular of the 5th instant. || As the general tone of these replies discourages M. Dragoumis' proposals, his Excellency says, that Greece must reserve entire liberty of action, and continue to prepare for all contingencies. || I remained for some time in conversation with M. Dragoumis upon the general aspect of the situation. His Excellency's language was identic with that of M. Tricoupi, to the effect that the Greek Government are profoundly averse to doing anything which can be a menace to European tranquillity and to aggravating the difficulties of the position in Crete. The sole anxiety of the Government is, that the Porte should rid itself of the present embarrassment by the necessary conciliatory measures, accompanied of course by a stern repression of outrages, so that tranquillity may be restored to Crete with the smallest possible delay. || His Excellency thought, that there was a fair chance of such a solution, provided that the military authorities in the island would exert themselves to put a stop to outrages; but while he was talking with me a telegram arrived from the Greek Consul-General at Canea, stating that the whole Consular Corps at Rethymo had last night telegraphed to their superiors, that a wholesale massacre had taken place at

Nr. 9811. Gross-britannien. 10. Aug. 1889.

Nr. 9811. Gross-britannien. 10. Aug. 1889.

a neighbouring village, that the amount of lives lost had not been ascertained, but that the military on the spot had done nothing to stop the outrage. || M. Dragoumis was painfully impressed by this news, the publication of which would, he said, produce a very bad effect here. Should the Turkish authorities continue to act with the same supineness it would be impossible for this Government to look on patiently.

Nr. 9812. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschaftssekretär in Wien an den Premierminister. — Telegraphischer Bericht über ein Gespräch mit dem österreichischen Minister des Auswärtigen, welcher eine Intervention Griechenlands missbilligt. [B. 159.] 10. August 1889.

(Auszug.)

Nr. 9812. Gross-britannien. 10. Aug. 1889.

I called this morning on Count Kálnoky and acquainted him with what had passed between your Lordship and the Greek Minister in London. || Count Kálnoky read to me the reply which he had made to the Greek Minister here, as recorded in a despatch to the Austrian Representative at Athens, and couched in the same language as employed by your Lordship. His Excellency had also in a telegram to Baron Calice instructed him to impress on the Porte the desirability of at once adopting the requisite measures to put an end to the crisis. || From Athens Count Kálnoky had just learnt, that your Lordship's reply, as well as the reception given to the Greek Circular at Paris, had exercised a calming effect, while the accounts received there from Crete stated that in the towns all was quiet. || His Excellency added, that he could recognize no possible pretext for the interference of Greece; Crete was a Turkish island; troops had just arrived for the purpose of restoring order, and it must be left to the Turks to re-establish quiet on their own territory. He was not acquainted with the views of the Russian Government, but besides France, to which he had already referred, the views of your Lordship and of himself were, he understood, shared by Prince Bismarck and M. Crispi; the latter suggesting, that the formal reply to be given to Greece should be an identic one. || Count Kálnoky said that, as regarded the actual Cretan question, Austria was only interested in a secondary degree, and did not therefore propose coming forward with any proposal.

Nr. 9813. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschaftssekretär in Rom an den Premierminister. — Telegraphischer Bericht über ein Gespräch mit dem italienischen Ministerpräsidenten, welcher die Aktion der Pforte ermuthigt und die Absichten Griechenlands missbilligt. [B. 161.] 11. August 1889.

Nr. 9813. Grossbritannien. 11. Aug. 1889.

My Lord, || Signor Crispi, who had been to Naples to attend the funeral of Signor Cairoli, returned to Rome early this morning. || His Excellency received me in the course of the day, when I inquired of him the nature of the reply he had returned to the Circular of the Greek Government on Cretan affairs. || Signor Crispi informed me, that the Circular had only been communicated to him w le at Naples, where the Greek Minister was staying, and that he had replied to it in the same sense as your Lordship, viz., to the effect that he saw nothing in the situation to call for the active intervention of Greece in Cretan affairs, and that, warning them against encouraging the insurrectionists, he had at the same time urged upon the Porte, in the most earnest manner, the absolute necessity for her restoring public order in Candia without delay. || His Excellency mentioned having that morning received the Turkish Circular which had been communicated to him by Photiades Pasha, and he expressed his hope, that the Ottoman Government had now realized the necessity of putting a stop to the agitation in the island. || I told Signor Crispi, that, personally, I considered the selection of Chakir Pasha a fortunate one, as he was a man of great tact and energy, and I thought there was every hope that he might be successful. I added, that I had just heard from the Turkish Ambassador here that the practical question at issue between the Porte and the Cretans was a financial one, and what the Cretans demanded was that the remaining half of the receipts from Customs, worth about 20,000 *l.* yearly, should be handed over to the local Government, instead of being paid, as hitherto, into the Imperial Treasury. || Signor Crispi replied, that, if nothing but a financial difficulty stood in the way, there was every hope that the insurrection would shortly be brought to a close, and added that he had distinctly warned M. Tricoupi that, if a certain course was followed, the action of Greece would be disavowed by the united Great Powers of Europe. || I have, &c.

Henry Nevill Dering.

Nr. 9814. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in St.-Petersburg an den Premierminister. — Telegraphischer Bericht über ein Gespräch mit dem russischen Minister des Auswärtigen, welcher die Pforte unbeschadet ihrer Rechte zur Menschlichkeit und Billigkeit ermahnt hat. [B. 162.] 11. August 1889.

Nr. 9814. Gross-britannien. 11. Aug. 1889.

In a conversation I had with M. de Giers to-day I gave his Excellency the substance of your Lordship's telegram of the 9th instant. His Excellency informed me, that he had strongly remonstrated at Athens on the subject of the recent *coup de tête* of the Hellenic Government, which, he had urged, was one that not one of the Powers could be expected to accept. As regarded the Porte, he had telegraphed instructions to the Russian Ambassador at Constantinople in much the same sense as your Lordship, *i. e.*, he had fully admitted the rights of Turkey, but had insisted upon her fulfilling the duties corresponding to those rights by at once restoring order, but doing so with due regard to humanity and with equal justice to all inhabitants alike. He was strongly of opinion, though he did not intend to make a formal proposal to the Powers on the subject, that the isolated action of the Consuls should be replaced by a corporate action of the Consular Body acting simultaneously in the same sense, viz., on the one side to restore confidence to the population, and on the other to urge the Turkish authorities to abandon their passive attitude, and to betake themselves with firmness and humanity to the restoration of order. His Excellency understood, that the answers of the Powers to the Greek Circular note had all been in the same sense. His latest news were favourable both from Athens and from Constantinople. The Greeks had grown cooler, and the Porte more disposed to bestir itself. He believed it likely, that Shakir Pasha would take command of the troops in Crete.

Nr. 9815. TÜRKEI. — Minister des Auswärtigen an den Botschafter in London. — Widerlegung des griechischen Rundschreibens. [B. 165]. 9. August 1889. (Dem englischen Premierminister mitgetheilt am 12. August.)

Nr. 9815. Türkei. 9. Aug. 1889.

Nous apprenons que le Gouvernement de Sa Majesté Hellénique vient d'adresser à ses Représentants en Europe, au sujet des événements de Crète, un télégramme Circulaire qui attribue ces événements à la soi-disant lenteur du Gouvernement Impérial, et déclare que la population Grecque de cette île, privée de munitions, se voit exposée sans défense dans les villes aux attaques de hordes sans aveu, fortes de la protection de l'armée Ottomane; que nos ateliers militaires fournissent des armes et des munitions à la populace Turque; que nos autorités, sous les yeux desquelles les massacres dans les villes ont passé à l'ordre du jour, empêchent le plus souvent le départ des familles

Nr. 9815.
Türkei.
9. Aug. 1889.

en danger; qu'enfin cet état de choses impose au Gouvernement Hellénique le devoir d'aviser aux moyens de défense de la population Grecque de Crète, et que son dernier espoir réside dans le concert Européen, pour que celui-ci veuille bien prendre lui-même en main et sans le moindre retard la cause de la paix et de l'humanité en faisant rétablir l'ordre dans l'île par ces propres forces armées. || Sans vouloir relever le but insidieux que ce document semblerait viser, je me borne à exposer brièvement ici les diverses phases des incidents qui se sont produits en Crète, et ont amené successivement un certain trouble dans la situation de cette île. || A la suite de différentes questions purement personnelles qui surgirent, il y a peu de temps, entre la majorité et la minorité Chrétiennes de l'Assemblée Générale Crétoise, dont l'antagonisme et les dissentiments sont de notoriété publique, les partisans de la minorité commencèrent à fomenter des troubles parmi la population Chrétienne en l'empêchant, par des moyens d'intimidation et par l'expédition des bandes armées sur les lieux, de payer la dîme et de rester dans la voie de l'obéissance. || Encouragés par ces manoeuvres criminelles, des malfaiteurs et des repris de justice se sont livrés à des actes de violence principalement contre la population Musulmane des campagnes. || La sécurité ainsi ébranlée, une panique générale s'ensuivit, les paysans Musulmans se virent obligés de se réfugier dans les villes, et un mouvement d'émigration commençâ à se produire parmi les Chrétiens. || La Sublime Porte, justement émue de cette situation, qui n'avait nullement sa raison d'être, et prenait sa source dans les intérêts et les querelles intestines de personnalités Chrétiennes, s'empressa dès le début d'envoyer en Crète une Mission Spéciale pour y faire une enquête impartiale. Les garnisons furent renforcées et des ordres péremptoires transmis aux autorités locales leur enjoignant de mettre tous les moyens en pratique pour écarter la panique, ramener le calme dans les esprits et faire rentrer dans leurs foyers les populations affolées de terreur. || En même temps le Gouvernement Impérial manda à Constantinople Nicolaki Pacha, Gouverneur-Général de l'Ile, avec six Notables délégués de Crète pour se rendre un compte exact de la situation et prendre les mesures propres à calmer l'agitation sans effusion de sang. D'autre part, Riza Pacha, Vali de Janina, fut envoyé en Crète en qualité de Gouverneur-Général intérimaire, accompagné d'adjoints civils et militaires. || Nous ne voyons donc pas, comment le Gouvernement Hellénique trouve dans tout cela de l'apathie ou de la lenteur de la part du Gouvernement, qui n'a cessé de se préoccuper avec la plus vive sollicitude du bien-être de ses peuples et qui peut certainement prétendre au droit d'aviser de sa propre autorité à des mesures d'un ordre essentiellement intérieur, alors surtout qu'aucun principe de droit international n'attribue à qui que ce soit la faculté d'interpréter à sa guise la situation d'une province appartenant à une Puissance amie, pour chercher à provoquer une immixtion en dehors de l'action légitime de l'autorité souveraine. || Quant aux prétendues atrocités et massacres qui, selon la note Circulaire Hellénique, auraient été commis par

Nr. 9815. Türkei. 9. Aug. 1889.

les Musulmans de Crète sur leurs compatriotes Chrétiens, les quelques faits que je crois devoir citer plus bas, parmi les plus saillants, suffisent pour mettre à même tous ceux qui connaissent l'état de choses pour ainsi dire permanent en Crète, d'apprécier le degré d'importance que l'on doit attacher aux désordres et pour les édifier sur la cause et le mobile qui ont produit cette effervescence. Les bandes Chrétiennes précités se sont ruées sur six soldats Ottomans sans armes qui allaient chercher de l'eau hors de la ville de la Cannée, en ont tué cinq et blessé le sixième. || Des individus recrutés parmi ces mêmes bandes ont occasionné des rixes sanglantes entre des paysans du village de Calios; cinquante de ces mêmes bandits ont volé à main armée la caisse de l'arrondissement de Kidonia et mis au pillage cette localité. D'autres ont fait irruption dans les habitations et les champs de la population Musulmane de certains villages de l'arrondissement de Milopotamo, immédiatement après l'émigration de cette dernière. Vint ensuite l'attaque du fortin d'Aya par ces mêmes bandes, attaque qui fut repoussée; l'assassinat de deux campagnards Musulmans pendant l'agression dirigée sur quelques villages inoffensifs Musulmans sis près d'Erminos, et l'incendie du village de Galata. Cette énumération succincte remettra sans contredit les faits sous leur véritable jour et démontrera qu'il y a loin de là aux massacres et atrocités imputés à la population Musulmane. || Il en est de même de la soi-disant distribution d'armes et munitions faite aux Musulmans par nos autorités militaires. || J'ai hâte de vous prévenir qu'en présence du retard mis jusqu'ici par les Délégués Chrétiens à se rendre à l'invitation bienveillante de l'autorité centrale à Constantinople, son Excellence Chakir Pacha, ci-devant Ambassadeur Ottoman à St. Pétersbourg, vient d'être envoyé en Crète en qualité de Commandant-en-chef des troupes Impériales et de Gouverneur-Général *ad interim*, en remplacement de Riza Pacha. A son arrivée, ce dignitaire aura à établir l'état de siège dans l'île, à y instituer, conformément à la loi, des cours martiales dont la plupart des membres sont envoyés de Constantinople, et à lancer une Proclamation modérée mais ferme invitant les bandes rebelles à déposer les armes; de leur côté les troupes Impériales rempliront leur devoir. || Nous sommes persuadés qu'en dépit des allégations de la Circulaire Hellénique, qui s'est présentée justement au moment où le calme commençait à se rétablir en Crète, et qui dès lors ne pourrait aujourd'hui avoir d'autre effet que d'inspirer des encouragements malsains, l'effervescence et la frayeur produites par quelques bandes forcenées qui n'ont pour mobile que le crime et l'outrage, ne tarderont pas s'apaiser et que la confiance et la sécurité renaîtront dans cette partie de l'Empire. || Veuillez exposer tout ce qui précède à M. le Ministre des Affaires Étrangères pour l'information de son Excellence.

Saïd.

Nr. 9816. **GROSSBRITANNIEN.** — Premierminister an den Botschafter in Konstantinopel. — Bericht über ein Gespräch mit dem türkischen Botschafter über die Stellung der Türkei und Griechenlands. [B. 167.] 12. Aug. 1889.

Nr. 9816. Gross-britannien. 12. Aug. 1889.

Sir, || The Turkish Ambassador called here to-day and communicated to me the Circular from the Porte respecting Crete, of which a copy is herewith inclosed, for your Excellency's information*). || I expressed the hope, that the Porte would lose no time in redressing any genuine grievances of which the Cretans might have a right to complain. The Turkish Ambassador denied, that any grievances had been put forward by the Cretans. I replied, that several requests had been submitted to the Porte; but I was not in a position to indicate those which had a substantial justification. I expressed my hope, that whatever measures were taken would be taken with promptitude. || The Ambassador then addressed to me some questions with respect to the manner in which the Hellenic Circular of the 6th instant had been received by Her Majesty's Government. I informed him of the substance of my reply, including the statement that, in our judgment, the present state of affairs afforded no justification for any material intervention on the part of Greece. He pressed me to say, that Her Majesty's Government would forcibly prevent any such intervention. I declined, however, to pledge Her Majesty's Government to any action of that kind, which, I observed, according to my present information, would be entirely isolated in its character. || I am, &c.

Salisbury.

Nr. 9817. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschaftssekretär in Wien an den Premierminister. — Telegraphischer Bericht, dass Graf Kálnoky den italienischen Vorschlag einer Uebereinkunft der Mächte in Betreff Kreta's dilatorisch beantwortet habe. [B. 169.] 12. August 1889.

Nr. 9817. Gross-britannien. 12. Aug. 1889.

Count Kálnoky has replied to M. Crispi's communication. || While declaring his readiness to join in any understanding which may be come to between the Powers, he has pointed out the difficulty of finding the most practical course to pursue, adding that the first essential seems to be that the Porte should be urged to restore order and her own authority in Crete. || The Austro-Hungarian Ambassador at Constantinople has been informed, that Count Kálnoky concurs in your Lordship's instructions to Sir W. White, and has been authorized to hold similar language.

*) Nr. 9815.

Nr. 9818. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Konstantinopel an den Premierminister. — Telegraphischer Bericht über die Absicht Russlands, die Consuln in Kreta gemeinschaftlich mit dem Gouverneur über Abstellung der Missbräuche berathen zu lassen. [B. 171.] 12. August 1889.

Nr. 9818. Gross-britannien. 12. Aug. 1889.

I am informed on good authority that, acting on instructions from St. Petersburgh, the Russian Ambassador will to-day make urgent representations at the Porte that the Consular Body in Crete should be employed not only in pacifying the population, but also in co-operation with the Vali in studying the grievances which exist in the island, and the means of removing them. || His Excellency Shakir Pasha was expected to arrive in Crete last night, and taking into consideration that he has been provided with the most extensive powers, and that he disposes of a considerable military force, I think it would be only just to allow him some time to show what it is in his power to do for the restoration of tranquillity and public confidence. || With a small amount of good-will on either side, reforms in the administration could easily be brought about.

Nr. 9819. **GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Athen an den Premierminister. — Telegraphischer Bericht über ein Gespräch mit dem griechischen Ministerpräsidenten. [B. 172.] 12. August 1889.

(Auszug.)

Nr. 9819. Gross-britannien. 12. Aug. 1889.

M. Tricoupi, in speaking of Crete this morning, said, that he was surprised that, with the knowledge which all the Powers must have of the atrocities which are being enacted in Crete, they could continue to hold aloof from active endeavour to put a stop to them. || To this I replied, that he was entirely mistaken as to the sentiments of Her Majesty's Government. They were as fully impressed by the terrible outrages, and as anxious to see these outrages arrested, as any humane and civilized Government could be, and they were truly desirous to co-operate with the other Powers in discovering and applying a remedy. But they saw, that they and every one else concerned must act with the greatest caution and discretion, if ills, infinitely greater than those now occurring in Crete, were to be averted, and the general tranquillity of Europe maintained. || His Excellency said, that it was true that he had heard indirectly that Italy and England are engaged in seeking some means of acting in concert with a view to bring about a solution of the situation, to which I answered, that I was at any rate sure that the Governments of both countries are profoundly impressed by the misery of the islanders, and by the difficult position of Greece, and that they would gladly, on the score of hu-

manity alone, avail themselves of any chance of employing their influence to put an end to so dangerous a complication. || With reference to the actual situation in Crete, M. Tricoupi said that, all depends now on Shakir Pasha. If he is authorized by the Sultan to make open-handed concessions, all will be well; but a continuation of the policy of negotiating and haggling would be disastrous.

Nr. 9819. Gross-britannien. 12. Aug. 1889.

Nr. 9820. GROSSBRITANNIEN. — Botschafter in Paris an den Premierminister. — Bericht über die abweisende Beurtheilung des griechischen Rundschreibens durch den französischen Minister des Aeusseren. [B. 175.] 10. August 1889. (Eingegangen in London am 13. August.)

(Auszug.)

Nr. 9820. Gross-britannien. 12. Aug. 1889.

I have the honour to inform you, that I inquired of the French Minister for Foreign Affairs this afternoon what were the views of the French Government as to the Circular addressed to the Powers by the Greek Government with regard to the affairs of Crete. || M. Spuller told me, that he had expressed to the Greek Minister his great surprise at receiving the communication of the contents of this Circular, as it was not consistent with M. Tricoupi's previous language, and not justified by the fiscal causes of the Cretan insurrection, which had no national character. || M. Spuller informed the Greek Minister, that, with all friendly consideration for the Parliamentary position of the Greek Government, and the excitement caused at Athens by the exaggerated statements of Cretan refugees, he could not see in these circumstances any justification of the Circular, and he impressed upon M. Delyanni the importance of not obliging the Sultan to treat as a national movement what was, in reality, only a revolt against the local officials. || In the opinion of the French Government, the suggested intervention of the Powers was impossible without preliminary inquiry and concert as to the scope and consequences of such a step. This would, in any case, take time, and, meanwhile, the insurrection was likely to abate under the more energetic measures now being taken by the Porte. || In reference to the contingency contemplated by the Circular of the isolated intervention of Greece, M. Spuller told M. Delyanni, that if such a step were taken by the Greek Government it would be entirely at its own risk and peril, adding that, as a sincere friend of Greece, he felt bound to warn her Government against the danger to which she would be exposed by it. He also explained to the Greek Minister, that the French Government could neither accept the views on which the Circular was based without independent local investigation, nor act without consultation with the other Powers. || M. Spuller has since learnt, that the replies given by the German and Austrian Governments to the Circular are virtually identical with that given by Her Majesty's Government. The terms of the Russian reply are not yet known to the French Government.

Nr. 9821. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Konstantinopel an den Premierminister. — Telegraphischer Bericht über die Ablehnung der russischen Vorstellung durch die Pforte. [B. 180.] 13. August 1889. (Eingegangen in London am 14. August.)

Nr. 9821. Gross-britannien. 13. Aug. 1889.

The Russian Ambassador made yesterday the recommendation mentioned in my telegram of the 12th. I understand, that it will be declined. || Fresh reinforcements have been applied for by Shakir Pasha.

Nr. 9822. **GROSSBRITANNIEN.** — Botschafter in Konstantinopel an den Premierminister. — Mittheilung einer Aeusserung des Sultans über die zu erwartende Wiederherstellung der Ruhe in Kreta. [B. 184.] 12. August 1889. (Eingegangen in London am 16. August.)

Nr. 9822. Gross-britannien. 12. Aug. 1889.

My Lord, || Sir Alfred Sandison yesterday brought me a message to the following effect from His Imperial Majesty the Sultan, and communicated to Sir Alfred Sandison by Sureya Pasha, the Sultan's Private Secretary: — || "In view of the measures taken, combined with Shakir Pasha's arrival in Crete who will be able to dispose of an efficient military force, His Majesty in confident as to the early re-establishment of peace in the island." || I have, &c.

W. A. White.

Nr. 9823. **TÜRKEI.** — Communiqué der officiösen Zeitung „Tarik" über die Lage Kreta's. 11. August 1889.

(Uebersetzung.)

Nr. 9823. Türkei. 11. Aug. 1889.

The situation in Crete and the Measures adopted by the Government. — On account of the troubles in Crete which arose this year out of the differences between the majority and the minority among the Christian members of the General Assembly, Mahmoud and Katib Pashas and Ghalib Bey were sent to the island to examine into the situation. || From their report and from the information supplied by the Vali and Commander-in-chief of the island, it appeared, that the Mussulman population of the villages had begun to take refuge in the towns from the molestations of a band of escaped convicts and disreputable characters who were taking to brigandage there. || Thereupon, on a decision of the Council of Ministers, confirmed by Imperial Iradé, the Government took the necessary steps in the matter, the troops were reinforced, and Nikolaki Pasha was called to Constantinople to give advice as to the possibility of restoring order without bloodshed. The two parties of Christians and the Mussulman Notables were also invited to send two representatives

each to Constantinople; and Riza Pasha, Vali of Janina, was appointed Acting Governor; the affairs of the island being confided, pending his arrival, to Ibrahim Pasha, permanent Commander of the island. Ghalib Bey and Jevad Pasha were also sent to Crete. || Nikolaki Pasha came here; but the representatives of the Christians and Mussulmans did not. However, owing to the gravity of the situation, his Excellency Shakir Pasha, Ambassador at St. Petersburgh, was appointed Commander Extraordinary and Acting Governor of the island, while Ibrahim Pasha will act under him during his stay, and afterwards resume the command-in-chief. || Ghalib Bey has been appointed Legal Adviser in the place of Essad Bey, and Jevad Pasha has been put at the head of the Staff. || Shakir Pasha left on Friday with the Imperial steamer "Izeddin" which will bring Riza Pasha back. || As the peace is being broken in most places in the island, there is naturally a panic among the inhabitants, and the Mussulmans in the villages are taking refuge in the towns. Although some of the Christians are also taking flight, yet no actual engagement between the two parties has yet occurred. Certainly, cases of bloodshed have not been wanting, yet military force will be used by the Government to put these outbreaks down, and order will certainly be restored in the country. || The Greek Government paints the situation in other colours, and has proposed to the Great Powers, that they should send troops to Crete to free the Christians, who, they say, are being massacred by the Mussulmans, or that otherwise Greece should undertake this task herself. Every one knows, that it is the Christians who are in the majority in the island, and it is they who annoy the Mussulmans. The Powers are answering Greece, that they cannot accept her proposal, pointing out that Crete is an integral part of Turkey, and the task of restoring order belongs to the Imperial Government, and cannot be assumed by any other Power; and a general telegram has been sent to the Turkish Ambassadors at the European capitals to explain the situation in the island and the action taken by the Porte. || This we have on trustworthy official information.

Nr. 9824. TÜRKEI. — Proklamation des interimistischen Generalgouverneurs von Kreta. [Einschluss in B. 211]. 14. August 1889.

(Uebersetzung.)

It is of public notoriety, that, in consequence of jealousies between the two Christian factions, arising out of disagreement in the Session of the General Assembly of this year, a few leaders of these factions made demonstrations, and that a number of outlaws began to commit outrages against the inhabitants of certain villages. || The public order and tranquillity having been thus disturbed, Mussulmans, finding no longer any security in the districts,

Nr. 9824. Türkei. 14. Aug. 1889.

began to emigrate to the towns, abandoning their villages and their houses, while Christians pillaged the abandoned houses and the personal property of the emigrants, setting fire to their houses, and committing murders here and there. || Mussulmans, under the impression of this state of things, and being gathered in the towns, began on their side to retaliate on Christians, and, owing to manifold outrages, the animosity between the two races increased and threatened the public security in the island. || In consequence of these incidents, I came here with the mission to restore order and tranquillity in the island. || The forementioned state of things puts me under the necessity of placing the whole island under martial law. || It can be easily understood, that it is inadmissible, that the whole island should suffer damages consequent on disturbances brought about by personal motives of a restricted number of individuals. || Therefore, I recommend all Cretans to give up pursuing similar chimerical designs, to avoid in future committing depredations, and to resume their usual business as formerly. And I also recall to the minds of those who have departed from their villages, and are in the towns, that they should be ready to return to their homes whenever the Government may order them to do so. || Furthermore, it is made known to all Cretans, that from the publication of the present Proclamation every Mussulman and Christian who shall commit outrages will be judged by court-martial, and punished according to the law. Those who are committing insurrectionary acts with arms must lay them down, and come to ask to be pardoned, else they shall be liable to punishment.

The Extraordinary Military Commander and Governor-General *ad interim* in Crete,
Shakir.

Nr. 9825. GROSSBRITANNIEN. — Premierminister an den Botschaftssekretär in Rom. — Mittheilung des von dem italienischen Ministerpräsidenten ausgedrückten Wunsches, im Orient stets übereinstimmend mit England zu handeln. [B. 193.] 20. August 1889.

Nr. 9825. Grossbritannien. 20. Aug. 1889.

Sir, || The Italian Chargé d'Affaires called here on the 13th instant and stated, that he had been instructed by Signor Crispi to express his satisfaction at the complete agreement existing between the two countries as to the present phase of the Eastern question, and as to the advice to be tendered at Athens and Constantinople; and he added, that M. Crispi was desirous of acting entirely in concert with Her Majesty's Government in any further development of events in the East. || M. Catalani was asked to convey my thanks to M. Crispi for his communication. || I am &c.

Salisbury.

Nr. 9826. **GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Athen an den Premierminister. — Telegraphischer Bericht über ein Gespräch mit dem griechischen Ministerpräsidenten, welcher Unzufriedenheit mit den Repressivmaassregeln der Pforte äussert. [B. 194.] 21. August 1889.

(Auszug.)

Nr. 9826. Grossbritannien. 21. Aug. 1889.

When I saw M. Tricoupi this morning his Excellency told me, that the Greek Consul-General in Crete had telegraphed to Athens information to the same affect as that contained in Mr. Biliotti's last two telegrams, dated from Canea this morning. || M. Tricoupi did not think the news encouraging. It appeared to him, that the Porte had decided, or were likely to decide, on purely repressive measures, and that no concessions, or at any rate no material ones, would be made. || He understands, that it is the intention of the Turkish Government to raise the army in the island to a force of some 40,000 to 50,000 men. With so overwhelming a number of regular troops the Generals could make "promenades militaires" throughout the island, and no strategic resistance would be possible. But he learns also, that unless satisfactory concessions are shortly made, the "manifestants" will proceed to organized insurrection, and that this will be of a kind which, without inflicting heavy losses on the Turks, will tax all their resources and keep them busily occupied for a year or two. Nothing will be attempted beyond a guerilla warfare, of a not very savage kind, but what between those Christians who have lost all their property, and who have sent their wives and children out of the island, and the younger men who have little or nothing to lose, and who are ripe for some fighting, and reckless of personal consequences, there will be a sufficient number of these "guerillas" to give thorough occupation to the Turkish troops. || His Excellency said, that attempts to procure arms and ammunition are being made in every direction by the Cretans. Every precaution is being taken to prevent them from obtaining such supplies, either directly or indirectly, from the Greek Government, but somehow or another arms would certainly find their way into Crete, and the insurgents would so far find no difficulty. || He remarked, that he had caused an intimation to be given to the "manifestants" that, in his opinion, they had made a great mistake in formulating so many demands. They should have confined themselves to the two or three which are essential, laying stress upon financial autonomy, and not have given the Porte the opportunity of appearing to be generous by conceding the seventeen or eighteen which are of no value, and refusing the two or three which compose really the *sine qua non*.

Nr. 9827. **TÜRKEI.** — Die Pforte an den Botschafter in London. — Telegraphische Mittheilung über die Unterwerfung der Parteien auf Kreta. 21. August 1889. (Dem englischen Premierminister mitgetheilt am 22. August.)

Nr. 9827. Türkei. 21 Aug. 1889.

Les Chefs du parti de la majorité du district d'Apokorouna se sont présentés à l'autorité militaire dans le fort d'Izzeddin, et ont déclaré que ne s'étant pas écartés de la voie de l'obéissance, ils retourneraient, sans condition, dans leurs villages pour vaquer à leurs affaires si des troupes y étaient envoyées pour les protéger. || De leur côté, les Chefs du parti de la minorité ont fait savoir, par lettre, qu'ils sont pénétrés de leurs devoirs envers l'autorité Impériale, et qu'ils sont disposés à rentrer dans leurs foyers.

Nr. 9828. **GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Athen an den Premierminister. — Telegraphischer Bericht über ein Gespräch mit dem griechischen Ministerpräsidenten, welcher eine Intervention Griechenlands aufgiebt, aber die Erkaltung der Beziehungen zwischen Griechenland und der Türkei in Aussicht stellt. [B. 205.] 25. August 1889.

Nr. 9828. Grossbritannien. 25. Aug. 1889.

In the course of a conversation which I had with M. Tricoupi this morning, his Excellency have me to understand, that, for the present at any rate, there is no danger that the course of events in Crete, even supposing that it assumes the form of an organized insurrection as he anticipates, will induce the Government to depart from an observant attitude. || The Greek Minister at Constantinople had been instructed to refrain from all mention of the question at the Porte, and not to allow himself to be drawn into any discussion about it. || M. Tricoupi said further, that, if the Porte persisted in refusing all concessions to the Cretans, the relations between the two Governments would be reduced to a footing of the most absolute coldness as far as this side is concerned. No attempt would in future be made to conciliate Turkey. No pretence of cordiality would be made in the treatment of the Turkish Minister. On the contrary, all social intercourse between the Government and the Turkish Legation would terminate, as he himself was determined not to be on visiting terms with the Representative of a Government with whose procedure towards a kindred Hellenic population he had been compelled to express his official dissatisfaction. || Unpromising as this prospect may be, I am at any rate glad that I have been able to obtain from M. Tricoupi an admission that he has given up for the present all idea of a step which would have been tantamount to a declaration of war.

Nr. 9829. **GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Athen an den Premierminister. — Telegraphischer Bericht über die Mittheilung des griechischen Ministers des Aeussern, dass Schakir Pascha alle Koncessionen verweigert und die Missvergnügten zum äussersten Widerstande entschlossen seien. [B. 209.] 26. August 1889.

(Auszug.)

Nr. 9829. Gross-britannien. 26. Aug. 1889

M. Dragoumis read to me this morning the latest telegrams received by him from Crete. || The most interesting of these telegrams described the final interview between the Delegates and Chakir Pasha, and was to the effect, that the Pasha, having declared that there could be no question of any concessions as long as the manifestants continued in the field, the Delegates, after a few moments' consultation among themselves, replied that their mission was at an end, and they must cease to act. || Chakir Pasha observed, that he had never recognized them as having any mission at all. || The Delegates then requested permission to return to their several homes, but the Pasha said, that he must detain them until he had orders from Constantinople to let them go. || The day following (as I understood) they called upon M. Gryparis, the Greek Consul-General, and told him that they had heard, that their action had been approved at the manifestant head-quarters; that the General Council of the malcontents had decided to resist the Turkish forces as far as they could, and very shortly to proclaim union with Greece. || Against such a steep M. Gryparis reports, that he protested strongly and at considerable length, quoting the instructions of his Government, which prescribed patience and moderation. He hopes, that his expostulation produced some effect on the Delegates, but adds that they seemed to think that it would be too late to attempt to modify the decision at head-quarters. || M. Gryparis' reports of the military movements are much the same as Mr. Biliotti's.

Nr. 9830. **GROSSBRITANNIEN.** — Premierminister an den Botschafter in Konstantinopel. Telegraphische Anweisung, bei der Pforte auf Abstellung von berechtigten Klagen der Bewohner Kreta's zu dringen. [B. 213.] 27. August 1889.

(Auszug.)

Nr. 9830. Gross-britannien. 27. Aug. 1889.

Your Excellency should continue tó take advantage of any favourable opportunity that may present itself to urge upon the Porte the prompt removal of any grievances of which either the Mussulman or Christian inhabitants of the island have a right to complain.

Nr. 9831. **ITALIEN***). — Botschafter in Berlin an den Minister des Aeussern. — Bericht über die Meinung der deutschen Regierung, dass die Pforte gegenüber Kreta zur Energie zu ermahnen sei. [G. 66.] 14. August 1889.

Nr. 9831. Italien. 14. Aug. 1889.

Monsieur le ministre, || Il résulte que le chancelier a pleinement approuvé M. de Radowitz de s'être associé à ses collègues d'Autriche et d'Angleterre pour conseiller au Sultan de faire valoir résolument son autorité en Crète. Ce diplomate, sans solliciter de nouveaux ordres, s'était inspiré de l'esprit des instructions générales qui doivent régler sa conduite. || Le prince de Bismarck approuvait également le langage du sous-secrétaire d'Etat au ministre de Grèce, lors que celui-ci remettait copie de la dernière circulaire de son gouvernement. Ce diplomate avait été invité à mettre ce gouvernement en garde contre toute immixtion dans une affaire ressortissant de la compétence de la Turquie. Les cabinets de Londres et de Vienne ont exprimé le même avis. Le cabinet de Berlin ne répondra pas par écrit à ladite circulaire. En voie indirecte, il lui était revenu que l'Italie se joignait à l'attitude adoptée par l'Autriche et par l'Angleterre, attitude à laquelle l'Allemagne avait aussi adhéré en conformité des principes qui président à sa politique en Orient. Il a été éprouvé ici une vive satisfaction que nous emboîtions le même pas. Il semble en effet, comme j'en faisais la remarque, qu'une conduite ouvertement favorable à la Turquie serait le meilleur moyen de prévenir que la question de Candie prenne plus de développement et ne devienne une incitation à des mouvements dans les pays balkaniques. || Dans l'intervalle la Sublime Porte a aussi envoyé une circulaire pour rappeler ses droits qu'au reste personne ne conteste, à Rome, à Berlin, à Londres et à Vienne. || Ce que j'ai appris aujourd'hui par le secrétaire d'Etat confirme ce qui précède. Les gouvernements d'Allemagne, d'Autriche et d'Italie sont d'accord avec l'Angleterre sur le langage à tenir à Constantinople et à Athènes. Le cabinet de Londres exhorte le Sultan à prendre sans retard les mesures les plus appropriées pour rétablir la tranquillité en Candie, et laisse entendre au cabinet hellénique que, s'il ne se rend par aux conseils d'une prudente abstention, il ne pourra en aucune sorte compter sur l'appui d' l'Angleterre et des puissances amies de celle-ci.

Launay.

Nr. 9832. **ITALIEN.** — Geschäftsträger in London an den Minister des Aeussern. — Bericht über die Stellungnahme der englischen Regierung. [G. 70]. 17. Aug. 1889.

Nr. 9832. Italien. 17. Aug. 1889.

Signor ministro, || Lord Salisbury mi disse che Rustem pascià era venuto a chiedergli se l'Inghilterra era disposta, al bisogno, a costringere la Grecia, colla forza, a non intervenire in Creta. Sua Signoria aveva risposto che

*) Entnommen aus dem italienischen Grünbuch (G) Candia 1890.

l'Inghilterra non avrebbe potuto assumere, da sè sola, tale impresa, dovendo agire di concerto con le altre potenze. Non sarebbe però stato necessario, nella condizione presente delle cose, ricorrere a mezzi di costringimento. La Turchia doveva, da una parte alleviare i gravami dei cretesi; dall'altra parte, reprimere ogni agitazione il più prontamente possibile.

Nr. 9832. Italien. 17. Aug. 1889.

T. Catalani.

Nr. 9833. **ITALIEN.** — Geschäftsträger in Berlin an den Minister des Auswärtigen. — Bericht über die von der deutschen Regierung den Mächten der Friedensliga empfohlene Politik. [G. 77.] 6. September 1889.

Nr. 9833. Italien. 6. Sept. 1889.

Signor ministro, || Ragionando degli affari d'Oriente col sotto-segretario di Stato, egli dissemi non aver ricevuto in questi ultimi tempi notizie dirette da Creta. Le informazioni pervenutegli, però, pochi giorni or sono, dall'ambasciata imperiale a Constantinopoli erano abbastanza soddisfacenti, e lasciavano sperare che Chakir pascià riuscirebbe in breve a ristabilire completamente la tranquillità nell'isola, sovratutto quando il Sultano si risolvesse a lasciarlo agire con energia ancora maggiore di quella fin qui spiegata, e quando gli insorti perdessero ogni speranza di appoggio dal di fuori. È necessario che tutto rientri presto nell'ordine. Lo desidera certamente lo stesso sig. Tricupis, la cui posizione diventa ognor più difficile col prolungarsi dell'insurrezione. A tale proposito, il conte di Berchem mi disse che con soddisfazione il gabinetto di Berlino ha appreso che l'atteggiamento del regio governo verso la Grecia, in questa quistione, concordi con quello adottato dall'Inghilterra e dall' Austria, nonchè dalla Germania. || Secondo il modo di vedere di questo governo, devesi evitare con cura tutto ciò che potrebbe indebolire, di fronte ai musulmani, il prestigio del Sultano, e menomare l'influenza che le potenze della lega della pace possono esercitare sull'animo di questo.

E. di Beccaria.

Nr. 9834. **ITALIEN.** — Geschäftsträger in London an den Minister des Acuss. — Bericht über die von der englischen Regierung der Pforte gemachte Vorstellung betreffs Gewaltthätigkeiten der türkischen Beamten auf Kreta. [G. 81.] 27. September 1889.

Nr. 9834. Italien. 27. Sept. 1889.

Signor ministro, || Ieri il *Foreign office* fu informato che in quest'ultima settimana, buon numero di cristiani erano stati battuti e maltrattati da ufficiali musulmani in Canea e che circa 300 di essi si erano ritirati sulle montagne, ciò che suole essere indizio di nuova insurrezione. || Lord Salisbury

Nr. 9834. Italien. 27. Sept. 1889. telegrafò tosto a sir H. White di "avvertire la Porta che un tal modo di procedere non era savio e potrebbe cagionare funeste conseguenze".

T. Catalani.

Nr. 9835. ITALIEN. — Botschafter in Berlin an den Minister des Aeussern. — Bericht über das Einverständniss Deutschlands mit der Haltung Italiens. [G. 87.] 18. November 1889.

Nr. 9835. Italien. 18. Nov. 1889. Monsieur le ministre, || Ainsi que je le télégraphiais avant-hier, le Cabinet de Berlin se montre assez satisfait des renseignements qui lui sont parvenus, d'après lesquels les sages conseils transmis aussi par Votre Excellence à Athènes ont été décisifs pour détourner, à la dernière heure, le Gouvernement hellénique d'une attitude énergique dans les affaires de Crète. || Monsieur Tricoupis a pu se convaincre que, si à la circulaire du mois d'août dernier, qui était, après tout, le procès de la domination turque et un appel déguisé à l'action européenne, il avait été opposé une fin de non recevoir, il y avait tout lieu de s'attendre à un nouvel et plus sérieux échec, si le ministère du Roi Georges s'avisait, trois mois plus tard, de passer outre, lorsque les dispositions des Cabinets n'étaient pas essentiellement modifieés. Aussi longtemps en effet que les puissances, à quelques nuances près, se déclarent pour le maintien de la paix, les aspirations crétoises des Hellènes et les tendances helléniques des Crétois n'ont aucun chance de succès. Il appartient au gouvernement ottoman de rétablir l'ordre et la tranquillité dans l'île insurgée. Il est vrai que les mesures répressives, qui semblent maintenant avoir presque dompté la résistance, ne suffisent pas à elles seules. Il faudrait les compléter par des concessions propres à désarmer ou à désinteresser les Crétois et à décourager les velléités agitatrices du cabinet d'Athènes. Les réformes devraient être appliquées par une administration intelligente, avant qu'elles ne s'imposent par la force des choses. Dans ce cas seulement il y aurait lieu d'espérer qu'une crise aussi sérieuse ne se reproduise pas de sitôt.

Launay.

Englische Besitzergreifungen in Australien*).

Nr. 9836. **GROSSBRITANNIEN.** — Bericht des Kapitäns Clayton über die Hissung der englischen Flagge an der Südküste von Neu-Guinea. [Einschluss in B. 10.] 1. Novbr. 1885.

"Diamond", at Port Moresby.

Nr. 9836. Grossbritannien. 1. Nov. 1885.

Sir, || As his Excellency the Special Commissioner is sending his steamer to Cooktown, I beg to forward by her further report of proceedings. || 2. On the 27th October I left Milport Harbour (further proceedings there reported under the heading of Webb case), and proceeded for Cloudy Bay; the Special Commissioner having stated, that the presence of the ships would be very useful, as the natives are inclined to be troublesome. || 3. Cloudy Bay is a very bad place to navigate, and for that reason no large ship has ever been there. I first attempted the entrance near Grange Island, but soon got among shoals, and as the light was very bad I stood out, and proceeded to Rodney entrance, where I anchored at 6 p.m. || 4. I left at 1 p.m. the next day for Colombier Point, arriving at 4.30 p.m., and anchoring in $4^1/_2$ fathoms soft mud near a village which was destroyed some years ago by the "Beagle". || The Chief of Aroma, who was on board the "Blackall", did all he could to find inhabitants, but failed. || His Excellency having informed me that there was no possibility of communicating I decided to leave. || 5. On weighing on the 29th the ship's stern took the mud, but on going ahead full speed she cleared (reports forwarded herewith). || We cleared Cloudy Bay at 10 a.m. and arrived off Aroma, with the "Raven" in company at 2.30 p.m. || 6. The Special Commissioner having represented to me, that the English flag should be hoisted at Aroma, the Chief, Koapina, being the most powerful on the south coast, I landed, with two companies, at daylight on the 30th, and after a march of two miles arrived at the village of Maopa. || On arriving at the village square I found a number of skulls hung up, some of them belonging to some Chinamen murdered a few years ago. I informed Koapina, that I could not hoist the flag unless they were removed. || He at once gave his sanction,

*) Die Aktenstücke sind entnommen aus dem englischen Blaubuche (B.), „Neu-Guinea“, August 1889. Vgl. Staatsarchiv XXXXIV, Nr. 8425—8509.

Nr. 9836. Gross-britannien. 1. Nov. 1885.

and they were taken down and buried by the teachers. The natives would have no hand in the matter, fearing disease or other punishment. || The flag was hoisted, with the usual ceremonies, in presence of an immense crowd of natives, between two and three thousand. || 7. I left Aroma at 4 p.m. on the 20th, arriving at this port at 11 a.m. on the 31st. || 8. I propose leaving for the Solomon Islands immediately after the arrival of the "Harrier". || I have, &c.

Rear-Admiral George Tryon, C.B., Commander-in-chief. — Francis S. Clayton, Captain and Senior Officer, Northern Division.

Nr. 9837. **GROSSBRITANNIEN.** — Bericht des Lieutenants Field über Hissung d. englischen Flaggen auf der Trobriand-Gruppe. [Einschluss in B. 11.] 10. November 1885.

"Dart", at Sydney.

Nr. 9837. Gross-britannien. 10. Nov. 1885.

Sir, || I have the honour to report, that, in execution of your orders, I visited Cape Denis, the northernmost point of the largest island of the Trobriand Group, on the morning of 22nd September 1885, and, landing with a party of seamen and officers in the presence of some 200 or 300 natives, I hoisted the British flag, firing a feu-de-joie, and read the Declaration (copy enclosed), which, together with a copy of the original Proclamation, I gave into the charge of one who appeared to be the most influential among them, and explained as far as possible the meaning of the ceremony they had witnessed. || I then distributed presents, and, following precedent, presented the Chief with a half-crown to wear as a medal. || I have, &c.

Rear-Admiral Geo. Tryon, C.B., Commander-in-Chief. — A. Mostyn Field, Lieutenant and Commander.

DECLARATION.

To all, to whom these Presents shall come, Greeting.

A Protectorate of Her Most Gracious Majesty Victoria, by the Grace of God of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Queen, Defender of the Faith, Empress of India, having been established by Proclamation over a certain portion of New Guinea and of the Islands adjacent thereto, and also over the D'Entrecasteaux Group and the Islands adjacent, —

It is hereby declared, that Island of Trobriand, as well as all Islands that are near New Guinea that are south of the eighth parallel of south latitude, are included within the said Protectorate.

Given under my hand on board H.M.S. "Nelson", at Sydney, New South Wales, the third day of August 1885.

G. Tryon,
Rear-Admiral and Commander-in-Chief of H. M.'s Ships and Vessels on the Australian Station.

Nr. 9838. **GROSSBRITANNIEN.** — Königliche Ernennung eines Bevollmächtigten für die Südküste von Neu-Guinea und die benachbarten Inselgruppen. [Einschluss in B. 12.] 26. December 1885.

Nr. 9838. Gross-britannien. 26. Dec. 1885.

Victoria, by the Grace of God of the United Kingdom of Great Britain and Ireland Queen, Defender of the Faith, Empress of India: To Our Trusty and Well-beloved John Douglas, Esquire, Companion of Our Most Distinguished Order of Saint Michael and Saint George, Greeting. || Whereas We have been pleased to take under Our protection and jurisdiction the southern and south-eastern shores of New Guinea, from the 141st meridian of East longitude eastward as far as East Cape, and thence north-westward as far as the 8th parallel of South latitude in the neighbourhood of Mitre Rock, together with the territory lying south of a line from Mitre Rock, proceeding along the said 8th parallel to the 147th degree of East longitude, then in a straight line in a north-westerly direction to the point of intersection of the 6th parallel of South latitude, and of the 144th degree of East longitude, and continuing in a west north-westerly direction to the point of intersection of the 5th parallel of South latitude and of the 141st degree of East longitude, together with the Trobriand, Woodlark, D'Entrecasteaux and Louisiade groups of Islands, and all other Islands lying between the 8th and the 12th parallels of South latitude, and between the 141st and the 155th degrees of East longitude, and not forming part of the Colony of Queensland: And furthermore including all Islands and Reefs situate in the Gulf of Papua to the northward of the 8th parallel of South latitude: || And whereas We are minded to make provision for the conduct of Our affairs within the said Protectorate: || Now know you, that We do by this Our Commission, under Our Sign Manual and Signet, appoint you, the said John Douglas, to be until Our pleasure be further signified Our Special Commissioner for the aforesaid Protectorate, and as such Special Commissioner to act in Our name and on Our behalf, and in all respects to represent Our Crown and authority in matters occurring therein, and further to take all such measures and to do all such matters and things in the said Protectorate as in the interest of Our Service you may think expedient, subject to such Instructions as you may from time to time receive from Us, or through one of Our Principal Secretaries of State. || II. And We do require you, to the utmost of your power, to promote religion and civilization among the Native inhabitants of the Protectorate, and you are especially to take care to protect them in their persons and in the free enjoyment of their lands and other possessions, and by all lawful means to prevent and restrain all violence and injustice which may in any manner be practised or attempted against them. || III. And We do hereby authorize and empower you, as occasion may require, to appoint all such Officers as you may think necessary for Our service in the said Protectorate, if provision shall have been

Nr. 9838. Grossbritannien. 26. Dec. 1885.

made for their payment; and all such Officers shall hold their offices during Our pleasure. || IV. And We do hereby appoint, that in the event of your death, incapacity, or absence, the powers and authorities hereby conferred shall, until Our further pleasure be signified, become vested in Our Trusty and Well-beloved Hugh Hastings Romilly, Esq., or if he be absent or for any other reason be unable duly to exercise such powers and authorities, then in such person as Our High Commissioner for the Western Pacific, or the person for the time discharging the function of such High Commissioner, shall appoint by an instrument under his hand and seal. || V. And We do hereby command and require all Our Officers and Servants, and all other Our loyal subjects in New Guinea and its vicinity, to be aiding and assisting unto you the said John Douglas in execution of this Our Commission, and unto any other person for the time being acting in execution thereof. || Given at Our Court at Osborne House, Isle of Wight, this Twenty-sixth day of December 1885, in the Forty-ninth year of Our reign. || By Her Majesty's Command,

Fred. Stanley.

Nr. 9839. GROSSBRITANNIEN. — Proklamirung der Annexion der obengenannten, unter Schutz der britischen Flagge gestellten Territorien. [B. 87]. 4. September 1888.

Nr. 9839. Grossbritannien. 4. Sept. 1888.

Proclamation on behalf of Her most Gracious Majesty Victoria, by the grace of God of the United Kingdom of Great Britain and Ireland, Queen, Defender of the Faith, Empress of India, &c., &c.

To all to whom these presents shall come greeting: — In pursuance of instructions received by me from Her Majesty's Secretary of State for the Colonies, I, William MacGregor, Doctor of Medicine and Companion of the most Distinguished Order of St. Michael and St. George, do hereby declare, that the territory and islands hitherto known as the Protected Territory of New Guinea, that is to say, the southern and south-eastern shores of New Guinea, from the 141st meridian of east longitude, eastward as far as East Cape, and thence north-westward as far as the 8th parallel of south latitude in the neighbourhood of Mitre Rock, together with the territory lying south of a line from Mitre Rock, proceeding along the said 8th parallel to the 147th degree of east longitude, then in a straight line in a north-westerly direction to the point of intersection of the 6th parallel of south latitude, and of the 144th degree of east longitude, and continuing in a west north-westerly direction to the point of intersection of the 5th parallel of south latitude, and of the 141st degree of east longitude, together with the Trobriand, Woodlark, D'Entrecasteaux and Louisiade group of islands, and all other islands lying between the 8th and 12th parallels of south latitude, and between the 141st and the 155th degrees of east longitude, and not forming

Nr. 9839. Gross-britannien. 4. Sept. 1888.

part of the Colony of Queensland, and, furthermore, including all islands and reefs lying in the Gulf of Papua to the northward of the 8th parallel of south latitude, and which are now under Her Majesty's protection, shall henceforth become and be, and do hereby become and are, part of the Queen's dominions. || Given under my hand and seal at Government House, Granville, Port Moresby, this fourth day of September, in the year of our Lord one thousand eight hundred and eighty-eight, and in the fifty-second year of Her Majesty's reign.

Wm. MacGregor.

Englisch-portugiesische Verhandlungen über Ostafrika*).

Nr. 9840. **PORTUGAL** und **FRANKREICH**. — Grenzvertrag, Westafrika betreffend. [Einschluss in B. 1.] 12. Mai 1886.

Nr. 9840. Portugal und Frankreich. 12. Mai 1886.

Sa Majesté le Roi de Portugal et des Algarves, et le Président de la République Française, animés du désir de resserrer par des relations de bon voisinage et de parfaite harmonie les liens d'amitié qui existent entre les deux pays, ont résolu de conclure, à cet effet, une Convention Spéciale pour préparer la délimitation de leurs possessions respectives dans l'Afrique Occidentale, et ont nommé pour leurs Plénipotentiaires, savoir: || Sa Majesté le Roi de Portugal et des Algarves, M. João d'Andrade Corvo, Conseiller d'État, Vice-Président de la Chambre des Pairs, Grand-Croix de l'Ordre de Saint-Jacques, Grand-Croix de l'Ordre de la Légion d'Honneur, son Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire près le Gouvernement de la République Française, &c.; et M. Carlos Roma du Bocage, Député, Capitaine de l'État-Major du Génie, son Officier d'Ordonnance Honoraire et Attaché Militaire à la Légation près Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne et Roi de Prusse, Chevalier de l'Ordre de Saint-Jacques, Officier de l'Ordre de la Légion d'Honneur, &c.; || Le Président de la République Française: M. Girard de Rialle, Ministre Plénipotentiaire, Chef de la Division des Archives au Ministère des Affaires Étrangères, Chevalier de l'Ordre National de la Légion d'Honneur, &c.; et M. le Capitaine de Vaisseau O'Neill, Commandeur de l'Ordre National de la Légion d'Honneur, &c.; || Lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des Articles suivants: —

Article I.

En Guinée, la frontière qui séparera les possessions Portugaises des possessions Françaises suivra, conformément au tracé indiqué sur la Carte No. 1 annexée à la présente Convention: || Au nord, une ligne qui, partant du Cap Roxo, se tiendra, autant que possible, d'après les indications du terrain, à égale

*) Aus dem englischen Blaubuch. Africa No. 2 (1890). Vgl. Staatsarchiv Bd. 49, Nr. 9661.

distance des Rivières Casamance (Casamansa) et San Domingo de Cacheu (São Domingos de Cacheu) jusqu'à l'intersection du méridien 17° 30′ de longitude ouest de Paris avec le parallèle 12° 40′ de latitude nord. Entre ce point et le 16° de longitude ouest de Paris la frontière se confondra avec le parallèle 12° 40′ de latitude nord. || A l'est la frontière suivra le méridien de 16° ouest depuis le parallèle 12° 40′ de latitude nord jusqu'au parallèle 11° 40′ de latitude nord. || Au sud, la frontière suivra une ligne qui partira de l'embouchure de la Rivière Cajet, situé entre l'Ile Catack (qui sera au Portugal) et l'Isle Tristão (qui sera à la France), et, se tenant autant que possible, suivant les indications du terrain, à égale distance de Rio Componi (Tabatí) et du Rio Cassini, puis de la branche septentrionale du Rio Componi (Tabatí) et de la branche méridionale du Rio Cassini (marigot de Kacondo) d'abord, et du Rio Grande ensuite, viendra aboutir au point d'intersection du méridien 16° de longitude ouest et du parallèle 11° 40′ de latitude nord. || Appartiendront au Portugal toutes les îles comprises entre le méridien du Cap Roxo, la côte et la limite sud formée par une ligne qui suivra le thalweg de la Rivière Cajet et se dirigera ensuite au sud-ouest à travers la Passe des Pilots pour gagner le 10° 40′ de latitude nord, avec lequel elle se confondra jusqu'au méridien du Cap Roxo.

Article II.

Sa Majesté le Roi du Portugal et des Algarves reconnaît le Protectorat de la France sur les territoires du Fouta-Djallon, tel qu'il a été établi par les Traités passés en 1881 entre le Gouvernement de la République Française et les Almamys du Fouta-Djallon. || Le Gouvernement de la République Française, de son côté, s'engage à ne pas chercher à exercer son influence dans les limites attribuées à la Guinée Portugaise par l'Article Ier de la présente Convention. Il s'engage, en outre, à ne pas modifier le traitement accordé, de tout temps, aux sujets Portugais par les Almamys du Fouta-Djallon.

Article III.

Dans la région du Congo, la frontière des possessions Portugaises et Françaises suivra, conformément au tracé indiqué sur la Carte No. II annexée à la présente Convention, une ligne qui, partant de la pointe de Chamba située au confluent de la Loema ou Louisa Loango et de la Lubinda, se tiendra, autant que possible et d'après les indications du terrain, à égale distance de ces deux rivières, et à partir de la source la plus septentrionale de la rivière Luali, suivra la ligne de faîte qui sépare les bassins de la Loema ou Louisa Loango et du Chiloango, jusqu'au 10° 30′ de longitude est de Paris, puis se confondra avec ce méridien jusqu'à sa rencontre avec le Chiloango, qui sert en cet endroit de frontière entre les possessions Portugaises et l'État Libre du Congo. || Chacune des Hautes Parties Contractantes s'engage à n'élever à la pointe de Chamba aucune construction de nature à mettre obstacle à la

Nr. 9840. Portugal und Frankreich. 12. Mai 1886.

navigation. Dans l'estuaire compris entre la pointe de Chamba et la mer, le thalweg servira de ligne de démarcation politique aux possessions des Hautes Parties Contractantes.

Article IV.

Le Gouvernement de la République Française reconnaît à Sa Majesté Très Fidèle le droit d'exercer son influence souveraine et civilisatrice dans les territoires qui séparent les possessions Portugaises d'Angola et de Mozambique, sous réserve des droits précédemment acquis par d'autres Puissances, et s'engage pour sa part à s'y abstenir de toute occupation.

Article V.

Les sujets Portugais dans les possessions Françaises sur la Côte Occidentale d'Afrique et les citoyens Français dans les possessions Portugaises sur la même côte seront respectivement, en ce qui concerne la protection des personnes et des propriétés, traités sur un pied d'égalité avec les citoyens et les sujets de l'autre Puissance Contractante. || Chacune des Hautes Parties Contractantes jouira dans les dites possessions, pour la navigation et le commerce, du régime de la nation la plus favorisée.

Article VI.

Les propriétés faisant partie du domaine de l'État de chacune des Hautes Parties Contractantes, dans les territoires qu'elles se sont mutuellement cédés, feront l'objet d'échanges et de compensations.

Article VII.

Une Commission sera chargée de déterminer, sur les lieux, la position définitive des lignes de démarcation prévues par les Articles I et III de la présente Convention, et les membres en seront nommés de la manière suivante: — || Sa Majesté Très Fidèle nommera, et le Président de la République Française nommera, deux Commissaires. || Ces Commissaires se réuniront au lieu qui sera ultérieurement fixé, d'un commun accord, par les Hautes Parties Contractantes, et dans le plus bref délai possible après l'échange des ratifications de la présente Convention. || En cas de désaccord, les dits Commissaires en référeront aux Gouvernements des Hautes Parties Contractantes.

Article VIII.

La présente Convention sera ratifiée, et les ratifications en seront échangées à Lisbonne aussitôt que faire se pourra. || En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs ont signé la présente Convention et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait à Paris, le 12 Mai, 1886.

João de Andrade Corvo.
Carlos Roma du Bocage.
J. Girard de Rialle.
A. O'Neill.

Nr. 9841. **PORTUGAL** und **DEUTSCHLAND.** — Declaration betreffs der beiderseitigen Grenzen in Südafrika. [Einschluss in B. 2.] 30. December 1886.

Nr. 9841. Portugal und Deutschland. 30. Dec. 1886.

Die Regierung Seiner Majestät des Königs von Portugal und Algarvien und die Regierung Seiner Majestät des deutschen Kaisers, von dem gleichen Wunsche beseelt, die zwischen Portugal und dem deutschen Reiche bestehenden freundschaftlichen Beziehungen enger zu knüpfen und für die friedliche Mitwirkung beider Mächte an der Erschliessung Afrika's im Interesse der Kultur und des Handels eine feste und gesicherte Grundlage zu gewinnen, haben beschlossen, gewisse Grenzen in Süd-Afrika festzüstellen, innerhalb deren einer jeden der beiden Mächte die Freiheit ihrer Aktion behufs stetiger Entwickelung der kolonisatorischen Thätigkeit bewahrt werden soll. || Zu diesem Zwecke haben die Unterzeichneten Henrique de Barros Gomes, Staatsrath Seiner Allergetreuesten Majestät und Sein Minister und Staats-Sekretär der auswärtigen Angelegenheiten, und der Legationsrath Richard von Schmidthals, ausserordentlicher Gesandter und Bevollmächtigter Minister Seiner Majestät des deutschen Kaisers, der ihnen ertheilten Ermächtigung gemäss sich über nachstehende Artikel geeinigt: —

Artikel I.

Die Grenzlinie, welche in Südwestafrika die portugiesischen und deutschen Besitzungen scheiden soll, folgt dem Laufe des Kunene-Flusses von seiner Mündung bis zu denjenigen Wasserfällen, welche südlich von Humbe beim Durchbruch des Kunene durch die Serra Canna gebildet werden. Von diesem Punkte ab läuft die Linie auf dem Breitenparallel bis zum Kubango, dann im Laufe dieses Flusses entlang bis zu dem Orte Andara, welcher der deutschen Interessensphäre überlassen bleibt, und von dort in gerader Richtung östlich bis zu den Stromschnellen von Catima am Zambese.

Artikel II.

Die Grenzlinie, welche in Südostafrika die portugiesischen Besitzungen von den deutschen Besitzungen scheiden soll, folgt dem Laufe des Flusses Rovuma von seiner Mündung bis zu dem Punkte, wo der M'sinje-Fluss in den Rovuma mündet, und läuft von dort nach Westen weiter auf dem Breitenparallel bis zu dem Ufer des Nyassa-Sees.

Artikel III.

Die Regierung Seiner Majestät des deutschen Kaisers erkennt das Recht Seiner Majestät des Königs von Portugal an, in denjenigen Gebieten, welche zwischen den portugiesischen Besitzungen von Angola und Mozambique liegen, unbeschadet der dort von anderen Mächten etwa bisher erworbenen Rechte Seinen souveränen und civilisatorischen Einfluss geltend zu machen, und verpflichtet sich, in Gemässheit dieser Anerkennung, dort weder Gebietserwerbungen

Nr. 9841. Portugal und Deutschland. 30. Dec. 1886.

zu machen, noch Schutzherrschaften anzunehmen, noch der Ausdehnung des portugiesischen Einflusses entgegenzutreten. || Die Regierung Seiner Majestät des Königs von Portugal und Algarvien übernimmt die gleiche Verpflichtung hinsichtlich der laut Artikel I und II dieses Uebereinkommens der deutschen Machtsphäre überlassenen Gebiete.

Artikel IV.

Die portugiesischen Staatsangehörigen sollen in den deutschen Besitzungen Afrika's und die deutschen Reichsangehörigen sollen in den portugiesischen Besitzungen Afrika's mit Bezug auf den Schutz ihrer Personen und ihres Vermögens, auf den Erwerb und die Uebertragung beweglichen und unbeweglichen Eigenthums sowie auf die Ausübung ihres Gewerbes ohne Unterschied die gleiche Behandlung und dieselben Rechte wie die Angehörigen des Staats, welcher die Souveränetäts- oder Protektoratsrechte ausübt, geniessen.

Artikel V.

Die königlich portugiesische und die kaiserlich deutsche Regierung behalten sich vor, weitere, auf Erleichterung des Handels und der Schifffahrt sowie auf Regelung des Grenzverkehrs in den beiderseitigen afrikanischen Besitzungen bezügliche Vereinbarungen zu treffen.

Barros Gomes.
Schmidthals.

Zusatz-Artikel.

Dieses Uebereinkommen wird in Kraft treten und für die beiden vertragschliessenden Mächte bindend sein, sobald dasselbe von den portugiesischen Kortes angenommen und in den amtlichen Blättern beider Länder veröffentlicht sein wird. || Zu doppelter Ausfertigung vollzogen zu Lissabon am dreissigsten December, Eintausend achthundert sechs und achtzig.

Barros Gomes.
Schmidthals.

Nr. 9842. **GROSSBRITANNIEN.** — Memorandum, enthaltend den Protest Englands gegen die kürzlich in officiellen Karten angegebenen Grenzen der portugiesischen Besitzungen in Afrika. [Einschluss in B. 4.] 13. Aug. 1887.

Nr. 9842. Gross-britannien. 13. Aug. 1887.

Her Britannic Majesty's Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary at Lisbon did not fail to forward to Her Majesty's Government copies of the documents as presented to the Portuguese Cortes in the form of White Books, recording the result of the recent negotiations carried on by Portugal with Germany and France, the object of which was the delimitation of their re-

spective spheres of influence in Central Africa. || Maps were annexed to these papers showing the territory which, as Portugal understands, is allowed by the two countries to be reserved to her enterprise. The immense field so coloured in the Maps comprises the entire region lying between Angola and Mozambique, Matabeleland, and the district of Lake Nyassa, up to the latitude of the Rovuma River. || In the districts to which Portugal thus appears to lay a preferential claim, and in which, except near the sea-coast and on portions of the Zambesi River, there is not a sign of Portuguese jurisdiction or authority, there are countries in which there are British Settlements, and others, in which Great Britain takes an exceptional interest. Her Majesty's Government feel, therefore, that it is impossible to pass over without notice the official publication of the Maps. || Her Majesty's Chargé d'Affaires has consequently the honour to state to his Excellency the Minister for Foreign Affairs of His Most Faithful Majesty, under instructions which he has received from Her Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs, that the attention of Her Majesty's Government has been directed to the Maps in question, and that Great Britain considers that it has now been admitted in principle by all the parties to the Act of Berlin that a claim of sovereignty in Africa can only be maintained by real occupation of the territory claimed, and that this doctrine has been practically applied in the recent Zanzibar delimitations. Her Majesty's Chargé d'Affaires is instructed to make a formal protest against any claims not founded on occupation, and to say that Her Majesty's Government cannot recognize Portuguese sovereignty in territory not occupied by her in sufficient strength to enable her to maintain order, protect foreigners and control the natives. || Her Majesty's Chargé d'Affaires is further directed to state, that this protest especially applies to the districts of Lake Nyassa occupied by British traders and missionaries, and to Matabeleland, and to point out that, by the decision of the Delagoa Bay Arbitration, Portugal is debarred from extending her dominion into any part of Tongaland beyond the limits of 26° 30′ south latitude.

Nr. 9842. Grossbritannien. 13. Aug. 1887.

British Legation, Lisbon, August 13, 1887.

Nr. 9843. **PORTUGAL.** — Minister des Aeussern an den englischen Gesandtschaftssekretär. — Zurückweisung des englischen Protestes. [Einschluss in B. 6.] 19. Aug. 1887.

(Uebersetzung.)

Sir, || In your note of the 13th instant, and the Memorandum inclosed therein, you informed me, that the Maps of Equatorial Africa recently laid before the Portuguese Parliament, together with the White Books having reference thereto, had caused certain considerations to arise in the mind of Her Britannic Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs, the pur-

Nr. 9843. Portugal. 19. Aug. 1887.

Nr. 9843. Portugal. 10. Aug. 1887.

port of which is clearly and fully set forth and defined in the Memorandum. While examining, as in duty bound, the reasons and grounds on which these considerations are based, and summarizing on the other hand the reflection suggested by them, the Undersigned trusts, that a calm and impartial examination of the facts, as well as a frank statement as to the views and opinions of the Government of His Most Faithful Majesty as regards the matter at issue, will no doubt succeed in modifying those considerations, and in proving that the protest based thereon is void of foundation. || The Memorandum alludes to the relative extent of the region reserved in accordance with the Conventions concluded with the Governments of the French Republic and of the German Empire, and in harmony with the indications set forth in the Maps contained in the White Books, for the sphere of Portuguese influence, and for the natural union of the two Provinces of Angola and Mozambique. Immediately after it is stated in the Memorandum, that, in accordance with the principles laid down at the Conference of Berlin, actual occupation of territory is now-a-days indispensably requisite in order to legalize or justify a right of sovereignty on the African continent. Now, in the opinion of Her Britannic Majesty's Government, this condition, as far as Portugal is concerned, only appears to exist throughout a limited region on the coast, and also along a portion of the course of the Zambesi. With respect to the first-named objection, the first thing that occurs to one's mind in opposition thereto is the recent fact of the recognition on the part of the whole of the nations of Europe, England included, of the Free State of the Congo, comprising an area of nearly the same extent as that which has now called for the objections of Her Britannic Majesty's Government. Thus it was, that the State in question was recognized as holding possession of a territory which extends from the mouth of the Zaire to the western bank of the Tanganyika, and from the 4th parallel of north latitude until nearly the 6th parallel of south latitude. Now, is the condition of the Free State to be compared with that of Portugal as far as regards the question of extending their influence and of the exercise of sovereignty in the regions of Africa? Well then, a country which in the course of the fifteenth and sixteenth centuries discovered the whole of both the East and West Coasts of Africa, which initiated in 1445 by means of João Fernandez the exploration of the interior of the African continent, which has been continued almost uninterruptedly up to the present day, and which has in recent times multiplied various scientific expeditions which meet throughout the interior with vestiges of the ancient labours of our missionaries, of the use of the Portuguese language, of commercial relations with the Portuguese from Bihi on the west and from Zumbo on the east; a country which spends annually hundreds and even thousands of contos of reis with its African Colonies, which is now introducing railways into these regions, which connects the same at the cost of considerable subsidies with the rest of the world by means of lines of telegraph, which maintains regu-

Nr. 9843. Portugal. 19. Aug. 1887.

lar communications by sea, and which has succeeded in raising the Colony of Angola to the high degree, relatively speaking, of civilization which it has attained; surely such a country has acquired or legalized its titles to extend its sovereign and civilizing influence throughout the immensely vast regions of Africa, to the benefit of all nations in general. This has been recognized by two powerful nations, France and Germany, which have great interests at stake in Africa, and the Undersigned trusts, that the same recognition cannot likewise fail to be made by an allied and friendly nation such as Great Britain, which did not find any difficulty a short time ago in admitting identic rights in the case of a State, still in embryo, of recent creation, unprovided with any defined resources and lacking tradition and prestige in Africa. || It is maintained, however, in the Memorandum, as stated above, that real occupation is an essential condition in accordance with the General Act of the Conference at Berlin for the recognition of sovereignty. It appears, however, to the Government of His Most Faithful Majesty, that there is a fundamental mistake with regard to this matter and in this assertion, in order to correct which it will be sufficient merely to refer to the stipulations contained in that International Act. Accordingly, Articles 34 and 35, which form the 6th Chapter of the General Act, solely and exclusively refer, and in the clearest manner, to the occupation of the regions on the coast; they do not lay down any rules as regards the interior of the continent. Now this was done quite designedly, with the object of preventing any possible conflicts in the act of taking possession of ports on the coast, at a time of so much competition with respect to colonial development; the Conference, although the matter was very fully discussed, abstained from pronouncing an opinion and from establishing, as it were, an international examination for inquiry into the titles which would in future legalize the act of taking possession of any territories in the interior of Africa on the part of any civilized State. And so it was, that the Conference rejected the proposal made by Sir E. Malet to extend to the whole of the continent of Africa the application of the principles adopted for the coast, and that the State effecting such an occupation should be required to notify the approximate frontiers of the country thus occupied; this proposal was rejected after the observations which were made in regard thereto by the Representatives of France and Germany. || The absence, therefore, of real occupation could not, according to the General Act of the Conference of Berlin quoted by Her Britannic Majesty's Government, invalidate in any way the recognition on the part of Germany and France of the right of Portugal to extend its sovereign and civilizing influence to the regions which divide the Provinces of Angola and Mozambique. It was not likely, that those Powers should have forgotten stipulations of an international character to which they had so recently affixed their signatures, and which were the result of the initiative taken by them in an important question of colonial policy. That recognition and the express

Nr. 9843. Portugal. 19. Aug. 1887.

declaration and formal engagement coupled therewith of not opposing the Portuguese expansion, of not establishing any Protectorates or acquiring any territory throughout the whole of the region which divides Angola from Mozambique, are certainly not binding upon Powers other than those which signed the same; but their political importance, the very great interest which both those Powers are already taking at the present day in the future aggrandizement and civilization of the African continent, give to these deliberations so important a meaning and establish our title in such a manner, that, in the opinion of the Government of His Most Faithful Majesty, the title in question can, on grounds of the greatest justice, even were others lacking, be invoked before other nations as legalizing our dominion and sovereignty over the regions in question. Nor can this argument be invalidated by the absence of real occupation if not of influence, for the latter does exist and is the consequence of the relations and contact, which date from centuries, between the Portuguese and the tribes in the interior of Equatorial Africa. Has Germany effected a real occupation of the regions to the south of the Cubango and of the Zambesi, which, in virtue of the Convention of the 30th December last, she reserved unto her sphere of influence and development? Have Germany and Great Britain herself any real occupation of the regions, which until lately belonged to the Sultanate of Zanzibar, and which, according to the recent Declaration made, the two Powers divided between them and mutually took the engagements which are recorded in the concluding part of Article 3 of the said Declaration, and a translation of which is given in the IIIrd Article of the Luso-German Convention, which is practically embodied in the Maps inclosed in the White Books, and which thus gave rise to the observations made by Her Britannic Majesty's Government? || It is, however, stated in the Memorandum to which the Undersigned has the honour to reply, that in the regions thus reserved for Portuguese influence, there are several British Settlements and regions in which Her Britannic Majesty's Government take a special interest. In case, however, there should be any rights of any Power of a previous date to that of the two Conventions concluded between this country and the Governments of France and Germany, the same have been duly safeguarded in the text itself of the Conventions referred to, which rights cannot be impugned, in virtue of the principles laid down therein, in view of this reservation as to limits. Moreover, the Government of His Most Faithful Majesty would be most happy to be able to enter into a negotiation with Her Britannic Majesty's Government of a similar nature to those which were concluded with those two Powers, the result of which would be to define once for all the sphere of influence as well as the action of both nations in South Africa, and prevent for the future any disputes tending to disturb the relations of secular friendship and traditional sympathy which it is highly expedient to maintain and strengthen between the two nations and the two Governments. || Allusion is also made in the Memorandum in a special manner

to the country of the Matebelis. The relations between the Portuguese and that African region are known and are established by history. As long ago as the 24th May, 1629, Portugal concluded with the Ruler of that country certain Capitulations or Treaties, from which fact a tradition has ensued which, even at this day, gives prestige to the Portuguese name, and justifies the natural tendency to exercise influence there by cultivating that tradition, in which sense attempts have recently been made. It is, nevertheless, certain, that considerations of various kinds might in this case, as well as at other points, lead to a modification of the intentions of the Government of His Most Faithful Majesty, and one of these considerations, and no doubt a most valid one, would be that of coming to an understanding with the Government of Her Britannic Majesty as far as regards the delimitation of the respective spheres of influence of the two nations in South Africa. || The Memorandum concludes with a reference to the clauses of the Award delivered by the Duke of Magenta upon the question of the Bay of Lourenço Marques, and with respect to this matter the Government of His Most Faithful Majesty has no objection to declare, that it is its firm intention to observe, as in duty bound, the several clauses of that Award, as well as the stipulations contained in the Treaty concluded in 1869 with the Transvaal for the fixing of boundaries, and, on its part, it trusts, with perfect confidence, that the frontiers thus assigned to the Lourenço Marques district will be, as they ought, respected by the adjacent nations as well as by those who exercise Protectorates, or who enforce their influence in any other manner there. || The Undersigned avails, &c.

Nr. 9843. Portugal. 19. Aug. 1887.

Barros Gomes.

Nr. 9844. GROSSBRITANNIEN. — Premierminister an den Gesandten in Lissabon. — Beschwerde über den Ausschluss nicht portugiesischer Schiffe von der Fahrt auf dem Zambesi. [B. 11.] 10. März 1888.

Sir, || A telegram from the British Consul at Mozambique states, that Article 136 of the Port Regulations of the province provides that any Portuguese subject or naturalized subject may own vessels for the navigation of the ports and rivers of the province. This is construed to exclude foreign ownership, and to compel steamers plying on the Zambesi to nationalize as Portuguese vessels, and to become amenable to all the terms of the Law which govern them. || I have to request, that you will explain this to the Portuguese Government, and urge them to disavow the action of the local authorities without loss of time. || I am, &c.

Nr. 9844. Grossbritannien. 10. März 1888.

Salisbury.

Nr. 9845. GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Lissabon an den Premierminister. — Mittheilung der abweisenden Antwort des portugiesischen Ministers des Aeussern. [B. 13.] 12. März 1888.

Nr. 9845. Gross-britannien. 12. März 1888.

My Lord, || I telegraphed to your Lordship on the 7th instant, that the Government here knew nothing about the case of the "James Stevenson" reported from Mozambique, and that the Minister of Marine and the Colonies had telegraphed to the Governor-General of the Colony for explanation. I met both M. de Barros Gomes and the Colonial Minister at the Foreign Office on that day, and discussed the matter with them. They were certainly then under the impression, that there was a misapprehension somewhere, as they were not aware of any Article in the General Port Regulations of the province which could be so interpreted. They said, at the same time, that they must wait for the explanation from Mozambique before giving me any positive answer. I said, that the Colonial interpretation appeared to me to be at variance with Articles 1 and 2 of the Act of Berlin. || The explanations received later from Mozambique and subsequent closer examination of the question have, I regret to say, led the Portuguese Government to a very different conclusion from what I had inferred from my interview with the two Ministers above mentioned. || I called to-day by appointment on M. de Barros Gomes, and told his Excellency, that I had received further telegrams from your Lordship, and that I was instructed to ask for a prompt disavowal of the action of the Mozambique authorities. His Excellency said, that the Government could not do that, as having gone more closely into the question they found that the authorities were justified in their action. He maintained, that the Act of Berlin left Portugal free to deal with the navigation of the Zambesi as the Portuguese Laws and Regulations might prescribe, and that Articles 136 and 137 of the Port Regulations of the province of the 17th February, 1887, undoubtedly restricted the navigation to vessels under Portuguese ownership, and that section 3 of the Mozambique Tariff laid down the conditions of the coasting trade. || The Articles 136 and 137 are textually the following: —

"Article 136. Any Portuguese, or naturalized Portuguese, may own vessels for the navigation of the ports and rivers, whether used for loading and unloading ships, or for carrying cargo or passengers from one point to another, provided the following rules are complied with." || "Article 137. As soon as the vessel is ready for navigation the owner must apply to the Captain of the Port for a survey, stating, at the same time, the name of the builder, her length from stem in metres, her draught, the purpose for which she is intended, and the date on which she was launched."

M. de Barros Gomes added, that any ambiguity or misapprehension as to the scope of Articles 1 and 2 of the Berlin Act was removed by the reserves

made by the Portuguese Plenipotentiary, M. de Serpa, which are recorded in Protocol No. 4, and which were accepted by the Conference. This was confirmed, he said, by a despatch, dated the 8th December, 1884, from the Marquis of Penafiel, which was published in the Portuguese White Book No. 2 of 1885 (p. 99), and which contains the following passage: —

Nr. 9845. Grossbritannien. 12. März 1888.

"The perusal of the Protocol referred to (No. 4) will show to your Excellency, that paragraph 3 of the Article which provides for commercial freedom in the basin of the Congo does not apply to actual possessions, and that, consequently, the full sovereignty of Portugal throughout the whole extent of the Province of Mozambique is maintained. The rule laid down in the aforesaid paragraph will only come into force as regards new acquisitions which may be made by the Signatory Powers in those regions."

M. de Barros Gomes admitted, that freedom of navigation in the Zambesi was conceded by Article III of the Congo Treaty of the 26th February, 1884; but he said, that, unfortunately as he thought, that Treaty had not been ratified, and that, therefore, no obligations were imposed upon Portugal in connection with it. || I told M. de Barros Gomes, that I was sure that Her Majesty's Government would be extremely surprised to hear that the Portuguese Government meant to treat a great African arterial river such as the Zambesi as if it were the Tagus or the Douro, and that, waiving for the present the question of right, such a course was certainly contrary to the spirit of the Berlin Treaty. || In consequence of my having said, when I first spoke on the subject, that the measure was an innovation, and that, as far as I knew, it had not been applied to vessels of the African Lakes Company entering the Zambesi, the Government has telegraphed to Mozambique to ascertain what has been the practice hitherto in regard to foreign vessels in the Zambesi. || I have, &c.

George G. Petre.

Nr. 9846. GROSSBRITANNIEN. — Premierminister an den Gesandten in Lissabon. — Wiederholung der Forderung freier Schifffahrt und Hinweis auf die eventuell anzurufende Entscheidung der Berliner Vertragsmächte. [B. 14.] 29. März 1888.

Nr. 9846. Grossbritannien. 29. März 1888.

Sir, || Her Majesty's Government have learnt with much surprise, from your despatch of the 12th instant, that the Portuguese Government justify the recent action of the Mozambique authorities in refusing to permit foreign vessels to navigate the waters of the Zambesi, even in transit to territories beyond the limits of the possessions of Portugal. || It is not disputed, that the navigation of the Zambesi was not directly dealt with at the Berlin Conference, and that the existing rights of Portugal on the Indian Ocean were expressly secured by the 3rd clause of the 1st Article of the Act; but it is

Nr. 9846. Gross-britannien. 29. März 1888.

equally indisputable, that the Plenipotentiaries of Portugal committed themselves in the Conference to the fullest recognition of the principles of commercial liberty in that region. At the meeting recorded in the 3rd Protocol, M. Serpa not only made remarks in this sense, but added, that the Portuguese Government were at that time considering the most favourable method of transit between the sea and Lake Nyassa. Before the close of the Conference, Portugal gave her unqualified adhesion to the provision, that the Signatory Powers should use their good offices with the territorial Powers on the Indian Ocean to induce them to give the most favourable conditions to the transit of all nations in this very region. || It is hardly credible, that a Power which then publicly expressed such liberal sentiments should now deliberately adopt the policy of the exclusion of foreign vessels from the navigation of the Zambesi as far as it flows through its own possessions, and still further, should stop altogether, that transit trade which it engaged to promote and favour, and which has hitherto been enjoyed without hindrance by foreign nations; but it appears, that this retrograde step has actually been adopted by the local authorities with the approval of the Government. || It is to be hoped, that the resolution to persevere in this course will be abandoned; but you should speak to M. Barros Gomes in the sense of the above observations, and say that Her Majesty's Government trust, that they will shortly learn that the navigation of the river has again been thrown open. || If the Portuguese Government persist in their determination to close it, Her Majesty's Government will have to consider whether they shall invite other Powers, parties to the Act of Berlin, to consider how far the Government of Portugal is justified by the terms of that instrument and the general practice of nations in arresting the transit trade of the nations contemplated in the 1st Article of the Act. || The African Lakes Company are under the impression, that the rule has been in existence for a certain time, but that it has never hitherto been enforced. You should bring the facts of this case before the Portuguese Government, as showing the injury which has already been inflicted upon British trade with the interior, which is, it is stated, in danger of being completely paralyzed if the new policy is not reserved. || I am, &c.

Salisbury.

Nr. 9847. GROSSBRITANNIEN. — Vertrag mit dem Häuptling der Amandebele, Maschuna und Makakalaka. [Einschluss 2 in B. 15.] 11. Februar 1888.

Nr. 9847. Gross-britannien. 11. Febr. 1888.

The chief Lo Bengula, Ruler of the tribe know as the Amandebele, together with the Mashuna and Makakalaka, tributaries of the same, hereby agrees to the following Articles and conditions: — || That peace and amity shall continue for ever between Her Britannic Majesty, her subjects and the

Amandebele people; and the contracting Chief Lo Bengula engages to use his utmost endeavours to prevent any rupture of the same, to cause the strict observance of this Treaty, and so to carry out the spirit of the Treaty of Friendship which was entered into between his late father, the Chief Umsiligazi, with the then Governor of the Cape of Good Hope, in the year of our Lord 1836. || It is hereby further agreed by Lo Bengula, Chief in and over the Amandebele country, with its dependencies aforesaid, on behalf of himself and people, that he will refrain from entering into any correspondence or Treaty with any foreign State or Power to sell, alienate, or cede, or permit or countenance any sale, alienation, or cession of the whole or any part of the said Amandebele country under his Chieftainship, or upon any other subject, without the previous knowledge and sanction of Her Majesty's High Commissioner for South Afrika. || In faith of which I, Lo Bengula, on my part, have hereunto set my hand at Gubuluwayo, Amandebeleland, this 11th day of February and of Her Majesty's reign the fifty-first.

Nr. 9847. Grossbritannien. 11. Febr. 1888.

Lo Bengula, his × mark.

Witnesses:

W. Graham.

G. B. van Wyk.

Before me,

J. S. Moffat, *Assistant Commissioner.*

Nr. 9848. **GROSSBRITANNIEN.** — Premierminister an den Gesandten in Lissabon. — Telegraphische Mittheilung der durch den portugiesischen Gesandten übermittelten Zugeständnisse Portugals und Anweisung, weitere Zugeständnisse zu fordern. [B. 18.] 24. April 1888.

Nr. 9848. Grossbritannien. 24. April 1888.

Sir, || M. d'Antas called to inform me, that he had received a telegram from his Government, stating that vessels which were at present engaged in the navigation of the Zambesi would not be interfered with, and that in the case of new vessels, each case would be considered as it arose. || I thanked M. d'Antas for the recognition by his Government of our demands to the extent indicated; but I did not conceal from him that we counted on more than, this, and exspected, that the present step would be but the precursor of an entire abandonment by Portugal of all interference with the free navigation of the Zambesi, in accordance with the practice prevailing in respect to other rivers of the world which passed through the territories of more than one State. || In reply, the Portuguese Minister assured me, that his Government was anxious to afford that of Her Majesty every satisfaction which the public opinion of his country would permit. || You should continue, therefore, to press upon the Minister for Foreign Affairs the absolute necessity of yielding un-

Nr. 9848. Gross-britannien. 24. April 1888.

reservedly to the demands which you have been instructed to present on behalf of Her Majesty's Government in this matter. || I am, &c.

Salisbury.

Nr. 9849. **GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Lissabon an den Premierminister. — Mittheilung über Verweigerung weiterer Zugeständnisse seitens des portugiesischen Ministers des Auswärtigen. [B. 22.] 25. April 1888.

Nr. 9849. Gross-britannien. 25. April 1888.

My Lord, || I received last night your Lordship's telegram, in which you informed me that the Portuguese Minister had notified to your Lordship, that vessels at present navigating the Zambesi would not be disturbed, and that, with respect to new vessels, they would be considered according to each particular case. || This is in accordance with what I had led your Lordship to anticipate, though I considered it — and I spoke clearly in this sense to the Minister for Foreign Affairs — as merely the forerunner of an entire cessation of any interference with the free navigation of the river. M. de Barros Gomes said, that your Lordship had not contested the right of Portugal in this matter, but maintained, that its enforcement was inexpedient and opposed to the prevailing practice of nations in regard to the navigation of great rivers. Before waiving any of the rights of Portugal the Government, however, would have, he said, to consider Portuguese interests and Portuguese public opinion. || To-day being M. de Barros Gomes' weekly reception at the Foreign Office, I had an early opportunity of again speaking to him on this subject. I told his Excellency, that your Lordship had telegraphed to me what had passed between M. d'Antas and yourself, and that although you had thanked the Portuguese Government for the step which they had taken, I had received very positive instructions from your Lordship to continue to urge upon his Excellency the absolute necessity of the Portuguese Government fully recognizing freedom of navigation in the River Zambesi. || M. de Barros Gomes replied, that a recognition to that effect would be in effect to abandon an indisputable right of Portugal, and that the Portuguese Government would not and could not consent to that, except in the manner, in which it was conceded in the Treaties of Lourenço Marques and the Congo, as part of a general arrangement and in consideration of equivalent advantages secured to Portugal. || The fact of the freedom of navigation being conceded in special Articles of those Treaties was, he said, a sufficient proof, that Portugal was within her rights in restricting it. I said, that that did not affect the main argument against placing restrictions on the navigation of the Zambesi by foreign vessels, which was that it was a retrograde measure, opposed to the spirit of the Berlin Act, as well as to the general practice of nations in regard to the great rivers of the world passing through various territories: his Excellency

however, repeated, that Portugal would not give up her right without an equivalent. || He said, that the concession might form part of an Agreement with us analogous to the Convention relating to boundaries and spheres of influence concluded between Portugal and Germany. I told M. de Barros Gomes, that on that point I could merely report what his Excellency had said to your Lordship, but that I thought, that if in any agreement with Great Britain, such as he had suggested, it was supposed by him to be possible, that Her Majesty's Government would ever consent to recognize as falling within exclusive Portuguese influence or Protectorate a vast zone of territory stretching across Africa, I must disabuse his Excellency at once of the idea, and that it would be far better not to raise the question. || I can see, that the Portuguese Government will never agree voluntarily to give an official recognition of the free navigation of the Zambesi; but my belief is, that they would rather the question had not arisen, and that practically the navigation will not be interfered with, though I am bound to say, that I have received no assurance to that effect. || I have, &c.

Nr. 9849. Grossbritannien. 25. April 1888.

George G. Petre.

Nr. 9850. **GROSSBRITANNIEN.** — Premierminister an den Gesandten in Lissabon. — Telegraphische Zurückweisung des portugiesischen Anspruchs. [B. 23.] 3. Mai 1888.

Sir, || I have to acknowledge the receipt of your despatch of the 25th ultimo, reporting a conversation with M. Barros Gomes on the subject of the navigation of the Zambesi; and I have to inform you, that his Excellency is quite mistaken in thinking, that I admit the right of Portugal to close, that river to the ships of foreign countries. Her Majesty's Government will never admit such a right on the part of Portugal. || I am, &c.

Nr. 9850. Grossbritannien. 3. Mai 1888.

Salisbury.

Nr. 9851. **GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Lissabon an den Premierminister. — Mittheilung der von Portugal gegenüber dem Vertrage (Nr. 9847) reservirten Souveränetätsrechte. [B. 25.] 2. Mai 1888.

My Lord, || The Portuguese Consul at Cape Town, from whom the Government generally receives early and full information in regard to affairs in South Africa, telegraphed to M. de Barros Gomes on the 28th ultimo, that the Cape Government had concluded a Treaty with the Matabele similar to that concluded last year with the Amatongas, and that this Treaty recognized the Mashonas and Makalakas as dependents of the Matabele. His Excellency informed me, that on the receipt of this news he had telegraphed instructions to M. d'Antas to represent to Her Majesty's Government that Portugal already

Nr. 9851. Grossbritannien. 2. Mai 1888.

Nr. 9851. Gross-britannien. 2. Mai 1888. exercised sovereignty over certain portions of the territories of the two tribes above mentioned which the Cape Government had recognized as tributaries of the Matabele; and he added, that he felt quite sure that, when the case was represented to your Lordship, Her Majesty's Government would act as the Portuguese Government had acted in their recent Treaty with the Amatongas, but that in the meanwhile it had been his duty to reserve the rights of Portugal. || I have, &c.

George G. Petre.

Nr. 9852. **GROSSBRITANNIEN.** — Premierminister an den Gesandten in Lissabon. — Verlangen nach näherer Bezeichnung d. portugiesischen Souveränetätsansprüche. [B. 27.] 7. Mai 1888.

Nr. 9852. Gross-britannien. 7. Mai 1888. Sir, || M. d'Antas called on the 1st instant, and left, on behalf of his Government, a *note verbale,* stating that the Portuguese Government had learnt that the Governor of the Cape had concluded a Treaty with the Matabeles by which the Mashonas and Makalakas were recognized as their tributaries. || The note stated, that the Portuguese Government were anxious to call the attention of Her Majesty's Government to this negotiation, inasmuch as English Maps gave as dependencies of the Matabeles certain localities where territories existed under the direct influence and even in the absolute possession of Portugal. || I have to request you to acquaint the Portuguese Minister for Foreign Affairs, that Her Majesty's Government have noted the communication which has been handed in by M. d'Antas, and would be glad to be placed in possession of more specific information as to the claims now put forward by Portugal. || I am, &c.

Salisbury.

Nr. 9853. **GROSSBRITANNIEN.** — Premierminister an den Gesandten in Lissabon. — Mittheilung der von dem portugiesischen Gesandten über eine Parlamentsrede des Unterstaatssekretärs Fergusson geführten Beschwerde. [B. 35.] 28. Mai 1888.

Nr. 9853. Gross-britannien. 28. Mai 1888. Sir, || I have to acquaint you, that M. d'Antas called on the 22nd and 23rd instant, and stated that he had received most urgent telegrams from the Portuguese Government to make a representation to Her Majesty's Government on the subject of the speech delivered by Sir James Fergusson in the House of Commons on the 16th instant, which dealt with the claims of Portugal to certain territory in the interior of Africa, and the policy pursued by that Government with regard to the navigation of the Zambesi. || M. d'Antas said,

Nr. 9853. Gross-britannien. 28. Mai 1888.

that he was instructed to communicate a copy of the declarations (herewith inclosed) which M. Barros Gomes had thought it necessary to make in the Portuguese Chamber in order to quiet public opinion at Lisbon, and he added that as a debate was now proceeding, at which inflammatory speeches were being delivered, he trusted that Her Majesty's Government would be able to send some explanatory message which would calm the excitement produced by what was considered at Lisbon to be an unfriendly, and even threatening, manifesto. || It was pointed out to M. d'Antas, that it was difficult to perceive what real ground existed for such agitation. In one particular Sir James Fergusson had been incorrectly reported, and a rectification had been inserted in the "Times" newspaper. As regards the other statements made by Sir James they applied to the interior of Africa, where no Europeans had penetrated, and which could not therefore be claimed by any nation. In respect to the Zambesi, it had been asserted that Her Majesty's Government could not admit the right of Portugal to stop the free passage to foreign vessels. M. Barros Gomes had taken an opposite view in the Portuguese Chamber; but the question was one of law. || With regard to the Portuguese Foreign Minister's declaration, it was pointed out to M. d'Antas, that its second paragraph was based on an entire misapprehension. The fact that the Act of the Berlin Conference laid down conditions in Articles XXXIV and XXXV in relation to new occupations on the coasts of Africa did not in any way affect the well-established principles of international law in regard to the occupation of lands in the interior. || M. d'Antas answered that, however that might be, the fact remained that great excitement existed at Lisbon, and he earnestly asked that he might be enabled, by receiving some reassuring communication from Her Majesty's Government, to telegraph a soothing message to the Portuguese Government before the termination of the debate now proceeding in the Portuguese Chambers. || M. d'Antas was at once informed, that it was impossibly to comply with his wishes in this respect. Her Majesty's Government were wholly unable to send any message which would modify their declarations with regard to the right of navigating the Zambesi, or with respect to the claims of Portugal to the interior of Africa north of Matabeleland. || It was also pointed out to M. d'Antas, that M. de Barros Gomes' complaint with regard to assumed approaches on the part of Portugal for the negotiation of a sphere of influence appears to have been founded on a misreport of Sir James Fergusson's speech. || The Portuguese Minister received this intimation with great concern and disappointment, and expressed the opinion that his Government would look on the terms of Sir James Fergusson's speech in the light of a hostile demonstration inconsistent with a desire to treat the questions in dispute by friendly negotiation. He added, that he had not expected a modification of the views expressed by Sir James Fergusson in the House, but had only hoped for some assurance that they were merely expressions of opinion which would not stand in the way of amicable negotiations, and not

Nr. 9853. Gross-britannien. 28. Mai 1888.

the prelude to an attitude of hostility to his Government. || M. d'Antas added, that he would telegraph to Lisbon that portion of the reply of Her Majesty's Government which related to the right of navigating the Zambesi and to the claims of Portugal to the interior of Africa north of Matabeleland. || I am, &c.

Salisbury.

Nr. 9854. PORTUGAL. — Der Konsul in der Kapstadt an den Gouverneur des Kaplandes. — Protest gegen den Vertrag Nr. 9847. [Einschluss 2 in Nr. 37.] 27. April 1888. Eingegangen im englischen Ministerium des Aeussern am 29. Mai.

Nr. 9854. Portugal. 27 April 1888.

Excellency, || In the Government Gazette Extraordinary of the 25th instant (25th April) is published a Treaty entered into between Lo Bengula, Ruler of the Amatabele, and the Assistant Commissioner, J. S. Moffat, and duly approved and ratified by your Excellency as Her Majesty's High Commissioner for South Africa. In this Treaty the tribes of Mashonaland and Makakalaka are acknowledged as tributaries to the said Lo Bengula, Ruler of the Amatabeles. || The Crown of Portugal claiming rights of sovereignty to the Mashona country by right of conquest and cession, I therefore, in my capacity as Representative of Portugal, beg to record my protest against that part of the Treaty by which the Mashona tribes are acknowledged as tributaries of Lo Bengula, Ruler of the Amatabele. || I have, &c.

Eduardo A. de Carvalho,
Consul for Portugal.

Nr. 9855. PORTUGAL. Minister des Aeussern an den Gesandten in London. — Memorandum, betreffend die Rechte Portugals in Ostafrika. [B. 41.] 28. Mai 1888. Dem englischen Premierminister mitgetheilt am 11. Juni.

(Uebersetzung.)

Nr. 9855. Portugal. 28. Mai 1888.

The declarations made, in the session of the 17th instant in the House of Commons, in the name of Her Britannic Majesty's Government, by Sir James Fergusson, could not fail to excite a profound impression in Portugal, both because they are of a character to affect the essential interests of our colonial policy, and because they are contrary to our rights as clearly laid down, defined and marked out in diplomatic instruments to which England's signature is attached, and contrary also to the facts themselves, as more than once recognized and accepted by the Agents of Her Britannic Majesty. And when such statements are besides made by a Power under the reciprocal conditions which for ages have governed England's relation towards Portugal, we

must not be astonished at the prolonged sensation which the words of Her Britannic Majesty's Under-Secretary of State for Foreign Affairs has stirred up in the debates of both Houses of Parliament, and almost through all the press of Portugal. It is certainly not the first time that some of the assertions now brought forward have been made by the Government of Her Britannic Majesty, and been at once taken up by that of His Most Faithful Majesty. || On a very recent occasion that fact was admitted in the notes from the English Legation in Lisbon dated the 14th December, 1886, and the 13th August, 1887, which were answered by mine of the 17th December, 1886, and the 19th August, 1887, whereof copies were at the time forwarded to your Excellency. Our contention is therein fully explained, just as it has always been maintained by the Portuguese Government, and based on our traditional and historic rights, as well as the right derived from the international law existing in regard to Portugal's position in the interior regions of Africa, the economic legislation for the Zambesi, and the actual exercise of jurisdiction and sovereignty in the regions of the Upper Shiré and Lake Nyassa. || The Portuguese Government flattered itself with the hope, that the reasons it had produced on our side would have due weight in the upright and justice-loving minds of Her Britannic Majesty's Ministers. Sir James Fergusson's speech has, however, unexpectedly brought into publicity, in a renovated and much enlarged form, the intermittent controversy which until now had been confined to the members of the two Chancelleries. The Portuguese Government would be wanting in every duty of dignity and national self-respect if it did not once more come forward in defence of what is claimed as a right of the Portuguese Crown, firmly established as such in the conscience of the public, as has been well demonstrated by the discussions in Chambers and in the press to which I have before referred. || In this sense I felt it my duty to mark out our position clearly by laying down, in the session of the 19th instant in the Chamber of Deputies, the four declarations which I made known to your Excellency by telegraph, and which I directed you to communicate in writing to Lord Salisbury. || The language erroneously attributed to Sir James Fergusson, in a telegraphic despatch from the Havas Agency, was the motive of my first declaration, in which I denied the existence of my petitions in regard to colonial questions addressed to England on the part of His Most Faithful Majesty's Government. Putting that matter aside, as having interest solely for the Portuguese Chambers, it becomes my duty now to sustain and develop once more the very weighty arguments on which this Government relies in affirming Portugal's right freely to regulate the navigation and trade of the Zambesi, and denying the theory that actual occupation constitutes at the present day the essential condition which justifies the possession and the sovereignty in the interior regions of Africa. || Portugal's rights over the Zambesi, besides being founded on the fact of its first discovery in 1498, and original exploration, which has been uninterruptedly con-

Nr. 9855. Portugal. 28. Mai 1888.

tinued throughout its entire navigable extent up to our time, are affirmed at the present day in the General Acts of the Berlin Conference, in the Conventions entered into with France and Germany, in the very Treaties, not ratified, of 1879 and 1884 with England herself, and the fact of actual occupation or influence, recognized, among others, by Her Britannic Majesty's own Consular Agents in Mozambique, and the exercise of acts of jurisdiction, some carried out in accordance with, others in opposition to, the wishes expressed by those Agents themselves. || I must refer briefly so each one of these points, that I may therefrom arrive at the conclusion which I desire once more to affirm in this despatch.

I.

Immediately on the opening of the Berlin Conference, and when its programme was marked out, his Highness Prince Bismarck clearly pointed out, that the free access to the flags of all nations, which it was the intention to establish in regard to the rivers of Africa, should be limited to the two rivers Zaire and Niger. Freedom of navigation over the other great fluvial arteries of Africa, while deserving the sympathies of Germany, could only be affirmed in Conventions or Treaties strange to the labours and deliberations of the Conference. In Protocol No. 3, on the discussion of the unforeseen question of the enlargement of the so-called commercial basin of the Congo, which, on the proposal of America, was to be extended to regions on the eastern coast, among others the course and the mouth of the Zambesi and its affluents, especially the course of the Shiré, the French Ambassador remembered the statements which he had made in the sitting of the Special Commission, that attention should be given to the rights of existing sovereignties on the eastern coast. Her Britannic Majesty's Ambassador declared, soon afterwards, on his side, that he entirely shared the opinion of his French colleague in regard to the respect due to existing sovereignties east of the Congo Basin. It was with this reservation, that he had adhered to the decisions of the Commission. || The express reservations in regard to Mozambique, made in the sitting of the Special Commission by the Plenipotentiary of His Most Faithful Majesty, will be seen in No. 3 of the Baron de Lambermont's Report. || It will be seen also from No. 4 of the same Report, that on the part of the Plenipotentiaries of the United States and France the rights of Portugal and Zanzibar were in every way recognized. || All these reservations on our part, and the recognition of our rights by others, referred to the free trade which was to be established in the so-called basin of the Congo. Protocol No. 5 lays down all that took place specially with regard to navigation. It was therein declared by Counsellor Serpa Pimentel, that the prescriptions of the Navigation Act should not be applied to the Colonies of Portugal without her own express consent. || Baron de Lambermont replied, that that observation was to be found mentioned in his Report. The President then took note of the reservations of the Portuguese Plenipotentiary, and declared that the Conference adhered

to them. || At that same session of the 18th December, 1884, Sir Edward Malet once more expressed a desire, that the principles adopted by the Conference should be made applicable to other rivers of Africa, especially the Zambesi. The Marquis of Penafiel, in affirming the sovereignty of Portugal over the entire navigable course of the Zambesi, declared that, as the question formed no part of the programme of the Conference, the Portuguese Government could admit no discussion on such a subject, and reserved to itself the right which belonged to it to apply to that portion of its dominions the principles which according to circumstances it might deem to be most opportune. The observations which were afterwards made by Herr Busch in support of the wishes expressed on behalf of England, and the reply of the Portuguese Plenipotentiary, were a fresh confirmation of the rights of Portugal as acknowledged and accepted by all the members of the Conference, and amongst them by the Representative, possessing so many claims to authority, of Her Britannic Majesty herself. || On the question of the wording proposed for Article 1 of the General Acts, viz., that the Powers represented at the Conference "*ne stipulant que pour elles-mêmes*", Counsellor Serpa Pimentel, foreseeing future doubts as to its interpretation, once more safeguarded in Protocol No. 4 the rights of Portugal with regard to the Mozambique, and consequently the region of the Zambesi, and it was laid down, with general consent, in the Protocol, that the new right should be applied exclusively to future cases of occupation. || It may, therefore, be unhesitatingly affirmed, that Portugal's historic rights over the Zambesi, and her claim, therefrom resulting, to legislate in perfect freedom as regards the conditions for its navigation, received, even if it had hitherto been wanting, their most solemn confirmation in the labours and resolutions of the Berlin Conference.

II.

Those rights were assuredly not weakened by the explicit recognition of the very special position of Portugal throughout all the region of the Zambesi, which we received from two of the colonizing Powers of Africa, both of them Signatories of the General Acts of the Berlin Conference. We allude to the Conventions by which France and Germany bound themselves, recently, to respect, on their side, Portugal's claim to enlarge her sovereign and civilizing influence over the region which separates the Provinces of Angola and Mozambique. || That recognition, and, along with it, the express declaration and formal engagement not to oppose Portuguese extensions, not to set up Protectorates or make acquisitions of territory (a formula actually copied from recent Treaties concluded with Great Britain), do not, it is true, bind any other Power than the Signatories themselves; but, nevertheless, as I had occasion to remark in my note of the 19th August of last year to the British Chargé d'Affaires at this Court, it cannot be denied that the political importance, whether of the French Republic or of the German Empire, and the interests which both

Nr. 9855. Portugal. 28. Mai 1888.

countries actually possess in Africa, give to those declarations an importance which admits of our estimating them as one title more, and a valid one too, in support of the many others which affirm Portugal's rights of sovereignty over the regions which the Zambesi traverses in its course.

III.

The very Treaties entered into between Portugal and England in the years 1879 and 1884, and known amongst us as the Lourenço Marques and Zaire Treaties, are also, even though they have not arrived at ratification, a proof that the Government itself of Her Britannic Majesty has solemnly recognized these same rights which Sir James Fergusson's speech now calls in question. In the former of the said Treaties, that of the 30th May, 1879, the following is laid down in Article III:— || "The navigation of the Zambesi and its affluents shall be free, and not subject to any monopolies or exclusive Concessions." || In the same way, the Treaty of the 26th February, 1884, stipulated as follows in Article III:— || "The High Contracting Parties recognize the entire freedom in respect to commerce and navigation of the Rivers Congo and Zambesi, and their affluents, for the subjects and flags of all nations. The claims of Portugal on the Shiré shall not extend beyond the confluence of the River Ruo with that river." || Neither of these Treaties, as we have said before, reached the stage of ratification. Their clauses are not binding upon Portugal. By accepting them at the time, Portugal saw therein the compensation which it offered, on its own side, for the advantages which Great Britain guaranteed to us in those diplomatic instruments. || It suffices to mention the fact of the final recognition by England of Portugal's sovereignty over the mouth of the Zaire, and on the coveted regions north and south of the great river, to appreciate the significance and value of that concession of freedom of navigation and trade on the Zambesi made by Portugal in exchange of that recognition. The simple fact of the negotiation of the clauses must be, in the eyes of every impartial judge, the most evident proof that Great Britain herself has admitted, and in the most official form, thai the desired freedom of navigation on the Zambesi cannot be established without our consent.

IV.

Her Britannic Majesty's Government declared, in the House of Commons, that actual occupation was necessary to legitimize possession or sovereignty. This doctrine cannot be based on existing right as laid down in the General Acts of the Berlin Conference, nor on actual facts either, some showing England's responsibility, which absolutely prove contrary to her. || In the introductory Address which inaugurated the labours of the Berlin Conference, an Address to which I have already had occasion to allude, the Prince Chancellor referred to the formalities which should be observed so as to render effective future occupation on the coasts of Africa. || In accordance with this

programme, the stipulations of Articles 34 and 35, Chapter 6, of the General Acts, are kept, referring solely and exclusively to the regions on the coast. It is inferred from Appendix No. 1 of Protocol No. 8, drawn up with the Report of the Special Commission, that Sir Edward Malet had proposed that the decisions of the General Acts should apply to the whole Continent of Africa. This proposal, which was supported by the United States, was opposed by France and Germany; and it was the doctrine suggested by these Powers which was finally adopted. || The spirit of the Conference becomes more observable when we remember, that three forms of Declaration were before it, one drawn up by the Imperial Government, the second established provisionally by the Sub-Commission, and, finally, the third, proposed by the full Commission. || This last was adopted by the Conference, and thus disappeared all obligations in support of jurisdiction necessary to the maintenance of peace, the respect of private rights and the guarantees for the administration of justice; and as a substitute for all this, we have the vague formula of setting up "an authority" to secure respect for acquired rights, and eventually freedom of trade and communication under the conditions which may be stipulated. || The remarks of the French Ambassador and of the Baron de Lambermont on the danger of exacting the permanent means of repressing disorders, and of requiring the constitution of judicial authorities, as well as other observations inserted in the Report to which I am referring, show clearly the impossibility of fulfilling, even when confined to the region of the coast, the conditions now laid down by Sir James Fergusson as justifying possession. || And will England herself and Germany and France, and the Congo Free State have actual occupation in those vast regions of their Protectorate and their spheres of influence or of sovereignty recognized by the European Powers? || Recently, in its number for the 19th May current, the "Moniteur Diplomatique" published a Declaration of Neutrality for the Congo Free State, dated the 1st August, 1885, wherein this embryo State, recognized on the 16th December, 1884, by Great Britain, defined and marked out the zone of its territory where this neutrality was to have effect. This territory embraces the regions from the Zaire to the Tanganyika, Lake Bangweolo, Lake Moero, and the orographical line dividing the waters of the Congo and of the Zambesi, &c. || "Actual occupation" has certainly not been carried out here, nor does it exist either in the territories of the German Protectorate in the south of Africa, or in the regions which a short time ago were partitioned between Germany and England under the Convention of December 1886. || In the opinion of His Most Faithful Majesty's Government, the doctrine which has been enunciated by the Government of Her Britannic Majesty cannot therefore be admitted. But more than this, even if that doctrine could prevail in the region in question, viz., in all the navigable course of the Zambesi, from its mouth up to the confluence of the Cafué and in the waters of the Shiré, it would not be applicable, because actual occupation is in existence already, and the

Nr. 9855. Portugal. 28. Mai 1888.

jurisdiction of Portugal is exercised there, as the very Agents of Her Britannic Majesty have borne witness as regards the Shiré and the region of the Nyassa. || On the 20th October, 1879, the English Vice-Consul at Quilimane, writing to the Governor of the district, with reference to pressing letters which he had received from Blantyre, where the missioners were at war with the natives, after mentioning the events which had there occurred, went on to say:— || "This news is of such grave importance, that I hasten to send it to your Excellency, begging for, in the name of the inhabitants of Blantyre and the Superiors of the Mission, Rev. Messrs. Duff, Macdonald and Dr. Robert Laws, and the Managers of the Livingstone Central Africa Company, and other subjects of Her Britannic Majesty, to take measures to prevent these people" (the natives in revolt) "from procuring and buying powder and arms, so that further conflicts may be avoided, of which the results are, and always will be, the same. These are, meanwhile, the only measures solicited by the residents and missioners of Blantyre, because an inquiry is to be made as to whether it is a fact that some person or other is importing powder and arms, as they suppose, and they reserve for a later occasion the question of petitioning the Portuguese Government to take the steps which may be necessary when the facts are ascertained. This is all that I have now to communicate to your Excellency, feeling assured that your Excellency will have the goodness to take the precautions which I have the honour to suggest." || To this despatch the Governor of Quilimane replied with his assurance, that the prohibition of the sale of arms and ammunition was permanently in force, and that he would see to its being carried out with the greatest energy and decision. || Soon afterwards, on the 7th November, 1879, Her Britannic Majesty's Consul in Mozambique, Henry E. O'Neill, writing on the same events to the Governor-General, F. Maria de Cunha, used these words:— || "The leading members of the Mission do not appear to apprehend any further attacks if they (the natives) are prevented from obtaining powder; but it cannot be forgotten, that the Ajawas are a powerful tribe, extending a considerable distance northwards upon the eastern shores of the Nyassa, and that, if the Chiefs of the tribe were to join in the quarrel, the Mission stations, not only at Blantyre, but also upon the Nyassa, at Cape Maclear, could be placed in a serious position. || I am therefore under the necessity of asking if, in the event of hostilities arising between the natives and one or both of these English Mission stations, your Excellency would consider it as coming within your obligations to take any part in the settlement of the difficulty; or whether, considering them out of your Excellency's jurisdiction, as occupying isolated points in a barbaric country, they should be [advised] to treat solely and directly with the native Rulers, taking the risks incidental to their position, and being responsible for their acts only to their own Government." || The Governor-General replied to Her Britannic Majesty's Consul in the terms of the following despatch, which I think it best to transcribe in its entirety:—

(2ª Repartição No. 1887.) *"Head-Quarters of Governor-General,*
"Province of Mozambique, November 12, 1879.

"Sir, || I have read with due attention your despatch of the 7th of this month, wherein you inform me of an unpleasant occurrence provoked by certain natives of the Ajawa tribe against some subjects of Her Britannic Majesty belonging to the Mission at Blantyre, and inquire of me whether, in the event of hostilities being repeated on the part of the said aggressors, I should feel justified in intervening, or whether, considering that region to be outside the limits of my jurisdiction, I should feel bound to abstain from any act tending to repress similar disturbances. In satisfaction of the request which you have sent to me, I have to inform you, that, while regretting the occurrence to which you refer, and of which I shall endeavour to ascertain and repress the originators, I must assure you, that there is no foundation for the suspicion felt by the Superior of the Blantyre Mission, that the natives of the Ajawa tribe may be able to supply themselves with arms and powder in Quilimane, because for a long time past measures have been in existence there to secure the permanent prohibition of the sale and export of those articles for the interior of the territory. You may therefore assure the said Superior, and the other subjects of Her Britannic Majesty residing in those parts (which are all under the dominion of the Portuguese Crown), that from this Government-General they will always receive the loyal and instant protection which they may require, in so far as the resources at our disposal are available, for their mission of humanity and civilization. I shall not conclude without also assuring you that, notwithstanding the help which has been guaranteed by the Governor of the district of Quilimane, in the despatch addressed by him to Her Britannic Majesty's Vice-Consul in that circumscription, I purpose also, by the first mail, to send proper instructions to the authorities on the spot to afford every assistance which the Superior of the Blantyre Mission may require for security of the lives and interests of those subjects of a friendly and allied nation who are living in the territories situated between the Upper Shiré and Lake Shirena, and also in other districts, subject, as these are, to the jurisdiction of His Most Faithful Majesty. || God preserve your Excellency!

Francisco Maria da Cunha,
Governor-General of the Province of Mozambique."

Indeed, on the 30th January, 1880, the Governor-General informed the Home Government that, as there was a continuance of the disorders at Blantyre, owing to the detention of a native woman in the Mission, and it was known at Quilimane that the Chief Macenda had gathered his people together for again to attack the Mission, the Governor of Quilimane had warned the Military Commandant at Senna to prevent, by every means within his power, the repetition of any such atrocity. || The facts, of recent occurrence, connected with the assassination, in the neighbourhood of Blantyre, of the Austrian subject Hinkelmann, an assassination carried out in the most barbarous and

Nr. 9855. Portugal. 28. Mai 1888.

cruel manner by the Chief Chicusu, son of Chipitula, facts which are referred to in the note from the British Legation at this Court dated the 12th December, 1886, and my note in reply thereto, are another clear proof, that the military forces and influence of Portugal are effectively employed in the maintenance of order and the protection of the lives of Europeans. The Portuguese Government was asked not to intervene on this occasion, as the Superiors of the Missions could rely on the assistance of some native Chiefs to suppress the movement. But the information received by the Governor of Mozambique did not admit of such a procedure. The restoration of peace in the Upper Shiré, and the punishment of Hinkelmann's assassins, were the result of the orders and arrangements made by His Most Faithful Majesty's authorities; and it was the Chief Cassin himself, one of those whom the Blantyre relied upon, who brought or dispatched to the Military Governor of Senna the heads of the barbarous assassins of a European, who had committed no crime, and fell a victim to the unbridled greediness of Chicusu, to whom, with just reason, he had refused to submit. || So much as regards the Shiré and the Nyassa, to the shores of which our boundaries reach, as recently fixed with Germany, and where there are so many Chiefs who are vassals of the Crown of Portugal. || As regards the Upper Zambesi, the influence of our "Capitães Mores" is making itself efficacious beyond the mouth of the Sanhate (Sanyate) and along the course of the Cafué, and the action of our merchants is being still more felt towards the west, beyond the country of the Machuculumbos. || In their well-known work, "De Angola á contra Costa", the distinguished officers of the Portuguese navy, Brito Capello and Ivens, speak in the following terms in regard to this question: — || "Even higher up than the Choa, at a short distance from the Cafué, we would come across the habitations of Portuguese settlers; then, in Kassoque, we found at the time Mendouças, Monteiros and Simoes, whose runners cross the Ulenji, the Manica and the Machuculumbos daily, honest fellows who not unfrequently arrange among themselves the task of restoring to their homes, or sending on to Paramotenga, or on the road to Soshongo, English wanderers who have lost themselves in those parts, or individuals of other nations. || For any one who gets lost in these wilds or falls a victim to plunder or barbarian perfidies, it is a safe resource to draw close to the course of the river, for he will then find help and protection, and in every Portuguese habitation a home where he will be received as one of the family." || And further on, referring to the means at the disposal of the Portuguese Government, as recently shown in the expedition against Bonga, Messrs. Capello and Ivens add: — || "It is agreeable to set down these facts and to record them here, because we so often, 'of recent years', hear people pretend to speak of our dominion in the Zambesi country as a phantasy, that our minds are not satisfied with merely putting such things down as falsehoods, and not also administering a fitting corrective. And if it be certain, that no one better than

we can venture through these African wildernesses, it is equally certain, that no other Government as the Portuguese can at a moment avail itself of great forces and influence in such remote localities. || A simple order is sufficient from the Governor of Tete for Kanhemba, the 'Capitão Môr' de Nhacoa, resident in the territory of the Portuguese Crown, which, on the south of the river, extends up to the mouth of the Cafué, and, above all, Hraujo Lobo, 'Capitão Môr' of Zumbo, a gentleman with whom we had later on the pleasure of coming in contact, and thereby appreciating his excellent qualities, to scatter over those lands some 2,000 or 3,000 armed followers." || In order, that it may not look like illusions of patriotism, such positive statements as these, corroborated as they are by the deeds of the two Portuguese explorers, we may adduce in confirmation of them the unsuspected testimony of an eminent Englishman, Captain R. F. Burton, who, in regard to Portugal, besides other merits, possesses the love of justice, which makes him appreciate our civilizing efforts and those of our ancestors. || In 1873, in his work called "The Land of Cazembe", published by the Royal Geographical Society, and containing the narratives of three Portuguese travellers, Captain Burton not only revindicates for Portuguese the glory of having discovered Lake Nyassa in 1623, of having known and described in Maps the River Shiré, which they had already navigated during the sixteenth and seventeenth centuries, and of having traversed the Zambesi far above Tete, but he likewise, in the commencement of the introduction with which he prefaces the three narratives, does not hesitate to write the following words which are as generous as they are true: — || "Our earliest authorities upon the subject of Africa, the classical and sub-classical authors, were followed by the Portuguese, who betimes, in the sixteenth century, established factories on both coasts, eastern and western; their traders crossed the interior from shore to shore, whilst their missionaries founded large and prosperous Colonies, such as Zumbo in the east and San Salvador in the west, with cathedrals, churches, chapels and stone houses. The explorers did not neglect either the lake regions of Central Intertropical Africa, or even the basin of Zambesi River." || Affirming, as we do, therefore, that she has done her duty through all that region of the Zambesi, and considering it as a Portuguese river, Portugal bases her claims on every element that constitutes historic right, such as priority of discovery and an occupation effectively continued from remote epochs down to our own days; she relies upon the actual and effective exercise of jurisdiction, upon the real protection which she has extended to the commerce and civilizing efforts of people of every nationality; she relies upon documents of international character, such as the General Acts of the Berlin Conference, the Conventions with France and Germany, and the very Treaties which were entered upon with England in 1879 and 1884. || His Majesty's Government would be wanting in one of its essential duties, and would be ignoring the public spirit of Portugal, if it did not hasten to maintain before Lord Salisbury, as I request your

Nr. 9855. Portugal. 28. Mai 1888.

Excellency to do in my telegram of the 19th May, what we consider are the clear rights of the crown of Portugal. The evidence of the arguments upon which we based, and equally therewith the confidence we feel in the spirit of rectitude of the British nation, in the superior judgment of its statesmen, and most especially the eminent man, who is now Her Britannic Majesty's Principal Secretary of State, induce us to hope, that Portugal's incontestable rights will not again be called in question in official declarations, as was recently done in the Session of the House of Commons on the 17th instant. ‖ Nor would respect for our rights run counter to the natural aspirations of an adventurous people like the English, but rather would it help them to extend their commerce and carry their powers of initiative to the interior regions of Africa. The Government of His Most Faithful Majesty might establish, with this end in view, secure guarantees so soon as it should receive from Her Britannic Majesty's Government other guarantees of a political character, which, while recognizing our historic rights and our influence acquired at the cost of ages of labour, would assure us, on the part of Great Britain, the same recognition of Portugal's most just aspirations in Afrika, aspirations which the other Great Powers have not scrupled to guarantee. ‖ Your Excellency will read this despatch to Lord Salisbury, and furnish him with a copy and a translation of it when it may appear most convenient. ‖ God preserve your Excellency!

Barros Gomes.

Nr. 9856. **GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Lissabon an den portugiesischen Minister des Auswärtigen. — Forderung freier Waffeneinfuhr für die afrikanische Seengesellschaft über Quilimane. [Einschluss in B. 45.] 11. Juni 1888.

Nr. 9856. Gross-britannien. 11. Juni 1888.

M. le Ministre, ‖ I have received instructions from the Marquis of Salisbury to ask the Portuguese Government to allow the importation through Quilimane of a certain amount of ammunition and supplies which the African Lakes Company have ordered forward from Natal and Zanzibar, and which it is necessary that their Settlements should receive as soon as possible as a measure of safety. ‖ Not doubting, that the Portuguese Government, on the representation which I have now the honour to make to your Excellency, will cause orders to be sent to the Colonial authorities to allow the necessary ammunition to be sent up to the Company's station without delay, I avail, &c.

George G. Petre.

Nr. 9857. GROSSBRITANNIEN. — Premierminister an den Gesandten in Lissabon. — Auftrag, auch für die Blantyre-Mission die Waffeneinfuhr zu fordern. [B. 46.] 16. Juni 1888.

Nr. 9857. Grossbritannien. 16. Juni 1888.

Sir, || I have received a letter from the Church of Scotland Foreign Missions respecting the detention by the Portuguese authorities at Quilimane of certain ammunition intended for their agency at Blantyre. I am to request, that you will take steps with a view to this ammunition being allowed to reach its destination similar to those which, in my despatch of the 30th ultimo, I request you to take in the case of a like detention of ammunition destined for the African Lakes Company's station. || I am, &c.

Salisbury.

Nr. 9858. PORTUGAL. — Minister des Aeussern an den englischen Gesandten. — Beantwortung der Note vom 11. Juni. [Einschluss in B. 48.] 15. Juni 1888.

(Uebersetzung.)

Nr. 9858. Portugal. 15. Juni 1888.

Your Excellency, || In reply to the note which your Excellency addressed to me on the 11th instant, I have to state to you, that the Government of His Most Faithful Majesty are not aware that the importation of arms and ammunition through the ports of the Province of Mozambique, including the port of Quilimane, has been prohibited. || In view, however, of the application made in the name of Her Britannic Majesty's Government, the Minister of Marine lost no time in telegraphing to Mozambique inquiring from the Governor-General whether anything was known there with respect to any restrictive measure issued at Quilimane. His answer received yesterday was to the effect, that in the capital of the province nothing was known with regard to this matter. The Governor-General was then directed, by telegraph, to endeavour at once to procure information directly from Quilimane as to whether any restrictive measure in the sense referred to had been issued, and on what grounds such a course of proceeding had been adopted, in the event of the fact having occurred. || I avail, &c.

Barros Gomes.

Nr. 9859. GROSSBRITANNIEN. — Premierminister an den Gesandten in Lissabon. — Zurückweisung des portugiesischen Memorandums vom 28. Mai. 25. Juni 1888.

Nr. 9859. Grossbritannien. 25. Juni 1888.

Sir, || I inclose a translation of a note from Senhor Barros Gomes on the Zambesi question, dated the 28th ultimo, which has been communicated to me by M. d'Antas. It enters at considerable length into the territorial

Nr. 9859. Gross-britannien. 25. Juni 1888.

claims of Portugal, on which she bases her pretensions to close the river against foreign vessels. || It is hardly necessary for me to follow Senhor Barros Gomes, point by point, through his successive arguments. || It has never been disputed, that it was admitted at the Conference of Berlin, that as the question of the Zambesi was not comprised among those selected for discussion, it could not be included without the assent of Portugal, which was refused; nor that, under the Act signed by the Plenipotentiaries, the prior rights of existing sovereignties on the East Coast are respected. || Nor has it ever been contested, that a portion of the main stream of the Lower Zambesi is included in the Colony of Mozambique. || No reply seems to be needed to those portions of the note which refer to the humane action of the Portuguese authorities in preventing the natives of the interior in the year 1879 from obtaining from Mozambique arms and ammunition to be used against the British settlers. || I will therefore confine myself to such a statement of the views of Her Majesty's Government as will make them clear to the Portuguese Government. || It is, as Senhor Barros Gomes admits, a disputed point whether nearly 300 years since a Portuguese traveller did, or did not, see the waters of Lake Nyassa; the decision of this controversy has no practical value at the present day as regards the political situation. It is, on the other hand, an indisputed point, that the recent discoveries of the English traveller Livingstone were followed by organized attempts on the part of English religious and commercial bodies to open up and civilize the districts surrounding and adjoining the lake. Many British Settlements have been established, the access to which from the sea is by the Rivers Zambesi and Shiré. Her Majesty's Government and the British public are much interested in the welfare of these Settlements. Portugal does not occupy, and has never occupied, any portions of the lake nor of the Shiré; she has neither authority nor influence beyond the confluence of the Shiré and Zambesi, where her interior Custom-house, now withdrawn, was placed by the terms of the Mozambique Tariff of 1877. || Portugal made a solemn declaration, through her accredited Representative at the Berlin Conference, that she had adopted, as far as she was concerned, the system of free navigation on the Zambesi. She was also a party to the general engagement recorded in the 1st Article of the Berlin Act, under which the Powers bound themselves to facilitate and promote freedom of transit through existing sovereignties. She has therefore pledged herself to a liberal and enlightened policy as regards the portion of the main Zambesi under her control. || But even if she had given no such pledge, this country could not admit her right to inaugurate a system which would practically result in the exclusion from the waters over which she has control of all British ships wishing to pass beyond those waters. Sir J. Fergusson's remarks in the House of Commons were in this sense; and I should wish you to state to Senhor Barros Gomes, that they accurately expressed the views of Her Majesty's Government. You are authorized, when

you make this statement, to add remarks in the sense of the foregoing observations, and, if he desires it, to give Senhor Barros Gomes a copy of this despatch. || I am, &c.

Nr. 9859. Grossbritannien. 25. Juni 1888.

Salisbury.

Nr. 9860. **PORTUGAL.** — Minister des Aeussern an den englischen Gesandtschaftssecretär. — Erlaubniss der einmaligen Waffeneinfuhr über Quilimane für die englische Blantyre-Mission. [Einschluss in B. 55]. 4. Juli 1888.

(Uebersetzung.)

Nr. 9860. Portugal. 4. Juli 1888.

Sir, || It appears from a telegram from Mozambique, dated yesterday and addressed to the Marine Department, that the prohibition to clear arms and ammunition through the Custom-house at Quilimane was issued in consequence of the disturbance of the public peace at a few places in the valley of the Zambesi, where some ancient partizans and relatives of Bonga are committing disturbances, and are again attempting to paralyze trade. This decision, which was adopted by the Government of the district, was subsequently sanctioned by the Governor-General, in view of the statements made by the first-named authority. These facts render it difficult for the Portuguese Government to accede to the wish expressed by Lord Salisbury in the note from your Legation of the 11th ultimo, as well as in the interview with Mr. Petre, when his Excellency applied for permission to get 2,400 cartridges for carbines and revolvers cleared for the Blantyre Mission. Nevertheless, the regard which we justly feel for the Government of Great Britain, and the moral certainty, as guaranteed by their intervention in this matter, that the ammunition thus imported will never be employed for any other purpose, but that of the just defence of the importers, induce the Portuguese Government to lay aside any objections to their assuming the responsibility of ordering the importation of a limited quantity, as agreed upon beforehand, of such ammunition as may be absolutely indispensable. || In accordance with this decision, orders will be sent to-day to Mozambique to allow the clearance at once of the 2,400 cartridges; and the Portuguese Government await your reply as regards the ammunition referred to in the note of the 11th June last from your Legation before they fix the precise terms of any further permission, that it may be necessary to notify to Mozambique with regard thereto. || I avail, &c.

Barros Gomes.

Nr. 9861. **GROSSBRITANNIEN.** — Premierminister an den Gesandtschaftssekretär in Lissabon. — Auftrag, der portugiesischen Regierung die Zugehörigkeit des Khama- und Matabelelandes zur englischen Einflusssphäre zu eröffnen. 24. Juli 1888.

Nr. 9861. Grossbritannien. 24. Juli 1888.

Sir, || Sir Hercules Robinson has recommended, by telegraph, that Portugal should be informed that Khama's country and Matabeleland are within the sphere of British influence. I am of opinion, that it would be desirable, that you should make a communication to this effect to the Portuguese Government, especially as it is understood from your recent despatches that expeditions, the object of which is the extension of Portuguese influence, are about to be sent up the Zambesi. || If M. Barros Gomes should express any apprehension as to the occurrence of difficulties respecting the boundary-line between this territory and the Portuguese Province of Sofala, you will be at liberty to assure him that Her Majesty's Government will be ready to enter into friendly negotiations for the delimitation of the frontier. || I am, &c.

Salisbury.

Nr. 9862. **GROSSBRITANNIEN.** — Gesandtschaftssekretär in Lissabon an den Premierminister. — Bericht über die Aufnahme der obigen Eröffnung durch den portugiesischen Minister des Aeussern. [B. 66.] 1. Aug. 1888.

Nr. 9862. Grossbritannien. 1. Aug. 1888.

My Lord, || I have the honour to report, that I had an interview to-day with Senhor Barros Gomes in order to carry out the instructions contained in your Lordship's despatch of the 24th ultimo, which reached me last night. || I told His Excellency, that I had come to communicate officially information which had probably reached him from other sources relating to a new sphere of British influence south of the Zambesi, which includes Khama's territory and Matabeleland. In order to be strictly accurate I placed in his hands the Memorandum of which I inclose a copy. || The first question which his Excellency asked was whether England had made an arrangement with Germany to enable her to exercise influence to the north of the 22nd degree of latitude, which he understood had been fixed by a Convention between the two countries as the limit of their respective spheres of influence. I said I was unaware of any such Convention, and his Excellency said he was under the impression that it was concluded at the time when Germany acquired her territory on the West Coast. It would affect any right with regard to Khama's territory. His Excellency went on to say, that with regard to Matabeleland proper the Portuguese Government had no objection to its being placed within the sphere of British influence. That although Portugal had historic rights over that country she would not insist on them, but that there were districts

Nr. 9862. Grossbritannien. 1. Aug. 1888.

south of the Zambesi which had never belonged to the Matabele which were claimed by Portugal, and over which she certainly would not relinquish her rights. With regard to the eastern boundary he stated, that there were districts marked in English Maps as belonging to Mashonaland which in reality belonged to the Portuguese district of Manica. || I said, that with regard to the northern boundary my instructions were that the Zambesi was the limit, and that I had not been aware, that Portugal claimed any large territory to the south of that river except towards its mouth. That with regard to the eastern limit, I was expressly authorized to tell him, that England was ready to enter into friendly negotiations for the delimitation of the boundary of Sofala, and that, if, as I concluded, Manica was a sub-district in that territory, there would probably be no difficulty in coming to an understanding on that point. His Excellency then sent for a Map drawn up by the Marquis de Sa Bandeira in 1861, in order to show me, he said, that the claims of Portugal south of the Zambesi were not of recent date. He pointed out to me where Matabeleland touched the Zambesi, and where Portuguese territory commenced, namely, at the River Cinyati. || Not having the advantage of a Sketch Map, I could only speak generally with regard to the views held by Her Majesty's Government of what constitutes the district of Sofala; but I repeated, that it could form the subject of friendly discussion. || His Excellency appeared to acquiesce in this, provided the just rights of Portugal were not infringed. He added, however, that he would address a note to me on the subject. He mentioned in the course of our conversation, that the Portuguese Consul at Cape Town, at the time when the Treaty with Lo Bengula was signed, had addressed the High Commissioner on the subject of the reservation of the rights of Portugal, and that a communication to the same effect had been made to your Lordship through the Portuguese Legation in London. || I have the honour to transmit herewith a Map which his Excellency was so good as to give me. It is the second edition of the Marquis de Sa Bandeira's Map, published in 1867. Your Lordship will observe, that Portuguese territory is shown by an arbitrary line drawn from the River Siniati to the coast at Cape St. Sebastian and that the district of Sofala is marked as a comparatively small territory on the coast. || The Map is of interest as showing, that in 1867, although the claims of Portugal on both banks of the Zambesi were exaggerated, there was at that time a limit to their claim to territory in the interior of Africa. || I have, &c.

G. F. Bonham.

Nr. 9863. **PORTUGAL.** — Minister des Auswärtigen an den englischen Gesandtschaftssekretär. — Verlangen nach Regulirung der britisch-portugiesischen Grenze in Afrika. [Einschluss in B. 69.] 6. August 1888.

Nr. 9863. Grossbritannien. 6. Aug. 1888.

Sir, || You informed me, in compliance with instructions from your Government, that Great Britain considered the country or Kingdom of Khama as being under her sphere of influence, in accordance with the offer made by the latter some time ago to Her Britannic Majesty, and likewise in conformity with the Treaty concluded on the 11th February last with Lo Bengula, the Kingdom of the Matabeles and the countries of Mashona and of the Makalakas, the whole of this region being situated to the north of the Protectorate of Bechuanaland and of the Transvaal, to the south of the Zambesi, to the east of the 20th degree of longitude, and to the west of the Portuguese Province of Sofala. || In making this communication, you added, that you were authorized by your Government to state to me, that they would be willing on their part to enter into negotiations with the Portuguese Government with a view to the defining of the line of boundary which is to separate the possessions of the two countries, as well as their respective spheres of influence. || His Majesty's Government are glad to receive this declaration, which tends to prevent any future complications that might arise from attempts at expansion on the part of the subjects of the two nations, and also from the vague manner in which certain regions, which, as that Chieftain asserts, are placed under his direct influence, are described in the Treaty with Lo Bengula, this having already given rise to the interference of the Portuguese Consul at the Cape on the publication there on the 28th of last April of the Convention with that Chieftain, and also to the observations made by this Government, as set forth in the Memorandum of the 1st May, which was by my directions delivered to Lord Salisbury in London by M. d'Antas. || I consider, therefore, that it is highly expedient to proceed to the delimitation of the frontier now proposed by Her Britannic Majesty's Government, in accordance with the wishes as previously expressed by that of His Most Faithful Majesty. The region to the south of the Zambesi, where the Portuguese influence has not only prevailed during three centuries, but in which there is actual occupation exercised by authorities appointed by the King of Portugal and established with his consent in the so-called "Prazos da Corôa" (Crown Estates) placed under their administration, is perfectly well defined. These authorities, named "Capitães-Móres" (Commandants), are in direct obedience to the orders of the Governor of Tete, and thus place under his jurisdiction extensive territories situated to the south of the river as far as Sanyati. || On the other side, on the Limpopo, the point of confluence of that river with the Parfori is laid down as the Portuguese boundary, in virtue of the Treaty of the 29th July, 1869, with the Transvaal. || The Portuguese Government are in possession of

all the data which are required to enable them to determine the line of boundary which, starting from this point, continues at first along the left bank of the Limpopo, and thence as far as the Zambesi, taking into account, in addition to other circumstances, the area of the regions placed under the direct action of our "Capitães-Móres" (Commandants), and also of the Chieftains subject to Gungunhama, at present under the influence of Portugal, whether it be by drawing up a proposal themselves, or by discussing any proposals which Her Britannic Majesty's Government may think proper to suggest, in order that they may be examined in common. || While awaiting, therefore, your further communications upon this matter, I avail, &c.

Nr. 9863. Grossbritannien. 6. Aug. 1888.

Barros Gomes.

Nr. 9864. PORTUGAL. — Minister des Auswärtigen an den englischen Gesandtschaftssekretär. — Note über den berechtigten Einfluss Portugals im Gebiet des Nyassa-See's. [Einschluss I in B. 72.] 14. August 1888.

(Uebersetzung.)

Nr. 9864. Portugal. 14. Aug. 1888.

Sir, || When, on the 9th July last, you placed in my hands a copy of the despatch addressed to you by Lord Salisbury on the 25th of the preceding month, I took occasion to assert — requesting you at the same time to acquaint your Government therewith — that, as I did not find in the despatch referred to any refutation of the arguments which I had adduced, and being unaware of any new facts or of any documents of an international nature, to gainsay the assertions and unquestionable rights of the Crown of Portugal, I considered it to be my imperative duty, in virtue of the office which I hold, to maintain the declarations made by me before Parliament, and which I confirmed and explained in detail in my despatch of the 28th May to Senhor d'Antas. I furthermore held it to be my duty to add, that it appeared to me that the several questions treated in Lord Salisbury's despatch of the 25th June could not meet with a practical and final solution unless other Powers which are also interested therein, besides Portugal and Great Britain, should also intervene in their settlement. || I have no reason to alter this view, or my reply as regards the question of right, amply maintained in my despatch of the 28th May; nevertheless I consider, that it is still my duty to rectify certain statements and assertions which, in my opinion, are incorrect, and which, if received in silence, might seem to be tacitly accepted by His Majesty's Government. || Without wishing in any way to diminish the prestige of the great English explorer Livingstone, this Government cannot admit the assertion, that the new discovery of Lake Nyassa was due to that eminent man, which lake might at the utmost have been sighted some 300 years ago by a Portuguese subject, and was subsequently forgotten, as stated in the despatch of the 25th June. || Livingstone himself expressly states the contrary. In

Nr. 9864. Portugal. 14. Aug. 1888.

Chapter 21 of his work, "Missionary Travels: Narrative of an Expedition", &c., he describes with approximate precision, some years before he went there, the River Shiré and Lake Nyanza, on the basis of the information furnished to him by a Portuguese, Candido da Costa Cardozo, who navigated the lake and crossed over from one bank to the other. On that occasion Dr. Livingstone did nothing more than ascertain at the mouth of the Shiré, on his way from Zambesi to Quilimane, the accumulated existence of several aquatic plants, which, according to Cardozo, were the cause of the difficulties met with in navigating the Shiré. || The proceedings of Candido da Costa Cardozo had been forestalled by many other Portuguese who had travelled through, and were acquainted with, a region to which geographers and historians, as well as Portuguese Charts, or else of Portuguese origin, have for centuries been alluding. || Dr. Livingstone, on his return to England, in his letter to the Earl of Clarendon of the 26th August, 1856, after alluding in most grateful terms to the effectual support and assistance rendered to him on the coast and in the interior of Angola, and also along the Zambesi and at Quilimane, on the part of the Portuguese authorities and subjects (which support was due to the express recommendation of His Majesty's Government, and was later on officially acknowledged with thanks by Her Britannic Majesty's Government, and also by the illustrious Murchison, in his capacity of President of the Royal Geographical Society of London), makes the following statement: — || "I ought to mention that, having this day been shown by Dr. Beke a sketch of Lake Nyassa made by the Reverend Mr. Relman, I found that it entirely agreed with a lake of the same name visited by a gentleman of Tete (M. Candido), which I have, with his consent, inserted in the Map in the form of a note." || The lake was later on visited by the illustrious explorer, who called the attention of his fellow-countrymen to the expediency of rendering it an active centre of trade and a focus of Christian and European civilization, and in consequence Her Britannic Majesty's Government addressed the Government of Portugal; and the Earl of Derby, in his despatch of the 22nd March, 1876, to Her Britannic Majesty's Chargé d'Affaires at Lisbon, applied for the protection of the Portuguese authorities, and for the free transit of merchandize, in favour of the expedition organized in Scotland, of which Mr. Cotterill, a British subject, was to be the chief. On the Consultative Board for the Colonies being consulted with regard to this matter, their opinion was to the effect that the Mozambique authorities should be instructed to protect the expedition as far as lay in their power, as they had already done in the case of Dr. Livingstone's expedition, and of the exploring travels of Professor Peters, of Berlin, and that the exemption from the payment of duties should be granted provided the expedition were merely of a scientific nature. In this sense the "Portaria" of the 30th November, 1875, was issued to the Governor-General of Mozambique, and the advantageous results obtained in consequence of the concessions accorded therein were acknowledged, with

thanks, in a communication to the Government at Lisbon, and the Portuguese Consul in London, Viscount Duprat, was thanked by a Committee of gentlemen and members of the Association formed in Glasgow for the purpose of organizing and managing the expedition. || It is expedient to re-establish the history of these facts, inasmuch as in the despatch of Her Britannic Majesty's Principal Secretary of State to which I am alluding not only is the priority of dicovery denied, but also that the Portuguese have any influence whatever beyond the mouth of the Shiré at its point of confluence with the Zambesi. || It is certain, that the official documents on this matter, as well as the narratives of English travellers, would be quite sufficient to contradict such an assertion. Among the former, without going beyond those of a recent date, I may mention the Blue Book laid before Parliament in June last, containing papers relative to the Slave Trade, and, as regards the latter, the book of Montagu Kerr, called "The Far Interior". By either of these publications, which England must certainly look upon as unprejudiced, a clear proof is afforded in support of the direct and effectual influence which has for a long time been exercised by the Portuguese throughout the whole of that region, in a part of which "Prazos da Corôa" (Crown Estates) have been established, which are administered by lessees who receive those estates from the hands of the chief authority of the province — an influence which has been recognized by the Agents of Her Britannic Majesty themselves, as I proved by means of documents in my despatch of the 28th May. || There is a great deal of evidence to be found in the archives of Portugal which I might quote in support of what I assert. || I will not mention it at present as it is not necessary to do so; but, nevertheless, I think it is well to refer to a document of recent date, namely, a letter written immediately after the death of Chipitula, by the Chief Cacisse, and addressed by him to the Military Governor of Senna. I inclose a copy of this letter. There cannot be a better document to prove the existence of that natural and legitimate influence which we hold, and which is called in question in Lord Salisbury's despatch to which I have been alluding. || I must not conclude without referring to the inferences which it is endeavoured to draw from the declaration made by one of the Portuguese Plenipotentiaries at the Conference of Berlin with respect to Portugal having already at that time established the freedom of navigation in the Zambesi and in its tributaries, and also to her having taken the engagement entered into by all the Signatory Powers of the General Act to endeavour to get the several sovereignties on the East Coast to hasten the establishment of the régime in question. || No doubt those two facts did take place; but the first, amounting only to a spontaneous declaration — which was certainly incorrect owing to misinformation which led to the assuming of what was practically a toleration as being a legal status which did not exist at all — could never be binding with a view to the maintenance *in perpetuum* of that régime, even if it really existed, which it did not. || On the other hand, the general enga-

Nr. 9864. Portugal. 14. Aug. 1888.

gement derived from the clauses themselves of the Act of Berlin not only presupposed, *per se*, up to a certain point, on the part of Portugal, the non-existence of the régime of freedom, the establishment of which was contemplated, thus contradicting the declaration made by the Portuguese Plenipotentiary, but it also reserved the express consent of Portugal in order to determine the selection of the time best adapted for the establishment of the said régime. || Trusting, that you will be so good as to bring the foregoing statements under the knowledge of your Government, I avail, &c.

Barros Gomes.

Nr. 9865. GROSSBRITANNIEN. — Gesandtschaftssekretär in Lissabon an den Premierminister. — Mittheilung, dass die portugiesische Regierung die Einfuhr von Geschütz auf dem Zambesi der britischen Seengesellschaft nicht gestattet. [B. 85.] 4. September 1888. (Eingegangen in London am 5. September.)

Nr. 9865. Grossbritannien. 4. Sept. 1888.

My Lord, || On receipt of your Lordship's despatch of the 29th ultimo, instructing me to again revert to the subject of the admission of arms for the African Lakes Company, I endeavoured to see Senhor Barros Gomes; but, as yesterday was a fête-day, the public offices were closed. || As there was a ceremony in the afternoon, at which I knew the Ministers would be present, after which they might probably disperse, I thought myself justified in writing to his Excellency asking for an interview in order to press the arguments, of which I gave him an outline, in favour of the admission of the arms. || At an interview which I had with Senhor Barros Gomes this morning I proceeded to develop these arguments, insisting on the responsibility which the Portuguese Government would incur if they declined to accede. || His Excellency answered, that a Council of Ministers was held yesterday afternoon after the ceremony to consider the question, and that my letter was laid before it. He explained this had not been done before, as the Minister of War had only returned two days ago. || In giving me the decision, which was an adverse one, his Excellency laid great stress on the desire of Portugal to remain on good terms with England, stating that they had shown this on a previous occasion by sending telegraphic instructions for the admission of small arms and ammunition; but the idea of admitting cannon at the request of a private Company could not, he said, be entertained. He stated, that such a permission was not even granted to Portuguese subjects in their private capacity, and that the only artillery in the country were in the hands of the military authorities; that even Antonio Sousa, a man of great importance, and on whom I knew they rely in their present difficulties, has not the privilege of importing it. Under these circumstances, it would be impossible to give it to

Nr. 9865. Grossbritannien. 4. Sept. 1888.

a foreign trading Company. As to a guarantee, that they would not be sold to the natives, his Excellency asked what guarantee could a trading Company give. I said, that, although the guns were asked for on behalf of a Company, the application was made by a Government. His Excellency answered, that our Government always supported the wishes of our trading communities, and that, in the actual state of the country, there was great danger lest the guns should fall into the hands of the enemy. As his Excellency had alluded to the prospect of a speedy restoration of peace, I asked whether, when it was re-established, the guns could be imported. His Excellency did not give a direct answer, and, under the circumstances, I thought it better not to press the question. || As I felt I was only arguing against a foregone conclusion I did not prolong the interview, but told him, on leaving, that I hoped he fully realized the responsibility they were incurring. His Excellency answered it was a responsibility which all incurred who settled in these uncivilized regions. || I have communicated to your Lordship the substance of this despatch by telegraph. || I have, &c. G. F. Bonham.

P.S. — At my request his Excellency said, that he would address a note to me to this effect.

Nr. 9866. GROSSBRITANNIEN. — Memorandum als Antwort auf die portugiesische Note vom 14. August 1888. Zurückweisung der portugiesischen Ansprüche. [Einschluss in B. 87.] 8. September 1888.

Nr. 9866. Grossbritannien. 8. Sept. 1888.

Her Majesty's Government have received the note addressed by the Portuguese Minister for Foreign Affairs to Her Majesty's Chargé d'Affaires in Lisbon on the 14th ultimo on the right of the Crown of Portugal to certain territories adjacent to the River Zambesi. || Without going further into detail, they content themselves for the present by observing, with regard to the argument of prior discovery, that it is not improbable, that the Portuguese subjects settled in the Colony of Mozambique had obtained some general information as to the neighbouring districts. The Memorandum of Senhor Barros Gomes, however, in their opinion, only confirms the fact that Dr. Livingstone was, for all practical purposes, the discoverer of Lake Nyassa, and that it was owing to him, that the districts surrounding it were settled, and have since been continuously occupied exclusively by British subjects. || As regards the letter addressed by the Chief Ramakukan on the 5th January, 1887, to the Portuguese Commandant of Senna, it is evidently the letter of an independent Shiré Chief to a Portuguese official on the Zambesi, and appears to Her Majesty's Government to be conclusive as to that Chief's knowledge, that the Shiré districts are outside Portuguese territory.

Salisbury.

Nr. 9867. **PORTUGAL.** — Minister des Auswärtigen an den englischen Geschäftsträger. — Protest gegen die auf einer officiellen englischen Karte angegebenen Grenzen des portugiesischen Afrika. [Einschluss in B. 94.] 14. September 1888.

(Uebersetzung.)

Nr. 9867. Portugal. 14.Sept.1888.

Sir, || The Portuguese Consul at the Cape of Good Hope has recently forwarded to me a copy of a Blue Book lately laid before the two Houses of Parliament by order of the Governor of that Colony. || I have already taken the opportunity, in conversation, of calling your attention to this document, but I consider it to be a matter of absolute and urgent necessity to allude again and in writing to it, in the hope that you will, without loss of time, acquaint your Government with the contents of this note. || The Blue Book, to which I have alluded, contains a long statement of Sir Hercules Robinson, in which reference is made to a Map annexed thereto, with respect to which it says that it elucidates and explains "the existing conditions in South Africa with which we have to deal." In this Map the boundaries of the Portuguese territories on the east coast are traced to be the 32^0 meridian, the course of the River Sara, and, finally, an arbitrary line running approximately from the 18th parallel of latitude as far as Zumbo. || This Government cannot do otherwise than protest against an assertion which is officially made, and which is in opposition to the rights of the Crown of Portugal which have always been affirmed, and which were also recently reserved on the occasion of the Treaty made with Lo Bengula, not only in the protest which was at once drawn up by the Portuguese Consul at the Cape, but also in the Declaration laid by the Portuguese Legation before Her Britannic Majesty's Principal Secretary of State in accordance with that protest, and in my recent communication to you dated the 6th August. || This Government have full confidence in the solidity of their rights, and in the perfectly good faith of England, which lately informed me, through you, that she was disposed—which, on my part, I consider to be both just and expedient—to negotiate with Portugal the delimitation of the respective possessions of the two countries and of the sphere of influence in the region in question. || Those rights, however, would be weakened were the Portuguese Government to remain silent in the face of an official document such as that to which I allude, and which does not call for the attention and observations of His Majesty's Government on this point alone. || The Convention concluded on the 30th December, 1886, between Portugal and the German Empire, defines, in Article I, the course of the River Cunene from its mouth as far as the cataracts formed by that river in the vicinity of Humbe when crossing the ridge of mountains (Serra) of Caná as the boundary of the Portuguese possessions in South Africa. From that point forward the line of frontier runs along the parallel as far as the River Cubango, and thence

the course of the same river as far as Andara, which lies within the sphere of German interets: from that point it continues in a straight line in an easterly direction as far as the Catima Rapids on the Zambesi. || The Map to which I am alluding in this note, by the fact of its placing the boundary of the Portuguese and German possession at the 20⁰ meridian, would seem to have for its object to alter in an essential manner, or at least to ignore, the provisions of the German-Portuguese Convention of the 30th December, 1886. The Portuguese Government, therefore, in maintaining the rights of Portugal confirmed by that Convention, and even through a sense of loyalty, inasmuch as their signature has been affixed to that international document, cannot but suggest to Her Britannic Majesty's Government the necessity of the intervention of the Imperial Government in the final settlement of the whole of the questions now pending in South Africa as regards the determination of the respective spheres of influence. || That final settlement, if inspired, as no doubt it will be, by a sense of justice and equity, must, I hope, form a new and powerful link to confirm and strengthen still more the friendly relations between the three States, the attainment of which object Portugal has much at heart. || I avail, &c.

Nr. 9867. Portugal. 14.Sept.1888

Barros Gomes.

Nr. 9868. **PORTUGAL.** — Minister des Auswärtigen an den englischen Gesandtschaftssekretär. — Note, die Verweigerung der Einfuhr von Geschützen auf dem Zambesi betreffend. [Einschluss in B. 98.] 14. September 1888.

(Uebersetzung.)

Sir, || I did not fail to submit, as in duty bound, to the consideration of my colleagues in the Cabinet, the matter which forms the subject of the note from your Legation dated the 8th instant. The matter could not but be maturely considered, not only in view of its grave importance, but also because it was an application made on the part of a friendly Power in order that several of its subjects might receive such assistance as they said they were in need of in self-defence against the Arabs. || You summarize with perfect accuracy what took place at the several interviews held between us, in which we discussed the application on the part of Her Britannic Majesty's Government for us to consent to the importation, for conveyance to Nyassa and subsequent use by a private Company, of a powerful weapon of destruction, of which Government alone have made use up to the present time. In reply to the chief objection, which I offered to giving such consent, you now assure me, as authorized by your Government, that the latter engage that the artillery thus imported will never be either sold or ceded to the Arabs, and that it will not be used for any other purpose but for the defence of the agents and establishments of the Company. || His Majesty's Government duly appreciate

Nr. 9868. Portugal. 14.Sept.1888.

Nr. 9868. Portugal. 14. Sept. 1888.

the high moral value of this guarantee; but they must remark, that it neither does nor can cover the eventuality which may possibly occur of such artillery involuntarily falling into the hands of the Arabs, who might be able later on to get people from Zanzibar who know how to use it against Europeans, and consequently against Portugal. || Without wishing in any way to deny the meritorious intention of the attempts hitherto made both by the African Lakes Company and by the Scotch Missions for the development of trade in the regions of the lakes, a fact to which you allude in your note of the 8th instant, His Majesty's Government cannot help nevertheless expressing their grave apprehensions that the hostilities undertaken by the missionaries and the agents of that Company against the Nyassa Chiefs will not only tend to render any trading operations between those regions and Quilimane difficult, but even altogether impossible, of which the Portuguese authorities have long been complaining, but will also produce an effect absolutely contrary as far as regards the end or purpose which they are now said to have in view, namely, of opposing the Slave Trade. I shall not base my doubts on this matter upon the evidence furnished by Portuguese travellers or by the authorities of the Province of Mozambique. Such evidence, although we look upon it as entirely worthy of credit, might nevertheless be pronounced to be biassed, if not by the British Government, at least by a part of public opinion in England. In order to prove what I have above stated I shall have recourse to official statements made by British subjects, or to the views publicly declared by one of the most eminent African explorers ("Africanista") of Great Britain, justly held in high repute both in his own country and in Portugal on account of the eminent services rendered by him to geographical science and to humanity. || In the paper No. 2 in this year's Blue Book on the Slave Trade, Mr. Hawes, in his minute reference to the difficulties which have arisen in the relations between the native Chiefs and the missionaries, mentions the charges made against the latter, and concludes by saying that as long as the circumstances brought about by the Missions are not modified, it will be a most difficult matter not only to conciliate the friendship and respect of the native Chiefs, but even to attempt, with any prospect of success, to settle the question of the Slave Trade:— || "As long as the present grievance exists, a serious barrier is placed in the way of my promoting amongst the Milanji Chiefs the friendship and respect for the English that it is most desirable should be established, and any endeavours to bring influence to bear on the question of slavery will, I fear, at present be of little avail." || This conviction is clearly transparent in the other papers inserted in the same collection of documents. || On the other hand, Lovett Cameron, the great explorer, in commenting in his letter to the "Times", published in that journal on the 3rd instant, upon the recent fighting, which is described as directed against the Slave Trade, after expressing his agreement ("sympathia") with his fellow-countrymen, adds as follows:— || "I may, perhaps, be permitted to doubt whether the line of action

Nr. 9868. Portugal. 14. Sept. 1888.

they are pursuing will directly do more than secure the safety of their commercial operations, and though indirectly they may render the disease of slavery less acute in those neighbourhoods where they carry on their trading and planting, it may not become more severe in others." || He subsequently shows, that a commercial Company is not concerned in carrying out any philanthropical schemes, and he even remarks that until lately European merchants had been contented to live by the side of the slave-owners, and then ends by declaring that he would never ("but although I would not") "advocate the employés of commercial Companies engaging in military operations beyond such as are necessary for the security of their persons and trade." || This is stated, it is well to repeat it, with reference to the fighting which has recently taken place, as reported in the English press. || Such are the grave doubts which are likewise entertained by the Portuguese Government, in addition to others of a not less grave nature which have on several occasions been pointed out to you. || Very different means ought to be adopted, not for the purpose of suddenly suppressing the Slave Trade, which is simply an Utopia, but for its gradual and rapid extinction. The annals of our navy and of our Colonial Governments prove how very effectual the action of Portugal has been and still is in this matter. This action is also favourably commented upon in the Reports of Her Britannic Majesty's Consul now at Mozambique, and still more recently in the letters signed by a British subject, Mr. Hawes, which are inserted in the Blue Book above referred to. In No. 6, for instance, the following passage may be quoted verbatim:— || "With regard to the Traffic in Slaves that was commonly reported to take place at Lunas, it would appear, by native reports, that during the past year the trade has almost died out, and that caravans proceeding to Quilimane now only take, with the exception of the so-called wives, sufficient numbers to carry back the goods that may be purchased. This may probably be owing to the vigilance of the Portuguese authorities, who, I am informed, have stationed an official at Lunas." || In document No. 2 it is also stated:— || "From the brisk Traffic in Slaves that has for the past few months been carried on by caravans from the coast, it would almost seem that some fresh impetus from that direction has been given to the Trade. || It is difficult to find out the destination of these caravans; but the fact of Kawinga's caravan going to the Lomue country to purchase slaves to sell in this market shows, that the coast in the direction of Mozambique is not the point aimed at, and the Report given in my despatch of the 25th February last respecting the discontinuance of the Trade at Lunas, near Quilimane, is, to a great extent, supported by the fact that two large caravans conveying ivory, but no slaves, have recently passed Lomba, en route to Quilimane. This also bears out the result of the inquiries made by Consul O'Neill." || These two passages and the general tenour of the documents published in the Blue Book prove, therefore, on the one hand, the vigilance and energy of the Portuguese authorities, and, on the other hand, they indicate

Nr. 9868. Portugal. 14. Sept. 1888. that it is not by means of bloody wars in the interior, provoked and maintained by Europeans, but rather by a proper fiscal supervision on the seacoast, as well as by a moral and pacifying action, that, in time, this very difficult problem, which is now being earnestly taken up, as you very justly observe, by public opinion in Europe, can be solved. || The Foreign Office itself likewise assents to this view, inasmuch as it recommended an exclusively moral influence and an endeavour "to ameliorate the condition of the natives by gradually extending civilizing influences", always bearing in mind the difficulty of sending material assistance to those regions in the interior (No. 16). || It is certain, however, that, in view of the state of things at present existing, it is necessary, in order to prevent the possible sacrifice of precious European lives, to interfere without delay. It is as regards the manner of carrying out this intervention that there may be, and that there is, a difference of opinion on the part of His Majesty's Government, with respect to the proposed means of the supply of artillery into the hands of a commercial Company. It would appear to His Majesty's Government that the first thing which it is requisite to do in the interest of all parties concerned is a speedy pacification. His Majesty's Government, having kept themselves aloof from the hostilities which have taken place, are gladly willing to send orders to their authorities at Mozambique to endeavour to carry out such an intervention as will, by peaceable means, put an end to hostilities; and should they fail in their attempt to support, by the necessary means of action which may be at the prompt disposal of the province, the efforts of the British subjects who are engaged in the struggle against the Arabs, and whose lives and property are threatened, for which purpose the necessary and proper ("convenientissima") understanding ought to be arranged between the authorities at Mozambique, Quilimane and Sena and the Managers of the African Lakes Company. || I avail, &c.

Barros Gomes.

Nr. 9869. GROSSBRITANNIEN. — Gesandtschaftssekretär in Lissabon an den Premierminister. — Mittheilung, dass der portugiesische Minister des Aeussern weitere Verhandlungen für zwecklos halte. [B. 102.] 19. September 1888. (Eingegangen in London am 24. September.)

Nr. 9869. Grossbritannien. 19. Sept. 1888. My Lord, || I called on Senhor Barros Gomes yesterday, and placed in his hands a copy of the Memorandum inclosed in your Lordship's despatch of the 8th instant on the subject of Portuguese claims in Central Africa. His Excellency, after reading it, said, that Portugal maintains the position already defined by her in previous notes on the subject. He went on to say, that he did not consider that it was of any use to continue the correspondence, which

consisted in both sides affirming contrary propositions, but that Portugal claimed the right to take action if necessary. || As I had another interview with his Excellency to-day, I asked him whether, as I liked to be strictly accurate in such matters, I had correctly expressed his words. His Excellency answered, that what he had wished to express was that we did not make much progress in the negotiation. || He then alluded to the fact that the sons of Ramukakan, afterwards Kassissi, the Chief alluded to in the Memorandum, had lately come to the Governor-General of Mozambique, as reported in my despatch of the 30th ultimo. I answered, that they probably wished to be on good terms with the Portuguese authorities, but that they appeared to be on equally good terms with our Vice-Consul. || His Excellency probably meant the sons of Mlauli, Kassissi's successor. || I have, &c.

Nr. 9869. Grossbritannien. 14. Sept. 1888.

G. F. Bonham.

Nr. 9870. GROSSBRITANNIEN. — Memorandum des englischen Gesandtschaftssekretärs in Lissabon über die Einfuhr von Waffen für die See'ngesellschaft. — Dem portugiesischen Minister des Aeussern übergeben am 17. October 1888.

Nr. 9870. Grossbritannien. 17. Oct. 1888.

Although Her Majesty's Government have not yet answered your Excellency's note of the 14th ultimo, I am able to assure your Excellency that, while recognizing the proposed sacrifice on the part of the Portuguese, they do not admit the idea of Portuguese assistance in enabling the African Lakes Company to defend themselves against the Arabs. || In the note in which I originally asked permission for arms to pass through Quilimane I stated, that they were required for the Nyassa district, and it was stated that they were required for defensive purposes, meaning thereby, as I need hardly explain to your Excellency, "defensive" as regards the African Lakes Company, "offensive" as regards those by whom they were being attacked. || The main object of this communication, however, is to point out, that the district in which hostilities are being carried on is situated to the north-west of Lake Nyassa. || I am well aware, that Portugal has asserted claims to districts south of that lake, claims which I need hardly again remind your Excellency are not recognized by Her Majesty's Government; but not even in the memorable Map published in the White Book of 1887 is any claim laid to the territories to the north and west of the lake where hostilities are at present taking place. || This distinction was not expressly laid down in my note of the 8th September, in which I appealed mainly to the sense of humanity of the Portuguese Government, expressly avoiding controverted points; but as the decision of the Portuguese Government may possibly have turned on the question as to the locality for which the arms were required, I have no hesitation in returning to

Nr. 9870. Grossbritannien. 17. Oct. 1888.

the question, and pointing out that, although there might have been reasons for adopting precautionary measures in prohibiting the importation of arms into the Province of Mozambique at a time when the Portuguese were engaged in quelling an insurrection of natives in the Zambesi district, there can be none now in letting arms pass to territories which are situated beyond what the Portuguese have ever claimed as their sphere of influence. || The policy adopted by the English traders towards the Arabs may or may not be a mistaken one. They have, however, been settled for many years in the country, and have adopted it deliberately as the best means of protecting the natives against the slave-traders, and it is a policy in which they intend to persevere so long as they have the means of doing so, and in which, as is shown by my present application, they have the support of Her Majesty's Government. || The further question as to the extreme difficulty which the Portuguese would have in rendering assistance to my countrymen at the northern and western end of Lake Nyassa has been pointed out to your Excellency, and need not be alluded to in this Memorandum.

G. F. Bonham.

Nr. 9871. PORTUGAL. — Minister des Aeussern an den englischen Gesandtschaftssekretär. — Gewährung der Einfuhr. [Einschluss in B. 114.] Ohne Datum.

(Uebersetzung.)

Nr. 9871. Portugal.

Sir, || His Majesty's Government have maturely considered the statement made by you in the name and by order of your Government in the Memorandum dated the 17th instant. In that document the permission for the admission through Quilimane of a quantity of arms for the Lakes Company is again pressed for, and in addition to the declarations previously made, that the arms in question would only be used for defensive purposes, the Memorandum contains the remark—upon which stress is laid—that the district in which hostilities are now going on is situated at the north-west point of Lake Nyassa, far beyond the territories to which the Crown of Portugal asserts her rights, which have already been recognized in instruments of an international character by two Great European Powers, both of which have possessions in the interior of Africa. || While admitting and acknowledging the justice of the prohibition as regards the importation of arms by private individuals into a province where the authorities are endeavouring to quell an insurrection of the natives, it is pointed out in the Memorandum that the prohibition as regards the mere transit of the arms in question to territories situated beyond those which the Portuguese have ever looked upon as comprised within their sphere of influence cannot meet with any such justification. || His Majesty's Government have no hesitation to state that it was with special reference to

the last-named territories that they made the offer of assistance, which they still maintain, being as it were the fulfilment of a duty which is inherent to the rights asserted by them, and which is set forth in my note of the 14th September last. This circumstance, as well as that of the Government of Great Britain only applying for the transit of arms through those territories to be used far beyond the limits of the same, modify to a great extent the original views of His Majesty's Government upon this matter. || No doubt the grounds which induced the Portuguese Government to consider the hostilities which have for a long time been carried on by the Scotch missionaries and by the African Lakes Company in the Nyassa regions as extremely noxious still subsist; the precedent of intrusting to commercial Companies and to private individuals the use of arms which are powerful means of destruction appears to me to be no less risky and grave. The circumstance, however, that these drawbacks will only take place outside the territories over which the Crown of Portugal asserts her jurisdiction and influence, modifies, I repeat, the views and even the original determination of the Government, thus inducing them to accede to the wishes expressed by Her Britanic Majesty's Government, in the manner and within the limits mentioned in the Memorandum to which I now reply, which said manner and limits I have also thought it my duty to record in this note. || In this sense the necessary orders have already been issued to the General Government of Mozambique. || I avail, &c.

Nr. 9871. Portugal.

Barros Gomes.

Nr. 9872. **GROSSBRITANNIEN.** — Premierminister an den Gesandten in Lissabon. — Auftrag, der portugiesischen Regierung die Nichtanerkennung portugiesischer Rechte über den Nyassa-See zu wiederholen. [B. 116.] 30. October 1888.

Sir, || With reference to Sir G. Bonham's despatch of the 20th instant, transmitting copy of a note from Senhor Barros Gomes in regard to the passage of arms for the African Lakes Company, I have to inform you that you should explicitly record the fact that Her Majesty's Government in no way admit the arguments advanced in this note as to existing rights of Portugal over any part of Lake Nyassa. || I am, &c.

Nr. 9872. Grossbritannien. 30. Oct. 1888.

Salisbury.

Nr. 9873. **PORTUGAL.** — Gesandter in London an den englischen Premierminister. — Protest gegen einen Vertrag des Syndikates Kimberley mit dem Matabelestamme. [B. 130.] 10. December 1888.

Nr. 9873. Portugal. 10. Dec. 1888.

M. le Marquis. || Le Gouvernement du Roi mon auguste Souverain a appris avec une pénible surprise, par un télégramme du Consul de Portugal au Cap de Bonne-Espérance, que le représentant du Syndicat Kimberley, moyennant une subvention mensuelle, avait obtenu des Matabeles le monopole de l'exportation et exploitation des mines de Mashona et autres territoires Portugais. || Je prends la liberté d'appeler l'attention de votre Excellence sur la protestation déjà formulée par le Consul du Portugal au Cap de Bonne-Espérance à l'occasion du Traité célébré entre le Haut Commissaire Britannique et Lo Bengula, Chef des Matabeles, sur les informations et considérations contenues dans mon Mémorandum du 1er Mai dernier, ainsi que sur les notes adressées en dates du 6 Août et du 14 Septembre dernier, par son Excellence M. de Barros Gomes, Ministre des Affaires Étrangères de Sa Majesté Très Fidèle, à Sir George Bonham, Chargé d'Affaires de Sa Majesté Britannique à Lisbonne. || Le fait signalé à présent par le Consul de Portugal au Cap de Bonne-Espérance, et que j'ai reçu l'ordre de porter à la connaissance de votre Excellence, constitue une invasion bien caractérisée de territoires sur lesquels le Portugal n'a cessé d'affirmer, depuis des siècles, ses droits de souveraineté; et j'ai trop de foi dans la solidité des liens d'amitié qui unissent le Portugal à la Grande-Bretagne, et dans la loyauté de celle-ci, pour ne pas être bien persuadé que votre Excellence désapprouvera et blâmera les procédés du Chef des Matabeles. Votre Excellence trouvera sans doute naturel que je ne puisse pas m'empêcher de formuler, au nom du Gouvernement du Roi, une protestation contre ces procédés, protestation qui, de sa part, est non seulement nécessaire mais indispensable pour sauvegarder les hauts intérêts qui lui sont confiés. || Je terminerai, M. le Marquis, en appelant la bienveillante attention de votre Excellence sur le bien vif et bien sincère désir qu'a le Gouvernement du Roi d'arriver à une délimitation amicale des frontières et territoires Portugais dans le pays des Matabeles. Ce serait le moyen le plus sûr et le plus efficace de mettre un terme aux difficultés déjà soulevées, et d'éviter que d'autres ne se produisent à l'avenir. || Je saisis, &c.

M. Martins d'Antas.

Nr. 9874. **GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Lissabon an den Premierminister. — Telegraphischer Bericht über ein Gespräch mit dem portugiesischen Minister des Aeussern, die bewaffnete Expedition Cardoso's an den Nyassa-See betreffend. [B. 134.] 24. December 1888.

Nr. 9874. Grossbritannien. 24. Dec. 1888.

My Lord. || I took the earliest opportunity, after the receipt of your Lordship's telegram of the 22nd instant, of asking Senhor Barros Gomes, in your Lordship's name, for an explanation of the object of Senhor Cardoso's armed expedition now upon its way towards Nyassa. I said, that his Excellency would hardly be surprised, under the circumstances, that we should wish to know plainly what the intention of the Portuguese Government was in sending such a considerable armed force towards the region of the lake. Was it simply an exploring expedition? || Senhor Barros Gomes began by claiming for Portugal the same right which other Powers possessed and exercised of sending expeditions into the interior of Africa, a right which had not hitherto been challenged. || I said, that I was not instructed to contest any such right, but simply to ask the meaning of this particular expedition. || His Excellency said, that to the best of his knowledge the amount of armed force stated to be under Cardoso was very much overstated. The object of the expedition was partly for the purpose of exploration, and still more to assert (the word he used was "affirmer") the claims and influence of Portugal over the country to be traversed. || I pressed his Excellency to tell me in what direction Cardoso was instructed to proceed, whether to the east or to the west of Lake Nyassa; but he declined, though very courteously, to tell me. What was more important, he said, was that he authorized me distinctly to assure your Lordship that this expedition was not directed in any way whatever against the British Nyassa Settlements. || I telegraphed the substance of the above to your Lordship on the 24th instant. || I took this opportunity of expressing to Senhor Barros Gomes, in a friendly manner, my opinion at to the want of frankness shown me when I made recent overtures for negotiating an arrangement between Great Britain and Portugal with respect to their African possessions and spheres of influence in preserving such a complete and remarkable silence in regard to an armed expedition of this nature, which at the time was not merely inchoate, but was actually organized and on the point of starting. This almost reduced our negotiation, I said, to a comedy. || Senhor Barros Gomes answered, that he should be extremely and sincerely sorry if I thought he had been wanting in candour towards me, but that, although he admitted his reticence, in this instance on public grounds, and thought it was not only justifiable, but obligatory, he could not agree in considering that it constituted any reason for not discussing my overtures and entering into negotiation with me. He said he entertained as strongly as before the wish to come to a general understanding with us on African affairs. || It was certainly open to

Nr. 9874. Grossbritannien. 24. Dec. 1888. me to reply, that the dispatch of armed expeditions, such as that under Cardoso, was not exactly calculated to facilitate negotiations with us; but it seemed to me unadvisable to prolong a fruitless discussion. || I have, &c.

George G. Petre.

Nr. 9875. PORTUGAL. — Konsul in der Kapstadt protestirt gegen den von dem Matabelestamm abgeschlossenen Vertrag. [Einschluss 2 in B. 139.]

Nr. 9875. Portugal. Whereas a Notice signed by order of Lo Bengula, King of the Matabeles, has lately been published in the newspapers, giving notice that all mining rights in Matabeleland, Mashonaland and adjacent territories have already been disposed of, and soliciting the assistance of all neighbouring Chiefs and States in excluding all persons entering these territories hereafter, I, Eduardo A. de Carvalho, Consul for Portugal, having received special instructions, do hereby make it known, that His Most Faithful Majesty's Government does not recognize the pretended rights of Lo Bengula to Mashonaland and adjacent territories over which the Crown of Portugal claims sovereignty, and that therefore all concessions of land or mining rights granted, or that may be granted in future, in the said territories of Mashonaland and adjacent are null and void, as the Government of Portugal does not and will not acknowledge any such concessions.

Eduardo A. de Carvalho,
Consul for Portugal.

Nr. 9876. GROSSBRITANNIEN. — Premierminister an den Gesandten in Lissabon. — Mittheilung der von ihm bei dem portugiesischen Gesandten erhobenen Beschwerden. [B. 140.] 5. Januar 1889.

Nr. 9876. Grossbritannien. 5. Jan. 1889. Sir, || M. d'Antas called upon me yesterday, and I represented to him the extreme regret with which I had witnessed the succession of acts by which the Portuguese Government had manifested their indifference to the rights and wishes of Her Majesty's Government. I recalled to him the singular disregard of international comity shown in their sudden bombardment of Minengani, without the slightest intimation to Her Majesty's Government that they were about to attack a friendly State with whom Her Majesty's Government were on terms of friendship, and in whose dominions a large British Indian trade was carried on. I then reminded him of the difficulty which Her Majesty's Government had experienced only a few months ago in procuring from that of Portugal a permit for the passage of arms to our fellow-countrymen beset by slave-hunters on Lake Nyassa, which on grounds of common

humanity the Portuguese Government should not have hesitated to grant, and now, I added, we had to complain of a large expedition, started in secrecy, whose destination was rigorously concealed from us by the Portuguese Minister for Foreign Affairs, but which we had every ground to believe was directed against the territory occupied by British mission and trading stations on the shore of Lake Nyassa. I warned M. d'Antas, that the good relations of the two countries could not long stand the strain to which they were being exposed. || M. d'Antas, in reply, expressed his belief in the friendly intentions of his Government, but said that he had received no information with respect to the alleged expedition under M. Cardoso. || I am, &c.

Nr. 9876. Grossbritannien. 5. Jan. 1889.

Salisbury.

Nr. 9877. **GROSSBRITANNIEN.** — Premierminister an den portugiesischen Gesandten. — Zurückweisung der Rechte Portugals auf das Matabeleland. [B. 143.] 15. Jan. 1889.

M. le Ministre, || I have the honour to acknowledge the receipt of your note of the 10th ultimo, protesting against the proceedings of Lo Bengula in granting mining Concessions in Matabeleland, and, in reply, I have the honour to acquaint you, that Her Majesty's Government have satisfied themselves that Lo Bengula, with whom they have concluded a Treaty, is undisputed Ruler over Matabeleland and Mashonaland, and that he would tolerate no doubt of his rule in both territories. His authority in Mashonaland is so complete, that no person of any nationality can enter it without his permission, or without an escort from him. || It is confidently believed, that he has no idea of any claim of Portugal to any portion of its territories, and that he would decline to admit any such claim. || I have, &c.

Nr. 9877. Grossbritannien. 15. Jan. 1889.

Salisbury.

Nr. 9878. **SCHUTZSTAATEN.** — Der König der Amantabele an die englische Regierung. — Klage über portugiesische Uebergriffe, Bitte um Schutz. [Einschluss in B. 172.] 24. November 1888.

I, Lo Bengula, King of the Amantabele, hearing, that the Portuguese wrongfully claim and purpose giving away rights belonging to me and my people on the Zambesi, do hereby declare, that my boundaries go down from beyond the Sahi River and embrace the River Mazoe with all its tributaries down to the Kangudzi River. My territory extends also on the north side of the Zambesi, forming a large tract from a line north from the mouth of the Guay River to the Kafue River, thence to its junction with the Zambesi embracing the Guanga a large river. || The southern bank of the Zambesi is all

Nr. 9878. Schutzstaaten. 24. Nov. 1888.

Nr. 9878. Schutzstaaten. 24. Nov. 1888.

my people's country to Tete. || I cannot, therefore, understand how the Portuguese, who have never been to me, can claim the Zambesi River, as I hold the country on the other side, and have a fleet of boats on this river for the passage of my people and impis. Neither can I understand how they dare sell my country on the Mazoe River. || I send two of my Headmen to England to the Queen to ask how these things can be. To ask for protection, I mean by this to be defended against my enemies.

(For Lo Bengula),

Umvujene, November 24, 1888. E. A. Maund.

In the presence of:

Chas. D. Helen, *London Missionary Society.*

T. W. Colenbrander.

Interpreted by

W. J. Tainton.

Nr. 9879. GROSSBRITANNIEN. — Premierminister an den Gesandten in Lissabon. — Auftrag, die Zugehörigkeit des Mashonalandes zur britischen Einflusssphäre zu constatiren. [B. 152.] 28. Januar 1889.

Nr. 9879. Grossbritannien. 28. Jan. 1889.

Sir, || I have to acquaint you, that a letter has been received from the Secretary of State for the Colonies forwarding a copy of a despatch from the High Commissioner for South Africa, inclosing copy of a Notice inserted in the "Cape Argus" by the Portuguese Consul at Cape Town, claiming the sovereignty of Mashonaland on behalf of the Crown of Portugal. || I have to request you to state to the Portuguese Government, that Her Majesty's Government have observed, that the Consul did not state that he was authorized to issue this Notice, but that you are nevertheless directed to repeat in the clearest manner, that Mashonaland is distinctly and unquestionably part of the territory ruled by Lo Bengula and, as such, under British influence. You should add, that Her Majesty's Government have instructed Sir H. Robinson to address a communication to Senhor de Carvalho to the above effect, and to take the requisite steps for making his reply as public as the protest. || I am, &c.

Salisbury.

Nr. 9880. **PORTUGAL.** — Minister des Auswärtigen an den englischen Gesandten. — Vorschlag, eine allgemeine internationale Verständigung über die Grenzen in Afrika herbeizuführen. [Einschluss in B. 166]. 20. Febr. 1889.

(Uebersetzung.)

Nr. 9880. Portugal. 20. Febr. 1889.

Your Excellency, || I had the honour to receive the note of the 4th instant in which your Excellency informs me, in pursuance of instructions from your Government, that instructions had been sent to the British High Commissioner in South Africa to reply to the protest made by the Portuguese Consul at the Cape, who claimed on behalf of Portugal rights of sovereignty over the country which is marked in the English Maps under the name of Mashonaland, by means of a declaration, that the country in question forms part of the dominions of Lobengula, and is therefore comprised under the sphere of British influence, and also to give the same publicity to the declaration as was given to the protest of the Portuguese Consul. || In compliance with the duty incumbent upon me I have now to reply to your Excellency's note, and I request, that your Excellency will acquaint your Government with my answer. || The sole object of the protest referred to in your Excellency's note was to safeguard the legitimate rights of the Portuguese Crown and to express our confidence in the sense of justice of the British Government who, after they have attentively considered the question, will not fail to become convinced of the justice of our claims. || The protest above mentioned could not have been a matter of surprise to the British Government; I have repeatedly, both verbally and in writing, declared to your Excellency, that His Most Faithful Majesty's Government were fully and sincerely convinced of their incontestable right to a part of the regions alluded to. I will especially quote my notes of the 6th August and of the 16th September of last year, which your Excellency no doubt communicated to Her Britannic Majesty's Government. His Majesty's Minister in London has likewise, by my directions, made identic assertions and similar protests. I need only quote the note which he addressed on the 10th December last to Her Britannic Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs. || It is not the wish of His Most Faithful Majesty's Government, that these frequent protests should be looked upon by Her Britannic Majesty's Government in any other light than as an unavoidable compliance with a strict duty, and nothing would be further from our intentions than to give rise to any alteration in the ancient and cordial relations which we have so much at heart to maintain with our ancient ally Great Britain. His Majesty's Government are, however, of opinion, that the surest means of avoiding unprofitable discussions, and, in fine, of putting an end to the uncertainty which prevails as to the real boundaries between the dominions and spheres of influence belonging to the various South African Powers, would be to bring about, without any delay, an agreement

Nr. 9880. Portugal. 20. Febr. 1889.

among all the different Governments interested in the matter. || I trust, that your Excellency will acquaint your Government with the views which I have above expressed, as it is certain, that they are not contrary to those stated to me by your Excellency in the name of your Government, and to which, as I declared *viva voce* at first, and subsequently in my note of the 6th August, I fully agreed. || Inasmuch as both Governments acknowledge the pressing necessity of defining and determining in an International Agreement the boundaries of the districts of the Province of Mozambique described by the British Government under the name of the Province of Sofala, the Government of His Most Faithful Majesty would feel highly gratified if your Excellency would inform me either of Lord Salisbury's intentions in harmony with the suggestion as above stated, or else what means Her Britannic Majesty's Government may consider best calculated to lead, as shortly as possible, and in the most convenient manner, to the desired agreement. || I avail, &c.

Barros Gomes.

Nr. 9881. **GROSSBRITANNIEN.** — Premierminister an den Gesandten in Lissabon. — Zurückweisung des obigen Vorschlages; Beschwerde wegen geheimer portugiesischer Expeditionen in die streitigen Territorien. [B. 167]. 9. März 1889.

Nr. 9881. Grossbritannien. 9. März 1889.

Sir, || I have received your despatch of the 23rd ultimo, inclosing translation of M. Barros Gomes' reply to your note on the subject of the pretensions by Portugal to portions of Mashonaland. || With regard to his Excellency's remarks as to the expediency of delimiting the boundaries of Sofala, I have to request you to state, that the situation has been completely changed owing to the dispatch by the Portuguese Government of secret expeditions in the Zambesi districts without notification to Her Majesty's Government. The adoption of this policy has precluded the possibility of negotiations until the result of the steps thus taken, and their effect on British interests, are fully known. || As regards the references in Senhor Barros Gomes' note to an agreement among all the different Governments interested in this matter, I entirely approve your having reminded him, that no other country is interested in the questions between England and Portugal affecting the Zambesi districts; and you should state to him, that your language in this respect has been formally approved by Her Majesty's Government. || I am, &c.

Salisbury.

Nr. 9882. **PORTUGAL.** — Gesandter in London an den englischen Premierminister. — Erkundigung über eine zu gründende allgemeine britisch-afrikanische Gesellschaft; Wahrung der Rechte Portugals. [B. 191]. 12. Juni 1889.

Nr. 9882. Portugal. 12. Juni 1889.

M. le Marquis, || Plusieurs journaux, notamment le "Times" du 29 Mai dernier, ont publié des articles annonçant la prochaine formation d'une Compagnie, qui se proposerait d'exploiter une vaste région dans l'Afrique Orientale et Centrale. || Cette Compagnie obtiendrait, au dire de ces journaux, une Charte Royale, semblable à celle des Compagnies Est-Africaine, Niger et Nord-Bornéo. || Ces articles ne pouvaient manquer de produire en Portugal un vif et profond mécontentement. Les intentions et les prétentions qu'ils attribuent à la Compagnie, dont il s'agit, ont fait naître des appréhensions, qui sont loin d'être apaisées, parce que ces intentions et ces prétentions sont envisagées comme un prognostic de futurs procédés impliquant de graves atteintes aux droits de souveraineté que le Portugal n'a jamais cessé d'affirmer sur des territoires auxquels la Compagnie étendrait le champ de son action. || Le Parlement Portugais s'est préoccupé de cette situation, et, ainsi que votre Excellence aura déjà été informée, la Chambre des Pairs, dans sa séance du 7 courant, a voté par acclamation une motion — à laquelle la Chambre des Députés s'est associée le lendemain — "affirmant une fois de plus les droits du Portugal dans l'Afrique Orientale et Centrale, droits fondés sur la découverte, la conquête et l'occupation effective, ou sur l'exploitation commerciale, ainsi que sur l'influence politique qu'il y a constamment exercée pendant des siècles" — "et émettant le voeu que le Gouvernement maintînt avec fermeté ces droits, qui dernièrement encore ont été solennellement reconnus et attestés par des Conventions conclues avec la France et avec l'Allemagne, et qu'il cherchât, par tous les moyens dont il puisse disposer, à sauvegarder et à faire respecter les légitimes intérêts de la nation Portugaise dans ces régions." || L'approbation de la Couronne Britannique pourrait seule donner une signification sérieuse aux intentions et aux prétentions attribuées à la Compagnie dont on poursuit l'organisation; et le Gouvernement du Roi, mon auguste Souverain, qui m'a donné l'ordre de porter à votre connaissance les faits ci-dessus énoncés, est bien persuadé que la haute sagesse et l'équité de votre Excellence, ainsi que la solidité des liens d'amitié qui unissent le Portugal à l'Angleterre, lui sont de sûrs garants qu'aucune décision, qu'aucun acte du Gouvernement de Sa Majesté Britannique ne viendront justifier les craintes qui ont si vivement ému le sentiment national en Portugal. || Si le Gouvernement de Sa Majesté Britannique juge à propos de donner une Charte Royale à la future Compagnie, le champ d'action de celle-ci y sera, j'en ai le ferme espoir, déterminé dans des conditions à ne point porter atteinte aux droits du Portugal et à ne pouvoir soulever dans l'avenir des difficultés et des conflits, qu'une entente préalable serait le plus sûr moyen d'éviter. || Je dois ajouter que j'ai

Nr. 9882. Portugal. 12. Juni 1889.

la ferme conviction d'être le fidèle interprète des sentiments du Gouvernement du Roi en affirmant qu'il sera toujours prêt à faire tout ce qui sera en son pouvoir pour resserrer le liens d'amitié entre les deux pays et les deux Couronnes, pour maintenir les rapports du plus cordial voisinage dans le domaine colonial, et pour coopérer à tout ce qui serait de nature à introduire les bienfaits de la civilisation dans les régions du Continent Africain. || Je saisis, &c.

M. d'Antas.

Nr. 9883. GROSSBRITANNIEN. — Premierminister an den Gesandten in Portugal. — Antwort auf die vorhergehende Note. [B. 193.] 26. Juni 1889.

Nr. 9883. Grossbritannien. 26. Juni 1889.

Sir, || I inclose herewith copy of a telegram from the Portuguese Minister for Foreign Affairs, which has been communicated by M. d'Antas, sending the terms of the Resolution of the Chamber of Peers respecting the maintenance of Portuguese rights in Central Africa. || I also inclose copy of a note received subsequently from M. d'Antas, in which he states that the Portuguese Government fears that the enterprise of a projected British Company may, if the intentions attributed to the Company are sanctioned by Her Majesty's Government, infringe the rights of sovereignty of the Crown of Portugal. || The Resolution of the Chamber speaks generally of "rights of Portugal in Eastern and Central Africa, rights founded on discovery, conquest and effective occupation, or on commercial exploration, as well as on the political influence which she has constantly exercised for ages". It speaks of these rights as having been "solemnly recognized and attested by Conventions concluded with France and Germany". || I have to request you to state to Senhor Barros Gomes, that Her Majesty's Government are perfectly ready to give the assurance, that no attempt on the part of a British Company to attack the acknowledged rights of a foreign Power would be sanctioned by them. || But the Portuguese Government are well aware, that valid rights of sovereignty can only rest on bases that are recognized by international law. || The Resolution which you have forwarded to me enumerates the conditions which, in their judgment, are required to constitute a legitimate claim to territorial dominion. In so far as they rest such rights on effective occupation, commercial exploration and constant political influence, I have no exception to take to the doctrine they lay down. I do not doubt, that the Portuguese Government, in adopting the terms of this Resolution, intended not only to record the claims of Portugal, but at the same time to emphasize their recognition of all British rights in Africa resting on those bases. If this be so, each country may be satisfied, without further assurances, that its rights will be respected by the other. || But the reference in the Resolution to the Conventions with France and Germany would

Nr. 9883. Gross-britannien. 26. Juni 1889.

seem to involve the assertion of more questionable principles, if it be correctly interpreted as meaning that Portugal has rights of sovereignty over the entire territory in which the two Powers engage not to interfere with her enterprise. You should, therefore, state emphatically, that Her Majesty's Government recognize no rights founded on those Conventions. In fact, no such rights even purport to be given by the instruments in question, which simply record the willingness of Powers, possessing no interests in the region of the Central Zambesi, to declare that they will not compete with Portugal in that region. Great Britain is differently situated. The energy of her traders and explorers, as well as the neighbourhood of flourishing Colonies, give to her an interest in the regions affected by this Agreement which it is not in her power to renounce. Her Majesty's Government are, therefore, unable to enter into engagements similar to those which have been accepted by France and Germany. They will not fail in due respect for the ascertained rights of other nations, but they can give no undertaking to check the advance of trade from British possessions in deference to claims which do not rest on any legal basis, or to Agreements which have not been accepted by Great Britain. || You are at liberty to place a copy of this despatch in the hands of Senhor Barros Gomes. || I am, &c.

Salisbury.

Nr. 9884. **GROSSBRITANNIEN.** — Premierminister an den Gesandten in Lissabon. — Auftrag, über das Vorgehen der portugiesischen Expeditionen in Innerafrika Beschwerde zu führen. [B. 197.] 2. August 1889.

Nr. 9884. Gross-britannien. 2. Aug. 1889.

Sir, || I transmit to you herewith copy of a despatch from the Acting British Consul at Nyassa, calling attention to the proceedings of the Portuguese authorities in Mozambique in respect to the native Chiefs of Nyassaland. || It will be seen, that it is stated that, in spite of the provisions of the Royal Decree of the 7th December last prohibiting the importation, exportation, re-exportation, and sale of arms and war material, the Mozambique officials and the leaders of Government expeditions have been and are furnishing these Chiefs with arms and ammunition, and encouraging them with promises of further supplies. Such proceedings would unquestionably be a direct violation of the spirit of the Decree. || The prohibition, if worked in this way, would operate merely against the possession of arms by Europeans, which it is not intended to discourage; while, on the other hand, the placing of war material in the hands of the native Chiefs, whether as gifts or otherwise, would entirely defeat the objects for which the prohibition was issued. || I have to request you to urge strongly, that instructions may be sent, by telegraph, directing the autho-

Nr. 9884. Grossbritannien. 2. Aug. 1889.

rities to discontinue the distribution, and to use every endeavour absolutely to prevent the acquisition of arms and war material by the natives. || I have also to call your attention to the distribution of flags. It would appear, that it has become a not unusual practice to send Portuguese flags as presents to Chiefs, and it is anticipated in the British Settlements that advantage may be taken of their acceptance to claim sovereignty over the territories of the Chiefs, who, in fact, are in total ignorance of the meaning which may attach to such gifts in the eyes of Europeans, and of the possibility of their entailing claims of vassalage. || A recent instance of this practice is reported by Mr. Buchanan, who points out that a Nyassa Chief named Malemia, who had received a flag, looked upon it simply as "a sign of friendship", and accepted it merely as a means to obtain guns and powder and "kachaso" (drink). || I have to request, that you will take an early opportunity of bringing this question also to the notice of the Portuguese Government, and that you will express the confident hope of Her Majesty's Government that such instructions will be issued to the Portuguese authorities in Mozambique as will effectually prevent a repetition of proceedings of this character. || You will, at the same time, intimate, that Her Majesty's Government cannot recognize any claims which may be hereafter advanced on the part of Portugal to sovereignty over territories in the Nyassa districts, based upon the distribution of flags to the ignorant native Chiefs. || I am, &c.

Salisbury.

Nr. 9885. GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Lissabon an den Premierminister. — Bericht über die abweisende Haltung des portugiesischen Ministers des Auswärtigen gegenüber den von englischer Seite gemachten Vorstellungen. [B. 199.] 15. August 1889. (Eingegangen in London am 19. August.)

(Auszug.)

Nr. 9885. Grossbritannien. 15. Aug. 1889.

My Lord, || I have the honour to acknowledge the receipt on the 12th instant of your Lordship's despatch of the 2nd instant, instructing me to call the attention of the Portuguese Government to the distribution of arms and powder and flags to the native Chiefs of Nyassa by the Mozambique authorities, and to urge that instructions should be sent by telegraph to discontinue such proceedings. || I saw Senhor Barros Gomes yesterday, and considering it to be the most effectual way of carrying out your Lordship's instructions, I read the despatch to him. I said at the same time, that I did not suppose that the Portuguese Government, when the facts were brought under their notice, would approve of any advantage being taken, or use made, of sovereign rights to defeat the operation and objects of the blockade of the East Coast of Africa, in order to extend Portuguese influence, and purchase the vassalage

of native Chiefs by presents of powder and arms, which the latter could only obtain by these means, and to obtain which it was obvious they were ready to give anything in exchange. I therefore hoped, that instructions would be sent by telegraph, as your Lordship requested, directing the authorities concerned in these proceedings to discontinue them. || Senhor Barros Gomes said that he was not disposed to admit the accuracy of the reports which had been made to Her Majesty's Government, and upon which your Lordship's instructions to me were founded; although at the same time he was not in a position to contradict them, as the Government were without any information on the subject. He complained somewhat of the unfriendly feeling entertained towards the Portuguese by the informants of Her Majesty's Government, including the British Acting Consul at Nyassa, which cause an unfavourable colouring to be given to all their reports of Portuguese proceedings and objects. || I observed, that the facts themselves to which I had been instructed to draw the attention of the Portuguese Government were confirmed by undoubted testimony, and could not, I thought, be called in question. On my pressing his Excellency he said he could not promise to telegraph; although he did not say he would not do so, but that he would confer with the Minister of Marine, and that the stringent instructions which already existed in regard to the strict execution of the Royal Decree of the 7th December last would be repeated.

Nr. 9885. Grossbritannien. 15. Aug. 1889.

Nr. 9886. **GROSSBRITANNIEN.** — Konsul in Mozambique an den Chef der portugiesischen Makololoexpedition. — Protest gegen das Unternehmen. [Einschluss in B. 223.] 19. August 1889. (Eingegangen in London am 30. October.)

Sir, || I have the honour to intimate to you, that the Makololo country and Shiré Hills, commencing at the Ruo River, have been placed under the protection of Her Majesty the Queen of Great Britain and Ireland, Empress of India, &c., and now beg you to desist from your purpose to march through this country with an armed force of Zulus, as, should you do so in the face of this intimation, I should not hold myself responsible for the consequences; and it would be a serious matter should you, by advancing upon the Makololo country, disturb the peaceful and friendly relations that have so long existed between the Governments of His Most Faithful Majesty the King of Portugal and Her Most Gracious Majesty the Queen of Great Britain and Ireland, Empress of India, &c. || It has been reported to me, that you intended marching upon the Makololo country in order to punish a Makololo Chief, whose men, through a misunderstanding and while under the influence of drink, fired upon a British steamer. I have the honour to inclose you a copy of a protest against any such action on your part from the leading representatives

Nr. 9886. Grossbritannien. 19. Aug. 1889.

Nr. 9886. Grossbritannien. 19. Aug. 1889.

of British interests here, and I trust you will not fail to see the gravity of the situation, and how serious may be the consequences should you disregard the terms of this letter. || If in any way I can render you assistance I should be only too happy to do so. || I have, &c.

John Buchanan.

Nr. 9887. PORTUGAL. — Oberst Serpa Pinto an den englischen Konsul in Mozambique. — Versicherung, dass seine Mission friedlich sei, aber englische Ansprüche auf Makölololand nicht anerkenne. 21. August 1889. [Einschluss in B. 240.]

(Uebersetzung.)

Nr. 9887. Portugal. 21. Aug. 1889.

Most Illustrious and Excellent Sir, || I have the honour to acknowledge receipt of the official letter which your Excellency sent me, of the country of the Makololo, dated the 19th current — a letter which inclosed a copy of a protest made at Blantyre signed by three English and by your Excellency yourself. I was much surprised at all your Excellency's letter. || You say in it you have heard, that I am going to punish a Chief of the Makololo who attacked an English steamer of the African Lakes Company, firing guns on and insulting the English subjects who were on board. You should be able to suppose this from the great interest which I take ("ligo") always in the (to the) subjects of Her Britannic Majesty; but not finding myself on the occasion in the place of the conflict, and not having subsequently received instructions from my Government in this respect, it was never my intention to punish any Chief of the Makololo, and clearly and positively I informed Her Britannic Majesty's Consul at Mozambique of this; when, in the beginning of this month, I had the honour to have a long conference with his Excellency in this camp when he passed it; and if your Excellency had spoken with this gentleman, you would not have committed the error of thinking that I had come to make war with a Makololo Chief to punish him for faults made by him against England. || I can assure your Excellency that my mission is peaceful, being, as it is, a mission purely scientific, and if I take with me some armed Zulus, it is in order that the work of this mission shall not be hindered by ignorant people. || Regarding the intimation which your Excellency makes me not to prosecute my road, I beg to remind your Excellency that I only take these instructions from the Government of His Most Faithful Majesty, from whom I receive orders and instructions directly, and for as much as I have not received further orders to the contrary I shall prosecute ("tenaz") and peacefully my journey, carrying ahead a flag of peace and only of peace, but ready to repel with all energy whatever motiveless aggression can be made against me. || Your Excellency tells me that the country of the Makololo is under the

Nr. 9887. Portugal. 21. Aug. 1889.

protection of Her Gracious Britannic Majesty, Queen of Ireland, Empress of India, &c. || I ignored this fact, and beg your Excellency's permission not to believe it; for as much as I see the Makololo firing on and insulting the subjects of Her Gracious Majesty and preparing themselves to receive me with balls and arrows. || If, indeed, the Makololo are under the protection of the English Government and in consequence shall obey it, I am certain that my passage shall be easy and sure, for the English Government represented by your Excellency can only make me facilities, as I am from a country which always holds open, frankly and loyally, the gates of her Colonies to English scientific expeditions, lending them all support and help; but in any case, if it is truth, that your Excellency tells me, I pray you to convince the Makololo, that my mission is peaceful and scientific, that you will tell them, that I belong to a nation friendly to England, and that, therefore, they shall not disturb my march, a disturbance to which, in this case you cannot be strange; and assuring you, that I cannot consent, that a negro Chief should wish to dispute the passage with me or make me the slightest insult; assuring you further, that, if on my entry into Makololo territory I am attacked, I shall immediately take the offensive and shall finish off at once the constant cause of disturbance in this part of the Shiré. || Regarding the protest made ("lavrado") on the 15th at Blantyre, I have the honour to send you copy of a counter-protest made ("lavrado") here to-day regarding the rather unloyal manoeuvres and the intrigues, which, together with the Makololo tribes, have raised against this expedition, an expedition of peace and science, some missionaries of Blantyre, the merchants, Buchanan, Brothers, and the gentleman, John Moir, Director of the Lakes Company. || If the Makololo make war on me I have no fault in it, and if, as you say, this war should bring grave damages to the English of Blantyre, I shall have the more to grieve for this, and I shall do all that is possible to safeguard the interests of Her Britannic Majesty's subjects, the English of Blantyre and the Makololo Chiefs who shall attack me being alone blameworthy. || Anew I assure your Excellency, that I shall prosecute my journey across the Makololo country, seeing that I have received no positive orders to the contrary from his Most Faithful Majesty. || God guard your Excellency!

A. A. R. Serpa Pinto,
Chief of the Expedition.

Nr. 9888. **GROSSBRITANNIEN.** — Vertrag mit dem Makololo-häuptling Mlauli. [Einschluss in B. 229.] 24. Sept. 1889*).

Nr. 9888. Grossbritannien. 24. Sept. 1889.

Treaty made at Mbewe, in the Makololo country, on the River Shiré, this 24th day of September, in the year 1889, between John Buchanan, Esq.,

*) Der gleiche Vertrag ist mit den Häuptlingen Liwewe und Chitawonga abgeschlossen. A. d. Red.

Nr. 9888. Gross-britannien. 24. Sept. 1889.

Her Majesty's Acting Consul for Nyassa, for and on behalf of Her Majesty the Queen of Great Britain and Ireland, Empress of India, &c., her heirs and successors, on the one part, and the undersigned Mlauli, for his heirs and successors, on the other part.

I, the undersigned Mlauli, do in the presence of Headmen and people assembled at this place, hereby promise: — || 1. That there shall be peace between the subjects of the Queen of England and my subjects. || 2. That British subjects shall have free access to all parts of the Mokololo country and the River Shiré, and shall have the right to build houses and possess property according to the laws in force in this country; that they shall have full liberty to carry on such trade or manufacture as may be approved by Her Majesty; and should any difference arise between the aforesaid British subjects and me, the said Mlauli, as to the duties or customs to be paid to me, the said Mlauli, or the Headmen of the towns in my country, by such British subjects, or as to any other matter, that the dispute shall be referred to a duly authorized Representative of Her Majesty, whose decision in the matter shall be binding and final. || 3. That I, the said Mlauli, will at no time whatever cede any of my territory to any other Power, or enter into any Agreement, Treaty, or arrangement with any foreign Government except through and with the consent of the Government of Her Majesty the Queen of England, &c. || Done at Mbewe this 24th day of September, 1889.

Mlauli, his × mark.
John Buchanan, *Her Majesty's Acting Consul for Nyassa.*

Nr. 9889. GROSSBRITANNIEN. — Deklaration des britischen Protektorates in Makolololand durch den Konsul in Mozambique. [Einschluss 2 in B. 243]. 21. Septbr. 1889.

Nr. 9889. Gross-britannien. 21. Sept. 1889.

To all whom it may concern, || I hereby declare, that the Makololo, Yao, and Machinga countries, within the limits cited below, are, with the consent and at the desire of their Chiefs and people, placed under the protection of Her Most Gracious Majesty the Queen of Great Britain and Ireland, Empress of India, Defender of the Faith, &c. || Given at Mlomba, Makololo country, this 21st day of September, 1889.

John Buchanan,
Her Majesty's Acting Consul for Nyassa.

Nr. 9890. **GROSSBRITANNIEN.** — Premierminister an den Gesandten in Lissabon. — Anfrage wegen einer portugiesischen Expedition in das Makolololand. [B. 215.] 17. October 1889.

Nr. 9890. Grossbritannien. 17. Oct. 1889.

Sir, || I have received telegramms from the Acting British Consul at Mozambique and the Acting Consul at Nyassa, from which it would appear that an armed expedition has been sent from Mozambique against the Makololos, that a collision has actually taken place, and that further operations are contemplated. || The accounts are confused, and I should wish you to inquire of Senhor Barros Gomes if the Portuguese Government are in possession of any information on the subject. || I am, &c.

Salisbury.

Nr. 9891. **GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Lissabon an den Premierminister. — Bericht über ein Gespräch mit dem portugiesischen Minister des Aeussern in Betreff der Expedition. [B. 220.] 23. October 1889. (Eingegangen am 28. October.)

Nr. 9891. Grossbritannien. 23. Oct. 1889.

My Lord, || In consequence of the King's death the Public Departments are closed for a few days; but I called to-day on Senhor Barros Gomes at his private residence to inquire whether the Portuguese Government were in possession of any information on the subject mentioned in your Lordship's despatch of the 17th instant. || His Excellency said, that Senhor Alvaro Castellões, who had been charged to survey the country in the region of the Upper Shiré, with a view to the future construction of a railway from Murchison Falls to Lake Nyassa, and who is accompanied by Major Serpa Pinto, had been molested, and, as I understood Senhor Barros Gomes to say, attacked by the Makololos. He added, that the Government when they received this intelligence had informed the Governor-General of Mozambique that it was their desire, that the expeditions sent out by them should avoid any conflict with the natives, and that the establishment of Portuguese influence and jurisdiction should result from the conclusion of Conventions with the native Chiefs, which policy Senhor Barros Gomes maintained had been hitherto successful. The Governor-General was further requested to proceed to the Upper Shiré and judge for himself what the state of affairs was, and what was best to be done. The Governor-General replied, that he considered that it would be prejudicial to the interests of the Colony if he were to leave his post at that moment, and that he had thought it his duty, on the urgent representations made by Senhor Serpa Pinto, to dispatch at once the assistance which the latter had asked for in consequence of the hostile attitude of the Makololos towards the expedition. || Senhor Barros Gomes did not express disapproval of

Nr. 9891. Grossbritannien. 23. Oct. 1889.

these proceedings or lead me to suppose, that the Government had in any way disavowed them. I am, nevertheless, of opinion, that what has occurred is by no means agreeable to the Portuguese Government, but that on this, as on previous occasions, when what is called spirited action is sure to be favourably received by public opinion here, they have allowed subordinates to force their hand. || I said, that having made the inquiry, which I was directed to make by your Lordship, I could not refrain from observing that these high-handed proceedings of Major Serpa Pinto, supported as they were by the Colonial authorities, were likely to lead to very serious consequences. Portugal, as I was well aware, claimed jurisdiction over the territory of the Makololos, but the latter utterly repudiated such a claim, and were therefore perfectly justified in resisting any invasion of their territory. Her Majesty's Government, I said, had persistently refused to recognize the jurisdiction of the Portuguese over the region in which they were now mapping out a future railway, and I was convinced that any action based upon that assumption of jurisdiction injurious to the interests of Her Majesty's subjects established there, would be firmly resisted by the British Government. || I have, &c.

George G. Petre.

Nr. 9892. **GROSSBRITANNIEN.** — Premierminister an den Gesandten in Lissabon. — Telegraphischer Auftrag, sich nach dem Zweck der Makololoexpedition amtlich zu erkundigen. [B. 227.] 12. November 1889.

Nr. 9892. Grossbritannien. 12. Nov. 1889.

Sir, || I have to inform you, that I have received a telegram from the Acting British Consul at Mozambique reporting that a force of 6000 men and two steamers has been collected by Major Serpa Pinto. || I have to request you to ask Senhor Barros Gomes to inform you of the destination and objects of this expedition. || I am, &c.

Salisbury.

Nr. 9893. **GROSSBRITANNIEN.** — Gesandter in Lissabon an den Premierminister. — Bericht über die Erklärung des portugiesischen Ministers, die Expedition bezwecke nicht Krieg gegen die Makololo's. [B. 236.] 13. Nov. 1889.

Nr. 9893. Grossbritannien. 13. Nov. 1889.

My Lord, || The answer of the Minister for Foreign Affairs to the inquiry which your Lordship directed me to make in your telegram of yesterday, regarding the destination of the large force collected by Major Serpa Pinto, as reported by the British Acting Consul at Mozambique, was to the following effect: Senhor Barros Gomes said, that the expedition was not directed against nor would it interfere in any way with British subjects or British settlements

in the Shiré and Nyassa region, but that the force under the command of Major Serpa Pinto was intended and would be used to defend the expedition, the object of which was to survey the country bordering on the Shiré, and would protect it if necessary against any attack made upon it by the Makololos. I asked his Excellency if that was all he had to tell me, as I did not think that the answer to my inquiry would be considered at all satisfactory by Her Majesty's Government. He said, that it was the only answer which he could give. I then asked whether he considered, that the Portuguese were practically about to make war against the Makololos, and to wring from them by force a submission which they had hitherto unmistakably refused to yield voluntarily or recognize in any shape or form. I drew Senhor Barros Gomes' attention to the fact, that the Makololos were a tribe befriended by us, and that their territory was and had long been the seat of British commercial and missionary establishments, and that we recognized no right of Portugal to send expeditions to invade their country for surveying or any other purposes. I added, that I thought Portugal was entering upon a dangerous course. || Senhor Barros Gomes denied, that it was intended to make war on the Makololos or to molest them in any way unless they were the aggressors and interfered with the progress or work of the expedition. He then with some warmth complained of the way in which the rights of Portugal in Africa were being ignored or put on one side as valueless, and of the contemptuous manner in which they were treated. || I asked to what his Excellency referred, not, I presumed, to anything said or done by Her Majesty's Government. He said he referred particularly to articles in the "Times" and other English newspapers on African affairs, and with special reference to the Charter recently granted to the newly-formed British African Company. He complained, that in the Charter itself the western boundary of the Portuguese dominions was described as undefined. I said I did not see how offence could be taken at that, considering that it merely stated an undeniable fact, otherwise what was the meaning of negotiations proposed by Portugal for defining the frontier in that direction? || Before I left him, Senhor Barros Gomes emphatically expressed the great desire which the Portuguese Government still felt to come to an amicable arrangement with Great Britain which would settle once for all the respective boundaries and spheres of influence. He added, that he had always felt strongly, that such an arrangement would be to the advantage of both countries. || I have, &c.

George G. Petre.

Nr. 9894. PORTUGAL. — Königliches Dekret, betreffend die Gründung einer neuen afrikanischen Provinz Zumbo. [Einschluss 1 in B. 238.] 7. November 1889.

(Auszug; Uebersetzung.)

Nr. 9894. Portugal. 7. Nov. 1889.

Whereas it is a matter of great importance to the interests of the Portuguese nation to consolidate the dominion and sovereignty which it already holds in the interior of the African Continent, and to cause it to irradiate to the various points where its influence preponderates in such a manner as to secure the greatest success for the great work of humanity — the civilization of Africa, in which this country has long been engaged; || Whereas it is necessary for this purpose to establish certain strongholds and centres of official action in order to afford to lawful trade such protection as it may require for its development, and at the same time to oppose certain Slave Trade and slavery practices, that are still prevalent among the pagan and barbarous tribes of the wilds in the interior; || Whereas the ancient village of Zumbo, on the left bank of Zambesi, naturally presents itself as an appropriate place for the seat of a new district in the Province of Mozambique, in view not only of the mildness of its climate and the fertility and richness of the territories which surround it, but also by the extensive network of navigable rivers of which it is the centre, such as the Upper Zambesi and its great affluents the Cafucué and North Aruangua; || In view of the representations made to me upon this matter by the Governor-General of the said province; || With the advice of the Board for the Colonies and the Council of Ministers; || Availing myself of the powers granted to the Government in the first paragraph of the 15th Article of the First Additional Act to the Constitutional Charter of the Monarchy; || I hereby decree:

Article 1. A new district is established in the Province of Mozambique under the name of Zumbo, its capital being the village of the same name.

Art. 2. The new district of Zumbo — which is in virtue of this Decree separated from Tete — is bounded by the course of the Rivers Bissombo and North Aruangua from the point of confluence of the first named river as far as the nearest point to the Cabeceiras do Luangua along the course of this river till the Zambesi, and from the Zambesi until the spot where it is joined by the River Mussengueji; thenceforward the frontier of the new district is formed by the said River Mussengueji as far as its source along the line of division formed by the waters of the Rivers Panhame and Luia and by the bed of the Mazura until it meets the frontier of the district of Manica, coinciding with the same as far as the point in which the Mazura meet the River Save; it then follows the bed of this river on the upper side, and it thence proceeds to Cabeceiras do Monfuli, alongside the bed of the latter as well as

that of the Sanhati as far as the Zambesi through which it continues to the westward*).

Nr. 9894. Portugal. 7. Nov. 1889.

The Minister and Secretary of State for Marine and Colonies shall accordingly carry this Decree into effect.

At the Palace, 7th November, 1889.

The King.

Frederico Ressano Garcia.

Nr. 9895. **GROSSBRITANNIEN.** — Premierminister an den Gesandten in Lissabon. — Auftrag, gegen die portugiesische Herrschaft im Distrikte Zumbo mit Ausnahme des gleichnamigen Ortes zu protestiren. [B. 239.] 21. November 1889.

Nr. 9895. Grossbritannien. 21. Nov. 1889.

Sir, || In your despatch of the 16th instant I received a copy of the Royal Decree which was published in the official Gazette of the 9th instant. It purports to place a large territory under Portuguese administration in the interior of Africa to the north and south of the Zambesi River. The district, to which the name of Zumbo is given, appears to comprise a great part of Mashonaland and an immense tract to the northward, approaching the frontiers of the Congo Free State and the watershed of Lake Nyassa. I inclose a Map indicating the frontiers set forth in that Decree. || I have to request you to remind the Portuguese Government, that Mashonaland is under British influence, and to state that Her Majesty's Government do not recognize a claim of Portugal to any portion of that territory. The Agreement between Lobengula and Great Britain of the 11th February, 1888, was duly notified to them in accordance with the instruction given by me to Sir George Bonham in my despatch of the 24th July of that year. It was also officially published in the Cape Colony. The Agreement recorded the fact, that Lobengula is Ruler of Mashonaland and Makakalakaland. || Her Majesty's Government are also unable to recognize the claims of Portugal to the territory to the north of the Zambesi indicated in the above-mentioned Proclamation. So far as they are defined, they follow the course of the Loangwa River, on whose banks there are tribes with whom Her Majesty's Government have Treaties; and they appear to be inconsistent with British rights established by settlement upon the Shiré River and the coasts of Lake Nyassa. Beyond this they assert the jurisdiction of Portugal over vast tracts which are still unoccupied, but the knowledge of which is principally due to British explorers. You will refer Senhor Barros Gomes to the Memorandum which you placed in his hands, by my direction, on the 13th August, 1887, in which it was stated that Her Majesty's Government protested against any claims in no degree founded on

*) Es folgen die speciellen Bestimmungen über die Verwaltung.

Nr. 9895. Gross-britannien. 21. Nov. 1889.

occupation, and that they could not recognize the sovereignty of Portugal in territory of which she had not practically taken possession, and in which she was represented by no authority capable of exercising the ordinary rights of sovereignty. You will formally renew this protest. || You will inform his Excellency, that Her Majesty's Government recognize on the Upper Zambesi the existence of Portuguese occupation at Tete and Zumbo, but that they have no knowledge of the occupation of any other place or district. || You will place a copy of this despatch at once in the hands of Senhor Barros Gomes. || I am, &c.

Salisbury.

Nr. 9896. PORTUGAL. — Minister des Aeussern an den Gesandten in London. — Begründung der Ansprüche auf das Gebiet Zumbo. [Einschluss in B. 249.] 29. Novbr. 1889.

(Uebersetzung.)

Nr. 9896. Portugal. 29. Nov. 1889

Sir, || On the 25th instant Her Britannic Majesty's Minister at Lisbon handed to me a copy of the despatch addressed to him on the 21st instant by the Marquis of Salisbury. This document protests against the provisions of the Decree of the 7th instant creating the new district of Zumbo in the Province of Mozambique, and, in part, defining its boundaries. || The protest of Her Britannic Majesty's Principal Secretary of State is based on two kinds of arguments; the one referring to the territory lying south of the Zambesi, the other referring to the regions north of that river, which regions, under the terms of the Decree in question, form part of the recently created district. || His Majesty's Government are firmly convinced that they acted strictly within the limits of their own rights, without any intention of infringing those of any other, but, on the contrary, that they acted solely in the intention of safeguarding the rights of the Portuguese Crown, as is their duty, and as they have never failed to do whenever those rights are contested or threatened. It is in this conviction, that His Majesty's Government now answer the communication made by the British Cabinet, maintaining exactly the terms of the Decree of the 7th November; but, at the same time, being moved thereto by all the sentiments of deference owed to a friendly nation, they will state briefly the grounds for the action they have taken, trusting that the spirit of justice which characterizes the English nation will lead it to appreciate those reasons, seeing that it never fails to respect the rights of any people whatsoever, and all the less those of Portugal, for the reason that it is as great, as powerful, and as much respected as any among the great nations of the earth. || I. — Lord Salisbury maintains, that the Agreement concluded on the 11th February last year between England and Lo Bengula, the publicity given thereto in the Cape of Good Hope, and the terms in which it was notified to the

Portuguese Government on the 24th July of the same year — seeing, moreover, that they all refer to the whole of the territory marked as Mashonaland on English Maps, include the whole thereof in the circle of English influence, and therefore exclude the possibility of it being occupied by Portugal. || To this peremptory assertion the Portuguese Government, on their part, oppose the following considerations and arguments: — || 1. As soon as the tenour of the Treaty concluded with Lo Bengula was known at the Cape, that is towards the end of April 1888, His Majesty's Consul at Cape Town protested against it, and the greatest possible publicity was given to the protest by means of the press of that Colony. || 2. On the 1st May His Majesty's Minister in London handed to Lord Salisbury a Memorandum clearly reserving the rights of Portugal in respect to one portion of the so-called Mashonaland. || 3. The Treaty with Lo Bengula having been officially notified at Lisbon in writing by the English Chargé d'Affaires, and it having been stated verbally, on the occasion of the notification in question, that the English Government intended and desired to proceed, in conjunction with Portugal, to the delimitation of the frontier of the region between the Zambesi and the Limpopo, I hastened, in reply, cordially to accept, by my note of the 6th August, the invitation thus given, and at the same time I renewed all the previous protests and reservations respecting Mashonaland, and there and then pointed to the River Sanhate (to which the leases from the Crown extend), and on the Limpopo and to the territory belonging to the Chiefs who are vassals of Gungunhame, as the furthest limits westwards of the Province of Mozambique. But the Government of Her Britannic Majesty took no further steps in the negotiation which they themselves had declared that they wished to enter into with the Government of His Most Faithful Majesty. || 4. On a Blue Book being officially published in the Cape Parliament, containing a Map which assigned to Lo Bengula territory which had been under our sovereignty or influence for more than two centuries, I made a formal protest, in a note dated the 14th September, and addressed to Her Britannic Majesty's Legation in Lisbon, saving the rights of the Portuguese Crown. || 5. On Mr. Rudd receiving a grant from Lo Bengula of an exclusive mining Concession for the whole of the territory said to constitute his dominions, His Majesty's Consul at the Cape at once protested against the terms of so extraordinary a Concession, which was indeed the origin of the present South African Company; and on the 10th December, 1888, a second formal protest by the Government against such Concession, in so far as it dealt with Portuguese territory, was placed in Lord Salisbury's hands. || These facts show, that the Government of Her Britannic Majesty were aware of the persevering insistance with which Portugal maintained her right to one part of Mashonaland, and it was no doubt out of respect for a principle of justice, which, for my part, I take to be to the advantage, as properly understood of both countries, that an attempt was made at Lisbon, on Lord Salisbury initiative, semi-officially it is true, to arrive at an agreement, the general

Nr. 9896. Portugal. 29. Nov. 1889.

sense of which was even decided upon, and to which His Majesty's Government gave their most cordial assent, but which, through no fault on the Portuguese side, never came to anything. || The Treaty with Lo Bengula constitutes the sole obstacle raised by England, in the protest to which I now reply, against the rights of Portugal. || The sovereignty of that Chief in those parts of the disputed territory where it is effective is founded, however, solely and exclusively, in the use of force so cruelly and barbarously exercised that the Bishop of Bloemfontein, on learning that Lo Bengula had received 1000 muskets of recent make, with the ammunition belonging to them, imported through the Cape Town Custom-house during the blockade of the Zanzibar and Mozambique coasts, protested in most touching and eloquent language against such think being permitted. || "A thing that I would never do", wrote the prelate, "would be to give a musket to Lo Bengula, even though he asked for it. I would prefer to throw away all the results of my expedition rather than give fire-arms to a Matabele, for all should know, that these muskets will be used to murder inoffensive and innocent people. It would be an act which the doer would bitterly lament both in this world and the next." || It is also necessary never to lose sight of the fact, which is of capital importance in this question, that all the tribes of Mashonaland are not even tributaries of Lo Bengulas. Mr. F. C. Selons, an authority certainly beyond suspicion from the English point of view, thus writes in confirmation of these assertions put forward on the part of Portugal: — || "On my return to England I found" (says this well-known traveller, in the "Fortnightly Review" for May last), "that most of the few people who have any knowledge of the subject believe, that the Mashonas are a people who have been conquered by the Matabeles, and now live peacefully under their protection, paying tribute to their King, Lo Bengula. This is entirely incorrect. Various communities of Mashonas are subject to Lo Bengula, pay him tribute, and keep the great herds of cattle owned by the Matabeles. They are well treated, and have little to complain of in so far as they are looked up to. But alongside of them live numerous tribes of Mashonas, who are in no wise subject to Lo Bengula. They pay him no tribute, and when they are attacked by his Nobles, they take refuge in the caves and on the summits of their mountains, and defend themselves and their property as well as they can against the invaders." || This statement would, by itself, seeing the weight which the author's name carries, in consequence of his knowledge, at first hand, of the locality, suffice to nullify the importance attributed to the Treaty concluded with Lo Bengula. || What can Portugal put forward in opposition to this sole foundation of the rights claimed by Great Britain? || She puts forward the facts of discovery, of effective occupation during centuries, and the labours of evangelization and commercial exploration and of military dominion, labours of many kinds, the traces of which are even now found at every step in those regions, and which explain the continuance of an influence there which has lasted

down to our own time, and which was the cause of the easy but brilliant success of the two expeditions which have recently planted the Portuguese flag throughout the whole of that region. || I will now endeavour to give an account of the reasons on which my above assertions are based. || The original and historical right of Portugal to the possession of, and effective dominion over, those vast tracts of territory, is founded in the cession to her of the ancient Empire of Monomotapa, which took place in 1630, when Dom Nuno Alvares Pereira was Governor of Mozambique. This Empire extended, from north-east to south-west, from the region where the Cafué meets the Zambesi, along the course of the Umniati, down to the ocean at Inhambane. || As this Empire was divided into two provinces, Botonga in the east and Mocaranga in the west, the dividing line between them being formed approximately by the course of the Mussengueji, and as the zone now called Mashonaland was an integral part of the second of these provinces, it is evident, that the reasons which militate in favour of our claim to the whole of the Empire apply to every part of it as well, and therefore to Mashonaland. || But the historical rights of Portugal are far from resting solely on this single act of cession by the Emperor, which was, in fact, nothing more than the acknowledgment of his own impotence, and the official termination of a long series of annexations carried out by the Portuguese towards the end of the sixteenth century; they are founded on that act which is in law of all acts of possession the most decisive, namely, the making and building of forts. || Throughout Mashonaland their well-preserved ruins are still standing, as Mr. Lochner testified in an article published in March this year in the "Bechuanaland News", affirming the Portuguese origin of these forts, and as also testify the official Reports of Paiva de Andrade and Cordon, who are now traversing the regions referred to in the Royal Decree of the 7th instant. || The founding of towns and villages, the clearing of roads, may constitute an act of temporary dominion; but the erection of forts is an act of definitive possession by one who has come and fixed himself in a place, and does not intend to retire. || This was indeed the opinion of the old Portuguese; this was the view taken by Dom Estevão de Athaide, who founded the forts of Luabo and Quelimane, and who first impressed on the mother country the necessity of erecting forts in the Empire of Monomotapa, a plan which the Governor was ordered to carry out in 1610 under instructions from the Count of Feira, the first forts erected being those of Quebrabassa, Massapa, Luanze and Bocuto, the first two on the frontier of Mashonaland; others followed later in the centre of that region: such are those at the markets of Onigué, Quitamburvizé, Dambarare and others. || The latter, situated approximately on the courses of the Mufuli, the Angua, the Manhame and their affluents, were among the most important. || For a considerable time the Portuguese directed their efforts to those parts, sending out at one time expeditions of miners and artificers, such as was that of André de Alvorado in 1633, at another,

Nr. 9896. Portugal. 29. Nov. 1889.

complete expeditions, such as was that which left Lisbon in 1677 on board four ships, carrying 600 men for the garrisons, officials with their families, engineers, miners and goldsmiths, together with many women and missionaries, who spread themselves throughout the whole of that country. || At first individual traders, the Portuguese soon became explorers, and collected into small villages, which afterwards became towns. They erected throughout the vast region they occupied churches and forts, thus fighting the darkness of fetishism by means of the light of religion, and insuring the peace of the peoples who had became their vassals. || The history of the propagation of the faith throughout that country by our missionaries, the Imperial family of which they converted, furnishes one of the most eloquent proofs of the depth to which our influence took root, and shows that that great contribution towards the civilization of those peoples — a contribution the traces of which exist throughout the Empire of Monomotapa — could not be made without its being marked with the blood of many martyrs. || Among many others of these heroes of the faith I would name Father Gonçalo da Silveira, Frei João de Santo Thomé, Father Nicolau do Rosario, Frei João da Trindade and Frei Luiz do Espirito Santo. || The heart-felt pledges of homage and respect given by David Livingstone to these missionaries and to their companions is well known. || Explorers, missionaries, traders, and captains-major then, and now, have founded and maintained our power over a land made famous by the deeds of Francisco Barreto, of Vasco Fernandes Homem, of Sesinando Dias Bayão, of Dom João Fernandes de Almeida, and described down to its least geographical details, many of which are to-day put forward as modern discoveries, in the works of João de Santos, of Diogo do Couto, of Monclaros, of Lucas de Santa Catharina, down to Lacerda and Francisco Bordallo, among many others, in our own day. || Could acts thus prolonged, and of so powerful a nature, have disappeared without leaving among those peoples such traces as justify the claims made by the Portuguese Government. The facts of the case prove the contrary to demonstration. It must be noted, in the first place, that these claims have been made uninterruptedly and without variation. Although her attention was called away to Brazil, although she was paralyzed in her action beyond the seas during more than the first half of the present century by the war with Napoleon I, by internal discords, and by the disturbance which was caused thereby to her national finances, Portugal never ceased to maintain her possession of that region, and in this view, she was careful not to omit her protest, made through the Governor of Quelimane, Senhor Barahona e Costa, against the so-called concessions granted to Thomas Baines of certain auriferous tracts north of the Limpopo. || In the two Maps of Zambesia, compiled by the Marquis de Sá da Bandeira, the second edition of which bears the date of 1867, the Sanhate continues to be shown as the boundary of the Portuguese possessions south of the Zambesi. Indeed, it could not be otherwise, for the so-called "Crown leases" ("prazos

Nr. 9896. Portugal. 29. Nov. 1889.

da corôa") reach to that point, and the tenants of these constitute, in the state of civilization in which the province now exists, the element which up to this day has represented Portuguese occupation and authority in those regions. ‖ "Even on the ascent of Choa," write Capello and Ivens, "we had come upon Portuguese houses, for Mendonças, Monteiro and Simões were once in Kassoque, whose road-men pass daily through Ulemji, Manica and Mochuculumbes, men who have often raised money among themselves to send home, or to put on the road to Paramatenga and Soshong, Englishmen and others who have lost their way in those regions. When any one is lost in these interior regions, or is the victim of robbery or of native treachery, he is safe in following closely along the bank of the river, for there he will always get protection and will find, that every house wherein lives a Portuguese is one where he will be received as though he were one of the family." ("De Angola á Contra-Costa", vol. ii, p. 286.) ‖ An order from the Governor of Tete is even now all that is wanted to set immense native forces in motion. Montagu Kerr, in his work "The Far Interior," one of the most interesting and impartial accounts of the region between Cape Town and Lake Nyassa, gives unimpeachable evidence of this fact, in the following words: — ‖ "This native force is, indeed, a great support. Kanhemba, the Negro Chief of Zumbo, whose district reaches as far as the regions north of the Zambesi, has at least 10,000 armed men under his command. This body of men was armed by the Portuguese Government, who also conferred on Kanhemba the honourable title of Sergeant-Major. Presents are yearly distributed in order to keep up among the people the feeling, that they are under obligation to afford assistance, if called upon to do so, during war. Araujo Lobo, another Negro Chief, who married a daughter of Kanhemba's, bears the title of Captain-Major. He keeps 3,000 men under arms." ‖ Thus writes Montagu Kerr ("The Far Interior", pp. 46 and 47, vol. ii, second edition, London 1887), and after what has been said no one need be surprised at the success of the expeditions organized in 1887 and 1888, under the command of Lieutenant-Colonel Paiva de Andrade and Lieutenant Cordon. The first named, at the date of the last telegraphic advices, was with Manuel Antonio de Sousa, at the head waters of the Umfulli and the Panhame; the second, as appears from the official correspondence, left Zumbo, and from that point followed the valley of the Panhame to the valley of the Rivers Umfulli and Sanhate, assuming the vassalage of various Chiefs; among them were Chipuzira and Maniango, Chiefs of the Upper Pauhame, Dueira Chief of the Upper Umfulli and Inhamaconde Chief of Mogonde and of territories beyond the 18th degree of south latitude, and Choto, a Chief of territory at the confluence of the Umfulli and the Sanhate. All these Chiefs have hoisted the Portuguese flag. The Chiefs whose territories lie north of the Limpopo as far as Bubue and on both banks of the Save, Chiefs dependent on Gungunhama, who is a vassal, as was his father Muzilla, of the Portuguese Crown, have also hoisted the Portuguese

Nr. 9896. Portugal. 29. Nov. 1889.

flag. || It does not appear, that in accomplishing so much one single drop of native blood has been shed. Can there be a better proof of the existence of an effectual and uninterrupted exercise of influence, which is the result of the previous and combined historical facts on which that influence is founded, and which proclaims our dominion in those regions to international law and to the civilized world? || II. — Her Britannic Majesty's Principal Secretary of State also contests the propriety of such of the provisions of the Decree of the 17th instant as refer to the territory situated north of the Zambesi. Calling to mind the English Memorandum which was handed to me on the 13th August, 1887, his Lordship again puts forward the doctrine, that effectual occupation is now the condition essential to any recognition of dominion. I must on my part refer to the reply of the Portuguese Government to the Memorandum in question, namely, to the note which I addressed on the 19th August of that year to the British Legation at Lisbon. In that note I endeavoured to show, that there is no provision of international public law authorizing such a doctrine to be applied to the interior of Africa. The Conference of Berlin restricted itself carefully to the coast regions. Were such a doctrine to prevail, it is certain, that Germany could not maintain her sovereignty over her possessions south of the Cunene and the Zambesi, and west of Mombasa, that of the Free State of the Congo as far as Garanganja and that of England herself in the region of the Equatorial Lakes and even in the vast districts of Bamanguato and of the Matabeles, now included in her sphere of influence in South Africa. || The very expression "sphere of influence", now found in international documents issuing from all Chanceries, and principally from those of England, is in itself the best proof, that effectual occupation, as meaning the permanent establishment of authorities, cannot be held to constitute a condition essential to the recognition of possession by other nations. || The priority of the discovery of the Nyassa, now incontrovertibly referred to the year 1624, the repeated expeditions dispatched, at the expense of the Government, at the end of the last and during the present century to the regions lying between the Zambesi and the Lake, and to the west thereof, are facts which have many times been brought forward, and which cannot be refuted. The Portuguese geographer, Batalha Reis, has recently shown forth these facts again and most fully in a work which remains unanswered. The direct influence of the authorities of Mozambique, of the tenants under Crown leases on the Shiré, and of the Portuguese explorers, is shown by all kinds of evidence. Montagu Kerr found, that this influence existed when, after he had lost all hope in this very region between the Zambesi and Lake Nyassa, he heard the Portuguese word "amigo" pronounced by Eustaquio da Costa, the elephant hunter, who delivered him from the hands of the powerful Chief Chicusse, and who accompanied him for a long time over a large stretch of country, and to whom he (Montagu Kerr) declared, that he owed his life on the occasion ("The Far Interior", vol. ii, pp. 106 to

Nr. 9896. Portugal. 29. Nov. 1889.

150). || That influence was recognized by Livingstone, who acknowledged, that he had received the first information about the Shiré and the Nyassa from Candido Cardoso da Costa, and had received from the Portuguese authorities and subjects on the coast region and in the interior of Angola and Mozambique those services and that assistance, thanks for which were officially given to the Government of His Majesty by order of Lord Clarendon, in notes dated the 14th December, 1855, the 15th September and the 12th November, 1856, through Her Britannic Majesty's Legation at Lisbon, and also in a note of the 15th December, 1856, from Sir Roderick Murchison, in the name of, and in virtue of a unanimous Resolution passed by, the Royal Geographical Society of London. || The existence of that influence was also recently affirmed by F. S. Arnot, when he refers to his meeting with Silva Porto on the 8th May, 1884, in Lealui, and expresses his hearty thanks for the assistance which that brave explorer of the interior afforded him. ("Journey from Natal to Bihé and Benguella, and thence across the Central Plateau of Africa to the borders of the Zambesi and Congo". — "Proceedings of the Royal Geographical Society". — Number for February of the current year, p. 68.) || Lastly, and in the most important degree, the existence of that influence was shown by the success of the peaceful expeditions of Antonio Maria Cardoso, resulting in the acceptance of vassalage by so many native Chiefs, among them, very recently, the Sultan Makangira, whose power Great Britain herself dwelt upon in a note addressed to me on the 16th August, 1888, by Her Britannic Majesty's Chargé d'Affaires at Lisbon: the success of those expeditions was confirmed by the action of many of the Chiefs referred to in coming to Quelimane to receive flags, and by the foundation at M'ponda, south of the Lake of a mission, endowed by the Portuguese Government, and served by the White Fathers instituted by his Eminence Cardinal Lavigerie. That no one exercises in those parts any influence greater than ours is proved to demonstration by Montagu Kerr's assertion at p. 226 of the second volume of his above-mentioned work with regard to comparative triviality of all efforts hitherto made to supplant it, and substitute another for it. || These are, among others, the bases on which Portugal founds her rights, which she has always maintained in the precise terms in which she now states them. || While again fulfilling the duty of so stating them, and while giving to the present note the same publicity which Her Britannic Majesty's Government thought fit to give to their despatch of the 21st instant, this Government, like that of Her Britannic Majesty, thinks that they must once again give expression to their firm conviction as to the great gain that would be assured to the cause of the civilization and progress of Africa, if the two countries were to agree between them to define and determine by a mutual agreement the questions which relate to Eastern and Central Africa, in order to establish, so far as concerns them, the same good understanding and sincere cordiality which has been reached in East Africa, where, happily, not one single complaint or claim is

Nr. 9896. Portugal. 29. Nov. 1889.

now being made by British subjects or British traders against the sovereignty and dominion of Portugal. || The facilities for commerce and navigation which we could guarantee on our extensive eastern coast, and on the many waterways of the Province of Mozambique, would constitute a most valuable contribution towards the success of those gigantic schemes undertaken by the adventurous genius of the English, which are exceptionally favoured by the abundance of the capital of which their country disposes. || This Government has the satisfaction of being able to assert, that it has always entertained with especial good-will every proposal made with the intent of reaching such an agreement, for the conclusion of which they have repeatedly argued both verbally and in writing. || No other action is, indeed, dictated to them by the traditional regard which binds them to good relations with England, or by the consideration which the English Government has on so many grounds earned of them. A calm and firm defence of their rights in no wise runs contrary to these sentiments; on the contrary, it rather harmonizes therewith. || Portugal, who conquered India and created Brazil has a past exceeded by that of no other nation. That past gives her the right to insure her hopes of a new and brilliant period for her nationality. Africa alone can guarantee it to her. When she defends her rights in that continent, she defends her future. || I have to request you to communicate to the Marquis of Salisbury the contents of this despatch, leaving in his Excellency's hands a copy of it, and later, if necessary, a translation.

Barros Gomes.

Nr. 9897. GROSSBRITANNIEN. — Gesandter in Lissabon an den Premierminister. — Bericht über die erregte Stimmung in Portugal. [B. 252.] 10. December 1889.

Nr. 9897. Grossbritannien. 10. Dec. 1889.

My Lord, || Since the publication in the official journal of the 7th instant of Senhor Barros Gomes' despatch in reply to your Lordship's communication of the 21st ultimo on the Zumbo Degree, the press of Lisbon, representing all political shades, has been loud and unanimous in its praises of the Minister for Foreign Affairs and of the manner in which the so-called rights and honour of Portugal have been upheld against "the grasping and overbearing policy of her ancient ally." This is now the tone and language of the Portuguese press, and I believe it faithfully represents public opinion in this country. || The Ministerial organs seem to vie with others in their Chauvinism, or patriotism, as the case may be. || The inclosed extract from an article in the "Novidades" of yesterday evening is a fair specimen of what I have described. || I have, &c.

George G. Petre.

Nr. 9898. **GROSSBRITANNIEN.** — Premierminister an den Gesandten in Lissabon. — Telegraphischer Auftrag, wegen der Angriffe Serpa Pinto's auf die Makololo's Vorstellungen zu machen. [B. 255.] 17. December 1889.

Nr. 9898. Gross-britannien. 17. Dec. 1889.

Sir, || Information has reached Colonel Euan-Smith, Her Majesty's Agent and Consul-General at Zanzibar, through Bishop Smythies, and M. Previer, a French traveller, in regard to the action of the Portuguese expedition under Major Serpa Pinto in the neighbourhood of the Zambesi and the Shiré highlands. || On the above authority Colonel Euan-Smith reports, that after the Makololo country had been declared under British protection and Treaties concluded with the Chiefs as reported in Consul Johnston's despatch of the 26th August, and Acting Consul Buchanan's of the 30th September, the Makololo were attacked by Major Serpa Pinto, and that the Portuguese force, which is estimated as consisting of 4,000 men, with seven machine-guns and three steamers, are now at the Ruo junction, while reinforcements from Goa will shortly be on their way to Mozambique. || It is further stated, that the Portuguese authorities have publicly made a declaration of war against the Makololo, and declared their intention of retaking the whole country up to Lake Nyassa, and that they have warned the British settlers at Blantyre, that they must place themselves under the protection of Portugal, or abide by the consequences which their failing to do so may entail. || Declarations to this effect have been seen by Bishop Smythies. || The Portuguese Government have been warned, that Her Majesty's Government could not suffer any attack by Portugal upon British Settlements on the Shiré River or upon the southern coasts of Lake Nyassa. || Her Majesty's Government cannot but feel, that the present attack upon the Makololo, who had been declared by a British Representative to be under the protection of Her Majesty, is a serious infraction of the rights of a friendly State. || I have to instruct you to make a representation in this sense to Senhor Barros Gomes in a note, and to add, that Her Majesty's Government cannot acquiesce in the action which Portugal has thought proper to pursue in this matter. || You should request a declaration from the Portuguese Government, that the armed forces of Portugal will not be permitted to attack the British Settlements on the Shiré River and upon the coasts of Lake Nyassa, or the country of the Makololos, or that under the government of Lo Bengula, or any other country which has been declared to be under the protection of Great Britain, and, further, that any officer in the service of Portugal who has acted in this manner will be recalled. || You should report to me not later than Saturday next, the 21st instant, whether you have received any reply from Senhor Barros Gomes to your communication, and, if so, what is the tenour of the reply. || I am, &c.

Salisbury.

Nr. 9899. PORTUGAL. — Minister des Aeussern an den englischen Gesandten. — Beantwortung des von englischer Seite wegen der Angriffe auf die Makololo's erhobenen Protestes. [Einschluss 1 in B. 265.] 20. Dec. 1889.

(Uebersetzung.)

Nr. 9899. Portugal. 20. Dec. 1889.

Your Excellency, || I have the honour to acknowledge the receipt of the note which you addressed to me on the 18th instant*), with reference to the events which have occurred in the Upper Shiré. I hasten to reply to that communication, setting forth, on my part, the nature and extent of the information which is at the present in the possession of His Majesty's Government. || The disturbed state of those regions is not a matter of recent date. On the 15th June the Governor of Quilimane received a notice from the Military Commandant at Massingire, that the central road of the Shiré had been closed by the Makololos, who had fired upon a steamer of the African Lakes Company, which returned, and her crew asked for assistance, which was, however, declared later on to be no longer necessary, although an agreement had already been come to as to the terms in which such assistance was to have been rendered, inasmuch as the steamer in question had succeeded in passing with the assistance of a larger steamer with some armed people on board. || On the 9th July the Military Commandant of Massingire reported to Quilimane, that intercourse with the right bank of the Shiré continued to be interrupted, and he urgently applied for reinforcements in order to prevent serious consequences. On the 15th July the Governor of Quilimane replied, declining to send any forces, and he clearly emphasized the reason for his refusal. He feared, that the presence of the forces might apparently justify the reports which had been deliberately spread, that it was the intention of the Government to carry on war in those regions, thus alarming the Chiefs, and indisposing them against the Portuguese authority and officials. || On the 15th June Major Serpa Pinto was at Mopêa with the two engineers, Alvaro Ferraz and Themudo, who were detained there owing to the serious illness which prevented them from continuing to discharge the official mission intrusted to them on the 30th March of this year. He proceeded later on to the village of Pinda, where he was staying in the middle of July, and where he received information as to the state of matters at Mupasso. On the 15th he telegraphed to Quilimane emphasizing his opinion "that it was absolutely necessary, that the question should be amicably settled, and he considered, that it would be a great mistake to raise a conflict with the Makololos." He enjoined prudence upon the Commandant of Massingire, and cautioned him against the nature and possible effects of the reports which were incessantly and maliciously spread. According to a communication from Massingire, dated

*) Entsprechend dem Auftrage des Premierministers vom 17. December.
Anm. d. Red.

Nr. 9899. Portugal. 20. Dec. 1889.

the 18th July, it appeared, that matters had undergone a change for the better; and, in consequence, Major Serpa Pinto made up his mind to pursue his journey later on to Massange with the two engineers. On the 8th August he met Her Britannic Majesty's Consul-General, who had started a short time before from Mozambique, with a special letter of recommendation to all the Portuguese officers and authorities, and particularly to those of the Shiré and South Nyassa, to whom the said Consul had offered to convey the official correspondence of the Governor, should there be any to take. The interview between them appears to have been so friendly, that Major Serpa Pinto requested Mr. Johnston to give the two engineers a passage on board his steamer, which was refused. || On the 23rd August Major Serpa Pinto went down to Quilimane, and the two engineers advanced to Mupasso, accompanied by their followers, who, in view of their small number, excluded any idea of aggression on their part; they were attacked at Mupasso under the circumstances and in the manner mentioned in the Report, which has already been published, and of which I inclose a copy. || On the 31st August the engineer Ferraz, who had fortified his position at Mupasso and was consequently on the defensive, telegraphed to Serpa Pinto at Quilimane, that he apprehended an attack on the left bank by numerous forces that had come from the north, and that he (Ferraz) had prepared everything for his defence, so as to avoid any losses among his people as much as possible. || It was under these circumstances, that Serpa Pinto proceeded to Mozambique to ask for assistance, which could not in any way be refused to him, in view of what had occurred without endangering the safety of the small expedition which had remained at Mupasso, as well as the prestige of the Portuguese name in that region. || Her Britannic Majesty's Government look upon the declarations made by Mr. Buchanan as an adequate ground for condemning the proceedings which occured subsequently, and which were the natural consequence of what has been stated above. The correspondence exchanged between Mr. Buchanan and Major Serpa Pinto on the 19th and 21st August explains very clearly the reason why Serpa Pinto considered, that such declarations were not sufficient to cause the expedition to desist from a just defence, and to prevent, in consequence of the retreat of the expedition, the "prazos" (lands) of Massingire and Macanja from being attacked, as they infallibly would have been. Such declarations were, moreover, entirely at variance with the official statements which had been made by Her Britannic Majesty's Government in the two Houses of Parliament in London, and also in other places, as recently as in March and May of this year, that the region in question did not constitute British territory, and was not under the Protectorate of Great Britain. || I must add that, notwithstanding the already sufficiently remote date of the two documents above referred to, and of the fact that they must necessarily have been known in Europe, the act referred to in the first of those documents has never been officially notified to the Government of His Most Faithful

Nr. 9899. Portugal. 20. Dec. 1889.

Majesty. || From the facts of which a brief account has been given it follows that:— || 1. The Portuguese Government organized an expedition of a purely technical character, and unprovided with the requisite number of men for the purpose of waging war. Her Britannic Majesty's Government were aware of the nature of the expedition, and all the newspapers, including the English journals, alluded to it at the time without any objections being raised as to the spot where its operations were to be carried on. || 2. The successful result of the expedition was marred by the disturbances which took place on the Shiré, and later on, on account of the rumours spread and of the intrigues carried on for the express purpose of opposing it. || 3. The Portuguese expedition was attacked during the absence of Major Serpa Pinto, and did not attack. || 4. The attack took place to the south of the mouth of the Ruo. || I mention this circumstance on account of its unquestionable importance, and not because His Majesty's Government can recognize as the boundary of the Province of Mozambique the one which is laid down in the Treaty of 1884, which was never ratified. || I have to add, that Major Serpa Pinto only took part incidentally in these events. His showing the way, at their commencement, to the two engineers along the regions of the Shiré only constituted a very secondary part of his mission to Africa, in which mission, in accordance with Article 1 of his instructions, he was directed, saving any extraordinary cases, to make use of all peaceable means of action and influence. || With respect to the mission in question, and to the reinforcements which Major Serpa Pinto went to fetch from Mozambique, explanations were at various times exchanged between the Government of His Most Faithful Majesty and that of Her Britannic Majesty, and I invariably declared, that British subjects and settlements and properties would, under any hypothesis, be absolutely respected. || Under what circumstances did the fighting occur which became known in Lisbon and in all Europe from the 17th to the 19th November last, and which also took place on this side of the Ruo? What happened afterwards? What are the relations between Major Serpa Pinto and the British commercial Missions and stations? || Nothing is as yet known in Lisbon beyond the concise terms of the telegram above referred to of the 17th November. His Majesty's Government have already asked for information from Mozambique in order to enable them to meet, as they are bound, the wishes expressed by the Cabinet of London. In the meanwhile, in order, that it may be seen how very incorrect the reports recently received in Europe via Zanzibar would seem to be, it will be sufficient to observe, that your Excellency speaks of 4,000 men, whereas a telegram from the Governor-General of Mozambique, dated the 7th October, only mentions 2,000; your Excellency alludes to seven mitrailleuses and three steamers, and His Majesty's Government have no news except of one mitrailleuse and of one steamer. The press likewise exaggerates the number of men killed, putting it down as 100, whereas it is reported, that there were only sevently-two. || It may, therefore, be justly supposed, that the re-

ports sent from Zanzibar are also incorrect as regards other details; and the Portuguese Government trusts, that, especially with reference to the relations between Major Serpa Pinto and the British Settlements, the said reports will be found to be so, considering the directions which were so pressingly enjoined by His Majesty's Government upon that officer. || Proceeding now to reply to the concrete points respecting which your Excellency draws up, by order of your Government, a certain number of queries ("quesitos"), I beg to give your Excellency the following assurances: — || 1. His Majesty's Government never authorized and would never sanction any attack upon the British Settlements at Nyassa and on the Shiré. || 2. It cannot be their intention to attack the territories belonging to Lo Bengula, but solely to maintain and defend themselves in the territories which they look upon as belonging to the Crown of Portugal, and where there are any Chiefs either under the direct vassalage of or depend upon Gungunhana. || 3. The Portuguese Government, however great may be their feelings of deference towards the British Government, for their own dignity's sake cannot but reserve the right of forming a judgment, after they shall have read the full account of the facts, as regards the proceedings of Major Serpa Pinto in the Makololo country. They have lost no time in repeating, by telegraph to Mozambique, their most positive orders for the British Settlements and interests to be respected, and they will consider in the most conciliatory spirit the whole series of facts as soon as the two Governments shall have been fully acquainted therewith. || I avail, &c.

Barros Gomes.

Nr. 9899. Portugal. 20. Dec. 1889.

Nr. 9900. GROSSBRITANNIEN. — Premierminister an den Gesandten in Lissabon. — Widerlegung der portugiesischen Note vom 6. December. [B. 267.] 26. Dec. 1889.

Sir, || I received upon the 6th of this month from M. d'Antas a despatch from Senhor Barros Gomes, in which the claims that have been advanced by the Portuguese Government to certain territories in the vicinity of the Zambesi, by a recent Royal Decree, are reiterated and defended at some length. The Minister for Foreign Affairs does not rest these pretensions upon any assertion, that the Portuguese Government has in modern times occupied, or colonized, or governed the regions to which the claim of dominion is advanced. Such a contention would have been impossible, for it is notorious, that a large area of the territories in the Zambesi basin, and many of its most remarkable features, were unknown to the world until they were revealed by the enterprise of Livingstone and other British explorers, and the only Settlements which have been established in it in recent years are those of the British Missionary Societies and Trading Companies, which are found upon the banks of the Shiré and the coasts of Lake Nyassa. || The titles advanced

Nr. 9900. Grossbritannien. 26. Dec. 1889.

Nr. 9900. Gross-britannien. 26. Dec. 1889.

by the Portuguese Minister for Foreign Affairs in his recent despatch are of a different character. They rest in effect exclusively upon historical events, removed from the present day by a considerable interval of time, and upon proofs that many generations back the military power of Portugal had made itself known at least in a portion of these regions. The following sentences extracted from the despatch contain a fair summary of the only distinct grounds upon which the Decree of the 7th November, establishing the new province of Zumbo, is justified by the Portuguese Government: — ‖ "The original and historical right of Portugal to the possession of, and effective dominion over, those vast tracts of territory, is founded in the cession to her of the ancient Empire of Monomotapa, which took place in 1630, when Dom Nuño Alvarez Pereira was Governor of Mozambique. This Empire extended from north-east to south-west from the region where the Cafué meets the Zambesi, along the course of the Umniati, down to the ocean at Inhambane. ‖ As this Empire was divided into two provinces, Botonga in the east and Mocaranga in the west, the dividing line between them being formed approximately by the course of the Massengaeji, and as the zone now called Mashonaland was an integral part of the second of these provinces, it is evident, that the reasons which militate in favour of our claim to the whole of the Empire apply to every part of it as well, and therefore to Mashonaland. ‖ But the historical rights of Portugal are far from resting solely on this single act of cession by the Emperor, which was, in fact, nothing more than the acknowledgment of his own impotence, and the official termination of a long series of annexations carried out by the Portuguese towards the end of the sixteenth century; they are founded on that act, which is in law of all acts of possession the most decisive, namely, the making and building of forts. Throughout Mashonaland their well-preserved ruins are still standing." ‖ Researches have been made in this country, but hitherto without success, for the purpose of recovering the text of the Treaty with the Emperor of Monomotapa, on which such large consequences are based. In the absence of this documentary confirmation, we have at present no ground for believing, that the Emperor himself possessed or affected to convey the extensive territories which he is assumed to have surrendered on that occasion. Still less importance can be attached to the forts whose "well-preserved ruins" have been discovered by recent explorers. They are believed by archaeologists to belong rather to the beginning of the sixteenth than to the seventeenth century; but whatever their origin, or the date of their construction, their existence in a condition of well-preserved ruin will hardly contribute much to the establishment of the sovereignty of Portugal. Forts maintained in a condition of efficiency are undoubtedly a conclusive testimony, that the territory on which they stand is in the military occupation, and under the effective dominion, of the Power to which they belong. But forts which are in ruins, and which have neither been reconstructed nor replaced, can only prove, if they prove anything, that,

Nr. 9900. Gross-britannien. 26. Dec. 1889.

so far as that territory is concerned, the domination of which they were the instrument and the guarantee is in ruins also. || I do not propose to enter further into the archaeological arguments for the claims of Portugal, which are advanced in the despatch of Senhor Barros Gomes, because, in the judgment of Her Majesty's Government, they are not relevant to the contention for the establishment of which they have been adduced. The controversy must be decided on other grounds. The fact of essential importance is, that the territory in question is not under the effective government or occupation of Portugal, and that if it ever was so, which is very doubtful, that occupation has ceased during an interval of more than two centuries. During the whole of that period the Government of Portugal has made no attempt either to govern or civilize or colonize the vast regions to which a claim is now advanced, and it may be said, with respect to a very large portion of them, that no Portuguese authority has ever attempted their exploration. The practical attention of that Government has only been drawn to them at last by the successful enterprise of British travellers and British settlers. The Portuguese authorities during that long interval have made no offer to establish in them even the semblance of an effective government, or to commence the restoration of their alleged dominion, even by military expeditions, until they were stimulated to do so by the probability, that the work of colonizing and civilizing them would fall to the advancing stream of British emigration. It is not, indeed, required by international law, that the whole extent of a country occupied by a civilized Power should be reclaimed from barbarism at once: time is necessary for the full completion of a process which depends upon the gradual increase of wealth and population; but, on the other hand, no paper annexation of territory can pretend to any validity as a bar to the enterprise of other nations if it has never through vast periods of time been accompanied by any indication of an intention to make the occupation a reality, and has been suffered to be ineffective and unused for centuries. Her Majesty's Government are unable to admit, that the historical considerations advanced by Senhor Barros Gomes can invalidate the rights which British missionaries and traders have acquired by settlement in the valleys of Nyassa and the Shiré, nor can they affect the lawfulness of the protection which has been long extended by Great Britain to Lobengula, and more recently to the Makololos. || Her Majesty's Government, therefore, cannot but look upon any attempt to exercise Portuguese dominion over the British Settlements in the district of Shiré and Lake Nyassa or over any tribes which are under British protection, as an invasion of Her Majesty's rights. || You are instructed to communicate a copy of this despatch to the Minister for Foreign Affairs. || I am, &c.

Salisbury.

Nr. 9901. **GROSSBRITANNIEN.** — Premierminister an den Gesandten in Lissabon. — Anweisung, bis zum 8. Januar eine befriedigende Erklärung der portugiesischen Regierung zu fordern. [B. 275.] 2. Januar 1890.

Nr. 9901. Grossbritannien. 2. Jan. 1890.

Sir, || I have received, and laid before the Queen, your despatch of the 22nd ultimo, inclosing the reply of the Portuguese Minister for Foreign Affairs to the note which you were instructed to address to him on the subject of Major Serpa Pinto's proceedings on the Shiré River. || Her Majesty's Government have given Senhor Barros Gomes' note their careful attention; but they regret, that they do not find in it those precise and explicit assurances for which you were instructed to ask, and which they consider it essential to obtain. || The accounts received of the actions of Major Serpa Pinto and of the officers under him are necessarily at present incomplete; but the explanations given by Senhor Barros Gomes do not in any way invalidate the fact, that the approach of a carefully organized and well equipped military force to the Makololo country produced a widespread impression, that a deliberate intention existed of provoking hostilities and of establishing by force of arms the dominion of Portugal in the country of the Makololos and in the districts bordering on the Shiré and Lake Nyassa, where British Settlements and Missions are established. || The subsequent proceedings of the expedition have only tended to confirm and increase that impression, and have gravely compromised the position of Her Majesty's Government towards the native tribes, who look to it for protection, and toward the British subjects, who have such strong claims to its sympathy and support. || The statement of Senhor Barros Gomes, that it was the Makololos who were the attacking party, and that the fighting was limited to their being repulsed, does not appear to Her Majesty's Government to be of much weight, as the action of the Makololos, whether they took the offensive or not, was solely prompted by their desire to protect their territory against invasion. It is, moreover, to be observed, that, in the summary of the telegraphic reports received from Major Serpa Pinto which his Excellency has since communicated to you, mention is made of a campaign, which must have been carried on in Makololo territory, as Major Serpa Pinto declares, that the Makololos have been subdued, and the River Shiré occupied. || Senhor Barros Gomes endeavours to justify the conduct of the Portuguese Commander in refusing to recognize the declaration made to him by Mr. Buchanan, that the Makololos had been placed under British protection. You should point out, that Mr. Buchanan, as Acting British Consul, was the Representative of Her Majesty's Government upon the spot: if Major Serpa Pinto thought, that the British representative had, in the action he had taken, exceeded his powers, his proper course was to have referred to his own Government, in order that they might ask for a disavowal of that action. To refuse to recognize the declaration, and to act in direct defiance of it,

was totally unjustifiable, and was opposed to the universal practice which governs the relations of civilized and friendly States in international disputes. || Her Majesty's Government have not asked for any apology for what has taken place. They are quite willing to leave to the Portuguese Government the right, claimed by Senhor Barros Gomes, of forming a judgment as to the proceedings of the Portuguese officers after receiving a full account of the facts. But they must insist on a prompt and distinct assurance, that there will be no attempt to settle territorial questions by acts of force, or to establish Portuguese dominion over districts in which British interests predominate. If Her Majesty's Government cannot obtain such an assurance from the Portuguese Government, it will be their duty to take the measures which they consider necessary for the adequate protection of those interests. || You are therefore instructed to repeat to Senhor Barros Gomes a categorical request for an immediate declaration from the Portuguese Government, that the forces of Portugal will not be permitted to interfere with the British Settlements on the Shiré and Nyassa, or the country of the Makololos, or the countries under the government of Lo Bengula, or any other country which has been declared to be under British protection; and, further, that there will be no attempt to establish and exercise Portuguese jurisdiction in any portion of those countries without previous arrangement between the two Governments. || You will embody the above in an official note to Senhor Barros Gomes, and you will request, that you may receive an answer before the evening of the 8th instant. || I am &c.

Nr. 9901. Grossbritannien. 2. Jan. 1890.

Salisbury.

Nr. 9902. GROSSBRITANNIEN. — Konsul in Mozambique an den Premierminister. — Telegraphischer Bericht über feindseliges Vorgehen der portugiesischen Expedition. [B. 276.] 4. Januar 1890.

Johnston writes on the road to Tanganyika, 1st November, hopes to reach Quilimane and this port. Portuguese mails extremely irregular. Johnston may be considerably delayed coast unless British gun-boat can be sent for him. Pinto tells me he returns Lisbon; expedition remains occupying Shiré. Several stations, including Katunga, will be fortified and garrisoned. Governor appointed Shiré district. Company's flag lowered under compulsion, because Shiré considered Portuguese. Confirmation of engagement early in December: 180 Makololo killed. Andrade returned coast, enrolled large expedition, report says to plant flag where Portuguese have claims between Sofala and Matabele and check English expedition to Matabeleland. A Governor is now established at Zoumbo.

Nr. 9902. Grossbritannien. 4. Jan. 1890.

Nr. 9903. **PORTUGAL.** — Minister des Auswärtigen an den britischen Gesandten. — Vorschlag weiterer Verhandlungen, eventuell einer europäischen Konferenz. [Einschluss in B. 278.] 8. Januar 1890.

(Uebersetzung.)

Nr. 9903. Portugal. 8. Jan. 1890.

Your Excellency, || I have the honour to acknowledge the receipt of the note, dated the 5th instant, which was delivered to me on the 6th, in which your Excellency informs me, that Her Britannic Majesty's Government did not find in my note of the 20th December last those precise and explicit assurances which they consider it essential to obtain. || Your Excellency admits, that the information concerning the proceedings of Major Serpa Pinto and his subordinates is necessarily incomplete. You, however, add several observations which occur to Her Britannic Majesty's Government in view of the organization of the Portuguese military expedition, of its action in the country of the Makololos, and of the declaration made by Mr. Buchanan to Major Serpa Pinto. From the above, the British Government infer the necessity of pressing for a declaration, that no attempt will be made to decide territorial questions by acts of force, or to establish the dominion of Portugal where British interests predominate; and they have therefore instructed you to request from the Portuguese Government a prompt declaration, that they will not permit the Portuguese forces to interfere with the English Settlements on the Shiré and Nyassa, with the country of the Makololos, with the regions governed by Lobengula, or with any other country under British Protectorate, and, furthermore, that no attempts will be made either to establish or to exercise Portuguese jurisdiction without a previous agreement between the two Governments. || In conclusion, your Excellency asks, that my reply may be sent to you before the evening of the 8th instant. || Your Excellency will excuse me if I commence by expressing my regret, that a term should have been fixed for my reply. The great value, which, as I have always shown, I set upon the maintenance of good relations between Portugal and Great Britain, has never allowed me to delay any reply of mine whenever such delay could in any way endanger an interest of so capital a nature. || The Portuguese Government regret, that the explanations which have already been given should not have satisfied Her Britannic Majesty's Government. Inasmuch as they continue to consider it an essential circumstance, that the extremely limited personnel of which the first expedition was composed excluded the aggressive intention ascribed to it; and as they cannot in any way look upon the declaration of a Protectorate, in the terms in which it was made, over a territory with respect to which the Crown of Portugal has constantly asserted its rights, and as the whole course of events, which are as yet incompletely known, is derived from these two capital points, it is possible, that a different appreciation of the same facts may be the cause why the explanations

Nr. 9903. Portugal. 8. Jan. 1890.

and assurances which have already been given by the Government of His most Faithful Majesty are held to be insufficient by the British Government. || Nevertheless, such is our earnest desire to arrive at the previous agreement upon all the pending questions, to which your Excellency alludes in the concluding part of your note, that this Government do not hesitate in going still further in order to facilitate that object on their side. In so doing, they act in accordance with their constant precedents, inasmuch as they have repeatedly pressed for the conclusion of an agreement, the terms of which they have never refused to discuss, nor have they shrunk from the greatest sacrifices in order to secure a successful issue. || The Portuguese Government, persevering, therefore, in these same views, have likewise, on this occasion, no objection to issue instructions to their authorities at Mozambique in the sense, that no act of force shall be committed, either against the British Settlements on the Shiré and Nyassa (in accordance with the orders which have always been given), or against the country of the Makololos, or against the countries under the rule of Lobengula, or against any other country with respect to which it is alleged, that a Protectorate has been declared on the part of the British Government, and likewise to the effect, that no attempt is to be made to establish and exercise Portuguese jurisdiction in those territories, without a previous agreement having been come to between the two Governments with regard thereto. || His Most Faithful Majesty's Government, however, fully trust, on their side, that Her Britannic Majesty's Government, on the score of a just reciprocity towards a friendly and allied Power from such remote times, will also issue a similar instruction to their authorities or Representatives in order, that they may likewise abstain from any further proceedings that may alter the state of the pending question until the same shall have been finally settled by means of the agreements referred to in your Excellency's note. || It appears to this Government, that in this manner they have complied with what Her Britannic Majesty's Government wished them to do. || Accordingly, not only will they not endeavour to settle by force any territorial questions, but, trusting in their rights and always presupposing a just reciprocity, they will await the wished-for agreement between the two Governments before definitely establishing and exercising their jurisdiction in any portion of the disputed territories, thus rendering the settlement even of those territorial questions, of which the solution may either have had a beginning or have been completed in consequence of the events which have recently taken place on the Shiré, dependent upon the result of the discussion, and, therefore, comprised in the terms of the agreement to be come to hereafter. || Should this reply, however, not yet satisfy the British Government, or should it not be possible, contrary to our just expectations, to conclude the proposed agreement, the Portuguese Government at once declare, on their part, that they are gladly willing to submit all the pending disputes with Great Britain to the examination and decision of a Conference of the Signatory Powers of the

Nr. 9903. Portugal. 8. Jan. 1890.

General Act of Berlin. || In the event, however, of the course now suggested failing to receive the approval of England, in that case the Portuguese Government will place themselves under the shelter of the provisions laid down in Article 12 of the said General Act of Berlin, to the contents of which His Majesty's Government also consider it their duty to call at once, and in a special manner, the attention of the Government of Her Britannic Majesty. || In truth, if England had recognized the historical right as constantly asserted by Portugal, to the territories on the Shiré and Nyassa, no question would ever have arisen. The contestation of that right and above all things the declaration of a British Protectorate over those regions cause them, at least as regards the British Government, to be fully comprised within the provisions of the said Article in virtue of which mediation is obligatory, and arbitration is optional. || Consequently, in my opinion, Portugal has the undoubted right to ask for the enforcement ("applicação") of the 12th Article of the General Act, in the eventuality, which they neither expect nor wish for, of its being impossible to establish a direct agreement. || I avail, &c.

Barros Gomes.

Nr. 9904. **GROSSBRITANNIEN.** — Premierminister an den Gesandten in Lissabon. — Auftrag, die Zurückziehung portugiesischer Truppen aus dem Matabele-, Makololo- und Maschonaland zu verlangen. [B. 279.] 9. Jan. 1890.

Nr. 9904. Grossbritannien. 9. Jan. 1890.

Sir, || With reference to your telegram of yesterday, in which you reported the substance of the Portuguese reply to your representation of the 6th instant as to recent proceedings in the country of the Makololo and in Mashonaland, I have to state, that Her Majesty's Government are glad to learn, that the reply of the Portuguese Government, in principle, meets the demands which you were instructed to make. || Before, however, it can be accepted as satisfactory, Her Majesty's Government must know, that explicit instructions have been sent to the Portuguese authorities in Mozambique applying to the acts of force and exercise of jurisdiction which are now taking place, and which have already formed the subject of complaint on the part of Her Majesty's Government, as well as to any further proceedings of the same nature. This would include the withdrawal below the Ruo of the authorities and forces now in the country of the Makololo, and the removal of all military stations in Matabeleland and Mashonaland. || You should inform Senhor Barros Gomes of the terms of this despatch, and request him to furnish you, for communication to Her Majesty's Government, with copies of the instructions sent to the Mozambique authorities. || I am, &c.

Salisbury.

Nr. 9905. PORTUGAL. — Minister des Aeussern an den englischen Gesandten. — Beruhigende Versicherungen. [Einschluss in B. 281.] 9. Januar 1890.

Nr. 9905. Portugal. 9. Jan. 1890.

Mon cher M. Petre, || Les ordres les plus précis dans le sens désiré ont été envoyés aujourd'hui à Mozambique. || Je tiens à vous dire encore que, comme vous le savez, d'ailleurs, Serpa Pinto est depuis longtemps retourné à Mozambique; que les forces organisées par lui sont aussi depuis longtemps retournés à Inhambane. || Veuillez, &c.

Barros Gomes.

Nr. 9906. GROSSBRITANNIEN. — Premierminister an den Gesandten in Lissabon. — Telegramm: Anzweiflung der portugiesischen Angaben; Auftrag, ein Ultimatum zu stellen. [B. 282.] 10. Januar 1890.

Nr. 9906. Grossbritannien. 10. Jan. 1890.

Sir, || I have received your telegram of this day stating, that you have been informed by the Portuguese Government, that the most stringent orders were sent yesterday to Mozambique in the sense desired by Her Majesty's Government; and, further, that not only has Senhor Serpa Pinto been long at Mozambique, but that the forces organized by him have long since returned to Inhambane. || Her Majesty's Government cannot accept the latter statement as sufficient. || On the 4th instant Her Majesty's Acting Vice-Consul sent a telegram, copy of which is inclosed, in which he stated, on the authority of Senhor Serpa Pinto himself, that the expedition remained in occupation of the Shiré, and that several stations in the Makololo country, including Katunga's, would be fortified and garrisoned. He added, that Senhor d'Andrade had returned to the coast, and was organizing an expedition into Mashonaland. || I have to request you to state to Senhor Barros Gomes, that the guarantee required by Her Majesty's Government is the issue of an order to the Governor-General of Mozambique, instructing him to withdraw all Portuguese troops that are on the Shiré, or in the Makololo country, or in Mashonaland. You will urge on his Excellency the immediate dispatch of a telegraphic order to this effect, and you will request, that a copy should be shown to you. Unless this is done Her Majesty's Government must consider the Portuguese assurances as illusory. || If you should not have received a satisfactory reply by 10 o'clock on the evening of the 11th, you will send a telegram to the Captain of Her Majesty's ship "Enchantress", now at Vigo, requesting him to proceed to Lisbon at once. If, on her arrival, you should still be without a satisfactory answer, you will withdraw Her Majesty's Legation, and leave the archives in charge of the Acting Consul. || I am, &c.

Salisbury.

Nr. 9907. GROSSBRITANNIEN. — Konsul in Mozambique an den Premierminister. — Telegraphische Mittheilung der Erfolge der Portugiesen. [B. 283.] 11. Januar 1890.

Nr. 9907. Gross-britannien. 11. Jan. 1890.

To-day's official Gazette contains Act of Vindication of Rights. States M'lauri surrendered to Portuguese; Katunga and other Makololos swore allegiance; Governor declared to them Portugal reassumed possession of entire Shiré basin and region, and will administrate them henceforth.

Nr. 9908. PORTUGAL. — Minister des Aeussern an den englischen Gesandten. — Unterwerfung unter das englische Ultimatum bei principieller Wahrung der Rechte Portugal's. [Einschluss 3 in B. 285.] 12. Jan. 1890.

Nr. 9908. Portugal. 12. Jan. 1890.

Your Excellency, || The Portuguese Government thought, and they still think so, that they had in their note of the 8th instant fully complied with what Her Britannic Majesty's Government had asked them to do. While anticipating the assurance of a just reciprocity, which ought to constitute the natural preliminary step to the decisions taken by them, they lost no time in sending to Mozambique the most positive orders in the sense of causing the engagement entered into by them to be at once observed throughout the whole province, with the object of facilitating the conclusion of an agreement with Great Britain for which the Portuguese Government have always contended. || His Majesty's Government likewise maintain the full right to which they are entitled in the event of their reply not proving satisfactory to England, to place themselves under the shelter of the provision laid down in Article 12 of the General Act of the Conference of Berlin, a recent and solemn engagement, by which Great Britain, as well as the other Signatory Powers, took the engagement of accepting mediation and of an optional appeal to arbitration as the means of settling any disputes of the nature of that which has unexpectedly arisen with Portugal. || In the Memorandum, however, which your Excellency delivered to me on the 10th instant under the colour of explanation, what His Majesty's Government consider to be an entirely new demand is set forth, which, in view of its extreme gravity, could not but have been expressly and clearly mentioned in your Excellency's note of the 5th instant, had it then been the intention of Her Britannic Majesty's Government to put it forward. I refer to the withdrawal to the south of the Ruo — a frontier which cannot be recognized by Portugal — of any Portuguese forces which might still be in the country of the Makololos, and likewise of the withdrawal of any military stations that have been peaceably established with the full and entire acquiescence of the natives in the territories which England calls of the Matabeles and of the Mashonas. || Even before the reply of the Portuguese Government to this new demand was known, another Memorandum

was handed to me by your Excellency on the 11th instant, in which, on the ground of certain declarations ascribed to Major Serpa Pinto, who had retired some time ago from the Shiré with all the reinforcing expeditionary forces organized by him, to the effect that Katunga, as well as other places in the country of the Makololos, would be fortified and would receive garrisons — a course which it had become impossible to carry out owing to the express instructions sent out by His Majesty's Government to Mozambique, which instructions I communicated to your Excellency, and of which I now officially transmit a copy in this note — your Excellency not only insists, in the name of your Government, upon the withdrawal of the Portuguese forces from the territories of the Makololos and Mashonas, but declares that, should you not receive, in the course of the evening of that same day, the 11th, a satisfactory reply to the intimation which you had addressed to me, you had received instructions to quit Lisbon with all the members of your Legation, for which purpose Her Majesty's ship "Enchantress" was awaiting your orders at Vigo. || In the presence of an imminent rupture of relations with Great Britain, and in view of all the consequences which may perhaps result therefrom, His Majesty's Government have decided to yield to the demands recently drawn up in the two Memoranda to which I refer, and His Majesty's Government, reserving in every way the rights of the Crown of Portugal to the African regions in question, and protesting also on behalf of the right conferred upon them by Article 12 of the General Act of Berlin to have the matter in dispute definitively settled either by mediation or by arbitration, will send the orders required by Great Britain to the Governor-General of Mozambique. || I avail, &c.

Nr. 9908. Portugal. 12. Jan. 1890.

Barros Gomes.

Nr. 9909. **GROSSBRITANNIEN.** — Memorandum, die Zurückweisung der portugiesischen Ansprüche betreffend. — [Einschluss in B. 299.] 19. Januar 1890.

With reference to the Portuguese claims in the interior of East Africa, and referring to that part of Senhor Barros Gomes' despatch of the 29th November, 1889, where it is asserted, that "the first historic right of Portugal . . . . is based on the cession of the ancient Empire of Monomotapa, which took place in the year 1630, Dom Nuño Alvarez Pereira being then Governor of Mozambique", I have to report, that no Treaty of the kind — nor, for that matter, of any kind — mentioned by Senhor Barros Gomes was ever made, and, consequently, there never was any cession of the ancient Empire of Monomotapa made to the Portuguese in the year 1630, or at any other time; nor was Dom Nuño Alvarez Pereira Governor of Mozambique in the year 1630. || The above assertion is made on the authority of Portuguese documents and works with which the Portuguese Government must naturally be

Nr. 9909. Grossbritannien. 19. Jan. 1890.

Nr. 9909. Gross-britannien. 19. Jan. 1890.

well acquainted, but which it is quite evident it would not suit them to mention. || That in the early works of Portuguese writers mention is made of a grant of land on which gold mines were said to exist is quite true. But, then, this grant is so unlike, in every respect, the "cession" mentioned by Senhor Barros Gomes, and, besides, the time at which it was made is so entirely different. It is, consequently, very difficult to understand now such a grant could by any possibility have been transformed into a "cession of the whole Empire of Monomotapa", although there can be no doubt, that the grant here referred to is the foundation on which the so-called Treaty of the year 1630 rests. || This will be more evident on reading the following account of the grant above referred to: — || "In the years 1605—07, an unscrupulous speculator, profiting by the thirst of gold and silver with which the Government and people of the Peninsula, Spain and Portugal (Hispanhos), were devoured, and this being precisely at the time, that the savage Emperor of Monomotapa needed help against a rebellious Regulo, he (the speculator) obtained from him a grant of many lands ('muitas terras') for the Crown of Portugal; and among those lands the 'Serra' of Chicova was comprised, where it was said rich silver mines existed. In order, however, that the desire of possessing the mines should be increased in the Government and Governors, Diogo Simoes Madeira sent some silver to Lisbon as having been extracted from the coveted mines; and by this means Madeira succeeded in getting himself appointed provisionally to the Government of Mozambique. But the deception was discovered at last, and the speculator was even prosecuted, but only to appear again with his fanciful mines *in the year 1619, Dom Nuño Alvarez Pereira being Governor of Mozambique.* || In the year 1622 an order of the [Portuguese] Government put a stop to the work of conquest of the mines. But again in the year 1623, Nuño da Cunha, being Governor of Mozambique, tried to discover these fanciful mines, and again also was the impostor Simoes Madeira pursued, when he fled to the interior." || The foregoing is one version of this grant; now comes another. Both versions are from Portuguese manuscripts, and taken from the same work, which is given at the end of the next account: — || "In the year 1607 an Emperor, called Punzagute, having made a grant of a great part of his Empire — all, or nearly all, the territories of Rios de Sena — to the King Don Sebastian, this Monarch commanded, that the Guard of Tete" (Tete did not exist as a Portuguese Settlement in 1607) "should accompany the said Emperor to honour and defend him; but the Empire having been dissolved into a number of small States governed by independent Regulos, the obligation ended." — ("As Provincias Ultramarinas", by João de Andrade Corvo, Member of the Lisbon Royal Society of Sciences, vol. ii, pp. 55, 56, 77. Lisbon, 1885.) || The excellent work of de Andrade Corvo, the intimate friend of Major Serpa Pinto, and the gentleman who first introduced him to the notice of the Lisbon Royal Geographical Society, has, so far as I am aware, not been made use of nor

Nr. 9909. Gross-britannien. 28. Jan. 1890.

quoted by any of those gentlemen who have recently written on the aggressive action of the Portuguese in East Africa (see "Times", "Fortnightly Review" and other publications). The work well merits to be known, for it is the most complete, impartial and trustworthy one that has ever been published on the colonial possessions of the Portuguese in East Africa, and proves, in the most perfect and undeniable manner, that they never had any dominion in the interior north or south of the Zambesi, and only "nominal" dominion on the coast, where they had their few miserable Settlements. || This so-called cession of the Empire of Monomotapa was one of Portugal's strong points in the Statement of Claim set forth by her on the Delagoa Bay question; and although it is therein made to appear, that the text of the Treaty is given in the Appendix, no such document is to be found in it. — (See Blue Book, "Portugal No. 1 (1875)," chap. IV, p. 185; reference notes, foot of pp. 2 and 3.) || According to Portuguese writers on their possessions in East Africa, they themselves did not penetrate the interior, properly so called, before the end of the seventeenth century; nor were they permitted to trade with the negroes until about more or less the same time, that concession being only allowed to the Caffre traders in the immediate vicinity of the coast. The journeys to the interior were only made by mulattoes and half-breeds, and the furthest points to which they penetrated, exclusively for the purposes of trade and the Slave Traffic, were "Mussapa" and "Dambarara", both of which were destroyed as far back as the years 1693—95, and were never again revisited. Indeed, it was owing to their destruction, that Tete was founded. || There are certainly no better authorities than the Portuguese themselves to show, that Portugal had never any dominion in what is known to-day as Mashonaland, and equally in that part north of the Zambesi called the Shiré Territory. Jambara — a name well known — the territory to the north and north-east of the Zambesi, has always been recognized as perfectly independent of the Portuguese. And with regard to Zumbo, it was never more than a village with a half-dozen of "wretched cabins", and its entire population consisted of eight or ten "comisarios", of "little worth and no reputation," all mulattoes; and "it cannot be denied, that all the disorders, intrigues and repeated attacks on our Settlements were brought about by those very men living at Zumbo, who were principally the cause of the many troubles we have had with the Caffres." || There never was a fort at Zumbo, nor any guard, and although Dr. Livingstone says he found "the ruins of a Jesuit church there, with a broken bell, on which were the letters "I.H.S.", with a cross, but no date" ("Travels, 1857," Chapters XIX, XXI, XXIX, XXXI), I can confidentially assert, that no Jesuit church was ever erected there; the Jesuits were suppressed in 1759, and I am quite sure the Dominicans, who were installed in the Jesuit Missions, did not built a church in that place, although they did visit it, as I have found out. || Be that as it may, the place was abandoned for an immense period, and it was only in the year 1865, that an attempt was made to visit it. || It is

Nr. 9909. Grossbritannien. 28. Jan. 1890.

certainly somewhat strange, that notwithstanding the immense territories which, according to Senhor Barros Gomes, the Portuguese possessed in the interior of East Africa, no mention whatever is made of them in the "Constitutional Charter" of Portugal, promulgated in 1826, although great care was shown in describing exactly the territory of the kingdom, both in Western Africa and on the East Coast of Africa. "Title I, Article 2" of the said Charter is as follows: "In Western Africa, Bissan, Cacheu, &c. On the Eastern Coast, Mozambique, Rio de Sena, Sofala, Inhambane, Quilimane and the Islands of Cape Delgado." || It is scarcely necessary to point out, that had the Portuguese Government thought for a moment, that they possessed vast territories in the interior of East Africa the word "Coast" would not have been used, but "East Africa", as in the case of West Africa.

Nr. 9910. GROSSBRITANNIEN. — Premierminister an den Gesandten in Lissabon. — Zurückweisung der portugiesischen Berufung auf Artikel 12 der Berliner Acte. [B. 302.] 28. Januar 1890.

Nr. 9910. Grossbritannien. 28. Jan. 1890.

Sir, || In a Memorandum forwarded to you by Senhor Barros Gomes on the 12th instant, the Portuguese Government, in addition to the other considerations referred to in that letter, makes a special appeal to the provisions of Article 12 of the Act of Berlin, and protests, that by that Article they have the right to have the matter then in dispute between the two Governments definitively settled, either by the mediation of another Power or by arbitration. || The Article to which reference is made provides that: || "In case a serious disagreement, originating on the subject of, or in the limits of, the territories mentioned in Article I, and placed under the free-trade system, shall arise between the Signatory Powers of the present Act or the Powers which may become parties to it, these Powers bind themselves, before appealing to arms, to have recourse to the mediation of one or more of the friendly Powers. In a similar case, the same Powers reserve to themselves the option of having recourse to arbitration." || I was much surprised to receive this appeal to the Act of Berlin on behalf of the Portuguese Government, as until I received it I was under the impression, that it was Her Majesty's Government, if any one, who had reason to complain of the neglect of the provisions of that instrument. It is contended by the Portuguese Government, that the territory, or a portion of it, in respect to which a serious disagreement has originated between the Governments of Portugal and England, is within the zone designated by Article 1 of the Act of Berlin. Admitting, for the sake of argument, that it is so, the consequence would be that both Powers would have bound themselves not to appeal to arms before having recourse to mediation or arbitration in respect to this disagreement. But the Portuguese Government have not taken the course indicated in the

Article. They have not, in the first instance, had recourse to the mediation of one or more friendly Powers. On the contrary, by sending Major Serpa Pinto, with a force of many thousand fully-armed men and several Gatling guns, into the territory in dispute, they have of themselves appealed to arms before |having recourse to mediation, and have, therefore, placed themselves in the position of having infringed the Act of Berlin. It was certainly not the intention of the Act of Berlin, that one of the parties to a serious disagreement should be at liberty to invade the disputed territory and to dishonour the flag and kill the allies of the other party, and should thereupon be entitled to demand a reference to mediation under the Act of Berlin, by which they would secure, that for an undefined period their armed occupation should continue without interference. || It is, moreover, necessary to point out to you, that Mashonaland and Lo Bengula's country to the south and to the north of the Zambesi cannot, in any case, be within the zone to which Article 12 of the Act of Berlin applies. I am not able to give any interpretation to this Convention which would, under existing circumstances, bring within the province of that instrument the region in the neighbourhood of the Shiré, which is the other portion of the territory under discussion. The Article is limited, in express terms, to the territory to which the system of free trade has been applied. But the provisions of the Article are not unreservedly applied to the free zone; they have effect only in those portions of the zone which have been placed under the free-trade system. It is notorious, that the East African possessions of Portugal have not been placed under this system; they are consequently outside the provisions of the Article. If Portugal were to establish her claim, that the Nyassa districts form part of her possessions, and that the Makololo are, as Senhor Serpa Pinto describes them in his declaration of war, Portuguese subjects in revolt, she would by so doing place them on the same footing as the rest of her possessions, and the Article would consequently be inapplicable to them. || In case this consideration should be again referred to in your communications with the Minister of Foreign Affairs, you will point out to him the reasons which preclude Her Majesty's Government from admitting the applicability of the Act of Berlin to the disagreement to which the note of the 12th January refers.
I am, &c.

Salisbury.

Druck von Bär & Hermann in Leipzig.







